

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

1976 · Teil III

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen),
H. Mottek (DDR), S. P. Pacl (UVR), J. Purš (ČSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR)

Auslandskorrespondenten

Emil Niederhauser (UVR), Jerzy Tomaszewski (VR Polen), S. Sak (UdSSR)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther,
Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar, Hansgünter Meyer, Hans-Heinrich
Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Parviz Khalatbari, Hermann Leh-
mann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Hildegard Hoffmann, Jörg Roesler, Heinzpeter Thümmeler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmeler

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1976 · TEIL III

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Gerd Hoyer	Die Entwicklung des G...	1947 bis 1949. Zur Vo...	176
Jörg Hoyer	Zur Charakteristik der	Wirtschaft in der Weimarer	187
Hans-Henrich Kasper	Das Recht in den Rumpfstaat des deutschen	Faschismus in Vorbereitung und bei der	59
Bernold Fuchert	Einige Überlegungen zum deutschen Kapital-	export 1874 bis 1939	79
Karvart, Piffack	Historische Aspekte der kapitalistischen	Währungskrise. Der Versuch der Wiederher-	81
Felix Redigast	Das Einkommen der Greifswalder Bauern	in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts	107
Werner Mühlstein	Zur Organstruktur des Warenhandels und zur	Rolle des Handelskapitals im spätmittel-	118

LITERATURKRITIK

Jörg Hoyer/ Friedrich Wilke	50 Jahre Sowjetmacht in Zahlen. Eine	statistische Nachschau über die	121
Wolfgang Müller	Evolution und Revolution in der	Wirtschaftsgeschichte	121



Redaktionsschluß: 15. 9. 1975

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Zimmerstr. 94

Erschienen im Akademie-Verlag, 108 Berlin, Leipziger Straße 3—4

© Akademie-Verlag Berlin 1976

Lizenznummer: 202 · 100/116/76

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza/DDR

Bestellnummer: 753 172 2 (2103/76/3) · LSV 0305

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

INHALT

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Gerd Neumann	Die Entwicklung des Ost-West-Handels 1947 bis 1949. Zur Vorgeschichte des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (III)	11
Jörg Roesler	Zur Charakteristik der ökonomischen Ergebnisse in der Industrie der DDR im ersten Fünfjahrplan (1951 - 1955)	31
Hanns-Heinz Kasper	Das Erdöl in den Raubplänen des deutschen Faschismus in Vorbereitung und bei der Durchführung des zweiten Weltkrieges	55
Berthold Puchert	Einige Überlegungen zum deutschen Kapital-export 1933 bis 1939	79
Herwart Pittack	Historische Aspekte der kapitalistischen Währungskrise. Der Versuch der Wiederaufrichtung des Goldstandards 1919 bis 1926	91
Rolf Rodigast	Das Einkommen der Greifswalder Stadtbauern in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts	107
Werner Mägdefrau	Zur Organisation des Warenhandels und zur Rolle des Kaufmannskapitals im späten Mittelalter. Vor allem aufgrund thüringischer Quellen	119
LITERATURKRITIK		
Jörg Roesler/ Jürgen Wilke	55 Jahre Sowjetmacht in Zahlen. Bemerkungen zu zwei statistischen Nachschlagewerken über die ökonomische Entwicklung der Sowjetunion zwischen 1917 und 1972. Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922 - 1972 gg. Jubilejnyj statističeskij ežegodnik; My i planeta. Cifry, fakty	143
Wolfgang Schlicker	Evolution und Revolution in der Wissenschaftsentwicklung. Erkenntnisse und Grenzen des wissenschaftsgeschichtlichen Essays. Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen	151

- Jürgen Kuczynski Überlegungen zum Studium der Arbeiterklasse bei der Lektüre von Workers in the Industrial Revolution. Recent studies of labor in the United States and Europe, hg. v. P. N. Stearns und D. J. Walkowitz; Allen Hutt, British Trade Unionism, with concluding chapter by John Gollan 157
- Hermann Lehmann Zum heutigen bürgerlichen Verständnis der klassischen Arbeitswerttheorie. Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen; Marian Bowley, Studies in the History of Economic Theory before 1870; Samuel Hollander, The economics of Adam Smith = Studies in classical political economy, I; Claudio Napoleoni, Ricardo und Marx. Studien über soziale Bedeutung und formale Probleme wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung, hg. u. eingeleitet v. Cristina Pennavaja = edition suhrkamp 702 163
- Marlene Njammasch Altindische "Republiken" und ceylonesischer "Klosterkapitalismus"? J. P. Sharma, Republics in Ancient India c. 1500 B. C. - 500 B. C.; Hans Dieter Evers, Monks, Priests and Peasants. A Study of Buddhism and Social Structure in Central Ceylon = Monographs in Social Anthropology and Theoretical Studies in Honour of Nels Anderson, General Editor K. Ishwaran, Publication 1 181

FORSCHUNGSBERICHTE

- Bohumil Lehár SA 044 Integrationsprozesse und ökonomische Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW. Ausgewählte Publikationen aus der ČSSR 1971 bis 1974 197

BETRIEBSGESCHICHTE

- Hans Otto Gericke Zur Vorbereitung und Auswertung des VI. Parteitages der SED durch die Magdeburger Maschinenbauer 221

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

- Veronika Kunow Sommeruniversität für Ökonomie (4. bis 15. August 1975 in Budapest) 241
- Helga Eichler Agrargeschichte des Feudalismus und Kapitalismus (17./18. September 1975 in Rostock) 243

Monika Harbauer	Agrarverhältnisse im Ostseeraum beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. 20. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft der Historiker-Gesellschaft der DDR (13. bis 15. Oktober 1975 in Mühlhausen)	247
-----------------	--	-----

QUELLEN UND MATERIALIEN

Elisabeth Schwarze	Veränderungen der Sozial- und Besitzstruktur in ostthüringischen Ämtern und Städten am Vorabend des Bauernkrieges	BE 930 222 255
Kurt-R. Biermann	Einige Abkürzungen und Zeichen des historischen Münzwesens	A 710 275

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie von Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Altertums in Rumänien (1949 bis 1970) (Alexandru Suceveanu)	281
Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)	295
Autorenverzeichnis	307
Содержание, Contents, Contenu, Sumario	309

Abhandlungen,

Studien, Miszellen

DIE ENTWICKLUNG DES OST-WEST-HANDELS (1947 BIS 1949)

Zur Vorgeschichte des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (III)⁺

von Gerd Neumann

Die Ablehnung des Marshallplanes von seiten der osteuropäischen Länder hatte das "ökonomische Durchdringen" als Methode, politische Abhängigkeitsverhältnisse durch die USA im osteuropäischen Wirtschaftsraum zu schaffen, ausgeschlossen. Hätte es noch eines Beweises für die mit dem Marshallplan verbundenen machtpolitischen Ziele der USA bedurft, so lieferte ihn die Truman-Administration nach der Pariser Marshallplankonferenz mit ihrer Wirtschaftspolitik gegenüber der UdSSR und den Volksdemokratien selbst. Auf die zwischen der Tschechoslowakei und der UdSSR 1947 vereinbarte Ausweitung des Warenaustausches, der auch sowjetische Getreidelieferungen vorsah, reagierte die Truman-Administration allergisch. Das amerikanische Landwirtschaftsministerium kündigte im Juli 1947 an, daß die Lebensmittellieferungen in die Tschechoslowakei eingestellt würden. Dieselbe Maßnahme wurde weiteren Ländern in Aussicht gestellt, wenn sie von "anderer Seite" Lieferungen annähmen.¹ Das geschah zu einem Zeitpunkt, als in der Tschechoslowakei und in anderen osteuropäischen Ländern infolge einer langen Trockenperiode mit einer Mißernte gerechnet wurde. Gleichzeitig wurden Verhandlungen über einen 20 Millionen-Dollar-Kredit, den die USA der Tschechoslowakei ursprünglich für Baumwolleneinkäufe gewähren wollte, im Hinblick auf die Ablehnung des Marshallplanes in Frage gestellt.²

Doch damit nicht genug. Ein von der Tschechoslowakei schon bezahltes Breitbandwalzwerk wurde zurückgehalten, bereits bezahlte Lizenzen wurden nicht gewährt, tschechoslowakisches Gold wurde blockiert.³ Polen wurde ein schon zugebilligter Anteil an der für den Wiederaufbau kriegszerstörter Länder vorgesehenen amerikanischen Anleihe von 350 Millionen Dollar abgesagt.⁴ Die Lieferungen der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) wurden einge-

+ Diese Arbeit beendet die Untersuchung über die Vorgeschichte des RGW, deren erste beiden Teile ebenfalls im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte erschienen sind. (Neumann, Gerd, Neue Momente in den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen der volksdemokratischen Länder und der UdSSR nach dem zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 1; derselbe, Der Marshallplan und die Ost-West-Beziehungen, in: ebenda, T. 2.)

1 Neues Deutschland (B) (im folgenden: ND), 16. 7. 1947, S. 1.

2 Ebenda, 17. 7. 1947, S. 1.

3 Prucha, Vaclav, Die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Berlin 1975 = Studien zur Wirtschaftsgeschichte sozialistischer Länder, H. 3, S. 32.

4 Die Wirtschaft, Nr. 9/1947, S. 319 f.

schränkt und im Verlaufe des Jahres 1947 ganz eingestellt,⁵ Auch gegenüber Ungarn wurde eine Kreditzusage zurückgenommen,⁶ Die USA waren dazu übergegangen, Osteuropa "den Brotkorb höher zu hängen" und einen gewissen ökonomischen Druck spüren zu lassen⁷, und zwar nicht nur durch die Verweigerung bereits angekündigter bzw. zugesagter Kredite, sondern auch durch die Reduzierung der Handelsbeziehungen.

Um die Mitte des Jahres 1947 hatte sich der Handelsaustausch zwischen der UdSSR und den USA wieder dem Vorkriegsniveau genähert. Im ersten Halbjahr 1947 erreichten die amerikanischen Exporte in die UdSSR die Höhe von 91,2 Millionen Dollar.⁸ In der Folgezeit wurden jedoch die amerikanischen Exportlieferungen infolge von Ausfuhrverboten für angeblich strategische Güter eingeschränkt. Auf die damit verbundene ungünstige Entwicklung des sowjetisch-amerikanischen Handels verwies im Januar 1948 der damalige sowjetische Botschafter in den USA, Panjuschkin, der einem Vertreter der Associated Press in einem Interview erklärte: "Was die Sowjetunion betrifft, so hat sie auf eine Entwicklung des Handels mit den Vereinigten Staaten unter den Bedingungen des üblichen Geschäftsverkehrs niemals verzichtet. Bekanntlich gibt es auch in den USA bestimmte Kreise, die die Handelsbeziehungen zur Sowjetunion entwickeln und ausbauen wollen. Aber gegenwärtig haben die amerikanischen Handelsbehörden in bezug auf den Handel mit der Sowjetunion diskriminierende Maßnahmen getroffen, wodurch die Entwicklung des Handels nicht nur in keiner Weise gefördert, sondern umgekehrt direkt entgegengesetzte Resultate gezeitigt werden."⁹

Im Verlaufe des Jahres 1948 verminderten sich die amerikanischen Exporte in die Sowjetunion jedoch erneut, so daß die gesamte Ausfuhr der USA nach der UdSSR sich im Dezember 1948 schließlich nur noch auf Waren im Werte von 500 000 Dollar erstreckte.¹⁰ Daß die USA im Jahre 1948 ihre Politik der Exportrestriktion forcierten, zeigt sich auch im Umfang ihrer Ausfuhr in den gesamten späteren RGW-Bereich.¹¹ Schon im ersten Halbjahr verminderte sich der Umfang amerikanischer Exporte nach Osteuropa erheblich. Betrug die Ausfuhr der USA in die UdSSR und die osteuropäischen Länder im ersten Quartal 1948 im Monatsdurchschnitt noch 26,3 Millionen Dollar, so sank sie im April 1948 auf 11 Millionen und im Mai 1948 auf 5,7 Millionen Dollar. Gleichzeitig stieg jedoch die Einfuhr der USA aus der UdSSR und den Ländern Osteuropas von 11,7 Millionen Dollar im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals 1948 auf 13,5 Millionen im April und 14,4

5 Tomaszewski, Jerzy, Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik Polen, Berlin 1975 = Studien zur Wirtschaftsgeschichte sozialistischer Länder, H. 2, S. 25.

6 Die Wirtschaft, a. a. O., S. 319 f.

7 Für die Tschechoslowakei lassen sich Rückwirkungen dieses Druckes auf die innenpolitische Situation im Jahre 1947 nachweisen. So spielte die von der bürgerlichen Opposition vorgebrachte Argumentation, die Kommunisten hätten durch die Ablehnung des Marshallplanes und die Aufnahme enger Beziehungen zum Westen die Versorgungsschwierigkeiten hervorgerufen, im sich verschärfenden Klassenkampf keine unwesentliche Rolle. (Vgl. Weltgeschichte 1945 - 1966, Internationale Zeitgeschichte, Berlin 1967, S. 180.)

8 ND, 2. 10. 1947, S. 1.

9 Ebenda, 27. 1. 1948, S. 1.

10 Ebenda, 18. 2. 1949, S. 3.

11 Bezogen auf die Länder, die zum Zeitpunkt der Gründung des RGW der sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft angehörten.

Millionen im Mai des gleichen Jahres an,¹² kam die Verweigerung von Krediten an osteuropäische Länder zum Kauf amerikanischer Waren faktisch einer Beschränkung der osteuropäischen Importmöglichkeiten gleich, so reduzierten sich diese Möglichkeiten zusätzlich, weil wichtige Waren zu strategischen Gütern erklärt wurden, deren Ausfuhr nach Osteuropa den amerikanischen Unternehmen von der Truman-Administration generell untersagt war. Daß unter strategischem Material von der Truman-Regierung Produkte verstanden wurden, die in Osteuropa für den wirtschaftlichen Aufbau benötigt wurden, geht unter anderem daraus hervor, daß bereits in den vierziger Jahren die Ausfuhr von Web- und Rotationsmaschinen in die UdSSR und die Tschechoslowakei verboten wurde. Und um der UdSSR und den Volksdemokratien den Bezug amerikanischer Waren auch über Drittländer zu erschweren bzw. unmöglich zu machen, verbot die USA-Regierung den am Marshallplan beteiligten Ländern, aus den USA bezogene Waren nach Osteuropa zu exportieren.

Allerdings läßt der Umfang des amerikanischen Exports in die einzelnen Länder des späteren RGW-Bereiches im ersten Halbjahr 1948 auch Unterschiede im Vorgehen erkennen. Während die Exporte in die Sowjetunion stark reduziert wurden, erhöhte sich die Ausfuhr der USA nach Polen sogar und belief sich auf 23 Millionen Dollar gegenüber 17 Millionen im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Damit nahmen die USA im polnischen Import zu dieser Zeit den dritten Platz ein.¹³

Berücksichtigt man, welche Bedeutung die Trumannregierung den Außenwirtschaftsbeziehungen für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele beimaß, dann lassen sich Exportrestriktion auf der einen und Exportausdehnung auf der anderen Seite schwerlich als inkonsequentes Vorgehen werten. Zu vermuten ist vielmehr, daß die USA zu einem Zeitpunkt, als das sozialistische Weltwirtschaftssystem sich erst im Anfangsstadium seiner Entwicklung befand, Möglichkeiten für die Isolierung der Sowjetunion offenhalten wollten, und wahrscheinlich ist auch, daß sich die Truman-Administration von einer Verstärkung des ökonomischen Druckes auf die Sowjetunion politische Zugeständnisse erhoffte. Für diese Annahme spricht auch die diplomatische Aktivität, die die Truman-Regierung Anfang Mai 1948 gegenüber der Sowjetunion entwickelte. Bedell Smith, der damalige amerikanische Botschafter in der UdSSR, überreichte dem sowjetischen Außenministerium am 4. Mai 1948 eine Note, in der zum Ausdruck gebracht wurde, "daß ein Weg zur Herstellung guter und vernünftiger Beziehungen zwischen den beiden Ländern gefunden und eine radikale Milderung der Spannung herbeigeführt werden könne, die gegenwärtig die internationalen Beziehungen ungünstig beeinflusse."¹⁴

Die Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR sowie die Verminderung der internationalen Spannungen machten die USA also abhängig von der Änderung der sowjetischen Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten! Dieses Ansinnen beantwortete die Sowjetregierung in einer Note vom 9. Mai 1948, in der sie erklärte, daß sie ebenfalls an einer Bereinigung der Differenzen zwischen beiden Ländern interessiert sei. Sie stellte jedoch fest, "daß es ihr unmöglich sei, mit der USA-Regierung darin übereinzustimmen, daß der gegenwärtig unbefriedigende Stand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und die internationale Spannung durch die Politik der Sowjetunion in Osteuropa und durch einen erhöhten Einfluß der Sowjetunion verursacht würden."¹⁵

12 ND, 17. 7. 1948, S. 3.

13 Ebenda, 14. 10. 1948, S. 3.

14 Ebenda, 12. 5. 1948, S. 1.

15 Ebenda.

Nachdem der Versuch, die Sowjetunion unter Druck zu setzen, gescheitert war, nahm die Truman-Regierung, die kurz zuvor noch versichert hatte, für eine "radikale Milderung der Spannung" einzutreten, einen gravierenden Eingriff in die politischen Verhältnisse Europas vor, der die ohnehin angespannte politische Situation äußerst zuspitzte. Die entscheidenden Schritte zur Schaffung eines westdeutschen Staates wurden eingeleitet.

Am 2. Juni 1948 hatte die Londoner Konferenz der drei westlichen Besatzungsmächte Deutschlands und der Beneluxstaaten das Ergebnis ihrer Beratung in Form von "Empfehlungen" bekanntgegeben. Die "Londoner Empfehlungen" sahen die Bildung eines westdeutschen Separatstaates aus den drei westlichen Besatzungszonen vor, der eine auf das westdeutsche Territorium beschränkte Währungsreform vorausgehen sollte. Damit näherten sich die USA der Verwirklichung eines wichtigen Zieles ihrer Europapolitik, die konzeptionell mit dem Marshallplan verbundene gewesen war: der schrittweisen Einbeziehung eines Teils des hochindustrialisierten Deutschlands in ein amerikanisch-westeuropäisches Bündnis gegen die UdSSR und ihre etwaigen osteuropäischen Bündnispartner. Auf diesen Zusammenhang verweist auch Jürgen Kuczynski, indem er schreibt:

"Am 19. Dezember erklärte Marshall: 'Zur Zeit ist an ein einheitliches Deutschland nicht zu denken.' Und am nächsten Tag, am 20. Dezember 1947 frohlockte die 'New York Herald Tribune': 'Das Zeitalter von Jalta ist vorbei, Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Weststaaten einzubauen.'" Und weiter schreibt Kuczynski: "Die Rede Marshalls vom 19. Dezember war natürlich die politische Konsequenz seiner Samariter-Rede vom 5. Juni 1947 (der Verkündung des Marshallplans - G. N.). Und diese wieder baute auf der berüchtigten Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes in Stuttgart am 6. September 1946 auf, in der erstmals offiziell die Konzeption entwickelt wurde, aus den Besiegten künftige Partner zu machen und damit Deutschland zu spalten - oder richtiger: Deutschland zu spalten, um das 'alte Deutschland' wenigstens im Westen restaurieren zu können, das Deutschland von Kaiser, Kanzler und Kapital, von Weimar, Wehrmacht und Weltkrieg, das europäische Bollwerk des Antikommunismus gegen den Osten."¹⁶

Am 20. Juni 1948 wurde entsprechend den "Londoner Empfehlungen" in den Westzonen Deutschlands die Währungsreform durchgeführt. Am 30. Juni 1948 erfolgte sie auch in Westberlin. Damit wurde Deutschland unter Bruch des Potsdamer Abkommens wirtschaftlich gespalten. Jetzt bewahrheitete sich die Einschätzung, die das ZK der SED im Juli 1947 zum Marshallplan getroffen hatte. Damals hatte die SED das deutsche Volk vor den verhängnisvollen Folgen der amerikanischen Anleihepolitik gewarnt, die unter anderem in der möglichen Eingliederung des industrialisierten Westens Deutschlands in einen Westblock und in der Restauration kapitalistischer Machtverhältnisse in Westdeutschland gesehen wurden.¹⁷ Jetzt, im Jahre 1948, bereiteten Währungsreform und Marshallplanhilfe die letzte Phase der politischen Spaltung Deutschlands vor. Hatte Westdeutschland bis zum Start des Marshallprojektes zirka 850 Millionen Dollar GARIOA-Kredite (Government Appropriations for Relief in Occupied Areas, GARIOA) von den USA erhalten, so

¹⁶ Kuczynski, Jürgen, Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD, Berlin 1972, S. 528.

¹⁷ Vgl. Stellungnahme des Zentralsekretariats des Parteivorstandes der SED zum Marshall-Plan vom 23. Juli 1947, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, Berlin 1966, S. 488 ff.

wurde es jetzt, noch bevor es offiziell als Mitglied des European Recovery Programm (ERP) aufgenommen wurde, verstärkt in die Marshallplanhilfe einbezogen.

Während Westdeutschland erhöhte wirtschaftliche Unterstützung zugesichert und gewährt wurde, erfolgte der Versuch, die erfolgreich verlaufende wirtschaftliche Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands durch Abschneuerung von der westdeutschen Wirtschaft abzublocken. Im Grunde wurde die wirtschaftliche Spaltung schon 1947 eingeleitet. In diesem Jahr waren in der Bizone separate Preiserhöhungen für Eisen und Stahl vorgenommen worden. Damit war das bis dahin für alle Besatzungszonen Deutschlands geltende einheitliche Preissystem, das auf Stoppkursen des Jahres 1944 basierte, durchbrochen worden.¹⁸ Seit Beginn des Jahres 1948 wurden dann auch die Lieferungen von Stahl- und Eisenerzeugnissen aus den westlichen Besatzungszonen in die sowjetische Besatzungszone sukzessive eingeschränkt. Nach den vertraglichen Vereinbarungen sollte sich die monatliche Lieferquote an Stahl- und Eisenerzeugnissen auf 30 000 Tonnen pro Monat belaufen. Tatsächlich wurden dann 1948 im Januar 16 000, im März lediglich 14 000 und im Mai nur noch 8 000 Tonnen geliefert.¹⁹ Berücksichtigt man den enormen Eisen- und Stahlmangel der sowjetischen Besatzungszone - eine Folge der Spaltungsdisproportionen -, kann die Reduzierung der Interzonenlieferungen nur als gezielte Störaktion gewertet werden.

Im Sommer 1948, als sich infolge der separaten Währungsreform die politische Lage verschärfte, wurde auf Anweisung der westlichen Besatzungsmächte der Interzonenhandel abgebrochen.²⁰ Der Handel zwischen der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und den Westzonen, der 1946 noch einen Umfang von nur 148 Millionen Reichsmark gehabt hatte²¹, war 1947 auf 500 Millionen Reichsmark angestiegen und hätte 1948 bei Erfüllung der bereits vereinbarten Verträge ein wertmäßiges Volumen von 800 Millionen Reichsmark erreicht.²² Nun fielen als Folge der Han-

18 Vgl. Freund, Erich, Die Entwicklung des Handels der Deutschen Demokratischen Republik mit Westdeutschland und Westberlin, seine Hauptprobleme und Westdeutschlands "Ausnahmerecht" - ein Ausdruck des Grundwiderspruchs in Deutschland, Diss. Hochschule für Ökonomie Berlin 1963, S. 34.

19 Vgl. ebenda, S. 35.

20 "Am 25. 6. 1948 sperrten die Westmächte die Zonengrenzen für jeglichen Bahntransport und am 19. September 1948 verfügten sie zusätzlich auch die Straßentransportsperrung. Im Oktober 1948 und Februar 1949 erweiterten sie diese Maßnahmen auch auf den Transitverkehr." (Ebenda, S. 38.) Siehe dazu auch Appelt, Rudolf, Der Interzonen- und Außenhandel der Ostzone, in: Die Wirtschaft, Nr. 10/1948, S. 346. - Die Liefersperre wurde nach der im Jessup-Malik-Abkommen erzielten Übereinkunft vom 4. 5. 1949 im Sommer des gleichen Jahres aufgehoben. Doch schon um die Wende 1949/1950 wurde der Interzonenhandel erneut empfindlich gestört. Aufgrund der von westlicher Seite erfolgenden Drosselung ging der Umfang des Interzonenhandels von Dezember 1949 bis Februar 1950 um mehr als 75 % zurück. Schließlich wurden am 7. 2. 1950 auf Anweisung der Bundesregierung die Stahllieferungen, die im Frankfurter Interzonenhandelsabkommen vereinbart worden waren, abgebrochen. (Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, Berlin 1966, S. 39.)

21 Nach Brandt, R. H., Schlagbäume hoch für den Ost-West-Handel, in: Die Wirtschaft, Nr. 5/1949, S. 142, erreichte der Umsatz 1946 die Höhe von 176 Mill. RM.

22 Tatsächlich erreichte der Warenaustausch 1948 infolge der Störaktion noch

delssperrte alle Lieferungen von Ruhrkohle, Eisen und Stahl sowie wichtigen Kooperationsgütern in die SBZ aus. Dank sowjetischer und polnischer Hilfe konnten die Folgen der Abschneidung von den westdeutschen Rohstoffquellen gemildert werden. Die Sowjetunion übernahm eine Reihe der durch den Abbruch des Interzonenhandels aussetzenden Lieferungen, insbesondere die Position Walzwerkzeugnisse.²³

Polen steigerte seine Kohlen- und Kokslieferungen in die SBZ. Im September 1948 wurde das damals laufende Handelsabkommen durch ein Zusatzprotokoll erweitert, das eine Erhöhung des gegenseitigen Warenaustausches für 1948 um 28 Millionen Dollar vorsah.²⁴ Zwar wurde die Wirtschaft der SBZ durch den Abbruch der westdeutschen Lieferungen empfindlich gestört, doch konnte ihre Entwicklung nicht zum Stillstand gebracht werden, und Hoffnungen auf einen Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft, denen General Clay als damaliger amerikanischer Militärgouverneur in Deutschland mehrmals beredt Ausdruck gegeben hatte²⁵, erwiesen sich als Fehlspekulation. Der Versuch, die SBZ unter ökonomischen Druck zu setzen, führte, wie das auch 1947 bei der Beschränkung der amerikanisch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen bereits der Fall gewesen war, zum verstärkten Ausbau des Handels zwischen den Ländern des späteren RGW-Bereiches.

Bemerkenswert ist jedoch andererseits, daß bald darauf auch Polen von seiten der anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden Repressalien ausgesetzt wurde. Polen wurde der Transitverkehr für seine Gütertransporte durch die amerikanische und britische Zone nach Westeuropa untersagt. Da die Volksrepublik infolge des Mangels an ausreichenden Frachtkapazitäten nicht auf den Seeweg ausweichen konnte, mußte sie ihre Transporte nach Frankreich, Belgien und den Niederlanden über die Tschechoslowakei umleiten. Dadurch erhöhten sich die Transportkosten der polnischen Westexporte beträchtlich.²⁶ Polens Engagement für die SBZ quitierten die Westmächte mit der Behinderung seines Westeuropahandels.

Innerhalb eines reichlichen Jahres, von Juli 1947 bis zum Herbst 1948, hatten sich die Anzeichen dafür gemehrt, daß die Truman-Regierung bestrebt war, mit Maßnahmen des Wirtschaftskrieges gegen das sich herausbildende sozialistische Lager vorzugehen. Das zeigten sowohl die Kreditverweigerung als auch die Exportrestriktion und erst recht der Abbruch des Interzonenhandels.

Nun, da der Marshallplan angelaufen war, stellte sich für die Sowjetunion und die Volksdemokratien die Frage, wie sich der europäische Ost-West-Handel unter den Bedingungen der zunehmenden amerikanischen Vormachtstellung in Westeuropa und der Existenz eines westeuropäischen Länderblocks entwickeln würde.

nicht einmal den Umfang von 1947. Brandt schätzt, daß der Güteraustausch zwischen dem Territorium der SBZ und dem der Bizone in der Vorkriegszeit einen Umfang von 2,5 Mrd. RM hatte. Danach hätte der Handel zwischen beiden Gebieten in den Jahren 1947 und 1948 weniger als ein Fünftel des Umfangs der Vorkriegszeit angenommen. (Ebenda.)

²³ Hofmann, Leopold, Die Entwicklung des Außenhandels der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und die Problematik der Herausbildung des sozialistischen Außenhandelsmonopols als wirtschaftlicher Kommandohöhe der Arbeiterklasse, Diss. Humboldt-Universität Berlin 1972, S. 142 f.

²⁴ ND, 30. 3. 1949, S. 5.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Ebenda, 8. 2. 1949, S. 1.

Hatten doch im März 1948 Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und die Niederlande mit dem Brüsseler Pakt ein für fünfzig Jahre vereinbartes Bündnis geschlossen. Die Bildung dieser Westunion, die neben politischem und kulturellem Zusammenwirken auch gegenseitigen militärischen Beistand sowie eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit ihrer Mitgliedsländer vorsah, ließ die Herausbildung einer koordinierten Politik des Westens gegenüber Osteuropa erkennen.

Welche Möglichkeiten bestanden unter diesen Umständen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa?

Die meisten westeuropäischen Länder hatten in den ersten Nachkriegsjahren, als die durch den Krieg gestörten Handelsbeziehungen neu aufgenommen wurden, Interesse am Osthandel gezeigt. Nicht nur, weil sowjetisches Getreide und polnische Steinkohle in der Nachkriegszeit begehrte Handelsprodukte waren²⁷, sondern vor allem auch deshalb, weil der Osthandel als Warenaustausch betrieben werden konnte und somit einen Ausweg aus der westeuropäischen Dollarkalamität bot.

Das galt vor allem für Großbritannien, dessen wirtschaftliche Lage nach dem zweiten Weltkrieg äußerst kompliziert war. Während des Krieges hatte England einen Teil seiner Märkte in Übersee an die USA verloren. In den Dominien hatte sich außerdem eine eigenständige Industrie entwickelt. Hatten sich die Absatzmöglichkeiten für britische Waren auf Englands traditionellen Überseemärkten verschlechtert, so galt das erst recht für den amerikanischen Markt. Seine Aufnahmefähigkeit für ausländische Waren im allgemeinen und englische Industrieprodukte im besonderen hatte sich angesichts von Überproduktionserscheinungen, die Amerikas Wirtschaft in den Nachkriegsjahren kennzeichneten, verringert.

Großbritannien, das bereits Ende 1945 eine amerikanische Anleihe in Höhe von 4,4 Milliarden Dollar²⁸ aufgenommen hatte und seine Auslandsschulden²⁹ nur durch die Erhöhung seiner Exporte ausgleichen konnte, sah sich mit zunehmenden Absatzschwierigkeiten in der Dollarzone konfrontiert. 1947 fiel die anglo-amerikanische Handelsbilanz zuungunsten Englands extrem passiv aus. Einer Einfuhr in Höhe von 140 Millionen Pfund Sterling stand eine Ausfuhr in Höhe von lediglich 22 Millionen Pfund Sterling gegenüber.³⁰ Zwar war die englische Handels-

27 Die UdSSR exportierte 1947/1948 Getreide u. a. nach Großbritannien, Schweden, Belgien und Luxemburg. Während Polen im Jahre 1946 über 4 Mill. t Steinkohle nach Westeuropa exportierte, waren es 1947 bereits fast 8,5 Mill. t. Für 1948 wurden 14 Mill. t Steinkohle für den Export nach Westeuropa vorgesehen. (ND, 12. 5. 1948, S. 3.) Aussagen über Polen als Kohleexporteur siehe auch in Wirtschaftswissenschaft Nr. 2/1947, S. 60; Nr. 12/1948, S. 401.

28 Der Kredit war im Rahmen eines Anfang Dezember abgeschlossenen anglo-amerikanischen Finanzabkommens vereinbart worden. Er setzte sich zusammen aus einer Anleihe in Höhe von 3750 Mill. Dollar und einem Warenkredit von 650 Mill. Dollar. Es handelte sich um eine lediglich mit 2 % zu verzinsende Anleihe mit einer Tilgungsfrist von 50 Jahren. (Aust, Hans W., Die englisch-amerikanischen Finanzbeziehungen, in: Die Wirtschaft, Nr. 2/1946, S. 62 f.)

29 Im zweiten Weltkrieg war England aus einem Gläubigerland zu einem Schuldnerland geworden. Englands Auslandsschuld wurde von Keynes auf der Konferenz von Bretton Woods mit 12 Mrd. Dollar (3 Mrd. Pfund Sterling) beziffert. (Vgl. Aust, Hans W., a. a. O.)

30 ND, 16. 9. 1947, S. 3.

bilanz auch vor dem Kriege vorwiegend passiv gewesen, doch konnten die Differenzen damals noch unter Rückgriff auf Auslandsguthaben, durch Leistungen der Handelsschifffahrt und in Anbetracht der außerordentlich hohen Kolonialprofite leicht ausgeglichen werden. Während des Krieges waren jedoch die hohen Gold- und Devisenreserven aufgebraucht worden³¹, die Auslandsguthaben hatten sich reduziert³², die Handelsflotte hatte empfindliche Verluste erlitten, in den Kolonien hatte sich Englands politischer Einfluß gemindert, und sein ökonomischer Handlungsspielraum war eingeengt. Aus diesen Gründen war England, das auf dem Lebensmittel- und Rohstoffsektor besonders importabhängig war, zur Ausfuhrsteigerung gezwungen³³, obwohl sich seine Absatzmöglichkeiten im Überseehandel gegenüber der Vorkriegszeit verschlechtert hatten³⁴. Demgegenüber konnten die USA ihre Exporte nach Westeuropa in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre ohne Schwierigkeiten ausweiten.

Tabelle 1

Außenhandel der USA⁺
(Jahresdurchschnitt in Milliarden Dollar)

	1936 - 1940	1946 - 1950
Export der USA insgesamt	3, 2	11, 8
Davon nach Westeuropa	1, 3	4, 1
Import der USA insgesamt	2, 5	6, 7
Davon aus Westeuropa	0, 6	1, 0

+ Statistical Abstract of the United States 1960, S. 894, zit. nach: Lemin, I., Die europäische Integration, einige Ergebnisse und Perspektiven, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswiss. Beiträge, Nr. 9/1962, S. 988.

Das Warenvolumen dürfte infolge des Preisanstiegs niedriger gewesen sein, als die in Dollar angegebenen Durchschnittswerte für die vierziger Jahre vermuten lassen.

31 England hatte beim Ausbruch des zweiten Weltkrieges über Gold- und Dollarreserven in Höhe von 3, 7 Mrd. Dollar verfügt (einschließlich verwertbarer Börsenwerte und Direktbeteiligungen). Bereits bis zum August 1941 war diese Reserve auf 229 Mill. Dollar zusammengesmolzen, obwohl noch Aufträge in Milliardenhöhe liefen. (Vgl. Aust, Hans W., a. a. O.)

32 "Der Rückgriff auf die Auslandsanlagen, den der ungedeckte Saldo in der Zahlungsbilanz nötig machte, belief sich schon bis Frühjahr 1943 auf insgesamt 1, 5 Mrd. Pfund. Bis Mitte 1944 hatte er 1, 8 Mrd. erreicht und damit rund die Hälfte der gesamten überseeischen Kapitalanlagen von 3, 6 Mrd. Pfund." (Ebenda.)

33 Aust zitiert den Londonder "Economist", in dem zu dieser Zeit eingeschätzt wurde, daß England seine lebensnotwendige Einfuhr nur aufrechterhalten könne, wenn es sein Exportvolumen gegenüber 1938 um 75 %, also von 170 auf 820 Mill. Pfund Sterling erhöht. (Ebenda.)

34 Siehe hierzu auch Kahn, Siegbert, Englische Probleme, in: Die Wirtschaft, Nr. 5/1947, S. 164 ff.

Tabelle 2

Erhöhung der Weltmarktpreise⁺
(1913/1914 = 100)

Warenart	1939	1946
Lebensmittel	127	198
Steinkohle, Koks	195	355
Mineralöle	112	194
Metalle	140	176
Generalindex	132	201

+ Wirtschaftswissenschaft, Nr. 7/1947, S. 242.

Doch zeigt der Vergleich, daß sich die Relationen zwischen Ex- und Import der USA im Handel mit Westeuropa 1946 bis 1950 gegenüber der Vorkriegszeit stark verändert hatten. Die USA exportierten nun im Unterschied zu früher das Vierfache dessen nach Westeuropa, was sie von dort importierten. Großbritannien nahm insofern keine Sonderstellung unter den Ländern Westeuropas ein.

Außerordentlich hohe Ausfuhrdefizite gegenüber den USA kennzeichneten auch die Handelsbilanzen Frankreichs³⁵, Italiens und Belgiens. So beliefen sich Belgiens Exporte in die USA in den ersten acht Monaten des Jahres 1947 wertmäßig auf 42,3 Millionen Dollar, während im gleichen Zeitraum aus den USA Waren im Wert von 328,4 Millionen Dollar eingeführt wurden.³⁶

Hatten einige westeuropäische Länder im Handel mit den USA eine besonders krasse Diskrepanz zu verzeichnen, da sie umfangreichen Importen nur geringe Exporte entgegensetzen konnten, so war die extrem passive Handelsbilanz für Westeuropas Amerika-Handel in den Nachkriegsjahren eine typische Erscheinung.³⁷ (Siehe Tabelle 3 auf der nächsten Seite.)

Zwar war das Handelsdefizit 1948 im allgemeinen und für die hier aufgeführten Länder auch im einzelnen niedriger als 1947, doch war es insgesamt und besonders für Frankreich, England, Italien sowie Belgien und Luxemburg noch beträchtlich. Da die westeuropäischen Länder zum Ausgleich der Differenz nicht auf entsprechende Devisenvorräte zurückgreifen konnten, gerieten sie gegenüber den USA zunehmend in Zahlungsschwierigkeiten. Unter diesen Umständen mußte der Warenaustausch mit Osteuropa, das am Import von Industrieprodukten im allgemeinen und an der Einfuhr von Eisen und Stahl, Maschinen und Ausrüstungen im besonderen interessiert war, vorteilhaft sein.

Andererseits mußten sich 1948 von osteuropäischer Seite aus die Chancen für den Westhandel erhöhen, da mit dem voranschreitenden Aufbau der Wirtschaft auch das Liefervermögen Osteuropas wuchs. Hinzu kam, daß alle osteuropäischen Länder nach einer witterungsbedingten Mißernte des Jahres 1947 im Jahre 1948 eine Rekordernte einbrachten und Westeuropa nach wie vor an Agrarimporten interes-

35 Frankreichs wirtschaftliche Nachkriegssituation war durch ähnliche Schwierigkeiten gekennzeichnet wie die Englands. (Siehe dazu auch Aust, Hans W., Frankreich ringt sich durch, in: Die Wirtschaft, Nr. 3/1947, S. 93.)

36 ND, 3. 12. 1947, S. 3.

37 Siehe dazu auch Kahn, Siegbert, Das Programm der amerikanischen "Hilfe" für Europa, in: Die Wirtschaft, Nr. 5/1948, S. 163.

Tabelle 3

Handelsbilanz ausgewählter westeuropäischer Länder gegenüber den USA⁺
(in Millionen Dollar in laufenden f. o. b. -Preisen)

Land	1938	1947	1948
Großbritannien	- 375	- 895	- 390
Frankreich	- 80	- 762	- 509
Niederlande	- 41	- 353	- 246
Belgien, Luxemburg	- 35	- 373	- 200
Schweiz	- 4	- 98	- 69
Italien	- 17	- 444	- 297
Dänemark	- 20	- 76	- 35
Schweden	- 22	- 298	- 30
Norwegen	- 12	- 150	- 57
Insgesamt	- 606	- 3449	- 1833

+ Zusammengestellt nach Economic Survey of Europe in 1948, Genf 1949, S. 116.

siert war. Und in der Tat kann schon um die Wende 1947/1948 eine Belebung des Handels zwischen West- und Osteuropa beobachtet werden. Bereits im letzten Quartal 1947 wurden zahlreiche Handelsabkommen abgeschlossen. Im Oktober 1947 kamen Vertragsabschlüsse zwischen Bulgarien und Schweden, zwischen Jugoslawien und der Schweiz sowie Bulgarien und der Bizone Deutschlands zustande.³⁸

Kurz darauf begannen polnisch-dänische Verhandlungen³⁹, und im Dezember 1947 wurde ein umfangreiches, wenn auch kurzfristiges Abkommen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien getroffen.⁴⁰ Im gleichen Monat wurde auch ein sowjetisch-schwedisches Handelsabkommen vereinbart.⁴¹ Sowjetisch-französische Handelsbesprechungen wurden jedoch von sowjetischer Seite abgebrochen, da die französische Regierung der in Frankreich eingesetzten sowjetischen Repatriierungskommission jede weitere Arbeit untersagt hatte.⁴²

Im Dezember 1947 schlossen Österreich, Bulgarien und die Schweiz ein Kompensationsabkommen ab. Es sah Rostoffexporte Bulgariens nach Österreich vor, das sich zu Zelluloselieferungen gegenüber der Schweiz verpflichtete, während die Schweiz Bulgariens Maschinenexporte zusicherte.⁴³ Anfang 1948 wurden Vertragsabschlüsse zwischen Ungarn und Dänemark sowie Polen und Italien erzielt.⁴⁴ Ein umfangreicher Handelsvertrag konnte im Februar 1948 zwischen der Sowjetunion und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion abgeschlossen werden.⁴⁵ Ungarn vereinbarte im April des gleichen Jahres einen Warenaustausch mit Schwe-

38 Vgl. ND, 28. 10. 1947, S. 3.

39 Ebenda, 2. 11. 1947, S. 5.

40 Ebenda, 28. 12. 1947, S. 1; 1. 1. 1948, S. 3.

41 Ebenda, 20. 12. 1947, S. 1.

42 Ebenda, 10. 12. 1947, S. 1.

43 Ebenda, 20. 12. 1947, S. 3.

44 Ebenda, 8. 10. 1948, S. 3; 10. 1. 1948, S. 3.

45 Ebenda, 29. 1. 1948, S. 1.

den und im Mai mit Großbritannien.⁴⁶ Im Sommer 1948 kamen Verhandlungen der Tschechoslowakei mit Norwegen und der Schweiz zum Abschluß,⁴⁷ Anfang 1949 wurde ein britisch-polnisches Handelsabkommen mit einer Laufzeit von fünf Jahren unterzeichnet, das sich an ein dreijähriges Abkommen von 1947 anschloß,⁴⁸ Natürlich sagt eine Aufzählung von Handelsabkommen noch nichts über den Umfang aus, den der europäische Ost-West-Handel 1948, ein Jahr vor der RGW-Gründung, angenommen hatte.

Aufschluß hierüber und über den Anteil einzelner osteuropäischer Länder am Handel mit Westeuropa gibt folgende Übersicht:

Tabelle 4

Handel osteuropäischer Länder mit Westeuropa⁺
(in Millionen Dollar in laufenden f. o. b. -Preisen)

Land	Jahr	Import	Export
UdSSR	1947	104	91
	1948	107	234
Tschechoslowakei	1947	253	346
	1948	239	301
Polen	1947	141	133
	1948	177	294
Rumänien	1947	12	4
	1948	16	27
Ungarn	1947	31	37
	1948	49	66
Jugoslawien	1947	58	45
	1948	86	87
Bulgarien	1947	6	12
	1948	10	14
Insgesamt	1947	605	668
	1948	684	1023

+ Einschließlich aller Besatzungszonen Deutschlands. Quelle: Zusammengestellt nach Economic Survey of Europe in 1948, Genf 1949, S. 149.

Obwohl die Angaben den wertmäßigen Umfang des europäischen Ost-West-Handels nicht exakt ausweisen, da in der UN-Statistik zu dieser Zeit der Handel der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands mit dem der Westzonen als gesamtdeutscher Außenhandel unter der Rubrik "Westeuropa" erfaßt wurde, dürften sie doch prinzipielle Entwicklungstrends zum Ausdruck bringen.

Bis auf die Tschechoslowakei steigerten alle osteuropäischen Länder 1948 den Handel mit Westeuropa. Allerdings entfiel auf die Tschechoslowakei 1948 wie

46 Ebenda, 15. 4. 1948, S. 3; 5. 5. 1948, S. 4.

47 Ebenda, 17. 6. 1948, S. 3; 29. 6. 1948, S. 3.

48 Ebenda, 16. 1. 1948, S. 3.

schon 1947 export- und importseitig der größte Anteil am europäischen Ost-West-Handel, während die Anteile der damaligen Agrarländer Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und Bulgarien relativ gering waren. Jedoch exportierten ausnahmslos alle Länder Osteuropas 1948 im Unterschied zum Vorjahr mehr nach Westeuropa, als sie von dort importierten. Doch während die osteuropäische Ländergruppe bereits 1947 im Handel mit Westeuropa einen Exportüberschuß von 63 Millionen Dollar erreichte, überwogen 1948 die osteuropäischen Exporte die Importe um 339 Millionen Dollar.

Einen besonders großen Exportüberhang hatten im Jahre 1948 die drei hauptsächlich osteuropäischen Handelspartner Westeuropas zu verzeichnen, die Tschechoslowakei, Polen und die Sowjetunion. Und von diesen Ländern wies wiederum die UdSSR die größte Diskrepanz zwischen Export und Import auf.

Betrachtet man die Entwicklung des europäischen Ost-West-Handels unter dem Aspekt der Beteiligung westeuropäischer Länder, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 5

Handel westeuropäischer Länder mit Osteuropa⁺
(in Millionen Dollar in laufenden f. o. b. -Preisen)

Land	Jahr	Import	Export
Großbritannien	1947	180	184
	1948	331	184
Frankreich	1947	53	47
	1948	92	51
Niederlande	1947	78	49
	1948	120	79
Belgien, Luxemburg	1947	68	64
	1948	94	94
Schweiz	1947	90	65
	1948	71	67
Italien	1947	68	43
	1948	66	75
Dänemark	1947	69	90
	1948	91	78
Schweden	1947	119	85
	1948	149	109
Norwegen	1947	34	48
	1948	60	48
Österreich	1947	41	17
	1948	75	42
Übrige westeuropäische Länder ⁺⁺	1947	43	45
	1948	51	36

+ UdSSR, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Finnland.

++ Irland, Island, Portugal, Griechenland und die Türkei. Quelle: Zusammenge- stellt nach Economic Survey of Europe in 1948, Genf 1949, S. 149.

Fast alle westeuropäischen Länder steigerten 1948 ihren Handel mit Osteuropa gegenüber dem Vorjahr. Fast alle importierten 1948 mehr als sie exportierten. Ausnahmen bildeten lediglich Italien, das einen Ausfuhrüberschuß erzielte, sowie die Belgisch-Luxemburgische Wirtschaftsunion, deren Bilanz im Osthandel ausgeglichen war. Großbritannien, dessen Osthandel unter allen westeuropäischen Ländern den größten Umfang annahm, wies jedoch die größte Diskrepanz zwischen Ein- und Ausfuhr auf. Während sich seine Importe beträchtlich steigerten, erreichten die für 1948 ausgewiesenen Exporte lediglich die gleiche Höhe wie im Vorjahr. Tatsächlich verringerte sich der Umfang der englischen Exportlieferungen nach Osteuropa, was die auf der Grundlage von laufenden Preisen berechneten Zahlen verdecken.

Doch die Entwicklung, die Englands Osthandel 1948 nahm, wies hinsichtlich seiner Exportintensität noch eine weitere Besonderheit auf. Wichtige Kategorien des britischen Exports, wie Eisen und Stahl, stiegen nicht bzw. kaum an oder wurden sogar erheblich reduziert.⁴⁹ Während beispielsweise die übrigen westeuropäischen Länder ihre Ausfuhr von Maschinen und Ausrüstungen in den osteuropäischen Wirtschaftsraum gegenüber dem Vorjahr leicht steigerten, ging Englands Maschinenexport 1948 auf die Hälfte seines Volumens von 1947 zurück!⁵⁰ Der wichtigste westeuropäische Handelspartner Osteuropas spielte also 1948 als Exporteur längst nicht die Rolle, die er 1947 innegehabt hatte. Daß sich der westeuropäische Gesamtexport nach Osteuropa 1948 nur geringfügig gegenüber dem Vorjahr erhöhte, ist vor allem auf die Stagnation bzw. sogar Abnahme des Anteils der im englischen Ostexport dominierenden Warengruppen zurückzuführen. Nicht zufällig handelte es sich dabei um Waren, die Osteuropa dringend für seine im Aufbau befindliche Wirtschaft brauchte. Eine Gesamtanalyse des Außenhandels zwischen Ost- und Westeuropa vermittelt demzufolge ein widersprüchliches Bild, das zur Präzisierung der Aussage über die Belebung des Ost-West-Handels im Jahre 1948 zwingt. Allgemein kann festgestellt werden, daß die Entwicklung des europäischen Ost-West-Handels im Jahre vor der RGW-Gründung durch eine unterschiedliche Exportintensität beider Wirtschaftsbereiche gekennzeichnet war.

Berechnet man die Exportentwicklung zwischen Ost- und Westeuropa nach feststehenden Preisen des Vorkriegsstandes (1938), so ergibt sich für einen Vergleich der 1948 erzielten Resultate gegenüber 1947: Einer bedeutenden Zunahme des osteuropäischen Exports um 51,3 Prozent stand eine geringfügige Ausweitung des westeuropäischen von knapp 8 Prozent gegenüber. Eine spürbare Belebung des Handels erfolgte also lediglich in Ost-West-Richtung.

Besonders drastisch zeigte sich das im Fall des sowjetischen Außenhandels. Eine enorme Forcierung der sowjetischen Exporte in westliche kapitalistische Länder kontrastierte mit einer Reduzierung der Exporte Westeuropas in die UdSSR (siehe Tabelle 6 auf der nächsten Seite).

Der Vergleich mit dem Vorkriegsjahr und die Wertung des Handelsvolumens von 1948 zu Vorkriegspreisen machen gleichzeitig sichtbar, daß der europäische Ost-West-Handel vor der RGW-Gründung trotz realer Steigerung zum Vorjahr einen geringen Umfang hatte. Erreichten doch die Exportvolumina in beiden Richtungen noch nicht einmal die Hälfte des Umfangs, den die Lieferungen zwischen West- und Osteuropa vor dem Krieg angenommen hatten.

49 Economic Survey of Europe in 1948, Genf 1949, S. 151.

50 Ebenda,

Tabelle 6

Handel zwischen Ost- und Westeuropa⁺
(in Millionen Dollar in f. o. b. -Preisen von 1938)

Exporte aus Westeuropa nach Osteuropa	1938	1947	1947 in % von 1938	1948	1948 in % von 1938
In die UdSSR	181	63	35	57	31
In andere ost- europäische Länder ⁺⁺	539	226	42	255	47
Gesamt	720	289	40	312	43

Exporte aus Osteuropa nach Westeuropa					
Aus der UdSSR	284	48	17	107	38
Aus anderen ost- europäischen Ländern ⁺⁺	747	229	31	312	42
Gesamt	1031	277	27	419	41

+ England, Irland, Island, Frankreich, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Schweiz, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Türkei, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Österreich sowie die vier Besatzungszonen Deutschlands.

++ Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien.

Quelle: Economic Survey of Europe in 1948, Genf 1949, S. 148.

Dabei entsprach der geringe Umfang des Warenverkehrs zwischen West- und Osteuropa keinesfalls dem Entwicklungsstand der europäischen Industrie- und Agrarproduktion. Hatte doch die Industrieproduktion Europas 1948 mit etwa 97 Prozent ihres Umfangs von 1938 nahezu den Vorkriegsstand wieder erreicht.⁵¹ Eine Reihe hochentwickelter westeuropäischer Industriestaaten hatte ihn zu diesem Zeitpunkt bereits beträchtlich übertroffen. So lag beispielsweise Frankreichs Industrieproduktion 1948 bei 111 Prozent, die Hollands bei 113 Prozent, die Belgiens bei 114 Prozent, die Englands bei 128 Prozent, die Norwegens bei 129 Prozent, die Dänemarks bei 131 Prozent und schließlich die Industrieproduktion Schwedens bei 149 Prozent des Vorkriegsstandes.⁵² Können ähnlich günstige Resultate für die europäische Agrarproduktion nur als Ausnahmefälle angeführt werden, so lag sie doch insgesamt 1948 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1934 bis 1938 immerhin bei etwa 89 bis 90 Prozent ihres Vorkriegsniveaus.⁵³

Das Volumen des europäischen Ost-West-Handels stand also in keinem Verhältnis zu Produktionsumfang und -kapazitäten der Industrie und Landwirtschaft des Kontinents. Daß der Ost-West-Handel dem Bedarf der europäischen Staaten nicht entsprach, wurde dann auch von westlicher Seite eingestanden. So schätzte Gunnar Murdal, Sekretär der Europäischen Wirtschaftskommission der UN, Anfang 1949 ein, daß es notwendig wäre, das 1948 erzielte Handelsvolumen zu verdoppeln oder

51 Ebenda 1949, Genf 1950, S. 3.

52 Ebenda.

53 Ebenda, S. 16.

zu verdreifachen, um den Bedürfnissen der europäischen Länder Rechnung zu tragen, 54

Im Verlaufe des Jahres 1948 war immer deutlicher geworden, daß das industriell hochentwickelte Westeuropa auf die osteuropäische Exportoffensive in einem wesentlichen Punkt mit an Reserviertheit grenzender Zurückhaltung reagierte: bei der Ausweitung seiner Gegenlieferungen an Industrieausrüstungen. Deshalb unternahm die sowjetische Regierung den Versuch, insbesondere diese Frage der Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen gesamteuropäischer Verhandlungen zu klären. Sie regte die Einberufung einer europäischen Handelskonferenz an, die der Wiederbelebung des Handels zwischen Ost- und Westeuropa den Weg ebnen sollte.

Die organisatorischen Voraussetzungen dafür bot die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (Economic Commission for Europe, ECE) in Genf, die 1947 als Kommission des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO gegründet worden war. Zur Vorbereitung der Konferenz erarbeitete die ECE einen Bericht, in dem eingeschätzt wurde, daß der innereuropäische Handel auf das fast Fünffache gesteigert werden könne. Auf Vorschlag der osteuropäischen Länder wurde empfohlen, die Industrialisierung Osteuropas durch Anleihen und Maschinenlieferungen des Westens zu fördern. Die Konferenz, die im September 1948 unter Beteiligung von 21 Ländern Ost- und Westeuropas sowie den USA in Genf stattfand, faßte jedoch zu diesen Fragen keine Beschlüsse und endete ohne konkrete Ergebnisse.

Damit war eine Situation eingetreten, in der die UdSSR und die Volksdemokratien damit rechnen mußten, daß der Ost-West-Handel eingefroren oder sogar weiter eingeschränkt werden würde. Hieraus ergaben sich weitreichende wirtschaftspolitische Konsequenzen für den osteuropäischen Wirtschaftsraum als Ganzes und auch für die einzelnen Länder. Kurz vor dem Industrialisierungsstart, als Tempo, Richtung und Quellen einer beschleunigten Fortsetzung der Industrialisierung Osteuropas bestimmt wurden, kündigten die Schwierigkeiten bei der Normalisierung des europäischen Ost-West-Handels die Möglichkeit einer Isolierung Osteuropas vom westlichen Markt an. Unter diesen Umständen kam der Intensivierung des Warenaustausches innerhalb des osteuropäischen Wirtschaftsraumes und der gegenseitigen Unterstützung seiner Länder beim Auf- und Ausbau ihrer Industrie erhöhte Bedeutung zu.

Ohne Zweifel wurde die Gründung des RGW durch diesen Umstand beschleunigt, 55

54 Vgl. ND, 10. 2. 1949, S. 3.

55 In der amtlichen Verlautbarung über die Gründung des RGW hieß es: "Die Beratung konstatierte . . . , daß die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Englands und einiger anderer Länder Westeuropas die Handelsbeziehungen mit den volksdemokratischen Ländern und der UdSSR praktisch boykottieren, weil diese letztgenannten Länder es nicht für möglich erachten, sich dem Diktat des Marshall-Plans zu beugen, da dieser Plan die Souveränität der Länder und die Interessen ihrer Wirtschaft verletzt. Im Hinblick hierauf erörterte die Beratung die Möglichkeit, eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den volksdemokratischen Ländern und der UdSSR herbeizuführen." (Veröffentlicht in Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie, Nr. 3/1949, zit. bei: Kohlmeier, Gunther, Der demokratische Weltmarkt, Berlin 1955, S. 111 f.) - Vgl. hierzu auch Usenko, E. T., Sozialistische internationale Arbeitsteilung und ihre rechtliche Regelung, Berlin 1966, S. 46 f.

Wenige Wochen nach der Moskauer Wirtschaftskonferenz vom 19. Januar sah es dann noch einmal so aus, als würden 'sich Möglichkeiten für eine Normalisierung des europäischen Ost-West-Handels eröffnen. Auf der Tagung der Genfer Handelskonferenz im Februar 1949 brachen Widersprüche zwischen den USA und den westeuropäischen Ländern auf.⁵⁶ Wieder standen die Vorschläge der Sowjetunion und der Volksdemokratien zur Entwicklung des Ost-West-Handels zur Debatte. Während einige Länder Westeuropas wegen ihrer Defizite im Überseehandel Interesse an einer Ausdehnung des Osthandels zeigten, versuchten die USA, eine sich anbahnende Einigung über die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost- und Westeuropa zu torpedieren. Ein Antrag der USA, der darauf hinauslief, daß die osteuropäischen Länder Informationen über ihre Exportkapazität an Nahrungsmitteln und Rohstoffen geben sollten, ohne ähnliche Informationen von westeuropäischer Seite zu erhalten, wurde abgelehnt. Dagegen beschloß die Konferenz gegen den Widerstand der USA, den Ost-West-Handel in Form zweiseitiger Abkommen, die den Partnern gleiche Rechte einräumen sollten, abzuwickeln. Einigung wurde auch darüber erzielt, das Volumen des Warenaustausches zwischen West- und Osteuropa zu verdreifachen.⁵⁷

Wenn es den USA auch nicht gelang, ihren Standpunkt zu diesen Fragen in den Genfer Beratungen durchzusetzen, so erreichten sie doch immerhin, daß es nicht zu konkreten Beschlüssen über Maßnahmen zur Steigerung des Ost-West-Handels kam und die Diskussion darüber vertagt wurde - ein entscheidender Mangel der zunächst so hoffnungsvoll verlaufenden Besprechungen, wie sich bald zeigen sollte.

Am 31. März 1949 ging Großbritannien mit der Einführung neuer Bestimmungen, die den Export einer Reihe von Waren von der Erteilung einer amtlichen Genehmigung abhängig machten, zur Exportkontrolle über. Wieder verstärkten sich die Anzeichen dafür, daß sich die Bedingungen für den Ost-West-Handel infolge westeuropäischen Nachgebens gegenüber dem atlantischen Bündnispartner zu verschlechtern drohten. Darauf verwiesen auch die Vertreter der osteuropäischen Länder auf der erneut einberufenen, nunmehr vierten Genfer Tagung der ECE, die vom 9. bis 21. Mai 1949 stattfand.⁵⁸ Der sowjetische Delegierte Arutiunian konstatierte, daß trotz der Bereitschaft Osteuropas zur Steigerung seiner Exporte "die westeuropäischen Länder auf Grund der Politik des Marshallplans in zunehmendem Maße ihre Ausfuhren nach dem Osten drosselten."⁵⁹ Und auf die westeuropäische Wirtschaft Bezug nehmend, stellte von polnischer Seite Tadeusz Lychnowski fest, daß beispielsweise die Kapazität der westeuropäischen Elektroindustrie zu 14 Prozent nicht ausgelastet sei, während andererseits die osteuropäischen Aufträge nicht genutzt würden.⁶⁰ Bemerkenswert für die Demagogie der von der amerikanischen Seite vorgebrachten Argumentation, aber auch aufschlußreich für die amerikanische Haltung gegenüber den osteuropäischen Industrialisierungsambitionen war der Ratschlag, den Sonderbotschafter Averell Harri-

56 Vgl. ND, 24. 2. 1949, S. 1.

57 Vgl. hierzu auch Brandt, R. H., a. a. O., S. 142.

58 Die erste Sitzung fand vom 2. bis 15. 5. 1947, die zweite vom 5. bis 16. 7. 1947 und die dritte vom 26. 4. bis 8. 5. 1948 statt.

59 Debatte über den Ost-West-Handel, Zusammengestellt auf Grund der Sitzungsprotokolle des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen, in: Europa-Archiv, 5. 8. 1949, S. 2358 f.

60 Ebenda.

man⁶¹ erteilte. An die osteuropäischen Konferenzteilnehmer gewendet schlug Harriman vor, "die osteuropäischen Staaten sollten bei ihren Bestrebungen zur Industrialisierung ihre traditionelle Rolle als Rohstoff- und Lebensmittellieferant Westeuropas nicht vernachlässigen".⁶² Angesichts der osteuropäischen Bemühungen um den Bezug von Investgütern zunächst im Austausch gegen eben diese traditionellen Handelsprodukte und der amerikanischen Bestrebungen zur Verhinderung des osteuropäischen Investimports konnten Harrimans Äußerungen nur als Kritik an den Industrialisierungskonzeptionen der sozialistischen Länder aufgefaßt werden. Auch die nachträglich abgegebene Erklärung des amerikanischen Delegierten Paul Porter, Harriman hätte sich nicht gegen die Industrialisierung Osteuropas wenden wollen, es sei ihm nur darum gegangen, darauf hinzuweisen, "daß die Finanzierung solcher Industrialisierungsprojekte durch die Steigerung des Handels mit Rohstoffen gefördert werden könne"⁶³, entbehrt nicht der Pikanterie. Harrimans unvorsichtige Bemerkung hatte die amerikanischen Vorbehalte gegenüber der osteuropäischen Industrialisierung allzu offensichtlich werden lassen. Deutlich zeigte der Konferenzverlauf, daß sich das Klima für Verhandlungen über die Ausweitung des Ost-West-Handels erneut verschlechtert hatte. Auch der gegen Ende der Konferenz gefaßte Beschluß, einen ständigen Ausschuß zur Entwicklung des Ost-West-Handels zu bilden, stellte keinen Ersatz für die ausgebliebenen Entscheidungen zur Lösung dieses weltwirtschaftlich so bedeutsamen Problems dar.

Nicht nur in Westeuropa, sondern auch in den USA stieß die Trumansche Wirtschafts- und Außenpolitik auf den Widerstand der am Ostexport interessierten Wirtschaftsgruppen, Befanden sich die westeuropäischen Länder bis 1949 noch in der Phase des Wiederaufbaus ihrer Wirtschaft⁶⁴, wurden die USA seit dem letzten Drittel des Jahres 1948 von einer Wirtschaftskrise betroffen, die sich 1949 zunächst verschärfte. Bereits 1948 war jedoch der amerikanische Gesamtexport um 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.⁶⁵ Unter diesen Umständen mußten selbst Kreise des amerikanischen Finanzkapitals die Bestrebungen der Truman-Administration zur Behinderung des Ost-West-Handels als Anachronismus empfinden. So bezeichnete das Wall-Street Journal - das Organ der amerikanischen Hochfinanz - im Juni 1949 die wirtschaftlichen Sanktionen der USA gegenüber der Sowjetunion und anderen Ländern Osteuropas als unverhüllte Diskriminierung und erhob die Forderung nach der Beseitigung aller Handelsschranken zwischen West- und Osteuropa.⁶⁶ Vermutungen, daß die am Ost-West-Handel interessierten Kreise angesichts der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in den USA und der Möglichkeit des Übergreifens der Krise auf Westeuropa an politischem Einfluß gewinnen würden und daß ein Wandel in der Haltung der USA zu Fragen des Außenhandels eintreten würde, bestätigten sich jedoch

61 Harriman war zu dieser Zeit Hauptvertreter der USA sowohl in der Marshallplanorganisation Organization for European Economic Cooperation (OEEC) als auch in der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, der ECE.

62 Debatte über den Ost-West-Handel, a. a. O.

63 Ebenda.

64 Heininger, Horst, Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft 1945 - 1950, Berlin 1959, S. 277.

65 Statistical Yearbook 1949/50, hg. v. Statistical Office of the United Nations, Department of Economic Affairs, New York 1950, S. 351.

66 Zit. in ND, 1. 7. 1949, S. 1.

nicht. Im Gegenteil, in den USA setzten sich die Befürworter einer Verschärfung des kalten Krieges, des zunehmenden Engagements der USA als Weltgendarm durch, die für die Rüstungs- und Kriegskonjunktur als Ausweg aus der Wirtschaftskrise plädierten.⁶⁷ Mehr denn je wurde deshalb von der amerikanischen Regierung seit 1949 in der Blockierung des Ost-West-Handels eine Waffe im kalten Krieg gesehen.

Infolge erweiterter Embargobestimmungen der USA-Regierung reduzierte sich der Anteil des Osthandels an den Gesamtumsätzen der Vereinigten Staaten auf ein Minimum.

Tabelle 7

Anteil des Osthandels am Außenhandel der USA⁺
(in %)

	1948	1950	1951	1952	1953
Ausfuhr	3,1	0,6	0,02	0,07	0,01
Einfuhr	3,3	2,6	1,1	0,6	0,4

+ Kohlmeij, Gunther, Der demokratische Weltmarkt, Berlin 1955, S. 294.

Aber auch ihre westeuropäischen Bündnispartner konnten die USA zum Teil in die Boykottpolitik gegenüber dem sich herausbildenden sozialistischen Weltwirtschaftssystem trotz zeitweiligen Widerstandes⁶⁸ einbeziehen. Marshallplan und Militärpaktssystem bildeten dafür die Grundlage. Zu berücksichtigen ist auch, daß die Ende 1949 in den USA beginnende und Anfang der fünfziger Jahre mit dem Korea-boom sich verstärkt fortsetzende Rüstungskonjunktur über umfangreiche amerikanische Aufträge auch Westeuropa einbezog⁶⁹, das seinerseits im Zuge des kalten Krieges ebenfalls die Rüstungsproduktion ankurbelte.⁷⁰ Damit verringerten sich auch die Hoffnungen auf eine selbständige westeuropäische Außenhandelspolitik gegenüber den sozialistischen Ländern.

Anfang der fünfziger Jahre wurden die Embargomaßnahmen von den USA durch das Battlegesetz⁷¹ und die Ausdehnung der Embargoliste verschärft. Kanada und eine Reihe westeuropäischer Länder schlossen sich durch die Übernahme der Exportbeschränkungen, die sowohl Industrieausrüstungen als auch Rohstoffe betrafen, dem amerikanischen Embargo an. Mit dem Pariser Coordinating Committee for East-West Trade Policy (COCOM) war ein Organ zur Überprüfung des Ost-West-Handels geschaffen worden, mit dessen Hilfe die Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern kontrolliert, die Exporte wichtiger Investitionsgüter

67 Neumann, Gerd, Ost-West-Handel oder Rüstungskonjunktur, friedliche Koexistenz oder Eskalation (Manuskript im Druck).

68 Beispielsweise wurde das Battlegesetz in der führenden englischen Wirtschaftszeitung The Economist, 4. 8. 1951, kritisiert.

69 Gündel, Rudolf, Die zyklische Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft von 1950 bis 1957, Berlin 1961, S. 74 ff.

70 Der Außenhandel und die Überproduktionskrisen der USA 1948/49 und 1953/54, in: DWI-Bericht, Nr. 15 - 16/1955, S. 29.

71 Das Gesetz, nach dem Abgeordneten der Demokratischen Partei L. C. Battle benannt, wurde 1951 vom USA-Kongreß angenommen. Es band alle Länder, die amerikanische Wirtschaftshilfe erhielten, an die Embargobestimmungen.

und Rohstoffe gedrosselt oder unterbunden wurden. Nun konnte von einer Verdreifachung des europäischen Ost-West-Handels keine Rede mehr sein. Als Folge der Behinderung des Warenverkehrs verminderte sich der Handelsumsatz ab 1950,

Tabelle 8

Volumen des Handels zwischen den west- und osteuropäischen Ländern⁺
(1950 = 100)

Jahr	Export der westeuropäischen Länder nach Osteuropa	Import der westeuropäischen Länder aus Osteuropa
1938	205	305
1949	103	111
1950	100	100
1951	98	89
1952	81	85
1953	105	88

+ Pravda, 21. 9. 1954, zit. nach: Kohlmeier, Gunther, Der demokratische Weltmarkt, Berlin 1955, S. 314.

Nahm die Behinderung des Ost-West-Handels Anfang der fünfziger Jahre, in der Zeit des Koreakrieges, besonders krasse Formen an, so gilt auch für die Zeit nach 1953, daß wesentliche Ausfuhrbeschränkungen aufrechterhalten wurden. Deshalb blieben die Gesamtumsätze auch in der Folgezeit unter dem Niveau des Vorkriegsstandes und näherten sich diesem nur allmählich an. Wie Wenger feststellt, blieb das physische Volumen der Importe Westeuropas bis 1960, legt man als Basisjahr 1950 zugrunde, mit 234 noch weit unter dem Umsatz von 1938 (mit 305 Punkten), während der Index des Exports mit 235 den Stand von 1938 (mit 205) nur wenig überschritten hatte.⁷²

Der imperialistische Handelsboykott gegenüber dem sozialistischen Lager hatte für die RGW-Länder zur Folge, daß die Entwicklung ihrer Industrie unter Bedingungen erfolgte, die die Nutzung arbeitsteiliger Beziehungen mit den fortgeschrittensten Industrieländern der Welt nahezu ausschlossen. Die Industrialisierung Osteuropas konnte jedoch nicht aufgehalten werden. Das Anwachsen des Wirtschafts- und Verteidigungspotentials der RGW-Länder erklärt neben dem Aufbrechen der Widersprüche im imperialistischen Lager, warum die USA und die westeuropäischen Länder gegenwärtig größere Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern erkennen lassen.

⁷² Wenger, S., Wirtschaftszusammenarbeit und kollektive Sicherheit in Europa, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Nr. 1/1973, S. 38.

ZUR CHARAKTERISTIK DER ÖKONOMISCHEN ERGEBNISSE IN DER INDUSTRIE DER DDR IM ERSTEN FÜNFJAHRPLAN

(1951 bis 1955)

von Jörg Roesler

1. Zur Entwicklung der Produktionsverhältnisse in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre
2. Zur Entwicklung der materiellen Produktivkräfte in der Industrie
 - 2.1. Industrieproduktion und Industriezweigstruktur
 - 2.2. Arbeitsproduktivität, technisches Niveau und Qualität der Produktion
3. Die Entwicklung der Produktivkraft Mensch, Die Qualifizierung der Kader für die Leitung und Planung der Volkswirtschaft
4. Zur Entwicklung der materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen, Akkumulation und Konsumtion
5. Schlußbemerkung

Bei der Ausarbeitung des ersten Fünfjahrplanes ließen sich die Partei der Arbeiterklasse und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik von den durch Lenin bereits 1918 ausgearbeiteten, in der Sowjetunion in den dreißiger Jahren erprobten Grundsätzen einer sozialistischen Industrialisierung als notwendiger Voraussetzung für die Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus leiten. Auch die ersten Erfahrungen anderer europäischer Volksdemokratien, von denen die meisten den Weg des sozialistischen Aufbaus etwas früher als die DDR beschritten, konnten verwertet werden. (Siehe Tabelle 1 auf der nächsten Seite.)

Wie in den anderen europäischen Volksdemokratien sahen die Perspektivpläne auch in der DDR ein überwiegend extensives Wachstum bei vorrangigem Auf- und Ausbau der Schwerindustrie vor. In der DDR waren jedoch bei der Aufstellung des Fünfjahrplanes in schöpferischer Anwendung der Grundsätze der sozialistischen Industrialisierung auf den Entwicklungsstand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse eine Anzahl weiterer Aufgaben zu lösen, wie zum Beispiel

- die Zurückdrängung des noch relativ umfangreichen kapitalistischen Sektors in der Industrie;
- die grundlegende Umgestaltung des bereits vorhandenen Industriepotentials durch Neuaufbau der im Ergebnis der imperialistischen Spaltung Deutschlands unterproportional entwickelten Zweige (Metallurgie, Schwermaschinenbau und anderer) und durch die Rekonstruktion der übrigen Industriebereiche;

- der Abschluß des Wiederaufbaus in einer Reihe von Zweigen und Bereichen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses.

Der Fünfjahrplan sah ferner eine rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie eine generelle Verringerung der Kosten und eine Verbesserung der Qualität der Produktion vor.

Tabelle 1

Perspektivpläne zur sozialistischen Industrialisierung in den volkdemokratischen Ländern Europas Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre⁺

Staat	Zeitraum	Reichweite
DDR	1951 - 1955	Fünfjahrplan
VRP	1950 - 1955	Sechsjahrplan
ČSSR	1949 - 1953	Fünfjahrplan
UVR	1950 - 1954	Fünfjahrplan
VRB	1949 - 1953	Fünfjahrplan
SRR	1951 - 1955	Fünfjahrplan
VRA	1951 - 1955	Fünfjahrplan

+ Zusammengestellt nach Ekonomičeskaja istorija socialističeskich stran, Moskau 1971; Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 1: Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, Berlin 1967.

1. Zur Entwicklung der Produktionsverhältnisse in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre

Während der gesamten Fünfjahrplanperiode konnte sich der sozialistische Sektor weiter festigen. Er übte Mitte der fünfziger Jahre den bestimmenden Einfluß in der Volkswirtschaft aus.

Tabelle 2

Anteil der verschiedenen Eigentumsformen an ausgewählten ökonomischen Kennziffern 1955⁺
(in %)

Bereich	Sozialistischer Sektor	Kleine Warenproduktion	Kapitalistische Betriebe
Gesellschaftliches Gesamtprodukt	68,6	17,6	13,8
Industrielle Bruttoproduktion	85,3	-	14,7
Leistungen des allgemeinen Handwerks	0,3	99,7	-
Bauleistungen	52,9	30,6	16,5
Landwirtschaftliche Nutzfläche	27,3	59,5	13,2
Bruttoproduktionswerte			
Verkehr	85,5	14,5	
Einzelhandelsumsatz	68,0	32,0	
Großhandelsumsatz	95,3	-	4,7

+ Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin 1956, S. 191.

Die Arbeiterklasse wuchs absolut und relativ.

Tabelle 3

Sozialökonomische Struktur der Berufstätigen 1955⁺

Beschäftigtengruppe	In %
Berufstätige (einschließlich Lehrlinge)	100
Arbeiter und Angestellte (einschließlich Lehrlinge)	78,4
Mitglieder von Produktionsgenossenschaften	2,4
Darunter: LPG	2,3
Übrige Berufstätige	19,3
Darunter: Einzelbauern und private Gärtnere	12,6
Private Handwerker	3,9
Private Groß- und Einzelhändler	1,8
Freiberuflich Tätige	0,4

+ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1974, Berlin 1974, S. 52.

In der Industrie hatte sich der Anteil des sozialistischen Sektors von Jahr zu Jahr erhöht, und die Vorzüge des Volkseigentums gegenüber dem kapitalistischen Eigentum setzten sich immer mehr durch.

Tabelle 4

 Betriebe, Beschäftigte und Bruttoproduktion in der Industrie nach Eigentumsformen 1950 bis 1955⁺
 (in %)

Jahr	Anteil an der Zahl der Betriebe		Anteil an der Zahl der Arbeiter und Angestellten		Anteil an der industriellen Bruttoproduktion	
	soz.	kap.	soz.	kap.	soz.	kap.
1950	25,6	74,4	75,7	24,3	76,5	23,5
1951	24,4	75,6	77,9	22,1	79,7	20,3
1952	25,2	74,8	79,1	20,9	80,7	19,3
1953	29,2	70,8	82,6	17,4	84,9	15,1
1954	30,7	69,3	83,4	16,6	85,2	14,8
1955	30,5	69,5	83,9	16,1	85,3	14,7

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 126; ebenda 1963, Berlin 1963, S. 71.

Nach Industriebereichen gegliedert, sah die Entwicklung, gemessen an der industriellen Bruttoproduktion, folgendermaßen aus:

Tabelle 5

Anteil des sozialistischen und kapitalistischen Sektors an der Produktion der Industriebereiche 1950 und 1955⁺
(in %)

Jahr	Industrie insgesamt		Grundstoff-industrie		Metallver-arbeitende Industrie		Leicht-industrie		Lebensmit-telindustrie	
	soz.	kap.	soz.	kap.	soz.	kap.	soz.	kap.	soz.	kap.
1950	76,5	23,5	91,0	9,0	83,3	16,7	57,5	42,5	60,5	39,5
1955	85,3	14,7	94,5	5,5	92,0	8,0	71,3	28,7	78,9	21,1

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 155.

Außer in der Leichtindustrie war der Anteil des kapitalistischen Sektors an der Bruttoproduktion der Industrie im Verlaufe des Fünfjahrplanes etwa um die Hälfte zurückgegangen.

Das Tempo, in dem die Einschränkung des kapitalistischen Bereiches der Warenproduktion vor sich ging, war in den einzelnen Jahren unterschiedlich - besonders hoch zwischen 1952 und 1953 und sehr gering zwischen 1954 und 1955. Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich im privaten Sektor der Industrie vorübergehend sogar, während sie im sozialistischen Sektor in der gleichen Zeit stagnierte. Diese Entwicklung kommt deutlich in den jährlichen Wachstumsraten der volkseigenen und privaten Industrie zum Ausdruck.

Tabelle 6

Betriebe, Beschäftigte und Bruttoproduktion in der Industrie nach Eigentumsformen⁺
(1950 = 100)

Jahr	Betriebe		Beschäftigte		Bruttoproduktion	
	soz.	kap.	soz.	kap.	soz.	kap.
1951	91,7	99,5	111,2	98,5	126,1	109,7
1952	91,2	95,5	117,9	97,4	149,2	116,9
1953	95,2	81,2	126,9	83,5	176,0	102,6
1954	102,2	80,1	130,4	80,9	194,4	112,5
1955	101,7	78,6	130,4	81,7	210,3	118,6

+ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 126.

Abgesehen von Tendenzen der erweiteren Reproduktion vieler kapitalistischer Betriebe in den beiden letzten Jahren des ersten Fünfjahrplanes, die begleitet waren von der Entwicklung größerer Handwerksbetriebe zu kapitalistischen Un-

ternehmen¹, besaß der kapitalistische Sektor auch am Ende des ersten Fünfjahresplanes noch beträchtliche Positionen in der Leicht- und Lebensmittelindustrie. Insgesamt existierten 1955 im privaten Sektor noch 13 800 Unternehmen mit 447 000 Beschäftigten.² Selbst im Maschinenbau, wo die privaten Unternehmen volumenmäßig kaum ins Gewicht fielen, verfügten bestimmte kapitalistische Betriebe über Schlüsselstellungen. Das kam darin zum Ausdruck, daß bedeutende volkseigene Betriebe von Zulieferungen privater Unternehmen abhängig waren, für die letztere in der DDR das Produktionsmonopol besaßen.³

Somit waren auch Mitte der fünfziger Jahre noch gewisse Möglichkeiten von Störungen des Reproduktionsprozesses in der volkseigenen Industrie durch das spontane Wirken des Wertgesetzes im kapitalistischen Sektor und im Bereich der kleinen Warenproduktion gegeben.⁴

2. Zur Entwicklung der materiellen Produktivkräfte in der Industrie

2. 1. Industrieproduktion und Industriezweigstruktur

Die industrielle Bruttoproduktion erhöhte sich in der DDR während des ersten Fünfjahresplanes in einem Tempo, wie es während der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands bis 1945 nie verzeichnet wurde.

Tabelle 7

Das Wachstum der industriellen Bruttoproduktion im ersten Fünfjahrplan⁺

Jahr	Index (1936 = 100)	Index (1950 = 100)	Wachstum gegenüber dem Vorjahr (in %)
1950	111	100	
1951	136	123	23
1952	157	142	16
1953	177	160	12
1954	195	176	10
1955	210	190	8
1951/55	-	-	13,8
1951/53	-	-	17,0
1954/55	-	-	9,0

+ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1974, Berlin 1974, S. 114; ebenda 1956, Berlin 1957, S. 272 f.

Im Jahre 1955 betrug die industrielle Bruttoproduktion mehr als das Doppelte des Vorkriegsstandes (1936). Das im Durchschnitt sehr hohe Wachstumstempo vollzog sich allerdings bei sinkenden Zuwachsraten. Bevor versucht wird, hierfür

1 Vgl. dazu Klassenkampf - Tradition - Sozialismus, Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, Grundriß, Berlin 1974, S. 641.

2 Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden: Statistik DDR) 1955, Berlin 1956, S. 126.

3 Zentrales Staatsarchiv (im folgenden: ZSTA).

4 Klassenkampf - Tradition - Sozialismus, a. a. O.

eine Erklärung zu finden, soll zunächst festgestellt werden, inwieweit das im Plan vorgesehene vorrangige Wachstum bestimmter Zweige der Schwerindustrie realisiert werden konnte.

Aus der Tabelle 8 ist ersichtlich, daß - bei einer raschen Steigerung der Produktion in allen Zweigen - die metallverarbeitende Industrie und die Lebensmittelindustrie überdurchschnittlich wuchsen, der Zuwachs der Grundstoff- und der Leichtindustrie dagegen unter dem Durchschnittswert lag.

Tabelle 8

Bruttoproduktion nach Industriebereichen und ausgewählten Industriezweigen
1951 bis 1955⁺
(1950 = 100)

	1951	1952	1953	1954	1955
Industrie insgesamt	122,6	142,3	159,6	176,0	189,6
Grundstoffindustrie	117,0	133,9	149,5	164,0	178,8
Davon: Energieerzeugung	111,7	125,3	109,0	122,9	131,8
Bergbau	110,6	116,3	121,5	132,0	145,1
Metallurgie	137,7	173,6	200,1	228,2	244,9
Chemische Industrie	117,1	137,1	161,8	176,3	192,0
Baumaterialindustrie	115,9	126,6	131,7	143,4	158,6
Metallverarbeitende Industrie	124,5	151,3	177,6	198,5	214,4
Leichtindustrie	120,0	131,7	141,8	157,8	166,3
Lebensmittelindustrie	137,1	166,8	186,8	200,2	216,1

+ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 125 ff.

Innerhalb der Grundstoffindustrie verlief der Produktionsanstieg recht unterschiedlich. Während die Metallurgie und die chemische Industrie rascher als die Industrie insgesamt wuchsen, blieb die Produktionszunahme in den übrigen Zweigen der Grundstoffindustrie unter dem Durchschnitt der gesamten Industrie. Die Energieerzeugung stagnierte faktisch im Zeitraum von 1952 bis 1954.

Diese Ergebnisse scheinen auf den ersten Blick den Zielen des Fünfjahrplanes, in dem die Entwicklung der Schwerindustrie besonders hervorgehoben wurde, wenig zu entsprechen. Man könnte vermuten, daß die im Plan vorgesehene Investitionsstruktur nicht eingehalten, sondern zugunsten der metallverarbeitenden und Lebensmittelindustrie verändert worden wäre; das war jedoch, wie die Tabelle 9 beweist, nicht der Fall.

Tatsächlich waren die Investitionen also noch wesentlich stärker auf die Grundstoffindustrie ausgerichtet als ursprünglich vorgesehen. Innerhalb der Schwerindustrie - leider fehlen darüber genaue statistische Angaben - konzentrierten sich die Investitionen vor allem auf die Metallurgie, die dann auch das höchste Wachstumstempo erreichte. In allen übrigen Industriezweigen und -bereichen (mit Ausnahme des Schwermaschinenbaus)⁵ wurden Neuinvestitionen, wenn überhaupt,

5 Leider besteht auf der Grundlage des publizierten statistischen Materials weder produktions- noch investitionsseitig eine Möglichkeit, die metallverarbeitende Industrie für die Jahre 1951 bis 1955 weiter aufzugliedern, zum Beispiel nach Schwermaschinen- und allgemeinem Maschinenbau.

Tabelle 9

Gepante und realisierte Struktur der Investitionen in der zentralgeleiteten Industrie während des ersten Fünfjahrplanes⁺
(in %)

Industriebereiche	Plan	Ist		Ist
	1951 - 1955	1951	1955	1951 - 1955
Grundstoffindustrie	58	64,1	76,6	68
Metallverarbeitende Industrie	15	25,1	8,8	15
Leichtindustrie	27	10,8	14,6	17
Lebensmittelindustrie				

+ DDR - Werden und Wachsen. Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974, S. 199; Herr, Horst, Die Investitionen des ersten Fünfjahrplanes, in: Statistische Praxis, Nr. 6/1956, S. 72; Capkin, N., Financy i kredit Gernanskoj demokratičeskoj respubliki, Moskau 1959, S. 37.

dann nur in geringem Maße vorgenommen. Die Produktionssteigerung konnte dort also im wesentlichen nur durch rationelle Auslastung der vorhandenen Kapazitäten erreicht werden.

Mit den Angaben über die tatsächliche Investitionsverteilung in der Industrie ist es nunmehr möglich zu begründen, warum die Produktion in der Metallurgie schneller anstieg als in anderen Zweigen und Bereichen. Jedoch ist damit noch nicht geklärt, weshalb sich einige dieser Zweige (mit annähernd vergleichbarer Investitionsdauer und Eigentumsstruktur) relativ langsam entwickelten, wie zum Beispiel Energieerzeugung und Bergbau, und andere relativ schnell, wie zum Beispiel die chemische Industrie. Unterschiedlich trotz ähnlicher Voraussetzungen waren auch die jährlichen Wachstumsraten in der Leicht- und Lebensmittelindustrie.

Der Schlüssel zum Verständnis der unterschiedlichen Wachstumsraten liegt im Verhältnis von genutzten und nicht genutzten (bzw. durch Beseitigung von Kriegszerstörungen mit relativ geringen Mitteln wieder nutzbar zu machenden) Produktionskapazitäten der verschiedenen Industriezweige zu Beginn des Perspektivplanzeitraumes. Im folgenden sei diese These näher begründet.

Zunächst sollen zwei Zweige der Grundstoffindustrie, Energieerzeugung und chemische Industrie, verglichen werden. Zwischen 1945 und 1950 gelang es, durch Wiederingangsetzung und Wiederherstellung der vorhandenen Kapazitäten die Elektroenergieerzeugung von 6,4 Milliarden Kilowattstunden auf 19,5 Milliarden Kilowattstunden zu erhöhen.⁶ Eine weitere rasche Steigerung der Energieproduktion während des ersten Fünfjahrplanes hätte den Neubau von Energieanlagen erfordert. Die benötigten Ausrüstungen konnte der Energiemaschinenbau jedoch zunächst nicht liefern, da die entsprechenden Produktionskapazitäten in der DDR erst geschaffen werden mußten. (Auf die DDR entfielen nur 5 Prozent der Vorkriegsproduktion an Energiemaschinen.⁷) Da der Energiemaschinenbau, vor allem der VEB Bergmann Borsig als Hauptproduktionsstätte für große Energiean-

6 Industrie und Technik, Beiträge zur Entwicklung des Bergbaus, der Metallurgie und des Maschinenbaus, Berlin 1960, S. 190.

7 Ebenda, S. 94.

lagen, erst in der zweiten Hälfte der Fünfjahrplanperiode lieferfähig wurde, konnte nicht vor 1954/1955 mit dem Bau neuer Anlagen begonnen werden.

Tabelle 10

Das Verhältnis von Neuanlagen und Rationalisierungsmaßnahmen in der Elektroenergieerzeugung der DDR während des ersten Fünfjahrplanes⁺ (in Megawatt)

Jahr	Kapazitäts- zuwachs	Neu- anlagen	Engpaß- beseitigung	Sonstige Maßnahmen
1951	160	10	150	-
1952	171	13	99	59
1953	240	40	125	76
1954	680	534	147	-
1955	534	511	23	-

+ Schlecht, Ralf, Elektroenergieerzeugung und Elektroenergieverbrauch zu Beginn des ersten Fünfjahrplanes, in: Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 3/1957, S. 89.

Während der ersten Jahre des Perspektivplanzeitraumes war daher nur die Steigerung der Energieerzeugung durch rationellere Auslastung vorhandener Anlagen möglich.

Ganz anders war die Situation in der chemischen Industrie. Im Jahre 1950 konnten die vorhandenen Kapazitäten nur teilweise ausgelastet werden. Mit verhältnismäßig geringen Investitionen zur Steigerung der Produktion von Grundchemikalien (1953/1954 entstand zum Beispiel eine Gipsschwefelsäureanlage im VEB Farbenfabrik Wolfen mit einer Jahreskapazität von 140 000 Tonnen) wurde die Auslastung der bereits vorhandenen umfangreichen Kapazitäten der weiterverarbeitenden chemischen Industrie und damit eine schnellere Steigerung der Produktion von chemischen Erzeugnissen überhaupt während der Jahre 1951 bis 1955 ermöglicht.⁸

In einer prinzipiell ähnlichen Situation wie die Energieerzeugung befand sich der Bergbau. Auch in diesem Zweig wurde bereits 1945 bis 1950 eine weitgehende Auslastung der vorhandenen Kapazitäten erreicht, so daß eine weitere Steigerung der Produktion durch Neuaufschluß bzw. durchgreifende Mechanisierung des Abbaus nur mit Hilfe umfangreicher Investitionen gesichert werden konnte. Für den wichtigen Braunkohlenbergbau konnten diese Mittel teilweise zur Verfügung gestellt werden.⁹ Die Förderung von Rohbraunkohle erhöhte sich im Fünfjahrplan von 137 Millionen Tonnen 1950 auf 201 Millionen Tonnen 1955, das heißt auf 146,7 Prozent. Im volkswirtschaftlich weniger bedeutungsvollen Kaliberbergbau waren dagegen keine größeren Investitionen möglich, so daß sich die Kaliproduktion von 1951 bis 1955 nur geringfügig (von 1,3 Millionen Tonnen Kali 1950 auf 1,6 Millionen Tonnen 1955), das heißt auf 123,1 Prozent erhöhte.¹⁰

⁸ Vgl. Kockel, Klaus, Die chemische Industrie der Deutschen Demokratischen Republik, in: Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 4/1958, S. 122.

⁹ Im Jahre 1955 belief sich z. B. der Anteil der Investitionen in der Braunkohlenindustrie auf 21 % aller Investitionen der zentralgeleiteten Industrie. (Heinrich, Gerhard, Der Kohlebergbau der DDR, in: ebenda, Nr. 3/1958, S. 84.)

¹⁰ Statistik DDR 1955, a. a. O., S. 162 f.

Auch das unterschiedliche Entwicklungstempo der Leicht- und Lebensmittelindustrie hing offenbar nicht so sehr damit zusammen, daß die Leichtindustrie hinsichtlich der Investitionen wahrscheinlich an letzter Stelle, also noch hinter der Lebensmittelindustrie, stand¹¹, sondern war vor allem darauf zurückzuführen, daß die Lebensmittelindustrie 1950 noch über die größeren ungenutzten Kapazitäten verfügte¹², die in den ersten Jahren des Fünfjahrplanes aktiviert werden konnten.

Tabelle 11

Entwicklung der Leicht- und der Lebensmittelindustrie 1950 bis 1955⁺

		1950	1951	1952	1953	1954	1955
Leichtindustrie	(Index	100	120	132	142	158	166
Lebensmittelindustrie	1950 = 100)	100	137	167	187	200	216
Leichtindustrie	(Index	104	124	136	147	164	173
Lebensmittelindustrie	1936 = 100)	79	108	131	147	158	170
Leichtindustrie	(Wachstum	.	20	10	8	11	5
Lebensmittelindustrie	gegenüber	.	37	22	12	7	8
	dem Vorjahr						

+ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 154 f.; das jährliche Wachstum wurde vom Verfasser berechnet.

Aus der Tabelle geht hervor, daß die Lebensmittelindustrie nur so lange (1951 bis 1953) schneller wuchs als die Leichtindustrie, bis sie, gemessen am Vorkriegsstand, das Produktionsniveau der Leichtindustrie erreicht hatte,¹³ Nachdem dieser Unterschied überwunden war, entwickelten sich 1954 und 1955 beide Zweige annähernd gleichmäßig.

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen in bezug auf die Bedeutung der 1950 vorhandenen Kapazitäten für das industrielle Wachstum während des ersten Fünfjahrplanes würde man wahrscheinlich auch kommen, wenn man die einzelnen Zweige der me-

11 Im Jahre 1955 dagegen belief sich der Anteil der Leichtindustrie an den Investitionen in der Industrie auf 7,9 % im Vergleich zu 5,0 % bei der Lebensmittelindustrie. (Statistische Praxis, Nr. 6/1956, S. 72.)

12 Die Einschätzung der Kapazitätsauslastung beruht auf dem Vergleich der Produktion von 1950 mit der des Jahres 1936 (Tabelle 11). Anders als in der Grundstoff- und metallverarbeitenden Industrie, wo vor allem die Kapazitätsentwicklung zwischen 1936 und 1944 sowie die Wiedergutmachung Rückschlüsse vom Produktionsstand 1936 und 1950 auf die Kapazitätsausnutzung erschwert, ist ein entsprechender Vergleich in der Leicht- und Lebensmittelindustrie m. E. möglich.

13 Wenn wir auch für die Jahre, in denen der Produktionsumfang beider Industriezweige bereits den Vorkriegsstand überschritten hatte, von Möglichkeiten der Aktivierung von Kapazitäten sprechen, so deshalb, weil 1936 die für die Aufrüstung wenig relevanten Zweige der Leicht- und Lebensmittelindustrie im Gegensatz zur Grundstoff- und metallverarbeitenden Industrie noch unausgelastete Kapazitäten besaßen, die bereits in der Periode der relativen Stabilisierung (bzw. früher) entstanden waren. (Vgl. Klassenkampf - Tradition - Sozialismus, a. a. O., S. 450.)

tallverarbeitenden Industrie (vor allem den Schwermaschinenbau und die allgemeine Maschinenbauindustrie) miteinander verglichen würde; das bisher veröffentlichte statistische Material erlaubt einen solchen Vergleich jedoch noch nicht.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß für das Wachstumstempo einiger Zweige (vor allem der Grundstoffindustrie) die im Perspektivplanzeitraum getätigten Investitionen von ausschlaggebender Bedeutung waren, daß aber die Produktionssteigerung in der Mehrzahl der Industriezweige und Industriebereiche wesentlich durch die erhöhte Auslastung der vorhandenen Kapazitäten bestimmt wurde.

Man kann sogar noch weiter gehen und sagen, daß das Entwicklungstempo der Industrieproduktion insgesamt mengenmäßig während der einzelnen Jahre des Fünfjahrplanes und damit auch über die gesamte Perspektivplanperiode hinweg wesentlich von der besseren Auslastung der vorhandenen Kapazitäten beeinflusst wurde.¹⁴

Das erklärt, warum der jährliche Zuwachs der Industrieproduktion im Fünfjahrplanzeitraum von Jahr zu Jahr - besonders aber von 1951 bis 1953 - zurückging¹⁵, obwohl allmählich die in den Großbauten getätigten Investitionen wirksam wurden¹⁶.

Diese Schlußfolgerung wird auch durch eine detaillierte Analyse der jährlichen Wachstumsraten nach Industriebereichen bestätigt.

Tabelle 12

Jährliches Wachstum der Industrieproduktion nach Industriebereichen
1951 bis 1955⁺
(in %)

	1951	1952	1953	1954	1955	Durchschnittliches jährliches Wachstumstempo		
						1951/53	1954/55	1951/55
Industrie	23	16	12	10	8	17	9	14
Grundstoff- industrie	17	14	12	10	9	14	9,5	12
Metallverarbei- tende Industrie	25	22	17	12	8	21	10	17
Leicht- industrie	20	10	8	12	6	13	9	11
Lebensmittel- industrie	37	22	12	7	8	24	7,5	17

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin 1957, S. 272 f.

¹⁴ Diese Auffassung vertritt auch Volchenkov. Er schreibt unter anderem: "In den Jahren der ersten Fünfjahrpläne (1951 - 1958) wurde die Beschleunigung des Wachstums der Industrieproduktion durch verstärkte Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten erreicht." (Intensifikacija proizvodstva v evropejskich stranach SEV, Moskau 1972, S. 106.)

¹⁵ Vgl. dazu Tabelle 7.

¹⁶ Im Eisenhüttenkombinat Ost wurden bis zum Jahre 1954 sechs Hochöfen in Betrieb genommen, Im Eisenhüttenkombinat West in Calbe konnte bis zur Mitte

Das Wachstumstempo verringerte sich in allen Industriebereichen, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß.

Am geringsten war der Unterschied zwischen den am Anfang und am Ende des Fünfjahrplanes erzielten Wachstumsraten in der Grundstoffindustrie, am größten in der Lebensmittelindustrie. Das hatte folgende Ursache: In der Schwerindustrie waren die sich aus dem Wiederaufbau bzw. der Wiederinbetriebnahme von Produktionsanlagen ergebenden Wachstumsquellen bereits am Anfang des Perspektivplanzeitraumes weitgehend erschöpft. Der Zuwachs während des ersten Fünfjahrplanes war überwiegend Ergebnis "normaler" Wachstumsquellen (Vergrößerung der Produktionsgrundfonds, Arbeitsproduktivitätssteigerung). Er vollzog sich relativ kontinuierlich. Die Wachstumsraten der Grundstoffindustrie lagen von 1951 bis 1953 noch unter dem Durchschnitt der gesamten Industrie, die sich noch überwiegend in der Wiederaufbauphase befand. Sie erreichten das allgemeine Niveau etwa 1953, als diese Periode abschloß. Anders verlief die Entwicklung in der Lebensmittelindustrie. Dort bestimmten die besonderen, für die Wiederherstellungsperiode charakteristischen Wachstumsbedingungen auch noch in den ersten Jahren des Fünfjahrplanes entscheidend das Wachstumstempo des Industriezweiges. Als sich die zusätzlichen Wachstumsquellen etwa in der Mitte des Perspektivplanzeitraumes erschöpften, paßte sich der Zuwachs in der Lebensmittelindustrie dem (bedeutend niedriger liegenden) durchschnittlichen Wachstumstempo der gesamten Industrie in kurzer Zeit an.

Diese Entwicklung schlug sich auch in einem veränderten Anteil der verschiedenen Bereiche an der industriellen Bruttoproduktion nieder.

Tabelle 13

Anteil der Industriebereiche an der industriellen Bruttoproduktion während des ersten Fünfjahrplanes⁺
(in %)

	1950	1953	1955	Veränderungen		
				1953/50	1955/53	1955/50
Grundstoffindustrie	34,1	32,0	32,2	+ 2,1	- 0,2	- 1,9
Darunter: Metallurgie	2,9	3,7	3,8	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,9
Metallverarbeitende Industrie	24,1	26,7	27,2	+ 2,6	+ 0,5	+ 3,1
Leichtindustrie	27,0	24,0	23,7	- 3,0	- 0,3	- 3,3
Lebensmittelindustrie	14,8	17,3	16,9	+ 2,5	- 0,4	+ 2,1

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 125, 127.

Heißt das nun, daß die von Partei und Regierung während des ersten Fünfjahrplanes verfolgte Wirtschafts- und insbesondere Investitionspolitik in einzelnen Industriezweigen zwar wachstumsbestimmend, für die Entwicklung der gesamten Industrie dagegen wirkungslos war? Das Gegenteil war der Fall. Nur dank der sehr gezielten und konzentrierten Investitionen in der Metallurgie und einigen anderen Bereichen der Grundstoffindustrie (Schwerchemie, Braunkohlenindustrie) konnten die notwendigen Rohstoffe erzeugt werden, um die Kapazitäten in der verar-

des Jahres 1953 die Hälfte der geplanten Niederschachtöfen fertiggestellt werden. (Vgl. Industrie und Technik, a. a. O., S. 195.)

beitenden Industrie (Metallverarbeitung, verarbeitende Chemie, in geringerem Maße auch in der Leicht- und Lebensmittelindustrie) auszulasten. Dem gleichen Zweck diente der Export von Produkten des Schwermaschinenbaus, mit dem die Importe an Kohle, Erz, Baumwolle usw. für die verarbeitende Industrie bezahlt wurden. Insofern förderte jede Investition in der Schwerindustrie das industrielle Wachstum auf zweifache Weise: im jeweiligen Industriezweig selbst und in der verarbeitenden Industrie. Oftmals waren die Wachstumsanstöße durch diese Investitionen in der verarbeitenden Industrie größer als in der Grundstoffindustrie.

Das Kriterium der Zweckmäßigkeit einer Investition konnte deshalb für den Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes - eines auf maximalen Produktionszuwachs ausgerichteten Planes - nicht die unmittelbar im Industriezweig erzielte Produktionszunahme, sondern nur das dadurch realisierbare volkswirtschaftliche Wachstum sein. Gefragt waren nicht schlechthin Investitionen, die ein rasches Wachstum ermöglichten, sondern Anlagen, die Disproportionen direkt oder indirekt beseitigen bzw. mindern halfen.

Bei der Milderung der durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen entstandenen Disproportionen konnten bemerkenswerte Erfolge erzielt werden. Die wohl beachtlichste Leistung auf diesem Gebiet wurde im Energiemaschinenbau erreicht. Sein Aufbau begann erst während der fünfziger Jahre. Am Ende des Fünfjahrplanes konnte der eigene Bedarf an Energieerzeugungsanlagen voll befriedigt und darüber hinaus konnte noch in andere sozialistische Länder exportiert werden.¹⁷ Die Nichteisenmetall-Hüttenindustrie wurde im Fünfjahrplanzeitraum soweit ausgebaut, daß sie 1955 den Bedarf an Nichteisen-Schwermetallen im wesentlichen abdeckte.¹⁸ In der Eisen- und Stahlindustrie konnte dagegen keine Eigenversorgung erreicht werden. Jedoch erhöhte sich die Bedarfsdeckung aus eigener Produktion bei einer rasch wachsenden Nachfrage der metallverarbeitenden Industrie von 70 Prozent 1951 auf 75 Prozent 1955 (verglichen mit 37,5 Prozent 1938 bei Walzstahl).¹⁹ Eine Vielzahl von Produktionen wurde in der DDR zwischen 1951 und 1955 erstmals aufgenommen. Allein in den Jahren 1951 und 1952 begann unter anderem die Erzeugung von starken Dieselmotoren, Turbogeneratoren, Zahnradfräsmaschinen, Turmdrehkränen und von Ausrüstungen für Hochöfen, chemische Betriebe und Braunkohlentagebaue.²⁰

Mit Hilfe dieser Produktionsmittel wurde die Erweiterung der Produktion in vielen Industriezweigen aus eigener Kraft erst möglich.

Auf anderen Gebieten blieben dagegen - teilweise trotz erheblicher Investitionen - Disproportionen bestehen, wie die zwischen Bergbau und Metallurgie oder zwischen Metallurgie und Maschinenbau. Andere Disproportionen hatten sich erst im Laufe des Fünfjahrplanes voll herausgebildet, wie die zwischen der Energieerzeugung und den übrigen Industriezweigen.²¹

Gegen Ende des ersten Fünfjahrplanes konnten zum Beispiel die Produktionen von Kalziumkarbid und Ätznatron infolge ihres hohen spezifischen Stromverbrauchs

17 Ebenda.

18 Ebenda, S. 113.

19 Ebenda, S. 101.

20 Vgl. DDR - Werden und Wachsen. Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974, S. 202.

21 Vgl. dazu Klassenkampf - Tradition - Sozialismus, a. a. O., S. 641.

nicht in dem vorgesehenen Maße entwickelt werden.²² Die im Fünfjahrplan festgelegten Produktionsziele für diese Erzeugnisse wurden nicht erfüllt.

2. 2. Arbeitsproduktivität, technisches Niveau und Qualität der Produktion

Den Fünfjahrplanaufgaben zur qualitativen Entwicklung kam zwar nicht der erste Rang zu, aber dieser Kategorie wurde in der Aufgabenstellung von Partei und Regierung für die erste Hälfte der fünfziger Jahre dennoch keine unwesentliche Bedeutung beigemessen. Wieweit konnten die qualitativen Zielstellungen verwirklicht werden?

Tabelle 14

Entwicklung der Produktivität je Produktionsarbeiter 1951 bis 1955+

Jahr	Index (1950 = 100)	Wachstum gegenüber dem Vorjahr (in %)
1951	112	12
1952	124	11
1953	136	10
1954	145	7
1955	155	7
1951/55	-	9,4
1951/53	-	11
1954/55	-	7

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1960/61, Berlin 1961, S. 336.

Danach ist die Produktion je Produktionsarbeiter in hohen Raten, aber auch mit einer deutlichen Tendenz zur Abnahme der Wachstumsraten gestiegen. Es ergeben sich - wenn auch abgeschwächt - Parallelen zur Bruttoproduktionsentwicklung und auch Gemeinsamkeiten in den dieser Entwicklung zugrunde liegenden Ursachen.

Trotz hoher Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität in den Jahren 1951 bis 1953 konnte insgesamt das Ziel des Fünfjahrplanes nicht erreicht werden.²³ Andererseits wurde das geplante Wachstumstempo der industriellen Bruttoproduktion erreicht und sogar geringfügig überschritten.²⁴ Es war also leichter, die quantitativen Zielsetzungen zu realisieren als die qualitativen.

Die Arbeitsproduktivität ist eine synthetische Kennziffer. Auf ihre Steigerung wirken viele Ursachen ein. Ein wesentlicher Einflußfaktor ist die Entwicklung

²² Kockel, Klaus, a. a. O., S. 123.

²³ Es war geplant, die Arbeitsproduktivität in der Industrie auf 172 % gegenüber 1950 zu steigern. (Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik 1951 - 1955, o. O. o. J., S. 55.)

²⁴ Der Plan der industriellen Bruttoproduktion wurde mit 104,4 % erfüllt. (Vgl. Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin 1956, S. 191.)

des wissenschaftlich-technischen Niveaus der Produktion. Es empfiehlt sich daher, zwecks genauere Analyse der Arbeitsproduktivitätskennziffer auf die Realisierung der Ziele auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der DDR während des ersten Fünfjahresplanes näher einzugehen.

Verglichen mit anderen sozialistischen Ländern, war das vom Kapitalismus übernommene wissenschaftlich-technische Niveau der DDR Anfang der fünfziger Jahre verhältnismäßig hoch.²⁵ In den ersten Nachkriegsjahren konnte allerdings wenig für die Weiterentwicklung der industriellen Produktivkräfte getan werden. Vielfach waren die Techniker damit beschäftigt, durch Kriegseinwirkungen ganz oder teilweise vernichtete Konstruktionsunterlagen für Maschinen und Anlagen wieder zu vervollständigen. Angesichts des Rückganges traditioneller Rohstoffimporte mußten sich Wissenschaftler und Techniker mit der Um- und Neukonstruktion von Maschinen für bis dahin nicht genutzte einheimische Rohstoffe beschäftigen. Das war insbesondere wegen der Umstellung von Stein- auf Braunkohle notwendig. Zu den wichtigsten Neukonstruktionen bzw. Erfindungen auf diesem Gebiet gehörten die Kohlenstaublokomotive²⁶, der Braunkohlen-Hochtemperaturkoks und der Niederschachtofen²⁷. So groß der unmittelbare Nutzen der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Lösung akuter Tagesprobleme auch war, so konnte er doch kein langlebiger Beitrag zur Erringung oder Beibehaltung des Weltniveaus in Wissenschaft und Technik sein.

Das allmähliche Zurückbleiben der Produktionsmittelindustrie der DDR hinter dem Weltstand blieb Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre zunächst noch durch einige weitere Faktoren weniger sichtbar. Dazu gehörten:

- die durch den einsetzenden Wirtschaftskrieg des Imperialismus gegen das sozialistische Lager hervorgerufene Verringerung des Informationsflusses zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den sozialistischen Staaten über wissenschaftlich-technische Entwicklungen. Dadurch wurde die Information der Wissenschaftler und Techniker in der DDR über den Weltstand außerordentlich erschwert.²⁸
- die Wiedergutmachungsleistungen an die Sowjetunion und die Exporte von Produktionsmitteln in andere RGW-Länder. Die Lieferungen aus der DDR dienten

²⁵ Intensifikacija proizvodstva . . ., a. a. O., S. 106.

²⁶ Barthel, Horst, Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik in der Nachkriegsperiode (1945 - 1949/50), wirtschaftswiss. Habil.-Schr. Humboldt-Universität Berlin 1968, S. 136.

²⁷ Im Jahre 1951 wurde mit dem Bau der ersten Braunkohlenkokerei der Welt nach einer von Bilkenroth und Rammler entwickelten Verfahrensweise begonnen. (Vgl. Industrie und Technik, a. a. O., S. 45.)

²⁸ So heißt es z. B. in einem Bericht über die Entwicklung des Fräsmaschinenbaus in der DDR: "Die Arbeit der Entwicklungsabteilungen war insofern sehr schwierig, als die Möglichkeiten zum Erkennen des technischen Weltstandes sehr begrenzt waren. Es standen kaum Prospekte anderer Firmen zur Verfügung, und Besuche ausländischer Messen konnten bis 1953 nicht durchgeführt werden." (Ebenda, S. 57.) Über den Textilmaschinenbau heißt es: "Die vorhandenen Fachkonstrukteure haben schon während der Kriegsjahre keine Informationsmöglichkeiten über den Weltstand der Technik auf ihrem Gebiet gehabt. Bis zum Jahre 1955 war die Möglichkeit zu einer persönlichen Orientierung der führenden Konstruktionskräfte im internationalen Maßstab sehr gering . . . Das führte teilweise zu Fehlentwicklungen." (Ebenda, S. 338.)

vor allem der extensiv erweiterten Reproduktion dieser Länder. Die Bedeutung der Importe aus der Deutschen Demokratischen Republik lag in erster Linie in der Komplettierung der Produktionsgrundfonds der sozialistischen Staaten. Erst in zweiter Linie wurde damit die Einsparung von Arbeitskräften und Arbeitszeit bezweckt.²⁹

Der - besonders im Maschinenbau³⁰ - relativ langsamen Entwicklung von Wissenschaft und Technik standen Einzelbeispiele wissenschaftlich-technischer Spitzenleistungen gegenüber, wie die Konstruktion der ersten automatischen Taktstraße in der DDR durch ein Ingenieurkollektiv im VEB Sachsenring³¹ und die Forschungsergebnisse mit Weltniveau auf den Gebieten des Zweitaktverfahrens im Fahrzeugbau³² sowie im Kühlwagenbau³³.

Aus der Tatsache, daß viele DDR-Erzeugnisse mit dem Weltstand nicht mehr Schritt hielten, ergaben sich bald Absatzprobleme; zunächst auf dem kapitalistischen Weltmarkt, dann im sozialistischen Lager und schließlich auch in der DDR selbst. In vieler Hinsicht dafür charakteristisch war die Absatzentwicklung im Textilmaschinenbau, wie sie aus dem folgenden Zitat hervorgeht: "Im Zweijahresplan konnten neben Geschäftsabschlüssen im innerdeutschen Handel auch Exportabschlüsse nach Skandinavien und den Beneluxstaaten getätigt werden, wodurch alte Auslandsverbindungen wieder angeknüpft wurden. Diese Entwicklung erfuhr allerdings in den darauffolgenden Jahren eine rückläufige Bewegung. Der Grund hierfür lag in dem sprunghaften Anstieg der Textilmaschinenproduktion in Westdeutschland. Unsere Maschinen waren in Form und Funktion zum größten Teil veraltet. Mit dem vorhandenen alten Maschinenpark konnte die geforderte Qualität kaum erreicht werden."³⁴

Ähnlich war die Entwicklung des Absatzes von Haushaltsnähtmaschinen, nur daß in diesem Fall das Auslandsgeschäft durch die japanische Konkurrenz eingeeignet wurde.³⁵

Absatzprobleme gab es nicht nur in den kapitalistischen Ländern. Auch im zu mehr als 90 Prozent auf den sozialistischen Weltmarkt orientierten Außenhandel mit Maschinenbauerzeugnissen machten sich 1954/55 gewisse Realisierungsschwierigkeiten bemerkbar, die zu einem Absinken des Anteils der metallverarbeitenden Industrie am Gesamtexport führten. Im Jahre 1955 verringerte sich der Export von Maschinen und Ausrüstungen auch absolut.

29 So wurde im Industriezweig Förderanlagen und Stahlbau erst nach einer im Mai 1950 vollzogenen Reduzierung der Reparationslieferungen um 50 % die Aufgabe gestellt, dem Weltmarkt angepaßte Konstruktionen hervorzubringen. (Ebenda, S. 228.) Die Betriebe des Nahrungs- und Genußmittelmaschinenbaus waren bis zum Jahre 1952 mit Reparationslieferungen ausgelastet, "dabei handelte es sich ausschließlich um verbesserte Ausführungen schon früher gefertigter Maschinen. Erst im Jahre 1952 begann die Entwicklung neuer Maschinen." (Ebenda, S. 376.) Das führte vielfach (wie z. B. im Fahrzeugbau) "im Weltmaßstab gesehen zu einer rückständigen Technologie und damit zu einer Verteuerung unserer Erzeugnisse". (Ebenda, S. 259.)

30 ZStA.

31 Industrie und Technik, a. a. O., S. 171.

32 Ebenda, S. 266.

33 Ebenda, S. 277.

34 Ebenda, S. 333.

35 Ebenda, S. 343.

Entwicklung des Industrieexports 1955⁺

	Index (1954 = 100)	Prozentualer Anteil
Industrieexport insgesamt	99,8	100
Metallverarbeitende Industrie	97,0	60,4
Übrige Industrie	104,6	39,6

+ Rayer, Heinz, Die Entwicklung des Exports der metallverarbeitenden Industrie, in: Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 4/1958, S. 127.

Im stark exportorientierten Schwermaschinenbau zog die Verringerung der Ausfuhr sogar einen geringen Produktionsrückgang nach sich.³⁶

Als Ursache des Exportrückganges erkannte das Ministerium für Schwermaschinenbau in einer im März 1956 angefertigten Analyse mangelnde Qualität und unzureichendes wissenschaftlich-technisches Niveau der Erzeugnisse sowohl des Schwer- als auch des allgemeinen Maschinenbaus.³⁷

Die unzureichende Qualität vor allem der Konsumgüter wurde, nachdem bis 1954 der dringendste Produktions- und Bevölkerungsbedarf befriedigt worden war, auch auf dem Binnenmarkt zu einem Problem.³⁸ Im Jahre 1954 begannen sich in der Industrie und im Handel nicht abgesetzte Waren, sogenannte Überplanbestände, anzuhäufen, für die es weder in den Betrieben noch bei der Bevölkerung eine Nachfrage gab.³⁹

36 ZStA.

37 ZStA. - Zur unzureichenden Qualität der zu exportierenden Maschinenbauerzeugnisse nahm auch der IV. Parteitag Stellung. (Vgl. Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. 4: 1950 - 1954, Berlin 1958, S. 758.)

38 In einer Studie des Ministeriums für Schwermaschinenbau aus dem Jahre 1955 heißt es dazu z. B.: "Infolge der eingeschränkten Produktionskapazitäten in den ersten Nachkriegsjahren waren die Betriebe des Industriezweiges nicht zur Aufnahme einer normalen Absatztätigkeit gezwungen. Der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung unserer Volkswirtschaft ist die Arbeit der Absatzabteilungen nur ungenügend gefolgt. Die derzeitigen qualitativen und quantitativen Bewegungen der Absatzabteilungen der Betriebe und Hauptverwaltungen gewährleisten keine gründliche Marktforschung." (ZStA.)

39 Ebenda. - Überplanbestände können auch andere Ursachen haben. Gemäß einem Bericht der Arbeitsgruppe "Produktionsgüter" des Ministeriums für Schwermaschinenbau bezifferte sich der Anteil der durch Absatzschwierigkeiten hervorgerufenen Überplanbestände 1956 auf 35 % der Gesamtsumme. (Ebenda.)

3. Die Entwicklung der Produktivkraft Mensch.
Die Qualifizierung der Kader für die Leitung und Planung der Volkswirtschaft

In der Periode des ersten Fünfjahrplanes stieg sowohl die Zahl der Beschäftigten in der Wirtschaft als auch deren Qualifikation. Der quantitative Zuwachs kam fast vollständig der Industrie zugute. Bei einer Erhöhung der Gesamtzahl der Berufstätigen zwischen 1950 und 1955 um 526 000 erhöhte sich die Anzahl der in der Industrie Beschäftigten um 444 000, von 2,1 auf 2,5 Millionen⁴⁰, das heißt um 21,3 Prozent. Der Zuwachs wurde im wesentlichen im Zeitraum von 1951 bis 1953 erzielt.

Tabelle 16

Berufstätige in der Industrie 1951 bis 1955⁺
(in 1000)

Jahr	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1950	2 098	.
1951	2 216	+ 118
1952	2 366	+ 150
1953	2 496	+ 130
1954	2 550	+ 54
1955	2 542	- 8
1951/55	-	+ 444
1951/53	-	+ 398
1954/55	-	+ 46

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1971, Berlin 1971, S. 21 f.

Unter diesen Umständen vollzog sich rasch die Beseitigung der zu Beginn des ersten Fünfjahrplanes noch vorhandenen Arbeitslosigkeit. Die Zahl der registrierten Arbeitssuchenden verringerte sich von 325 000 im Jahre 1951 auf 54 000 im Jahre 1954 und 44 000 im Jahre 1955.⁴¹

Bedeutender als die quantitativen Veränderungen waren die qualitativen Wandlungen, die sich während des ersten Fünfjahrplanes innerhalb der Industrieärschenschaft vollzogen. Einschätzend heißt es dazu im Grundriß: "Eines der entscheidenden Ergebnisse war, daß sich die Arbeiterklasse im Kampf um die Erfüllung des Fünfjahrplans und die Stärkung der DDR zur anerkannt führenden gesellschaftlichen Kraft entwickelt hatte ... Das erhöhte Klassenbewußtsein der Arbeiter kam vor allem in einem neuen Verhältnis zur Arbeit und zum sozialistischen Eigentum zum Ausdruck. Die Arbeiterklasse nahm auf vielfältige Weise und in zunehmendem Maße an der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und der Ausübung der Staatsmacht teil. Die Organisiertheit der Arbeiterklasse hatte einen hohen Grad erreicht. Auch die fachliche Qualifikation vieler Arbeiter hatte sich erhöht."⁴²

40 Statistik DDR 1974, Berlin 1974, S. 20.

41 Ebenda 1956, Berlin 1957, S. 182.

42 Vgl. Klassenkampf - Tradition - Sozialismus, a. a. O., S. 641 f.

Einen Eindruck von dem Streben der Arbeiter in der Industrie nach Erhöhung ihrer Qualifikation vermittelt die folgende Tabelle.

Tabelle 17

Qualifizierung der Beschäftigten in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie 1953 bis 1954⁺
(in 1000)

Zeitraum	Ausbildung von un- gelernten zu ange- lernten Arbeitern	Qualifizierung für den derzeitigen Arbeitsplatz	Qualifizierung für höhere Lohngruppe
1. Halbjahr 1953	39,6	53,1	26,3
2. Halbjahr 1953	74,3	96,1	54,9
1. Halbjahr 1954	52,3	72,1	32,8
2. Halbjahr 1954	65,6	115,4	40,9

+ Tomm, Alfred, Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der sozialistischen Industrie im ersten Fünfjahrplan, in: Statistische Praxis, Nr. 5/1956, S. 56.

Charakteristisch für die Erhöhung des Qualifikationsniveaus der in der Industrie Beschäftigten war auch das überdurchschnittlich schnelle Anwachsen des technischen Personals.

Tabelle 18

Industrielles Personal der Betriebe in der sozialistischen Industrie⁺
(1950 = 100)

Jahr	Industrielles Personal insgesamt	Produktions- arbeiter	Technisches Personal
1951	115,3	110,7	122,2
1952	127,8	120,7	144,0
1953	137,7	129,8	162,1
1954	145,1	135,4	170,4
1955	142,2	135,2	166,4

+ Tomm, Alfred, Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der sozialistischen Industrie im ersten Fünfjahrplan, in: Statistische Praxis, Nr. 5/1956, S. 58.

Bis zum Ende des ersten Fünfjahrplanes stieg der Anteil der Hoch- und Fachschulkader an der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Industrie erheblich an. Ihr Einsatz erfolgte dabei vorrangig in den Schwerpunktzeigen und -bereichen (siehe Tabelle 19).

Größere Arbeitserfahrungen und bessere produktionstechnische Kenntnisse befähigten die Werkstätigen zu immer qualifizierteren Formen der schöpferischen Teilnahme am sozialistischen Aufbau. Davon legt die Entwicklung des Erfindungs- und Vorschlagswesens während des ersten Fünfjahrplanes Zeugnis ab (siehe Tabelle 20).

Tabelle 19

Hoch- und Fachschulkader der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie nach Industriebereichen 1955⁺
(je 1 000 Beschäftigte)

Industriebereich	Hochschulkader	Fachschulkader	Zusammen
Schwerindustrie	5	19	24
Schwermaschinenbau	2	26	28
Allgemeiner Maschinenbau	2	17	19
Leichtindustrie	1	2	3
Lebensmittelindustrie	2	5	7

+ Tomm, Alfred, Die Hoch- und Fachschulkader am Ende des ersten Fünfjahresplanes, in: Statistische Praxis, Nr. 10/1956, S. 152.

Tabelle 20

Verbesserungsvorschläge in den Betrieben der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während des ersten Fünfjahresplanes⁺

Jahr	Eingereicht	Realisiert	Jahresnutzen in TDM
1951	309 000	230 540	114 355
1952	291 071	216 858	94 432
1953	334 534	143 326	142 822
1954	437 114	193 585	242 451
1955	412 577	176 811	329 258
1951/55	1 784 296	961 120	923 318

+ Berechnet nach Tomm, Alfred, Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der sozialistischen Industrie im ersten Fünfjahrplan, in: Statistische Praxis, Nr. 5/1956, S. 56; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin 1957, S. 187.

Das Erfindungs- und Vorschlagswesen war aber nur ein Bestandteil der breit gefächerten Produktionsinitiativen der Werktätigen, die im Verlaufe des ersten Fünfjahresplanes beträchtlich an Breite und Tiefe gewannen.

Tabelle 21

Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs während des ersten Fünfjahresplanes⁺ (Jahresdurchschnitte)

Jahr	Teilnehmer an Produktionsberatungen		Nach Neuerermethoden Arbeitende	
	in 1 000	1951 = 100	in 1 000	1951 = 100
1951	1 286	100	81	100
1952	1 328 ⁺⁺	103	208	259
1953	1 789	139	291	361
1954	2 205	171	331	411
1955	2 736	221	384	478

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin 1957, S. 185, 188.

++ III. Quartal.

4. Zur Entwicklung der materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen. Akkumulation und Konsumtion

Das vorrangige Wachstum der Schwerindustrie zu sichern und gleichzeitig eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen zu erreichen ist generell eine der kompliziertesten Aufgaben der sozialistischen Industrialisierung. Das galt auch für die DDR, deren Situation sich von derjenigen anderer europäischer Volksdemokratien in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre jedoch in zweifacher Hinsicht unterschied. Erstens hatte die DDR noch nicht den Vorkriegsstand der Reallöhne erreicht, was in den anderen sozialistischen Ländern bereits zwischen 1945 und 1950 geschehen war - wenn dieser Stand dort auch erheblich unter dem Deutschlands in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg lag. Zweitens nutzte der westdeutsche Imperialismus den höheren materiellen Lebensstandard der BRD als Lockmittel zur Republikflucht über die viele Jahre offene Grenze.⁴³ Aus beiden Gründen war eine beträchtliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen während des ersten Fünfjahrplanes notwendig, ungeachtet der angespannten Situation auf dem Gebiet der Investitionen.

Trotz der komplizierten Ausgangsbedingungen konnte eine nur im ersten Halbjahr 1953 vorübergehend unterbrochene Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen erzielt werden. Sinkende Konsumgüterpreise und steigende Durchschnittslöhne führten zu einer kontinuierlichen Erhöhung des Reallohnes.

Tabelle 22

Die Lohnentwicklung 1950 bis 1955⁺
(1950 = 100)

	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Bruttolohn ⁺⁺	100	108	115	124	134	138
Nettolohn	100	108	115	125	137	140
Lebenshaltungskosten ⁺⁺⁺	100	79	72	69	64	62
Reallohn	100	137	161	182	215	225
Reallohnwachstum gegenüber dem Vorjahr in %		37	18	13	18	5

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 99.

++ Monatsdurchschnitt je Arbeiter und Angestellten.

+++ Entsprechend der Zusammensetzung des Verbrauches eines Vier-Personen-Industriearbeiterhaushaltes 1955.

Das Tempo der Reallohnentwicklung war in der DDR erheblich größer als in anderen volksdemokratischen Ländern in der ersten Phase der sozialistischen Industrialisierung. (Siehe Tabelle 23.)

43 25 Jahre Deutsche Demokratische Republik - ein Vierteljahrhundert Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Thesen, Aufruf, Berlin 1974, S. 18 f.

Tabelle 23

Reallohnentwicklung⁺ sozialistischer Länder in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre⁺⁺

Land	1950	1955
DDR	100	225
ČSSR	100	110
Ungarn	100	105
Rumänien	100	125
Albanien	100	120

+ Reallöhne der Arbeiter und Angestellten.

++ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 99; Statistisches Jahrbuch der Tschechoslowakei 1958, Prag 1958, S. 105; Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 1: Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, Berlin 1957, S. 466; Statistical Pocket Book of Hungary 1975, Budapest 1975, S. 40.

Bei diesem Vergleich ist - wie bereits gesagt -, der Rückstand der DDR im Verhältnis zum Vorkriegsniveau zu berücksichtigen. Die Überschreitung des Vorkriegsstandes der Reallöhne erfolgte zum Beispiel in der ČSSR 1947, in Ungarn 1948, in der DDR jedoch erst 1952.

Parallel zur Verbesserung des persönlichen Einkommens der Werktätigen der DDR erhöhten sich die Ausgaben des Staates für kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke.⁴⁴

Wie die Tabelle 24 zeigt, gelang es, die Ausweitung des individuellen und gesellschaftlichen Konsums in der DDR mit einer raschen Steigerung der anfangs allerdings geringen Akkumulation zu verbinden.

Tabelle 24

Entwicklung von Akkumulation und Konsumtion 1950 bis 1955⁺

Jahr	Akkumulation		Konsumtion	
	Index	Prozent des Nationaleinkommens ⁺⁺	Index	Prozent des Nationaleinkommens ⁺⁺
1950	100	8	100	92
1951	133	10	124	90
1952	168	11	145	89
1953	212	12	159	88
1954	165	9	173	91
1955	247	12	180	88

+ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1963, Berlin 1963, S. 20.

++ Im Inland verfügbares Nationaleinkommen.

44 Vgl. Statistik DDR 1973, Berlin 1973, S. 26.

Angesichts der großen Mittel, die für die Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen aufgewendet wurden, ist es nur natürlich, daß die Akkumulation in der DDR in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre nur etwa die Hälfte derjenigen anderer sozialistischer Länder betrug.

Tabelle 25

Die Entwicklung der Akkumulationsraten in einigen sozialistischen Ländern 1950 bis 1955+
(in %)

Land	1950	1955
DDR ⁺⁺	8,5	9,8
ČSSR	17,1	19,8
Ungarn	23,1	20,7
Polen	21,1	22,7

+ Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe 1971, Moskau o. J., S. 48.

++ Abweichungen zur Tabelle 24 ergeben sich aus Unterschieden zwischen der in der DDR und im RGW verwendeten Berechnungsmethode.

Im Laufe des Fünfjahrplanes besserte sich die Akkumulationssituation in der DDR insofern beträchtlich, als durch die erhöhten Einnahmen des Staatshaushaltes aus den volkseigenen Betrieben, durch den Verzicht der UdSSR und Polens auf die noch zu zahlenden Reparationen sowie durch die Verringerung der Stationierungskosten für die sowjetischen Streitkräfte das im Inland verfügbare Nationaleinkommen rasch anstieg.⁴⁵

Wenn trotzdem die Zuwachsraten der industriellen Bruttoproduktion der DDR nicht unter denen anderer sozialistischer Länder lagen, so unterstreicht das noch einmal unsere weiter oben geäußerte These, daß für das Wirtschaftswachstum während des ersten Fünfjahrplanes nicht in erster Linie die getätigten Investitionen, sondern die bessere Ausnutzung bzw. Wiederherstellung der vorhandenen Kapazitäten ausschlaggebend waren. (Siehe Tabelle 26.)

Die rasche Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen in der DDR während des ersten Fünfjahrplanes bedeutete noch nicht, daß am Ende der Perspektivplanperiode die materiellen Bedürfnisse voll befriedigt werden konnten. Das galt vor allem für die Struktur und Qualität der zur Verfügung stehenden Konsumgüter. Im Grundriß heißt es dazu: "Die materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen konnten jedoch noch nicht in wünschenswertem Maße verbessert werden. Es mangelte noch immer an modernen langlebigen Gebrauchsgütern. In der Versorgung der Bevölkerung traten wiederholt Engpässe auf."⁴⁶

45 Im Mai 1950 ermäßigte die Sowjetunion die noch zu zahlenden Reparationen um 50 %, M.t Wirkung vom 1. 1. 1954 wurden die Reparationsverpflichtungen völlig erlassen. (Barthel, Horst, a. a. O., S. 117 f.)

46 Klassenkampf - Tradition - Sozialismus, a. a. O., S. 641.

Tabelle 26

Durchschnittliches jährliches Wachstumstempo der industriellen Brutto-
produktion sozialistischer Länder 1951 bis 1955⁺

(in %)

Land	Gesamtindustrie	Sozialistischer Sektor
DDR	13,7	16,6
ČSSR	10,9	10,9
Ungarn	13,2	14,3
Polen	16,2	16,9
Rumänien	15,1	16,6
Bulgarien	13,7	13,6

+ Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirt-
schaftshilfe 1971, Moskau o. J., S. 48.

5. Schlußbemerkung

- Vergleicht man die während des ersten Fünfjahrplanes in der DDR erreichten Ver-
änderungen auf dem Gebiet der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse mit
den im Fünfjahrplandokument gestellten Aufgaben, so kann man feststellen, daß
- die vorrangige Entwicklung des sozialistischen Sektors gegenüber dem kapita-
listischen in der Industrie gesichert wurde;
 - durch den zügigen Auf- und Ausbau der Metallurgie und anderer Zweige der
Grundstoffindustrie sowie des Schwermaschinenbaus die Spaltungsdispropor-
tionen gemildert und ein schnelleres Ansteigen der Bruttoproduktion erreicht
werden konnte;
 - der Lebensstandard der Bevölkerung in raschem Tempo stieg und (gemessen
am Reallohn) den Vorkriegsstand erheblich überschritt.

Wie in der DDR, so konnten auch in den anderen volksdemokratischen Ländern
die geplanten, im Vergleich zur Entwicklung unter dem Kapitalismus sehr hohen
Steigerungsraten der Industrieproduktion erreicht werden.

Tabelle 27

Durchschnittliche Erfüllung der Jahrespläne der industriellen
Bruttoproduktion während der ersten Perspektivpläne zur
sozialistischen Industrialisierung⁺

Staat	Zeitraum	Mittelwert der jahres- durchschnittlichen Erfüllung
DDR	1951 - 1955	102,66 ⁺⁺
VRP	1950 - 1955	103,10
ČSSR	1949 - 1953	100,58
UVR	1950 - 1954	101,48
VRB	1949 - 1953	102,23 ⁺⁺
SRR	1950 - 1955	103,29
VRA	1951 - 1955	101,54

+ Berechnet nach Statistische Praxis, Nr. 7/1956, Karteiblatt.

++ Ohne 1953, wegen Planumstellung (DDR) bzw. vorfristiger Erfüllung des
Perspektivplanes (Bulgarien).

Mit der Erfüllung dieser für die Anfangsphase der sozialistischen Industrialisierung entscheidenden Kennziffer wurde in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus geleistet.

Neben der Steigerung der Bruttoproduktion sicherte der erste Fünfjahrplan der DDR ein relativ hohes Wachstum der Arbeitsproduktivität. Trotzdem konnten bei der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts außerhalb der Schwerpunktzweige und -betriebe sowie hinsichtlich der Qualität der Erzeugnisse und der Rentabilität der Produktion generell nicht alle gesteckten Ziele erreicht werden. Doch wurde das relative Zurückbleiben dieser für die intensiv erweiterte Reproduktion bestimmenden Faktoren durch das zur Überwindung der Mangelwirtschaft in der Nachkriegszeit notwendige stürmische extensive Produktionswachstum zunächst vollständig kompensiert. Erst in den letzten beiden Jahren des Perspektivplanzeitraumes, als der dringendste Nachholebedarf national wie international allmählich befriedigt war, erwachsen aus dem relativen Zurückbleiben der qualitativen Seite des Reproduktionsprozesses in der Industrie Nachteile, die für das kommende Planjahr fünf eine veränderte Gewichtung von quantitativen und qualitativen Wachstumsfaktoren der industriellen Produktion verlangten.

Die zweite Voraussetzung der Lebensdauer der Bevölkerung ist die Erhaltung der Gesundheit. In der DDR ist die Lebenserwartung im Vergleich mit den anderen sozialistischen Ländern die höchste. Dies ist ein Ergebnis der hohen Lebenserwartung in der DDR, die durch die hohen Investitionen in die Gesundheitsversorgung, die Erhaltung der Gesundheit und die Erhaltung der Arbeitskraft erreicht wird. Die Lebenserwartung in der DDR ist im Vergleich mit den anderen sozialistischen Ländern die höchste. Dies ist ein Ergebnis der hohen Lebenserwartung in der DDR, die durch die hohen Investitionen in die Gesundheitsversorgung, die Erhaltung der Gesundheit und die Erhaltung der Arbeitskraft erreicht wird.

Die dritte Voraussetzung der Lebensdauer der Bevölkerung ist die Erhaltung der Gesundheit. In der DDR ist die Lebenserwartung im Vergleich mit den anderen sozialistischen Ländern die höchste. Dies ist ein Ergebnis der hohen Lebenserwartung in der DDR, die durch die hohen Investitionen in die Gesundheitsversorgung, die Erhaltung der Gesundheit und die Erhaltung der Arbeitskraft erreicht wird. Die Lebenserwartung in der DDR ist im Vergleich mit den anderen sozialistischen Ländern die höchste. Dies ist ein Ergebnis der hohen Lebenserwartung in der DDR, die durch die hohen Investitionen in die Gesundheitsversorgung, die Erhaltung der Gesundheit und die Erhaltung der Arbeitskraft erreicht wird.

Land	1950 - 1955	1955 - 1960	1960 - 1965
DDR	102,58	102,10	101,48
VDR	102,58	102,10	101,48
BRD	102,58	102,10	101,48
FRG	102,58	102,10	101,48
Polen	102,58	102,10	101,48
Ungarn	102,58	102,10	101,48
BRD	102,58	102,10	101,48
FRG	102,58	102,10	101,48
Polen	102,58	102,10	101,48
Ungarn	102,58	102,10	101,48

DAS ERDÖL IN DEN RAUBPLÄNEN DES DEUTSCHEN FASCHISMUS IN VORBEREITUNG UND BEI DER DURCHFÜHRUNG DES ZWEITEN WELTKRIEGES

von Hanns-Heinz Kasper

1. Österreich und die Tschechoslowakei - erste Opfer der faschistischen Expansion
2. Der Überfall auf Polen und die Ausbeutung der galizischen Erdölfelder
3. Der Griff nach dem Erdöl Südosteuropas
4. Die Mineralölpolitik gegenüber den französischen, niederländischen und italienischen Monopolen
5. Der Überfall auf die Sowjetunion und die Pläne zum Raub des sowjetischen Erdöls

Mit der Machtübernahme durch den Hitlerfaschismus am 30. Januar 1933 begann die Periode der unmittelbaren ökonomischen, politischen, militärischen und ideologischen Vorbereitung eines neuen Weltkrieges. Ausgehend von den Plänen zur Motorisierung bildeten der Autobahnbau und das Streben nach einer Treibstoffautarkie wichtige Eckpfeiler der faschistischen Aufrüstungspolitik. In der Denkschrift über die Aufgaben eines Vierjahresplanes, in der Hitler die Kriegsziele und die Aufgaben auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet festlegte, wurde der Mineralölwirtschaft die Aufgabe gestellt, "die deutsche Brennstoffversorgung nunmehr in schnellstem Tempo vorwärts zu treiben und binnen 18 Monaten zum restlosen Abschluß zu bringen. Diese Aufgabe ist mit derselben Entschlossenheit wie die Führung eines Krieges aufzufassen und durchzuführen: denn von ihrer Lösung hängt die kommende Kriegführung ab und nicht von einer Bevorratung des Benzins."¹

Die damit verkündeten Absichten waren derart phantastisch, daß die Vierjahresplanbehörden trotz aller Anstrengungen nur Teillösungen erreichten. Bereits bis zur Gesamtplanung des Vierjahresplanes für Mineralöl vom 31. Dezember 1937 hatte sich erwiesen, daß die hochgesteckten Ziele des Achtzehn-Monate-Planes Utopie bleiben mußten. Die vorgesehene Treibstoffmenge wurde nur zu 80 Prozent erbracht. Das führte zu entsprechenden Schlußfolgerungen für die faschistische Politik.

1 Zentrales Staatsarchiv (im folgenden: ZStA) Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 405, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, Dok. NI - 4955.

Am 5. November 1937 rief Hitler die Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile zu einem Gespräch im engeren Kreis zusammen. Er eröffnete ihnen, daß auf dem Wege einer Autarkie und Beteiligung an der Weltwirtschaft keine Zukunftslösung für Deutschland möglich sei. "Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, diese könne niemals risikolos sein."²

Damit war der Startschuß für den Überfall auf fremde Länder gegeben.

1. Österreich und die Tschechoslowakei - erste Opfer der faschistischen Expansion

Die erste Beute für die Mineralölkonzerne war die österreichische Erdölindustrie. Seit 1934 gehörte Österreich zu den erdölfördernden Ländern, wenn auch seine Produktion 1937 erst 32899 Tonnen erreichte. Die Besetzung Österreichs führte sowohl in der Produktion als auch in den Eigentumsverhältnissen einen raschen Wandel herbei. Am 19. März 1938 erhielt Wilhelm Keppler als Reichsbeauftragter der Zentralstelle für die Überleitung Österreichs von Göring den Auftrag, die Arbeiten zur Erforschung der österreichischen Bodenschätze zu beschleunigen und die Arisierung voranzutreiben.³

Ein neues Berggesetz entzog den Besitzern von Freischürfen die nicht genutzten Rechte und ermöglichte den Erdölkonzernen, sich durch "Aufkauf" große Teile erdöhlöffigen Terrains zu sichern. Die Meßtrupps der geophysikalischen Reichsaufnahme begannen ihre Arbeiten im Wiener Becken. Das Reichsbohrprogramm⁴ wurde auch in Österreich verwirklicht, und bereits am 22. September 1938 konnte die erste Reichsbohrung der Deutschen Petroleum AG (DPAG) in St. Ulrich in Betrieb genommen werden. 1939 konnte die Förderung Österreichs auf 144 354 Tonnen gesteigert werden. Sie erreichte 1944 mit 1 313 428 Tonnen ihren Höhepunkt.

Die Besetzung der Sudetengebiete der Tschechoslowakei brachte zwar kein erdöhlöffiges Terrain, dafür eignete sich die nordböhmische Braunkohle als Rohstoff für die Kohlehydrierung. Bereits am 9. Februar 1939 bestätigte Göring den Schnellplan des Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung Karl Krauch (IG Farbenindustrie AG), der in Brüx (Most) den Aufbau eines Treibstoffwerkes mit 270 000 Tonnen Jahreskapazität für Flieger- und Autobenzin sowie Dieselmotortreibstoff vorsah.⁵

In der ČSR hatte es bis 1939 keine nennenswerte Erdölgewinnung gegeben. Lediglich in Mähren bei Göding und in der Slowakei bei Gbely gab es zwei kleinere Vor-

² Hoßbach, Friedrich, Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934 - 1938, 2. Aufl. Göttingen 1965, S. 185.

³ ZStA, a. a. O., Nr. 424, S. 30, Auftrag Görings an Wilhelm Keppler, Dok. NI - 2503 c.

⁴ Das Reichsbohrprogramm war 1934 als staatsmonopolistische Maßnahme eingeführt worden, um Erkundungsbohrungen in nichterschlossenen Gebieten zu fördern. Durch dieses Programm wurde den Erdölkonzernen weitgehend das Bohrrisiko abgenommen, indem der Staat durch Darlehen die Hälfte der Bohrkosten übernahm und nur bei Fündigwerden eine Rückzahlung forderte. (Siehe dazu Kasper, Hanns-Heinz, Die Erdölgewinnung Deutschlands in der Zeit von 1933 - 1945, Diss. B, Technische Universität Dresden 1974, Kap. 7.)

⁵ ZStA, Reichswirtschaftsministerium (im folgenden: RWM), Nr. 18553/3: Wehrwirtschaftl. neuer Erzeugungsplan, Bd. 1, S. 4 ff.

kommen. Das veranlaßte die deutschen Erdölkonzerne, sich sofort nach der Besetzung des Landes Schürfrechte für die erdöhlöffigen Gebiete Südmährens zu sichern. Als tschechische Firmen im II. Quartal 1939 Antrag auf Übertragung von Freischurfrechten beim Reichsprotector Böhmen und Mähren stellten, entschied das Reichswirtschaftsministerium gemeinsam mit den Protectoratsbehörden am 27. August 1939: "Diesseits wurde die Auffassung vertreten, daß aus wirtschafts- politischen und wehrpolitischen Gründen die Aufschung und Gewinnung von Erdöl im Protectorat deutschen Unternehmen vorbehalten bleiben muß, zumal diese auch in technischer Hinsicht leistungsfähiger sind als tschechische Firmen." ⁶

Unter Beteiligung der Vacuum AG Prag setzte das Südostkonsortium Erkundungsbohrungen im Protectoratsgebiet an und wurde mit der Bohrung Kostel 3, die mit Reichsbohrdarlehen arbeitete, 1943 gut fündig. ⁷

Die Deutsche Erdöl-A. G. (DEA) hatte sich das alleinige Erkundungs- und Ausbeutungsrecht für das Erdöl in der Slowakei gesichert. Sie pachtete dazu die Lagerstätte Gbely auf zehn Jahre und führte Erkundungsarbeiten auf slowakischem Territorium durch. Im Jahre 1939 wurden 16 000 Tonnen, 1940 24 000 und 1943 28 195 Tonnen Erdöl gewonnen, ⁸ Die Produktion mußte teilweise gedrosselt werden, da Bohrgeräte für den Einsatz im Kaukasus abgezogen wurden. Nach Fehlschlagen dieser Aktion wurde die Bohrtätigkeit verstärkt. Sie konzentrierte sich vor allem auf Produktionsbohrungen.

2. Der Überfall auf Polen und die Ausbeutung der galizischen Erdölfelder

Die Eröffnung der Kriegshandlungen mit dem Überfall auf Polen brachten den deutschen Monopolen neue Perspektiven für ihren Raubzug zur "Neuordnung des europäischen Großwirtschaftsraumes." ⁹

Das Erdöl Polens - 1938 betrug die Gewinnung 507 000 Tonnen ¹⁰ - war eine erstrebte Beute beim Überfall des faschistischen Deutschlands. Göring prahlte am 9. September 1939 während einer Rede in einem Berliner Rüstungsbetrieb: "Was der polnische Raum uns sonst noch an guten Dingen bringen wird, das werden wir jetzt sorgfältig studieren. Ihr wißt ja auch: Die Tatsache, daß der Pole von seinen Erdschätzen nur zehn Prozent ausgenutzt hat, besagt gar nichts. Wo er nur zehn Prozent ausgenutzt hat, werden wir bald eine Ausnutzung von 100 % haben. Ich erinnere nur an die Erdölfelder, die in Galizien liegen." ¹¹

6 Ebenda, Nr. 4546, Film, Entscheidung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsprotectors vom 27. 8. 1939.

7 Ebenda, Deutsche Bank, Nr. 19641, Wintershall AG, Bl. 154, Monatsbericht August 1943.

8 Angaben für 1939/40 siehe Öl und Kohle, Jg. 1941, S. 211; Angaben für 1943 siehe ZStA, RWM, Nr. 4547, Film.

9 Siehe dazu Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. 1: 1939 - 1941, Berlin 1969.

10 Mały Rocznik Statystyczny 1939 (Kleines Statistisches Jahrbuch), Warschau 1939, S. 128, Tab. 11.

11 Rede des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring in einem großen Berliner Rüstungsbetrieb am 9. 9. 1939, in: Keesings Archiv, Jg. 1939, Nr. 4218 K.

Durch den blitzartigen Vormarsch waren die polnischen Erdölfelder fast unbeschädigt in die Hände der deutschen Truppen gefallen. Bereits acht Tage später konnten die technischen Einheiten der Wehrmacht die Produktion zur Belieferung der Wehrmacht fortsetzen. Allerdings mußten die Felder von Drohobycz und Borysław der Sowjetarmee übergeben werden, die damit den Raubzug des deutschen Faschismus eindämmte.

Über die Zukunft der Wirtschaft Polens gingen die Ansichten in den deutschen Führungsspitzen auseinander. Einerseits wurde die Ansicht vertreten, die Wirtschaft nur in den Gebieten zu erhalten, die bereits annektiert oder zur Annexion vorgesehen waren. Der übrige Teil Polens sollte restlos "ausgeschlachtet", seine Industrie demontiert und ins Reich verlegt werden.¹² Demgegenüber setzte sich später die Ansicht durch, daß es vorteilhafter sei, Polens Wirtschaft zur Stärkung des deutschen Kriegspotentials auszunutzen.

Das traf auch auf das Erdöl zu.¹³ In einer geheimen Sitzung der Vierjahresplanbehörde über den Handel in Polen wurde dazu festgelegt: "In erster Linie steht hier das Erdöl, das ohne Rücksicht darauf, wie die Bezahlung geregelt wird, ausgebeutet und in das Reich ausgeführt werden muß..."¹⁴ Dies entsprach voll und ganz den Wünschen der deutschen Erdölkonzerne.¹⁵

Unmittelbar im Gefolge der kämpfenden Truppen hatte die Erdölkommission der Wehrmacht unter Führung von Erich Will (Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Elwerath) die Erdölgewinnungsbetriebe sowie 12 Raffinerien und die Firmen der Mineralölverteilung übernommen. Nach Angabe des "Südostechos" waren 45 Prozent der polnischen Erdölindustrie jüdischer Besitz. Dies betraf vor allem die Kleinbetriebe. Von den 34 Aktiengesellschaften gehörten 85,6 Prozent des Kapitals ausländischen Eigentümern. Es dominierte das französische Kapital, das den Małopolska-Konzern beherrschte, der 39 Prozent der Erdölförderung und 26 Prozent der Erdgasgewinnung sowie 26 Prozent der Erdölverarbeitung kontrollierte.¹⁶

12 Vgl. Herzog, Robert, Grundzüge der deutschen Besatzungsverwaltung in den ost- und südosteuropäischen Ländern während des zweiten Weltkrieges, Tübingen 1955, S. 14, nach: Dok. 344 - EC. Internationales Militärtribunal Nürnberg (im folgenden: IMT), englische Ausgabe, Bd. XXXVI, S. 329.

13 Über Polen siehe auch Radandt, Hans, Deutsche Monopole raubten polnisches Erdöl, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 2, S. 301 ff.

14 Geheime Sitzung des Vierjahrplanes am 12. 2. 1940, in: Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß, Schwäbisch-Gmünd 1950, S. 210.

15 Der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Erdöl AG (DEA) - zugleich Vorstandsmitglied der Deutschen Bank -, Karl Kimmich, sagte dazu auf der Hauptversammlung 1939: "Durch die Öffnung der Tür nach dem Osten ergeben sich große Perspektiven, darum heran an die natürlichen Vorkommen." (ZStA, Deutsche Bank, Nr. 15855, DEA.)

16 Südost-Echo, Wien, 19. 1. 1940. - Die Angaben über das jüdische Eigentum sind wahrscheinlich überhöht worden, um Handhaben für die Enteignung aufgrund der für das besetzte Polen geltenden faschistischen "Rechtsbestimmungen" zu haben. Nach Angaben der Verwaltung des Generalgouvernements vom 4. September 1942 kamen 27,6 Prozent der polnischen Rohölproduktion aus jüdischem Besitz. (Vgl. ZStA, Generalgouvernement (im folgenden: GG) Polen, Der Sonderbevollmächtigte für die Erdölwirtschaft, Nr. 16, Bl. 42.)

Mit der Errichtung des "Generalgouvernements" als deutsche Besatzungsbehörde im Oktober 1939 wurde auch eine kommissarische Verwaltung über die Erdöl- und Erdgasvorkommen sowie die Verarbeitungsstätten gebildet, die diese Anlagen auf die Kriegsbedürfnisse auszurichten hatte. Mit der Durchführung dieser Maßnahmen wurden Heinrich Schmidt (Aufsichtsratsvorsitzender der Wintershall AG), Heinrich Lindenberg (Braunkohle-Benzin-AG - BRABAG) und Erich Will betraut.

Am 1. November 1939 wurden die polnischen Erdölfelder der Beskiden-Erdölge-
winnungs-GmbH übertragen. Diese Gesellschaft war eine Gemeinschaftsgründung
der deutschen Erdölkonzerne. Sie hatte mit dem Okkupationsregime des "General-
gouvernements" einen Betriebsführungsvertrag und stellte das Fachpersonal so-
wie das Material für die Ausbeutung der Erdölfelder. In das Betriebskapital von
250 000 Reichsmark teilten sich zu je einem Fünftel die DEA, die Preußische
Bergwerks- und Hütten AG (Preußag), die Gewerkschaft Elwerath, die Winters-
hall AG und die Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring.
Die Geschäftsführung lag in den Händen von Vertrauensleuten der Wintershall AG.
Für die Weiterverarbeitung wurde die Beskiden-Erdölverarbeitungsgesellschaft
mbH gebildet, von deren Kapital je 20 Prozent die DEA, die Wintershall AG, die
Deutsche Gasolin AG (deren Hauptaktionär die IG Farbenindustrie AG war) und 40
Prozent die Gewerkschaft Neue Erdöl-Raffinerie AG (Nepag) besaßen.

Entgegen allen Normen des Völkerrechtes erließ die Besatzungsbehörde des "Ge-
neralgouvernements" Gesetze und Verordnungen, um die Mineralölwirtschaft voll
den Interessen des deutschen Imperialismus nutzbar zu machen. Am 15. Novem-
ber 1939 wurde das Vermögen des polnischen Staates beschlagnahmt und schließ-
lich am 24. September 1941 zum Eigentum des "Generalgouvernements" erklärt.
Damit gingen auch einige Betriebe der Erdölgewinnung, des -transportes und der
-verteilung in deutsche Hand über. Jüdischer Besitz wurde, sofern er nicht ange-
meldet worden war, gemäß Verordnung vom 23. Januar 1940 eingezogen. Gewin-
nungsrechte auf Erdöl und Erdgas wurden mit der Verordnung vom 14. Dezember
1939 zugunsten des Staates beschlagnahmt. Ab 10. August 1940 galt das Reichsreg-
al für alle Bodenschätze. Auch die Verteilung wurde zentralisiert, indem am 20.
Januar 1940 das Monopol des Staates für den Mineralölhandel geschaffen wurde.
Mit der Ausübung dieses Rechtes betraute man die Monopol-Vertriebsgesellschaft
für Mineralöl mbH Libussa. Am 23. Januar 1940 wurde schließlich die Anordnung
über die Konfiszierung der Anlagen der Mineralölwirtschaft erlassen. Die ober-
ste Verfügungsgewalt erhielt der Sonderbevollmächtigte für die Erdölwirtschaft
im "Generalgouvernement". Dieses Amt nahm sowohl für die Besatzungsbehörde
als auch für die Vierjahresplanbehörden, die Generalvollmacht für die Ausbeutung
besetzter Länder hatten, Erich Will wahr.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurden am 1. August 1941 die seit Herbst
1939 zur Ukrainischen Sowjetrepublik gehörenden, ehemals polnischen Gebiete
dem faschistischen "Generalgouvernement" als "Distrikt Galizien" angegliedert.¹⁷
Daraus entstand der Plan, eine Erdölgesellschaft zu gründen und ihr auf 99 Jahre
die Aufsuchungs-, Gewinnungs- und Verarbeitungsrechte für Erdöl zu übertragen.
Die Regierung des "Generalgouvernements" sollte Mitspracherecht im Aufsichts-
rat und einen Förderzins von 7,5 Prozent erhalten.¹⁸ Gegen diese Absichten er-

17 Da das Erdöl dieses sowjetischen Territoriums von den Erdölbetrieben des
"Generalgouvernements" gefördert wurde, ist seine Ausbeutung im Abschnitt
Polen beschrieben worden. Im Abschnitt über die Sowjetunion erfolgen weite-
re Ausführungen zur Besetzung.

18 ZStA, GG Polen, Der Sonderbevollmächtigte für die Erdölwirtschaft, Nr. 1,

hoben das Auswärtige Amt und auch die Erdölkonzerne Widerspruch. Die Reichsbehörde hatte Bedenken gegen eine käufliche Übernahme des noch vorhandenen polnischen und ausländischen Vermögens, da dies eventuell Konsequenzen gegenüber dem deutschen Eigentum im Ausland gebracht hätte. Die Erdölkonzerne, die maßgeblichen Einfluß auf die Vierjahresplanbehörden und das Reichswirtschaftsministerium hatten, sahen ihre Positionen in den Beskiden-Erdölgesellschaften bedroht. Sie führten deren Geschäfte zwar nur über einen Betriebsführungsvertrag, der ihnen offiziell keine Gewinnbeteiligung gewährte, doch war ihre Geschäftsführung derart undurchsichtig, daß sich selbst die Deutsche Treuhandgesellschaft zur Intervention gezwungen sah. Daß die Ausbeutung des polnischen Erdöles für den deutschen Imperialismus vorteilhaft war, zeigen die Abführungen an den Staat in Höhe von 40 776 990 Złoty und die Ansammlung eines Guthabens bei den Beskiden-Erdölgesellschaften von 34 349 089 Złoty.¹⁹ Die Interessen der Erdölkonzerne waren in der Kontinentalen Oel AG vereinigt. Sie wendeten sich gegen eine staatliche Erdölgesellschaft des "Generalgouvernements" und forderten für sich einen Pachtvertrag, der ihnen volle Verfügungsgewalt über das Vermögen und die Betriebsergebnisse sicherte.²⁰ Die Bedenken des Auswärtigen Amtes hinderten sie nicht, so zu handeln, als ob sie bereits Eigentümer wären. Am 28. August 1942 wurde in Lwow die Karpathen Öl AG als Tochtergesellschaft der Kontinentalen Oel AG gegründet. Am Kapital von 30 Millionen Złoty waren die Kontinentale Oel AG zu 50 Prozent, die Wintershall AG, die DEA, die Gewerkschaft Elwerath, die Preußag und die Deutsche Gasolin AG mit den Reichswerken Hermann Göring zu je 10 Prozent beteiligt. Der Direktor der DEA, Karl Grosse, wurde Vorsitzender des Vorstandes. Im Aufsichtsrat waren neben zwei Vertretern des "Generalgouvernements" und Ministerialrat Friedrich Kadgien von der Vierjahresplanbehörde Karl Blessing (Deutsche Bank), Hans Brochhaus (Gewerkschaft Elwerath), Heinrich Wisselmann (Preußag) und Wilhelm Zentgräf (Wintershall AG) unmittelbar als Bevollmächtigte der Monopole vertreten. Außer den Vertretern der Besatzungsbehörde gehörten alle übrigen zum Vorstand der Kontinentalen Oel AG. Die Beskiden-Erdölgesellschaften wurden am 1. Oktober 1942 aufgelöst. Die neue Gesellschaft übernahm selbständig alle Vermögenswerte und Umlaufmittel der alten Gesellschaften. Die Regierung des "Generalgouvernements" protestierte heftig gegen das Vorgehen der Karpathen Öl AG und prangerte deren Vorgehen als "kapitalistische Mißwirtschaft" an.²¹ Demgegenüber berief sich Karl Grosse auf die Kriegsnotwendigkeit, die ihn veranlasse, "mit den besten Mitteln die Erdölproduktion zu steigern."²²

Über die Besatzungsbehörden war die Bevölkerung zur Arbeit in den Erdölbetrieben herangezogen worden. Die Ernährungslage war derart katastrophal, daß die Betriebsleitung der Beskiden-Erdölgewinnungs-GmbH Widerstand und Sabotage befürchtete und um die Sicherheit ihres Aufsichtspersonals besorgt war. Im Herbst 1941 hatte sich die Lage derart verschlechtert, daß die polnischen Arbeiter oft während der Arbeit ohnmächtig zusammenbrachen.²³ Nunmehr wurden Natural-

Bl. 78, Entwicklung und Stand des Vertragsverhältnisses zwischen Regierung und Karpathen Öl AG.

19 Ebenda, Bl. 64.

20 Ebenda, Bl. 69.

21 Ebenda, Bl. 63.

22 Ebenda, Bl. 83.

23 Ebenda, Nr. 5, Bl. 62 ff., Schreiben der Beskiden-Erdölgewinnungs-GmbH an das GG Polen v. 6. 11. 1941.

Lieferungen eingeführt, um die Produktion aufrechterhalten zu können. Die Lebensmittelration polnischer Arbeitskräfte betrug nur ein Drittel der Ration des deutschen Personals.²⁴ Einer Arbeiterfamilie wurden für vierzehn Tage nur zwei Brote, eine kleine Menge Graupen und Kartoffeln zugeteilt, und selbst diese Rationen wurden nicht regelmäßig gegeben. Um existieren zu können, war die Bevölkerung auf den "schwarzen Markt" angewiesen. Die teuren Lebensmittel waren für viele nicht erschwinglich. Hohe Strafen drohten denjenigen, die beim Schwarzhandel gefaßt wurden.²⁵

Nach dem Stand vom 31. Dezember 1943 beschäftigte die Karpathen Öl AG 32 500 Arbeitskräfte, davon 263 Deutsche.²⁶ Obwohl Mangel an Fachkräften herrschte, lehnte es die Betriebsleitung ab, polnische Leitungskräfte einzusetzen. Nach den "rassischen Prinzipien" des Faschismus durften Polen nicht Vorgesetzte für Deutsche sein. Sie seien auch nicht imstande, die Arbeit polnischer Arbeitskräfte zu organisieren.

Die festgelegten Lohnsummen wurden zumeist nur zu einem Bruchteil gezahlt. Um unter diesen katastrophalen Bedingungen Arbeitsdisziplin zu erzwingen, wurden schwere Betriebsstrafen verhängt - Ohrfeigen, Peitschenhiebe und Strafbunker.²⁷ Juden wurden anfangs der Erdölindustrie als Zwangsarbeiter zugeführt, später aber an Ort und Stelle "liquidiert" oder in Konzentrationslager abgeschoben. Im Oktober 1942 meldete Direktor Grosse der Regierung des "Generalgouvernements", daß im westgalizischen Revier keine jüdischen Arbeitskräfte mehr beschäftigt seien.²⁸

Diese Verhältnisse hatten geringe Arbeitsleistungen und Widerstand in der Belegschaft zur Folge. Ab 1943 wurden gewisse Verbesserungen in der Ernährung im Interesse der Aufrechterhaltung der Produktion vorgenommen.

Die Weiterführung der Produktion war auch aus technischen Gründen kompliziert. In den zahlreichen Kleinbetrieben herrschte eine veraltete Technik vor, für die es kaum Ersatzteile gab. Die Förderung, die meist durch Kolben geschah, war sehr personalaufwendig. Zur Erzielung einer hohen Förderleistung wurde modernes Gerät herangeführt. Die Art des Einsatzes kann jedoch nur als Raubbau gekennzeichnet werden. Auf den erkundeten und schon im Abbau befindlichen Lagerstätten wurde unter Mißachtung geologischer Grundsätze ein viel zu dichtes Netz von Fördersonden angelegt. Neue Erkundungsbohrungen wurden vernachlässigt.

Unter der deutschen Besetzung wurden folgende Förderleistungen erzielt:

- 24 Ebenda, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 179, Protokoll, S. 20793.
- 25 Ebenda, Nr. 465, S. 37 f., Dok. NI - 14577; GG Polen, Der Sonderbevollmächtigte für die Erdölwirtschaft, Nr. 1, Bl. 96 ff., Bericht von Pfaff über die Inspektion im Erdölgebiet Borislav.
- 26 Ebenda, RWM, Nr. 10696 P, Film, Referat von Karl Grosse vor dem Aufsichtsrat in Krakow am 21. 1. 1944.
- 27 Mendys, Maria / Mendys, Władysław, Zniszczenia i straty gospodarcze w powiecie jeselskim w latach 1939 - 1945 (Zerstörungen und wirtschaftliche Verluste im Kreis Jasło in den Jahren 1939 - 1945), (Masch.-Man.), Jasło o. J.; ZStA, GG Polen, Der Sonderbevollmächtigte für die Erdölwirtschaft, Nr. 1, Bl. 64, Bericht von Pfaff.
- 28 ZStA, GG Polen, Der Sonderbevollmächtigte für die Erdölwirtschaft, Nr. 8, Bl. 45, Notiz von Karl Grosse über ein Ferngespräch.

Tabelle 1

Förderung in den galizischen Erdölgebieten 1939 bis 1944⁺

Jahr	Erdöl in t	Erdgas in Mill. m ³	
1939	34 299	?	(IV. Quartal)
1940	127 550	148	
1941	242 000	511	inkl. des sowj. Teils
1942	377 000	863	
1943	401 000	945	
1944	201 000		(1. Halbjahr)

+ 1939 - 1942: Zentrales Staatsarchiv (im folgenden: ZStA), Reichswirtschaftsministerium 10 696 P, Film, Bergbaustatistik des Generalgouvernements; 1943: ZStA, Generalgouvernement Polen, Der Sonderbevollmächtigte für die Erdölwirtschaft, Nr. 23, Bl. 17; 1944: IMT, Dok. NI-14577, bei: Birkenfeld, Wolfgang, Der synthetische Treibstoff 1933 - 1945, Berlin/Frankfurt 1964, S. 150 f.

Ab 1943 wurde die Produktion durch Aktionen ukrainischer Partisanen unter Führung von Kowpak und durch wachsenden Widerstand der polnischen Werktätigen behindert. Bekannt geworden sind davon Kampf- und Partisanenaktionen der PPS Podkarpacie, die vielfach von Erdölarbeitern durchgeführt wurden.²⁹ Mit dem Näherrücken der Sowjetarmee begannen die Faschisten, die Erdölgewinnungs- und -verarbeitungsbetriebe zu demontieren. Um die dafür notwendigen Arbeitskräfte zu erhalten, wurden mit Hilfe der Wehrmacht regelrechte Menschenjagden veranstaltet. Über 2 200 Waggons mit Bohrgeräten, Förderanlagen, Maschinen und Ersatzteilen wurden nach Deutschland überführt,³⁰ Es wurde alles demontiert, was sich verladen ließ, und nur die Dezemberoffensive der Sowjetarmee verhinderte eine absolute Zerstörung der restlichen Einrichtungen. Die Verluste, die die polnische Erdölindustrie während der deutschen Okkupation erlitt, wurden nach Angaben des Industrieministeriums in Warschau aus dem Jahre 1945 auf 79,180 Millionen Dollar in der Erdölförderung, 28,161 Millionen Dollar in der Verarbeitungsindustrie und 20,780 Millionen Dollar in der Erdgasindustrie beziffert. Polen verlor etwa 30 Prozent seiner Fachkader.³¹

3. Der Griff nach dem Erdöl Südosteuropas

In allen europäischen Ländern, die unter die Botmäßigkeit des deutschen Imperialismus gerieten, wurde die Erdöl- und Mineralölwirtschaft der deutschen Krieg-

²⁹ Vgl. Jerzyk, Emil, Historia ruchu zawodowego w polskim przemyśle naftowym (Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in der polnischen Erdölindustrie), in: Nafta, 2. Jg. (1946), S. 238.

³⁰ ZStA, GG Polen, Der Sonderbevollmächtigte für die Erdölwirtschaft, Nr. 23, Bl. 47.

³¹ Winkler, Jozef, 672 Millionów złotych przedwojennych wynoszą tymczasowe straty rzeczowe polskiego przemysłu naftowego z powodu okupacji niemieckiej, (672 Millionen Vorkriegszloty betragen die vorläufigen durch die deutsche Okkupation verursachten materiellen Verluste der polnischen Erdölindustrie), in: Nafta, Nr. 4/1945.

führung nutzbar gemacht. Die Methoden waren sehr differenziert, je nach der Bedeutung der Mineralölkapazität und den Verbindungen, die zu den herrschenden Kreisen der einzelnen Länder bestanden. Dabei spielten in den ersten Jahren des Krieges das Südostkonsortium der vier großen Erdölkonzerne Gewerkschaft Elwerath, Wintershall AG, DEA und Preußag und ab 1941 die Kontinentale Oel AG eine wichtige Rolle.

In Ungarn hatte sich durch die ungarisch-amerikanische Gesellschaft MAORT, eine Tochtergesellschaft der Standard Oil Company (N. J.), seit 1938 eine eigene Erdölherzeugung entwickelt. Unter Führung der Wintershall AG setzte sich ab 1940 das Südostkonsortium der deutschen Erdölkonzerne in Ungarn fest. Es erwarb unter Einschaltung der deutschen Gesandtschaft³² von der ungarischen Regierung ein Konzessionsgebiet von 18 500 Quadratkilometern in Südungarn auf sieben Jahre. Als Gewinnungsgesellschaft wurden die Ungarisch-deutschen Erdölwerke GmbH MANAT gegründet. Sie verpflichtete sich zu einem Förderzins von 15 Prozent an den ungarischen Staat. Nach der Besetzung Jugoslawiens wurde dem faschistischen Ungarn das Mur-Gebiet zugesprochen. Obwohl bereits italienische Gesellschaften kleinere Vorkommen ausbeuteten, erhielt das Südostkonsortium größere Konzessionsgebiete und bildete gemeinsam mit den italienischen Firmen die Italienisch-deutsche Mur-Gebiet Mineralölindustrie AG ANORT. Der deutsche Anteil hieran betrug 60 Prozent. Das deutsche Konzessionsgebiet erweiterte sich auf 34 400 Quadratkilometer.

Bereits 1940 begannen unter "Reichsbeihilfe" die ersten geophysikalischen Messungen. Im Herbst 1941 wurde das Konsortium in Südwestungarn und im August 1943 im Mur-Gebiet mit der Bohrung Peteshaza 1 fündig.³³ Den Hauptanteil der Förderung Ungarns erzielte jedoch weiterhin die amerikanisch-ungarische Gesellschaft MAORT. Deshalb versuchte die IG Farbenindustrie AG - ihre Beziehungen zu amerikanischen Konzernen Standard Oil nutzend - dessen Tochtergesellschaft aufzukaufen. Sie konnte jedoch ihr Ziel nicht erreichen. Die MAORT unterstützte allerdings die deutsche Förderung nach besten Kräften. Ohne Rücksicht auf die Lagerstätten wurde die Produktion gesteigert. Erdgas wurde sinnlos abgeblasen, um eine rasche Förderung zu erreichen. Die Bohrungen konzentrierten sich auf die bekannten Felder. Eine Erkundung neuer Vorkommen wurde vernachlässigt. Der Rückgang der Produktion ab 1943 ist das Ergebnis der Überforderung der Lagerstätten. Als sich die Sowjetarmee Ungarn näherte, machte sich die Zusammenarbeit des deutschen und amerikanischen Monopolkapitals für das Konsortium erneut bezahlt. Es verkaufte seine Rechte am Erdölfeld Lovaszi an die amerikanische MAORT für 6 Millionen Pengö.³⁴ Die Felder blieben weitgehend unzerstört. Ein großer Teil des Bohrrautes blieb im Lande.

Die deutsche Regierung hatte in Ungarn nicht nur eine Steigerung der Erdölförderung erzwungen, sondern auch den Inlandsverbrauch beeinflusst, um möglichst große Mengen für die deutsche Kriegführung zu erhalten. Insgesamt wurden folgende Produktions- und Exportmengen an Erdöl erreicht:

32 Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 - 1945, Bd. X, Frankfurt/M. 1963, S. 208 f., Die Gesandtschaft in Budapest an das Auswärtige Amt, Dok. 338.

33 ZStA, Deutsche Bank, Nr. 19631, Wintershall AG, Bl. 115, Monatsbericht August 1941.

34 Ebenda, Nr. 19641, Wintershall AG, Bl. 21, Bericht über die Geschäftstätigkeit im III. Quartal 1944.

Tabelle 2

Ungarns Erdölproduktion und Export nach Deutschland
(in t)

Jahr	Produktion ⁺	Export nach Deutschland ⁺⁺	
		Erdöl	Derivate
1938	43 000	-	-
1939	144 000	-	-
1940	262 000	-	-
1941	550 000	43 047	12 000
1942	665 000	125 288	202 450
1943	837 000	84 400	1. Halbj. 159 000

+ Zentrales Staatsarchiv, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 4546, Film, Angaben des Statistischen Reichsamtes für 1938 bis 1941, des Ministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion 1942 und 1943.

++ Ebenda, Schreiben der deutschen Gesandtschaft an das Auswärtige Amt v. 16. 10. 1943, Exporte der MAORT.

In Jugoslawien hatte das Südostkonsortium unter Führung der Preußag und der Gewerkschaft Elwerath bereits 1939 große Konzessionsgebiete erworben. Trotz hoher Investitionen konnte nur eine geringfügige Erdölproduktion erzielt werden. Im Jahre 1939 betrug sie 1 144 Tonnen und 1942 8 650 Tonnen.³⁵ Die Hoffnungen der deutschen Gesellschaften konzentrierten sich auf die Struktur Gojlo. Als Beauftragter für Erdölfragen in der Vierjahresplanbehörde ließ Alfred Bentz hier zusätzliche Bohrgeräte konzentrieren. Damit konnte die Produktion dieses Feldes mit 11 Sonden von 10 711 Tonnen im zweiten Halbjahr 1943 auf 12 617 Tonnen im ersten Halbjahr 1944 gesteigert werden.³⁶ Diese Produktion blieb jedoch unter den Erwartungen. Weitere Erkundungen mußten unter dem Druck jugoslawischer Partisanen eingestellt werden.

Nach der Besetzung Albaniens durch das faschistische Italien hatte das italienische Kapital auch die Ausbeutung der Bodenschätze dieses Landes übernommen. 1943 wurden 140 000 Tonnen Erdöl gefördert. Nach dem Ausscheiden Italiens aus dem Krieg übernahm das 2. technische Bataillon der Mineralölbrigade der Wehrmacht die Aufrechterhaltung der Förderung. Personal und Geräte wurden dafür zeitweise von Österreich abgezogen.³⁷ Partisanentätigkeit und fehlende Transportmöglichkeiten verhinderten die Nutzung des albanischen Erdöls für die deutsche Kriegswirtschaft.

In Griechenland hatte sich bereits seit 1936 die Internationale Tiefbohr-AG H. Rautenkranz (Itag) an einem Konsortium zur Erdölerkundung in Westthrazien beteiligt und mehrere Bohrungen niedergebracht, ohne daß es zu einer nennenswer-

35 Angaben für 1939 siehe ebenda, RWM, Nr. 4543, Film; für 1942 ebenda, Deutsche Bank, Nr. 19641, Wintershall AG, Bl. 135.

36 Ebenda, RWM, Nr. 4543, Film.

37 Ebenda, Oberkommando der Wehrmacht, Wirtschaftsrüstungsamt (im folgenden: OKW WiRüAmt), Wirtschaftsstab Ost (im folgenden: WiStab Ost), Nr. 4546, Film, Schreiben des 2. technischen Bataillons an den OKW-WiStab vom 20. 1. 1944.

ten Produktion gekommen wäre.³⁸ Auch in Bulgarien waren deutsche Kapitalgruppen an Erkundungsbohrarbeiten beteiligt.

Das Hauptaugenmerk des deutschen Monopolkapitals im südosteuropäischen Raum galt jedoch dem Erdöl Rumäniens, des größten Erdölproduzenten im kapitalistischen Europa. Seine geographische Lage schien auch im Kriegsfall eine gewisse Sicherheit im Vergleich zu den überseeischen Mineralölimporten nach Deutschland zu geben. Wirtschaftliche und außenpolitische Sicherungen rumänischer Lieferungen wurden für unumgänglich gehalten. Das Oberkommando der Wehrmacht ging noch einen Schritt weiter. Es forderte "die Beherrschung der rumänischen Ölfelder und somit des gesamten Donauraumes als Vorbedingung für eine ausreichende Mineralölversorgung Deutschlands in einem Kriege von längerer Dauer". "... das militärische Mittel" würde "das einzige sein, das die Beherrschung der rumänischen Erdölgebiete im Kriegsfall gewährleistet."³⁹

Das deutsch-rumänische Wirtschaftsabkommen vom März 1939 bildete den Rahmen für die Erdöllieferungen nach Deutschland. Seine Verwirklichung durch die rumänische Wirtschaft und die staatlichen Behörden erfolgte jedoch nur zögernd. Die Reichsregierung übte deshalb starken Druck auf neue Verhandlungen aus. Aber erst als sich die Niederlage Frankreichs abzeichnete, war Rumänien zum Abschluß des neuen Vertrages - des "Öl-Waffenpaktes" - im Mai 1940 bereit. Dieser Pakt sah eine monatliche Lieferung von 130 000 Tonnen Mineralöle an Deutschland vor. Die Bezahlung sollte vorwiegend durch deutsche Waffenlieferungen erfolgen. In diesem Abkommen wurden für den deutschen Imperialismus vorteilhafte Bedingungen erreicht. So mußte zum Beispiel das Erdöl ab Mai 1940 zu einem Preis von 3 826 Lei je Tonne vom Hafen bzw. Grenzübergang geliefert werden gegenüber einem Preis von 9 600 Lei in den vorangegangenen Monaten. Damit wurden die Vorkriegspreise gehalten.⁴⁰

Die deutsche Gesandtschaft in Bukarest wurde zum Schalthebel des deutschen Imperialismus gegenüber der rumänischen Wirtschaft. In ihr wirkte Gesandter Hermann Neubacher als "Sonderbeauftragter für Wirtschaftsfragen" und Bevollmächtigter für Erdölfragen im Südosten im Auftrage des Vierjahresplanes, Bevollmächtigter des Reichswirtschaftsministeriums und der Wehrmacht. Seine Vollmachten wurden später auf alle Länder des südosteuropäischen Raumes ausgedehnt. Die wirtschaftlichen Bedingungen wurden vor allem durch den Gesandten Clodius von der Wirtschaftspolitischen Abteilung ausgehandelt.

Die politischen Bemühungen um das rumänische Erdöl und um eine feste Bindung an das faschistische Deutschland wurden durch militärische Maßnahmen verstärkt. Admiral Canaris besuchte als Chef des militärischen deutschen Geheimdienstes im Dezember 1939 Rumänien, um Maßnahmen zur Sicherung der Erdölfelder gegen Störungen durch die Westmächte einzuleiten. Er veranlaßte, daß deutsches Wachpersonal in Zivil auf den rumänischen Erdölfeldern und zur Kontrolle der Donautransporte eingesetzt wurde. Aus rumänischen Bürgern deutscher Nationalität wurde ein Sicherungsverband gebildet, um eine eventuelle deutsche Luftlan-

38 Wirth, E., Das Erdöl-Hoffnungsgebiet Westthrazien, in: Öl und Kohle, Jg. 1940, S. 443 - 456.

39 ZStA, OKW WiRüAmt, Nr. 2329, Film, Die Mineralölversorgung Deutschlands im Kriege, Ausarbeitung vom April 1939.

40 Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 - 1945, Bd. IX, Frankfurt/M., 1962, S. 375 ff. Der Sonderbeauftragte für Wirtschaftsfragen bei der Gesandtschaft in Budapest an das Auswärtige Amt, Dok. 338.

dung vorzubereiten.⁴¹ Ein stiller Krieg mit den westlichen Geheimdiensten um das rumänische Öl begann.

Rumänien duldete nicht nur diese deutschen Eingriffe, sondern im Juli 1940 wurde durchgesetzt, daß der König um die Entsendung einer deutschen Militärmission ersuchte. Der Auftrag dieser Mission und des zugehörigen Lehrstabes ging jedoch weit über das rumänische Ansuchen hinaus. Der Geheimbefehl vom 20. September 1940 führte dazu aus:

"Heer und Luftwaffe werden Militärmissionen nach Rumänien entsenden. Vor der Welt wird deren Aufgabe sein, Rumänien bei der Aufstellung und Ausbildung seiner Streitkräfte freundschaftlich zu beraten. Ihre wirkliche Aufgabe, die weder den Rumänen noch unseren eigenen Truppen zum Bewußtsein kommen darf, wird sein:

- a) das Erdölgebiet gegen den Zutritt dritter Mächte oder Zerstörungen zu schützen
- b) die Rumänen in die Lage zu versetzen, gewisse Aufgaben im Rahmen eines die besonderen deutschen Interessen berücksichtigenden systematischen Planes zu übernehmen ..."⁴²

Damit war bereits die Funktion dieser Gruppen für die Vorbereitung des Überfalles auf die Sowjetunion angedeutet.

Durch den politischen und militärischen Druck des Deutschen Reiches wurde der Faschisierungsprozeß in Rumänien gefördert. Der deutsche Einfluß auf Rumäniens Wirtschaft wuchs. Im staatlichen Auftrag kaufte die Dresdner Bank rumänische Firmen auf. Den deutschen Erdölkonzernen wurde angeboten, diese Firmen später unter Herabsetzung des Kaufpreises zu übernehmen.⁴³ Andererseits nutzten die deutschen Erdölkonzerne, die bereits seit dem "Öl-Waffenpakt" Partner und Teilhaber rumänischer Firmen waren, die deutsche Machtposition, um ihre eigenen Ansprüche durchzusetzen. Die Gewerkschaft Elwerath verhinderte auf diese Weise Veränderungen zugunsten des Credit Minier.⁴⁴

Ab 1941 wirkte die Kontinentale Oel AG durch ihre Tochtergesellschaft Kontinentale Oel GmbH in Bukarest. Über die Deutsche Bank erhielt sie die Aktienmehrheit der Concordia Petroleumindustrie AG und der Columbia Erdölgesellschaft aus französischem bzw. belgischem Besitz. Weiterhin wurden kleinere Gesellschaften, wie die Foraky Românească und die Moldonaphta, übernommen. Von der Astra Română S. A., Bukarest, (holländischer Besitz) wurde am 28. Mai 1941 ein Vertrag erzwungen, der der Kontinentalen Oel AG 50 Prozent Anteil an der Erkundung, Aufschließung und Ausbeutung im Konzessionsgebiet der Astra Română sicherte.⁴⁵ Es wurden unmittelbar 23 Prozent der rumänischen Erdölförde-

41 Hillgruber, Andreas, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938 - 1944, 2. Aufl. Wiesbaden 1965, S. 67; Bilanz des Zweiten Weltkrieges, Oldenburg 1953, S. 209 f.

42 Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 - 1945, Bd. XI, Bonn 1964, Das OKW an das Auswärtige Amt, Dok. 84.

43 ZStA, RWM, Reichsamt für Bodenforschung, Nr. 4625, Film, Niederschrift der Sitzung der Reichsstelle für Bodenforschung v. 13. 1. 1940.

44 Ebenda, Nr. 4625, Ersuchen der Gewerkschaft Elwerath an Neubacher v. 23. 7. 1940.

45 Ebenda, Vertrag zwischen der Astra Română S. A., Bukarest, und der Kontinentalen Oel AG, Berlin.

zung kontrolliert. Der deutsche Kapitalanteil stieg bis zum Jahre 1944 auf 12, 53 Prozent.⁴⁶

Um die rumänischen Produzenten unter Kontrolle zu bekommen, wurde mit Hilfe des rumänischen Staates die "Arbeitsgemeinschaft Erdölgewinnung und -verarbeitung" unter Führung der Kontinentalen Oel AG gegründet und mit Weisungsrechten versehen. Der rumänische Staat genehmigte Preiserhöhungen für die Gewinnbetriebe, um die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu erhöhen und die Förderung bisher "unrentabler" Sonden zu stimulieren. Eine Änderung der Berggesetzgebung trat ein. Sie ermöglichte das Niederbringen von Aufschlußbohrungen auch durch Auslandskapital. Das Deutsche Reich gewährte dafür Reichsbohrdarlehen und bestimmte das Bohrprogramm, das 61 000 Bohrmeter im Jahre 1941 und 117 000 Bohrmeter im Jahre 1942 betrug.⁴⁷ Zu all diesen Aktivitäten kamen umfangreiche Material- und Gerätelieferungen, um die rumänische Erdölproduktion zu forcieren.

Das Ergebnis entsprach jedoch nicht den Erwartungen. Im Gegenteil, die rumänische Erdölproduktion stagnierte und sank zeitweise ab.

Tabelle 3

Rumäniens Erdölproduktion und Export nach Deutschland
(in t)

Jahr	Produktion ⁺	Export von Erdöl ⁺⁺ und Erdölprodukten	Erdölexport nach Deutschland ⁺⁺⁺
1939	6 240 000	4 177 571	848 569
1940	5 810 000	3 492 937	.
1941	5 453 179	4 072 306	.
1942	5 665 357	3 373 542	.
1943	5 273 432	3 159 168	2 511 294
1944	3 525 000	2 118 742	.

+ Monitorul Petrolului Român, 1947, S. 118, 343.

++ Ebenda, 1945, S. 77, 33; ebenda, 1946, S. 59.

+++ Ebenda, 1945, S. 97.

Quelle:

Jordan, Constantin N., The romanian oil industry, New York 1955, Tabellen XVII, XLI, XLII, XLIII.

Die Rückläufigkeit hatte verschiedene Ursachen. Bereits in den dreißiger Jahren waren die Neuaufschlüsse zurückgegangen. Die Entwicklung der Felder war vernachlässigt worden. Neu hinzu kamen Schwierigkeiten in der Ersatzteilbeschaffung, da die rumänische Erdölindustrie stark mit ausländischen Fabrikaten ausgerüstet war. Neben diesen objektiven Gründen wirkten auch subjektive Faktoren. Nationalgesinnte Kräfte versuchten die Auslieferung des rumänischen Erdöls an das deutsche Monopolkapital zu behindern. Beamte in den Staatsbehörden verzö-

⁴⁶ Logigan, Stefan, Die Entwicklung der rumänischen Erdölindustrie, in: Erdöl-Zeitschrift, Jg. 1956, S. 502 ff.

⁴⁷ ZStA, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 417, Bl. 145 ff., Bericht von Direktor Hans Brochhaus auf der 2. Aufsichtsratssitzung der Kontinentalen Oel AG.

gerthen die Vergabe neuer Bohrkonzessionen, um dem Lande Reserven für die Friedenswirtschaft zu erhalten. Die deutsche Verschuldung im Clearing-Verkehr wurde genutzt, um Exporte zurückzuhalten. Dazu kamen Schwierigkeiten im Abtransport der Mineralöle durch fehlenden Transportraum. Dies wurde besonders kritisch, wenn die Donau im Winter vereiste. Besonders nach der Schlacht an der Wolga mehrten sich Bestrebungen rumänischer Politiker, das eigene Land aus der engen Bindung an den deutschen Faschismus zu lösen und seine Wirtschaft dem deutschen Kriegspotential zu entziehen.

Der Druck, den das faschistische Deutschland auf den rumänischen Staat auszuüben imstande war, erzwang dennoch hohe Exportquoten. Die Lieferungen gingen nach Deutschland, nach Italien und in andere europäische Staaten sowie direkt an die faschistische Wehrmacht.

Die westlichen Alliierten starteten einige Luftangriffe gegen die nach dem Fehlschlag der Kaukasus-Operation für den deutschen Imperialismus besonders wichtigen rumänischen Erdölgebiete. Die deutsche Luftwaffe stationierte dagegen starke Luftsicherungseinheiten in diesen Gebieten. Ein erster Angriff im Juli 1942 von Syrien aus schlug völlig fehl. Bei einem erneuten Großangriff vom 177 Bombern am 1. August 1943 von nordafrikanischen Luftwaffenbasen aus entstanden zwar schwere Schäden an einigen Raffinerien, jedoch die Gewinnung wurde kaum betroffen. Die Exporte nach Deutschland liefen nach wenigen Tagen in der bisherigen Höhe weiter.⁴⁸ Erst der Vormarsch der Sowjetarmee veranlaßte die Westmächte zu einer systematischen Luftoffensive, um die rumänischen Erdölgebiete nicht unzerstört den Befreiern zu überlassen. Bis Ende Juni 1944 wurden 4500 Tonnen Bomben auf die rumänischen Erdölzentren abgeworfen, die vor allem die Transport-, Verlade- und Verarbeitungsanlagen schwer trafen. Die Produktion ging von 430 000 Tonnen im Januar 1944 auf 240 000 Tonnen im Mai zurück.⁴⁹ Die Förderung erholte sich jedoch rasch, stärker behindert wurde der Abtransport nach Deutschland durch die Verminderung der Donau und die Sperrung der Bahnstrecke Iaşi-Lwow durch den sowjetischen Vormarsch. Am 14. Juli 1944 begann die Offensive der Sowjetarmee an der Südfront gegen die faschistische Wehrmacht. Sie führte zum Zusammenbruch dieser Front und zum Ausscheiden Rumäniens aus der Koalition mit dem faschistischen Deutschland. Die Westmächte führten, als die Besetzung der rumänischen Erdölgebiete durch die Sowjetarmee sich bereits abzeichnete, eine letzte große Luftoffensive am 10. August 1944 gegen Ploëşti und Cămpina, die schwere Zerstörungen anrichtete.

Der Verlust der rumänischen Erdölbasis war ein schwerer Schlag für die deutsche Kriegführung, zumal in Deutschland durch die anglo-amerikanische Luftoffensive zeitweise bis zu 92 Prozent der synthetischen Treibstoffherzeugung ausfielen.⁵⁰

48 Boelcke, Willy, Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg, o. O. 1969, S. 94.

49 ZStA, OKW WiRüAmt, WiStab Ost, Nr. 4564, Film, Die Mineralöllage Rumäniens und Ungarns Anfang Mai 1944.

50 The Strategic Air Offensive, Bd. 4, S. 229, zit. bei: Birkenfeld, Wolfgang, Der synthetische Treibstoff 1933 - 1945, Göttingen/Berlin/Frankfurt 1964, S. 193.

4. Die Mineralölpolitik gegenüber den französischen, niederländischen und italienischen Monopolen

In den übrigen unter deutschem Einfluß oder unter Besetzung stehenden Ländern Europas galt das Interesse des deutschen Monopolkapitals vor allem der Mineralölverarbeitung, aber auch dem Abbau der kleineren Lagerstätten. Beim raschen Vormarsch im Westfeldzug 1940 fielen der deutschen Wehrmacht große Treibstofflager in die Hände, die ihre Versorgungslage erheblich verbesserten. Außer den Requirierungen zur Eigenversorgung der Wehrmacht wurden bis Ende 1940 aus Frankreich 363 000 Tonnen Kraftfahrzeug-Benzin, 220 000 Tonnen Flugbenzin, 150 000 Tonnen Heizöl und 65 000 Tonnen Dieselmotorkraftstoff abtransportiert.⁵¹

In dem dem Deutschen Reich angegliederten Elsaß stürzte sich die DEA auf die Lagerstätte Pechelbronn, die sie bis zum ersten Weltkrieg ausgebeutet hatte. Unmittelbar im Gefolge der Truppenübernahme der DEA-Direktor Karl Grosse die Sonden und Erdölschächte, die nur zum Teil durch Kriegseinwirkungen zerstört worden waren. Bereits im III. Quartal 1940 konnten wieder 63 Prozent des Vorkriegsstandes gefördert werden.⁵² Mit dem Chef der Zivilverwaltung vereinbarte die DEA einen Kaufvertrag zur Übernahme der Anlagen zum Preis von nur 6,75 Millionen Reichsmark. Formalrechtliche Bedenken des Auswärtigen Amtes verzögerten jedoch den Abschluß, bis 1944 die DEA selbst vom Vertrag zurücktrat, da die Anlagen inzwischen durch Luftangriffe erheblich beschädigt worden waren.⁵³ Aber auch ohne Kaufvertrag wirtschaftete die DEA, als wäre sie Eigentümer der Erdölwerke. Sie führte dafür an die Zivilverwaltung einen Förderzins von 3 Prozent ab. Für das Jahr 1942 erzielte Pechelbronn eine Förderung von 76 300 Tonnen, 1943 von 65 000 Tonnen und 1944 von 48 600 Tonnen.⁵⁴

Auf in Südfrankreich gelegenen kleineren Vorkommen führte die Kontinentale Oel AG Erkundungsbohrungen durch, ohne wirtschaftliche Ergebnisse zu erreichen.

Die Niederlage Frankreichs nutzte das deutsche Monopolkapital zu einer Erpressungspolitik gegenüber der französischen Wirtschaft. Über den Gesandten Hennen wurde in der deutsch-französischen Waffenstillstandskommission der Verkauf französischer Kapitalanteile an der rumänischen Erdölindustrie an die Deutsche Bank bzw. die Kontinentale Oel AG erzwungen.⁵⁵ Ein weiteres Ziel war die Demontage französischer Raffinerien für die Kontinentale Oel AG. Französische Wirtschaftskreise ließen über die französischen Behörden die Verhandlungen verzögern, konnten aber den zwangsweisen Abbau der Anlagen nicht verhindern. Diese kamen allerdings nicht, wie ursprünglich vorgesehen, im Kaukasus zum Einsatz, sondern in Deutschland und Polen. Teilweise ging das Material beim Scheitern der Kaukasus-Offensive verloren. Auch gegenüber Italien wurde vom deutschen Faschismus eine ähnliche Wirtschaftspolitik verfolgt. Solange das Land noch Bundesgenosse war, unterstützte es die deutsche Regierung teilweise durch Mi-

51 Treue, Wilhelm / Frede, Günther, *Wirtschaft und Politik 1933 - 1945*, Braunschweig 1954, S. 54 ff.

52 ZStA, Deutsche Bank, Nr. 15852, DEA, Aktennotiz über das III. Quartal 1940.

53 Ebenda, Nr. 15851, Bericht über das 1. Halbjahr 1943 und Jahresbericht 1944.

54 Ebenda.

55 IMT Dok. PS-1968; ADB 888 IMT Dok. NG-3629, zit. bei: Ulshöfer, Otfried, *Einflußnahme auf Wirtschaftsunternehmen in den besetzten nord-, west- und südosteuropäischen Ländern während des zweiten Weltkrieges insbesondere der Erwerb von Beteiligungen (Verflechtungen)*, Tübingen 1958, S. 467.

neralöllieferungen. Das Ausscheiden Italiens aus dem Krieg wurde sofort von den Wirtschaftseinheiten der Wehrmacht genutzt, um Raffinerien und Bohranlagen zu demontieren und nach Deutschland zu überführen.⁵⁶

In den Niederlanden wurde das stark internationalisierte Erdölkapital unter deutsche Kontrolle gestellt. Mit der Entdeckung der Emslandfelder erweckten auch die angrenzenden niederländischen Gebiete das Interesse. Ein deutsch-niederländisches Konsortium entdeckte das Ölfeld Schoonebeck und nahm es in Produktion. Die Gewerkschaft Elwerath bohrte ab 1943 gemeinsam mit der unter deutscher Treuhandverwaltung stehenden M. V. de Bataafschen Petroleum Mij mit sechs bis sieben Bohranlagen den westlichen Teil des Emslandes ab und wurde bei Coevorden fündig.⁵⁷

Durch die Nutzung der Bodenschätze der genannten Länder gelang es dem deutschen Imperialismus, die Versorgung seiner Kriegswirtschaft mit Treib- und Schmierstoffen wesentlich zu stabilisieren.

Tabelle 4

Anteil von Importen und Auslandserzeugung an der Kraftstoffbilanz des Deutschen Reiches 1940 bis 1944⁺
(in 1 000 t)

Jahr	Gesamt- aufkommen	Davon Erzeugung be- setzter Gebiete	Einfuhr	Auslands- anteil in %
1940	6 389		1 599	25,0
1941	8 120		2 040	25,1
1942	7 619	180	1 572	23,0
1943	8 956	520	1 860	26,5
1944	5 554	252	852	20,0

+ Die deutsche Industrie im Kriege 1939 - 1945 (Manuskript von R. Wagenführ), Berlin 1954, S. 171.

In diesen Mengen sind die Produktionsergebnisse von Österreich, der angegliederten Gebiete der Tschechoslowakei und Frankreichs, die unter der Rubrik Erzeugung Großdeutschlands statistisch erfaßt wurden, nicht enthalten, ebenso die Erdölimporte, die in Deutschland verarbeitet wurden. Inwieweit die unmittelbaren Entnahmen der Wehrmacht aus den besetzten Ländern in die Importmengen und in die Zahlen über die Erzeugung der besetzten Gebiete einbezogen wurden, ist nicht feststellbar.⁵⁸

56 ZStA, RWM, Nr. 5614, Film, Schreiben des Generalbeauftragten des Ministers für Rüstung und Kriegsproduktion in Italien an die Fachgruppe Erdölgewinnung v. 17. 10. 1944.

57 Ebenda, Bericht über die Bohrtätigkeit in Holland.

58 Im Bericht von Oberregierungsrat Dr. Tornberg "Wehrwirtschaftliche Erkenntnisse aus fünf Kriegsjahren" werden die Importe an Erdöl, Kraft- und Schmierstoffen zum Teil weitaus höher angegeben. Sie beliefen sich danach 1940 auf 2 061 500 t, 1941 auf 2 818 800 t, 1942 auf 1 846 100 t und 1943 auf 1 625 700 t. (Nach: IMT Dok, NI-7859, in: ZStA, OKW WiRüAmt, Film, Nr. 4571.

Diese hohe Zufuhr erlaubte es, 1943 noch 73 356 Tonnen Erdöl und 736 240 Tonnen Kraft- und Schmierstoffe nach Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, in die Niederlande, nach Norwegen, Rumänien, Schweden, in die Schweiz, nach Serbien und in die Slowakei zu exportieren, wobei diese Exporte im Interesse der Kriegführung lagen und nicht als Überschüsse angesprochen werden können.⁵⁹ Eine direkte Gefährdung der deutschen Kriegführung aus Treibstoffmangel, wie sie von General Thomas in seiner Geschichte der Kriegswirtschaft mehrfach angedeutet wird, war bis zum Frühjahr 1944 nicht vorhanden. Bis dahin zeigte die Kraftstoffbilanz eine steigende Tendenz und beeinträchtigte nur unwesentlich die operativen Entscheidungen der Wehrmacht. Der Verbrauch von Industrie und Privaten wurde jedoch zunehmend gedrosselt.

5. Der Überfall auf die Sowjetunion und die Pläne zum Raub des sowjetischen Erdöls

Mit dem Hauptziel des deutschen Imperialismus, den ersten sozialistischen Staat - die Sowjetunion - zu vernichten, waren handfeste ökonomische Ausbeutungspläne verbunden. Das sowjetische Erdöl spielte dabei eine erhebliche Rolle.

Das brachte Hitler gegenüber seinem Rüstungsminister Todt zum Ausdruck, indem er ihm auseinandersetzte: "Der Verlauf des Krieges zeigt, daß wir in unseren autarkischen Bestrebungen zu weit gegangen sind. ... Es ist z. B. unmöglich, daß wir unsere Treibstoffwirtschaft so ausbauen, daß wir uns ganz auf sie fundieren können. ... Man muß einen anderen Weg gehen und muß das, was man benötigt und nicht hat, erobern ... Das Ziel muß sein, sich alle die Gebiete, die für uns wehrwirtschaftlich von besonderem Interesse sind, durch Eroberungen zu sichern."⁶⁰

Nachdem bereits seit August 1940 die wehrwirtschaftlichen Planungen für den Überfall auf die Sowjetunion im Gange waren, begann ab 1941 die Planung zur Ausbeutung der zu okkupierenden sowjetischen Gebiete. Im besetzten sowjetischen Gebiet sollte die Leitung der Wirtschaft dem Wirtschaftsführungsstab Ost (WiStab Ost) bis zur Übergabe des Territoriums an die Reichskommissariate übertragen werden.⁶¹ Dabei war an eine enge Zusammenarbeit mit der Industrie gedacht. In den Organisationsentwürfen hieß es dazu: "Hauptaufgabe der Organisation werde in der Erfassung von Rohstoffen und in der Übernahme aller wichtigen Betriebe bestehen. Für die letztere Aufgabe würden zweckmäßigerweise von Anfang zuverlässige Persönlichkeiten deutscher Konzerne eingeschaltet werden, da nur mit Hilfe ihrer Erfahrungen von Beginn an erfolgreiche Arbeit geleistet werden könne."⁶²

59 ZStA, OKW WiRüAmt, Beauftragter für den Vierjahresplan, Nr. 2351, Film, Zusammenstellung der Importe und Exporte nach Ländern für das Jahr 1943.

60 Ebenda, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 415, Bl. 40 - 42, Aktennotiz von General Thomas v. 20. 6. 1941, Dok. PS-1456.

61 Ausführlich dazu Müller, Norbert, Wehrmacht und Okkupation 1941 - 1944, Berlin 1971.

62 IMT Dok. PS-1317, zit. bei: Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich, Zur wirtschaftspolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus beim Überfall auf die Sowjetunion, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 1, S. 148.

Das Memorandum über die Wirtschaftspolitik und ihre Organisation in den besetzten Ostgebieten vom 8. November 1941 legte fest:

I. Für die Kriegsdauer sind die Bedürfnisse der Kriegsindustrie das höchste Gesetz aller wirtschaftlichen Unternehmungen in den besetzten Ostgebieten.

II. Auf lange Sicht werden die neubesetzten Ostgebiete nach kolonialen Methoden und Gesichtspunkten ausgebeutet werden. "63

Die "Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten" ergänzten: "Die Ausnutzung der neu zu besetzenden Gebiete hat sich in erster Linie auf den Gebieten der Ernährungs- und Mineralölwirtschaft zu vollziehen. So viel wie möglich Lebensmittel und Mineralöl für Deutschland zu gewinnen, ist das wirtschaftliche Hauptziel der Aktion. "64

Damit waren zugleich die Eroberungsziele für die Wehrmacht bestimmt. General Thomas schrieb am 26. Februar 1941: "Der Reichsmarschall war mit mir der Auffassung, daß eine Besetzung der Ukraine allein keinen Wert habe, sondern daß das Erdölgebiet von Baku unter allen Umständen genommen werden muß. "65

Der Vorrang der Erdölwirtschaft kam auch darin zum Ausdruck, daß die Rechte für die Kontinentale Oel AG gegenüber den anderen Rohstoffgesellschaften weitaus umfassender waren. Göring ordnete dazu an: "Die russische Erdölwirtschaft muß wegen ihrer überragenden Bedeutung für die deutsche Wehrmacht und Wirtschaft dauernd in deutscher Hand bleiben. Ich habe deshalb die Kontinentale Oel AG beauftragt, alle in deutsche Hand fallenden Mineralölvorkommen zu übernehmen. "66

Die Behandlung der Erdölwirtschaft war vor allem durch folgende Regelung gekennzeichnet: "Im Gegensatz zu anderen Monopolgesellschaften, die die von ihnen übernommenen Betriebe treuhänderisch verwalten und sich nach Beendigung des Krieges wieder auflösen, führt die Kontinentöl die der Mineralölwirtschaft dienenden Anlagen des russischen Raumes auf eigene Rechnung und auf eigenes Risiko; sie zahlt hierfür eine Pacht an das Deutsche Reich, bis die Betriebe von ihr käuflich erworben werden. "67

Dieses Monopol wurde der Kontinentalen Oel AG auf 99 Jahre zugesprochen. Das Reich sollte dafür eine Ertragstantieme von 7,5 Prozent erhalten. Die Sonderrechte der Mineralölwirtschaft kamen auch darin zum Ausdruck, daß die Kontinentale Oel AG mit ihren Tochtergesellschaften nicht den Reichskommissariaten unterstellt wurde. Sie erhielt eigene Machtbefugnisse innerhalb ihrer Betriebe. "Die Arbeiter in den Versorgungsbetrieben (...) der Erdölförderungs-, Aufbereitungs- und Aufbewahrungsanlagen ... sind anzuweisen, nötigenfalls unter Androhung von Strafe, ihre Arbeiten weiter zu versehen. Sie sind gegen Angriffe aus der Bevölkerung unter besonderen Schutz zu stellen. Die Arbeiten sind zu beaufsichtigen", hieß es in den Richtlinien der "Grünen Mappe". 68 Um Differenzen in

63 ZStA, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 416, Bl. 209, IMT Dok. NI-440.

64 Ebenda, Nr. 362, Bl. 80, Dok. NG-1409 (Grüne Mappe).

65 Ebenda, Nr. 415, Bl. 47, Aktennotiz von General Thomas über seinen Vortrag bei Göring am 25. 2. 1941, Dok. PS-1456.

66 Ebenda, Nr. 416, Bl. 95, Anordnung Görings v. 27. 7. 1941, Dok. NI-10119.

67 IMT Dok. NI-10162, zit. bei: Czollek, Roswitha / Eichholtz, Dietrich, a. a. O., S. 153.

68 ZStA, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 362, Bl. 115, Dok. NG-1409 (Grüne Mappe).

der Machtausübung zu vermeiden, bestand Personalunion zwischen den Leitern der Kontinentalen Oel AG und der Mineralölgruppen der Wirtschaftsverwaltung.

Mit derartigen Vollmachten ausgestattet, war die Kontinentale Oel AG das Raubinstrument des deutschen Imperialismus zur Ausplünderung der Ölquellen der Sowjetunion und anderer Erdölfelder, die in die Hand der deutschen Wehrmacht fielen.⁶⁹

Die Vorarbeiten zur Übernahme der erhofften Kriegsbeute betrieb die Wehrmacht. Ab 1. Januar 1941 wurden diejenigen Wehrmattsangehörigen, die aus der Mineralölwirtschaft kamen, zur Mineralöl-Stammabteilung zusammengefaßt. Die Wirtschaftsrichtlinien sahen vor, daß Erkundungstrupps für gewerbliche Wirtschaft, insbesondere für Rohstoffe und Mineralöl, bei den Armeeeoberkommandos die einzelnen Objekte übernehmen sollten. Zur Versorgung der Wirtschaftsinspektionen der Wehrmacht und der sie ablösenden Reichskommissariate sollten vier Mineralöl-Vertriebs-GmbH (Nord, Mitte, Süd und Kaukasus) gebildet werden.⁷⁰ Als erste Maßnahme wurde am 3. Juni 1941 das Mineralölkommando Süd in Stärke eines Bataillons gebildet. Das Kommando erhielt Erich Will, der sich bereits "Verdienste" bei der Besetzung und Ausbeutung der polnischen Erdölfelder erworben hatte. Am 29. Juni 1941 kam diese Einheit in der westlichen Ukraine zum Einsatz. Es gelang durch den blitzartigen Überfall, das nahe an der sowjetischen Westgrenze gelegene Erdölgebiet von Borislav/Drogobič fast unbeschädigt zu besetzen. Von den 943 Sonden waren nur 114 durch Kriegseinwirkungen in Mitleidenschaft gezogen worden, von denen jedoch bereits im November 50 wieder in Betrieb waren. Vom Mineralölkommando wurde die Produktion weitergeführt und an die Beskiden-Erdölgewinnungs-GmbH übergeben, nachdem dieses Gebiet als "Distrikt Galizien" dem "Generalgouvernement" einverleibt worden war.⁷¹

Zur Besetzung der baltischen Ölschiefergruben in Estland wurde am 23. Juli 1941 das Mineralölkommando Nord unter Hauptmann Hafemann in Marsch gesetzt.⁷² Die besetzten Anlagen wurden später der Baltischen Öl GmbH, einer weiteren Tochtergesellschaft der Kontinentalen Oel AG, überlassen. Der Gerätenachschub beider Einheiten erfolgte zentral von Berlin aus.

Das Hauptziel war das Öl des Kaukasus. Dafür war das Mineralölkommando Kaukasus, ebenfalls unter Leitung von Erich Will, vorgesehen. Die Größe des Vorhabens führte am 29. März 1942 zur Erweiterung dieser Einheit zur technischen Brigade Mineralöl. Sie wurde auf Befehl Görings unmittelbar dem Wirtschaftsstab Ost unterstellt. In ihr waren die führenden Vertreter der deutschen Erdölgewinnung vereinigt.⁷³ Kommandant der Brigade war Generalmajor Homburg, Chef des Stabes der inzwischen zum Major beförderte Erich Will, Alfred Bentz als führender Erdölgeologe und Beauftragter des Vierjahresplanes für die Erdölgewinnung war verantwortlich für die Förderung, Ernst Rudolf Fischer (IG Farbenindustrie AG) für die Verarbeitung. Fachabteilungsleiter waren unter anderen Günter Schlicht (DEA) und Hauptmann von Hammer.

69 Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß, a. a. O., S. 193 f.

70 ZStA, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 417, Bl. 6, Dok. NI-2021.

71 Ebenda, GG Polen, Der Sonderbeauftragte für die Erdölwirtschaft, Nr. 1, Bl. 104, 107 und Sonderakten betr. Einsatz und Tätigkeit des Mineralölkommandos Süd.

72 Ebenda, OKW WiRüAmt, WiStab Ost, Nr. 3056, Film.

73 Ebenda, Nr. 3056 und 4571, Dok. NI-1410, Technische Brigade Mineralöl.

Das Öl des Kaukasus war bereits im ersten Weltkrieg Ziel des deutschen Imperialismus gewesen. Damals war am 25. Mai 1918 General Kreß von Kressenstein in Georgien gelandet, um von hier aus das aserbaidhanische Erdöl in Besitz zu nehmen. Die Gier der Imperialisten anderer Länder nach dem kaukasischen Erdöl hatte den Erfolg dieser Operation verhindert. Auch Hitler bezog es in seine Pläne ein. In seinen Tischgesprächen äußerte er darüber: "Der Kaukasus spiele in unseren Erwägungen insofern eine besondere Rolle, als er der große Ölspeicher sei. Wir müßten den Kaukasus, wenn wir sein Öl erhalten wollten, in straffste Aufsicht nehmen."⁷⁴ Das sollte so erfolgen, daß das Gebiet um Baku deutsches Konzessionsgebiet in Form einer Militärkolonie würde.⁷⁵ Es war beabsichtigt, die kaukasischen Gebiete zum Reichskommissariat zu machen. Vom Reichskommissar sollte Hermann Neubacher als Beauftragter für die Erdölwirtschaft eingesetzt werden, der schon auf dem Balkan Erfahrungen in der Ausbeutung fremder Bodenschätze gesammelt hatte.⁷⁶

Nach dem Scheitern des Blitzfeldzuges 1941 deklarierte die Weisung Nr. 41 vom 5. April 1942 die Inbesitznahme der Erdölfelder des Kaukasus als Hauptziel der Sommeroffensive.⁷⁷ Da man mit starken Zerstörungen rechnete, wurden bereits vor Beginn des Angriffes französische Raffinerien demontiert, um ihre Anlagen im Kaukasus einsetzen zu können. Die technische Brigade Mineralöl wurde mit 75 eigenen Bohrgeräten ausgerüstet, zu denen noch 40 Bohranlagen der Erdölkonzerne hinzukamen.⁷⁸ Fallschirmjäger bereiteten die Besetzung von Baku vor.

Hinter den Kampfeinheiten rückte die Mineralölbrigade in Rostov über den Don und besetzte das kleine Erdölgebiet von Majkop. Die Sowjetarmee hatte jedoch die dortigen Anlagen weitgehend zerstört und die Sonden vernagelt, so daß die Produktion nur schwer in Gang zu bringen war. Ein weiterer Vorstoß der Truppen in Richtung Baku führte nur Vorausabteilungen bis nach Groznyj, denen es jedoch nicht gelang, an die dortigen Erdölfelder heranzukommen.

Ab Oktober 1942 arbeitete die Mineralölbrigade fieberhaft in Majkop, um die Produktion wieder in Gang zu bringen. Anfang Dezember 1942 wurden geringe Fördermengen erzielt.⁷⁹ Die sowjetische Gegenoffensive verhinderte die Realisierung dieser Pläne der Faschisten, die den größten Teil des Materials und erhebliche Teile des Personals beim überstürzten Rückzug Mitte Januar 1943 verloren. Die Reste wurden nach Deutschland zurückgeführt.⁸⁰ Eine geringfügige Förderung auf der Halbinsel Kerč mußte im November 1943 eingestellt werden.⁸¹ Zugleich versuchte das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) 1943 erneut einen Vorstoß in das Erdölgebiet von Majkop. Die sowjetische Gegenoffensive im Kursker Bogen machte auch diese Pläne zunichte.

74 Picker, Harry, Hitlers Tischgespräche, S. 80 f., zit. bei: Dallin, Alexander, Deutsche Herrschaft in Rußland, Düsseldorf 1958, S. 239.

75 Herzog, Robert, a. a. O., S. 29.

76 IMT Dok. NG-2775, zit. bei: Dallin, Alexander, a. a. O., S. 254.

77 Hillgruber, Andreas, a. a. O., S. 200.

78 Bundesarchiv Nürnberg, IMT Dok. R 124, Vortrag von Prof. Alfred Bentz auf der 20. Sitzung der Zentralen Planung.

79 Thomas, Georg, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918 - 1943/45), hg. v. Wolfgang Birkenfeld, Boppard 1966, S. 331.

80 Ebenda, S. 370.

81 ZStA, OKW WiRüAmt, WiStab Ost, Nr. 4564, Film.

Die Kontinentale Oel AG übernahm im Hinterland die Produktion und Verteilung. Sie hatte dazu zwei Produktionsgesellschaften gegründet, die Ost-Öl GmbH, die im Süden der Sowjetunion und später im Kaukasus tätig werden sollte, und die Baltische Öl GmbH zur Ausbeutung der Ölschiefergruben Estlands und der RSFSR.⁸² Auf große Einsatzmöglichkeiten hoffend, hatte die Ost-Öl GmbH für 90 Millionen Reichsmark Maschinen und Anlagen bestellt. Bereits im Herbst 1941 (!) hatte man sich die Eroberung des Kaukasusöls versprochen. Dafür wurden 560 Fachkräfte und entsprechendes Gerät bereitgestellt.⁸³ Ein Teil des Gerätes der Kontinentalen Oel AG wurde bis über den Don vorgeschoben und ging beim überstürzten Rückzug der Wehrmacht verloren. Lediglich im Raum Romny in der Ukraine gelang der Ost-Öl GmbH eine geringfügige Produktion.⁸⁴

Erfolgreicher war die Kontinentale Oel AG bei der Ausplünderung der baltischen Ölschiefervorkommen durch ihre Tochtergesellschaft, die Baltische Öl GmbH. Deren Gruben lagen zum Teil in der Estnischen SSR, zum Teil in der Nähe des Peipussees in der RSFSR.⁸⁵

Die zurückgehenden sowjetischen Truppen hatten die Gewinnungs- und Verarbeitungsanlagen weitgehend zerstört. Die Baltische Öl GmbH sah ein umfangreiches Investprogramm von 272 Millionen Reichsmark vor. 80 Millionen sollten von den Banken des Reichskommissariats Ostland, der Rest durch ein Konsortium der deutschen Großbanken aufgebracht werden. Das Reich übernahm die volle Bürgschaft dafür. Um die Führung in diesem Konsortium kam es zu einem Streit zwischen der Dresdner Bank und der Deutschen Bank, den die erstere gewann, da sie bereits führenden Einfluß auf das Bankwesen dieses Reichskommissariats besaß.⁸⁶

Am 13. November 1943 wurde ein Kaufvertrag zwischen der Baltischen Öl GmbH und dem Reich geschlossen. Damit erhielt die Gesellschaft das alleinige Konzessionsrecht und das Anlagevermögen des estnischen Schieferbergbaues für 15,427 Millionen Reichsmark. Als Abgabe mußten lediglich 0,10 Reichsmark je Tonne Ölschiefer gezahlt werden. Über Förderzins auf das Öl wurde noch keine Regelung getroffen.⁸⁷ Die Produktionsplanung der Baltischen Öl GmbH vom Juni 1944 sah 4,4 Millionen Tonnen Ölschiefer pro Jahr vor, aus denen man 400 000 Tonnen Öl erwartete.⁸⁸ Um diese Produktion zu erreichen, wurden Arbeitskräfte zugeführt, unter anderem auch Fremdarbeiter aus Kroatien. Im September 1943 waren 10 292 Arbeitskräfte und 5 195 Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit in den Schiefergruben eingesetzt. Damit wurde eine Monatsproduktion von 130 220 Tonnen Ölschiefer erzielt, die zu 11 093 Tonnen Öl verarbeitet wurden.⁸⁹ Da es an Raffi-

82 Über die Aufgaben dieser Produktionsgesellschaften siehe ebenda, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 416, Bl. 109, Dok. NI-10119.

83 Ebenda, Nr. 625, Bl. 59 f., Bericht zur Übernahme der russischen Mineralölwirtschaft, 2. Aufsichtsratssitzung der Kontinentalen Oel AG.

84 Ebenda, Keppler-Dokument Nr. 236.

85 Siehe dazu Czollek, Roswitha, Faschismus und Okkupation, Berlin 1974, S. 89 f.

86 ZStA, Deutsche Bank, Nr. 14822, Baltische Öl GmbH, Bl. 6 - 8, Aktennotiz von Kiehl für Abs.

87 Ebenda, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 465, Bl. 30 - 36, Vertrag zwischen Reich und Baltische Öl GmbH v. 13. 11. 1943, Dok. NID-15389.

88 Ebenda, Nr. 10749 P, Film, Ölgewinnung aus ölhaltigem Gestein.

89 Ebenda, OKW WiRüAmt, WiStab Ost, Nr. 4564, Mineralöllage in Estland.

nerien mangelte, wurde das Öl meist als Heizöl an die Kriegsmarine verkauft. Die Wehrmacht unterstützte die Ölerzeugung, indem sie das technische Bataillon 33 mit 250 Mann als Mineralölkommando Estland zum Einsatz brachte.⁹⁰

Die Zerschlagung der deutschen Ostfront setzte den Herrschaftsplänen des deutschen Faschismus ein Ende. Im Herbst 1944 nahmen die vorrückenden Truppen der Sowjetarmee das Gebiet ein, in dem bis zu dieser Zeit eine Großproduktion nicht recht in Gang gekommen war.

Die Raubzüge der deutschen Erdölmonopole nach Bodenschätzen in den eroberten Gebieten waren von einer gleichzeitigen Vernachlässigung der Erdölgewinnung in Deutschland begleitet.

In den Jahren 1933 bis 1940 war es gelungen, die Erdölgewinnung von 237 503 auf 1 056 327 Tonnen zu steigern. Die Gründe für diesen raschen Produktionsanstieg sind vor allem in der Mineralölpolitik des faschistischen Deutschlands zu suchen, die mit Hilfe verschiedener staatsmonopolistischer Maßnahmen die Hinwendung des Monopolkapitals zu diesem Wirtschaftssektor förderte. Hohe Schutzzölle schirmten die eigene Produktion vor der Konkurrenz der ausländischen Konzerne ab. Dazu wurde der Fortschritt der Produktivkräfte im Bereich von Wissenschaft und Technik genutzt, der sich international vollzogen hatte. Dies geschah zumeist durch Übernahme ausländischer Lizenzen und Erfahrungen in der Erkundung, Bohrung und Förderung. Am deutlichsten wurde die staatliche Förderung im Reichsbohrprogramm, auf dessen Grundlage ab 1934 35,6 Prozent und 1939 76,9 Prozent aller Erkundungsbohrungen durch Darlehenszuschüsse finanziert wurden.⁹¹

Bereits mit der Besetzung Österreichs begann der Einsatz von Meßtrupps der geophysikalischen Reichsaufnahme außerhalb des ehemaligen Reichsgebietes, und auch das Reichsbohrprogramm verlagerte sich immer mehr ins Ausland.

Tabelle 5

Im Ausland durchgeführte Reichsbohrungen⁺

Land	Zahl der Bohrungen	Jahre
Österreich	92	1938 - 1944
Holland	43	1943 - 1944
Polen und UdSSR	40	1943 - 1944
Rumänien	26	1941 - 1943
Frankreich (Elsaß)	42	1941 - 1944
Ungarn	21	1941 - 1944
Tschechoslowakei	25	1940 - 1944
Jugoslawien	18	1940 - 1944

+ Zentraler Geologischer Fonds, Berlin, Kartei zum Reichsbohrprogramm.

⁹⁰ Ebenda, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 416, Bl. 202, Bericht zur Materialsammlung zur Geschichte des WiStab Ost v. 21. 2. 1944, Dok. PS-3013.

⁹¹ Thümen, Karl-Heinz, Die deutsche Mineralölwirtschaft, Jahrbuch der deutschen Mineralölwirtschaft 1939/40, Frankfurt (Main) o. J., S. 427.

Obwohl die Angaben über das Reichsbohrprogramm infolge von Kriegsverlusten und Auslagerungen von Akten nur unvollständig zu ermitteln sind, sind allein für Holland, Jugoslawien, Rumänien, die Slowakei und Ungarn 7,264 Millionen Reichsmark an Kosten für Bohrungen und 3,136 Millionen Reichsmark an Ausgaben für die Geophysik und sonstiges durch das Reichsamt für Bodenforschung nachweisbar.⁹² Mit dieser Verlagerung des Schwerpunktes der Erdölgewinnung in das Ausland war ein Abzug von Fachpersonal und von Bohr- und Fördergeräten aus den deutschen Erdölgebieten verbunden, was sich in einem rapiden Förderrückgang bemerkbar machte, zu dem auch der Raubbau an den Lagerstätten beitrug, so daß die Produktion bis 1944 auf 718 918 Tonnen sank. Nach Ausfall der Hydrier- und Synthesewerke durch die am 12. Mai 1944 einsetzende anglo-amerikanische Luftoffensive sowie nach dem Verlust von Importmöglichkeiten aus den früher besetzten und wieder verlorenen Gebieten war die Mineralölversorgung im Jahre 1945 hauptsächlich auf die Gewinnung von Erdöl in Deutschland selbst angewiesen, dessen Verarbeitung aber ebenfalls durch die Zerstörung der Raffinerien gefährdet war. So waren die Operationen der Wehrmacht und der Luftwaffe infolge Treibstoffmangels ab Frühjahr 1945 weitgehend gelähmt.

Westdeutsche Historiker ziehen daraus die Schlußfolgerung, daß "das Mineralöl auch dieses Mal zu einem kriegsentscheidenden Faktor" geworden sei.⁹³ Die Entscheidung über den Untergang der Armeen des deutschen Imperialismus war jedoch bereits 1941 in der Sowjetunion gefallen, als es der Sowjetarmee gelang, die Hitlersche Blitzkriegsstrategie durch die Winterschlacht bei Moskau zu durchkreuzen. Damit wurde die ganze Unzulänglichkeit des faschistischen Kriegspotentials, das ganz darauf eingerichtet war, in raschen Schlägen den jeweiligen Gegner auszuschalten, offenbar.

⁹² Zentraler Geologischer Fonds, Berlin, Kartei zum Reichsbohrprogramm.
⁹³ Die deutsche Industrie im Kriege 1939 - 1945, (Manuskript von R. Wagenführ), Berlin 1954, S. 106.

EINIGE ÜBERLEGUNGEN ZUM DEUTSCHEN KAPITALEXPORTE 1933 BIS 1939

von Berthold Puchert

Der Kapitalexport ist eines der am wenigsten erforschten Gebiete der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Das trifft besonders für die Zeit seit dem ersten Weltkrieg zu, für die die Quellen über den deutschen Kapitalexport noch erheblich spärlicher fließen als für die Jahrzehnte vor dem ersten Weltkrieg.

Lenin hatte aus den seinerzeit veröffentlichten Angaben und Schätzungen bürgerlicher Autoritäten den Schluß gezogen: "Der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung."¹ Dies betrachtete er als eines der fünf grundlegenden Merkmale, die die (ökonomische) Definition des Imperialismus enthalten müsse.

Niemand wird bezweifeln, daß der Kapitalexport nicht nur in der Anfangsphase, sondern auch im weiteren Verlauf des Stadiums des Imperialismus hervorragende Bedeutung besitzt. Ebenso wenig ist zu bezweifeln, daß der tatsächlich erfolgende Kapitalexport nicht für alle imperialistischen Länder in allen Zeitabschnitten von gleichem Gewicht ist.

Während und infolge des ersten Weltkrieges gingen die deutschen Kapitalanlagen im Ausland ganz stark zurück, teils durch freiwillige Veräußerung (wodurch bestimmte Warenimporte während des Krieges ermöglicht oder erleichtert wurden), teils durch Zwangsliquidation in Staaten, die sich mit dem Deutschen Reich im Kriegszustand befanden, teils auch durch Nationalisierung im Zuge der sozialen Revolution (Sowjetrepubliken) oder der Herstellung und Festigung staatlicher Selbständigkeit (zum Beispiel Tschechoslowakei). Ein Teil der vor dem ersten Weltkrieg im Ausland befindlichen Kapitalien, dessen Umfang nicht bekannt ist, ging aber dem deutschen Kapitalismus nicht völlig verloren, sondern wurde mit Hilfe ausländischer Mittelsmänner vor den alliierten Regierungen und vielfach auch vor der deutschen Regierung geschickt getarnt, blieb also letztlich für deutsche Kapitalisten bzw. kapitalistische Firmen verwendbar. Die deutschen Reparations- und Schuldverpflichtungen (gemäß dem Dawes-Plan) und länger andauernde Nationalisierungstendenzen in verschiedenen Ländern gaben genügend Veranlassung, die Tarnung solcher deutscher Kapitalwerte im Ausland während der ganzen Dauer der Weimarer Republik nicht aufzuheben und neue deutsche Kapitalanlagen im Ausland vorzugsweise auf indirektem Wege und in verdeckten Formen zu tätigen, so daß diese Kapitalien als Eigentum von Kapitalisten oder Firmen des betreffenden Landes oder des nichtdeutschen Auslandes erschienen. Die Tarnung ging zu-

1 Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1971, S. 270 f.

weilen so weit, daß deutsche Unternehmen nach der faschistischen Okkupation des betreffenden Landes im zweiten Weltkrieg Mühe hatten, den deutschen Okkupationsbehörden glaubhaft zu machen, daß es sich bei bestimmten Kapitalwerten nicht um "Feindvermögen", sondern um deutsches Kapital handelte.²

Trotzdem wird man nicht fehlgehen, wenn man behauptet, daß die finanzielle Situation des deutschen Kapitalismus in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen bewirkte, daß die Summe deutscher Kapitalexporte und der von früher her erhalten gebliebenen deutschen Kapitalien im Ausland weit hinter dem vor dem ersten Weltkrieg erreichten Niveau zurückblieb.

In den ersten Jahren des Naziregimes müssen wir deutlich zwischen vom Staate gewünschtem und staatlicherseits unerwünschtem Kapitalexport unterscheiden. Selbstverständlich hatte es auch in früheren Zeiten Kapitalausfuhren gegeben, an denen der Staat mehr oder weniger interessiert gewesen war oder die bestimmten Tendenzen der Regierungspolitik zuwidergelaufen waren. Wenn aber, wie unter dem Naziregime, nahezu die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit auf einen bestimmten Zweck, die schnelle Vorbereitung auf den Eroberungskrieg, ausgerichtet ist und daher straff reguliert wird, bedeutet jede Durchbrechung der Absichten, Richtlinien und Vorschriften des Staates und der ihn beherrschenden Kapitalgruppen eine beträchtliche Störung des Regulierungsmechanismus und eine Beeinträchtigung des Regulierungssystems. Das gilt erst recht, wenn der betreffende Kapitalexport ein endgültiger ist, wenn in unserem Falle die direkten und auch die indirekten Erträge des exportierten Kapitals nicht nach Deutschland zurückfließen, das heißt, wenn die betreffende Kapitalausfuhr, die auf die aktuelle Zahlungsbilanz natürlich negativ wirkte, keine Zahlungseingänge in die deutsche Zahlungsbilanz künftiger Jahre zur Folge hatte.

Nicht zuletzt infolge der judenfeindlichen Politik des Naziregimes gab es zahlreiche Fälle, in denen solche staatlicherseits unerwünschte Kapitalausfuhr versucht und anscheinend nicht selten auch realisiert wurde. Hier müssen wir die Frage offenlassen, in welchem Maße daraus im Ausland lediglich ein Geldvermögen entstand, mit dem der Exporteur sich und seine Familie nach der Emigration unterhalten wollte, und in welchem Maße es wieder Kapital wurde, also der Ausbeutung von Arbeitskraft diente.

Kapitalausfuhren aus Deutschland erfolgten damals großenteils (oder sogar größtenteils?) unter der Hülle von Warenexporten. Allgemein stellt Nehls fest: "Der reguläre Export von Leihkapital, der vor dem ersten Weltkrieg eine große Rolle beim deutschen Kapitalexport gespielt hatte, war in der Zwischenkriegsperiode unbedeutend."³ Speziell über den uns hier interessierenden Zeitabschnitt, aber nicht nur auf Deutschland bezogen, sagt sie: "Von der Weltfinanzkrise bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges waren die internationalen kapitalistischen Kreditbeziehungen desorganisiert und die Voraussetzungen für größere Leihkapital-

² Einige Beispiele dafür siehe Puchert, Berthold, Fragen der Wirtschaftspolitik des deutschen Faschismus im okkupierten Polen von 1939 bis 1945, mit besonderer Berücksichtigung der IG Farbenindustrie AG, wirtschaftswiss. Habil.-Schr. Berlin 1968, S. 191 - 194, 276 - 285; derselbe, *Działalność niemieckiej IG Farbenindustrie w Polsce* (Das Wirken der deutschen IG Farbenindustrie in Polen), Warschau 1973, S. 173 - 175, 241 - 248.

³ Nehls, Katja, Zur Bewegung der Kapitalexporte des deutschen Imperialismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 4, S. 77.

exporte nicht mehr gegeben.⁴ Da in Deutschland zudem Kapitalexporte in dieser Form seit 1931 besonders genauer Kontrolle unterlagen, die seit 1933 gegenüber sogenannten "jüdischen Firmen"⁵ zweifellos noch strenger als gegenüber anderen Kapitalexport-Interessenten gehandhabt wurde, wird man annehmen dürfen, daß auf diesem Wege von 1933 an sogenanntes "jüdisches Kapital" kaum aus Deutschland exportiert werden konnte. Auch eine andere Methode des Kapitalexports, die Kapitalbeteiligung an Industrie- oder Verkehrsinvestitionen im Ausland, die häufig mit Lieferungen von Ausrüstungen für diese Projekte kombiniert ist, dürfte von den Regulierungsinstanzen nur solchen deutschen Kapitalisten genehmigt worden sein, die nicht als Staatsfeinde angesehen wurden und deren Bestrebungen mit den Interessen des faschistischen Staates übereinstimmten. Anders stand es jedoch mit dem Kapitalexport in Form von Lieferantenkrediten.

Die deutsche Wirtschaft und besonders die Rüstungswirtschaft war trotz aller Maßnahmen zur Einfuhrdrosselung, zur Erschließung vorher nicht genutzter einheimischer Rohstoffvorkommen und zur Erzeugung von Ersatzstoffen auch auf die Einfuhr zahlreicher Rohstoffe und anderer Waren angewiesen, weshalb die Regierung zur Beschaffung brauchbarer Zahlungsmittel Warenexporte wünschte, soweit sie nur möglich waren und für rüstungspolitisch tragbar gehalten wurden. Warenexporte wurden auch sogenannten "jüdischen Firmen" genehmigt, aus dem eben genannten Grunde. In den Jahren 1933 und 1934 könnten solche Firmen gelegentlich sogar gewisse Vorteile genossen haben: Der in mehreren Ländern als Antwort auf die ersten Judenverfolgungen der Nazis betriebene Boykott deutscher Erzeugnisse richtete sich nicht immer generell gegen alle Geschäftspartner in Deutschland. Soweit dieser Boykott nicht ausschließlich als Instrument des internationalen kapitalistischen Konkurrenzkampfes, sondern wirklich als Ausdrucksform des Protests gegen die menschenfeindliche Nazipolitik angewendet wurde, soweit die ausländischen Kunden also aus diesem Grunde zwischen ihren Geschäftspartnern in Deutschland differenzierten⁶, bestanden eher Verkaufschancen für als jüdisch angesehene als für andere deutsche Exporteure.

Angesichts der damaligen allgemein schwierigen Weltmarktsituation, die sich für deutsche Waren wegen des Boykotts noch verschlechterte, war es unumgänglich, bei den Warenexporten längerfristige und für den Käufer günstigere Lieferanten-

4 Ebenda, S. 79.

5 Wenn hier und im folgenden von sogenanntem "jüdischem Kapital" oder sogenannten "jüdischen Firmen" gesprochen wird, sind darunter - entsprechend den von den Nazis recht willkürlich angelegten Maßstäben - nicht nur Kapital bzw. Firmen zu verstehen, deren Eigentümer Personen jüdischen Glaubens oder jüdischer Abstammung waren, sondern es konnte sich auch um Kapital oder Firmen handeln, an denen solche Personen lediglich in mehr oder minder starkem Maße beteiligt waren.

6 Soweit es sich um Enderzeugnisse handelte, ließ sich die deutsche Herkunft auf dem ausländischen Markt kaum verschleiern. Bei Vor- und Zwischenprodukten, die im Ausland weiter ver- oder bearbeitet werden sollten, lag die Teilnahme am Boykott jedoch im wesentlichen in der Entscheidung des jeweiligen ausländischen Geschäftspartners des deutschen Exporteurs. Der Boykott war nirgends eine regierungsamtliche Maßnahme. Deshalb wurden deutsche diplomatische Proteste von ausländischen Regierungen zwar zur Kenntnis genommen, blieben aber wirkungslos. Siehe z. B. zur polnischen Reaktion Puchert, Berthold, Der Wirtschaftskrieg des deutschen Imperialismus gegen Polen 1925 - 1934, Berlin 1963, S. 175 f.

kredite als früher einzuräumen. Diesem Erfordernis konnten sich die faschistischen Regulierungsinstanzen auch bei der Prüfung der Genehmigungsanträge sogenannter "jüdischer Firmen" kaum entziehen. Die auf diese Weise entstandenen Forderungsguthaben im Ausland scheinen in wachsendem Maße zum eigentlichen Zweck des Warenexports deutscher Kapitalisten jüdischer Abstammung geworden zu sein, die sich für den Fall ihrer Emigration verbesserte Startmöglichkeiten für eine neue unternehmerische Existenz versprochen.

Gewiß waren solche Transaktionen kompliziert. Es ist zum Beispiel zu bedenken, daß die aus Warenlieferungen entstehenden Forderungen an die ausländischen Käufer auch unter anderen politischen Verhältnissen, als sie damals in Deutschland herrschten, sehr häufig vom Lieferanten auf Kreditinstitute des eigenen Landes übergehen. In welchem Maße dies - unter dem Druck der nazistischen Staatsgewalt - seinerzeit gerade mit Forderungen aus Warenexporten jüdischer Unternehmer geschah, müßte im einzelnen erforscht werden. Das ist allerdings eine Aufgabe, die sich nicht allein durch das Studium der Rechtsvorschriften lösen läßt, sondern sehr aufwendiger und angesichts der Quellenlage kaum realisierbarer Verfolgung unzähliger einzelner Geschäftsvorgänge bedürfte. Denn kein Regulierungssystem kann so perfekt sein, daß nicht doch Durchbrechungen möglich wären und vorkämen, zumal wenn die an der Durchbrechung interessierten Unternehmer sich nicht nur von dem im Kapitalismus üblichen Profitstreben leiten lassen, sondern von der Angst um die eigene physische Existenz und die ihrer Familien dazu gedrängt werden.

Im volkswirtschaftlichen Maßstab unbedeutend war der Umfang derartiger Transaktionen der Kapitalübertragung ins Ausland offenbar nicht. Im "Deutschen Volkswirt" vom 6. Dezember 1935 lesen wir: "Im letzten halben Jahr hat man die Erfahrung gemacht, daß auch die Verschiebungen solcher Devisenforderungen von Inländern an Ausländer erheblich angewachsen sind, die insbesondere aus dem Export deutscher Waren stammen. Auswanderungslustige haben in steigendem Maße für ihr Vermögen Waren gekauft und an das Ausland verkauft, die Gegenforderung jedoch im Ausland stehenlassen. Dann haben sie ihren Wohnsitz oder ihren ständigen Aufenthalt in Deutschland aufgegeben. Das war bisher gesetzlich erlaubt. Nunmehr erfaßt § 6 der neuen Verordnung alle Werte eines Auswanderers derart, daß diese Werte auch nach der Auswanderung gegenüber der Reichsbank anbieterpflichtig bleiben. Außerdem dürfen Auswanderer über Werte der genannten Art auch nach der Auswanderung nur mit Genehmigung verfügen. ... Bekanntlich geht keine Ware über die Grenze, ohne daß der Export angezeigt und verbucht wird. Es wird naturgemäß künftig ein besonderes Augenmerk auf den Grenzübertritt der Leute gerichtet werden, bei denen der Verdacht vorliegt, daß sie Waren- oder Finanztransaktionen zu dem Zweck getätigt haben, sich Forderungen im Ausland zu verschaffen, die sie nach ihrem Grenzübertritt zum Nachteil der deutschen Volkswirtschaft, unter Aufgabe ihres Wohnsitzes oder ständigen Aufenthalts in Deutschland, einkassieren. ... Die Verordnung ist am 6. Dezember 1935 in Kraft getreten."⁷ In einer Analyse des Gesamtergebnisses des deutschen Außenhandels im Jahre 1935 kommt der "Volkswirt" Ende Januar 1936 erneut auf dieses Problem zu sprechen: "Die Schwierigkeiten, die Ausfuhrerlöse hereinzuholen, sind dauernd im Wachsen begriffen. Dabei spielt Kapitalflucht von Nichtariern mittels Warenausfuhr - man bedenke, auch auf längere Sicht, daß die jüdischen Vermögen in Deutschland noch auf 10 - 12, von anderer Seite sogar auf

7 Der deutsche Volkswirt, Nr. 10, 6. 12. 1935, S. 412 f.

RM 20 Milliarden geschätzt werden -, ferner eine Tendenz zu immer längeren Zahlungszielen eine Rolle."⁸

Die jüdenfeindlichen Nürnberger Gesetze haben die Bestrebungen deutscher Kapitalisten jüdischer Abstammung zu derartigen Kapitalübertragungen ins Ausland zweifellos gefördert, obwohl es in diesen Kreisen immer noch Illusionen über das Naziregime gab, die gewisse Nahrung darin fanden, daß die Nürnberger Gesetze ihrer wirtschaftlichen Betätigung noch gewissen Spielraum beließen.

Es war gewiß nicht nur, aber auch nicht zuletzt auf diese Bestrebungen zurückzuführen, daß im März 1936 eine neue Verordnung herauskam, die unter anderem verschärfte Preisprüfungen für den Warenexport vorsah. Wir möchten annehmen, daß nicht nur, wie im Kapitalismus üblich, die Gewinnung zusätzlicher Kunden und die Bewahrung des vorhandenen Kundenkreises gegen Konkurrenten der Beweggrund für Preisunterbietungen gewesen ist, sondern daß die Voraussicht zunehmender Unterdrückungsmaßnahmen der Faschisten gegen die deutschen Juden jüdische deutsche Kapitalisten zu beschleunigter Transferierung von Kapital antrieb und sie bewog, lieber größere Preisnachlässe zu gewähren, um möglichst schnell die finanziellen Vorbereitungen für ihre Emigration abschließen zu können.

Auch der im November 1936 verhängte Depotzwang für bestimmte Arten ausländischer Wertpapiere wird im Zusammenhang mit dieser Kapitalflucht aus Deutschland gesehen werden müssen. Er ist aber gewiß nicht nur dadurch bewirkt worden. Es ging um das umfassendere Ziel, die in deutscher Hand befindlichen ausländischen Wertpapiere an zentraler Stelle zu konzentrieren, um sie in einem Moment, den die Regierung für richtig hielt, für staatliche Zwecke verfügbar zu haben.

Als im September 1937 erneut die Anzeigepflicht für ausländische Wertpapiere verordnet wurde⁹, gab "Der deutsche Volkswirt" in seinem Kommentar zu dieser Maßnahme einen zusammenfassenden Rückblick über die vorangegangenen zwölf Monate: "Äußerlich betrachtet, besagt die jetzt erlassene Anzeigepflicht für ausländische Wertpapiere, die sich im deutschen Besitz befinden, wenig. Eine zehnte Durchführungsverordnung zum Gesetz über Devisenbewirtschaftung bestimmt, daß alle ausländischen Wertpapiere mit unwichtigen Ausnahmen nach den Besitzverhältnissen vom 20. September innerhalb Monatsfrist der Reichsbank anzuzeigen sind. Um Irrtümern vorzubeugen: Die Anzeigepflicht besteht auch dann, wenn die Wertpapiere früher schon einmal angezeigt oder der Reichsbank angeboten waren. Es geht danach also zunächst mehr um eine statistische Erhebung, um den Zentralstellen einen Überblick darüber zu verschaffen, was noch an solchen Auslandswerten im Besitz des Publikums ist. In den letzten zwölf Monaten hat sich hier einiges geändert. In der zweiten Novemberhälfte 1936 wurde der Depotzwang verhängt; ausländische Wertpapiere mußten bei einer Devisenbank hinterlegt werden. Der Kreis der damals davon betroffenen Papiere ist nachträglich verschiedentlich erweitert worden. Diese Maßnahme erschien angezeigt, da die Auslandswerte an den deutschen Börsen Kurse erreichten, die zu ihrem effektiven Wert, vor allem zu den Notierungen an ausländischen Börsen, in keinem vernünftigen Verhältnis mehr standen; Der 'Valutazuschlag' war nicht selten ebenso hoch wie die Auslandsnotiz, und daraus sprach nicht zuletzt eine damals wie heute völlig unbegründete Devaluationsangst der Wertpapierbesitzer. Die Einführung des Depotzwangs nahm dem Publikum schnell die Lust an solchen spekulativen Papieren,

⁸ Ebenda, Nr. 18, 31. 1. 1936, S. 795.

⁹ Reichsgesetzblatt (im folgenden: RGBl.), T. 1, 1937, S. 1018 f.

und man suchte sich von diesem Besitz zu trennen. Kurshalbierungen waren keine Seltenheit. Das überreichliche Angebot fand zu solchen Preisen gern Aufnahme, wenn bei keinem andern, so bei der Reichsbank, für die diese Papiere Devisenwert hatten und haben. Im November wurde dann zunächst die variable Notierung dieser Papiere eingestellt, und vom März 1937 an blieben die Auslandswerte ohne jede Börsennotiz. Der Veräußerungswert für ihre Besitzer konnte von da an nicht mehr leicht festgestellt werden. Aber es blieb die Möglichkeit, die Auslandswerte an die Reichsbank oder eine Devisenbank zu veräußern; und zu Preisen, die von diesen Stellen für angemessen gehalten werden, sind solche Auslandswerte dem Publikum weiter abgenommen worden. Ein erheblicher Teil des privaten Besitzes an Auslandswerten dürfte so den Weg zur öffentlichen Hand gegangen sein. Wieweit die Papiere inzwischen von der Reichsbank - wir nannten schon den Devisencharakter dieser Titel - verwertet worden sind, ist weniger wichtig. Interessant aber muß für sie sein, was noch an Resten solcher Auslandswerte vorhanden ist, was in der deutschen Volkswirtschaft noch an Reserven solcher Quasi-Devisen steckt. Kaum anzunehmen ist, daß die neue Anzeigepflicht diese Papiere dem Publikum interessanter machen wird. Im Gegenteil, die Auslandswerte werden den Weg der letzten zwölf Monate weitergehen. Denn die psychologische Wirkung der neuen Anzeigepflicht - deren Dringlichkeit durch scharfe Strafbestimmungen unterstrichen wird - wird wiederum die sein, daß sich das Publikum mehr oder weniger leichtem Herzens von solchen Besitztiteln zu trennen sucht.¹⁰

In diesem Rückblick ist das Gesetz gegen Wirtschaftssabotage vom 1. Dezember 1936 nicht erwähnt. Es besagte im Paragraph 1, Absatz 1: "Ein deutscher Staatsangehöriger, der wissentlich und gewissenlos aus grobem Eigennutz oder aus andern niederen Beweggründen den gesetzlichen Bestimmungen zuwider Vermögen nach dem Auslande verschiebt oder im Ausland stehen läßt und damit der deutschen Wirtschaft schweren Schaden zufügt, wird mit dem Tode bestraft. Sein Vermögen wird eingezogen."¹¹

Der staatliche Anteil am deutschen Besitz ausländischer Kapitalwerte, der auf diese Weise seit 1936 im Wachsen war, nahm Ende 1938 sprunghaft zu, als der jüdischen Bevölkerung Deutschlands durch die Naziregierung eine kollektive Kontribution auferlegt wurde, die unter anderem für zirka eine Milliarde Reichsmark ausländische Kapitalwerte eingebracht haben soll, wie Reichsbankdirektor Eicke mitteilte.¹² Neben Wertpapieren wurden auch Kapitalforderungen und Außenhandels-Außenstände "mobilisiert".

Auf Etreiben Görings wurden diese den Juden geraubten wie auch die schon vorher aus privater in staatliche Hand übergegangenen Auslandswerte als "Devisenreserve" eingesetzt, um die deutschen Rohstoffvorräte für den bevorstehenden Krieg zu vergrößern. Hierüber kam es zwischen Schacht und Göring zu scharfen Auseinandersetzungen, die zum endgültigen Ausscheiden Schachts aus der staatlichen Wirtschaftspolitik führten. Im Januar 1939 wurde er auch als Reichsbankpräsident, wie vorher schon als Reichswirtschaftsminister, durch Funk abgelöst. In diesen letzten Auseinandersetzungen kam noch einmal die taktische Differenz zum Ausdruck, die jahrelang zwischen den verschiedenen Fraktionen des deutschen Monopolkapitals, deren Repräsentanten in der Regierung Schacht und Göring waren, ausgetragen worden war, jetzt aber dadurch, daß Schachts Rückhalt im Monopolkapital fühlbar zurückgegangen war, ihre Entscheidung gefunden hatte. An-

¹⁰ Der deutsche Volkswirt, Nr. 1, 1. 10. 1937, S. 5.

¹¹ RGBl., T. 1, 1936, S. 999.

¹² Eicke, Rudolf, Warum Außenhandel? Berlin 1936, S. 30.

gesichts der Liquidierung des deutschen Besitzes an ausländischen Kapitalwerten (mit Ausnahme wohl nur weniger Länder, die für den Kriegsfall als sicher gelten konnten) konnte Schacht einfach nicht mehr länger Reichsbankpräsident bleiben, denn er hielt konsequenterweise an der Meinung fest, die er in seinem Brief vom 5. August 1937 an Göring, dessen Text Schachts Rücktrittsgesuch als Reichswirtschaftsminister an Hitler beigelegt worden war, dargelegt hatte: "Ich habe immer und immer wieder auf die Notwendigkeit eines gesteigerten Exportes hingewiesen und hingewirkt. Die übermäßige Inanspruchnahme unserer Industrie für inländische Aufträge mußte naturgemäß der Exportwilligkeit Abbruch tun. Die übermäßige Inanspruchnahme von Rohstoffen und Arbeitskräften für öffentliche Bauten, Aufrüstung und Vierjahresplan droht einen Rückgang in unserem Export herbeizuführen. Ich möchte nun ganz klar herausstellen, daß, wenn die Devisen, die uns aus dem Export anfallen, geringer werden, dann selbstverständlich auch die Zufuhr der Rohstoffe nachlassen muß und weitere Lücken in der Versorgung der Bautätigkeit, der Aufrüstung und des Vierjahresplanes eintreten müssen. Während demnach unser Hauptziel immer darin bestehen mußte, neben der heimischen Rohstoffsteigerung den laufenden Deviseneingang durch Export zu erhöhen, haben Sie als eine Ihrer ersten Maßnahmen die Erfassung der im deutschen Besitz befindlichen ausländischen Wertpapiere sowie die beschleunigte Eintreibung deutscher Warenaußenstände und die möglichste Realisierung deutscher Auslandsbeteiligungen angeordnet. Sie haben damit einen Eingriff in Substanzteile vorgenommen, deren regelmäßiger Devisenertrag an Zinsen und Dividenden nunmehr in unseren laufenden Deviseneingängen fehlt."¹³

Für eine noch längere Zeit andauernde Aufrüstungsperiode, wie sie Schacht und seine Hintermänner im Großkapital befürwortet hatten, wäre es natürlich günstiger gewesen, trotz des Devisenmangels die Auslandswerte in deutscher Hand zu behalten und so gewisse Eingänge für die deutsche Zahlungsbilanz der folgenden Jahre zu sichern. Für die beschleunigte Herstellung der Kriegsbereitschaft der deutschen Wirtschaft und den dann ja auch bald erfolgenden Übergang vom Friedens- zum Kriegszustand mit den Westmächten war es aber zweifellos von Vorteil, daß durch Veräußerung der ausländischen Kapitalwerte noch zusätzlich Rohstoffe hereingeholt wurden. Ob und wie nämlich diese Papiere und Forderungen nach Kriegsbeginn vielleicht in Geschäften mit neutralen Nachbarländern hätten verwendet werden können, war doch sehr fraglich. Wegen der auch in anderen Ländern in der Zwischenkriegsperiode, besonders seit der Weltwirtschaftskrise, eingeführten Kontroll- und Regulierungsmaßnahmen wäre die Tarnung seitdem erworbener deutscher Auslandswerte und Guthaben gegenüber den feindlichen Regierungen im Kriegsfall gewiß seltener gelungen als während des ersten Weltkrieges.

Über den Umfang der deutschen Auslandskapitalien führt Nehls aus: "Für 1938 ergaben eine Umfrage der Studiengesellschaft für Privatrechtliche Auslandsinteressen e. V., Bremen, aus dem Jahre 1952 und Berechnungen anderer Stellen einen wahrscheinlichen Betrag von 15 bis 20 Milliarden Reichsmark für Auslandsanlagen, deren Eigentümer in der Bundesrepublik ansässig sind. Das nach dem zweiten Weltkrieg für Reparationszwecke beschlagnahmte Auslandsvermögen (Sachvermögen) beträgt nach den offiziellen Bonner Schätzungen 20 Milliarden Reichsmark (worin allerdings auch Vermögenswerte enthalten sind, die keinen Kapitalexport darstellen), dazu kommen noch 1,8 bis 2,5 Milliarden Reichsmark in ausländischen Wertpapieren. Der sowjetische Ökonom Faingar schätzt den Stand der deutschen Auslandsanlagen unter Berücksichtigung der getarnten Kapitalexporte gegen

13 Schacht, Hjalmar, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 468.

Ende des zweiten Weltkrieges auf 6, 2 Milliarden Dollar, das sind 26, 4 Milliarden Reichsmark. Alle diese Schätzungen liegen erheblich unter den Schätzungen für den Stand der deutschen Auslandsanlagen bei Ausbruch des ersten Weltkrieges. Man muß annehmen, daß der deutsche Imperialismus in der Zwischenkriegsperiode seine Position als Kapitalexporteur, die er vor dem ersten Weltkrieg, als er nach England und Frankreich den dritten Platz innehatte, nicht wieder erreicht hat. Gleichzeitig kann man aus diesen Schätzungen schließen, daß in der Zeit zwischen 1924 und 1938 die deutschen Auslandsinvestitionen um mindestens 10 bis 15 Milliarden Reichsmark anwuchsen, was eine Aktivität des deutschen Finanzkapitals hinsichtlich des Kapitalexports in diesem Zeitraum voraussetzt, die annähernd der in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg gleichkommt oder diese, absolut gesehen, noch übertrifft. Trotz der sehr unvollständigen Information über Charakter und Formen dieser Kapitalexporte kann man annehmen, daß es sich in der Hauptsache um Direktinvestitionen in Industrieanlagen, in Rohstoffquellen, in Handelsniederlassungen und in Banken handelte.¹⁴

In einer international vergleichenden Studie über den Kapitalexport schließt sich Radandt den Ausführungen von Nehls an,¹⁵

Für den uns hier interessierenden Zeitabschnitt 1933 bis 1939 läßt sich aus diesen Mitteilungen kaum etwas entnehmen, da ja die Aussagen die Perioden der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, der Weltwirtschaftskrise und der Vorkriegsjahre des Naziregimes undifferenziert umfassen. Vergleichen wir die eben zitierten Angaben mit dem vom seinerzeitigen Reichswirtschafts- und Reichsaußenminister Curtius in einem nach dem zweiten Weltkrieg veröffentlichten Buch¹⁶ kommentarlos wiedergegebenen Ermittlungsergebnis der Wiggin- und Layton-Ausschüsse für das Jahr 1929, so kommen wir der Ermittlung des Umfangs des deutschen Kapitalexports während der ersten sechs Jahre des Naziregimes nur scheinbar etwas näher. Für 1929 hatten die Schätzungen des deutschen Auslandskapitalbesitzes 10 Milliarden Reichsmark ergeben. Das hieße, daß er von 1929 bis 1938 um 5 bis 10 Milliarden Reichsmark angewachsen sein müßte. Allerdings könnte ein beträchtlicher Teil der bei der eben aufgemachten Rechnung herauskommenden Summe des Kapitalexports noch auf die ersten Krisenjahre bis zur Einführung der strengeren Devisenkontrolle im Spätsommer 1931 entfallen, dagegen wohl nicht viel auf den Rest des Jahres 1931 und auf 1932. Es bleibt also offen, wie groß der Zuwachs von 1933 bis 1938 war oder ob infolge der Göringschen "Mobilisierung" der Wert des deutschen Auslandbesitzes 1938 sogar niedriger als am Ende der Weimarer Republik lag.

Doch die Zahl für 1938 erweckt überhaupt erhebliche Zweifel, die nicht nur durch die übliche Unzuverlässigkeit jeglicher Schätzungen über den Kapitalexport genährt werden. Während in der Regel derartige Schätzungen unter dem wirklichen Besitzstand bleiben, weil die Kapitaleigentümer aus den verschiedensten Gründen (zum Beispiel steuerlichen) daran interessiert sind, ihren Besitz zu ver-

14 Nehls, Katja, a. a. O., S. 76.

15 Radandt, Hans, Zum Kapitalexport der imperialistischen Hauptländer bis 1945, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 4, S. 48.

16 Curtius, Julius, Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948, S. 81; Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin 1966, S. 11; Radandt, Hans, a. a. O., S. 51, schätzen für 1929 die gleiche Summe.

schweigen oder in Deklarationen unterzubewerten, wird man annehmen dürfen, daß die Zahl für 1938, die wesentlich auf Deklarationen von Kapitaleigentümern aus dem Jahre 1952 beruht, zu einer Überbewertung tendiert. Wenn deutsche Kapitalisten im Jahre 1952 ihren Vorkriegs-Auslandsbesitz deklarierten, so leitete sie dabei nicht mehr die Befürchtung, zu Steuern oder Reparationen herangezogen zu werden, sondern im Gegenteil dürfte für ihre Zahlenangabe die Erwartung bestimmend gewesen sein, aus ihren Deklarationen Entschädigungsansprüche ableiten zu können. So gesehen wird also die Differenz zwischen den für 1929 und für 1938 geschätzten Summen größer als der wirkliche Zuwachs sein. Andererseits dürfte im Jahre 1952 ein Teil der 1938 in deutscher Hand befindlich gewesenen Auslandswerte nicht deklariert und in die Schätzung einbegriffen worden sein, weil die Vorkriegs-Eigentümer und ihre Erben nicht mehr am Leben oder nicht in der BRD ansässig waren (beides trifft für nicht wenige jüdische, aber auch für andere Kapitalisten zu). Immerhin wird man vermuten dürfen, daß dieses Minus das vorher erörterte Plus im Ermittlungsergebnis nicht ausgleicht.

Selbstverständlich bringen uns diese Überlegungen exakten Zahlenangaben über den Kapitalexport unter dem Naziregime in der Vorkriegszeit keinen Schritt näher. Sie sollen lediglich unterstreichen, daß gegenüber den Angaben für 1938 noch mehr Vorbehalte als üblicherweise gegenüber Schätzungen des Kapitalexports geltend zu machen sind. Ich habe den Eindruck, daß in den Jahren 1933 bis zum Frühjahr 1938 deutscher Kapitalexport fast nur in der Form des langfristigen Lieferantenkredits (worin er, wie dargelegt, auch staatlicherseits unerwünschte Effekte zeitigte), in anderer Form aber kaum erfolgte.

Ökonomisches und politisches Interesse führender Monopole und ihres Staates an stärkerem Kapitalexport bestand offenbar vornehmlich und nachdrücklich hinsichtlich der südosteuropäischen Länder, die im kommenden Krieg das sichere Hinterland der deutschen Kriegswirtschaft bilden sollten. Doch scheint auch in dieser Richtung der tatsächliche Kapitalexport (immer von langfristigen Lieferantenkrediten abgesehen) in der Summe nicht groß gewesen zu sein, weil die deutsche Kapitalkraft der Konkurrenzländer unterlegen war und weil sie auch vom Kapitalbedarf des forciert aufrüstenden Deutschland selbst absorbiert wurde. In seinen Studien über die Beziehungen des besonders stark interessierten und engagierten IG-Farben-Konzerns zu Südosteuropa vermag Radandt, ein ausgezeichnete Kenner der von der IG gerade auch in südosteuropäischen Ländern hinterlassenen Akten, nur allgemein festzustellen: "In diesen Ländern begannen die Interessen der IG-Farben als Warenexporteur gegenüber denen als Kapitalexporteur zurückzutreten."¹⁷ Und auch diese These bezieht sich nicht nur auf die Vorkriegsjahre, sondern auch noch auf die ersten Kriegsjahre.

Sehr vielfältig und intensiv waren die Vorbereitungen, aber vollzogen wurden die Kapitalexporte bzw. "-übernahmen" (sicher gab es einzelne Ausnahmen) offenbar erst dann, wenn das betreffende Land annektiert, okkupiert oder unausweichlich in ein politisch-militärisches Vasallenverhältnis zum Deutschen Reich gedrängt war, die deutschen Monopole sich also nicht gegen auswärtige Konkurrenz durchzusetzen brauchten und den einheimischen Verhandlungspartnern mehr oder weniger die Bedingungen diktieren konnten (falls nicht sogar deutsche Instanzen sich an deren Stelle setzten). Dieser Zeitpunkt trat sukzessive vom März 1938 an ein.

¹⁷ Radandt, Hans, Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa bis 1938, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 3, S. 164.

Ohne daß Kapital exportiert werden mußte, ermöglichte die Annexion Österreichs und bald danach der tschechischen Gebiete der ČSR reichsdeutschen Großunternehmen nicht nur die "Übernahme" von Kapitalwerten in diesen beiden Ländern selbst, sondern zugleich auch von österreichischem und tschechischem Kapitalbesitz in dritten Ländern. Die von Dimitrijević nach dem zweiten Weltkrieg aus Unterlagen ehemals kapitalistischer Firmen in Jugoslawien eruierten Zahlen über den ausländischen Kapitalanteil an der jugoslawischen Vorkriegswirtschaft (Zahlen für 1940) besagen, daß sich besonders im Bergbau und Hüttenwesen, in der Textilindustrie und in den Banken recht viel deutsches Kapital befand.¹⁸ Nach England und Frankreich hatte "Deutschland-Österreich" mit 15,3 Prozent den drittgrößten Anteil am gesamten Auslandskapital in der jugoslawischen Wirtschaft.¹⁹ Da zu diesem Zeitpunkt Österreich kein selbständiger Staat war, differenziert Dimitrijević nicht zwischen aus Österreich und aus dem eigentlichen Deutschland stammendem Kapital. Indem er in seinem "Allgemeinen Überblick über den Anteil des ausländischen Kapitals" die Bezeichnung "österreichisch-deutsches Kapital" verwendet²⁰, bringt er jedoch klar zum Ausdruck, daß dieses Kapital größtenteils aus Österreich stammte. Auch in Ungarn gab es beträchtlichen österreichischen Kapitalbesitz, häufig noch aus der Zeit vor 1918. In diesem Lande vergrößerte sich mit der Annexion Österreichs ebenfalls sprunghaft der deutsche Kapitaleinfluß, ohne daß dazu neuer Kapitalexport aus Deutschland nötig war. Was aber österreichischen und tschechischen Kapitalbesitz in Westeuropa anbetrifft, so möchte man vermuten, daß er von Nazideutschland in den restlichen Monaten bis zum Kriegsbeginn noch größtenteils für die Finanzierung zusätzlicher Warenimporte "mobilisiert" wurde, sofern es den österreichischen und tschechischen Eigentümern nicht mit Hilfe ausländischer Geschäftsfreunde bzw. internationaler Kapitalverflechtungen gelang, ihre Auslandswerte dem Zugriff der Nazibehörden zu entziehen.

Die militärische Okkupation zahlreicher Länder Europas und die damit einhergehende Einordnung weiterer Länder in die Herrschaftssphäre des faschistischen deutschen Imperialismus ermöglichte in den Kriegsjahren die Nutzung und zum Teil Aneignung ausländischer Kapitalwerte in riesigem Ausmaß, in gewissem Grade auch verbunden mit Kapitalexport aus Deutschland, der jedoch im Zusammenhang mit den anderen europäischen Ländern von Nazideutschland auferlegten mannigfaltigen Beiträgen zur Kriegsfinanzierung betrachtet werden muß. Diese Problematik bedarf spezieller Untersuchung.

Abschließend sei nochmals, wie schon in der Überschrift, der Diskussionscharakter des vorliegenden Beitrages betont. Natürlich wäre eine mit reichem Quellenmaterial belegte Studie besser. Wenn aber die bisherige wissenschaftliche Literatur und der verfügbare Quellenbestand zu einem doch unbestreitbar wichtigen Kapitel der Wirtschaftsgeschichte so überaus spärlich sind, halte ich die Mitteilung zum Meinungsstreit anregender Überlegungen und sogar Vermutungen für ein legitimes Mittel der wissenschaftlichen Forschung, auch wenn dabei zunächst Teilaspekte des Problems vielleicht über Gebühr in den Vordergrund gerückt werden. Zweifellos werden einige der hier geäußerten Auffassungen Kritik erre-

18 Vgl. Dimitrijević, Sergije, Das ausländische Kapital in Jugoslawien vor dem zweiten Weltkrieg, Berlin 1963, Tabellen 1, 4, 7, 9, 10, 16, 20, 23, 24, 25, 26, 28, 35, 36, 38.

19 Ebenda, Tabelle 39.

20 Ebenda, S. 160

gen und vielleicht schon bald widerlegt werden. Das ist dann aber für den Erkenntnisfortschritt nützlich, als wenn das Problem des deutschen Kapitalexports in den Vorkriegsjahren des Naziregimes weiterhin so gut wie unbehandelt bliebe.

Wenn wir dem genannten Problem zumindest gedanklich mehr Aufmerksamkeit schenken, werden wir eher definieren können, in welchem Grade die (durch die innere Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und durch die besondere Schärfe der internationalen Konkurrenz und Hegemonierivalität in Europa zwischen dem deutschen und besonders dem britischen Imperialismus in den Jahren nach der großen kapitalistischen Weltwirtschaftskrise) begrenzten Möglichkeiten der ökonomischen Expansion des deutschen Imperialismus dazu beitrugen, daß die Naziregierung als staatliche Exekutive der Grundinteressen des deutschen Finanzkapitals verstärkt und beschleunigt dazu überging, alle Expansionshoffnungen auf die abenteuerliche Karte des Krieges gegen nahezu sämtliche Großmächte zu setzen.

1. Die historische Stellung der Währungsunion
2. Die Aufhebung der Goldstandard durch die USA und ihre Folgen
3. Die wirtschaftlichen und währungsrechtlichen Folgen des ersten Weltkrieges
4. Die Währungsprobleme des nachkriegswirtschaftlichen Österreich-Ungarns und der anderen europäischen Vorkriegsstaaten nach dem ersten Weltkrieg
5. Die währungsrechtliche Lage in den einzelnen Ländern
6. Die Finanzpolitik der Währungsrestriktion und die Grenzen der Stabilisierung

1. Die historische Stellung der Währungsunion

Die in der vorliegenden Arbeit und Anfang der nächsten Jahre in immer stärkerem Abstieg der abgewanderten Wechselkurse des kapitalistischen Währungsvereins, sowie die mit ihm mehr oder weniger verbundenen Währungsunionen junger Nationalstaaten, rufen die Krisenmäßigkeit und die Zuspaltung der Währungsunion des gegenwärtigen Kapitalismus der Welt. Bei der Beschreibung und Analyse der Währungsunion wird oft der Schwerpunkt auf die Periode nach dem zweiten Weltkrieg gelegt und von dem Abkommen von Bretton Woods ausgegangen. Dabei bleiben meist zwei Momente unberücksichtigt:

1. Die Währungsunion beginnt nicht erst mit dem zweiten Weltkrieg und die Folge des Abkommens von Bretton Woods. Schon mit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus, das heißt mit dem ersten Weltkrieg und den daraus resultierenden ökonomischen und politischen Erscheinungen sind Erscheinungen der Währungsunion in den kapitalistischen Ländern zu verzeichnen.
2. Das Abkommen von Bretton Woods ist ein Ausdruck des Versuchs, die Währungsunion zu überwinden.

Historischen Ökonomen und Politikern, die die die Angelegenheit des Internationalen Währungsvereins und die Internationalisierung der währungsrechtlichen Organisation verstanden haben, setzen allgemein gesehen zwei Abschnitte:

HISTORISCHE ASPEKTE DER KAPITALISTISCHEN WÄHRUNGSKRISE

Der Versuch der Wiederaufrichtung des Goldstandards

1919 bis 1926

von Herwart Pittack

1. Die historische Stellung der Währungskrise
2. Die Aufhebung der Goldeinlösepflicht 1914 und ihre Folgen
3. Die wirtschaftlichen und währungspolitischen Folgen des ersten Weltkrieges
4. Die Währungsprobleme der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns und der kleinen neutralen europäischen Staaten nach dem ersten Weltkrieg
5. Die neuen Deckungsvorschriften in den einzelnen Ländern
6. Die Problematik der Währungszerrüttung und die Grenzen der Stabilisierung

1. Die historische Stellung der Währungskrise

Die in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre in immer kürzeren Abständen aufgetretenen Erschütterungen des kapitalistischen Währungssystems sowie der mit ihm mehr oder weniger verbundenen Währungen junger Nationalstaaten machen die Krisenanfälligkeit und die Zuspitzung der Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus deutlich. Bei der Beschreibung und Analyse der Währungskrise wird oft der Schwerpunkt auf die Periode nach dem zweiten Weltkrieg gelegt und von dem Abkommen von Bretton Woods ausgegangen. Dabei bleiben meist zwei Momente unberücksichtigt:

1. Die chronische Währungskrise beginnt nicht erst mit dem zweiten Weltkrieg und als Folge des Abkommens von Bretton Woods. Schon mit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus, das heißt mit dem ersten Weltkrieg und den daraus resultierenden ökonomischen und politischen Erscheinungen sind Erschütterungen der Währungen in den kapitalistischen Ländern zu verzeichnen.
2. Das Abkommen von Bretton Woods ist ein Ausdruck des Versuchs, die Währungsmisere zu überwinden.

Die bürgerlichen Ökonomen und Politiker, die für die Ausarbeitung des Abkommens und für die Institutionalisierung der ausführenden Organe verantwortlich waren, hatten allgemein gesehen zwei Absichten:

- die Beendigung der chaotischen währungspolitischen und sich daraus ergebenden handelspolitischen Situation, die infolge des ersten Weltkrieges und insbesondere der Weltwirtschaftskrise entstanden war, sowie
- die Schaffung von Voraussetzungen für mehr oder weniger geordnete freie Handels- und Währungsbeziehungen bzw. von Hindernissen wie Zöllen, Präferenzen, Inkonvertibilität usw.

Aus Letztgesagtem geht hervor, daß die krisenhaften Erscheinungen in den Währungen zwischen den beiden Weltkriegen bei der Betrachtung des Gesamtkomplexes der chronischen kapitalistischen Währungskrise mit einbezogen werden müssen.

Die politischen und ökonomischen Bedingungen waren in der Zwischenkriegszeit anders als nach dem zweiten Weltkrieg, und die Währungssituation trat in entsprechend unterschiedlichen Erscheinungsformen auf:

- In der Zwischenkriegszeit gab es keine vergleichbaren Abkommen, die die Zentralbanken zur Kooperation verpflichteten, wie es das Abkommen von Bretton Woods vorsah,
- Es fehlten internationale Organisationen (wie später der Internationale Währungsfonds [IWF] und die "Weltbank"), die zeitweilig in der Lage gewesen wären, Kreditierungen und Stützungen vorzunehmen,
- Der sogenannte Gold-Devisen-Standard hatte noch nicht die Ausprägung erfahren und war noch nicht so praktikabel, wie nach dem zweiten Weltkrieg.

Schon in dem Jahrzehnt vor dem ersten Weltkrieg setzte eine Demonetisierung des Goldes ein, die zeigt, daß der Goldstandard auf gewisse Schranken stieß. Es war eine Kreditausweitung zu verzeichnen, die den Rahmen der "klassischen" Regulierung über das Gold sprengte. Für Deutschland beschreibt Mottek dies so: "Der Druck auf eine Kreditexpansion zur Finanzierung der ständig zunehmenden Investitionen der Großindustrie wurde so stark, daß die Reichsbank nur schwer im Rahmen der vorhandenen Goldwährung nachkommen konnte. Die Geldmittel vor allem für die Großindustrie entstammten aber im Verlauf auch dieses Aufschwungs (der des Jahres 1903 - H. P.) in einem abnehmenden Maße nicht den bereits akkumulierten Profiten oder sonstigen bereits angehäuften Fonds, sondern in einem zunehmenden Maße der Kreditausweitung der Banken, so daß man von einer gewissen Kreditinflation sprechen kann."¹ Die Folge war eine Ausweitung des Geldumlaufs, der nicht mehr ohne weiteres durch die Diskontpolitik beeinflusbar war. "Um diesem Druck unter den Bedingungen der herrschenden Goldwährung gewachsen zu sein, mußte die Reichsbank, wie die Notenbanken anderer Länder, auf eine Erhöhung ihres Goldvorrates bedacht sein."² "Gleichzeitig zog die Kreditausweitung in Deutschland wie auch in anderen Ländern eine enorme Teuerung nach sich, wobei dieser Prozeß in Deutschland noch durch die ausgeprägte Schutzzollpolitik insbesondere für die agrarische Produktion verstärkt wurde."³ Diese Entwicklung vollzog sich bei fortschreitender Monopolisierung und Durchsetzung von Monopolpreisen, die wiederum deformierend auf den Goldstandard einwirkte, weil ein Nichtäquivalentenaustausch und Ausweitung des Buchgeldes zu verzeichnen war.

1 Mottek, Hans / Becker, Walter / Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin 1974, S. 188; vgl. auch ebenda, S. 193.

2 Ebenda, S. 188.

3 Ebenda, S. 189.

Mit dem Monopolkapitalismus kam es auf dem Gebiet des Geldwesens zu Erscheinungen, die den Wirkungsmechanismus des Goldstandards einengten. Andererseits zeigten die mit dem Monopolkapitalismus sich durchsetzenden Zölle die Tendenz zur nationalen Abschließung der Märkte, was wiederum eine Einengung der Wirkungsweise des Goldstandards bedeutete. So gab es schon vor dem ersten Weltkrieg Vorgänge, die aus dem Monopolisierungskapitalismus entspringen und die Mottek als "Ouvertüre für jene Umwälzung des Geldsystems, die mit dem 1. Weltkrieg begann"¹⁴ bezeichnet. Die Auswirkungen dieser Vorgänge auf die Notenbanken und deren Stellung in diesem Prozeß soll im weiteren näher untersucht werden.

2. Die Aufhebung der Goldeinlösepflicht 1914 und ihre Folgen

Vor 1914 hatten alle europäischen Zentralbanken mehr oder weniger feste Vorschriften zur Deckung ihrer Währungen. Einige von ihnen ließen nur einen bestimmten Betrag an Noten ungedeckt zu, was eine Kontingentierung des Notenumlaufs bedeutete; alle über diesen Betrag hinaus emittierten Banknoten mußten voll mit Gold gedeckt sein. In anderen Ländern sahen die Zentralbanken eine prozentuale Deckung der emittierten Banknoten vor.

Tabelle 1

Die wichtigsten Zentralbanken mit Kontingentierung des Banknotenumlaufs⁺

Bank	Kontingentbetrag
Bank von England	18, 45 Mill. Pfund
Russische Reichsbank	300, - Mill. Rubel
Bank von Finnland	40, - Mill. Mark
Bank von Norwegen	45, - Mill. Kronen
Bank von Japan	120, - Mill. Yen

+ Vgl. Deckert, Hans, Die Notendeckungsvorschriften der wichtigsten Zentralnotenbanken, Berlin 1926, S. 3 ff.

Tabelle 2

Zentralbanken mit prozentualer Deckung des Banknotenumlaufs⁺

Bank	Deckung in %
Niederländische Bank	40
Dänische Nationalbank	50
Schwedische Reichsbank	40
Belgische Nationalbank	33 1/3
Schweizerische Nationalbank	40
Rumänische Nationalbank	40
Federal-Reserve-Banken	40
Serbische Nationalbank	40
Bulgarische Nationalbank	33 1/3 bzw. 50 ⁺⁺

4 Ebenda, S. 137.

Deutsche Reichsbank	33 1/3
Österreichisch-Ungarische Bank	40
Bank von Italien	40 bzw. 33 1/3 ⁺⁺⁺

- + Nach Deckert, Hans, Die Notendeckungsvorschriften der wichtigsten Zentralnotenbanken, Berlin 1926, S. 3 ff.
- ++ 33 1/3 % für Goldnoten und 50 % für Silbernoten.
- +++ 33 1/3 % wenn sich der Notenumlauf durch Staatskredite erhöhte.

Bei den drei letzteren ist noch zu erwähnen, daß die Deckung für die Überschreitung eines bestimmten Betrages mit einer Notensteuer versehen war. Die Bank von Frankreich verzeichnet keine numerische Vorschrift, sondern nur die Bestimmung, daß eine sofortige Einlösung der Banknoten durch den Barvorrat zu gewährleisten sei. Dieses Währungssystem vermittelte vor 1914 den Handel.

In den letzten Jahren vor dem Krieg waren bei fast allen Zentralbanken große Goldvorräte zu verzeichnen, die sie noch zu vergrößern suchten. Während die Deutsche Reichsbank die Demonetisierung des Goldes fortsetzte, nahmen die Russische Reichsbank und die Bank von Frankreich in den letzten Jahren vor dem Krieg auf dem Londoner Geldmarkt beträchtliche Goldkäufe vor. So kam es, daß die Zentralbanken zu Beginn des Krieges über verhältnismäßig große (bezogen auf ihren Notenumlauf) Goldreserven verfügten.

Tabelle 3

Goldreserven in Zentralbanken⁺
(in % des Notenumlaufs)

Land	In %	Land	In %
England	128	Spanien	72
Rußland	105	Niederlande	52
Finnland	120	Schweden	86
Norwegen	100	Dänemark	76
Japan	69	Belgien	45
Frankreich	68	Bulgarien	41
Deutschland	65	Griechenland	111
Österreich-Ungarn	64	Serbien	64
Italien	74	Rumänien	48
Schweiz	70		

- + Vgl. Deckert, Hans, Die Notendeckungsvorschriften der wichtigsten Zentralnotenbanken, Berlin 1926, S. 8.

Alle kriegführenden Staaten hoben 1914 die Noteneinlösung auf, außer England, wo sie praktisch dennoch aufgehoben war, da der Goldhandel nicht frei war. Auch eine Reihe von neutralen Staaten - die Schweiz, die Niederlande, Schweden, Dänemark und Norwegen - entbanden ihre Zentralbanken schon 1914 von der Einlösungspflicht. Die nordischen Zentralbanken nahmen sie zwar 1916 wieder auf, konnten sie aber im Strudel der Nachkriegsinflation nicht einhalten. "Die Sicherstellung der Noteneinlösung, das bisher wesentlichste Ziel aller Notenbankpolitik, war in Fortfall gekommen ... Der äußerst vollkommene Mechanismus des internationalen Zahlungsverkehrs war durch den Krieg im wesentlichen vernichtet.

... Eine weitgehende Nationalisierung der Geldmärkte war an dessen Stelle getreten.¹⁵

Neben den Zentralnotenbanken gaben jetzt auch andere Stellen Papiergeld aus, die sich nicht von währungspolitischen Gesichtspunkten leiten ließen. "Dies war in England durch die Currencynotes, die das Schatzamt ausgab, in Deutschland und Österreich-Ungarn durch die Darlehenskassenscheine und in Frankreich durch die Bons de la défense nationale der Fall."¹⁶ Ja, die Notenbanken mußten sich unter dem Druck der Verhältnisse selbst entschließen ungedeckte Noten herauszugeben. Mit der Krise des Kapitalismus, die sich im Krieg und dessen Folgen ausdrückte, wurden die Deckungsvorschriften der Notenbanken zum Zwecke der Kriegsfinanzierung verändert, die den Weg für eine inflationäre Entwicklung freimachten. So stieg während des Krieges und in der Nachkriegszeit der Umlauf ungedeckter Banknoten rapide an.

Tabelle 4

Ungedeckter Banknotenumlauf bei der Russischen Reichsbank und der Bank von Frankreich

Russische Bank ⁺		Bank von Frankreich ⁺⁺	
Zeitpunkt	In Mill. Rubel	Zeitpunkt	In Md. Francs
Juli 1914	1 500	August 1914	12
April 1916	3 500	März 1916	18
November 1916	5 500	März 1918	27
März 1917	10 500	Mai 1918	30
Oktober 1917	16 500	Juli 1918	33
		März 1919	36

+ Vgl. Deckert, Hans, Die Notendeckungsvorschriften der wichtigsten Zentralnotenbanken, Berlin 1926, S. 12 f.

++ Ebenda, S. 15.

In der Bank von England hielt sich das Verhältnis Banknoten zum Barvorrat zwar in Grenzen, die Deckungsvorschriften wurden aber umgangen durch die schon erwähnte Ausgabe der Currency-notes (auch Treasury-notes genannt).

Tabelle 5

Entwicklung von Notenumlauf und Goldbestand der Bank von England⁺ (in Millionen Pfund)

Zeitpunkt	Notenumlauf	Goldbestand
Ende 1914	38,4	18,5
Ende 1915	103,1	28,5
Ende 1916	150,1	28,5
Ende 1917	212,7	28,5
Ende 1918	323,2	28,5

+ Deckert, Hans, Die Notendeckungsvorschriften der wichtigsten Zentralnotenbanken, Berlin 1926, S. 12.

5 Deckert, Hans, Die Notendeckungsvorschriften der wichtigsten Zentralnotenbanken, Berlin 1926, S. 10 f.

6 Ebenda, S. 11.

Ganz anders war es beispielsweise bei der Bank von Japan. Japan war einer der großen Gewinner des Krieges. Es hatte nicht die währungspolitischen Probleme wie die europäischen Länder. Trotzdem löste auch Japan seine Währung vom Gold.

Tabelle 6

Entwicklung von Notenumlauf und Barvorrat⁺ der Bank von Japan⁺⁺
(in Millionen Yen)

Zeitpunkt	Notenumlauf	Barvorrat
Ende 1913	405	227
Ende 1914	360	218
Ende 1917	824	655
Ende 1918	1 090	725

+ Der Barvorrat umfaßt außer dem Goldbestand auch den Devisenvorrat.

++ Deckert, Hans, Die Notendeckungsvorschriften der wichtigsten Zentralnotenbanken, Berlin 1926, S. 15.

Ähnliches galt für die Vereinigten Staaten von Amerika.

3. Die wirtschaftlichen und währungspolitischen Folgen des ersten Weltkrieges

Die großen politischen und ökonomischen Erschütterungen, die infolge des ersten Weltkrieges auftraten, versetzten die Währungen in eine Labilität, die eine Wiederaufrichtung des Vorkriegsgoldstandards unmöglich machten. Die folgende Übersicht über die europäischen Währungen macht deutlich, daß alle Länder große Schwierigkeiten mit ihren Währungen hatten. Die Tabelle 7 (siehe nächste Seite) ist unterteilt nach Ländern, deren Unterbewertung nicht so groß war, so daß sie mit einer Deflation auskamen, und denjenigen, die devalvieren mußten.

Die Rückkehr zu irgendeiner Form der Golddeckung handhabten die Länder unterschiedlich. Die meisten führten eine eingeschränkte Golddeckung ein, die als Gold-Devisen-Standard bezeichnet wurde, zumal die Konferenz von Genua, die sich mit Wirtschafts- und Währungsfragen beschäftigte, sich für diese Art der Währung ausgesprochen hatte. Insgesamt versuchte jedes Land in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg allein seinen ökonomischen und politischen Potenzen entsprechend eine den eigenen Bedingungen adäquate Währung zu schaffen. Das Bindeglied der europäischen Hauptländer England, Frankreich und Deutschland sowie eingeschränkt auch der USA auf dem Gebiet des Geldwesens und der Währungen waren die Reparationsforderungen an Deutschland und die sogenannten "interalliierten Schulden". Das internationale Interesse und die "internationale Unterstützung", die Deutschland zur Beendigung der Inflation und zur Festigung seiner Währung bekam, waren neben den politischen Absichten, Deutschland im Ensemble der kapitalistischen Staaten zu verankern, ökonomisch auf die Möglichkeit gerichtet, Reparationen zu erhalten.

Die großen ökonomischen Veränderungen, die der Krieg mit sich gebracht hatte, die relative Schwächung Europas im Verhältnis zu den USA, zeigt sich unter anderem in der Verteilung des Währungsgoldes und der Goldreserven einzelner Länder und Erdteile.

Tabelle 7

Entwertung der Währungen⁺

Länder	Disagio in % der Parität	Zeitpunkt
<u>mit Deflation</u>		
Schweiz	20, 24	Dezember 1920
Niederlande	24, 92	November 1920
Schweden	29, 98	Februar 1920
England	30, 51	Februar 1920
Spanien	33, 97	Februar 1924
Dänemark	49, 98	November 1920
Norwegen	52, 86	Oktober 1920
<u>mit Devaluation</u>		
Italien	81, 05	August 1925
Belgien	89, 10	Juli 1926
Frankreich	89, 40	Juli 1926
Finnland	92, 44	September 1921
Tschechoslowakei	94, 11	Februar 1920
Griechenland	94, 32	März 1923
Jugoslawien	95, 04	Januar 1923
Bulgarien	96, 70	Februar 1923
Portugal	97, 35	Juni 1924
Rumänien	97, 77	Juni 1924
Estland	98, 33	August 1921
Lettland	99, 60	Juni 1921
Ungarn	99, 990	März 1924
Österreich	99, 993	September 1922
Polen	99, 99995	Januar 1924
Deutschland	99, 99999	November 1923

+ Radenac, Guy, Methoden und wirtschaftliche Wirkungen der Währungsstabilisierung in Deutschland und in Frankreich, wirtschaftswiss. Diss. Köln 1932.

Tabelle 8

Goldbestände der Welt⁺

(in Millionen Reichsmark)

Territorium	1913			1922		
	zentral	Umlauf	zusammen	zentral	Umlauf	zusammen
Europa	14 375, 4	9 903, 3	24 278, 7	13 208, 1	-	13 208, 1
USA	5 370, 1	2 567, 1	7 937, 2 ⁺⁺	14 711, 1	1 801, 8	16 512, 9
Übriges						
Amerika	2 578, 3	100, 4	2 678, 7	3 922, 0	164, 2	4 086, 2
Afrika	131, 7	823, 8	955, 5	331, 7	63, 1	394, 8
Asien	1 043, 3	3 477, 5	4 520, 8	4 305, 9	1, 2	4 307, 1
Australien Ozeanien	837, 4	58, 8	896, 2	1 104, 4	-	1 104, 4
Summe	24 336, 2	16 930, 9	41 267, 1	37 583, 2	2 030, 3	39 613, 5

+ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, S. 160⁺, 162⁺.

++ 1. Juli 1914.

Tabelle 9

Goldbestände ausgewählter Länder⁺
(in Millionen Reichsmark)

Land	1913	1922
Großbritannien	4 880, 5	3 385, 1
Frankreich	5 886, 6	2 973, 1
Deutschland	4 180, 0	1 061, 2
Italien	1 401, 9	911, 9
Schweiz	187, 1	433, 4
USA	7 937, 2 ⁺⁺	16 512, 9
Japan	538, 2	3 621, 0
Türkei	2 353, 7	-
Indien	1 569, 8	496, 8

+ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, S. 160⁺, 162⁺,

++ 1. Juli 1914.

Die Verdoppelung der Goldbestände der USA ist besonders augenscheinlich. Aber auch die Einbußen von Siegerstaaten wie England und des sich in seiner Abhängigkeit befindenden Indiens sowie Frankreich zeigen, gemessen an anderen Siegerländern, zum Beispiel Japan, daß diese Länder international geschwächt waren. Die größten Probleme hatten aber die Verliererstaaten und ihre Nachfolger. Daß die Währungszerrüttung ein allgemeines Problem war und, obwohl die offiziellen Stellen das bestritten, größtenteils bewußt herbeigeführt worden war, zeigen auch schon zeitgenössische Einschätzungen. So schrieb Alfred Lansburgh 1921 in einem Artikel, der "Weltkrise" überschrieben war: "In fast allen großen Industrieländern der Welt sind die Regierungen im Laufe der letzten sechs Jahre im großen Maßstabe dazu übergegangen, den Staatsbedarf durch die Ausgabe von Schatzwechseln zu decken. Da die Kapitalkraft der Länder fast nirgends ausreichte, um diese Schatzwechselmenge zu absorbieren, mußten die Notenbanken einen hohen Prozentsatz davon übernehmen. Indem man alle Schranken des Notenausgaberechts beseitigte, befähigte man die Banken, dem Staat jeden angeforderten Kredit in neuem Geld auszuzahlen. Auf diese Weise wurde der Geldumlauf in den meisten Industriestaaten auf das Vielfache des Vorkriegsumlaufes gesteigert. Von Ende 1913 bis 1919 ist der Geldumlauf gestiegen; in England um rund 150 %, in Holland um 250 %, in Frankreich um 400 %, in Italien um 600 %, in Deutschland um 800 %, in den Vereinigten Staaten um 75 %, in Japan um 175 %!"⁷

Geht man davon aus, daß alle kapitalistischen Länder von Währungserschütterungen betroffen waren, so traf dies die einzelnen Länder doch unterschiedlich. Eine der besten zeitgenössischen Analysen hierfür findet man bei Varga. Über die relative Ausgeglichenheit vor dem ersten Weltkrieg schrieb er: "Der Schwerpunkt des ganzen Systems lag in England, welches mit seiner Flotte, mit seinen überall vorhandenen Stützpunkten, seinen kolossalen Kapitalanlagen im Auslande, mit seiner weltbeherrschenden Valuta im Mittelpunkt der Weltwirtschaft stand. Neben England bildete sich in Deutschland ein Zentrum heran ... Das Gold als Weltgeld

7 Die Bank, 1921, S. 5.

- nur der Form nach in nationale Valuten geschieden - vermittelte ohne Störung den internationalen Warenaustausch. "8

Mit dem Weltkrieg hatten sich gewaltige Veränderungen hinsichtlich der Bedeutung einzelner Länder und Gebiete vollzogen, Varga unterscheidet innerhalb dieser neuen Entwicklung drei Komplexe, die er so charakterisiert:

- "1. In jenen Ländern des vollentwickelten Kapitalismus, welche vom Weltkriege unmittelbar wenig berührt wurden, hingegen als Kriegslieferanten glänzende Geschäfte machten, vollzog sich eine starke Entwicklung der Produktion und Ausdehnung des Produktionsapparates. Dies war der Fall vor allem in den Vereinigten Staaten, dann in Japan und in kleinerem Maße auch in England,
2. In den Ländern mit noch nicht voll entwickeltem Kapitalismus, in den vom bisherigen Zentrum der Weltwirtschaft - Westeuropa - fernliegenden Gebieten: Australien, Indien, China, Südafrika, Südamerika begann eine starke Industrialisierung. Der beschränkte und teure Schiffsverkehr verhinderte den bisherigen Austausch zwischen diesen Rohstoff-Ländern und der industriellen Werkstätte der Welt: Westeuropa. Es trat Überfluß an Rohmaterial und Mangel an Industrieprodukten ein. Die Differenz zwischen Preis der Rohmaterialien und den Fertigwaren war groß genug, um neue bodenständige Industrie entstehen zu lassen. Die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung wurde geringer, zugleich verschob sich das Zentrum der Weltwirtschaft von Westeuropa nach den Vereinigten Staaten,
3. Die Länder Mittel- und Osteuropas: Rußland, der Balkan, Österreich, Ungarn, Deutschland, zusammen mit zirka 300 Millionen Einwohnern, brachen unter der Last des Krieges wirtschaftlich zusammen. Es fand eine ungeheure Verarmung statt; der Boden war ausgesaugt, der sachliche Produktionsapparat vernutzt, die menschliche Arbeitskraft durch Unterernährung herabgekommen, die Produktion zusammengeschrumpft. Frankreich und Italien, von Bundesgenossen gestützt, waren minder mitgenommen, doch hatten auch diese Länder schwer gelitten. "9

Dièse neue Struktur der Weltwirtschaft machte sich natürlich auch auf dem Gebiet der Währungen bemerkbar. Nicht zuletzt sieht man bei den Ländern Mittel- und Osteuropas den größten Währungszerfall und die größten Goldverluste.

4. Die Währungsprobleme der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns und der kleinen neutralen europäischen Staaten nach dem ersten Weltkrieg

Die Mittel- und Südosteuropäischen Staaten waren am stärksten von der Last des Krieges getroffen. Die Habsburger Monarchie zerfiel und neue Staaten entstanden: Staaten mit einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die einerseits mit dem Erbe Österreich-Ungarns bzw. Rußlands und Deutschlands fertig werden mußten, andererseits in der kapitalistischen Welt ökonomisch und politisch ihren Platz suchten. Die Gegenwart bestand für sie in den ersten Nachkriegsjahren in Unterproduktion, hoher Verschuldung, unorganischer Wirtschaft, unterbrochenem Han-

8 Varga, Eugen, Die Lage der Weltwirtschaft und der Gang der Wirtschaftspolitik in den letzten drei Jahren, Hamburg 1922, S. 3.

9 Ebenda, S. 3 f.

del, Zöllen und Kontingentierungen.¹⁰ Diese Länder hatten auch auf dem Gebiet der Währung große Schwierigkeiten, weil eine oder mehrere Währungen der Länder, zu denen die einzelnen Gebiete früher gehört hatten, umliefen.

Am stärksten von allen jetzt neu entstandenen Staaten war hiervon Polen betroffen, in dem russische Rubel, deutsche Mark, österreichische Kronen und deutsches Besatzungsgeld, "Oberost-Rubel", umliefen. 1918 wurde die Polnische Landesdarlehnskasse zur polnischen Währungsbank. Sie gab als gesetzliches Zahlungsmittel die polnische Mark heraus und bemühte sich, deren Kurs zu den anderen umlaufenden Währungen zu fixieren. 1920 versuchte Polen die Währung zu vereinheitlichen und tauschte alle umlaufenden Noten in polnische Mark ein.¹¹ Damit war das Währungschaos jedoch nicht beseitigt. Erst mit der Währungssanierung Deutschlands und anderer Länder 1924 wurde auch in Polen die Stabilisierung eingeleitet.

Die zur Deckung dienenden Goldreserven waren in den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns nicht groß. Den größten Goldabfluß hatte die Österreichisch-Ungarische Bank zu verzeichnen.

Tabelle 10

Goldbestand der Österreichisch-Ungarischen Bank⁺
(in Millionen Kronen)

Zeitpunkt	Bestand	Zeitpunkt	Bestand
Ende 1913	1 209	Ende 1917	290
Ende 1914	1 240	Ende 1918	265
Ende 1915	1 055	Ende 1919	261
Ende 1916	684	Ende 1920	222

+ Deckert, Hans, Die Notendeckungsvorschriften der wichtigsten Zentralnotenbanken, Berlin 1926, S. 31.

Der Endbetrag wurde 1920 bei der Liquidation der Bank auf die Nachfolger verteilt.

Aber auch Ungarn und das restliche Österreich waren stark von den Bedingungen des Zerfalls der Habsburger Monarchie betroffen. Es mußte neben dem Versuch der Neugestaltung der Währung auch eine Neuorientierung des Bankwesens erfolgen, denn unter den Voraussetzungen der Monarchie und ihres Wirtschaftsgebietes waren die Wiener und teilweise auch einige Budapester Banken führend gewesen. Durch die neuen Grenzziehungen wurde deren Einfluß erheblich verkleinert und das Filialnetz beschränkt.¹² Der Währungszerfall setzte hier erst nach dem Krieg richtig ein. So hatten Österreich und Ungarn eine Inflation, die an Heftigkeit der deutschen in keiner Weise nachstand.

Österreich stabilisierte seine Währung 1924 endgültig in dem Verhältnis 10 000 Papierkronen = 1,44 Goldkronen. Die neue Währungseinheit hieß jetzt nicht mehr

¹⁰ Vgl. Schacher, Gerhard, Die Nachfolgestaaten Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei und ihre wirtschaftlichen Kräfte, Stuttgart 1932.

¹¹ Vgl. Lehnic, O., Währung und Wirtschaft in Polen, Litauen, Lettland und Estland, Berlin 1923.

¹² Vgl. Das mitteleuropäische Bankwesen, Berlin/Wien 1929, S. 13 ff.

Krone, sondern Schilling.¹³ Ungarn stabilisierte erst 1927 seine Währung endgültig und setzte einen Umsetzungsmaßstab von 12 500 Kronen für 1 Pengö, wie die neue Währung hieß.¹⁴

Die Tschechoslowakei hatte keine so heftige Inflation und Währungszerrüttung wie Österreich und Ungarn. Sie war das am weitesten entwickelte Wirtschaftsgebiet der Habsburger Monarchie gewesen und hatte nicht so stark unter Grenzziehungen und anderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden gehabt wie die anderen Nachfolgerstaaten. Obwohl, wie aus Tabelle 7 hervorgeht, die tschechoslowakische Währung auch unter dem Nachkriegschaos litt, konnte sie sich in relativ kurzer Zeit auf ein Siebentel der Vorkriegskrone oder 100 Kronen = 2,90 bis 3,03 Dollar stabilisieren.¹⁵

Seit 1920 hat der Goldbestand laufend zugenommen,

Tabelle 11

Auszug aus dem Bankausweis der tschechoslowakischen Zentralbank⁺
(in 1 000 tschechoslowakischen Kronen)

Zeitpunkt	Metall	Forderungen an die Öster- reich, -Ungar. Bank	Bei Abstempelung zurückbehaltene Banknoten	Notenumlauf
7. 10. 1920	3,1	9 519,9	2 120,9	10 292,4
7. 11. 1920	37,3	9 521,1	2 075,4	10 931,6
31. 12. 1920	152,8	9 522,1	1 948,4	11 288,5
30. 3. 1921	215,6	9 526,7	1 425,4	10 921,9
30. 9. 1921	351,1	10 084,4	2 134,2	11 570,9
31. 12. 1921	552,3	100 096,6	156,9	12 129,6
31. 12. 1922	817,5	100 096,7	390,0	10 064,0
31. 12. 1923	826,6	10 096,7	344,2	9 157,4

+ Nach Die Bank, 1920 ff.

Die Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie waren durch den Krieg, die Zerreißung des Wirtschaftsgebietes und die neuen Grenzziehungen mehr oder weniger verarmt, und ihre Stellung war auch gebietsmäßig anders als vor 1914. Österreich mußte sogar den gleichen Weg beschreiten wie Deutschland, es mußte seine Währung durch eine internationale Anleihe (für Österreich wurde sie vom Völkerbund aufgebracht) stabilisieren, und die Österreichische Nationalbank stand, ähnlich wie die Deutsche Reichsbank, teilweise unter ausländischer Aufsicht. Nur die Tschechoslowakei war in der Lage, ihre Währung aus eigener Kraft aus dem Strudel des Währungschaos herauszuführen.

Aber nicht nur die am Kriege beteiligten Länder hatten während des Krieges und danach mit der Währungszerrüttung und der Inflation zu kämpfen. Auch die kleineren, neutralen Staaten Europas hatten auf diesem Gebiet Schwierigkeiten, die sie meistern mußten. Varga beschreibt diesen Vorgang: "Die kleinen europäi-

13 Schacher, Gerhard, a. a. O., S. 26.

14 Ebenda, S. 115.

15 Ebenda, S. 112.

schen Länder zogen als Lieferanten der kriegsführenden Länder zunächst Nutzen aus dem Kriege. Aber sie konnten wegen ihrer Kleinheit, ihrer Angewiesenheit auf den Weltmarkt und ihrer Verbundenheit mit der verfallenden Wirtschaft des kontinentalen Europas keinen dauernden Vorteil aus dem Kriege ziehen: ja, ihre Lage verschlechterte sich. An Stelle von realen Gütern häufte sich Gold und ausländisches Papiergeld bei ihnen auf. Auch die militärischen Rüstungen zur Verteidigung der Neutralität kosteten große Opfer. Die Staatsschuld stieg während des Krieges 1913 bis 1919: Norwegen um 182 %, Schweden um 142 %, Dänemark um 156 %, Holland um 138 %, Schweiz um 116 %. Und die Teuerung war in diesen Ländern ebensogroß wie in den kriegführenden Ländern.¹⁶ Der Goldbestand nahm in diesen Ländern während des Krieges zu. So hatte die Bank von Norwegen 1914 einen Bestand von 69 Millionen Kronen in Gold und einen Notenumlauf von 134 Millionen Kronen. Während des Krieges stieg dieser Betrag an Gold laufend an und betrug 1919 147 Millionen Kronen und blieb bis 1925 auf dieser Höhe, 1920 erreichte Norwegen mit einem Notenumlauf von 497 Millionen Kronen den Höhepunkt seines Währungszerfalls. Der ungedeckte Betrag wurde aber in den nächsten Jahren fast abgebaut. Ähnlich sah es bei der dänischen und schwedischen Zentralbank aus.

Dänemark hatte ebenfalls 1920 den höchsten Notenumlauf mit 556 Millionen Kronen. (1914 waren es 94 Millionen Kronen Gold und 206 Millionen Kronen Notenumlauf gewesen.) Aber gleichzeitig waren auch die Goldbestände gestiegen. Hatte sie 1919 und 1920 230 Millionen betragen, so waren es 232 Millionen Kronen im Jahre 1922. Um allen Anforderungen gewachsen zu sein, senkte Dänemark 1919 die vorgeschriebene Deckung von 50 auf 33 1/3 Prozent.

Schweden hatte 1918 den höchsten Notenumlauf mit 814 Millionen Kronen. (1914 waren es 110 Millionen Gold und 304 Millionen Kronen Notenumlauf gewesen.) Aber auch in Schweden erhöhte sich der Goldvorrat fast ständig. (1918 waren es 286 Millionen Kronen, 1922 bereits 293 Millionen Kronen gewesen.)¹⁷

Die günstigste Situation herrschte in der Schweiz und den Niederlanden. Die Probleme der nordischen Staaten spielten hier keine Rolle. Besonders die Schweiz war während des Krieges und danach das Zentrum des europäischen Devisenhandels geworden.¹⁸ Darum war auch hier der Goldvorrat gewachsen. Die Zentralbank der Niederlande setzte aber die Deckungsquote von 40 auf 20 Prozent herunter. Die Schweizer Nationalbank konnte in Ausnahmefällen von 40 auf 33 1/3 Prozent herabsetzen. Das höchste Disagio betrug für den Schweizer Franken 20, 24 Prozent und für den Niederländischen Gulden 24, 92 Prozent.¹⁹ Es ist evident, daß dieser im Vergleich zu anderen Währungen geringfügige Entwertungssatz den Ländern keine großen Schwierigkeiten bereitete.

5. Die neuen Deckungsvorschriften in den einzelnen Ländern

Die Entwicklung der Goldbestände und des Notenumlaufs sowie die Entwertungsraten zeigten deutlich, daß alle europäischen Währungen mehr oder weniger von dem Währungschaos während des Krieges und danach betroffen waren. Interes-

¹⁶ Varga, Eugen, Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, Hamburg 1922, S. 17.

¹⁷ Deckert, Hans, a. a. O., S. 37 f.

¹⁸ Vgl. Das mitteleuropäische Bankwesen, a. a. O., S. 40.

¹⁹ Vgl. ebenda, S. 6.

sant ist, daß kein Land zur Goldumlaufwährung zurückkehrte (abgesehen von der Schweiz und den Niederlanden, die ab 1925 versuchten, wieder Goldmünzen umlaufen zu lassen).

Der Prozentsatz der Deckung änderte sich. Für einige Länder wurden die Zahlen seiner Senkung bereits angeführt. Für die Zentralbanken, die neu geschaffen oder neu gestaltet wurden, waren folgende Prozentsätze vorgeschrieben:

Tabelle 12

Notendeckungsvorschriften von Notenbanken⁺

Bank	Vorgeschriebener Prozentsatz
Tschechoslowakisches Noteninstitut	35
Nationalbank von Jugoslawien (Serbien, Kroatien, Slovenien)	33 1/3
Österreichische Nationalbank	
die ersten 5 Jahre	20
die zweiten 5 Jahre	24
die dritten 5 Jahre	28
weiterhin	33 1/3
Ungarische Nationalbank (nach der gleichen Steigerung wie bei der Österreichischen)	33 1/3
Litauische Bank	33 1/3
Bank von Polen	30
Deutsche Reichsbank	40

+ Deckert, Hans, Die Notendeckungsvorschriften der wichtigsten Zentralnotenbanken, Berlin 1926, S. 57.

Insgesamt sank also in vielen Staaten die Deckung von 40 bis 50 Prozent auf 33 1/3 Prozent ab. Aber auch ihre Zusammensetzung änderte sich, bedingt durch die Verschiebung der Goldbestände. Die Tabelle 8 widerspiegelt die Verschiebungen in der Welt, in Europa zeigten sie sich folgendermaßen:

Tabelle 13

Die Goldbestände Europas 1924⁺
(in Milliarden Reichsmark)

Territorium	Goldbestand
Entente-Europa	7,5
Neutrales Europa	4,0
Mittel- und Osteuropa	1,7

+ Wirtschaft und Statistik, 1929, S. 309.

Das bedeutete gegenüber 1913 für das Entente-Europa einen Verlust von 1,5 Milliarden Mark, für die Neutralen eine Zunahme um 2,8 Milliarden und für Mittel- und Osteuropa wiederum einen Verlust von 8,7 Milliarden Mark.²⁰

England und Frankreich kamen einer Goldwährung am nächsten. England stabilisierte das Pfund 1925 zur Vorkriegsparität, das heißt, es war das einzige Land, das sich für stark genug hielt, das zu tun. Nach einer Deflationspolitik war es ohne große Inflation ausgekommen. Eine entscheidende Veränderung wurde jedoch vorgenommen: Auch England kehrte nicht zur Goldumlaufwährung zurück, sondern führte den sogenannten Goldkernstandard ein (Gold Bullion Standard). Dieser beinhaltete, daß nur Goldbarren zu einem Mindestbetrag von 1 700 Pfund eingelöst wurden.²¹

Frankreich hatte eine Inflation später als die meisten anderen Staaten, nämlich im Jahre 1926. Die Geldentwertung war aber nicht sehr groß. Daß Frankreich erst nach Deutschland seine Inflation hatte, lag zum nicht geringen Teil an der französischen Finanzpolitik, die den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs mit den von Deutschland zu leistenden Reparationen durchführen wollte. Als sich dieser Weg nicht beschreiten ließ, erhielten die Monopole entsprechende Entschädigungssummen über eine Inflation. Es wurden ungedeckte Noten ausgegeben. Auch der Ankauf von weiterem Gold konnte Frankreich nicht vor dem Währungsverfall retten. Frankreich mußte den Franc auf den fünften Teil seines Vorkriegswertes stabilisieren. Eine geplante Ausprägung von Goldmünzen wurde nicht vorgenommen. Auch Frankreich ging zur Goldkernwährung über und war nur verpflichtet, Goldbarren zu einem Betrag von 215 000 Francs einzulösen.²²

Bei fast allen anderen Notenbanken war die Deckung aus Gold und Devisen jetzt die Bardeckung geworden. Wurden auch schon vor 1914 bei einigen Banken, wie der Österreichisch-Ungarischen, die Devisen mit in die gesetzlichen Bestimmungen für die Deckung einbezogen, so war das wegen der relativ hohen Goldbestände nur eine gewisse Vorsorge gewesen. Im praktischen Verkehr war davon kaum Gebrauch gemacht worden. Nach dem Kriege spielten aber die Devisen, insbesondere die ohne weiteres noch in Gold eintauschbaren, eine große Rolle. Darum war die Devisenpolitik aller Zentralbanken auf den Erhalt von Devisen gerichtet. Nach der Stabilisierung der Währungen überwogen die Devisen bei der Bardeckung. Der Anteil des Goldes betrug nur "beim slowakischen Bankamt 45 %, der jugoslawischen Notenbank 15 %, der Österreichischen Nationalbank 2 % (und) der Bank von Polen 24 % (Ende 1923)."²³ Wenn es auch gewisse Vorschriften gab, wie die Devisen beschaffen sein sollten, so waren "vor dem Kriege ... die Vorschriften bezüglich der Devisen in manchen Ländern viel strenger." Die Beschränkung der Devisen auf bestimmte Währungen, wie wir es in Rumänien, Italien und den nordischen Staaten festgestellt haben kennen die neuen Bankgesetze nicht.

Trotz der Währungszerrüttung in den letzten 10 Jahren ist manchen Notenbanken weitgehende Freiheit in der Wahl der Devisen gelassen. Für Österreich und Ungarn wird nur verlangt, daß die Devisen keinen außerordentlichen Kursschwankungen unterliegen dürfen.²⁴

²⁰ Wirtschaft und Statistik, 1929, S. 309.

²¹ Vgl. Siebert, Bruno, Drei Jahre Goldsuspension in England, Berlin 1935, S. 10.

²² Rollitz, Horst, Verfall und Wiederaufbau der französischen Währung seit dem Kriege (1914 - 1932), Berlin 1933, S. 205.

²³ Deckert, Hans, a. a. O., S. 60.

²⁴ Ebenda, S. 61.

6. Die Problematik der Währungszerrüttung und die Grenzen der Stabilisierung

Die Entwicklung der Währungen zeigt in den Jahren von vor dem ersten Weltkrieg bis 1925/1926 deutlich Krisenerscheinungen. Alle europäischen Länder erlitten eine Geldentwertung, die meist zur Inflation und zu einer Stabilisierung auf einen geringen Bruchteil des Vorkriegswertes der Währung führte. Die Länder waren mehr oder weniger darauf angewiesen, allein mit dieser Lage fertig zu werden.

In den Ländern Mittel- und Osteuropas wurde diese Situation noch kompliziert, nicht nur durch die Folgen der Kriegswirtschaft, sondern auch durch die neuen Grenzziehungen, wodurch neue Staaten und neue Währungen entstanden. Die einzelnen Länder mußten jeweils in bilateralen Verhandlungen um Unterstützung und Hilfe ersuchen, Ausnahmen in dieser Hinsicht sind Deutschland, das durch den Dawesplan und die Dawes-Anleihe wieder eine feste Währung bekam, sowie Österreich und Ungarn, deren Währung durch den Völkerbund saniert wurde.

Andererseits wurde der Inflationsmechanismus, den Bregel als objektive Erscheinung charakterisierte, der aus der Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft und Finanzen resultiert, von der herrschenden Klasse in politischer und ökonomischer Hinsicht bewußt ausgenutzt, denn "die Klasseninteressen der Bourgeoisie diktiert... (ihre) Finanzpolitik".²⁵ Das ökonomische Interesse der Bourgeoisie bestand darin, die Kriegslasten auf die Bevölkerung abzuwälzen. Aber auch die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung konnte unter gewissen Bedingungen mit Hilfe der Inflation unterstützt werden. So schreibt der bürgerliche Ökonom Bernhard Harms: "Wie hätte beispielsweise in Deutschland die Revolution einen so unrevolutionären Verlauf, namentlich vom Standpunkt der Wahrung des Privateigentums nehmen können, wenn es keine Notenpresse gegeben hätte: Dadurch, daß Geld in beliebigen Mengen 'hergestellt' werden konnte, waren gesetzliche oder ungesetzliche Eingriffe in das Privateigentum nicht allzu dringlich. Man kann geradezu behaupten, daß die sonst üblichen schweren sozialen und wirtschaftlichen Revolutionserscheinungen... nicht zuletzt deshalb vermieden wurden, weil die Erzeugnisse der Notenpresse die überall auftretenden Geldbedürfnisse ohne gewaltsames Antasten des Privateigentums befriedigen konnten. So vollzog sich auch die Versorgung der Hinterbliebenen der gefallenen Kriegsteilnehmer, die Unterstützung der Arbeitslosen verhältnismäßig reibungslos, so war es möglich, das ungeheure Heer von Beamten und Pensionären zu erhalten und öffentliche Betriebe, wie Post und Eisenbahn, jahrelang als Zuschußbetriebe fortzuführen. Im übertragenen Sinne gilt das Gesagte für zahlreiche andere Länder mit Papierinflation."²⁶

Subjektive und objektive Faktoren spielten also gleichermaßen eine Rolle. Die Inflation und die Geldentwertung, objektiv bedingt durch den Krieg und die allgemeine Krise des Kapitalismus, wurde von der herrschenden Klasse bewußt ausgenutzt und teilweise verstärkt, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Der Zusammenbruch des Goldstandards war aber eine objektive Erscheinung, die eng mit dem Wirken der allgemeinen Krise des Kapitalismus verbunden war. Der Weltkrieg wirkte nur als auslösendes Moment, in dessen Gefolge die schon angeführ-

²⁵ Bregel, E., Steuern, Anleihen und Inflation im Dienste des Imperialismus, Berlin 1955, S. 218.

²⁶ Harms, Bernhard, Die Krisis der Weltwirtschaft, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1922, S. 293.

ten Erscheinungen und Wirkungen auftraten. Obwohl die Inflation nach einer bestimmten Zeit zu einem Abschluß geführt wurde, konnte doch der Goldstandard nicht wieder aufgerichtet werden.

England hatte seinen überragenden Platz als Drehscheibe der internationalen Finanztransaktionen weitgehend verloren. Die USA waren das stärkste kapitalistische Land geworden und hatten die größten Goldvorräte. Die Reparationen und die interalliierten Schulden sowie die von einigen kleineren Staaten aufgenommenen Anleihen zur Stützung ihrer Währungen, die nichtkommerziellen Ursprungs waren, belasteten die internationalen Finanz- und Währungsbeziehungen. Der Kapitalismus, jetzt gekennzeichnet vom Wirken der allgemeinen Krise, erwies sich als unfähig, mit diesen Problemen fertig zu werden.

Die meisten Länder hatten eine sehr geringe Golddeckung, verursacht durch die Verschiebungen in den Goldvorräten der kapitalistischen Welt. Ungehinderte Währungsbeziehungen auf der Basis des Goldes wie vor 1914 waren nur in sehr eingeschränktem Maße möglich. Die Demonetisierung des Goldes war sehr stark vorangeschritten, ja es ist fraglich, ob überhaupt noch von Währungsbeziehungen auf der Basis des Goldes gesprochen werden kann. Der eingeführte Goldkernstandard und der Golddevisenstandard hatten nur noch sehr entfernt etwas mit dem Goldstandard von vor dem ersten Weltkrieg zu tun. "Tatsächlich hat es ... nach dem ersten Weltkrieg den 'reinen' Goldstandard des vormonopolistischen Kapitalismus nicht wieder gegeben: So traten die äußerlichen Merkmale der Goldwährung in einem Land niemals geschlossen auf, trotz Restaurierung einzelner Elemente der Goldwährung konnte die relative Stabilität der Währung mit ihrem Systemzusammenhang und Wirkungsmechanismus nicht wieder hergestellt werden. Der 'neue' Goldstandard wurde deshalb auf ihm wesensfremde ökonomische Grundlagen aufgepfropft, was selbstverständlich nach kurzer Existenzdauer zur Beseitigung der eingeführten einzelnen Elemente der Goldwährung führte."27

Beide, der Goldkern- und der Golddevisenstandard, hatten nur noch indirekte Beziehungen zum Geldumlauf auf dem Binnenmarkt. Die Goldvorräte standen in keinem direkten Zusammenhang mehr zur umlaufenden Geldmenge. Eine Regelung von Gold- und Geldumlauf war auf dieser Basis nicht mehr möglich. Die bald nach den Stabilisierungen eintretende Weltwirtschaftskrise zeigte, daß sich alle Bemühungen zur Währungsstabilität auf der Goldbasis als vergebens erwiesen hatten.

27 Kühne, Harald-Dietrich, Der Funktionsmechanismus des kapitalistischen Währungssystems, in: Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 1966/9 (D 3), S. 40.

DAS EINKOMMEN DER GREIFSWALDER STADTBAUERN IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 18. JAHRHUNDERTS

von Rolf Rodigast

Die Frage des bäuerlichen Einkommens im Spätfudalismus wurde in den letzten Jahren sowohl von der marxistischen als auch von der bürgerlichen Agrargeschichtsforschung mehrfach aufgegriffen.¹ Daß es sich dabei vorrangig - was die DDR-Arbeiten betrifft, sogar ausschließlich - um räumlich stark begrenzte Einzeluntersuchungen handelt, ist vor allem auf die Kompliziertheit des Problems zurückzuführen. Denn die Faktoren, die die Höhe des bäuerlichen Einkommens maßgeblich beeinflussten - die Hofgröße, die Anzahl der Arbeitskräfte und die Höhe der Feudalrente -, lassen sich auch innerhalb eines eng begrenzten Untersuchungsbereiches nur schwer exakt bestimmen.² Gesicherte Ergebnisse, auf deren Grundlage dann weiträumige Verallgemeinerungen möglich werden, können nur durch eine ausreichend große Anzahl von Einzeluntersuchungen beigebracht werden.

Auch die folgende kleine Arbeit will das Problem an einem Beispielfall demonstrieren. Sie stellt sich die Aufgabe, die Frage nach dem bäuerlichen Einkommen im Spätfudalismus für den Bereich der Greifswalder Gutsherrschaft auf der Grundlage archivalischer Quellen zu beantworten.

Im Zusammenhang mit dem Prozeß, den die Bauern der Greifswalder "Stadtdorfschaften Dömitzow, Hinrichshagen, Jeese, Karrendorf, Stahlbrode und Wilms-hagen gegen Bürgermeister und Rath wegen geforderter Kriegskontribution" von 1775 bis 1785 führten³, untersuchte 1782 eine von der schwedisch-pommerschen

1 Vgl. u. a. Henning, Friedrich-Wilhelm, Dienste und Abgaben der Bauern im 18. Jahrhundert, Stuttgart 1969; Berthold, Rudolf / Harnisch, Hartmut / Müller, Hans-Heinrich, Der preußische Weg der Landwirtschaft und neuere westdeutsche Forschungen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, S. 259 ff., (dort auch Angaben zu weiteren DDR-Publikationen); Sildmäe, Ilo, Die Struktur der Feudalrente in Estland, in: Entwicklungsprobleme des Feudalismus im Ostseegebiet, Tartu 1970, S. 92 ff.; Konks, J., Der Anstieg der Feudalrente auf den Gütern Estlands in den Jahren 1732 - 1803, in: Entwicklungsprobleme des Feudalismus und Kapitalismus im Ostseegebiet, Tartu 1972, S. 113 ff.

2 Vgl. Rodigast, Rolf, Die Greifswalder Stadtbauern im Spätfudalismus. Untersuchungen zur Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der bäuerlichen Produzenten im Bereich der Greifswalder Gutsherrschaft 1648 - 1806, phil. Diss. Greifswald 1974, S. 7 ff.

3 Stadt-Archiv Greifswald, Rep. 5, 57 - 69 (7179). - Die genannten Dörfer gehörten zu 2/3 der Stadt und zu 1/3 dem Hospital St. Spiritus. Insgesamt besaßen die

Regierung eingesetzte Kommission die "oconomischen Verhältnisse" dieser 6 Dörfer. Sie fertigte unter anderem eine Reihe von Ertragsvoranschlägen an, die uns einen sehr genauen Einblick in die Einkommensverhältnisse der Greifswalder Stadtbauern gewähren.⁴ In einem ihrer Gutachten kommt die Kommission zu der Feststellung, daß "die Dorfschaft Jeeseer verhältnismäßig höher, als die übrigen und besonders Wilmshagen angesetzt zu seyn scheint".⁵ Wir haben uns deshalb entschlossen, der folgenden Darstellung die Ertragsanschläge zugrunde zu legen, die in diesen beiden Dörfern erarbeitet wurden.

Die fünf Bauern in Wilmshagen, die nach Meinung der Kommission am niedrigsten "angesetzt" waren, das heißt die höchsten Einkünfte hatten, verfügten zusammen über folgendes Areal⁶:

	Morgen	Quadratruten
Kultivierter Acker	332	257
Wüster Acker	52	164
Wiese	153	22
Hölzung und Weide	280	
	<hr/> 818	<hr/> 143

Auf jede Wirtschaft entfielen demnach im Durchschnitt:

	Morgen	Quadratruten
Kultivierter Acker	66	171
Wüster Acker	10	153
Wiese	30	184
Hölzung und Weide	56	
	<hr/> 163	<hr/> 208

Für die Einzelwirtschaft kam der Ertragsanschlag zu folgendem Ergebnis⁷:

1. Einnahmen

1. Ackerbau

1. Roggen

Aussaat	55	Scheffel	
Ertrag zum 4. Korn	220	"	
Abzug zur Saat	55	"	
zum Verkauf	165	"	
à 24 Schill.			82 Rtlr 24 Schill.

2. Gerste

Aussaat	16 1/2	Scheffel	
Ertrag zum 4. Korn	66	"	
Abzug zur Saat	16 1/2	"	
zum Verkauf	49 1/2	"	
à 16 Schill.			16 Rtlr 24 Schill.

Stadt Greifswald und ihre geistlichen Stiftungen im Jahre 1782 22 Bauerndörfer und 9 Ortschaften, in denen jeweils ein Eigenbetrieb, ein "Ackerwerk", existierte. (Vgl. Rodigast, Rolf, a. a. O., S. 19 f.)

⁴ Stadt-Archiv Greifswald, Rep. 5, 57 - 67/II (3224).

⁵ Ebenda, Bl. 64 b/65 a.

⁶ Ebenda, Bl. 85 b.

⁷ Ebenda, Bl. 117 - 123.

3. Hafer			
Aussaat	56	Scheffel	
Ertrag zum 3. -4. Korn	204	"	
Abzug zur Saat	56	"	
zum Verkauf	148	"	
à 12 Schill.			37 Rtlr
4. Erbsen			
Aussaat	12	Scheffel	
Ertrag zum 4. Korn	48	"	
Abzug zur Saat	12	"	
zum Verkauf	36	"	
à 24 Schill.			18 Rtlr
5. Buchweizen			
Aussaat	6	Scheffel	
Ertrag zum 5. Korn	30	"	
Abzug zur Saat	6	"	
zum Verkauf	24	"	
à 16 Schill.			8 Rtlr
2. Viehhaltung			
1. Pferde			
jährlich 1 Pferd zum Verkauf			12 Rtlr
2. Rindvieh			
			28 Rtlr
3. Schafe			
			3 Rtlr
4. Schweine, Gänse u. a. Kleinvieh werden in der Wirtschaft verbraucht			
3. Übrige Einnahmen			
1. Hofstelle und Garten			22 Rtlr
Einnahmen insgesamt			227 Rtlr
2. Ausgaben			
1. Brotroggen für den Bauern, seine Frau, 1 Knecht, 1 Mit- telknecht oder großen Jungen, 1 Magd und 1 Jungen			
	54	Scheffel	27 Rtlr
Roggen zu Klütmehl	7	"	3 Rtlr 24 Schill.
2. Gerste zu Malz und Grütze			
	21	"	7 Rtlr
3. Futterhafer			
	140	"	35 Rtlr
4. Erbsen zu Futter und Mast			
	12	"	6 Rtlr
5. Sonstige Ausgaben an Getreide			
Magazinroggen	15 1/2	"	7 Rtlr 36 Schill.
an den reitenden Diener			
Roggen	1	"	u.
Hafer	2	"	1 Rtlr

an den Prediger			
Roggen	3	Scheffel	u.
Hafer	1	"	1 Rtlr 36 Schill.
an den Küster			
Roggen	1/2	"	u.
Hafer	3	"	1 Rtlr
an den Schmied			
Roggen	3	"	1 Rtlr 24 Schill.
an den Hirten			
Roggen	7	"	3 Rtlr 24 Schill.

6. Geldausgaben

Gesindeohn			
1 Knecht			12 Rtlr
1 großer Junge			7 " 24 Schill.
1 Magd			5 " 24 "
1 Junge			4 " 24 "
Kontributionen			21 " 24 "
Quartalakzise			4 "
für den Schmied			3 "
Rademacher			3 "
Riemer und Seiler			1 " 29 "
Weber			1 " 22 "
Kupferschmied			1 "
für Salz			1 " 27 "
Teer			2 "
Nutzholz			1 " 24 "

Ausgaben insgesamt			165 Rtlr 6 Schill.
--------------------	--	--	--------------------

Einnahmen insgesamt			227 Rtlr
---------------------	--	--	----------

Ausgaben insgesamt			165 " 6 Schill.
--------------------	--	--	-----------------

Überschuß			61 Rtlr 42 Schill.
-----------	--	--	--------------------

Pension (Dienstgeld) an die Stadt			32 Rtlr 2 Schill.
-----------------------------------	--	--	-------------------

Pacht an das Hospital			11 Rtlr 39 Schill.
-----------------------	--	--	--------------------

Reiner Gewinn			18 Rtlr 1 Schill.
---------------	--	--	-------------------

Zunächst ergibt sich die Frage, ob der errechnete Gewinn von 18 Reichstaler 1 Schilling als real bezeichnet werden kann.

Wenn man die im Ertragsanschlag vorgesehene Aussaatmenge mit der vergleicht, die die Bauern 1782 tatsächlich ausgesät hatten⁸, dann fällt auf, daß die Kommission 10 1/2 Scheffel mehr angesetzt hatte. Sie war also - wie es in den Ertragsanschlägen üblich war - in ihren Berechnungen nicht von der tatsächlichen, sondern von der möglichen Aussaat ausgegangen.

Die Kommission betonte zwar selbst, daß in den Anschlägen nur die allernötigsten Ausgaben berücksichtigt worden wären⁹, doch nicht einmal das scheint ge-

⁸ Jeder der Bauern hatte eine Aussaat von 134 Scheffeln angegeben. (Ebenda, Bl. 86 b - 91 b.)

⁹ Vgl. ebenda, Bl. 67 a.

schehen zu sein, denn obwohl der Grundsatz "die Bauten (werden) vom Locatore, Reparationes aber vom Conductore praestiret" in unserem Bereich nachweislich auch für die Bauern Gültigkeit hatte¹⁰, wurde für die Reparaturen an den Gebäuden nur für die Wirtschaften in Jeesser ein geringer Betrag (1 Reichstaler je Hof) vorgesehen. Im Wilmshagener Anschlag taucht diese Position - ebenso wie in den übrigen - nicht auf. Weiterhin fehlen die beträchtlichen Ausgaben, die im Zusammenhang mit den zu leistenden Fuhrdiensten anfielen. Zur Begründung führte die Kommission zwar aus, daß "schwere und nothwendige Holtzfuhren etc., die eine stärkere Consumtion für Pferde und Leute erfordern und auch den Verderb des immer kostbarer werdenden Wagenzeuges zur Folge haben, den Dorfschaften gänzlich abgenommen werden müßten"¹¹, doch die Stadt akzeptierte die Meinung weder im Jahre 1782 noch später.

Zum Schluß sei noch darauf verwiesen, daß man im Ausgabenteil des Anschlags die Maiabgabe nicht berücksichtigte. Sie belief sich auf 2 Scheffel Hafer, 2 Gänse, 2 Hühner und 10 Schilling Bargeld.¹²

Aus dem bisher Gesagten können wir mit Sicherheit schlußfolgern, daß in dem uns vorliegenden Anschlag die Einnahmen - wenn man von den tatsächlichen Gegebenheiten ausgeht - zu hoch und die Ausgaben zu niedrig angesetzt wurden. Das wirkliche Einkommen der Wilmshagener Bauern dürfte demzufolge beträchtlich unter den von der Kommission ermittelten 18 Reichstaler 1 Schilling gelegen haben.

Im übrigen sei daran erinnert, daß der Jahreslohn eines Knechtes 12 Reichstaler und der einer Magd 5 1/2 Reichstaler betrug. Die einträglichsten Bauernhöfe - als solche wurden, wie erwähnt, die Wilmshagener Wirtschaften bezeichnet - brachten also dem Bauern im günstigsten Falle jeweils den Verdienst eines Knechtes und seiner Frau den einer Magd.

Der für Jeesser vorliegende Ertragsanschlag ist in dreifacher Hinsicht bemerkenswert:

1. Er spiegelt die Verhältnisse der Bauern wider, die am höchsten "angesetzt" waren, das heißt über die niedrigsten Einkünfte verfügten;
2. ermöglicht er uns, Einblick in die Situation der Dienstbauern zu nehmen, denn Jeesser war als einziges der sechs untersuchten Dörfer 1782 noch zu Hofdiensten verpflichtet, und
3. wurde er als einziger "nach den Angaben der Bauren" angefertigt, geht also nicht - wie die übrigen - von dem nach Meinung der Kommission möglichen Ertrag, sondern von den Realitäten aus.

Den fünf Bauern in Jeesser stand folgendes Areal zur Verfügung¹³:

	Morgen	Quadratruhen
Kultivierter Acker	405	150
Wüster Acker	168	240
Wiese	35	70
Hölzung und Weide	266	75
	<hr/> 875	<hr/> 235

10 Vgl. ebenda, Rep. 5, 57 - 14 (647), Bl. 188 f.

11 Ebenda, Rep. 5, 57 - 67/II (3224), Bl. 68 b - 69 b.

12 Ebenda, Bl. 85 b / 86 a.

13 Ebenda, Bl. 84 b.

Auf jede Wirtschaft entfielen im Durchschnitt:

	Morgen	Quadratrueten
Kultivierter Acker	81	30
Wüster Acker	33	198
Wiese	7	14
Hölzung und Weide	53	75
	<u>175</u>	<u>17</u>

Der Ertragsanschlag kam für die Einzelwirtschaft zu folgendem Ergebnis¹⁴:

1. Einnahmen

1. Ackerbau

1. Roggen

Aussaat	66	Scheffel	
Ertrag zum 4. Korn	264	"	
Abzug zur Saat	66	"	
zum Verkauf	198	"	
à 24 Schill.			99 Rtlr

2. Gerste

Aussaat	8	"	
Ertrag zum 4. Korn	32	"	
Abzug zur Aussaat	8	"	
zum Verkauf	24	"	
à 16 Schill.			8 Rtlr

3. Hafer

Aussaat	66	"	
Ertrag zum 3 1/2. Korn	231	"	
Abzug zur Saat	66	"	
zum Verkauf	165	"	
à 12 Schill.			41 Rtlr 12 Schill.

4. Erbsen

Aussaat	6	"	
Ertrag zum 4. Korn	24	"	
Abzug zur Saat	6	"	
zum Verkauf	18	"	
à 24 Schill.			9 Rtlr

5. Buchweizen

Aussaat	1 1/2	"	
Ertrag zum 5. Korn	7 1/2	"	
Abzug zur Saat	1 1/2	"	
zum Verkauf	6	"	
à 16 Schill.			2 Rtlr

2. Viehhaltung

1. Pferde

jährlich 1 Pferd zum Verkauf			10 Rtlr
------------------------------	--	--	---------

2. Rindvieh

			12 Rtlr
--	--	--	---------

14 Ebenda, Bl. 101 - 116.

3. Schafe
 Nach Abzug von 15 Schafen für die
 Haushaltung, Einnahmen von 15
 Schafen 3 Rtlr

4. Schweine, Gänse und Kleinvieh
 werden in der Wirtschaft verbraucht

3. Übrige Einnahmen
 1. Hofstelle und Garten 10 Rtlr

Einnahmen insgesamt 194 Rtlr 12 Schill.

2. Ausgaben

1. Brotroggen für den Bauern, sei-
 ne Frau, 2 Knechte, 2 Mägde,
 und 2 Jungen 66 Scheffel 33 Rtlr
 Roggen zu Klütmehl 8 " 4 Rtlr

2. Gerste zu Malz und Grütze 24 " 8 Rtlr

3. Futterhafer 165 41 Rtlr 12 Schill.

4. Erbsen zu Futter und Mast 18 " 9 Rtlr

5. Sonstige Ausgaben an Getreide
 Magazinroggen 11 " 5 Rtlr 24 Schill.
 an den reitenden Diener

Roggen 1 " u.

Hafer 2 " 1 Rtlr

an den Prediger
 Roggen 4 " 2 Rtlr

an den Küster
 Roggen 1/2 " u.

Hafer 3 " 1 Rtlr

an den Schmied
 Roggen 3 " 1 Rtlr 24 Schill.

an den Hirten
 Roggen 7 " 3 Rtlr 24 Schill.

6. Geldausgaben
 Gesindelohn
 2 Knechte 24 Rtlr
 2 Mägde 11 "
 2 Jungen 9 "

Kontributionen 17 " 13 Schill.

Quartalakzise 2 " 32 Schill.

an den Prediger und den Küster 3 "

für den Schmied 5 "

Rademacher 3 "

Riemer 1 " 16 "

Seiler 32 "

Weber 2 "

für Salz	1 Rtlr 24 Schill.
Teer	3 "
Nutzholz	2 " 24 "
zur Erhaltung der Hofstelle	1 "

Ausgaben insgesamt	193 Rtlr 36 Schill.
Einnahmen insgesamt	194 Rtlr 12 Schill.
Ausgaben insgesamt	193 " 36 "
Überschuß	24 Schill.

Von dem Überschuß sind auch hier das zusätzliche Dienstgeld an die Stadt (18 Reichstaler 16 Schilling) abzusetzen,¹⁵ Dadurch ergibt sich ein Defizit von 17 Reichstaler 40 Schilling.

Die Ursachen für die unterschiedlichen Ertragsverhältnisse der Wirtschaften in Wilmshagen und Jeesser lassen sich durch einen Vergleich der beiden Anschläge ermitteln.

	Wilmshagen			Jeesser		
Aussaat	145 1/2 Scheffel			147 1/2 Scheffel		
Einnahmen aus	Rtlr	Schill.	in %	Rtlr	Schill.	in %
dem Ackerbau	162		71,4	159	12	82,0
der Viehhaltung	43		18,9	25		12,9
dem Garten	22		9,7	10		5,1
Einnahmen insgesamt	227			194	12	
Ausgaben für						
die Wirtschaft ¹⁶	78	24	47,5	95	12	49,2
Gesindegehälter	29	24	17,8	44		22,8
Sonstiges	57	8	34,7	54	24	28,0
Ausgaben insgesamt	165	8		193	36	

Aus der Gegenüberstellung der Einnahmen beider Wirtschaften wird deutlich, daß sich der Wilmshagener Bauer bereits wesentlich stärker auf die Nutztviehhaltung und den Verkauf von Gartenfrüchten (Obst, Gemüse) orientierte als der in Jeesser. Jener konnte dies offenbar tun, ohne den Getreideanbau vernachlässigen zu müssen, denn seine Einnahmen aus dem Ackerbau lagen - wie unser Vergleich zeigt - trotzdem noch höher als die der Wirtschaft in Jeesser. Die Ursachen für die unterschiedliche Struktur der Einnahmen beider Betriebe gehen aus der Gegenüberstellung ihrer Ausgaben hervor. Die hohe Anzahl der Arbeitskräfte und Zugtiere, die der Bauer in Jeesser halten mußte, um seinen Hofdienstverpflichtungen nachkommen zu können, belastete nicht nur den Ausgabeetat seiner Wirtschaft, sie hinderte ihn auch, in der Vieh- und Feldwirtschaft zu rationelleren und intensiveren Methoden überzugehen.

Unser Beispiel zeigt, in welchem Maße die unterschiedlichen Formen der Feudalrente die Rentabilität der bäuerlichen Wirtschaften beeinflussten. Während die auf Dienstgeld gesetzten Bauern scheinbar in der Lage waren, die Leistungsfähigkeit

¹⁵ Ebenda, Bl. 85 a.

¹⁶ In dieser Position sind nur die Ausgaben für die Ernährung der Menschen und die Fütterung des Viehs enthalten.

ihrer Wirtschaften in einem allerdings ganz bescheidenen Umfang allmählich zu erhöhen, hatten die mit Arbeitsrenten belasteten Bauern offensichtlich kaum die Möglichkeit, den Lebensunterhalt für ihre Familien aus ihren Betrieben herauszuwirtschaften. Das Maß der feudalen Ausbeutung, die Höhe der von ihnen erpreßten Feudalrente, machte es ihnen unmöglich, ihre Wirtschaften über die einfache Reproduktion hinaus zu entwickeln. Wenn wir in diesem Zusammenhang bedenken, daß die Hofdienstverpflichtungen der Bauern von Jeese mit 2 Diensttagen wöchentlich und 104 Diensttagen im Jahr weit unter dem für 1782 ermittelten Durchschnitt lagen¹⁷, dann erhebt sich die Frage, ob die stärker belasteten Dienstbauern überhaupt in der Lage waren, die für die Funktionsfähigkeit der gutsherrlichen Arbeitsverfassung unbedingt erforderliche einfache Reproduktion ihres Arbeitskräfte-, Zugtier- und Inventarpotentials zu garantieren. Unsere Ermittlungen ergaben, daß keiner der Greifswalder Stadtbauern seine Ausgaben durch die Einnahmen aus Ackerbau und Viehhaltung auszugleichen vermochte; dieser für Bauernhöfe und gutsherrliche Eigenwirtschaften gleichermaßen lebensnotwendige Ausgleich kam in jedem Falle nur durch die Einkünfte zustande, die die Bauern mit Hilfe ihrer ausgedehnten Gärten¹⁸ und aus nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten erzielten. Als der Rat 1764 in Stahlbrode zusätzlich zu den dort schon vorhandenen fünf Bauernstellen noch eine sechste einrichten wollte, protestierten die Stahlbroder Bauern gegen dieses Vorhaben unter anderem mit dem Argument: "Unser Dorf ist schon so enge bebauet, daß die Anlegung eines neuen Bauernhofes ohnmöglich geschehen mag, so nicht einige von uns den größten Theil ihrer Gärten, die doch zu unserer Erhaltung das Wesentlichste beytragen müssen, zugleich verlieren und einbüßen".¹⁹

Der zweite Erwerbszweig war für viele Bauern unseres Untersuchungsgebietes die Fischerei. Sie ermöglichte den Bauern allerdings auch nur in einem ganz bescheidenen Rahmen ihre Einnahmen zu erhöhen, denn dort, wo sie einen nennenswerten Ertrag abwarf - wie zum Beispiel in Freesendorf -, wurde sie verpachtet und in das Steuersystem einbezogen.²⁰

Es kann nicht verwundern, daß die Greifswalder Stadtbauern unter diesen Umständen in zunehmendem Maße verschuldeten, denn Unglücksfälle - Viehseuchen, Brandkatastrophen, Unwetterschäden und andere - vermochten sie ebensowenig auszugleichen wie Ertragsschwankungen oder erhöhte Steuerforderungen des Staates. Im Jahre 1783 lag auf den sechs Dörfern, die gegen den Rat prozessierten, eine Schuldsumme von 4037 Reichstaler²¹; das entspricht einem durchschnittlichen Schuldbetrag von 115 Reichstaler je Hof. Die Schuldenhöhe der Jeese'schen Bauern ist nicht bekannt, sie dürfte jedoch beträchtlich über dem Durchschnitt gelegen haben.

17 Der Durchschnitt betrug 139,3 Dienstage im Jahr. Am höchsten waren die Bauern in Dargelin belastet (168 Spann- und 92 Handdienstage). Ihnen folgten die Jarmshagener Bauern mit 168 Spanndiensttagen. (Vgl. Rodigast, Rolf, a. a. O., Tab. 32, 37 im Anhang.)

18 In den Quellen und dem zeitgenössischen Schrifttum wird immer wieder auf den "mit Eifer betriebenen" Gartenbau hingewiesen (Gadebusch, Thomas Heinrich, Schwedisch-Pommersche Staatskunde, T. 2, Greifswald 1788, S. 21). Auch Kartoffeln wurden in den Gärten angebaut (vgl. Stadt-Archiv Greifswald, Rep. 5, 57/VII; 7539).

19 Ebenda, Rep. 5, 59 - 25 r (5038), Bl. 59 f.

20 Vgl. Stadt-Archiv Greifswald, Rep. 6 a, Bd. 4, S. 1118.

21 Stadt-Archiv Greifswald, Rep. 5, 57 - 69 (7179), Relatio ex Actis vom 24. März 1783.

Ein Vergleich der Einkommensverhältnisse der Greifswalder Stadtbauern mit denen der Bauern anderer Feudalkomplexe Schwedisch-Pommerns ist gegenwärtig - von einer Ausnahme, dem Amt Eldena, abgesehen²² - noch nicht möglich, da die entsprechenden Untersuchungen für den ritterschaftlichen und dominalen Bereich sowie für den ausgedehnten Grundbesitz Stralsunds noch ausstehen. Charakteristisch für die bisherige Meinung zur Lage der vorpommerschen Stadtbauern ist in gewissem Sinne die Feststellung, die Oskar Eggert im Rahmen seiner Darstellung der bäuerlichen Verhältnisse in Pommern im 17. und 18. Jahrhundert trifft: "Ihre Lage scheint besser gewesen zu sein, da sie ihre Höfe zum größten Teil erblich besaßen".²³ Eggert kommt zu dieser Einschätzung im Zusammenhang mit einer - allerdings sehr fragmentarischen - Untersuchung zur Lage der Bauern im dominalen und ritterschaftlichen Bereich Pommerns. Wir möchten davor warnen, seine Ansicht zu verallgemeinern. Sie ist nicht nur deshalb korrekturebedürftig, weil die Greifswalder Bauern zu dem Teil der Stadtbauern gehörten, die ihre Höfe nicht erblich besaßen, sondern vor allem auch deshalb, weil unsere Untersuchungsergebnisse zu entgegengesetzten Resultaten führten.

Die Meinung, daß die Lage der Stadtbauern relativ günstig gewesen sei, ist übrigens nicht neu. Während des Siebenjährigen Krieges teilte der Pächter Ruch von Petershagen dem Rat der Stadt mit, daß er "bey diesen Kriegszeiten" seine Bauern nicht zum Dienst gehabt habe und infolgedessen seinen Acker nicht ordentlich habe bestellen können. "Nun habe ich zwar", so schreibt er weiter, "mit meinen Pferden den Acker in etwas zu bestellen gehofft. Allein, da ich meine Pferde, die ich der feindlichen Armee auf des Herrn Inspectors Befehl hinthun mußte, nicht wiederbekommen, hingegen die Jarmshäger Bauern noch mehrtenteils die ihrigen behalten haben, so muß ich ... Euren Hochedlen Rath ganz gehorsamst ersuchen, den Bauren anzubefehlen, mir ungesäumt die Dienste zu leisten".²⁴ Das vom "Rathsverwandten" Gesterding unterzeichnete Antwortschreiben des Rates enthält die Bemerkung: Die Bauern "sollen noch eine ziemliche Anzahl Pferde haben, und wenn ein jeder auch nur 4 hat, so können sie doch die Dienste wol thun, weil sie nur 3 Tage wöchentlich dienen und also in den anderen 3 Tagen ihre Feldarbeit betreiben können. Dahingegen der Edelleute Bauren wöchentlich 5 bis 6 Tage dienen und doch dahin sehen müssen, daß sie (ihre) eigene Feldarbeit auch bestellen".²⁵ Abgesehen davon, daß Gesterding in seiner Entscheidung die Tatsache verschwieg, daß in allen Hofwehreglements der vorpommersche Vollbauer nicht mit vier, sondern mit acht Pferden angesetzt wurde und erst unter diesen Bedingungen fünf bis sechs Dienstage wöchentlich abzuleisten hatte²⁶, berücksichtigt

22 Priebe stellte auf der Grundlage eines Ertragsanschlages aus dem Jahre 1767 fest, daß auch im Amt Eldena der Bauer "schlechter als seine Knechte gestellt war". (Vgl. Priebe, Hermann, Die Entwicklung der Betriebsgrößenverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe in 30 Ortschaften des Kreises Greifswald vom Mittelalter bis zur Gegenwart, landw. Diss. Berlin 1936, S. 105 ff.)

23 Eggert, Oskar, Die Maßnahmen der preußischen Regierung zur Bauernbefreiung in Pommern, Köln 1965, S. 31.

24 Stadt-Archiv Greifswald, Rep. 58 - 16/II (390), Bl. 132 a - 133 b.

25 Ebenda, Bl. 134 a.

26 Vgl. "Der Königl. Academie zu Greifswald Reglement wegen der Bauern Hofwehre im Amte Eldena den 16. Jul. publicirt den 7. Sept. 1737" (Balthasar, Augustin v., Tractatus iuridicus de hominibus propriis ..., Editio secunda, Gryphiswald.æ 1779, S. 363 ff.), "Aufsatz einer bey E. E. Rath der Stadt Greifswald zugehörigen Güthern gebräuchlichen Hofwehr" (Pommersches Ma-

er nicht einmal die Gesamtzahl der Hofdiensttage, die den städtischen Bauern kontraktlich auferlegt waren; die zusätzlich zu den regulären Hofdiensten zu leistenden "extraordinären" Hofdienste und die Fuhrverpflichtungen spielten in seinem Vergleich ebensowenig eine Rolle wie die außerdem noch zu entrichtende Geld- und Produktenrente.

Vergleichende Untersuchungen aber bringen nur dann gültige Resultate, wenn sämtliche Verpflichtungen, die die Bauern belasten, einander gegenübergestellt werden; partielle Vergleiche können zu falschen Schlußfolgerungen führen.

In der günstigsten Lage befanden sich ohne Zweifel die auf Dienstgeld gesetzten Bauern, ganz gleich, zu welchem der Eigentumsbereiche sie gehörten. Ob allerdings die Situation der mit der Kombination Arbeitsrente/Geldrente belasteten Stadtbauern vorteilhafter war als die der reinen Dienstbauern in anderen Bereichen, muß bezweifelt werden.

Karl Marx hat im Zusammenhang mit der Frage, ob überhaupt eine selbständige Entwicklung von Vermögen auf seiten der frondienstpflchtigen Bauern vor sich gehen konnte, wenn deren gesamte Mehrarbeit de jure dem Grundeigentümer gehörte, auf die übermächtige Rolle hingewiesen, die die Tradition in diesem Zusammenhang in den niederen Produktionsweisen spielte. "Nehmen wir z. B. an, die Fronarbeit für den Grundherrn sei ursprünglich zwei Tage der Woche gewesen. Diese zwei Tage wöchentlicher Fronarbeit stehn damit fest, sind eine konstante Größe, gesetzlich reguliert durch Gewohnheitsrecht oder geschriebenes. Aber die Produktivität der übrigen Wochentage, worüber der unmittelbare Produzent selbst verfügt, ist eine variable Größe, die sich im Fortgang seiner Erfahrung entwickeln muß, ganz wie die neuen Bedürfnisse, mit denen er bekannt wird, ganz wie die Ausdehnung des Markts für sein Produkt, die wachsende Sicherheit, mit der er über diesen Teil seiner Arbeitskraft verfügt, ihn zu erhöhter Anspannung seiner Arbeitskraft spornen wird, ... Die Möglichkeit einer gewissen ökonomischen Entwicklung ... ist hier gegeben".²⁷

Selbstverständlich nutzten auch die Bauern unseres Bereiches diese Chance; auch sie arbeiteten in ihren eigenen Wirtschaften intensiver als während des Frondienstes im gutsherrlichen Eigenbetrieb, aber die zu leistenden Fuhr- und Hofdienste gestatteten ihnen nicht, den Arbeitskräfte- und Zugviehbesatz entscheidend zu verringern, und die Stadt hatte durch die elastischere und weniger traditionsabhängige zusätzliche Geldrente die Möglichkeit, die Höhe der Feudalrente besser auf die veränderten Ertragsverhältnisse der bäuerlichen Betriebe einzustellen als die Grundherrschaften, die sich die Mehrarbeit ihrer Bauern ausschließlich in Form der Arbeitsrente aneigneten.

Allerdings verloren die Bauern durch diese Ausbeutungsform jegliches Interesse an der Steigerung der Leistungsfähigkeit ihrer Wirtschaften. Der mißliche Zustand, in dem sich die städtischen Bauernwirtschaften in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts befanden, war unzweifelhaft die Quittung für den

gazin, 3, 1777, S. 59) und "Designation, worin eines eingerichteten Bauren in den Königl. Aemtern Hofwehre bestehen müsse" (Dähnert, Johann Carl, Sammlung gemeiner und besonderer Pommerscher und Rügischer Landesurkunden ... Suppl. -Bd. 2, S. 518).

²⁷ Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 802.

Raubbau, den die Stadt jahrzehntlang an der Leistungssubstanz ihrer Bauern getrieben hatte, 28

Übrigens ist es bezeichnend, daß der vorpommersche Landrat und Kurator der Greifswalder Universität, v. Behr zu Bandelin, in seinen bekannten "Hauswirtschaftlichen Vorschlägen" 1750 den Grundsatz vertrat, die Bauern - wenn überhaupt - nur mit ganz geringen Geldabgaben zu belasten und sämtliche Potenzen ihrer Wirtschaften auf die Leistung der Hofdienste zu konzentrieren. Seine Meinung war, daß ein Dienstbauer 50 Morgen Acker erhalten und davon höchstens eine halbe Hufe, das heißt 15 Morgen, versteuern sollte, "weil baare Geldausgaben die Bauern so zu Hoffe dienen, mehr als die Dienste incommodiren" 29

Wir fassen zusammen:

Unsere auf der Grundlage von Ertragsanschlägen geführten Ermittlungen zu den bäuerlichen Einkommen im Bereich der Greifswalder Gutsherrschaft zeigten unter anderem, daß die einzelnen Formen der Feudalrente die Einnahmen der Bauernwirtschaften unterschiedlich beeinflussten. Während die auf Dienstgeld gesetzten Bauern, wie es scheint, in der Lage waren, die Leistungsfähigkeit ihrer Wirtschaften in einem allerdings ganz bescheidenen Umfang - die einträglichsten Bauernhöfe brachten dem Bauern jeweils den Verdienst eines Knechtes und seiner Frau den einer Magd - allmählich zu erhöhen, hatten die mit Arbeitsrenten belasteten Bauern offensichtlich kaum die Möglichkeit, den Lebensunterhalt für ihre Familien aus ihren Betrieben herauszuwirtschaften. Das Maß der feudalen Ausbeutung, die Höhe der von ihnen erpreßten Feudalrente, machte es ihnen unmöglich, ihre Wirtschaften über die einfache Reproduktion hinaus zu entwickeln. Unsere Ermittlungen ergaben, daß keiner der Greifswalder Stadtbauern seine Ausgaben durch die Einnahmen aus Ackerbau und Viehhaltung auszugleichen vermochte. Dieser für Bauernhöfe und gutsherrliche Eigenbetriebe gleichermaßen lebensnotwendige Ausgleich kam in jedem Falle nur durch die Einkünfte zustande, die die Bauern mit Hilfe ihrer ausgedehnten Gärten und aus nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten erzielten.

28 Vgl. Rodigast, Rolf, a. a. O., S. 186 ff.

29 Universitäts-Archiv Greifswald, Rep. V, Nr. 10, S. 5 f.

ZUR ORGANISATION DES WARENHANDELS UND ZUR ROLLE DES KÄUFMANNSKAPITALS IM SPÄTEN MITTELALTER

Vor allem aufgrund thüringischer Quellen

von Werner Mägdefrau

1. Aufschwung des Handels und hansische Beziehungen thüringischer Städte im 13. Jahrhundert
2. Finanzkraft im Städtebürgertum und Finanzkrise im Feudaladel
3. Finanzkrise im Feudaladel und städtische Landgebietspolitik
4. Handelsgesellschaften und städtische Bündnispolitik im 14. und 15. Jahrhundert
5. Frühkapitalistische Anfänge

Die Entwicklung der Produktivkräfte sowie die fortschreitende Arbeitsteilung sind Grundlage und entscheidende Hebel, gleichsam Dreh- und Angelpunkte, des ökonomischen Prozesses und gesellschaftlichen Fortschritts. Dabei hat die Feststellung von Karl Marx, daß "der Austausch seine eigene Geschichte hat ... und verschiedene Phasen durchmacht"¹, große theoretisch-konzeptionelle Bedeutung.

Diejenige Form des Austausches, bei der die städtischen und ländlichen Warenproduzenten ihre eigenen "Kaufleute" waren², bestimmte einen großen Teil der feudalen Wirtschaft das ganze Mittelalter hindurch. Seit dem 13. Jahrhundert jedoch wuchs die Rolle der Kaufleute in Thüringen als Warenvermittler zwischen Produzenten und Konsumenten sowohl qualitativ als auch hinsichtlich der Anzahl der Güter und der Reichweite ihres Handels in entscheidender Weise an.³ Der

1 Marx, Karl, Das Elend der Philosophie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 69.

2 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 25.

3 Vgl. Mägdefrau, Werner, Zum Waid- und Tuchhandel thüringischer Städte im späten Mittelalter, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 2, S. 131 - 148; derselbe, Revolutionäre kommunale Bewegungen und spätmittelalterliche Bürgerkämpfe in den Städten des Thüringer Dreistädtebundes. Ein Beitrag zur Regionalgeschichte Thüringens und zur Entwicklung des feudalen deutschen Städtewesens, Diss. B. Jena 1971, S. 356 ff. (Ms.); Langer, Erika, Überregionale Handelsbeziehungen thüringischer Städte im 15. Jahrhundert, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Ge-

Handel erreichte eine weitere, höhere Phase seiner Entwicklung. Die bereits in der vorangegangenen Periode eingeleiteten Arbeitsteilungen zwischen Landwirtschaft und Gewerbe sowie zwischen Handwerk und Handel traten in ein neues Stadium ihrer differenzierten Ausprägung und Vertiefung. Große Bereiche der Wirtschaft im thüringischen Raum wurden von diesem ständig weiterwirkenden Prozeß erfaßt, so daß in steigendem Maße Landwirtschafts-, Bergbau- und Gewerbezeugnisse der einheimischen Wirtschaft, wie Waid, Getreide, Hopfen, Wolle, Garn, Erze, Tuche und Metallwaren, dem Fernhandel zugeführt werden konnten und auch der Import durch fremde und thüringische Kaufleute zunahm.

1. Aufschwung des Handels und hansische Beziehungen thüringischer Städte im 13. Jahrhundert

Um 1250 wird die Kaufmannskirche, die *ecclesia mercatorum*, in Erfurt urkundlich erwähnt.⁴ Das *Carmen satiricum* des Erfurter Kanonikers Nikolaus von Bibera, das dieser zwischen 1281 und 1283 verfaßte, spricht von etwa 1 000 Kaufleuten in dieser Stadt.⁵ Auch wenn diese Zahl unsicher sein mag, unterstreicht sie nachdrücklich Erfurts Stellung als Hauptsitz des Handelsverkehrs in Thüringen. Ein sehr deutlicher Hinweis auf die wachsende Bedeutung des Geldes im wirtschaftlichen Leben des ausgehenden 13. Jahrhunderts in Thüringen findet sich in der eben genannten Quelle, wenn es dort heißt, daß zu jener Zeit die Geldmünze der oberste König sei ("... rex summus sit in isto tempore nummus ...")⁶.

Für 1290 sind intensive Verbindungen Erfurter Bürger zu Lübeck und den flandrischen Städten Brügge und Gent quellenmäßig nachweisbar.⁷ Aus Schuldbekennnissen, Zahlungsanweisungen und Bescheinigungen des Lübecker Stadtrates und seines Beauftragten Reinekinus Morneweg geht hervor, daß Lübeck in diesem Jahr mehreren Erfurter Bürgern sowie Bürgern aus anderen Städten beträchtliche Geldsummen schuldete. Morneweg sollte die in Flandern zu beschaffenden Zahlungen an namentlich aufgeführte Erfurter Gläubiger zu bestimmten Terminen in Brügge vornehmen⁸: dem Thidericus de Sande senior und dem Cunradus Kolnerus je 50 Mark reinen Silbers, dem Hinricus Osmunt 100 Mark reinen Silbers, dem Cunradus de Heresfelde 100 Mark reinen Silbers, dem Walter Kerlinger 90 Mark, Thilo de Saxe, Cunradus de Se und Andreas, dem Sohn des Heidenrici, 200 Mark,

sellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 2/1972, S. 195 - 208; dieselbe, Beziehungen thüringischer Städte zur Hanse in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts, Diss. A Jena 1973 (Ms.).

4 Urkundenbuch der Stadt Erfurt (im folgenden: Urkundenbuch Erfurt), bearb. v. Carl Beyer, T. 1, Halle 1889, Nr. 147, S. 84 = Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete, Bd. 23; ebenda, T. 2, Halle 1897, Nr. 24, S. 14 = Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete, Bd. 24; ebenda, Nr. 1137, S. 813 f.

5 Nicolai de Bibera Carmen satiricum, hg. v. Theobald Fischer, in: Erfurter Denkmäler, hg. v. Thüringisch-Sächsischen Altertumsverein zu Halle, Halle 1870, Vers 1680/1681, S. 94 = Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete, Bd. 1, T. 3; vgl. auch ebenda, Vers 1037/1038, S. 73.

6 Ebenda, S. 95, Vers 1684.

7 Vgl. Urkundenbuch Erfurt, T. 2, a. a. O., Nachtrag zu Bd. 1 u. 2, Nr. 11/12, S. 827 - 830.

8 Urkundenbuch der Stadt Lübeck, Bd. 2, 1858, T. 1, Nr. 75, S. 59 f.

Hinricus Vizzedom und Gotschalvus Parvus 200 Mark reinen Silbers, den Gebrüdern Seghehardus und Gotschalvus de Lubbelin, dem Thidericus Stift und dem Thidericus de Sande 500 Mark. Einer weiteren Aufzeichnung ist zu entnehmen, daß Lübeck 1 400 Silbermark an die Erfurter Gläubiger zurückzahlte,⁹ Es wirft auf die Kapitalkraft der Erfurter ein bezeichnendes Licht, wenn ihr Kredit fast ebenso hoch wie derjenige der zehn Braunschweiger, Magdeburger und Stendaler Kaufleute zusammen war, die in den betreffenden Lübecker Akten ebenfalls als Gläubiger aufgeführt werden. Außerdem zeigt die Aufzählung der Schuldner in der ersten genannten Urkunde, daß mehrere Bürger gemeinsam kreditierten. Da es sich bei den genannten Gläubigern durchweg um Kaufleute handelte, läßt sich auf den Zusammenschluß der Kaufleute in Handelsgesellschaften zur gemeinsamen Durchführung bestimmter Geschäfte und Unternehmungen schließen. Auch die wiederholte Verwendung des Begriffs "socii" in den Abrechnungen zeigt, daß Kaufleute oft nicht als Einzelpersonen, sondern als Gesellschafter in genossenschaftlichen Verbänden in Erscheinung traten. In einer anderen Aufzeichnung des Reinekinus Morneweg sind weitere in Flandern zu leistende Zahlungen an Erfurter Bürger zusammengestellt¹⁰, die zu einem festgesetzten Termin, in Einzelfällen über einen Mittelsmann, entweder in Lübeck und Erfurt oder in Brügge (in Brugis in Flandria) und Gent (in Gandavo) geleistet werden sollten. Es besteht kein Zweifel daran, daß Erfurter Kaufleute diese Handelsplätze tatsächlich auch persönlich aufsuchten.

Diese umfangreichen Geschäftsverbindungen zwischen Erfurt, Lübeck, Brügge und Gent, die unter Beteiligung von Kaufleuten aus Braunschweig, Magdeburg, Stendal und aus anderen Städten getätigt wurden, berechtigten zu der Annahme, daß Erfurt zum Kern der Hansestädte in engem Kontakt stand und seine Kaufleute als Mitglieder der deutschen Hanse in Flandern auftraten.¹¹ Demnach müssen die Privilegien der Hanse in Flandern auch für die Erfurter Fernhändler gegolten haben.

Aus den Aufzeichnungen Mornewegs ist kaum zu ersehen, welcher Art die zwischen Lübeck und Erfurt getätigten Geschäftsabschlüsse waren, die den Krediten zugrunde lagen. Der Tuchhandel spielte dabei sicherlich die Hauptrolle, wenn auch ein direkter Hinweis darauf in den Aufzeichnungen lediglich einmal vorkommt: "18 ulnas scharlaken". Weitere Angaben über die von Erfurter Kaufleuten in Brügge, Gent und Lübeck eingekauften Waren fehlen. Es ist zu vermuten, daß bei einem Warenaustausch lediglich die Preisdifferenz in Form von Geldausgeglichen wurde. Es liegt aber auch durchaus im Rahmen des Möglichen, daß es sich teilweise um reine Darlehensgeschäfte gehandelt haben könnte. Als Gläubiger traten gegenüber dem Lübecker Rat nicht nur Warenhändler, sondern auch einige Handwerker (Fleischer, Bäcker, Gürteler) sowie in den Urkunden sozialökonomisch indifferent als Juden bezeichnete Kreditgeber aus Erfurt mit zum Teil allerdings sehr geringen Beträgen auf. Gerade die angeführten Handelsstädte waren nicht nur Warenaustauschplätze, sondern gleichzeitig Mittelpunkte des Geldgeschäfts.

9 Ebenda, Nr. 77, S. 61.

10 Hansisches Urkundenbuch, bearb. v. Konstantin Höhlbaum, Bd. 2, Halle 1879, I, Nr. 78, S. 61 - 63; Nr. 79, S. 63 f.; Urkundenbuch Erfurt, T. 2, a. a. O., Nachträge, Nr. 12, S. 828 - 830.

11 Wiegand, Fritz, Über hansische Beziehungen Erfurts, in: Hansische Studien. Heinrich Sproemberg zum 70. Geburtstag, Berlin 1961, S. 401 = Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, hg. v. H. Sproemberg, H. Kretzschmar, E. Werner, Bd. 8.

In einer weiteren Abrechnung gab Reinekinus Morneweg, der neben Geldgeschäften auch eigenen Warenhandel betrieb, dem Rat zu Lübeck Rechenschaft über alle von ihm für die Stadt geleisteten und empfangenen Zahlungen.¹² Danach hatte er an Erfurter Bürger gezahlt: Theodericus de arena 550 Mark, Henricus Vice-domus und Gotscalcus Parvus 200 Mark, Walter und Gunter Kartingere 90 Mark, Conradus Kolnerus, Albertus und Theodericus, den Söhnen des Seghehardus de Lubelin, 200 Mark, Conradus de Hertfelde 100 Mark, Thilo de Saxa, Conradus vom See und Andreas, dem Sohn des verstorbenen Hedenrici, 240 Mark. Die hier genannten Gläubiger waren ebenso wie diejenigen Erfurter Gläubiger der übrigen Morneweg-Aufzeichnungen, denen der Lübecker Rat hohe Geldbeträge schuldete, durchweg Kaufleute.

Diese Aufzeichnungen aus dem Jahre 1290 sind die ältesten Überlieferungen über eine Gruppe von Trägern des Erfurter Fernhandels und Kaufmannskapitals.

Obwohl die Aufzeichnungen Reinekinus Mornewegs dies nur andeuten, stand in den Beziehungen zu Flandern der Tuchhandel sicher beherrschend im Vordergrund. Mit diesem, ihrem klassischen Exportartikel belieferten Flandern, Brabant und Holland zahlreiche europäische Länder.¹³ Für den Handel mit flandrischen Tuchen kamen vor allem die "Tuchstraßen" über Aachen - Köln - Frankfurt am Main - Nürnberg und von Frankfurt und Nürnberg weiter in die verschiedensten Richtungen in Betracht.

Zu Aachen unterhielten Kaufleute aus Erfurt, Mühlhausen und Nordhausen bereits im 13. Jahrhundert Handelsbeziehungen.¹⁴ Köln eroberte sich im Handel mit Flandern eine Schlüsselstellung. Das Kölner Stapelrecht von 1259 sah vor, die gesamte Handelstätigkeit von Ost und West in der Stadt zu konzentrieren.¹⁵ Die Kaufleute aus Ungarn, Böhmen, Polen, Bayern, Schwaben, Sachsen, Thüringen, Hessen und anderen östlichen Gebieten sollten die Stadt Köln, deren Bannmeile und den Rhein als Westgrenze ihrer Handelstätigkeit betrachten. Diese Festlegung läßt darauf schließen, daß um die Mitte des 13. Jahrhunderts bereits ein relativ starker Handelszug auch von Thüringen nach und über Köln hinaus bestand. Aus diesem ökonomischen Tatbestand ergibt sich zugleich die entscheidende Begründung für den Beitritt der thüringischen Reichsstadt Mühlhausen zum 1254 gebildeten Rheinischen Bund.¹⁶

12 Urkundenbuch der Stadt Lübeck, Bd. 1, 1843, Nr. 568, S. 510 - 512.

13 Vgl. Székely, Georges, Niederländische und englische Tucharten im Mitteleuropa des 13. - 17. Jahrhunderts, in: Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös nominatae, Sectio Historica, Bd. 8, Budapest 1966, S. 11 - 42; Pach, Sigismund Paul, Zur Geschichte der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn im 15. und 16. Jahrhundert, in: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs, Bd. 25, Wien 1972, S. 244 ff.; derselbe, The role of East-Central-Europe in international trade, in: Études Historiques 1970 publiées à l'occasion du XIIIe Congrès International des Sciences Historiques par la Commission Nationale des Historiens Hongrois, Bd. 1, Budapest 1970, S. 217 ff.; Amman, Hektor, Deutschland und die Tuchindustrie Nordwesteuropas im Mittelalter, in: Hansische Geschichtsblätter, 72, Jg. 1954, S. 1 - 53.

14 Stadtarchiv Aachen, Reichsstädtisches Archiv, W. 31, 48, 61, 70, 130, 184, 329 (Briefliche Mitteilung des Stadtarchivs Aachen v. 25. 6. 1964).

15 Hansisches Urkundenbuch, bearb. v. Konstantin Höhlbaum, Bd. 1, Halle 1876, Nr. 523, S. 183.

16 Vgl. Keutgen, Friedrich, Urkunden zur städtischen Verfassungsgeschichte,

2. Finanzkraft im Städtebürgertum und Finanzkrise im Feudaladel

Die gemeinsame Handelstätigkeit der Kaufleute in Handelsgesellschaften wurde zur Regel. 1331 hatten sich die Erfurter Tuchhändler Heynemannus de Gotha, Hugo Longus und Johannes de Mulhusen, denen sich im folgenden Jahr noch Theodoricus und Conradus de Wyzenze zugesellten, zu einer Handelsgesellschaft zusammengeschlossen und gemeinsame Geschäfte getätigt.¹⁷ Die Nordhäuser Bürger Johann de Wyzenze senior, Hermann de Scherenberg, Theodoricus Tockenvuz, Hermann de Werter, Johann de Blicherode, Fridericus Torstat und Johann de Wyzenze junior bildeten 1341 eine Kaufmannsvereinigung von Tuchhändlern.¹⁸ Mitunter fanden sich auch nur zwei Kaufleute zu einer Gesellschaft zusammen, trieben gemeinsam Handel und teilten den Gewinn. Diese Handelsgesellschaften, für deren Existenz sich aus den thüringischen Quellen noch zahlreiche Belege anführen ließen, bestanden mitunter nur für die Dauer einer Reise oder mehrerer Unternehmungen; danach wurden teilweise neue Verbindungen geknüpft.

Die Kaufleute vereinigten sich in erster Linie zum Zwecke gegenseitiger Hilfe auf den Handelsreisen. Die Unsicherheit der Straßen und die Gefahren der See erzwangen geradezu eine genossenschaftliche Organisation der Handelstätigkeit. Auch war es gemeinsam leichter, größere Kapitalien für umfangreichere Geschäftsunternehmungen aufzubringen; denn mit einem großen Kaufmannskapital in der Hand einzelner Fernhändler ist für diese Zeit in den thüringischen Städten nicht zu rechnen. So bildeten sich die Fahrtgenossenschaften der Kaufleute, die Hansen, die unter einer eigenen Gerichtsbarkeit standen und die ihren Mitgliedern vor allem auch Vorrechte, speziell Handelsprivilegien, zu verschaffen und zu gewährleisten suchten.

Im Jahre 1314 wurde eine Gruppe Erfurter Kaufleute allein auf einer Handelsfahrt eines Wertes von insgesamt 611 Silbermark und 400 Pfund Heller in Form von Tuchen und Bargeld beraubt.¹⁹ Dieses Beispiel zeigt einerseits, daß der Adel seine stagnierenden Einnahmen aus den feudalen Grundrenten der Bauern, die für seine gesteigerten Ansprüche in bezug auf Lebensführung, soziales Prestige und Repräsentation nicht ausreichten, durch Wegelagerei und Raubrittertum aufzubessern suchte und seinen gesellschaftlichen Niedergang auf diese Weise aufhalten wollte; andererseits wird daran deutlich, daß es den Erfurter Kaufleuten bei ungestörtem Warenumsatz möglich war, Kapital und Vermögen durch Tuchhandel in beträchtlichem Umfang zu bilden und zu vermehren. Aus den mit dem Beginn des 16. Jahrhunderts einsetzenden Verrechtsbüchern der Stadt Erfurt ist zu ersehen, daß die-

Berlin 1901, S. 84 f. (Mitgliederverzeichnis des Rheinischen Bundes) = Ausgewählte Urkunden zur deutschen Verfassungsgeschichte v. G. v. Below, F. Keutgen, Bd. 1; Mägdefrau, Werner, Die Bedeutung der Volksbewegungen im Thüringer Dreistädtebund, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 11/1973, S. 1309.

17 Urkundenbuch Erfurt, T. 2, a. a. O., Nr. 93, S. 75 f.; Nr. 95, S. 77 f.; Nr. 102, S. 84.

18 Urkundenbuch der Stadt Wernigerode bis zum Jahre 1460, hg. v. d. Historischen Kommission der Provinz Sachsen, bearb. v. Eduard Jakobs, Halle 1891, Nr. 96, S. 54 = Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete, Bd. 25.

19 Urkundenbuch Erfurt, T. 1, a. a. O., Nr. 575, S. 407 f.

jenigen Bürger, die die größten Vermögen versteuerten, Kaufleute - in der überwiegenden Mehrzahl Waidhändler - waren.²⁰

Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der thüringischen Städte bestätigt in überzeugender Weise die Einschätzung von Karl Marx, daß eine Vermögens- und Kapitalbildung größeren Stils nur durch den Handel erfolgen konnte. "Die Warenzirkulation ist der Ausgangspunkt des Kapitals, Warenproduktion und entwickelte Warenzirkulation, Handel, bilden die historischen Voraussetzungen, unter denen es entsteht, Welthandel und Weltmarkt eröffnen im 16. Jahrhundert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals. Sehn wir ab vom stofflichen Inhalt der Warenzirkulation, vom Austausch der verschiedenen Gebrauchswerte, und betrachten wir nur die ökonomischen Formen, die dieser Prozeß erzeugt, so finden wir als sein letztes Produkt das Geld. Dies letzte Produkt der Warenzirkulation ist die erste Erscheinungsform des Kapitals. Historisch tritt das Kapital dem Grundeigentum überall zunächst in der Form von Geld gegenüber, als Geldvermögen, Kaufmannskapital und Wucherkapital ... Jedes neue Kapital betritt in erster Instanz die Bühne, d. h. den Markt, Warenmarkt, Arbeitsmarkt oder Geldmarkt, immer noch als Geld, Geld, das sich durch bestimmte Prozesse in Kapital verwandeln soll."²¹

Die zahlreichen verschiedenen Münzsorten und die zunehmend schriftliche Rechnungsführung ließen die Kaufleute oft auf Barzahlungen verzichten. Sie verrechneten ihre Warenlieferungen gegenseitig, so daß nur die Differenzbeträge erstattet zu werden brauchten. Die Kreditgeschäfte häuften sich. Auf die Tatsache wurde bereits eingegangen, daß der Rat von Lübeck 1290 einer Anzahl Erfurter Bürgern - zumeist Kaufleuten, aber auch einigen Handwerkern - zirka 1340 Mark Silber, im einzelnen zum Teil bis zu 200 Mark, schuldete. Das Inventar des Frankfurter Stadtarchivs weist für die Zeit bis 1500 zahlreiche Eintragungen über Schuldverhältnisse von Erfurter und Frankfurter Bürgern und Abmachungen der beiderseitigen Stadtverwaltungen auf.²² Spuren von Geld- und Schuldbeziehungen zwischen Erfurt und Hamburg finden sich in den Hamburger Kämmereirechnungen des 15. Jahrhunderts.²³ Unter den reichsstädtischen Archivalien des Stadtarchivs Aachen finden sich eine ganze Reihe von Schuldforderungen Erfurter und Nordhäuser Bürger an Bürger aus Aachen und umgekehrt aus dem 13., 14. und 15. Jahrhundert.²⁴ Geld- und Darlehensgeschäfte zwischen Erfurt und den benachbarten Städten waren die Regel.²⁵ Es ist nicht in jedem Falle zu unterscheiden, ob es sich um ein Kreditgeschäft handelte, dem Warenkäufe oder -verkäufe zugrunde lagen, oder ob es ein reines Geldgeschäft war.

20 Neubauer, Theodor, Wirtschaftsleben im mittelalterlichen Erfurt, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 13, 1916, S. 148 ff.

21 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 161.

22 Vgl. Inventare des Frankfurter Stadtarchivs, hg. v. Verein für Geschichte und Altertumskunde zu Frankfurt am Main, Bd. 1 - 4, Frankfurt 1888 - 1894.

23 Kämmereirechnungen der Stadt Hamburg, hg. v. Verein für hamburgische Geschichte, bearb. v. Karl Koppmann, Hamburg, Bd. 2 (1873), S. 247, 255 f. (1465), 323, 331 - 333 (1467); Bd. 3 (1878), S. 12, 21 (1471).

24 Stadtarchiv Aachen, M 130, W 184, W 329, W 31, W 61 (Mitteilung des Stadtarchivs Aachen v. 11. Juli 1964).

25 Zum Beispiel bestätigt um das Jahr 1350 der Rat von Erfurt demjenigen von Mühlhausen, daß Johann von Margarethen mehreren Erfurter Bürgern 403 Mark "von der stad Molhusen wegin hat beczalet". (Urkundenbuch Erfurt, T. 2, a. a. O., Nr. 355, S. 290 f.)

Das Kreditwesen zwischen Kaufleuten und Städten beschleunigte den Fluß des Warenhandels und die weitere Ansammlung von Kapitalien; es war Teil jenes umfassenden Prozesses, in dessen Verlauf das Geld einen zunehmenden Einfluß in der Feudalgesellschaft ausübte.

"Nach dem Warenkauf für Geld kam der Geldvorschuß, mit diesem der Zins und der Wucher."²⁶ Als Zinsnehmer und Wucherer traten im mittelalterlichen Thüringen vor allem Warenhändler und jüdische Kreditgeber in Erscheinung.

Karl Marx unterscheidet zwei "charakteristische Formen . . . , worin das Wucherkapital in den Vorzeiten der kapitalistischen Produktionsweise existiert . . . ; erstens, der Wucher durch Geldverleihen an verschwenderische Große, wesentlich Grundeigentümer; zweitens, Wucher durch Geldverleihen an den kleinen, im Besitz seiner eignen Arbeitsbedingungen befindlichen Produzenten, worin der Handwerker eingeschlossen ist, aber ganz spezifisch der Bauer, da überhaupt in vor-kapitalistischen Zuständen, soweit sie kleine selbständige Einzelproduzenten zulassen, die Bauernklasse deren große Majorität bilden muß."²⁷

Das wirtschaftliche Übergewicht der Städte und deren ökonomischer Druck gegenüber dem Land sowie die wachsende Bedeutung der Ware-Geld-Beziehungen verursachten in weiten Kreisen des Feudaladels langandauernde Krisenerscheinungen. Dafür sind in den thüringischen Gebieten die ersten starken Anzeichen seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts zu erkennen.

Bekanntlich brach König Rudolf von Habsburg mit Hilfe des Erfurter Bürgeraufgebots eine Vielzahl von Raubritterburgen in Thüringen.²⁸ Allein schon die weite Verbreitung von Wegelagerei und Raubrittertum läßt eindeutige Rückschlüsse auf die schwierige wirtschaftliche Lage des Feudaladels und auf das Vorhandensein und die Wirksamkeit eines starken städtisch-bürgerlichen Potentials zu. Diese Annahme wird durch den Verfasser des erwähnten *Carmen satiricum* treffend bestätigt, der feststellt: "mercatores sunt militibus pociores".²⁹

Zahlreiche Ritter, aber selbst Grafen, Erzbischöfe und Könige waren auf finanzielle Anleihen angewiesen. Sie sahen sich vielfach gezwungen, Grundbesitzungen und Hoheitsrechte zu verpfänden oder zu veräußern, um von den Städten und Kaufleuten das notwendige Geld oder den erforderlichen Kredit zu erlangen. Das tritt besonders drastisch hervor bei Vorgängen wie einem solchen vom Jahre 1289, der für den weiteren Ausbau der städtischen Autonomie und Selbstverwaltung von eminenter Bedeutung war, als sich Erzbischof Gerhard II. von Mainz "propter necessitates urgentes gravia onera debitorum nostrorum in Romana curia", also aufgrund schwerer Schuldenlasten bei der Römischen Kurie, gezwungen sah, für 800 Silbermark die Münze, das Marktmeisteramt und die beiden Schultheißenämter (in der Stadt Erfurt und im Brühl) dem Rat der Stadt pfandweise für sechs Jahre zu überlassen.³⁰ Daß diese und weitere Verpfändungen aus keinem anderen

26 Engels, Friedrich, *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 162.

27 Marx, Karl, *Das Kapital*, Bd. 3, in: ebenda, Bd. 25, Berlin 1964, S. 342, 608.

28 Vgl. *Dobenecker, Otto*, König Rudolfs I. Friedenspolitik in Thüringen, in: *Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte und Altertumskunde*, Bd. 12, Neue Folge Bd. 4, 1885, S. 529 - 560.

29 *Nicolai de Bibera Carmen satiricum*, a. a. O., Vers 1680 f, S. 94: "Kaufleute sind mächtiger als Krieger".

30 *Urkundenbuch Erfurt*, T. 1, a. a. O., Nr. 393, S. 266 f.

Gründe als aus finanzieller Notlage erfolgten, beweisen die massenhaften, urkundlich überlieferten Anleihen und Rentenkäufe der Mainzer Kirche seit der Mitte des 13. Jahrhunderts. Allein dem Erfurter Patrizier Hartung Hotermann schuldete der Erzbischof um 1250 volle 400 Märk.³¹

Andere geistliche Feudalgewalten waren von finanziellen Schwierigkeiten nicht minder betroffen. So bekundete am 1. Januar 1342 der Landkomtur von Thüringen, Friedrich von Treffurt, daß sich Wolfram von Nellenburg, der Vertreter des Hochmeisters in Deutschland, mit der Verwendung bestimmter Einkünfte um die Tilgung der Schuldenlast der Ballei Thüringen des Deutschen Ritterordens bemühte.³² 1367 veräußerte der Landkomtur der Deutschordensballei Thüringen "um ehafft not und schulde" mehrere Güter.³³ Besonders kritisch scheint die Finanzlage der Deutschherren in Mühlhausen in den Jahren zwischen 1425 und 1455 gewesen zu sein.³⁴ Immer wieder wandten sie sich um Unterstützung an das Nordhäuser Kreuzstift und fanden sich zu einer Zinszahlung in Höhe von acht Prozent bereit. Im Jahre 1455 setzte das Stift deren Zinsen auf fünf Prozent herab.

Am 11. April 1339 verkauften die Johanniter zur Deckung der "schweren und unerträglichen" Schulden, mit welchen der Orden in Thüringen belastet sei (gravi ac intollerabili debitorum onere pergravatos in Thuringia), ihr Grundstück in Erfurt, den Johanniterhof mit allen dazu gehörigen Gebäuden, an den Rat³⁵, der 1354 dort ein Kornhaus erbauen ließ.

Dagegen scheint sich das Nordhäuser Kreuzstift in einer günstigen wirtschaftlichen Lage befunden zu haben. Aus dem "Liber feodalis et censuum perpetuorum ecclesiae S. Crucis in Nordhusen"³⁶ ist zu ersehen, daß dieses Stift in 84 Ortschaften Besitzungen hatte, die ihm hohe Renten an Produkten und Geld einbrachten.³⁷ Die Vikare des Nordhäuser Kreuzstifts trieben einen schwunghaften und einträglichen Geldhandel. Das kanonische Zinsverbot umgingen sie durch die Form des Rentenkaufs. Bernhard Hellwig³⁸ hat in Auswertung eines im Nordhäuser Stadtarchiv aufbewahrten Schuldbuches für den Zeitraum zwischen 1347 und 1566 festgestellt, daß sich etwa 225 Schuldverschreibungen im Besitz des Kreuzstifts befanden. Reine Geldzinsen weist das Schuldbuch erst seit den neunziger Jahren des 14. Jahrhunderts nach; vorher wurden nur Naturalzinsen oder gemischte Natural- und Geldzinsen gezahlt. Der Zinsfuß hielt sich bis zum Anfang des 16. Jahr-

- 31 Kirchhoff, Alfred, Erfurt im dreizehnten Jahrhundert, Berlin 1870, S. 64.
- 32 Preußisches Urkundenbuch, Politische Abt., hg. im Auftrage der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, bearb. v. Hans Koeppen, Nachträge zu Bd. 3, Marburg 1961, Nr. 763 f., S. 653.
- 33 Sommerlad, Bernhard, Die Deutschordensballei Thüringen von ihrer Gründung bis zum Ausgang des 15. Jahrhunderts, in: Thüringisch-sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst, Bd. 19, 1930, S. 56 ff.
- 34 Vgl. Hellwig, Bernhard, Bewegung des Zinsfußes in der Nordhäuser Gegend für die Zeit von 1347 - 1566, in: Zeitschrift des Harzvereins, Bd. 28, 1895, S. 562.
- 35 Urkundenbuch Erfurt, T. 2, a. a. O., Nr. 184, S. 154 f.
- 36 Abgedruckt in: Zeitschrift des Harzvereins, Bd. 22, 1889, S. 85 - 160.
- 37 Ebenda, S. 92. - Über Rentenerwerb des Kreuzstiftes in den Ortschaften Biele, Windehausen und Urbach vom Domstift zu Goslar vgl. Urkundenbuch der Stadt Goslar und der in und bei Goslar gelegenen geistlichen Stiftungen, bearb. v. Georg Bode, Bd. 3, Halle 1900, Nr. 470, S. 321 (1318).
- 38 Vgl. Hellwig, Bernhard, a. a. O., S. 560 ff.

hundertst zwischen sieben und zehn Prozent. Als Schuldner werden unter anderen die Grafen von Honstein und die Grafen von Beichlingen genannt.

Daß eine Anzahl Erfurter Bürger schon im 13. Jahrhundert über größere Barvermögen verfügte, beweist auch das Darlehen an König Rudolf von Habsburg. Heinrich Viztum, Walter Kerlinger, Konrad von Hersfeld, Tile Hotermann, Albrecht von Frankenhausen, Dieterich Franco, Heinrich von Ingersleben, Heinrich Asmund und Johannes von Ache borgten dem König, der sich 1290/1291 in Erfurt längere Zeit aufhielt, 1000 Silbermark, die die Züricher Bürger Johannes Pilger und Heinrich Goldstein am 21. Mai 1291 in Mainz im Namen der Stadt Zürich für König Rudolf drei Erfurtern zurückerstatteten,³⁹ Die durch den Papst und mehrere deutsche Erzbischöfe betriebene Erhebung des thüringischen Landgrafen Heinrich Raspe zum deutschen König war von Erfurter Bürgern finanziell unterstützt worden.⁴⁰ Nach Abrechnungen aus dem Jahre 1246 stellten Rudolf von Nordhausen 162 1/2 Mark und Hartung Hotermann sowie Hugo Lange 600 Mark dafür zur Verfügung.

Die königlich-kaiserliche Zentralgewalt suchte ihrer chronischen Zahlungsunfähigkeit nicht zuletzt durch Verpfändungen der Städte bzw. einzelner Herrschaftsrechte Herr zu werden. Am 4. Oktober 1294 verpfändete König Adolf von Nassau die Reichsstadt Nordhausen an Landgraf Albrecht von Thüringen für 2000 Silbermark.⁴¹ Ludwig der Bayer versetzte 1323 für 500 Silbermark den Grafen von Schwarzburg, Honstein, Mansfeld und Wernigerode das Reichsschultheißenamt nebst Münze und Zoll, mit Ausnahme der Einkünfte aus der Besteuerung der Judengemeinde, in derselben Stadt.⁴² Am 7. November 1324 teilte König Ludwig den Bürgern von Mühlhausen mit, daß er seinem Schwiegerson, dem Landgrafen Friedrich, die Reichsstädte Mühlhausen und Nordhausen zum Wert von 10 000 Mark Silber als Brautschatz seiner Tochter Mathilde verpfändet habe, und er gebot den Bürgerschaften der beiden thüringischen Reichsstädte, diesem zu huldigen.⁴³ Am 6. März 1333 bestätigte der Landgraf einen Teil der genannten Summe, wofür ihm Nordhausen verpfändet war, erhalten zu haben, und er nahm die Stadt in seinen Schutz und in den Landfrieden auf.⁴⁴ Am 6. August 1336 erhielt

³⁹ Urkundenbuch Erfurt, T. 1, a. a. O., Nr. 411, S. 279 f. (19. Februar 1291); Nr. 412, S. 280; Nr. 413, S. 280; Nr. 422, S. 286 f.; Quellen zur Züricher Wirtschaftsgeschichte von den Anfängen bis 1500, bearb. v. Werner Schnyder, Bd. 1, Zürich/Leipzig 1937, Nr. 67, S. 39; Urkundenbuch der Stadt und Landschaft Zürich, hg. v. einer Kommission der antiquarischen Gesellschaft in Zürich, bearb. v. J. Escher, P. Schweizer, Bd. 6 (1288 - 1296), Zürich 1905, Nr. 2143, S. 122 f.

⁴⁰ Kirchoff, Alfred, a. a. O., S. 65.

⁴¹ Nordhäuser Urkundenbuch, T. 1, bearb. v. Günter Linke, Nordhausen 1936, Nr. 13, S. 8. - Zur Problematik im allgemeinen vgl. Engel, Eva-Maria, Finanzielle Beziehungen zwischen deutschen Königen und Städtebürgern von 1250 bis 1314, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 4, S. 95 - 113.

⁴² Förstemann, Ernst Günther, Urkundliche Geschichte der Stadt Nordhausen, Bd. 1, T. 3: Nachträge und Verbesserungen zu der Abt. 1, Nordhausen 1840, Nr. 58, S. 39.

⁴³ Altenburger Urkundenbuch, 976 - 1350, bearb. v. Hans Patze, Jena 1955, Nr. 539, S. 427 = Veröffentlichungen der Thüringischen Historischen Kommission, Bd. 5.

⁴⁴ Urkundenbuch der Reichsstadt Nordhausen, T. 2 (1267 - 1703), bearb. v. Gerhard Meißner, Nordhausen 1939, Nr. 19, S. 19. Weiter vgl. ebenda, T. 1,

Landgraf Friedrich von der Stadt Erfurt 3 000 Mark Silber, die er in seinem Sühnevertrag gefordert hatte,⁴⁵ Karl IV. verlieh am 21. September 1348 dem Markgrafen Friedrich von Meißen, der ihn als König anzuerkennen und zu verteidigen versprochen hatte, 4 000 Schock großer Prager Groschen, und er verpfändete ihm die Reichsstädte Nordhausen und Goslar.⁴⁶ Diese Verpfändung lösten die Nordhäuser zu einem Teil mit 1000 Mark lötligen Silbers ab.

Diese in der Zeit Ludwigs des Bayern und Karls IV. sich häufenden Verpfändungen, "Schutzverhältnisse" und ihre Einlösungen, die oft den Charakter von Erpressungen trugen, verschärften die Gegensätze zwischen den Städten und den Feudalgewalten; sie stellten an die Finanzkraft der Bürgerschaften hohe Anforderungen. Daß diese selbst von einer Stadt wie Nordhausen, die keineswegs zu den großen Handelsstädten des Mittelalters zählt, erfüllt werden konnten, läßt Rückschlüsse auf eine erhebliche Kapitalansammlung auch in den thüringischen Mittelstädten zu.

Die Beziehungen zwischen der Reichsstadt Nordhausen und benachbarten Feudalgewalten wurden insbesondere durch Schuld- und Pfandverschreibungen der Grafen von Honstein (ältere Linie) an Nordhäuser Bürger aus den Jahren 1339, 1344 und 1370 außerordentlich stark belastet.⁴⁷ 1344 gingen die Honsteiner Grafen an die Neuordnung ihrer Schuldverhältnisse, in die sie vor geraumer Zeit, wahrscheinlich auch durch Übernahme von Schulden ihrer Vettern aus der jüngeren Sondershäuser Linie, geraten waren. An einer friedlichen Regelung war die Stadt Nordhausen vor allem deshalb interessiert, weil sich nicht nur das Reichsschultheißenamt im Pfandbesitz der Grafen befand, sondern diese auch von altersher die Vögte (advocati) der Reichsstadt waren und als deren unmittelbare Nachbarn die Zufahrtsstraßen beherrschten. Die damals festgelegten Rückzahlungstermine scheinen jedoch nicht eingehalten worden zu sein; denn 1370 fand eine nochmalige Neuregelung statt. Ob die 1370 vereinbarten sechs jährlichen Rückzahlungstermine eingehalten worden sind, ist ebenfalls zweifelhaft; denn einmal befindet sich die Original-Schuldverschreibung noch im Besitz der Stadt Nordhausen, zum anderen spielten diese Fragen in den innerstädtischen Auseinandersetzungen von 1375 insofern eine wichtige Rolle, als die antipatrizische Opposition die Landgebiets- und Finanzpolitik des Rates und der Patrizier und die daraus sich ergebenden kriegerischen Verwicklungen mit den Feudalgewalten der Umgebung scharf bekämpfte. 1344 traten neben den Honsteiner Grafen ihre fünf Städte Ellrich, Heringen, Kelbra, Bleicherode und Artern als selbstschuldnerische Bürgen ein, 1344 wie 1370 wurden die Gelder durch Bürgschaft und Pfand sichergestellt. Das Pfandrecht der Gläubiger hatte sowohl 1344 als auch 1370 Schloß Lohra bei Niedergebra nebst Zubehör zum Gegenstand, Schloß und Herrschaft Lohra hatten die Honsteiner erst kurze Zeit zuvor, 1335, von den mit ihnen verwandten Grafen von Beichlingen erworben. Diese sahen sich in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts genötigt, in schneller Aufeinanderfolge zahlreiche Besitzungen zu verpfänden oder

(1150 - 1793), bearb. v. Günter Linke, Nordhausen 1936, Nr. 20, S. 9; Förstemann, Ernst Günther, a. a. O., Bd. 1, T. 2, Nr. 16, S. 16.

⁴⁵ Urkundenbuch Erfurt, T. 2, a. a. O., Nr. 152, S. 122 f.

⁴⁶ Lesser, Friedrich Christian / Förstemann, Ernst Günther, Chronik der Stadt Nordhausen, Nordhausen 1860, S. 174.

⁴⁷ Vgl. Köhler, C., Zwei Schuld- und Pfandverschreibungen der Grafen von Honstein an Nordhäuser Bürger von 1344 und 1370 nebst einigen anderen Urkunden und einer Karte der Herrschaft Lohra, in: Zeitschrift des Harzvereins, Bd. 41, 1908, S. 261 - 360.

zu verkaufen⁴⁸; nur vereinzelt gelang es ihnen, die vorbehaltenen Wiederkaufsrechte einzulösen. So gingen den Beichlingern Burg und Stadt Frankenhausen mit den Salzquellen, die Burg Lohra, ihr alter Verwaltungssitz, und mehrere Dörfer verloren.

Oft war die feudale Abnehmerschicht bei Warenkäufen zahlungsunfähig. Schuldverschreibungen der Landgrafen von Thüringen, der Grafen von Schwarzburg und anderer Feudalherren an Erfurter sowie Nordhäuser Kaufleute und Krämer aus dem 14. Jahrhundert, meist für Tuche, Seide und Spezereien, mit Zahlungsverprechungen und Bürgen, sind aus dem 14. Jahrhundert in nicht geringer Anzahl überliefert.⁴⁹ So bekannte am 8. Januar 1331 Landgraf Friedrich von Thüringen, daß er den Erfurter Bürgern Heynemannus de Gotha, Hugo Longus und Johann de Mulhusen, die dadurch als Tuchhändler oder Gewandschneider ausgewiesen werden, und deren Erben 75 Mark reinen Silbers für Scharlachtuch, gefärbte Tuche^v und Pelzwerk (in scharlatico, pannis coloratis et in opere vario) schuldete. Am 5. Februar 1331 stellte Graf Günther von Schwarzburg denselben Bürgern aus Erfurt eine fast gleichlautende Urkunde über 33 Silbermark für gefärbte Tuche und andere Waren mit gleichen Verpflichtungen aus. Am 13. September 1331 bekannten sich die Grafen Heinrich von Honstein und Günther von Schwarzburg sowie Gotzo Schindekopf, der Hofmeister des Landgrafen, als Mitschuldner des Landgrafen gegenüber den Erfurter Bürgern Dietrich und Konrad von Weißensee und deren Erben "causa mutui pro pannis in centum marcis puri argenti ...", für Tuche also im Werte von 100 Mark reinen Silbers. Am 15. Februar 1332 bekannte Landgraf Friedrich von Thüringen, den Erfurter Bürgern Heynemannus de Gotha, Hugo Longus, Johann de Mulhusen, Theodoricus und Conradus de Wyzense 231 Mark reinen Silbers für farbiges Tuch und andere Waren schuldig zu sein. Am 11. Mai 1332 bekannte Landgraf Friedrich eine Schuld von 100 Silbermark für farbiges Tuch und Kürschnerware ("occasione varii vulgariter dicti buntwerg et pellium") gegenüber den Erfurter Bürgern Guntherus de Drivordia und Theodericus de Her-vesleiben, und am 16. Mai 1333 stellte er den Erfurter Bürgern Gerhard und Jakob vom See eine Schuldverschreibung über 30 Mark für Wein und Spezereien ("occasione vini et specierum") aus. Am 4. Juni 1333 bekannte Landgraf Friedrich, den Erfurter Krämern Conradus de Babinberg und Hermannus de Ysenach "triginta et septem sexagenas grossorum Pragensium occasione serici, specierum, pannorum sericeorum et aliorum apud eosdem mutuo receptorum", also 37 Schock Prager Groschen als Darlehen für Seide, Spezereien, Seidentuche und anderes, schuldig zu sein. Er versprach, das Geld am kommenden Michaelistage zu zahlen und stellte mehrere Bürgen. Nach einer Urkunde vom 20. Juni 1334 standen die Grafen Heinrich und Günther von Schwarzburg in der Schuld der Erfurter Bürger Hugo Lange, Titzel und Conrad von Wizzense und Johann von Mulhusen sowie deren Erben. Ihre Schuldverschreibung belief sich auf 229 Silbermark. 1334 stellten Graf Friedrich von Beichlingen, Herr zu Rotenburg und sein Vetter Graf Friedrich der Stadt Erfurt eine Schuldverschreibung über 500 Mark aus. Auf Borg (via mutui et nomine crediti) erhielten Graf Konrad und der Rat zu Wernigerode zehn lange und zehn kurze gefärbte Wollgewänder von Tuchhändlern aus Nordhausen im Werte von 150 Mark Nordhäuser Silbers, wofür sie sich zur Zahlung an einem festgesetzten Termin verpflichteten und Bürgen stellten.

48 Ebenda, S. 262 ff.

49 Vgl. Urkundenbuch Erfurt, T. 2, a. a. O., Nr. 93, S. 75 f.; Nr. 95, S. 77 f.; Nr. 98, S. 81; Nr. 102, S. 84; Nr. 105, S. 85 f.; Nr. 110, S. 87 f.; Nr. 111, S. 88; Nr. 117, S. 93; Nr. 118, S. 94 f.; Urkundenbuch Wernigerode, a. a. O., Nr. 96, S. 54 f.

Lassen diese Darlehen einerseits auf Mangel an flüssigen Geldmitteln oder gar Zahlungsunfähigkeit seitens der Grafen schließen, so beweisen sie andererseits: Die beteiligten Kaufleute verfügten über soviel Kapital, daß sie sich auch größte Außenstände leisten konnten.

Durch Verschuldung an städtische Warenhändler und jüdische Geldgeber sowie durch Verpfändungen wurden selbst die führenden Geschlechter des feudalen Hochadels in Thüringen schwer betroffen. Die einst mächtigen Grafen von Beichlingen gingen im 14. Jahrhundert ihrem wirtschaftlichen und politischen Verfall entgegen. Nach schwerer Verschuldung unter anderem an König Erich von Dänemark, Fürst Wizlaw III. von Rügen, Graf Nikolaus I. von Schwerin und Fürst Heinrich II. von Mecklenburg traten die Grafen Heinrich und Friedrich von Beichlingen in deren Dienst, 50

Dagegen konnten die Wettiner, die Grafen von Schwarzburg oder die Erzbischöfe von Mainz ihre finanziellen Schwierigkeiten im Zuge des Ausbaus und der Festigung feudalfürstlicher Territorialstaaten im Laufe der Zeit allmählich überwinden.

Seitens der Zentralgewalt verpfändete Städte sahen sich der Gefahr ausgesetzt, durch Landesherrn und Fürsten politisch usurpiert zu werden. Zwar war im 13. und 14. Jahrhundert angesichts der Labilität der Feudalherrschaft und der offensichtlichen Schwäche des feudalen Staatsapparates diese Gefahr vorerst noch gering; doch mit der Konsolidierung der partikularen Territorialstaaten im 15. Jahrhundert wuchs sie sich zur akuten Bedrohung der städtischen Selbständigkeit aus.

Völlig verschuldete unter dem Einfluß der Geldwirtschaft der niedere Adel; er wurde schließlich bedeutungslos.

"Lange ehe die Ritterburgen von den neuen Geschützen in Bresche gelegt, waren sie schon vom Geld unterminiert; in der Tat, das Schießpulver war sozusagen bloß der Gerichtsvollzieher im Dienst des Geldes." 51

3. Finanzkrise im Feudaladel und städtische Landgebietspolitik

Die Finanzkrise der herrschenden Feudalklasse hatte weitreichende ökonomische Wirkungen und politische Folgen. Sie erleichterte bzw. ermöglichte den Ankauf und die Inbesitznahme von Grundbesitzungen und Herrschaftsrechten innerhalb und außerhalb der Stadtmauern durch Bürger und Stadträte. Die Handelsgewinne der thüringischen Kaufleute sind in erheblichem Umfang in Grund- und Rentenbesitz innerhalb und außerhalb der Stadtmauern angelegt worden.

Die Erwerbung des Dorfes Stotternheim durch den Erfurter Rat für 150 Silbermark im Jahre 1269 hatte eine Territorialpolitik großen Stils eingeleitet, 52 Um

50 Pommersches Urkundenbuch, hg. v. Königlichen Staatsarchiv zu Stettin, Bd. 5, Abt. 1 (1311 - 1316), bearb. v. Otto Heinemann, Stettin 1903, Nr. 2997, S. 252 f. (Urkunde v. 10. 2. 1316); Mecklenburgisches Urkundenbuch, hg. v. Verein für Mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde, Bd. 6, Schwerin 1870, Nr. 3806, S. 190 f.

51 Engels, Friedrich, Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 394.

52 Urkundenbuch Erfurt, T. 1, a. a. O., Nr. 228, S. 144. - Über weitere Er-

1470 erreichte das Erfurter Landgebiet seine größte Ausdehnung. Damals gehörten zum Herrschaftsgebiet des Erfurter Rates zwei Städte - Erfurt und Sömmerda - und fast 100 Dörfer. Es umfaßte rund 910 Quadratkilometer. Von Sömmerda im Norden dehnte es sich bis Kirchheim im Süden aus, und es erstreckte sich von den Exklaven Vargula und Mühlberg im Westen bis zu denjenigen von Kapellendorf, Coppanz und Stobra im Osten. Seine Gesamtbevölkerung betrug schätzungsweise 42 000 bis 50 000 Menschen.

Das benachbarte und verbündete Mühlhausen besaß 19 Dörfer, also etwa ein Fünftel im Vergleich zu Erfurt.

Das erfurtische Gebiet entstand durch eine Reihe zum größten Teil nur stückweiser Erwerbungen mittels Kauf, Tausch und Eroberung. Am häufigsten scheint der friedliche Weg beschritten worden zu sein. Die Finanzkraft der Stadt und die Geldnot der Mainzer Erzbischöfe, der Landgrafen, der Grafen, des niederen Adels und der Kirchen in Thüringen waren meistens so zwingend, daß die Übernahme von Dörfern, Ländereien, Burgen und Hoheitsrechten wie ein Geschäft abgewickelt wurde. In der Regel traten bei derartigen Verkäufen die Vorbesitzer nicht ihre vollen Hoheitsrechte ab, sondern zweigten Gerechtsame ab und behielten sich andere vor: die hohe oder die niedere Gerichtsbarkeit, Zinsen an Geld und Naturalien sowie persönliche Dienste. So fanden sich oft innerhalb kleiner Gebiete mehrere städtische und Feudalgewalten mit verschiedenen Berechtigungen vereinigt, die vielfach ineinander übergriffen und fast stets miteinander im Streit lagen. Ein Teil der Besitzungen und Rechte ging nicht direkt an den Rat über, sondern gelangte in die Hände reicher Erfurter Patrizierfamilien.

Daß der Erfurter Rat das städtische Landgebiet und dessen Unterstellung unter seine unmittelbare Herrschaft als außerordentlich wichtig erachtete, beweist folgende Bestimmung des Zuchtbriefs von 1351: "Welcher Burger hat eygene Dörffer und Gerychte, der sal sie niergent noch niemant verkaufen, er enhab die dane vor geboten dem Rathe."⁵³

Eine wichtige Triebkraft in der Landgebietspolitik der Stadt Erfurt war die Sorge um den Schutz des Handels. Die größeren mittelalterlichen Gewerbe- und Handelsstädte, zu denen Erfurt zu rechnen ist, strebten vordringlich danach, wichtige Handelsstraßen beherrschende Feudalburgen möglichst in ihre Hand zu bekommen. Gelang die Erwerbung einer solchen Burg, so war damit jede Räuberei und Straßensperrung von diesem Punkt aus unterbunden worden; außerdem konnte dann von diesem festen Platz aus ein wirksamer Schutz der Umgegend ausgeübt und dieser zu einem Verwaltungsmittelpunkt entwickelt werden. Aber der Hauptwert der Burg lag auf militärischem Gebiet. Erfurt ist es gelungen, zur Überwachung und zum Schutz der Handelsstraßen, natürlich auch der Stadt selbst und ihres Landgebietes, mehrere Burgen (Tonndorf, Vippach, Mühlberg) zu erwerben und durch Landerwerb Sicherungen bis an die Unstrut (Groß-Vargula und Sömmerda), bis zur Werra (Brandenburg) und bis zur Saale in die Nähe von Jena (Kapellendorf, Leuchtenburg) vorzutreiben. 1366 wollten die Erfurter die im Besitz der Grafen von Schwarzburg befindlichen Burgen Wachsenburg, Liebenstein (bei Plaue) und

furter Besitzerwerbungen vgl. ebenda, Nr. 242, S. 152; ebenda, T. 2, Nr. 30, S. 21; Nr. 31, S. 23; Nr. 227, S. 183 - 185; Nr. 599, S. 446 ff.

53 Der Erfurter Zuchtbrief vom Jahre 1351, hg. v. Karl Eduard von Förstemann, in: Neue Mitteilungen aus dem Gebiet historisch-antiquarischer Forschungen, Nr. 2/1844, Art. 86, S. 116.

Schwarzwald kaufen⁵⁴, um die Thüringer Waldstraßen schützen zu können. Doch wurde ihr Vorhaben von den Wettinern hintertrieben.

Eine derartige städtische Landgebiets- und Burgenpolitik war im späten Mittelalter eine weit verbreitete Erscheinung.⁵⁵

Neben der Straßensicherung war das Landgebiet für die Städte wirtschaftlich ganz allgemein und für die Gewerbe- und Handelsstädte insbesondere von unschätzbarem Wert.⁵⁶ Es stellte ein Lebensmittel- und Rohstoffreservoir der Stadt sowie ein Liefergebiet für Handelswaren und ein Absatzgebiet für städtische Gewerbeprodukte dar. Für Erfurt und Mühlhausen bildete es einen wichtigen Teil der ökonomischen Basis für Produktion und Handel vor allem auf dem Gebiet der die Stadtwirtschaft bestimmenden Waid- und Tuchbranche.⁵⁷ Dadurch wurden größere ländliche Gebiete in die Ware-Geld-Beziehungen einbezogen, an den städtischen Markt herangeführt und eine marktorientierte landwirtschaftliche Produktion gefördert.

Die städtische Landgebietspolitik schmälerte die ökonomische Basis des Feudaladels und stärkte diejenige des Bürgertums.

Indem sich auf diese Weise der Einfluß der Städte und die Wirksamkeit des Kaufmanns- und Wucherkapitals innerhalb der Feudalgesellschaft ausprägten, vertiefte sich der Gegensatz zwischen Feudaladel und Städten, verstärkte sich der Klassenkampf zwischen Bürgertum und herrschender Feudalklasse im thüringischen Raum.

Daß die Landgebietspolitik der Städte ein wichtiges Element im Klassenkampf darstellte, wurde ihnen von ihren Gegnern selbst bestätigt. Am 12. Oktober 1397 suchte König Wenzel auf Veranlassung der sächsischen Fürsten den Städten Erfurt, Nordhausen und Mühlhausen alle Erwerbungen "an slossen, dorffern, gericht und an andern gutern, welcherley die sein, sie sein frey oder eygen, in dem lande zu Duryngen und dorumb getan und gekawffet haben", zu verbieten, und er erklärte die bisherigen Erwerbungen für ungültig, weil dadurch der Fürsten Macht gemindert werde.⁵⁸ Tatsächlich verhinderte die städtische Landgebiets-

⁵⁴ Vgl. Gebser, Wilhelm, Bündnisse, Schutz- und Dienstverträge der Städte Erfurt, Mühlhausen, Nordhausen, phil. Diss. Göttingen 1909, S. 17.

⁵⁵ Vgl. z. B. Germer, Heinz, Die Landgebietspolitik der Stadt Braunschweig bis zum Ausgang des 15. Jahrhunderts, Göttingen 1937 = Studien und Vorarbeiten zum Historischen Atlas Niedersachsens, Bd. 16; Dannenbauer, Heinz, Die Entstehung des Territoriums der Reichsstadt Nürnberg, Stuttgart 1928; Düker, Albert, Lübecks Territorialpolitik im Mittelalter, phil. Diss. Hamburg 1932, Bremen 1932; Raiser, Elisabeth, Städtische Territorialpolitik im Mittelalter. Eine vergleichende Untersuchung ihrer verschiedenen Formen am Beispiel Lübecks und Zürichs, Lübeck/Hamburg 1969 = Historische Studien, Bd. 406.

⁵⁶ Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, a. a. O., S. 809; Schmidt-Renner, Gerhard, Ökonomisch-geographische Grundsatzfragen der Städtebildung, in: Geographische Berichte, Nr. 1/1958, S. 25; Körner, Fritz, Die Bevölkerungsverteilung in Thüringen am Ausgang des 16. Jahrhunderts, in: Wissenschaftliche Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für Länderkunde, Neue Folge, Nr. 15 - 16/1958, S. 231.

⁵⁷ Vgl. Majer, V. E., Socialno-ekonomičeskie sdvigi v rajonach proizvodstva i trgovli vajdoj v Germanii XIV - XVII vv., in: Srednie veka, Bd. 34, Moskau 1971, S. 145 - 162.

⁵⁸ Urkundenbuch Erfurt, T. 2, a. a. O., Nr. 1104, S. 791 f.

politik die Schaffung geschlossener fürstlicher Territorialstaaten; sie bedeutete überhaupt, daß die Feudalgewalten auf einem entscheidenden Sektor des gesellschaftlichen Lebens in ökonomischer und politischer Hinsicht zurückgedrängt wurden. Die Feudalherren und feudalen Stadtherren konnten Grundbesitzungen sowie wichtige Herrschafts- und Hoheitsrechte innerhalb und außerhalb der Städte nicht verpfänden oder gar veräußern, ohne dadurch gleichzeitig ihre politische Stellung zu schwächen. Das Geld wurde in zunehmendem Maße als Hebel angesetzt, um den Ausbau der städtischen Autonomie voranzutreiben und die Stellung des Bürgertums in der Feudalgesellschaft weiter zu stärken.

Gleichzeitig trug die Landgebietspolitik der Städte die Gefahr der Feudalisierung bestimmter Bereiche des städtischen Lebens und der bürgerlichen Oberschicht in sich. Sofern Stadträte und Patrizier umfangreichen Grundbesitz außerhalb der Stadt erwarben und darüber verfügten, konnten sie selbst "ebenso Bauernschinder"⁵⁹ wie die Feudalherren sein. Sie bildeten die feudalisierende Fraktion der städtischen Oberschicht⁶⁰, die gerade auch in Erfurt stark vertreten war. Sie betrieben von Anfang an eine intensive Ausnutzung ihres dörflichen Exploitationsgebietes, und sie konkurrierten mit den Feudalherren um einen möglichst hohen Anteil am bäuerlichen Mehrprodukt.

Die Ausbreitung von Geldwirtschaft, Kreditwesen und Wucher trug dazu bei, im 14. Jahrhundert die sozialen Spannungen zu erhöhen und den Hauptklassengegensatz im Feudalismus zu verschärfen. Die verschuldeten Feudalherren suchten die Ausbeutung der Bauern zu verstärken, während diese die Feudalabgaben möglichst niedrig zu halten suchten.

In dieser Hinsicht ist das Vorgehen der regionalen Feudalgewalten gegen den Marktflecken Kindelbrück im Jahre 1359 sehr aufschlußreich, das auch von den Räten des Thüringer Dreistädtebundes unterstützt wurde.⁶¹ Die Wettiner hatten Kindelbrück den Grafen von Beichlingen gegen eine Geldzahlung pfandweise überlassen. Die Brüder Heinrich und Hermann von Beichlingen verpfändeten Kindelbrück neben anderen Besitzungen 1350 zeitweilig dem Rat der Stadt Erfurt. Die Grafen von Beichlingen befanden sich, wie bereits festgestellt worden ist, in arger wirtschaftlicher Bedrängnis und waren an Erfurt und andere Städte verschuldet. Deshalb versuchten sie, aus den Kindelbrücker Bauern möglichst viel herauszupressen. Diese wurden mit Frondiensten und Abgaben so schwer belastet, daß sich die Bewohner beim Landgrafen beschwerten und den Beichlingern alle Leistungen verweigerten. Daraufhin griff Hermann - unterstützt von Erfurt, Mühlhausen und Nordhausen - Kindelbrück an, ließ viele Bauern erschlagen und andere gefangennehmen, den Ort plündern und fast ganz niederbrennen.

59 Diese Bemerkung von Engels, Friedrich, Varia über Deutschland, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 590, bezieht sich auf das Verhältnis des Ulmer Rates zu den ihm untergebenen Bauern zu Anfang des 16. Jahrhunderts.

60 Vgl. derselbe, Der Status quo in Deutschland, in: ebenda, Bd. 4, Berlin 1959, S. 47 f.

61 Hagedorn, Wilhelm, Geschichte der ehemaligen Grafen von Beichlingen, in: Pflüger, 5. Jg. 1928, S. 156; Düringische Chronik des Johann Rothe, hg. v. R. v. Liliencron, Jena 1859, S. 605 f. = Thüringische Geschichtsquellen, Bd. 3; Urkundliche Nachrichten über die Städte, Dörfer und Güter des Kreises Weißensee, Beitrag zu einem Codex Thuringiae Diplomaticus, hg. v. F. B. v. Hagke, Weißensee 1867, S. 149 ff., insbesondere S. 154 f., 166.

Auch in den Städten häuften die Verschuldung von Teilen der Stadtgemeinden sowie zahlreicher Adelsgeschlechter an reiche Patrizier und Ratsherren, hohe Steuern, Wucher und Preistreiberei manche Konfliktstoffe an, die zu innerstädtischen Auseinandersetzungen und insbesondere zu Aufständen der Stadtarmut führten.⁶²

4. Handelsgesellschaften und städtische Bündnispolitik im 14. und 15. Jahrhundert

Die ersten thüringischen Handelsgesellschaften mit interlokaler, überregionaler Handelstätigkeit sind, wie bereits festgestellt wurde, in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts in den Quellen nachzuweisen. In diesem Zeitraum vollzog sich auch der Beitritt Mühlhausens zum Rheinischen Bund, und es entwickelten sich die Beziehungen Erfurts, Mühlhausens und Nordhausens zur Hanse, die sich nach dem Zusammenschluß dieser Städte zum Thüringer Dreistädtebund in den Jahren 1304 bis 1306 weiter verstärkten.

Die weitere Entwicklung des Warenhandels und der Geldwirtschaft war eng mit der wachsenden Rolle der Handelsgesellschaften und Städtebünde im 14. und 15. Jahrhundert verbunden.

Erste Belege über den gemeinsamen Betrieb des Waidhandels durch Handelsgesellschaften sind aus dem 14. Jahrhundert überliefert. Die Ansicht Alfred Rachs⁶³, eine beweiskräftige Nachricht über das tatsächliche Bestehen von Waidhandelsgesellschaften läge erst aus dem Jahre 1446 vor, ist irrig. Auf die Organisation des Waidhandels thüringischer Kaufleute wirkte die Tatsache ein, daß zwischen dem Kauf des Waids vom Bauern und dem Absatz der Ware an den Verbraucher eine Zeitspanne von fast einem Jahr lag; diese relativ lange Umschlagszeit im Waidhandel verursachte einen großen Kapitalbedarf. Da vor dem 15./16. Jahrhundert derartige Kapitalien nur selten in einer Hand vereinigt waren, fanden sich die thüringischen Waidhändler frühzeitig zu Kompaniegeschäften und Handelsgesellschaften zusammen. Der Erfurter Zuchtbrief von 1351 enthält Bestimmungen über die Bürger, "die da geselschaft haben an weydtkauffen",⁶⁴ Danach hatten diejenigen Erfurter Bürger, die sich untereinander zu Waidhandelsgesellschaften vereinigten, ungeachtet ihrer Einlage den Gewinn stets "noch der manzahl und nit noch der Marckzale" in gleiche Teile zu teilen. Nicht nach den eingezahlten Kapitalien, sondern nach der Anzahl der Gesellschafter sollte also der Gewinn verteilt werden. Dieses Statut weist die Existenz von Waidhandelsgesellschaften schon für das 14. Jahrhundert unzweifelhaft nach. In ihm kommt das Streben nach möglichst großer wirtschaftlich-sozialer Gleichheit zum Ausdruck; eine Monopolisierung des Waidhandels in den Händen weniger ganz reicher Kaufleute sollte dadurch unterbunden werden. Selbst die Beteiligung Fremder wurde im Zuchtbrief von 1351 gestattet; wie die Bürger der Stadt durften sie den Ballenwaid, den die Bauern anlieferten, zur Weiterverarbeitung aufkaufen.⁶⁵ Es war aber den Erfurter Bürgern verboten, mit auswärtigen Leuten (Gästen), die nicht das Bürgerrecht besaßen, in

62 Vgl. Mägdefrau, Werner, Die Bedeutung der Volksbewegungen im Thüringer Dreistädtebund, a. a. O., S. 1314 ff.

63 Rach, Alfred, Die zweite Blütezeit des Erfurter Waidhandels, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 171, 1959, S. 33.

64 Der Erfurter Zuchtbrief vom Jahre 1351, a. a. O., Art. 90, S. 117.

65 Ebenda, Art. 35, S. 116; Art. 89, S. 117.

der Stadt nicht ihren Wohnsitz hatten und kein Geschoß zahlten, eine Gesellschaft zu gründen.⁶⁶

Das Prinzip der Gleichheit aller Mitglieder einer Waidhandelsgesellschaft und deren Anspruch auf gleiche Gewinnbeteiligung ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Kapitalanteils schleppten sich durch alle weiteren Regelungen bis in die Waidkäuferordnung von 1612. Diese Bestimmungen erwiesen sich seit dem 15. Jahrhundert mehr und mehr als lästige Fessel, die die Akkumulation von großen Kapitalien und damit die Entwicklung des Kapitalismus hemmten. Daß sich trotz dieser Bestimmung des Zuchtbriefs eine wohlhabende Schicht von Waidhändlern herausgebildet haben mußte, zeigt eine Verordnung des Erfurter Rates aus dem 15. Jahrhundert. Darin wurde - sicher auf Betreiben der reichen Waidhändler - festgelegt, daß jeder, der mit Waid handeln wollte, jährlich mindestens 1 000 Gulden bei der Stadt Erfurt verschossen mußte.⁶⁷ Diese Beschränkung in der Ausübung des Waidhandels entsprach dem wirtschaftlichen Interesse eines nur kleinen Kreises vermöglicher Bürger: der privilegierten Gruppe von Waidhändlern oder Waidjunkern,

Wie Horst Jecht feststellt⁶⁸, war der thüringische Waidhandel in die Oberlausitz und nach Schlesien bis ins 15. Jahrhundert hinein Wanderhandel; die Kaufleute zogen von einem Ort zum anderen, ohne in den einzelnen Städten eigene Niederlassungen zu begründen. Die Führung ihrer mehrspännigen schweren Wagen hatten die Waidhändler selbst; die Wagenkolonne wurde von Handelsdienern und Knechten begleitet, die alle bewaffnet waren. Gleichzeitig traten damals neben Waidhändlern, die noch ihre eigenen Fuhrleute waren, Handelsdiener auf dem Görlitzer Waidmarkt in Erscheinung, die im Auftrage von Waidgroßhändlern die Geschäfte abwickelten. So übernahm der Handelsdiener Berlitt Leichtberg 1446 im Auftrage zweier Erfurter Handelsgesellschaften den Transport und Verkauf des Waids nach bzw. in Görlitz. 1455 war ein Famulus namens Johannis Funcken de Erfordia bevollmächtigt, in Görlitz Außenstände für Waid einzuziehen. Diese Handelsdiener standen zum Waidhändler in einem günstigen Lohnverhältnis. Der Vertrieb durch beauftragte Handelsdiener war ein Fortschritt in der Organisation des Erfurter Waidhandels, der sich seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts stärker durchsetzte.

Mehrere neue Entwicklungsmomente erforderten seitens der Thüringer, insbesondere der Erfurter Waidhändler die stärkere Konzentration auf die Waidproduktion, den Ausbau eines Faktoreisystems insbesondere in Görlitz, dem wichtigsten ostdeutschen Waidumschlagsplatz, sowie die Schaffung weiterer interlokaler Handelsgesellschaften und die Erschließung neuer Absatzgebiete. Dies waren vor allem der gesteigerte Farbstoffbedarf in den zu kapitalistischen Produktionsformen übergehenden Textil- und Färbereibetrieben und die anwachsende Konkurrenz Nürnberger, Frankfurter und Augsburgischer Handelsgesellschaften im Waidgeschäft.⁶⁹

66 Ebenda, Art. 83, S. 116.

67 Wiemann, Erich, Beiträge zur Erfurter Ratsverwaltung des Mittelalters, T. 2, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt, Bd. 52, 1938, S. 32.

68 Jecht, Horst, Beiträge zur Geschichte des ostdeutschen Waidhandels und Tuchmachergewerbes, T. 1, in: Neues Lausitzisches Magazin, Bd. 99, 1923, S. 71.

69 Über das Eindringen des oberdeutschen Handelskapitals in den thüringischen Waidhandel vgl. Dietz, Alexander, Frankfurter Handelsgeschichte, Bd. 1, Frankfurt (Main) 1910, S. 229 ff. - Im Jahre 1404 wurde "Heinricus eylsinger de nornbg" aus Handelsgründen Bürger von Erfurt. (Vgl. Erfurter Bürgerbuch von 1384 - 1419, vorhanden in: Stadtarchiv Erfurt 2/130-1, S. 59 v.) Dieser

Nicht nur Bürger aus Erfurt und Görlitz vereinigten sich zu Kompaniegeschäften. Um 1500 schlossen sich auch der Erfurter Christoph Rebal und Veit Schach aus Frankfurt (Oder) zu einer Handelsgesellschaft zusammen.⁷⁰ Deren Ziel war der gemeinsame Vertrieb von Waid unter anderem nach Frankfurt (Oder), Prag, Budweis, Glogau, Zittau. Im 16. Jahrhundert schlossen sich Kaufleute aus Erfurt, Görlitz und Wrocław zu Handelsgesellschaften zusammen.⁷¹

Von mindestens ebenso großer Bedeutung wie die an der Hohen- oder Königsstraße und ihren Abzweigungen agierenden Handelsgesellschaften war die Handels- und Kapitalverbindung auf den Transitrouten zwischen Nürnberg, Erfurt und Lübeck durch gemeinsame Handelsgesellschaften von Bürgern der genannten Städte im 14. und 15. Jahrhundert.⁷²

Die Handelsgesellschaften förderten die Warenzirkulation und führten zur beschleunigten Akkumulation von Kaufmannskapital. Sie verstärkten die überregionale Kommunikation zwischen den Wirtschafts- und Handelszentren des Reiches, sie sicherten bzw. festigten den Zusammenschluß und Zusammenhalt von Städten und Städtegruppen in Form der Städtebünde.

Nachhaltig wirksam wurde im thüringischen Raum während der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts der Einfluß der Hanse und des hansischen Kaufmannskapitals. Die Beziehungen des seit 1304/1306 bestehenden Thüringer Städtebundes zwischen Erfurt und den beiden Reichsstädten Mühlhausen und Nordhausen zur Hanse erlangten in diesem Zeitraum insofern eine neue Qualität, als die seit dem 13. Jahrhundert florierenden Wirtschaftsverbindungen zur Grundlage politischer Koalitionen zwischen diesen Städtegruppen wurden.⁷³ Diese politischen Bündnisbeziehungen zwischen dem großen Städtebund der Hanse und dem kleinen Thüringer Dreistädtebund wurden mit dem Austritt Erfurts, Mühlhausens und Nordhausens aus dem Goslarer Bund in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre des 15. Jahrhunderts wieder gelöst, wie der Thüringer Dreistädtebund selbst in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts infolge des sich in der deutschen Geschichte durchsetzenden feudalstaatlichen Partikularismus wieder zerfiel. Es bestanden jedoch weiterhin, auch im 16. Jahrhundert, starke hansisch-thüringische Wirtschaftsbeziehungen. Aber der Einfluß des hansischen Handelskapitals wurde seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts im mittel- und ostdeutschen Raum durch das oberdeutsche Kapital mehr und mehr zurückgedrängt, und zwar im Zuge der Herausbildung frühkapitalistischer Produktionsformen.

Heinrich Eislinger war Mitglied der Nürnberger Gruber-Gesellschaft. (Vgl. Stromer v. Reichenbach, W., Die Nürnberger Handelsgesellschaft Gruber-Podmer-Stromer im 15. Jahrhundert, Nürnberg 1963, S. 13, 70 = Nürnberger Forschungen, Bd. 7; Acta betr. Niederlage und Schätzung des Waides 1490 - 1546 [Staatsarchiv Dresden, Loc. 7413, Bl. 62 - 64]; Allerhand Schreiben der Sechsstädte ... und etlicher Städte in Thüringen ... 1520 - 42. [Ebenda, Bl. 56, 62 f., 69, 94 f., 96, 98 ff.]).

⁷⁰ Jecht, Horst, a. a. O., S. 84.

⁷¹ Derselbe, Zur Handelsgeschichte der Stadt Görlitz im Mittelalter, in: Oberlausitzer Forschungen, Leipzig 1961, S. 123.

⁷² Nordmann, C., Nürnberger Großhändler im spätmittelalterlichen Lübeck, Nürnberg 1933, S. 46, 84, 147 = Nürnberger Beiträge zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Nr. 37/38; Fink, G., Die Lübecker Leonhardsbrüderschaft in Handel und Wirtschaft bis zur Reformation, in: Lübsche Forschungen 1921, S. 333.

⁷³ Vgl. Mägdefrau, Werner, Die Bedeutung der Volksbewegungen im Thüringer Dreistädtebund, a. a. O., S. 1310 ff.

5. Frühkapitalistische Anfänge

"Mit der umfassenden Kapitalakkumulation waren günstige Voraussetzungen für das Einfließen des Kapitals in die Produktion gegeben, so daß vor allem der Bergbau seit den letzten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts auf der Basis der Herausbildung kapitalistischer Produktionsformen einen enormen Aufschwung nehmen konnte. Diese Tatsache war nicht nur von Bedeutung, weil damit in einem der wichtigsten Produktionszweige eine qualitativ neue Stufe in der Entwicklung der Produktionsverhältnisse erreicht wurde, sondern weil von ihm auch kräftige Impulse für andere Zweige der gewerblichen Produktion ausgingen."⁷⁴

In diesem Prozeß spielten im thüringisch-sächsischen Raum oberdeutsche Unternehmer, Kapital- und Handelsgesellschaften eine erstrangige Rolle.⁷⁵ Nürnberger Unternehmer legten die ersten Saigerhütten in Thüringen an, so 1461 in Schleusingen, 1464 in Steinach, 1479 bei Eisfeld an der Werra. In diesem Gebiet standen nicht nur das für den Hüttenbetrieb erforderliche Holz und Wasser sowie günstige Handelswege, sondern offenbar auch die benötigten Arbeitskräfte zur Verfügung. Die Nürnberger nahmen am Mansfelder Kupferbergbau sowie am Silberbergbau um Freiberg, Annaberg und Schneeberg ebenfalls bedeutenden Anteil. Daneben entwickelten Frankfurter und Leipziger Großkaufleute starke Aktivitäten im mitteldeutschen Bergbau und Metallhandel. Seit 1495 bestand das Hütten- und Hammer-

74 Vogler, Günter, Probleme der Klassenentwicklung in der Feudalgesellschaft. Betrachtungen über die Entwicklung des Bürgertums in Mittel- und Westeuropa vom 11. bis zum 18. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 10/1973, S. 1201.

75 Vgl. Laube, Adolf, Studien über den erzgebirgischen Silberbergbau von 1470 - 1546, Berlin 1974; Pach, Sigismund Paul, The role of East-Central Europe in international trade, a. a. O., S. 229, 237 u. a.; Westermann, E., Das Eislebener Garkupfer und seine Bedeutung für den europäischen Kupfermarkt 1460 - 1560, Köln 1971; Dietrich, Richard, Untersuchungen zum Frühkapitalismus im Mitteldeutschen Erzbergbau und Metallhandel, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 7, 1958, S. 141 - 206; Bd. 8, 1959, S. 51 - 119; Bd. 9/10, 1961, S. 127 - 194. - Im 15. Jahrhundert spielten Nürnberger Kaufleute, u. a. Hans Eislinger, Georg Stromer, Hans und Ulrich Gruber, in Magdeburg, Halle und Leipzig wegen ihrer Interessen am Bergbau und Kupferhandel Mansfelds, Eislebens und Goslars sowie am Waidgeschäft eine große Rolle. (Vgl. Stromer v. Reichenbach, W., a. a. O., S. 70.) Weiter vgl. Amman, Hektor, Die wirtschaftliche Stellung der Reichsstadt Nürnberg im Spätmittelalter, Nürnberg 1970, insbesondere S. 105, 142 f. = Nürnberger Forschungen, Bd. 13; Nürnberg-Geschichte einer europäischen Stadt, hg. v. G. Pfeiffer, München 1971, S. 177; Beiträge zur Wirtschafts-geschichte Nürnbergs, hg. v. Stadtarchiv Nürnberg, Bd. 1, Nürnberg 1967, S. 121 (über den Nürnberger Bürger Lukas Schütz in Eisleben und die Belieferung der Fugger-Hütte Hohenkirchen mit Goslarer Blei), S. 133 (über die Interessen von Endres Kaltenhauser an der Gräfenenthaler Saigerhütte), S. 134 (über den Verkauf eines Teils der Hütte in Schwarza durch Barbara Reytvogel und Bernhard Straub an den Augsburger Anton Herwart 1499), S. 140 (über Bleitransport aus Frankfurt zur Schmelzhütte einer Nürnberger Handelsgesellschaft im Thüringer Wald), S. 156 (über die Steinacher Saigerhandelsgesellschaft), S. 161 (über die Tätigkeit von Hans Mugenhofer in Erfurt 1406), S. 354 ff., 391 (über Nürnbergs Kupferhandel).

werk der Fugger zu Hohenkirchen bei Georgenthal in Thüringen. Aus Ungarn wurde Kupfer aus dem ungarischen Thurzó-Fuggerschen Handels- und Kupferunternehmen dorthin gebracht und weiterbearbeitet⁷⁶, das dann über Erfurt nach Nürnberg und Frankfurt (Main) oder über Lübeck und Hamburg nach Antwerpen auf die Märkte kam.

In geringerem Maße war seit der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts Erfurter Kapital am Abbau der sächsischen Silbergruben um Schneeberg und Annaberg, an den Bergwerken bei Goldkronach im Fichtelgebirge sowie an Mansfelder Hüttenwerken beteiligt.⁷⁷ In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts besaß der reiche Nordhäuser Bürgermeister Michael Meyenburg Anteile an Mansfelder Hüttenwerken und an der Steinacher Saigerhütte.⁷⁸

Die Umwandlung von Handelskapital in industrielles Kapital sowie der Gesamtprozeß der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals im Bergbau und Hüttenwesen sind weiterhin durch die Schaffung einer großen Masse von Lohnarbeitern gekennzeichnet. Zum Beispiel finden allein in der Suhler Bergwerksordnung von 1474 über 800 beschäftigte Lohnarbeiter Erwähnung. Noch vor den Stürmen der frühbürgerlichen Revolution traten im letzten Drittel des 15. Jahrhunderts die Bergleute im Thüringer Wald und im Erzgebirge sowie 1507 und 1511 im Mansfelder Gebiet mit eindrucksvollen Kampffaktionen gegen ihre Unterdrücker auf.⁷⁹

Insbesondere der Erzbergbau und das Hüttenwesen waren "das letzte treibende Moment . . . , das Deutschland 1470 - 1530 ökonomisch an die Spitze Europas stellte und damit zum Mittelpunkt der ersten bürgerlichen Revolution . . . machte".⁸⁰

Außer im Bergbau und Hüttenwesen gelangten die ersten Ansätze kapitalistischer Produktionsformen, die sich im Schoße des Feudalismus in der thüringischen

⁷⁶ Vgl. Koch, E., Das Hütten- und Hammerwerk der Fugger zu Hohenkirchen bei Georgenthal in Thüringen 1495 - 1549, in: Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte und Altertumskunde, Bd. 26, 1926, S. 308 f.; Pach, Sigismund Paul, The role of East-Central Europe in international trade, a. a. O., S. 237; derselbe, Diminishing share of East-Central Europe in the 17th century international trade, in: Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae, Bd. 16, 1970, S. 296; derselbe, Zur Geschichte der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn im 15. und 16. Jahrhundert, a. a. O., S. 251.

⁷⁷ Langer, Erika, Überregionale Handelsbeziehungen thüringischer Städte im 15. Jahrhundert, a. a. O., S. 197.

⁷⁸ Silberborth, Hans, Der Nordhäuser Bürgermeister Michael Meyenburg als Mansfelder Kupferhändler, in: Zeitschrift des Harzvereins, Bd. 65, 1932, S. 111 - 129; Müller, R. H. W., Michael Meyenburg, Stadtschreiber und Bürgermeister der Reichsstadt Nordhausen (1491 - 1555), in: Der Nordhäuser Roland, 1955, S. 213, 271 - 273, 295 f.

⁷⁹ Vgl. Häfner, Johann Reinhard, Die sechs Kantonen der vormaligen Herrschaft Schmalkalden, T. 2, Schmalkalden/Meiningen 1808 - 1820, S. 35 ff.; Meiche, Alfred, Historisch-topografische Beschreibung der Amtshauptmannschaft Pirna, Dresden 1927, S. 77; Paterna, Erich, Da stunden die Bergleute auf. Die Klassenkämpfe der mansfeldischen Bergarbeiter im 16. und 17. Jahrhundert und ihre ökonomischen und sozialen Ursachen, Berlin 1960 = Geschichte der Fabriken und Werke, Bd. 6.

⁸⁰ Engels, Friedrich, an Karl Kautsky, Brief vom 15. September 1889, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 37, Berlin 1967, S. 274.

Wirtschaft im Laufe der Entwicklung gebildet hatten, seit den letzten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts im Textil- und Metallgewerbe sowie in der Waidproduktion zur kraftvoller Entfaltung.⁸¹

Literaturkritik

- 81 Vgl. Genезis kapitalizma, Moskau 1965, S. 122 (über die Schafzuchtwirtschaften feudaler Grundherren und den Ruin von Bauern in Thüringen); Smirin, M. M., K istorii rannego kapitalizma v germanskich zemljach (XV - XVI vv.), Moskau 1969; Maier, W. E., a. a. O., S. 145 - 162 (über die immer umfassendere Verbreitung und Ausnutzung von Lohnarbeit auf dem Lande und in den Städten, die Entstehung von Manufakturbetrieben für die Herstellung des Farbstoffes Waid in Erfurt u. a.); Steinmetz, Max, Deutschland von 1476 bis 1648 (Von der frühbürgerlichen Revolution bis zum Westfälischen Frieden), Berlin 1967 = Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), Bd. 3; Forschungen zur Geschichte Thüringens 1945 - 1965, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 2 - 3/1967, S. 237 ff. (mit weiteren Literaturangaben); Laube, Adolf/Steinmetz, Max/Vogler, Günter, Illustrierte Geschichte der deutschen frühbürgerlichen Revolution, Berlin 1974; Heitz, Gerhard/Laube, Adolf/Steinmetz, Max/Vogler, Günter, Der Bauer im Klassenkampf, Berlin 1975. - Eine eingehende Untersuchung über die Herausbildung kapitalistischer Produktionsformen im Wirtschafts- und Klassengefüge der Feudalgesellschaft auf der Grundlage des thüringischen Materials ist eine vorrangige Forschungsaufgabe der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, zumal Thüringen in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts ein Zentrum der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland darstellte.

Liiporinwiri

55 JAHRE SOWJETMACHT IN ZAHLEN

Bemerkungen zu zwei statistischen Nachschlagewerken über die ökonomische Entwicklung der Sowjetunion zwischen 1917 und 1972

Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922 - 1972 gg. Jubilejnyj statističeskij ežegodnik
Statistika, Moskau 1972, 848 Seiten, 2, 96 Rubel

My i planeta. Cifry, fakty

Izdatelstvo političeskoj literatury, Moskau 1972, 272 Seiten, 0, 33 Rubel

von Jörg Roesler / Jürgen Wilke

Für die wirtschaftshistorische Forschungsarbeit gewinnen quantitative Methoden und Verfahren immer mehr an Bedeutung. Dabei stellt das dialektische Wechselverhältnis von Qualität und Quantität den Ausgangspunkt für die wissenschaftliche Forschung dar. Es gibt keine rein qualitativen und auch keine nur quantitativen Untersuchungen, denn beide sind die zwei Seiten jeder Entwicklung und können nicht losgelöst voneinander betrachtet werden. Wer von dieser Prämisse ausgeht, verliert bei wissenschaftlicher Arbeit nicht den Boden unter den Füßen.

Es besteht oft für den Wirtschaftshistoriker das Problem, ökonomische Abläufe und Erscheinungen der Vergangenheit zu messen, zu ordnen, zu gruppieren und möglichst zahlenmäßig oder in quantifizierter Form zu beschreiben. Die Darstellung ökonomischer Entwicklungen mit Hilfe von mathematischen und statistischen Verfahren auf der Grundlage einer ökonomischen Theorie bedeutet an sich nichts Neues in diesem Bereich der Gesellschaftswissenschaften, und die Schwierigkeiten sollten deshalb nicht überbewertet werden. Allerdings verhielten sich die Historiker gegenüber der Mathematik und Statistik - bis auf wenige Ausnahmen - recht konservativ und zurückhaltend. Die Bedeutung der empirischen Arbeit und die Analysetätigkeit mit Hilfe mathematischer und statistischer Methoden wurde in der Vergangenheit von den Wirtschaftshistorikern nicht ausreichend erkannt, und in ihrer Forschung fanden mathematische Methoden selten Eingang. Das Arsenal mathematischer und statistischer Methoden wartet auf eine adäquate Anwendung in der wirtschaftshistorischen Forschung.

Die technische Seite, nämlich die moderne elektronische Rechentechnik für die Verarbeitung und Auswertung großer Datenmengen, ist gegeben, so daß in vertretbarer Zeit umfangreiche Zahlenberge aufgearbeitet werden können. Die wissenschaftliche Analyse zumeist zahlenmäßig ausgedrückter ökonomischer Kennziffern steht am Ende wissenschaftlicher Untersuchungen von Wirtschaftshistorikern. Vorerst besteht die Aufgabe, aussagekräftiges Datenmaterial für die entsprechende Problematik zu sammeln, was oft mit einer zeitaufwendigen Recherchearbeit in Archiven und Bibliotheken verbunden ist. Der Historiker befindet

sich in einer glücklichen Lage, wenn er auf Standardwerke der amtlichen Statistik, so zum Beispiel auf statistische Jahrbücher, zurückgreifen kann. Es liegt eine ganz besonders günstige Ausgangssituation vor, wenn er über für lange Zeiträume vergleichbares Zahlenmaterial verfügen kann, so daß er die Sisyphusarbeit der Recherche vermeiden und zur eigentlichen Auswertung übergehen kann. Bei einigen wissenschaftlichen Arbeiten der Wirtschaftsgeschichte wird die Auswertung des mit viel Mühe gesammelten Zahlenmaterials - unter Umständen auch aus mangelnder Kenntnis an geeigneten Verfahren und Methoden - nicht oder unzureichend vorgenommen. Das Datenmaterial dient dann nur zur "Illustration" (zumeist im Anhang einer Arbeit befindlich).

Mit der Herausgabe der Jubiläumsausgabe des Statistischen Jahrbuches über die Volkswirtschaft der Sowjetunion 1922 bis 1972 wurde dem Wirtschaftshistoriker und besonders dem Spezialisten der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus umfangreiches statistisches Material zur Verfügung gestellt, so daß der Nutzer umgehend mit der Auswertung beginnen kann. Im folgenden können nicht alle Wirtschaftsbereiche hinsichtlich ihrer statistischen Repräsentanz untersucht werden. Die Rezension muß sich auf einige bemerkenswerte Teile beschränken, die für den Wirtschaftshistoriker von Interesse sein dürften. Außerdem wird dieses statistische Jahrbuch mit einigen anderen statistischen sowjetischen Publikationen, unter anderem "Wir und die Welt" und "40 Jahre Sowjetmacht in Zahlen", verglichen. Die Jubiläumsausgabe enthält viele Angaben über das Territorium, die Bevölkerung, über wichtige und grundlegende Kennziffern der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR. Ein 36 Tabellen umfassendes Kapitel ist dem internationalen Vergleich gewidmet. Es vermittelt einen ausgezeichneten Überblick über die Position der Sowjetunion innerhalb des sozialistischen Lagers und im Vergleich zu den kapitalistischen Industrieländern (I, S. 62 - 100).¹ Der Wissenschaft und dem technischen Fortschritt gehört ein ganzer Abschnitt in dieser Jubiläumsausgabe (I, S. 100 - 122). Es handelt sich hierbei vorwiegend um Kennziffern der Mechanisierung, Automation, der Anwendung elektrischer und elektronischer Prozesse in der Industrie. Außerdem werden die Entwicklungstendenzen an wissenschaftlichem und technischem Personal aufgezeigt. Die Angaben beziehen sich auf den Zeitraum 1940 bis 1971.

Die beiden Hauptabschnitte "Industrie" und "Landwirtschaft" schließen sich diesem Abschnitt an. Beide Volkswirtschaftszweige sind in die wichtigsten Industriezweige unterteilt (unter anderem Elektroenergie, Schwarzmetallurgie, chemische und petrochemische Industrie, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Baumaterialienindustrie, Holzverarbeitende Industrie, Leichtindustrie und Zellulose und Papierherstellung) bzw. enthalten Kennziffern über die Arbeitskräftestruktur der Landwirtschaft, über Anbaukulturen, Sowchosen und Kolchosen.²

Es schließen sich statistische Angaben über Transport, Kommunikation, Arbeitskräfte, Handel, Kultur und Finanzen an.

- 1 Die in Klammern gesetzten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die im Titel genannten Bücher und sind nach der dort gegebenen Reihenfolge mit I und II gekennzeichnet.
- 2 Über die Landwirtschaft wurde nur ein Teil der Kennziffern publiziert (z. T. bis auf 1913 zurückgehend). Wir möchten darauf hinweisen, daß die Zentralverwaltung für Statistik der Sowjetunion jährlich einen sehr umfangreichen Band mit statistischen Materialien über die Landwirtschaft der UdSSR herausgibt.

Ungeachtet der Fülle des Materials hätte sich der Wirtschaftshistoriker in mancher Hinsicht noch ausführlichere Darstellungen gewünscht. Das gilt vor allem für die Behandlung der Eigentumsverhältnisse, der Sozialstruktur und der Aktivistinnen- und Wettbewerbsbewegung, die nur durch eine Tabelle über die Neuererbewegung (I, S. 59) vertreten ist.

Zum Schluß der Jubiläumsausgabe sind statistische Daten über die Entwicklung der Ökonomie und Kultur der Sowjetrepubliken, der autonomen Republiken, der autonomen Gebiete und der autonomen Kreise angeführt (I, S. 499 - 829). Dieses Kapitel enthalten die bisherigen statistischen Jahrbücher der Sowjetunion kaum in dieser Breite. Für den Wirtschaftshistoriker können regionale Vergleiche von großem Interesse sein. Ab wann kann man von einem homogenen Wirtschaftsbeereich in der Sowjetunion sprechen? Würden die großen Differenzen zwischen dem europäischen und dem asiatischen Teil der UdSSR, zum Beispiel hinsichtlich der industriellen Produktion, abgebaut? Ähnliche regionale und strukturelle Fragen könnte man formulieren. Dafür bieten die ausgewiesenen statistischen Daten in dieser Jubiläumsausgabe detaillierte Informationen.

Das letzte vergleichbare statistische Nachschlagewerk über die Sowjetunion erschien 1957.³ Es wurde 1958 in der DDR unter dem Titel "40 Jahre Sowjetmacht in Zahlen" herausgegeben,⁴ Der - im Vergleich zur Jubiläumsausgabe - schmale Band behandelt die ökonomische Entwicklung von 1917 bis 1956.

Eine empfehlenswerte Ergänzung zur Jubiläumsausgabe stellt die dritte Auflage des statistischen Nachschlagewerkes "Wir und die Welt" dar. Dieses seit 1970 jährlich erscheinende Buch widmet im fünfzigsten Jahr der Sowjetunion der ökonomischen und politischen Entwicklung der UdSSR besondere Aufmerksamkeit. Oftmals kommentierte statistische Tabellen und Chroniken zeichnen den Weg Sowjetrußlands vom Oktober 1917 bis zur Gegenwart nach. Besonders interessant sind die Angaben über die politische und ökonomische Situation des zaristischen Rußlands vor und während des ersten Weltkrieges sowie eine aufschlußreiche Darstellung der Bürgerkriegs- und der Wiederherstellungsperiode.

Die Jubiläumsausgabe präsentiert laufende Reihen von 1960 bis einschließlich 1970 für die Mehrzahl der behandelten Themen. Die jährliche Entwicklung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Kennziffern läßt sich darüber hinaus zehn weitere Jahre zurück (bis 1951) verfolgen (I, S. 56), das Wachstum der Industrieproduktion sogar bis zum Jahre 1928 (mit Ausnahme der Kriegsjahre 1941 bis 1944) (I, S. 127 f.).

Über den nicht in laufenden Reihen erfaßten Zeitraum werden Aussagen an Hand von Eckzahlen getroffen, mit deren Hilfe Schlüsse über die Wirtschaftsentwicklung in den dazwischenliegenden Zeiträumen gezogen werden können. Solche Eckzahlen müssen sorgfältig ausgewählt werden, sollen sie auch im Überblick ein dem tatsächlichen Wirtschaftsablauf angenähertes Bild wiedergeben. Es lohnt sich daher, die in der Jubiläumsausgabe verwandten Eckzahlen näher zu betrachten.

Von den sowjetischen Statistikern wurden die Jahre 1913, 1917, 1922, 1928, 1940, 1945, 1950 und 1960 ausgewählt. Für die Auswahl gerade dieser Jahre dürften historische (politische, ökonomische) ebenso wie statistische Gesichtspunkte (Verfügbarkeit und Qualität des statistischen Materials, Vergleichbarkeit mit anderen

3 Dostiženija sovjetskoj vlasti. Za corok let v cifrach. Statističeskij sbornik, Moskau 1957.

4 40 Jahre Sowjetmacht in Zahlen, Berlin 1958.

Ländern) eine wesentliche Rolle gespielt haben. Die verschiedenen Gesichtspunkte wiesen sicher nicht immer auf das gleiche Jahr hin. Kompromisse waren insofern unvermeidlich.

Unter wirtschaftshistorischen Gesichtspunkten ist das Jahr 1913 als letztes Jahr eines "normalen" Ablaufs des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses im zaristischen Rußland charakterisiert; das Jahr 1917 als das Ergebnis der ökonomischen Zerrüttung Rußlands durch die zaristische Kriegszwangswirtschaft.⁵ Das Jahr 1922 wurde als Gründungsjahr der Sowjetunion ausgewählt. Es bildet, wie noch weiter unten näher erläutert wird, wirtschaftshistorisch keinen Einschnitt. Das gleiche gilt für das Jahr 1928, das zwar durch den Beginn des ersten Fünfjahrplanes (1928 bis 1932) gekennzeichnet ist, aber bereits drei Jahre nach Abschluß der Wiederherstellungsperiode (1912 bis 1925) inmitten der Etappe des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus liegt.⁶ Möglicherweise haben bei der Auswahl dieses Jahres internationale Vergleichsmöglichkeiten eine Rolle gespielt (1928 ist das letzte Jahr vor der Weltwirtschaftskrise der kapitalistischen Staaten und wird für wirtschaftshistorische Analysen dieser Länder häufig als Eckzahl verwandt). Ganz unter nationalen Gesichtspunkten ausgewählt ist das Jahr 1940, das letzte Friedensjahr der Sowjetunion vor dem zweiten Weltkrieg. Es ist nicht ganz verständlich, warum nicht aus Gründen der internationalen Vergleichbarkeit noch eine Eckzahl aus der Mitte der dreißiger Jahre (etwa 1937 als letztes Jahr des zweiten Fünfjahrplanes) eingefügt wurde. Das Jahr 1945 ist das letzte Kriegs- und erste Friedensjahr der Sowjetunion. Es markiert jedoch nicht, wie man annehmen könnte, die ökonomische Ausgangsposition für den seitdem andauernden ununterbrochenen Produktionsaufschwung der sowjetischen Wirtschaft, in dem die Jahre 1950 und 1960 die abschließenden Jahre von Fünfjahrplanperioden sind. Die Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion dauerte auch 1946 noch an.⁷ Das industrielle Produktionsvolumen stieg ab 1947 wieder. Im Jahre 1948 wurde das Vorkriegsniveau (1940) erreicht und teilweise überboten. (Vgl. I, S. 126.)

Das in dem Band "40 Jahre Sowjetmacht in Zahlen" 1957 (deutsch 1958) veröffentlichte statistische Material gab einen Überblick über die ökonomischen Erfolge des ersten Jahrzehnts der Sowjetmacht an Hand des Vergleichs von Wirtschaftsdaten des vorrevolutionären Rußlands (1913, 1917) mit Angaben aus dem Jahre 1928 (Beginn des ersten Fünfjahrplanes). In die Jubiläumsausgabe des sowjetischen statistischen Jahrbuches aus dem Jahre 1972 wurden neu statistische Angaben für das Jahr 1922 aufgenommen. Darüber hinaus gibt das Buch erstmals einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Sowjetrußlands zwischen 1917 und 1922 an Hand von mehr als 70 Einzelpositionen (I, S. 70 - 73). Darunter befinden sich auch einige aggregierte Daten. Ergänzt man diese durch Indizes aus der statistischen Zahlensammlung "Wir und die Welt", die dieser Zeit besondere Aufmerksamkeit widmet (II, S. 4), dann ergibt sich ein durch Statistiken untermauertes Bild über die Auswirkungen von Welt- und Bürgerkrieg auf die wirtschaftliche Entwicklung Sowjetrußlands zwischen 1917 und 1922, wie es dem Wirtschaftshistoriker bisher nicht zur Verfügung stand. Die Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung machen auch die Stellung des Jahres 1922, das als Gründungsjahr der UdSSR Ausgangspunkt für eine Vielzahl von Indizes in der Jubiläumsausgabe ist, deutlich.

⁵ Vgl. *Ėkonomičeskaja istorija socialističeskich stran*, Moskau 1971, S. 135 ff.

⁶ Vgl. ebenda, S. 210.

⁷ Vgl. *Berchin, J. B.*, *Geschichte der UdSSR*, Berlin 1971, S. 587.

Nach in beiden statistischen Nachschlagewerken veröffentlichten Angaben betrug die industrielle Bruttoproduktion 1917 in Rußland 71 Prozent des Vorkriegsniveaus (II, S. 65). Der Bruttoproduktionswert der Großindustrie sank 1918 gegenüber 1917 weiter auf weniger als die Hälfte und 1919 gegenüber 1918 nochmals um fast 50 Prozent. Die Industrieproduktion ging auch 1920 nochmals (um ein Fünftel) zurück. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie betrug 1919 und 1920 nur etwa die Hälfte des Niveaus des Jahres 1917 (II, S. 77). Die Produktionsrückgänge sind in erster Linie Resultate eines erbitterten Bürgerkrieges. Zwischen 1918 und 1920 hatte sich die junge Sowjetmacht dreier Ententefeldzüge⁸ zu erwehren. Mehr noch als die Industrie wurde das Transportwesen von den Kriegshandlungen betroffen. Seine Leistung betrug bereits 1918 weniger als ein Viertel der des Jahres 1917 und stagnierte bis 1920 auf diesem niedrigen Niveau (I, S. 52). Der Außenhandel, über den vor dem Kriege ein wesentlicher Teil der modernen Maschinen und Ausrüstungen beschafft worden war⁹, sank 1918 auf ein Fünftel des Vorjahresumsatzes und spielte 1919 und 1920 überhaupt keine Rolle mehr (II, S. 77). Unter den Bedingungen des Bürgerkrieges verringerte sich die Investitionssumme in den Jahren 1918 bis 1920 auf weniger als ein Zehntel des Vorkriegsstandes. Weniger als Industrie und Verkehr wurde die Landwirtschaft vom Bürgerkrieg betroffen. Ihre Bruttoproduktion ging bis 1921 gegenüber 1917 um ein Viertel zurück (II, S. 77). Wenn es gelang, die Erträge trotz der Kriegswirren und Verwüstungen so hoch zu halten und damit Millionen Menschen vor dem Hungertode zu retten, so dürfte das neben der geringeren Abhängigkeit des landwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses von einem funktionierenden Verkehrswesen vor allem auf die positiven Auswirkungen der 1918 konsequent durchgeführten Bodenreform¹⁰ zurückzuführen gewesen sein. Zur Zerrüttung der Wirtschaft trug nicht unwesentlich die galoppierende Inflation, ein Erbe der zaristischen Kriegszwangswirtschaft, bei. Die Kaufkraft des Rubels sank 1918 gegenüber 1917 und 1919 gegenüber 1918 jeweils auf ein Drittel (II, S. 77).

Das Jahr 1921 brachte das Ende des Bürgerkrieges¹¹ und mit den wirtschaftspolitischen Entscheidungen des X. Parteitages der KPdSU auch den Übergang von der Kriegswirtschaft ("Kriegskommunismus") zur Friedenswirtschaft ("Neue Ökonomische Politik" - NPÖ)¹². Im Ergebnis der Beendigung der Kampfhandlungen und der Verwirklichung der NÖP stieg die Industrieproduktion auf dem Territorium der Sowjetunion im Jahre 1921 erstmals seit dem Jahre 1913 wieder an (von 21 Prozent auf 30 Prozent des Standes von 1917). Das war eine beachtliche Leistung, wenn man bedenkt, daß 1921 die Verkehrssituation kaum besser war als während des Bürgerkrieges und mehr als 2 1/2 Millionen demobilisierte Angehörige der Roten Armee in den Wirtschaftsprozeß integriert werden mußten (II, S. 73). Das darauffolgende Jahr 1922, das Gründungsjahr der Sowjetunion, war das zweite Jahr der Wiederherstellungsperiode der Volkswirtschaft, in dem der 1921 begonnene Wiederaufbau in einem sich allmählich beschleunigenden Tempo fortgesetzt wer-

8 Erster Ententefeldzug: März - Juni 1919; zweiter Ententefeldzug: Juli 1919 - März 1920; dritter Ententefeldzug: April - November 1920.

9 Im Jahre 1913 wurden z. B. 85 % aller in Rußland benötigten Werkzeugmaschinen aus dem Ausland bezogen (I, S. 405 f.)

10 Vgl. *Ekonomičeskaja istorija socialističeskich stran*, a. a. O., S. 155 ff.

11 Lediglich im Fernen Osten hielten sich mit japanischer Unterstützung noch weißgardistische Truppen bis zum Oktober 1922.

12 Vgl. *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*, Berlin 1973, S. 281 ff.

den konnte. Das Jahr 1922 war somit nicht das Jahr Null des Wiederaufbaus, wie man auf den ersten Blick aus der Mehrzahl der Statistiken der Jubiläumsausgabe schließen möchte. Nachdem die Industrieproduktion 1920 mit 13,8 Prozent des Vorkriegsstandes ihren Tiefststand erreicht hatte (II, S. 81), belief sie sich 1922 bereits wieder auf 40 Prozent des Volumens von 1913 (I, S. 48). Ungeachtet dessen verhelfen die statistischen Angaben über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1922, wie sie in die Jubiläumsausgabe des Statistischen Jahrbuches als Basis bzw. Eckzahl langer Reihen aufgenommen wurden, gegenüber den im Band "40 Jahre Sowjetmacht in Zahlen" gewählten Basisjahren 1913 und 1917 zum besseren Verständnis der von der Sowjetunion in der Wiederherstellungsperiode zu bewältigenden ökonomischen Aufgaben.

Das Ausmaß der in der Wiederherstellungsperiode zu überwindenden Zerstörungen kann man sich verdeutlichen, wenn man die Situation Sowjetrußlands im Jahre 1922 mit der Lage der heutigen DDR 1946/47 vergleicht, als die Industrieproduktion gegenüber der Vorkriegszeit (1936) ähnlich stark (auf 42 bzw. 54 Prozent) abgesunken war.¹³ Aufschlußreich ist auch ein Vergleich mit der ökonomischen Position der Sowjetunion zwei Jahre nach dem zweiten Weltkrieg. In den Jahren 1946/47 belief sich die industrielle Bruttoproduktion ungeachtet der barbarischen Zerstörungen durch Hitlerdeutschland auf 77 bzw. 93 Prozent des Vorkriegsstandes (1940) (I, S. 126).

Der zweite große Komplex neuen statistischen Materials, den die Jubiläumsausgabe des Statistischen Jahrbuches der UdSSR gegenüber "40 Jahre Sowjetmacht in Zahlen" enthält, betrifft den zwischen den Publikationsjahren der beiden statistischen Nachschlagewerke liegenden Zeitraum von fünfzehn Jahren (1956 bis 1971). Für diejenigen Historiker, Wirtschaftshistoriker und Wirtschaftswissenschaftler, die sich in Forschung und Lehre in zunehmendem Maße den Problemen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses unter den Bedingungen der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zuwenden, bietet die Jubiläumsausgabe des Statistischen Jahrbuches für alle Wirtschaftsbereiche und Industriezweige Zahlenmaterial in großer Fülle und Detailliertheit.¹⁴ So finden wir im Abschnitt "Wissenschaft und technischer Fortschritt" (I, S. 103 - 122) Angaben über die Einführung neuer Technik bzw. die Mechanisierung und Automatisierung in den verschiedensten Wirtschafts- und Industriezweigen. Diese Daten sind teilweise bis auf Erzeugnisarten aufgeschlüsselt (I, S. 109 ff.). Besondere Aufmerksamkeit widmen die Autoren der Jubiläumsausgabe der Energie- bzw. Elektroenergieausstattung der Wirtschaft (I, S. 110 ff.). Für die Entwicklung und Effektivität der Investitionen sind neben den in vielen statistischen Nachschlagewerken zu findenden Angaben Daten über die in Betrieb genommenen Kapazitäten (I, S. 317 ff.), den nach Industriezweigen aufgeschlüsselten Anteil der Rationalisierungs- an den Gesamtinvestitionen (I, S. 329), die Entwicklung der unvollendeten Investitionen (I, S. 332) sowie über die Arbeit der Projektierungsbetriebe von besonderem Interesse (I, S. 337 f.). Für die Analyse des Verhältnisses von extensiven und intensiven Wachstumsfaktoren finden sich im Abschnitt "Arbeit" aufschlußrei-

¹³ Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin 1957, S. 272 f.

¹⁴ Die jährlich erscheinenden Statistischen Jahrbücher der Sowjetunion gliedern für die jeweils letzten Jahren (1970 - 1973) die Wirtschaftsbereiche und Industriezweige noch tiefer auf als die Jubiläumsausgabe. Vgl. Narodnoe chozjajstvo SSSR. Statističeskij ežegodnik 1970, Moskau 1971 ff.

che Angaben über die Zahl und Qualifikation der Beschäftigten. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Daten über die Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden (I, S. 352 f.) in der Industrie.

Erfreulich umfangreich ist auch das statistische Material zur wirtschaftlichen Rechnungsführung und ökonomischen Stimulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (im Abschnitt "Finanzen und Kredit"). Diesen Bereichen wurde bisher im Statistischen Jahrbuch der DDR leider so gut wie keine Aufmerksamkeit gewidmet. Neben Angaben über Gewinn und Gewinnverteilung der Betriebe (I, S. 466 ff.) sowie die Rentabilitätsentwicklung in den verschiedenen Wirtschaftszweigen (I, S. 467 ff.) sind auch Daten über Bildung und Verwendung der betrieblichen Stimulierungsfonds (I, S. 477 ff.) veröffentlicht, die einen ersten Einblick in die Entwicklung der betrieblichen materiellen Interessiertheit nach der Wirtschaftsreform vom Jahre 1965 geben.

Der Wirtschaftshistoriker wird sich beim Studium der Jubiläumsausgabe besonders für die Frage interessieren, in welchem Zeitraum sich der Übergang von der vorwiegend extensiven zur vorwiegend intensiven erweiterten Reproduktion vollzog. Das in der Jubiläumsausgabe veröffentlichte statistische Material gibt auch darüber Auskunft, wie unter anderem die folgende interessante Statistik zeigt:

Anzahl der erstmals in der UdSSR hergestellten neuen Typen von Maschinen, Ausrüstungen, Apparaten und Vorrichtungen⁺
(in 1 000)

	1951/55	1956/60	1961/65	1966/70
Insgesamt	4,4	12,9	23,2	21,3
Davon				
Maschinen, Ausrüstungen und Apparate	4,0	10,6	16,6	15,6
Automatisierungsmittel und Datenverarbeitungs­maschinen	0,4	2,3	6,6	5,7

+ I, S. 113.

Aus der Statistik ist ablesbar, daß sich der Prozeß der Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der UdSSR zwischen 1955 und 1965 beträchtlich beschleunigte und bei Automatisierungsmitteln und Datenverarbeitungs­maschinen besonders ausgeprägt war.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre scheint demgegenüber die Ausbreitung der (vorhandenen) neuen Technik stärker im Vordergrund gestanden zu haben.

So ergeben sich aus dem Studium des Sammelbandes viele Anregungen für neue bzw. vertiefende wirtschaftshistorische Forschungen, insbesondere auf dem Gebiet der Entwicklung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktivkräfte und der Analyse des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses.

EVOLUTION UND REVOLUTION IN DER WISSENSCHAFTSENTWICKLUNG

Erkenntnisse und Grenzen des wissenschaftsgeschichtlichen Essays.
Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen

suhrkamp taschenbuch wissenschaft 25, Frankfurt (Main) 1973,
227 Seiten

von Wolfgang Schlicker

Die Kritik kumulativer Auffassungen zur Entwicklung der Wissenschaft ist angesichts des Fortwirkens entsprechender Tendenzen in der bürgerlichen Wissenschaftstheorie und -geschichtsschreibung ein noch immer aktuelles Anliegen marxistischer Forschung. Nunmehr wächst indessen auch bei bürgerlichen Autoren die Skepsis gegen kumulative Theorien, gegen die Neigung, "die wissenschaftliche Entwicklung als Wachstumsprozeß", als einen Vorgang allmählicher Erkenntnisanhäufung zu betrachten. Im Ergebnis aller Zweifel und zunehmend erkannten Schwierigkeiten sei eine "historiographische Umwälzung im Studium der Wissenschaft" im Werden, den Historikern bewußt oder unbewußt, aber mit neuen, oft keineswegs kumulative Entwicklungslinien der Wissenschaften verfolgenden Fragestellungen, schreibt Thomas S. Kuhn.

Der Autor des hier in deutschsprachiger Ausgabe erneut wiedergegebenen Essays, der zuerst 1962 in den USA erschien, hat an dieser kritischen Entwicklung einen nicht unwesentlichen Anteil, wengleich er ihre Tiefe und Grundsätzlichkeit auch überschätzen dürfte. Kuhns Aufmerksamkeit gilt der Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, die er anhand eines zumindest weitgefächerten Materials - über die kopernikanische Revolution, über Newton, über die chemische Revolution des 18. Jahrhunderts bis zur Relativitätstheorie Einsteins, zur Quantentheorie sowie, gelegentlich erwähnt, zur Feldtheorie und zur Elementarteilchentheorie - zu ermitteln sucht. Er untersucht das Verhältnis zwischen kontinuierlicher Veränderung des Erkenntnisstandes und jenen revolutionären Prozessen, in denen sich der Fortschritt in der Wissenschaft entscheidend vollzieht und in denen er nicht zuletzt gravierende erkenntniskritische und methodologische Konsequenzen hat. Damit ist bereits angedeutet, daß Kuhns Arbeiten, vor allem dieser bekannt gewordene Essay, dialektische Denkansätze und Fragestellungen enthalten. Mit ihnen geht Kuhn, der bürgerliche Wissenschaftstheoretiker und -historiker, auch über Entwicklungsvorstellungen wie über Methoden positivistischer Wissenschaftslogik hinaus, ohne indessen den bürgerlichen Rahmen zu sprengen und zu einer dialektisch-materialistischen Betrachtungsweise der Wissenschaftsentwicklung vorzudringen.

Kuhn untersucht das Verhältnis von "normaler Wissenschaft" (von kumulativer Tatsachen- und Erkenntnisammlung innerhalb eines zunächst noch allgemein anerkannten Rahmens grundlegender Theorien) und wissenschaftlicher Revolution, in der diese theoretische Grundlage des Wissenschaftsbetriebes eine qualitative

Umwälzung erfährt, "Normale Wissenschaft" wird dabei von dem beherrscht, was Kuhn ein "Paradigma" nennt, worunter er eben dieses herrschende einzelwissenschaftliche Theoriengebäude in seinen weltanschaulich-philosophischen, auf universelle "Entitäten" abzielenden Zusammenhängen versteht. In der "Physica" des Aristoteles, den "Kreisbewegungen der Himmelskörper" des Kopernikus, den "Principia" und den "Opticks" Newtons zählt er Beispiele jener Paradigmata auf, in denen die jeweils anerkannte Problemlage und Methodik eines Fachgebietes (hier der Physik) ihren zusammenfassenden, für eine bestimmte Periode gültigen Ausdruck fanden. Der Betrieb der "normalen Wissenschaft" zielt zunächst auf die Bestätigung und Präzisierung eines Paradigmas, dessen Gültigkeitsbereich ausgelotet wird. Dabei werden Fakten und Erkenntnisse gewonnen, die sich in den Rahmen des Paradigmas nur schwer oder nicht mehr einordnen lassen. Bestimmte Anomalien können "ausdrückliche und grundlegende Verallgemeinerungen eines Paradigmas deutlich in Frage stellen, wie das Problem der Ätherströmung es bei jenen Forschern tat, die Maxwells Theorie anerkannt hatten. Oder aber eine Anomalie ohne sichtbare grundlegende Bedeutung kann, wie in der kopernikanischen Revolution, eine Krise hervorrufen, wenn die Anwendungen, die sie verhindert, besonders wichtig sind" (S. 116).¹ Wenn aus solchen oder ähnlichen Gründen eine Anomalie allgemein anerkannt wird und die Wissenschaft über ihre normale Tätigkeit des "Rätsellösens" hinausführt, "so hat der Übergang zur Krise und zur außerordentlichen Wissenschaft begonnen". Die Bewältigung der Anomalie wird zunehmend als Kernaufgabe des betreffenden Fachgebietes erkannt, die Disziplin selbst erscheint verändert, neue Brennpunkte wissenschaftlicher Untersuchung sind gegeben, vielfache, oft divergierende Teillösungen werden zuerst im Rahmen des gegebenen Paradigmas angeboten, weichen es jedoch zunehmend auf, wobei das Paradigmaprobewußtsein der Forscher sich widersprechen kann und selbst "Standardlösungen bereits geklärter Probleme" in Frage gestellt werden (S. 117 f.).

Diese Situation drängt zum "Paradigmawechsel" - für Kuhn der entscheidende Vorgang -, indem sie den betroffenen Wissenschaftlern bewußt wird. Dies wird an Aussagen von Kopernikus, Einstein ("Es war, wie wenn einem der Boden unter den Füßen weggezogen wäre, ohne daß sich irgendwo fester Grund zeigte, auf dem man hätte bauen können") und Wolfgang Pauli (vor dem Erscheinen von Heisenbergs Schrift über die Matrizenmechanik, die den Weg zur neuen Quantentheorie wies) gezeigt. Kuhn betont zusammenfassend: "Der Übergang von einem krisenhaften Paradigma zu einem neuen, aus dem eine neue Tradition der normalen Wissenschaft hervorgehen kann, ist weit von einem kumulativen Prozeß entfernt, wie ihn eine Präzisierung oder eine Ausdehnung des alten Paradigmas darstellen würde. Es ist vielmehr der Neuaufbau des Gebietes auf neuen Grundlagen, ein Neuaufbau, der einige der elementarsten theoretischen Verallgemeinerungen des Gebietes wie auch viele seiner Paradigmamethoden und -anwendungen verändert... Wenn der Übergang abgeschlossen ist, hat die Fachwissenschaft ihre Anschauungen über das Gebiet, ihre Methoden und ihre Ziele geändert" (S. 119).

Wenn die Auffassungen Kuhns hier so ausführlich dargelegt werden, so rechtfertigt sich dies in erster Linie damit, daß er auf die großen Umwälzungen in der Wissenschaftsgeschichte orientiert. Dies zielt auf eine der realen Wissenschaftsentwicklung ohne Zweifel adäquatere Betrachtungsweise, welche die Dialektik von Evolution und Revolution zu berücksichtigen sucht und dabei die Bedeutung der revolutionären Umwälzungen in der wissenschaftlichen Erkenntnis zu Recht betont: In

¹ Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

ihnen vollzieht sich jener bereits erwähnte "Paradigmawechsel", der für Kuhn den vordringlichen Gegenstand der Forschung darstellt.

Auch bei Kuhn klingt die Frage an, ob seine Auffassung zu den angesprochenen grundlegenden Entwicklungsproblemen der Wissenschaft aufgrund des von ihm analysierten Materials im Rahmen eines Essays befriedigend begründet werden kann. Für seine Auffassung beruft er sich auf historische Beispiele der Herrschaft und des Wechsels von "Paradigmata", wobei er sich auf bürgerliche Literatur amerikanischer und westeuropäischer Provenienz stützt. Beiträge aus marxistischer Sicht bleiben unberücksichtigt; dies gilt auch für J. D. Bernal's weitgespannte Darstellung über die Wissenschaft in der Geschichte, die zum Zeitpunkt des ersten Erscheinens des Kuhnschen Essays bereits vorlag.² Weitere Einzeluntersuchungen revolutionärer Umwälzungsprozesse in der Wissenschaft aus marxistischer Sicht und - auf ihnen aufbauend - komparative Untersuchungen sind ohne Zweifel notwendig, um zu weiterführenden Verallgemeinerungen über Entstehung, Wesen, Bezugsgefüge und Konsequenzen wissenschaftlicher Revolutionen und damit schließlich auch zu ihrer tieferen begrifflichen Erfassung zu kommen. Als Ergebnis historisch-logischer Analyse und Verallgemeinerung erscheinen Kuhns Begriffe des "Paradigmas" und des "Paradigmawechsels" nicht deutlich genug definiert. Es bleibt bei ihrer recht allgemeinen, zugleich wenig differenzierenden Beschreibung, was denn auch die Feststellung von Übereinstimmungen und Unterschieden in den verschiedenen revolutionären Umwälzungen der Wissenschaftsentwicklung erschwert. Kuhns Entwicklungsschemata bleiben, so bemerkenswert und anregend die in ihnen enthaltenen dialektischen Ansätze sind, dem idealistischen Rahmen bürgerlicher Wissenschaftsphilosophie verhaftet. Er beschränkt sich auf die Analyse wissenschaftsimmanenter Prozesse, wobei er unter anderem das willkürliche Element bei der Wahl eines "Paradigmas" verabsolutiert. Gegenüber dem hier in mehrfacher Hinsicht zutage tretenden subjektiven Idealismus bleibt zu betonen, daß in der Erarbeitung und im Wechsel grundlegender wissenschaftlicher Theorien die immer tiefere Erkenntnis realer Prozesse und Strukturen in der Natur und damit die Dialektik von relativer und absoluter Wahrheit im Erkenntnisprozeß wirksam wird,³ Zeitpunkt und Form einer neuen revolutionierenden wissenschaftlichen Erkenntnis werden dabei selbstverständlich durch die Kreativität und Denkweise bedeutender Forscher wesentlich bestimmt. Der Vergleich zwischen der Entstehungsgeschichte der speziellen und der allgemeinen Relativitätstheorie zeigt dabei beispielsweise, daß objektiven und subjektiven Faktoren (den zur Lösung drängenden Widersprüchen in der Wissenschaft und der persönlichen Denkleistung des Forschers) für die Erarbeitung revolutionierender wissenschaftlicher Erkenntnisse unterschiedliche Bedeutung zukommen kann. Denkleistungen wie die des Kopernikus oder Einsteins werden in ihrer umwälzenden Bedeutung zugleich besser verständlich, wenn sie aus dem Zusammenhang, aus Kontinuität und Wandel großer allgemeiner Problemstellungen (zur Struktur des Sonnensystems, des Kosmos, des physikalischen Raumes) in der Geschichte verstanden werden. Dabei wird auch die Antizipierung revolutionierender Erkenntnisse nicht übersehen werden dürfen, wie sie in den heliozentrischen Ansätzen oder den atomistischen Auffassungen in der Antike beispielsweise gegeben sind: Die Fruchtbarkeit des antiken

² Vgl. Bernal, John Desmond, *Science in History*, London 1954, deutsche Ausgabe: *Die Wissenschaft in der Geschichte*, 3. Aufl., Berlin 1967.

³ Vgl. auch Erpenbeck, John/Röseberg, Ulrich, *Zwischen Wissenschaftslogik und Dialektik. Betrachtungen zur Wissenschaftstheorie Thomas S. Kuhns*, in: *Wissenschaft und Fortschritt*, Nr. 6/1974, S. 265 ff.

Atomismus hat Albert Einstein beispielsweise anerkannt, indem er, worauf H.-J. Treder neuerdings verwies, zusammen mit dem Berliner Althilologen Hermann Diels das Werk des Lucretius Carus "De rerum natura" neu herausgab,⁴

Der materialistische Gehalt dieses Bekenntnisses zum antiken Atomismus ist unbestreitbar. Damit ist zugleich darauf verwiesen, daß die alte und bis heute aktuelle Auseinandersetzung zwischen Materialismus und Idealismus in wissenschaftlichen Revolutionen besonders deutlich zutage tritt. Dies aber ist ein Aspekt, der aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen der großen Klassenauseinandersetzungen in der Geschichte verstanden werden muß, Kuhn beschränkt sich indessen auf die Analyse wissenschaftsinterner Vorgänge und läßt die Zusammenhänge zwischen Wissenschaft und Gesellschaft faktisch unberücksichtigt. Die Geschichte der Ausarbeitung und der Rezeption des kopernikanischen Weltbildes muß aber auch aus den Zusammenhängen der Interessen eines erstarkenden frühkapitalistischen Bürgertums und aus der Entwicklung der mit diesem verbundenen humanistischen Bewegung verstanden werden; sie wurde durch Anforderungen der Praxis an die Exaktheit astronomischer Beobachtungen stimuliert, zugleich jedoch durch die ideologisch-weltanschaulich begründete Gegnerschaft der römischen Kirche behindert.⁵

Wenn es sich bei revolutionären wissenschaftlichen Umwälzungsprozessen (Kuhns "Paradigmawechseln") um den Übergang zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen von hohem Verallgemeinerungsgrad sowie philosophisch-erkenntnistheoretischem und weltanschaulichem Gehalt handelt, so sind damit Bereiche angesprochen, in denen die Entwicklung, in welcher konkreten Weise und welchem Maße auch immer, gesellschaftlich determiniert ist.

Hier soll an Lenins bekannten Hinweis erinnert werden, daß die moderne Naturwissenschaft dabei war, den Materialismus zu gebären, daß diese Geburtschmerzhaft ist und mit der Belebung idealistischer Tendenzen verbunden war, Lenin hat die Auseinandersetzung um die erkenntnistheoretisch-philosophische Bewältigung der um die Jahrhundertwende einsetzenden Revolutionierung des naturwissenschaftlichen Weltbildes in seiner Arbeit "Materialismus und Empirio-kritizismus" auf ihre Klassenwurzeln zurückgeführt. Damit hat er die gesellschaftlichen Zusammenhänge des subjektiven Idealismus von Ernst Mach, Richard Avenarius und anderen Nachfolgern von Hume und Berkeley aufgedeckt. Es bleibt, das darf auch hier betont werden, das Verdienst führender Physiker wie Planck und Einstein, in der erkenntnistheoretischen Analyse moderner physikalischer Erkenntnisse von der Anerkennung der Objektivität physikalischer Prozesse und Strukturen ausgegangen zu sein - und dies sehr betont: in der Distanzierung von positivistischen Auffassungen.

4 Vgl. Treder, Hans-Jürgen, Die Trägheit und Schwere des Lichtes von Lukrez bis Einstein, in: Spektrum, Nr. 7/1974, S. 19 ff.

5 Vgl. Nicolaus Copernicus, Akademische Festschrift aus Anlaß der 500. Wiederkehr des Geburtstages von Nicolaus Copernicus, hg. v. Copernicus-Komitee an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1973 (hier u. a. Weiz, Herbert, Vortrag auf der Festsitzung des erweiterten Plenums der AdW der DDR zum 500. Geburtstag von Nicolaus Copernicus, ebenda, S. 8 ff.; Wollgast, Siegfried, Zu Unterschieden und Gemeinsamkeiten in den philosophischen Auffassungen von Nicolaus Copernicus und Johannes Kepler, ebenda, S. 49 ff.); Wußing, Hans, Nicolaus Copernicus, Leipzig/Jena/Berlin 1972, u. a. S. 43.

Die gesamte Dialektik evolutionärer und revolutionärer Prozesse, in der sich die Wissenschaftsentwicklung vollzieht, muß auch in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang verstanden werden. Dieser wirkt sich auf die Ausbildung, Durchsetzung und Vorherrschaft eines bestimmten naturwissenschaftlichen Weltbildes aus und ist - dies sollte hier an einem wesentlichen Aspekt unterstrichen werden - für die revolutionäre Umwälzung in der Erkenntnis, für die wissenschaftliche Revolution als Ganzes, von großer Bedeutung.

Recent studies of labor in the United States and Europe, by W. P. W. Newman and H. J. Wolkowitz
Transaction Books, New Brunswick N. J., 1973, 443 Seiten, Preis: 4,95 \$
Hilf, Ernst, British Trade Unions, with concluding chapter by John Gollan
Lawrence & Wishart, London 1973, 180 Seiten, Preis: 5,50 £

norddeutsches Revuezeitalter

Mit Recht verwenden wir in unserer Republik viel Berechnungszeit auf die Geschichte der Arbeiterklasse, der Klasse, die die Vorgeschichte der Menschheit kennen wird und eine sozialistische Welt zu schaffen im Begriff ist.

Es ist jedoch merkwürdig, daß gerade marxistische Gesellschaftswissenschaftler sich fast ausschließlich mit dem Oberbau der Arbeiterklasse beschäftigen und dabei noch weniger mit deren Kulturverwe als mit einem kleinen, wenn auch dem Idealen entsprechenden Teil ihrer Biologie. Das heißt, zahlreiche wichtige Aspekte sind die Ideologie der Führung und die ihr entsprechende Beschäftigung der einen Sozialdemokratie, der kommunistischen Partei und der Sozialistischen Einheitspartei sowie die Diskussionen der Parteiführer.

Das selbst dabei wird kaum bemerkt, zuweilen und in welcher Form solche Bemerkungen "natürlich" aufgenommen und verarbeitet werden. Man denke nur an die Briefe von Engels an Bracke vom 11. Oktober 1875 über das Gothaer Programm, in dem es heißt: "Glücklicherweise hat es dem Programm besser gegungen, als es wurde. Die Arbeiter wie Dühring und die Kleinbürger lassen das hinein, was eigentlich drinnen nicht sein sollte, aber nicht drinnen ist." Das ganze Problem des "Anschlusses" von Parteibeschlüssen bei der Arbeit der Parteimitglieder wird selten behandelt, und erst recht nicht die Reaktion in der großen Klasse der Arbeiter, die je nach der Arbeiterpartei organisiert ist - das steht zu weit von der Reaktion der Intellektuellen oder potentiellen Verbündeten der Arbeiterklasse. Und was die nicht rein politische Ideologie betrifft, repräsentiert von der positiven Mythe der Gartenstadt über das Farnschiff bis zum Gartenweg, die Haltung eines der proletarischen Arbeiter zur Arbeit der Frau, die sehr verschieden sein kann bei unterschiedlichen gelehrten Industriearbeitern und dem/je jedem Fall unterschiedlich von der der Landarbeiter - all solche ideologischen Fragen werden bei der Betrachtung der Geschichte der Arbeiterklasse vernachlässigt.

1 Engels an Wilhelm Bracke, 11. Oktober 1875, im Marx/Engels Werke, Bd. 34, Berlin 1908, S. 136.

ÜBERLEGUNGEN ZUM STUDIUM DER ARBEITERKLASSE

bei der Lektüre von

Workers in the Industrial Revolution, Recent studies of labor in the United States and Europe, hg. v. P. N. Stearns und D. J. Walkowitz

Transaction Books, New Brunswick N. J. 1974, 442 Seiten, Preis: 4.95 \$

Allen Hutt, British Trade Unionism, with concluding chapter by John Gollan

Lawrence & Wishart, London 1975, 265 Seiten, Preis: 1.50 £

von Jürgen Kuczynski

Mit Recht verwenden wir in unserer Republik viel Forschungszeit auf die Geschichte der Arbeiterklasse, der Klasse, die die Vorgeschichte der Menschheit beenden wird und eine sozialistische Welt zu schaffen im Begriff ist.

Es ist jedoch merkwürdig, daß gerade marxistische Gesellschaftswissenschaftler sich fast ausschließlich mit dem Überbau der Arbeiterklasse beschäftigen und auch dabei noch weniger mit ihren Institutionen als mit einem kleinen, wenn auch dem historisch entscheidenden, Teil ihrer Ideologie. Das heißt, zahlreich sind die Arbeiten über die Ideologie der Führung und die ihr entsprechenden Beschlüsse der alten Sozialdemokratie, der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Einheitspartei sowie die Diskussionen auf Parteitag.

Und selbst dabei wird kaum untersucht, inwiefern und in welcher Form solche Beschlüsse "unten" ankommen und verwirklicht werden. Man denke nur an den Brief von Engels an Bracke vom 11. Oktober 1875 über das Gothaer Programm, in dem er sagt: "Glücklicherweise ist es dem Programm besser gegangen, als es verdient. Arbeiter wie Bourgeois und Kleinbürger lesen das hinein, was eigentlich drinstehn sollte, aber nicht drinsteht ..."¹ Das ganze Problem des "Ankommens" von Parteibeschlüssen bei der Masse der Parteimitglieder wird selten behandelt, und erst recht nicht die Reaktion in der großen Masse der Arbeiter, die ja nicht in Arbeiterparteien organisiert ist - gar nicht zu reden von der Reaktion der faktischen oder potentiellen Verbündeten der Arbeiterklasse. Und was die nicht rein politische Ideologie betrifft, repräsentiert von der positiven Idylle der Gartenlaube über den Fernsehkrimi bis zum Gartenzweig, die Haltung etwa der männlichen Arbeiter zur Arbeit der Frau, die sehr verschieden scheint bei ungelernten und gelernten Industriearbeitern und sich in jedem Fall unterscheidet von der der Landarbeiter - all solche ideologischen Fragen werden bei der Erforschung der Geschichte der Arbeiterklasse vernachlässigt.

1 Engels an Wilhelm Bracke, 11. Oktober 1875, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 34, Berlin 1966, S. 156.

Was aber die Institutionen selbst betrifft, so finden wir auch hier kaum ernsthaft-
te Untersuchungen. Was für erstaunliche Entdeckungen über Parteidisziplin wür-
de man machen, wenn man etwa einmal den Besuch der Grundorganisationen in
der SPD und der KPD in der Weimarer Zeit erforschen würde. Die Geschichte der
Gewerkschaftsorganisationen ist von uns - ganz im Gegensatz zu der Aktivität von
seiten der Gewerkschaftsführungen bis 1932 auf diesem Gebiet - fast völlig vernachlässigt
worden. Das gleiche gilt für die Presse. Wie erstaunt war ich zum
Beispiel, als ich nach halbhundertjährigem Studium der Lage der Arbeiter und der
Arbeiterbewegung bei einer Untersuchung der Streikmeldungen im letzten Jahr vor
dem ersten Weltkrieg, die ich kürzlich mit Erika Behm machte, gewissermaßen
als völlige Neuigkeit für mich, aber auch für die übrigen Historiker feststellen
mußte, daß 30 Prozent aller ersten Berichte von einem Streik im "Vorwärts" lokale
Streiks betrafen, wie relativ parochial also die Streikberichterstattung des
bedeutendsten Organs in der internationalen Arbeiterbewegung war.

Muß nun schon die Erforschung des Überbaus der Arbeiterklasse ganz stark aus-
geweitet werden, so gilt das noch viel mehr von der Basis. Hier werden kaum ir-
gendwelche Untersuchungen gemacht, obgleich doch sowohl die Überbauunter-
suchung ohne einen solchen Unterbau ganz stark leiden muß, wie auch umgekehrt ein
Großteil der Rückwirkungen des Überbaus auf den Unterbau uns entgehen muß,
wenn wir den Unterbau ungenügend kennen.

Und ebenso ernst ist es, feststellen zu müssen, daß die bürgerliche Forschungs-
methodologie wie in der Tatsachenfeststellung auf dem Gebiet der Basisunter-
suchung entschieden überlegen ist. Ein schlagender Beweis dafür ist wieder das
von Stearns und Walkowitz herausgegebene Buch.

Man nehme etwa die Studie von W. H. Sewell über die Arbeiterklasse von Mar-
seille in der zweiten Republik, ihre soziale Struktur und ihr politisches Verhal-
ten. Was Sewell hier über Frankreich sagt, gilt, was die Arbeiterklasse betrifft,
voll für die DDR: "In einem Lande, in dem die quantitative soziale Geschichts-
schreibung solch enormen Fortschritt in den letzten Jahren gemacht hat, ist es
überraschend zu sehen, wie wenig über die soziale Struktur der französischen
Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert bekannt ist. Während die soziale Struktur der
ländlichen Bevölkerung Frankreichs sowie der städtischen Bourgeoisie sehr ge-
nau und detailliert von Historikern untersucht worden ist, ist die Arbeiterklasse
im 19. Jahrhundert vernachlässigt worden. Ihre soziale Geschichte wird weiter
als die Geschichte der Arbeiterbewegungen, seien es sozialistische, gewerk-
schaftliche oder revolutionäre, mit nur vagen und allgemeinen Bezügen auf die
sozialen Kräfte und sozialen Verhältnisse, die die Basis für diese Bewegungen
bildeten und sie formten, geschrieben" (S. 75).

Ein Musterbeispiel dafür, wie ein bürgerlicher Historiker - Sewell lehrt Geschich-
te an der Universität Chicago - sich die Grundlagen der marxistischen Methodo-
logie aneignen kann, besser als so manche Marxisten, ohne deswegen unsere Welt-
anschauung zu teilen!

Aufgrund vor allem der Bevölkerungsstatistiken, insbesondere der Daten der
Standesämter in Marseille, untersucht Sewell nun die Mobilität der Arbeiter in
Marseille - Mobilität sowohl im geographischen wie im sozialen Sinne, ob sie
Marseiller sind und aus welchen Klassen und Schichten sie kommen -, und zwar
die Mobilität der Arbeiter nach Berufen und Industriezweigen! Dabei findet er

zum Beispiel Berufe, die vor allem alten Marseillern vorbehalten sind, "exklusive gelernte Berufe" unter Arbeitern! eine ganz besondere Art der Arbeiteraristokratie.

Ganz großartig dazu eine Übersicht von "Militanten" in den Aufständen vom Juni 1848 und Dezember 1851, von polizeilich als "gefährliche Individuen" 1853, 1855, 1858 Bezeichneten und "Politischen Verbrechern" 1848 bis 1851 - aufgegliedert in "exklusive gelernte Berufe", "offene gelernte Berufe", Ungelernte, Seeleute und Fischer, Bourgeois, Verschiedene.

Ansätze zu solchen Studien hat bei uns das Institut für Wirtschaftsgeschichte gemacht. Aber was sonst vorliegt, ist ganz kümmerlich.

Dem Problem der "exklusiven gelernten Berufe" ist verwandt das allgemeinere des "besonderen Charakters" von ganzen Produktionszweigen, das ebenfalls noch viel zuwenig untersucht worden ist. In meinem Buche über "Das Entstehen der Arbeiterklasse" habe ich einiges dazu für die früheste Zeit ausgeführt. Natürlich haben wir immer die Landarbeiter als eine "besondere Schicht" betrachtet. Aber waren die Bergarbeiter nicht auch im Kapitalismus stets eine besondere Schicht - mit einem rund 150 Jahre hindurch in allen entwickelten kapitalistischen Ländern ganz weit herausragenden Anteil an der Streikaktivität? Und wie steht es in dieser Beziehung mit den Bauarbeitern, mit den Buchdruckern? Welche Rolle für die Arbeiterbewegung spielte es, daß es im Kapitalismus Industrien gab, in denen vor allem Männer oder vor allem Frauen beschäftigt waren? Welche Rolle spielte es für den Revisionismus, daß so viele mehr Arbeiterkinder Angestellte wurden als Angestelltenkinder Arbeiter?, und wie war diese Entwicklung im einzelnen? Geschah das nicht viel häufiger in Großstädten als in kleineren Orten?

Es sind vor allem amerikanische Forscher, die solche Untersuchungen über die Arbeiterklasse vornehmen, aber auch in Westeuropa wendet man sich ihnen mehr und mehr zu. In dieser Beziehung haben wir einen ganz außerordentlichen Nachfragebedarf. Wir wollen nicht nur Tausende von Artikeln und Hunderte von Büchern über die Rolle der Arbeiterklasse, sondern auch Bücher über die Arbeiterklasse selbst, über ihre Struktur, über die Wirkungen der Basis auf die Bewegung und Ideologie der Arbeiterklasse.

Sehr interessant ist auch, daß in dem von Stearns und Walkowitz herausgegebenen Buch mehrmals die Frage der vergleichenden Geschichte der Arbeiterklasse angeschnitten wird, die ja bei uns, was die Basis betrifft, so gut wie gar nicht untersucht wird. Stearns meint zum Beispiel, daß die objektiven Verhältnisse, unter denen die Bergarbeiter in England und Frankreich arbeiteten, mindestens ebensoviel über sie aussagen wie die nationalen Besonderheiten, und meiner Meinung nach hat er damit völlig recht. Auch wird - meiner Ansicht nach zu Unrecht - mehrmals in dem Buch angedeutet, daß die Unterschiede zwischen den Verhältnissen der Arbeiter in den USA und in Westeuropa bis etwa 1880 übertrieben worden sind. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß die Tatsache, daß es bis dahin im allgemeinen kein "erbliches Proletariat" in den USA gab, von ganz fundamentaler Bedeutung gewesen ist. Aber seit wann können wir von einem "erblichen Proletariat" in Europa, insbesondere in Deutschland, sprechen? Auch darüber liegen von marxistischer Seite noch keine wirklichen Detail-Untersuchungen vor, so unglaublich das erscheinen mag.

Sollte man nicht als Losung bei uns ausgeben: Mehr konkret über die Arbeiterklasse arbeiten, als allgemein über sie reden. Denn daß man weit mehr konkret über sie arbeiten müßte, und zwar über ihre Basis, über ihre Struktur, ihre ma-

teriellen Verhältnisse, über deren Einfluß auf die Ideologie, das scheint mir ganz zweifellos.

Ich muß ganz offen sagen: Natürlich bin ich für Internationalismus in der Wissenschaft. Aber daß ein amerikanischer Doktorand, David Crew, aufgrund städtischer Adreßbücher für Bochum die folgende Statistik der sozialen Mobilität berechnet hat und daß wir meines Wissens nicht eine einzige Parallelstatistik für das Gebiet unserer Republik dazu haben, kränkt mich. (Vgl. S. 299 des besprochenen Buches):

Berufliche Mobilität 1890

	Absolute Zahlen	Prozent
Ungelernte und Halbgelernte von 1880		
Ungelernt und halbgelernt geblieben	190	87,1
Gelernt oder Handwerker geworden	15	6,9
Zur Nicht-Handarbeit aufgestiegen	13	6,0
Insgesamt	218	100,0
Gelernte und Handwerker von 1880		
So geblieben	125	78,6
Ungelernt und halbgelernt geworden	18	11,3
Zur Nicht-Handarbeit aufgestiegen	16	10,1
Insgesamt	159	100,0
Nicht-Handarbeiter von 1880		
So geblieben	103	96,3
Gelernt oder Handwerker geworden	1	0,9
Ungelernt und halbgelernt geworden	3	2,8
Insgesamt	107	100,0

Berufliche Mobilität 1901

	Absolute Zahlen	Prozent
Ungelernte und Halbgelernte von 1880		
Ungelernt und halbgelernt geblieben	93	78,8
Gelernt oder Handwerker geworden	11	9,3
Zur Nicht-Handarbeit aufgestiegen	14	11,9
Insgesamt	118	100,0
Gelernte und Handwerker von 1880		
So geblieben	67	60,9
Ungelernt und halbgelernt geworden	17	15,5
Zur Nicht-Handarbeit aufgestiegen	26	23,6
Insgesamt	110	100,0
Nicht-Handarbeiter von 1880		
So geblieben	60	96,8
Gelernt oder Handwerker geworden	0	0,0
Ungelernt und halbgelernt geworden	2	3,2
Insgesamt	62	100,0

Wieviel besser, tiefer, gründlicher könnten wir die Arbeiterbewegung in zahlreichen Orten und auch allgemein untersuchen, wenn wir hundert solcher Tabellen für die Orte unserer Republik oder für ganz Deutschland im 19. Jahrhundert hätten!

Wir sprachen einleitend davon, daß bei uns auch die Gewerkschaftsgeschichte ungenügend entwickelt ist - im Gegensatz etwa zu Großbritannien, das mit dem Werk von Allen Hutt wohl die beste allgemeine marxistische Gewerkschaftsgeschichte in den kapitalistischen Ländern besitzt.

Sie erschien zuerst 1941, und seitdem hatte Hutt vier weitere verbesserte und erweiterte Auflagen bis 1962 herausgebracht. Als eine neue Auflage fällig wurde und er erkannte, daß er nicht mehr fähig sein würde, sie auf das laufende zu bringen, bat er, kurz vor seinem Tode, den damaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Großbritanniens John Gollan, sie doch zu vollenden.

John Gollan hat diese Bitte noch während seiner Zeit als Generalsekretär - seine Vorbemerkung ist vom August 1974 datiert - erfüllt und das letzte Kapitel, das die Zeit von 1961 bis 1974 behandelt, geschrieben. Es sind die Jahre, in denen die Gewerkschaftsbewegung einen so unerhörten Aufschwung in Großbritannien nahm - Aufschwung an Aktivität und politischer Reife. Wie schön, daß so nun das Standardwerk von Hutt auf den neuesten Stand gebracht in unseren Händen ist. Dank Johnny Gollan und dem Verlag für dieses Buch, das jedem, der sich mit der englischen Arbeiterbewegung beschäftigt, unentbehrlich ist.

Frankfurt Verlag, Frankfurt (Main) 1974, 330 Seiten

Dr. Hermann Lehmann

Am 200. Jahrestag, daß Adam Smith "Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations" erschien. Wie nicht vorzuzusehen war, fallen die damit verbundenen Würdigungen dieses für die politische Ökonomie so bedeutsamen Werks nicht unterirdisch aus. Eröffnet wurde die Reihe der Jubiläumsveranstaltungen mit dem von der Marxist-Leninist-Universität, Sebastian Witschatschewitsch, geleitet, und den Akademiern der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche, durchgeführten Kolloquium mit internationaler Beteiligung "200 Jahre Adam Smith 'Reichum der Nationen'" vom 30. September bis zum 2. Oktober 1975 in Halle.

Die Teilnehmer dieses Kolloquiums sprachen auch über die Tendenzen in der bis dahin vorliegenden Behandlung der klassischen politischen Ökonomie. Von den Rednern am ausgiebigsten stellte Werner Meißner (Frankfurt (Main)) fest: "Die Bedeutung der Wertlehre bei Adam Smith indes heute allenfalls auf dem Fußnoten steht." Mit die Frage, ob es in der bürgerlichen Literatur überhaupt noch wolle, entspann sich ein Meinungsstreit. Von den Beteiligten aus dem Ausland wurde die Behauptung geklärt, daß sich die Restauration Smith als ihren Vater der Marktwirtschaft zu feiern, durchset-

ZUM HEUTIGEN BÜRGERLICHEN VERSTÄNDNIS DER KLASSISCHEN ARBEITSWERTTHEORIE

Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, aus dem Englischen übertragen und mit einer Würdigung von Horst Claus Recktenwald

Verlag C. H. Beck, München 1974, LXXIX, 860 Seiten

Marian Bowley, *Studies in the History of Economic Theory before 1870*

Macmillan Press Ltd, London/Basingstoke 1973, X, 228 Seiten

Samuel Hollander, *The economics of Adam Smith = Studies in classical political economy*, I

University of Toronto Press, Toronto/Buffalo 1973, X, 351 Seiten

Claudio Napoleoni, *Ricardo und Marx. Studien über soziale Bedeutung und formale Probleme wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung*, herausgegeben und eingeleitet von Cristina Pennavaja = edition suhrkamp 702

Suhrkamp Verlag, Frankfurt (Main) 1974, 239 Seiten

von Hermann Lehmann

Es sind nun 200 Jahre her, daß Adam Smith' "Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations" erschien. Wie leicht vorauszusehen war, fallen die damit verbundenen Würdigungen dieses für die politische Ökonomie so bedeutsamen Werks recht unterschiedlich aus. Eröffnet wurde die Reihe der Jubiläumsveranstaltungen mit dem von der Martin-Luther-Universität, Sektion Wirtschaftswissenschaften, und der Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, durchgeführten Kolloquium mit internationaler Beteiligung "200 Jahre Adam Smith' 'Reichtum der Nationen' " vom 30. September bis 1. Oktober 1975 in Halle.

Die Teilnehmer dieses Kolloquiums sprachen auch über die Tendenzen in der bisherigen bürgerlichen Behandlung der klassischen politischen Ökonomie. Von diesen Tendenzen ausgehend stellte Werner Meißner (Frankfurt/Main) fest: "Die Diskussion um die Bedeutung der Wertlehre bei Adam Smith findet heute allenfalls noch in den Fußnoten statt." Um die Frage, ob es in der bürgerlichen Literatur dabei bleiben würde, entspann sich ein Meinungsstreit. Von Beteiligten aus kapitalistischen Ländern wurde die Befürchtung geäußert, daß sich die restaurative Bestrebung, Smith als einen Vater der Marktwirtschaft zu feiern, durchsetzen werde.

So meinte Karl Georg Zinn (Aachen): "Die Flucht nach rückwärts wird zwar nicht zum sicheren Hort führen, aber der Wunsch nach einer heilen Welt vermag zeitweise die Geister zu verwirren, wenn nur die nationalökonomischen Hohepriester die klassischen Lehren in rechter Exegese verkünden." Eine solcherart determinierte Beschäftigung mit der klassischen politischen Ökonomie des Bürgertums werde deren historisch progressive Elemente unterzupflügen versuchen. Daher müßten, schloß er, jene Defizite beim Vereinnahmen ökonomischer Klassiker Kernpunkte einer kritischen Auseinandersetzung mit der vermerkten Rezeptionstendenz sein.

Die angeführten Überlegungen zeigen, daß die klassische Arbeitswerttheorie noch heute eine Rolle in der Klassenauseinandersetzung spielt. Doch letztlich berücksichtigen die zitierten Meinungsäußerungen zuwenig die vom Kapitalismus objektiv gesetzte Grundproblematik, die schließlich immer wieder eine wertheoretische Erörterung erzwingt. So reicht es ganz einfach nicht aus, wenn empfohlen wird, dem reaktionären Bemühen, eine Arbeitswerttheorie zu verleugnen oder zu verfälschen, eine progressiv gemeinte Interpretation der klassischen Auffassungen entgegenzusetzen, und nun die Durchsetzungschancen beider Tendenzen gegeneinander abgewogen werden.

Der Kern des Problems besteht darin, daß die klassische politische Ökonomie versuchte, "in die innre Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft einzudringen". Die Grundlage für einen solchen Versuch, den inneren organischen Zusammenhang und Lebensprozeß des bürgerlichen Systems zu begreifen, schreibt Marx, "ist die Bestimmung des Werts durch die Arbeitszeit".¹ Die bürgerliche politische Ökonomie hat aber spätestens seit 1830 solches Bemühen aufgegeben, weil sie damit dem Proletariat theoretische Hilfen für eine Kapitalismuskritik geleistet hätte. Seit dieser Wende von der klassischen zur vulgären bürgerlichen politischen Ökonomie leugnet das Gros der offiziellen bürgerlichen Ökonomen die Arbeitswerttheorie und verzichtet somit auf die Frage nach den wesentlichen Zusammenhängen im kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Der Verzicht bewahrt die Kün­der einer heilen Welt vor jeder wirklich kritischen Haltung gegenüber dem System und führt schließlich zu einer atheoretischen Selbstzufriedenheit. Eine ideologische Absicherung dieser Art hat zweifellos ihren propagandistischen Wert für die Systemerhaltung; aber sie macht zugleich auch blind gegenüber bestimmten, für die angestrebte Existenzverlängerung des Kapitalismus unumgänglichen Reformen. Gerade deshalb gibt es immer wieder Versuche, von jener Selbstzufriedenheit und - unter theoriegeschichtlichem Gesichtswinkel - auch von der simplen Leugnung der klassischen Theorie fortzukommen.

Diese Versuche innerhalb der bürgerlichen politischen Ökonomie haben ihre Grenzen. Denn die klassische Arbeitswerttheorie ist 300 Jahre nach ihrem Entstehen und 200 Jahre nach ihrer Ausformung durch Smith in der damaligen Gestalt nicht mehr zu vertreten. Nur auf der Grundlage des Manufakturkapitalismus konnten Smith' Zeitgenossen dessen Wertauffassungen als ein im großen und ganzen einheitliches theoretisches System empfinden. Bereits vom Standpunkt des frühen Industriekapitalismus unterschied David Ricardo scharf zwischen der klassischen Arbeitswerttheorie und den ihr widersprechenden Tauschwertauffassungen in Smith' "Wealth of Nations". Von der Position des Industrieproletariats erkannte

¹ Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, 2, Berlin 1967, S. 162 f.

Marx schließlich die prinzipiellen bürgerlichen Erkenntnisschranken der klassischen Arbeitswerttheorie; er führte ihre tieferen Erkenntnisse weiter und hob sie in der marxistischen Werttheorie auf. Eine anspruchsvolle Einschätzung der klassischen Arbeitswerttheorie ist daher heute nur vom Standpunkt der marxistischen politischen Ökonomie möglich, die das wissenschaftliche Erbe der klassischen politischen Ökonomie antrat. Die heutige bürgerliche politische Ökonomie schwankt zwischen Leugnung und Unverständnis der klassischen Theorie. Die im folgenden zu besprechenden Bücher zeigen deutlich diese Problematik.

Den vom Umfang her wohl wichtigsten bürgerlichen Beitrag zum Smith-Jubiläum leistete Horst Claus Recktenwald, Herausgeber einer biographisch orientierten Darstellung der Geschichte der politischen Ökonomie², mit seiner Übersetzung "Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen". Die letzte vollständige Übertragung war vor mehr als 50 Jahren erschienen.³ Mit dieser Neuübertragung versucht Recktenwald, Smith als einen Vater der Marktwirtschaft zum Leitbild für eine primitive antikommunistische Ideologie zu erheben.

Die Übersetzung und die ihr vorangestellte propagandistisch verwertbare "Würdigung des Werks"⁴ bilden eine Einheit. Da Recktenwald Adam Smith als Streiter für den Kapitalismus überhaupt und damit auch für den gegenwärtigen Kapitalismus ausgibt, muß die Übersetzung zur Rechtfertigung heutiger Zustände herhalten. Wie Smith aus den historischen Verhältnissen herausgenommen wird, so wird auch sein Werk aus den für es charakteristischen Umständen herausgehoben und modisch poliert.

Dadurch soll - erstens - erreicht werden, daß sich der unkritische Leser sowohl mit Smith als auch mit Recktenwald identifiziert. Er erfährt, daß den bürgerlichen Klassikern die kapitalistische Warenwirtschaft als die absolute, normal-menschliche Produktionsweise galt, und soll auch heute noch an die Gültigkeit einer solchen ahistorischen Annahme glauben. Der Leser wird darüber hinweggetäuscht, daß Smith' Annahme für den vorindustriellen Kapitalismus selbstverständlich war und eine unvoreingenommene Analyse des dem Feudalismus überlegenen Kapitalismus erlaubte, während sie angesichts des realen Sozialismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus nur voreingenommen und apologetisch vertreten werden kann.

2 Lebensbilder großer Nationalökonomien, Einführung in die Geschichte der Politischen Ökonomie, hg. v. Horst Claus Recktenwald, Köln/Berlin(West) 1965; Recktenwald, Horst Claus, Geschichte der Politischen Ökonomie. Eine Einführung in Lebensbildern, Stuttgart 1971; derselbe, Political Economy, London 1973 (nahezu identische Ausgaben).

3 1923 erschienen die 2. Auflage in 3 Bänden und die 3. Auflage des 1. Bandes von Adam Smith, "Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes", in der "Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister", hg. v. Heinrich Waentig, beim Verlag von Gustav Fischer Jena; ihr lag die Übersetzung von Max Stirner (1846/47) zugrunde.

4 Vgl. Recktenwald, Horst Claus, Freiheit und Moral bei Adam Smith. Zur Neuauflage seines Buches "Der Wohlstand der Nationen", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 267, 16. 11. 1974, S. 15. - Die Zeitung stellte nahezu eine ganze Seite für einen Auszug aus der der Recktenwaldschen Übersetzung vorangestellten "Würdigung" zur Verfügung.

Die Enthistorisierung des "Wealth of Nations" führt - zweitens - dazu, daß dem Leser der Zugang zu diesem historischen Grundwerk der politischen Ökonomie verwehrt wird. Die Modernisierung des Textes macht es unmöglich, die durch den Entwicklungsstand des englischen Manufakturkapitalismus determinierte klassische Aussage aus den damaligen Verhältnissen herzuleiten. Die erzeugte Illusion, durch eine "moderne" Übersetzung das "Wealth of Nations" dem heutigen Menschen zugänglicher zu machen, überdeckt die tatsächliche Versiegelung des Werks; es wird der Schein einer theoriegeschichtlichen Kontinuität vorgewiesen, während diese in der bürgerlichen Ökonomie längst verlorengegangen ist.

Die Irreführung schließt - drittens - in sich ein, daß die tatsächliche Beziehung zwischen klassischer bürgerlicher und marxistischer politischer Ökonomie aus Recktenwalds Übersetzung nicht mehr erschlossen werden kann. Wer diese ernstnahme, müßte verwundert meinen, Marx habe sich in seinen zahlreichen tief-schürfenden Analysen des "Wealth of Nations" nicht mit Smith' Buch, sondern mit etwas völlig anderem auseinandergesetzt.

Die Modernisierung macht - viertens - eine wissenschaftliche Einführung zu dem zweihundertjährigen Text eigentlich überflüssig, da dieser sich scheinbar selbst erklärt. Die fast achtzigseitige "Würdigung" erfüllt daher nur apologetisch-propagandistische Zwecke. Recktenwald steigt in die Niederungen primitiver Beschimpfung des Gegners und hat für die theoriegeschichtliche Analyse kein Verständnis.

Beim Übersetzen hält sich Recktenwald in seinem modernistischen Bestreben zu wenig an Smith' Formulierungen. Er überträgt häufig ungenau; er setzt einfach moderne Begriffe hinzu, ohne die Texterweiterung als eigene Zutat zu kennzeichnen; und er fälscht auch bewußt, wo er dies für nötig erachtet. Die Übersetzung ist nicht nur für wissenschaftliche Zwecke ungeeignet; sie steht auch unter allen bisherigen deutschen Übertragungen des "Wealth of Nations" durch bürgerliche Ökonomen. Wer das Smithsche Werk nicht im Urtext liest, sollte daher auch nach dem Erscheinen von Recktenwalds Buch weiterhin zu der ausgezeichneten Übersetzung von Peter Thal greifen.⁵

Nach Recktenwalds Auffassung bietet Smith "eine einmalige Analyse der menschlichen Natur, so wie sie ist, nicht wie sie nach unserem beschränkten Verstand sein sollte". Sie sei als "Beitrag zur Erklärung eines tolerablen Zusammenlebens der Menschen unverlierbar und unzerstörbar, welche neuen Erkenntnisse wir auch immer hinzugewonnen haben und gewinnen sollten" (S. LXXVIII)⁶. Recktenwald nimmt nicht an, daß sich im "Wealth of Nations" eine Analyse der ökonomischen Gesetze des aufsteigenden Kapitalismus finde, sondern "letztlich die Vor-sehung, seine Unsichtbare Hand" (S. LXXII), durch die Smith eng mit dem Scholastiker Thomas von Aquino verwandt sei. Smith künde "eine friedliche Botschaft" (S. XV); er verabsolutiere "nicht die Konflikte und löst sie nicht inhuman oder brutal" (S. LI). Als Gegensatz dazu entwirft Recktenwald vom Kommunismus ein teuflisches Zerrbild, das seine Herkunft aus den finstersten Zeiten des kalten Krieges und aus völliger Ignoranz nicht verleugnen kann.

5 Vgl. Smith, Adam, Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, übersetzt und eingeleitet von Peter Thal, Bd. 1, Berlin 1963, Bd. 2, Berlin 1975.

6 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher.

Dieser Intention entsprechend täuscht Recktenwald eine totale Unkenntnis der bekannten Marxschen Charakteristik vor, in der es heißt: "Smith selbst bewegt sich mit großer Naivität in einem fortwährenden Widerspruch. Auf der einen Seite verfolgt er den innren Zusammenhang der ökonomischen Kategorien oder den verborgenen Bau des bürgerlichen ökonomischen Systems. Auf der andren stellt er daneben den Zusammenhang, wie er scheinbar in den Erscheinungen der Konkurrenz gegeben ist und sich also dem unwissenschaftlichen Beobachter darstellt, ganz ebensogut wie dem in dem Prozeß der bürgerlichen Produktion praktisch Befangenen und Interessierten." ⁷

Widersprüche, meint Recktenwald, sehe bei Smith nur ein oberflächlicher Leser. "Es gibt nur wenige Werke der Wissenschaft, namentlich der ökonomischen, in denen die strenge Logik der Analyse mit dichter historischer Kenntnis und Erfahrung und mit scharfer und geduldiger Beobachtung der Wirklichkeit so eng verknüpft ist wie bei ihm." (S. XVI)

Diese Meinung kann Recktenwald nur aufrechterhalten, wenn er Smith' klassische Arbeitswerttheorie falsch interpretiert.

Im ersten Buch des "Wealth of Nations" heißt es zu Beginn des 6. Kapitels über die Bestandteile des Warenpreises: "In jenem frühen oder rohen Zustand der Gesellschaft, der sowohl der Akkumulation von Kapital als auch der Aneignung des Bodens vorausgeht, scheint das Verhältnis zwischen den zur Erlangung verschiedener Gegenstände erforderlichen Arbeitsmengen die einzige Grundlage (circumstance; Recktenwald übersetzt: Anhaltspunkt - H. L.) zu sein, aus der irgendeine Regel für den wechselseitigen Austausch abgeleitet werden kann." ⁸

In der Interpretation benutzt Recktenwald zwei Tricks.

Erstens setzt Recktenwald die Aussage über den Wert im Urzustand der Gesellschaft mit einer Aussage über den Durchschnittslohn des Arbeiters im 5. Kapitel in Beziehung. Dort schreibt Smith: "In seinem normalen Zustand von Gesundheit, Kraft und Tätigkeit und mit dem Durchschnittsgrad an Geschicklichkeit muß er immer den gleichen Teil seiner Ruhe, Freiheit und seines Glücks hingeben, Welches also immer die Quantität an Waren ist, die er als Entlohnung für seine Arbeit erhält, der Preis, den er zahlt, ist immer derselbe. Dieser Preis kann zwar bald eine kleinere, bald eine größere Quantität Waren kaufen, aber bloß, weil deren Wert wechselt, nicht der Wert der Arbeit, der sie kauft." ⁹

Unter dem "Wert der Arbeit" ist an dieser Stelle der Wert der Ware Arbeitskraft, der Arbeitslohn, gemeint. Der Lohn des ungelernten Arbeiters, meinte Smith in Anlehnung an William Petty, sei "zu allen Zeiten und an allen Orten" gleich und könne daher als Wertmaß angenommen werden, während das Geld in seinem Wert schwankt. Solange dieser Arbeitslohn an das physische Existenzminimum gebunden war, hatte eine solche Auffassung eine gewisse Berechtigung, wengleich sie freilich den Wert wiederum nur aus dem Wert erklärt.

7 Marx, Karl, a. a. O., S. 162.

8 Smith, Adam, Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, Bd. 1, a. a. O., S. 62.

9 Ebenda, S. 43; vgl. Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857 - 1858, Berlin 1974, S. 504 f.

Marx schreibt: "Geld als Wertmaß ist notwendige Erscheinungsform des immanenten Wertmaßes der Waren, der Arbeitszeit."¹⁰ Bei Smith ist der Durchschnittslohn eine Art Geld, deren Wert selbst konstant bleibt.

Könnte man ein Mindestmaß an wissenschaftlichem Anstand voraussetzen, so müßte man erwarten, daß Recktenwald Smith' Begriff des Werts der Arbeit erläutert und erklärt, warum und wann darunter einmal der von einer bestimmten Arbeitsmenge produzierte Wert und ein andermal der Wert der Ware Arbeitskraft, also der Arbeitslohn, verstanden wird. Recktenwald tut dies jedoch nicht. Er unterstellt beim Leser Unkenntnis über den damaligen Wissensstand und verwechselt einfach die Wertbestimmung der Ware durch die Arbeitszeit mit den von Smith angenommenen Bestimmungsgründen für einen konstanten Arbeitslohn als äußeres Wertmaß. Unter den Produktionskosten, schreibt er, seien "letztlich die Mühen der Arbeit ('Placken und Sorgen'), modern ausgedrückt, die Opportunitätskosten, also das Opfer an Freiheit, Freizeit und Glück" (S. LIII f.) zu verstehen.

Diese Verwechslung gehört seit 100 Jahren zur antiklassischen Argumentation der Grenznutzentheorie.¹¹ Von ihr übernimmt Recktenwald übrigens auch die Unterstellung, daß Smith Produktionskosten und Nutzen als wertbestimmend angesehen habe.

Zweitens gibt Recktenwald nun die für die Produktion einer Ware erforderliche Arbeitsmenge als Arbeitslohn aus. Die Fehlinterpretation ist ihm nur durch unsaubere Übersetzung möglich. Indem Recktenwald "labour embodied" entstellend mit "eingesetzte Arbeitsmenge" wiedergibt, will er den Anschein erwecken, als hätte Smith nicht die in der Ware "verkörperte" Arbeitsmenge (gemessen in Zeit), sondern den Einsatz des "Produktionsfaktors Arbeit", also die Menge an Arbeitskräften (gemessen in Lohneinheiten), gemeint.

Durch die Unterstellung wird unverstänglich, warum Smith neben diesem Arbeitsbegriff noch den Begriff des "labour commanded" einführt, in dem tatsächlich nicht unterschieden wird zwischen der für eine Ware auf dem Markt erhältlichen Arbeitsmenge, die sich in einer anderen Ware verkörpert, und der gegen Lohnzahlung erhältlichen und im kapitalistischen Betrieb kommandierten Menge an Arbeitskräften.

Der Mensch, schreibt Smith, "muß arm oder reich sein, dem Quantum Arbeit entsprechend, das er zu kommandieren oder zu kaufen vermag. Daher stimmt der Wert einer beliebigen Ware für ihren Besitzer, der sie nicht selbst verwenden oder verzehren, sondern gegen andere Waren austauschen will, mit dem Quantum Arbeit überein, das er damit kaufen oder kommandieren kann. Arbeit ist also das reale Maß des Tauscherts aller Waren."¹²

Marx stellt fest, daß die Begriffe "labour embodied" und "labour commanded" für den Warenaustausch dasselbe aussagen, der letzte Begriff aber für die kapitalistische Produktion einen besonderen Akzent setzt, ohne die Wertbestimmung durch das "labour embodied" aufzuheben. Die Warenbesitzer "kaufen fremde Arbeit in der Form der Ware, wie ihre eigne Arbeit in der Form der Ware auftritt,

10 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 109.

11 Vgl. Jevons, William Stanley, Die Theorie der Politischen Ökonomie, Jena 1924, S. 158.

12 Smith, Adam, Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, Bd. 1, a. a. O., S. 40.

Das Quantum der gesellschaftlichen Arbeit, das sie kommandieren, ist daher gleich dem Quantum der Arbeit, die in der Ware, womit sie selbst kaufen, enthalten ist. Wenn er (Smith - H. L.) aber in den folgenden Kapiteln auf den Austausch zwischen vergegenständlichter Arbeit und lebendiger, zwischen Kapitalist und Arbeiter kommt und dann betont, daß der Wert der Ware nun nicht mehr bestimmt sei durch das Quantum Arbeit, das in ihr selbst enthalten ist, sondern durch das von ihr unterschiedene Quantum fremder, lebendiger Arbeit, das sie kommandieren, i. e. kaufen kann, so ist damit in der Tat nicht gesagt, daß die Waren selbst sich nicht mehr im Verhältnis zu der in ihnen enthaltenen Arbeitszeit austauschen, sondern daß die Bereicherung, die Verwertung des in der Ware enthaltenen Werts und der Grad dieser Verwertung von der größeren oder geringeren Quantität lebendiger Arbeit abhängt, die die vergegenständlichte Arbeit in Bewegung setzt. Und in dieser Fassung ist das richtig. Smith bleibt aber unklar. "13

Recktenwald unterläßt auch hier den Hinweis auf das grundsätzliche theoriegeschichtliche Problem, vor dem Smith stand. Smith hatte wohl die ein Jahrhundert zuvor formulierte Arbeitswerttheorie von Petty weitergeführt; aber es gelang ihm nicht, diese mit dem kapitalistischen "natural price" in Übereinstimmung zu bringen. Marx schreibt: "Die ganze Schwierigkeit kommt dadurch hinein, daß die Waren nicht einfach als Waren ausgetauscht werden, sondern als Produkte von Kapitalen, die im Verhältnis zu ihrer Größe, oder bei gleicher Größe, gleiche Teilnahme an der Gesamtmasse des Mehrwerts beanspruchen. "14

Diese für Smith unlösbare Schwierigkeit führte zur Erweiterung des Arbeitsbegriffs: Zum "labour embodied" kam das "labour commanded". Die begriffliche Unterscheidung erlaubte Smith, einige Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft genauer zu erfassen. Seine Arbeitswerttheorie wird durch sie jedoch keineswegs präziser. Unter diesem generellen Aspekt ist Smith' Verlegenheit offensichtlich. Nur Recktenwald bemerkt sie nicht. Er begreift ebenfalls nicht, daß erst Marx in seiner Theorie des Produktionspreises die theoretische Vermittlung zwischen dem Wert der Ware, ausgedrückt in "labour embodied", und seiner kapitalistischen Erscheinungsform gefunden hat.

Aus Recktenwalds Sicht sind Smith' Probleme nicht so kompliziert; er führt sie auf den Standpunkt von Say zurück, der aus Smith' zahlreichen oberflächlichen Bemerkungen eine vulgärökonomische Theorie schuf. Recktenwald schreibt: "Sobald nämlich Kapital und Boden ebenso produktiv wie Arbeit an der Wertschöpfung beteiligt sind, muß selbstverständlich der Wert der verfügbaren Güter den Wert der eingesetzten Arbeit um die Beiträge von Kapital und Boden, die ja zu dritt den Mehrwert bilden, übersteigen" (S. LIV).

Wohl gibt es bei Smith Rückfälle in den Physiokratismus und daher Feststellungen über eine Produktivität des Bodens. Wohl nennt Smith auch die Einkommen in ihren "natürlichen", das heißt lokal üblichen Raten als Quelle des Warenwerts. Aber die Smithsche Annahme einer Kapitalproduktivität und einer "Mehrwert"bildung aus den Beiträgen von Arbeit, Kapital und Boden gehört zu Recktenwalds gewaltsamen Vereinfachungen.

13 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, a. a. O., Bd. 26, 1, Berlin 1965, S. 48.

14 Derselbe, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 184 f.

Recktenwalds Smith-Bearbeitung - Übersetzung kann man sie streng genommen nicht nennen - trägt trotz ihres wissenschaftlichen Scheins einen vorwiegend propagandistischen Charakter. Aus den ideologischen Bedürfnissen der allgemeinen Krise des Kapitalismus borgt sich die Werbung für eine angeblich soziale Marktwirtschaft ein wissenschaftliches Mäntelchen und meint im Jubiläumsjahr des "Wealth of Nations" gerade dieses Werk vor ihren Karren spannen zu können.

Recktenwald entlieh seine Interpretation jenen theoriegeschichtlichen Lehrbüchern, deren Autoren die Mehrzahl der vorangegangenen Ökonomen als Vorläufer der heutigen bürgerlichen politischen Ökonomie betrachten und die Geschichte der politischen Ökonomie unter dem Gesichtspunkt der Rechtfertigung zurechtstutzen. Zu dieser Literatur zählen auch Marian Bowleys "Studies in the History of Economic Theory before 1870".

Marian Bowley sieht Adam Smith in der Tradition der feudal-ökonomischen Auffassung vom "gerechten Preis". Sie schreibt: "Meiner Ansicht ist es offensichtlich, daß Adam Smith bezüglich der Konzeption vom Preismechanismus und von den natürlichen Preisen der Waren in direkter Linie ein bewußter oder unbewußter Erbe der Scholastiker ist," (S. 129) Seine Produktionskostentheorie, meint sie, sei weniger allgemein als eine Herleitung der Faktorpreise aus dem Wert des Erzeugnisses, wie sie Smith' Popularisator Say "logisch befriedigender oder eleganter" (S. 127) unternommen habe, ohne allerdings schon die Grenzanalyse zu besitzen.

Aus einer solchen Konstruktion einer geraden Linie von der feudalen ökonomischen Theorie zur Grenznutzentheorie fallen allerdings jene Ökonomen heraus, die der Periode "der allmählichen Genesis der politischen Ökonomie"¹⁵ angehören und eine ausgesprochene Arbeitswerttheorie vertreten. Um deren Kontinuität zu Smith zu verdecken, entkleidet Marian Bowley die Arbeitswerttheorie der ökonomischen Substanz und deklariert sie zu einer "physikalischen" Theorie. "Der wichtigste Aspekt des Pettyschen Vorgehens in der ökonomischen Analyse bestand vielleicht darin, daß er das Ergebnis explizit aus der Beziehung zwischen den in der Produktion der Ware und seinem Preis verwendeten Mengen realer Ressourcen herleitete. Dieses Vorgehen, oder besser seine Folgerungen für die Ressourcenallokation, scheint Cantillon beeinflußt zu haben." (S. 89 f.) Petty, meint sie, habe "the importance of physical inputs in relation to value" (S. 93) betont; und Cantillon habe die Verteilung der "physical inputs" entsprechend der gesellschaftlichen Bedürfnisse erklärt.

Diese Interpretation ist nicht neu; sie entstammt der Vorstellungswelt der Grenznutzentheorie und zeugt von theoriegeschichtlichem Unverständnis. Denn es ist unerfindlich, wie Petty und Cantillon ökonomische Aussagen aus dem Verhältnis zwischen physischen Mengen von Einsatzfaktoren hätten ableiten können.

Indem Marian Bowley die frühe klassische Arbeitswerttheorie, die sich noch in der Herausbildung befand, falsch interpretiert, meint sie leichtes Spiel zu haben bei der Einschätzung der entwickelten klassischen Arbeitswerttheorie von Smith. Sie vernachlässigt die Vervollkommnung der Arbeitswerttheorie während des Jahrhunderts zwischen Petty und Smith und spricht von einem "physical-input type of value-theory in the 'Wealth of Nations'" (S. 112), an dem letzterer wenig

¹⁵ Derselbe, Aus der "Kritischen Geschichte", in: ebenda, Bd. 20, Berlin 1962, S. 221.

interessiert gewesen sei. Smith habe diesen Typ nur angeführt, um dessen beschränkte Gültigkeit darzulegen. Seine eigentliche Werttheorie gehe auf die Auffassung vom "labour commanded" zurück. Diese nennt sie, der Fehlinterpretation durch die Grenznutzentheoretiker folgend, eine "psychologische Konzeption", eine Vorstellung vom "disutility of labour" (S. 116).

Solche fast traditionellen Verfälschungen sind in der bürgerlichen Literatur nicht selten. Aber sie beherrschen nicht ausschließlich die theoriegeschichtliche Beschäftigung mit der klassischen politischen Ökonomie. Es gibt auch ernstzunehmende Untersuchungen. Zu diesen gehört in erster Linie Samuel Hollanders Analyse "The economics of Adam Smith", die ein hohes Maß an Solidität besitzt und zu den besten bürgerlichen Smith-Darstellungen gezählt werden muß. Im Unterschied zu Recktenwald zeichnet sich Hollander durch tiefe Kenntnis des "Wealth of Nations" und der historischen Bedingungen für diese klassische Leistung sowie durch beträchtliches analytisches Verständnis aus.

Auf der Grundlage jüngerer Untersuchungen über englische Wirtschaftsgeschichte gibt der Verfasser eine kluge historische Deutung der Smithschen Auffassungen. Wer sich in Zukunft mit der klassischen politischen Ökonomie des Bürgertums beschäftigen wird, der darf an dieser einsichtsvollen Darlegung nicht vorbeigehen. Einen besonderen Reiz erhält das Buch durch seine überzeugende Polemik gegen viele in der bürgerlichen Literatur verbreitete Fehlinterpretationen des "Wealth of Nations".

In der vorliegenden Besprechung interessiert Hollanders Behandlung der klassischen Arbeitswerttheorie. Der Aufbau des 4. Kapitels "Die Werttheorie" (Preisbestimmung, Konkurrenzkonzeption, Rolle von Nutzen und Nachfrage) ergibt sich völlig aus der kritischen Stoßrichtung. Denn gerade in diesem Kapitel kann der Verfasser nur dann mit dem Verständnis der Mehrzahl seiner Leser rechnen, wenn er die falschen Erklärungen zwingend zurückweist. Hollanders Darstellung ist frei von Verzerrungen und zeichnet sich durch eine wissenschaftlich fruchtbare Polemik aus; ihre Schwäche ist in der bürgerlichen Betrachtungsweise und deren Erkenntnisgrenzen begründet.

Es wurde schon dargelegt, daß Smith die fehlende Übereinstimmung zwischen dem Wert der Ware, bestimmt durch die in ihr verkörperte Arbeit, und dem Tauschwert der kapitalistisch produzierten Ware sah und daher vom "labour embodied" nur bezüglich der vorkapitalistischen Warenproduktion sprach, für die Bestimmung unter kapitalistischen Verhältnissen aber das "labour commanded" annahm. Schumpeter und andere haben daraus geschlossen, Smith sei mit der "labour commanded" auf die Problematik der Preisindexziffern gestoßen, also auf eine mit der Arbeitswerttheorie nur noch sehr weitläufig verbundene Frage.

Der vom Nominalwert einer Ware, ihrem "Preis in Geld", unterschiedene Realwert, ihr "Preis in Arbeit", berühre sich wohl mit dem modernen Indexziffernproblem beim Bewerten von Wandlungen in "Realeinkommen" über Raum und Zeit, meint Hollander, aber Smith' Realwertvorstellung stimme nicht mit einer solchen logischen Herleitung des Werts aus einem empirisch relevanten Modell überein, die keine Werttheorie mehr einschließe. Daher müsse man sich auch gegen die Behauptung aussprechen, Smith wäre nur irrtümlich eine Arbeitswerttheorie zugeschrieben worden, weil er die "labour commanded"-Wertbestimmung auch für die ursprüngliche Gesellschaft gelten ließ, in der nach seiner Auffassung "labour embodied" und "labour commanded" identisch seien.

Weiterhin wendet sich Hollander gegen die Ausdeutung des Realwertbegriffs im Sinn des Aufwands von subjektiver Mühe in der Produktion. Da die konkrete Arbeitszeit kein eindeutiges Maß für den Aufwand sei, habe Smith auf den über den Markt sich vollziehenden Reduktionsprozeß verwiesen. "Smith scheint daher der Auffassung zu sein, daß der Wert des Erzeugnisses in Lohnheiten - möglicherweise unter Benutzung der Rate für ungelernete Arbeit - ein adäquates, wenn auch nicht vollkommenes Maß für 'labour commanded' in der entsprechenden Bedeutung des Begriffs, nämlich in der Bedeutung von 'toil and trouble', bieten würde." (S. 129) Wenn Smith auch den einzelnen Arbeiter anführe, so meine er doch nicht dessen persönliche Mühe, sondern eine Aufwandsfunktion gleicher Arbeit vieler Individuen.

"Die Wahl des 'labour commanded'-Index", schreibt Hollander, "hat ein doppeltes Ziel. Einerseits sollte er ein Maß für den Aufwand (measure of the disutility), als Gegengröße zum Nationaleinkommen, und andererseits ein indirektes Maß für die Kaufkraft über Waren bieten, da 'jemand reich oder arm ist, je nachdem in welchem Grad er sich den Genuß der notwendigen Artikel, der Annehmlichkeiten und Vergnügungen des menschlichen Lebens leisten kann'. Daher gibt es keine letztlich 'subjektive' Orientierung in Smith' Argumentation, und die Wahl des Index bezeugt dies eher, als daß sie das Gegenteil anzeigte." (S. 135 f.)

Wie willkürlich bürgerliche Smith-Interpreten mit dem "Wealth of Nations" verfahren, ist auch daraus zu ersehen, daß dieser Index bei den einen als Argument für einen auf das Subjektive orientierten Smith, bei den anderen dagegen als Zeichen für Smith' angebliche Vernachlässigung des Nutzens und der Nachfrage gilt. Smith, sagen diese, habe im Gegensatz zu den früheren Ökonomen vor allem die Kosten betont.

Hollander widerlegt deren Auffassungen auf zweifache Weise.

Erstens zeigt er, daß die feudalen ökonomischen Denker keineswegs, wie nahezu allgemein in der bürgerlichen Literatur behauptet wird, den Preis der Ware aus deren Nutzen herleiteten und daher zu den Vorläufern der Grenznutzentheorie zu zählen seien. Er hat völlig recht, wenn er die feudal-ökonomische Herleitung des Preises der Ware aus den für sie aufgewendeten "labores et expensae" hervorhebt. Damit erweist sich die Konstruktion als falsch, Smith habe gegen die einseitige Nachfragebetonung seiner Vorgänger die Kosten überbewertet.

Zweitens kann Hollander, da er im vorangehenden Kapitel die historische Struktur der englischen Wirtschaft behandelt hat, nun zeigen, in welchem Maß Smith unter Berücksichtigung der realen Problematik Nachfrage- und selbst Substitutionserscheinungen ernsthaft analysiert hat. Das Marginalproblem, stellt er fest, fehle keineswegs bei Smith. Auch das vielfältig ausgedeutete Wertparadox leitet Hollander richtig aus dem Text des "Wealth of Nations" ab; es spreche nur von der theoretisch-ökonomischen Irrelevanz der physischen Eigenschaften der Ware, schränke jedoch nicht die Rolle ihres Gebrauchswerts ein.

Auch die von der jüngeren bürgerlichen politischen Ökonomie so sehr in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellte Frage der Wahlentscheidung habe Smith bei der Behandlung praktischer Probleme nicht unbeachtet gelassen, schreibt Hollander. "Wo es eine Hierarchie von Grundbedürfnissen gibt, ist für eine Theorie der Wahl wenig Raum; die Bedeutung der Nachfragetheorie ist mit dem Hinweis darauf sehr verkleinert worden, daß die Substitution in der Konsumtion dann 'technisch' ausgeschlossen sei. Die Annahme, daß die Lohngüter zu Smith' Zeit sich aus wenigen Grunderzeugnissen zusammensetzten, hat viel zu der Auffassung beigetragen, daß die Rolle der Nachfrage im 'Wealth of Nations' angeblich vernachlässigt wer-

den konnte. Tatsächlich war sich Smith jedoch der Komplexität sogar des Budgets der Arbeiterklasse völlig bewußt, und der Rolle der relativen Warenpreise bei der Wahl des Warenkorbs schenkte er große Beachtung." (S. 138)

Gerade weil Hollander aus der historischen Situation seinen Nachweis führt, überzeugt die Polemik. Hollanders Untersuchung ist tief genug ausgelotet; sein Urteil ist abgewogen. Er vermeidet streng jede Modernisierung des "Wealth of Nations", obwohl die Verwendung des heutigen Begriffsapparats bei geringerer historischer Kenntnis gar zu leicht dazu hätte führen können, spätere theoretische Kenntnisse schon bei Smith zu suchen. Hollander weist den Leser auch öfter darauf hin, daß sich Smith keineswegs aller in seiner Analyse implizit enthaltener Denkansätze bewußt war. "So führte er formell die Substitutionsbeziehung nicht als allgemeines Phänomen in seine Analyse ein, dennoch wurden gewisse spezifische Aspekte dieser Beziehung bei der Behandlung besonderer Probleme der Allokationstheorie anerkannt." (S. 124)

Hollanders Grenzen werden dort sichtbar, wo er Smith' Arbeitswerttheorie positiv darlegen müßte. Auch in diesen Passagen bestimmt das abwägende Urteil des historischen Kenners bis zu einem gewissen Grade die Einschätzung. Marx' Analyse des "Wealth of Nations" wird jedoch in dieser Betrachtung völlig ignoriert. So erhebt sich Hollander zwar über die Mehrzahl seiner bürgerlichen Fachkollegen, aber er bleibt auf dem Boden der bürgerlichen Betrachtung.

Zunächst muß hervorgehoben werden, daß Hollander Smith' Arbeitswerttheorie keineswegs als eine Verirrung betrachtet. Er nimmt sie als einen Teil des großen klassischen Werks, als dessen theoretischen Ausgangspunkt. 'Der Allokationsprozeß ist in dem 'Wealth of Nations' unendlich genauer behandelt als in den 'Lectures'. Die Analyse ist eigentlich eine bedachtsame schrittweise Komplizierung vom einfachen Modell zu jenem von größerer Komplexität und erreicht das hohe Niveau der Methode, wie es zum Beispiel schon bei Stuart und Cantillon anzutreffen ist." (S. 116)

Hollander schreibt in diesem Zusammenhang ferner: "Die 'reine' Arbeitswerttheorie ist zuerst in der berühmten Passage über den Hirsch-Biber-Fall formuliert. Die Argumentation ist hier ... ausdrücklich beschränkt auf den 'Zustand der Gesellschaft, der sowohl der Akkumulation als auch der Aneignung des Bodens vorausgeht'. Eine wichtige Bedingung ist jedoch unmittelbar eingeführt, die tatsächlich sogar im ursprünglichen Zustand die Erklärung des Preises aus den Arbeitskosten gestattet. In der Lohnratenstruktur wird eine unterschiedliche 'Anstrengung' und unterschiedliche 'Geschicklichkeit und geistige Anspannung' der Arbeit in verschiedenen Beschäftigungen unterstellt. Der zweite Unterschied wird im folgenden als 'Entschädigung für die Zeit und die Arbeit' beim Erlangen der nötigen Geschicklichkeit interpretiert" (S. 116 f.).

An dieser Stelle ist Hollander unscharf. Smith beschreibt die Wertbestimmung durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bei unterschiedlicher Arbeitsintensität und Qualifikation der Arbeitenden und die Reduktion der komplizierten auf einfache Arbeit. Zur weiteren Verdeutlichung fügt Smith jedoch hinzu: "In einem fortgeschrittenen Zustand der Gesellschaft erfolgen solche Vergütungen für die größere Mühe und Geschicklichkeit gewöhnlich in Gestalt des Arbeitslohnes. Etwas Derartiges muß es wahrscheinlich auch während der frühesten und unentwickeltesten Periode der Gesellschaft gegeben haben."¹⁶

¹⁶ Smith, Adam, Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, Bd. 1, a. a. O., S. 63.

Mit diesem Hinweis auf den Arbeitslohn versucht Smith, die Wertbestimmung in der vorkapitalistischen Warenproduktion anhand der Wertbestimmung einer spezifisch kapitalistischen Ware, der Arbeitskraft des Lohnarbeiters, besser zu beleuchten. Er fügt so in die Betrachtung des Reduktionsprozesses eine Überlegung aus der Distribution ein, was nicht zur Verständlichkeit beiträgt, sondern im Gegenteil zur Mehrdeutigkeit führt.

Auf diesen Umstand weist Hollander nicht hin. Er stellt lediglich fest, daß Smith nicht versucht habe, die Werttheorie der "Arbeitskosten" durch eine Analyse des Gleichgewichtsprozesses formal zu rechtfertigen.

Eigentlich weiß Hollander mit Smith' Arbeitswerttheorie für den ursprünglichen Zustand der Gesellschaft nichts anzufangen. "Die große Beachtung, die der Werttheorie der Arbeitsmenge und der Arbeitskosten in den Kommentaren zu Smith' Darstellung geschenkt wird, ist nach unserer Ansicht ungerechtfertigt. Die grundlegende Argumentation - und nur diese ist für Smith von praktischer Bedeutung - bezieht sich auf den komplexen Fall, in dem die Einkommen aus Kapital und Boden in den Preis jeder Ware eingehen. Das Aufsteigen vom einfachsten Fall mit einem Faktor zum größeren Grad der Komplexität ist jedoch geeignet, Interpretationsprobleme aufzuwerfen." (S. 117) Dazu gehöre die Frage, ob Profit und Rente ein Abzug vom Arbeitsprodukt oder ein zusätzlicher Beitrag seien, fügt Hollander in einer Fußnote hinzu.

Gemessen an der Mehrzahl bürgerlicher Smith-Deutungen ist diese Erkenntnis bemerkenswert. Hollander fragt allerdings nicht weiter, warum Smith sein Aufsteigen vom Einfachen zum Komplizierten mit dem Wertaustausch beginnt und welcherart die Vermittlung vom Warenwert zum kapitalistischen Marktwert ist.

Hollander stellt im einzelnen die Grundzüge und die Begrenztheit der Smithschen Gleichgewichtsanalyse dar. Auch für den marxistischen Leser ist diese Untersuchung interessant, weil die nähere, historisch belegende Erläuterung Marx' Einschätzungen der Smithschen politischen Ökonomie ergänzt, obwohl das nicht in Hollanders Absicht lag. So spielte zum Beispiel zu Smith' Zeit das fixe Kapital noch nicht die überragende Rolle; sein Umfang wuchs erst in der industriellen Revolution gewaltig an und bestimmte - ein halbes Jahrhundert nach dem ersten Erscheinen des "Wealth of Nations" - den Verlauf der ersten zyklischen Wirtschaftskrise. Es fehlten im vorindustriellen England auch noch nationale Preise und nationale Profitraten; Smith führt stets nur lokal übliche Einkommensraten an. Dennoch stößt Smith schon auf die Bedeutung unterschiedlicher organischer Kapitalzusammensetzungen. Und er untersucht, wie die Bewegung der lokalen Einkommensraten den Marktwert der Waren beeinflusst. Bevor also die objektiven Bedingungen für die endgültige Herausbildung des kapitalistischen Produktionspreises vorhanden waren, stellte Smith bei der Analyse der kapitalistischen Form des Warenwerts viele Fragen, die für die spätere Erforschung des Produktionspreises von Wichtigkeit waren. Diese Tatsache erklärt, warum sich Ricardo und Marx so eingehend mit Smith beschäftigten.

Der Produktionspreis, schreibt Marx sogar, "ist tatsächlich dasselbe, was A. Smith natural price nennt, Ricardo price of production, cost of production, die Physiokraten prix nécessaire nennen - wobei keiner von ihnen den Unterschied des Produktionspreises vom Wert entwickelt hat -, weil er auf die Dauer Bedingung der Zufuhr, der Reproduktion der Ware jeder besondern Produktionsphäre ist."¹⁷

¹⁷ Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, a. a. O., S. 208.

Aus diesem Umstand ergibt sich das Verhältnis zwischen Smith und Ricardo, dem "Vollender der klassischen politischen Ökonomie"¹⁸, das Hollander allerdings einseitig darstellt. Er schreibt: "Eine der ernstesten Anklagen David Ricardos gegen die Smithsche Preisanalyse bestand tatsächlich darin, daß in dieser die Differenzen zwischen den Kapitalstrukturen der verschiedenen Industrien nicht anerkannt wurden. Ricardo kritisierte nicht, daß der Wert in der Smithschen Analyse eher auf die Produktionskosten als auf die Arbeitsmenge zurückgeführt werde, weil er selbst eine Produktionskostentheorie der Preisbestimmung vertrat. Seine Anklage bestand eher darin, daß Smith die tatsächlichen Wirkungen des Profits auf den relativen Wert nicht anerkannte, weil er die unterschiedliche Lebensdauer des Kapitals bei verschiedenen Gütern oder eine von dem üblichen Stand abweichende Technologie vollständig vernachlässigte." (S. 122)

Hollander stellt hier die Wertbestimmung durch die Arbeitsmenge gegen jene durch die Produktionskosten. Aber Ricardos Auffassung von der Arbeitswerttheorie ist nicht derart einfach. So schreibt Ricardo: "Es zeigt sich also, daß die Einteilung des in verschiedenen Zweigen angelegten Kapitals in fixes und zirkulierendes eine erhebliche Modifikation des Grundsatzes bedingt, der allgemein angewendet werden muß, sofern fast ausschließlich Arbeit in der Produktion angewendet wird: nämlich, daß Waren niemals ihren Wert verändern, es sei denn, es wird eine größere oder geringere Quantität Arbeit zu ihrer Produktion verwendet."¹⁹

Ricardo spricht lediglich von einer "Modifikation"; Wert und Produktionspreis sind für ihn keine nur nebeneinander existierenden Kategorien. Er geht, wie Marx schreibt, von der Bestimmung des Werts durch die Arbeitszeit aus "und zwingt nun die Wissenschaft, ihren bisherigen Schlendrian zu verlassen und sich Rechenschaft darüber abzulegen, wieweit die übrigen von ihr entwickelten, dargestellten Kategorien - Produktions- und Verkehrsverhältnisse -, Formen dieser Grundlage, dem Ausgangspunkt entsprechen oder widersprechen, wieweit überhaupt die bloß die Erscheinungsformen des Prozesses wiedergebende, reproduzierende Wissenschaft (also auch diese Erscheinungen selbst) der Grundlage entsprechen, auf der der innere Zusammenhang, die wirkliche Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft beruht oder die ihren Ausgangspunkt bildet, wie es sich überhaupt mit diesem Widerspruch zwischen der scheinbaren und wirklichen Bewegung des Systems verhält."²⁰

Wenn man vergleicht, wie einerseits Hollander und wie andererseits Marx Ricardo einschätzt, erkennt man Hollanders Grundschwäche.

Marx betrachtet den Kapitalismus vom Standpunkt der materialistischen Dialektik als ein System sich widersprechender wesentlicher und an der Oberfläche erscheinender Prozesse. Während Smith beide Prozesse konstatiert, sucht Ricardo ihr Verhältnis zueinander zu ergründen. An diese Bemühung knüpft Marx an. Er erkennt Ricardos Fehler, trotz der Annahme einer Wertmodifikation letztlich doch Wert und Produktionspreis als identische Kategorie aufzufassen, und entwickelt erstmals in der Geschichte der politischen Ökonomie, indem er konsequent historisch und dialektisch vorgeht, aus dem Wert über verschiedene theoretisch-historische Vermittlungen den kapitalistischen Produktionspreis der Ware.

18 Derselbe, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 46.

19 Ricardo, David, Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, übers. u. mit einer Einleitung versehen v. Gerhard Bondi, Berlin 1959, S. 37.

20 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, a. a. O., Bd. 26, 2, S. 163.

Hollander erfaßt wohl mit großem analytischen Verständnis die oberflächlichen Prozesse und deren Widerspiegelung in der ökonomischen Theorie; aber ihm fehlt der dialektische Spürsinn. Nach seiner Meinung hat Smith eine Arbeitswerttheorie, die aber ohne Bedeutung sei. Ricardos erwähnte Bemühung wird von Hollander überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Wert und Produktionspreis bzw. Marktwert stehen für ihn beziehungslos nebeneinander. Anfangs wurde zitiert, daß sich Smith mit großer Naivität in einem fortwährenden Widerspruch zwischen Wesenserkenntnis und Oberflächenbeschreibung bewege. Hollander ist in eben dieser Naivität befangen und außerstande, Smith' Widerspruch zu reflektieren.

Hollanders Buch zeigt, welche engen Grenzen einem bürgerlichen Gelehrten mit großer historischer Sachkenntnis und analytischem Vermögen in einer Gesellschaft, die aus Existenzgründen auf die wissenschaftliche Untersuchung ihrer inneren Zusammenhänge verzichten muß, gezogen sind.

Einen interessanten Versuch, diese Grenzen durch historisches und dialektisches Herangehen auf der Grundlage einer intensiven Marx-Lektüre zu überwinden, stellt Claudio Napoleonis überarbeitete Vorlesungsreihe "Ricardo und Marx. Studien über soziale Bedeutung und formale Probleme wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung" dar. Im Mittelpunkt stehen die klassische bürgerliche und die marxistische Werttheorie sowie deren Rezeption in der heutigen bürgerlichen ökonomischen Literatur.

Anlaß für Napoleonis Bemühen, Einseitigkeiten seiner bisherigen nichtmarxistischen Marx-Deutung zu überwinden, waren grundlegende Widersprüche in verschiedenen bürgerlichen Versuchen, Ricardos Arbeitswerttheorie außerhalb der Marxschen Weiterentwicklung für die Diskussion gegenwärtiger Probleme fruchtbar zu machen und dabei die fundamentale Wertproblematik in ein Gleichungssystem von Arbeits- bzw. Warenmengen aufzulösen.

Solche Versuche sind nicht neu; sie liefen meist darauf hinaus, Marx' Erklärung des kapitalistischen Produktionspreises zu entstellen.²¹ Ausgangspunkt zahlreicher heutiger Überlegungen bildet Piero Sraffas Arbeit "Warenproduktion mittels Waren. Einleitung zu einer Kritik der ökonomischen Theorie".²²

Über Sraffas Vorgehen in diesem Buch, "das im Mittelpunkt der wichtigsten Debatten der ökonomischen Theorie der letzten Jahre steht", schreibt Napoleoni: "Die Profitrate und das System der Produktionspreise werden, ausgehend von einer ad hoc geschaffenen Konstruktion, bestimmt, nämlich ausgehend von physischen Warenquanta, von physischen Quanta von Produkten und Produktionsmitteln, ohne irgendeinen Bezug auf das in den Waren selbst enthaltene Arbeitsquantum." (S. 200)

21 Vgl. Bortkiewicz, Ladislaus v., Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Tübingen, Bd. 23, 1906; Bd. 25, 1907; derselbe, Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Band des "Kapital", in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, Bd. 34, Jena 1907.

22 Sraffa, Piero, Production of Commodities by Means of Commodities. Prelude to a Critique of Economic Theory, Cambridge 1960, dt. Ausg. Berlin 1968; vgl. Lehmann, Hermann, Piero Sraffa, Warenproduktion mittels Waren, Rez. in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 6/1969.

Dieses Vorgehen, meint Napoleoni, führe zu dem Ergebnis, "daß die Preise und die Profitrate, verbunden mit dem Preisproblem, unabhängig von den Werten bestimmbar sind oder, besser, daß den Preisen selbst eine bestimmte ad hoc geschaffene Konstruktion vorausgesetzt werden kann, d. h. eine bestimmte Gesamtheit von Waren, innerhalb derer die Waren im Verhältnis von Produkten und Produktionsmitteln stehen. Wenn die Dinge wirklich so lägen, so müßten wir daraus folgern, daß der Zusammenhang, den Marx zwischen den Werten und den Preisen sah, in Wirklichkeit nicht existiert und daß es daher nicht nötig ist, die Preise zu kennen, um die Werte bestimmen zu können. Als Konsequenz kann daher legitimerweise der Verdacht aufkommen, die gesamte Marx'sche Werttheorie büße ihre Bedeutung ein, weil sie nicht zur Erklärung der Realität dienen kann, die, so sehr man sie auch oberflächlich nennen mag, dennoch real bleibt. Wenn die Realität der Konkurrenz jedoch erklärt werden kann, ohne daß man sich dazu der Werte bedient, so entsteht zumindest die Frage, welchen Sinn die Werttheorie dann überhaupt hat." (S. 202 f.)

Um diesen Auffassungen entgegenzutreten, versucht Napoleoni die Werttheorie in der ihr von der klassischen bürgerlichen und von der marxistischen politischen Ökonomie zuerkannten Bedeutung, als Analyse der Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft, zu begreifen. Darin unterscheidet er sich grundsätzlich von den Autoren der zuvor besprochenen Bücher, die die Werttheorie entweder leugneten oder lediglich als eine Hypothese zur Erklärung vorkapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse auffaßten.

Napoleoni stellt dar, wie es aufgrund des Privateigentums an Produktionsmitteln zur Waren- und Wertproduktion kommt, wie sich das Kapital die abstrakte, wertschaffende Arbeit unterordnet und deren Produktivkräfte als Produktivkräfte des Kapitals erscheinen. Er beschreibt, wie sich die Verkehrung der wesentlichen, inneren Zusammenhänge an der Oberfläche fortsetzt: "Die Art, wie mittelst des Übergangs durch die Profitrate der Mehrwert in die Form des Profits verwandelt wird, ist jedoch nur die Weiterentwicklung der schon während des Produktionsprozesses vorgehenden Verkehrung von Subjekt und Objekt. Schon hier sahen wir sämtliche subjektiven Produktivkräfte der Arbeit sich als Produktivkräfte des Kapitals darstellen." (S. 177)

Das dialektische Verhältnis von Wesen und Erscheinung habe seine objektive Funktion und sei Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft, hebt Napoleoni hervor. "Gerade weil diese Verkehrung von Subjekt und Objekt eintritt, die das Subjekt der Produktion - die Arbeit - in ein Objekt verwandelt, das Teil des Kapitals ist, wird es dem einzelnen Kapitalisten und dem System im allgemeinen möglich, das Kapital als einheitliches Ganzes zu bestimmen, das dann seinerseits zur Bezugsgröße für den Mehrwert wird." (ebenda) Napoleoni schreibt weiter: "Somit ist die Profitrate eines der konstituierenden Elemente der kapitalistischen Wirklichkeit, und die Tatsache, daß eine Kategorie, die im übrigen den realen Ursprung des Profits verschleiert, grundlegend für diese Realität ist, rührt daher, daß diese Realität selbst widersprüchlich ist." (S. 179)

Diese Darlegungen geben sich keineswegs als unverbindliche Marx-Reminiszenzen; sie bilden den Ausgangspunkt, von dem Napoleoni die bürgerlichen Versuche ad absurdum führt, den Kapitalismus auf seiner eigenen, antagonistischen Grundlage zu überwinden.

Napoleoni bemüht sich, das dialektische Verhältnis zwischen Wesen und Erscheinung in der Beziehung zwischen Wert und Marktwert bzw. kapitalistischem Produktionspreis nachzuweisen. "Wie der Tauschwert die Erscheinungsform des

Werts ist, so sind die Preise, zu denen sich die Waren tatsächlich austauschen unter den Bedingungen des Ausgleichs durch die Konkurrenz, die Preise also, die die Gleichheit der Profitraten herbeiführen, nichts anderes als eine 'verwandelte Form' der Tauschwerte. Wie der Tauschwert ohne den Wert unverständlich bleiben müßte, weil er nichts anderes ist als die Weise, in der sich der Wert manifestiert, so bliebe auch der Preis unverständlich ohne den Tauschwert, weil er nur eine Verwandlung dieses Tauschwerts darstellt und gar nicht erfaßt werden könnte, wenn wir nicht als Ausgangspunkt das hätten, was verwandelt werden soll." (S. 183)

Das Problem der Verwandlung (Transformation) der Werte in Produktionspreise, stellt Napoleoni fest, wird von bürgerlichen Theoretikern nicht erfaßt, wenn diese den Tauschwert unberücksichtigt lassen. In ihren Darstellungen gibt es einerseits den Wert, andererseits den Produktionspreis; weder hat der Wert seine Fortsetzung im Tauschwert, noch ist der Tauschwert die unmittelbare Voraussetzung des Produktionspreises. Auf diese Weise ist das Problem der Transformation zweifellos beseitigt, denn der Wert und der Produktionspreis stehen jeweils für sich in ihrer eigenen Sphäre, ohne daß das Problem ihres Verhältnisses überhaupt entstünde." (S. 211 f.)

Bis zu diesem Punkt kann den Ausführungen zugestimmt werden. Napoleoni hat sich die marxistische politische Ökonomie so weit angeeignet, daß er die grundlegenden Fehler der bürgerlichen Transformationstheorie erkennt. Es fällt ihm allerdings schwer, Marx' Theorie des Produktionspreises voll zu verstehen, weil er seine dialektischen und historischen Ansätze nicht konsequent weiterführt.

Der Austausch der Waren zu ihren Werten oder annähernd zu ihren Werten, stellt Marx fest, erfordere "eine viel niedrigere Stufe als der Austausch zu Produktionspreisen, wozu eine bestimmte Höhe kapitalistischer Entwicklung nötig ist".²³ Auf der höheren Stufe tritt nun eine wichtige erkenntnismäßige Änderung ein: "Mit der Verwandlung der Werte in Produktionspreise wird die Grundlage der Wertbestimmung selbst dem Auge entrückt."²⁴ Obwohl verborgen, bleibt sie dennoch die objektive Basis für alle Verwandlungen und Verkehren im kapitalistischen Wirtschaftsprozess und das Fundament für jede wissenschaftliche Analyse. "Ohne diese Entwicklung bleibt die allgemeine Profitrate (und daher auch der Produktionspreis der Ware) eine sinn- und begriffslose Vorstellung."²⁵ Marx faßt diese Beziehungen noch einmal zusammen: "Abgesehen von der Beherrschung der Preise und der Preisbewegung durch das Wertgesetz, ist es also durchaus sachgemäß, die Werte der Waren nicht nur theoretisch, sondern historisch als das prius der Produktionspreise zu betrachten."²⁶

Das Verhältnis zwischen den Produktionspreisen und ihrer - erstens - historisch-vorkapitalistischen, - zweitens - objektiv-kapitalistischen, verborgenen und schließlich - drittens - theoretisch reproduzierbaren Grundlage verdeutlicht Marx anhand rechnerischer Beispiele, in denen sich der Produktionspreis aus der Summe der Kostpreise ($c+v$) und des Durchschnittsprofits ergibt. Diese Beispiele führen dem Leser den historischen und kapitalistisch-entrückten Übergang vom Wert zum Produktionspreis vor Augen, indem sie für den Kostpreis eine Wertgröße annehmen.

23 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, a. a. O., S. 186.

24 Ebenda, S. 177 f.

25 Ebenda, S. 167.

26 Ebenda, S. 186.

Aber diese Kostpreise für konstantes und variables Kapital erscheinen selbst in der Form von Produktionspreisen, hebt Marx hervor, "Indes löst sich dies immer dahin auf, daß, was in der einen Ware zuviel, in der andren zuwenig für Mehrwert eingeht, und daß daher auch die Abweichungen vom Wert, die in den Produktionspreisen der Waren stecken, sich gegeneinander aufheben. Es ist überhaupt bei der ganzen kapitalistischen Produktion immer nur in einer sehr verwickelten und annähernden Weise, als nie festzustellender Durchschnitt ewiger Schwankungen, daß sich das allgemeine Gesetz als die beherrschende Tendenz durchsetzt." 27

Wenn man allerdings bei den rechnerischen Beispielen, die auf der einen Gleichungsseite Wertgrößen und auf der anderen Preisgrößen angeben, stehenbleibt und Marx' historisch-dialektische Gesetzesauffassung unterschlägt, dann muß man "Schwierigkeiten" bei Marx konstatieren, die es jedoch nur im Unverständnis seiner bürgerlichen Leser gibt. Auch Napoleoni bleibt dieser bürgerlichen Betrachtung verhaftet.

Marx habe wohl die Notwendigkeit hervorgehoben, die Werte für das konstante und variable Kapital in die Verwandlung einzubeziehen, aber er sei auf dieses Problem nicht mehr zurückgekommen und habe damit eine Anregung zum Weiterverfolgen des Themas hinterlassen, meint Napoleoni. "Es scheint, daß die einzige Position, die ernsthaft innerhalb des Marxismus verbleiben will, von der Feststellung eines offenen Problems ausgehen und untersuchen muß, ob die Kategorien, auf die Marx die Analyse des Kapitals gründet, bei ihm auch zu einer Analyse der Realität geführt haben, die der Fülle dieser Kategorien wirklich entspricht, und ob nicht Raum für eine Entwicklung der Marxschen Analyse besteht, die das löste, was beim gegenwärtigen Stand als widersprüchlich erscheint" (S. 121).

Da jedoch, wie Napoleoni selbst darstellt, die kapitalistische Basis widersprüchlich ist, spiegeln sich die objektiven Widersprüche des Übergangs von den Werten zu den Produktionspreisen auch in der theoretischen Rekapitulation wider. Die rechnerischen Beispiele bringen diese objektiven Widersprüche bewußt zum Ausdruck, ohne daß man Marx wegen der Annahme von Wertgrößen für die Kostpreise in diesen Beispielen eine logische Widersprüchlichkeit seiner Analyse des Produktionspreises nachweisen kann.

Napoleonis Versuch, die Grenzen des bürgerlichen Wertverständnisses, das heißt sowohl die fehlende Vermittlung zwischen Wert und Preis in der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie als auch die Eindimensionalität vulgärökonomischer Oberflächenbetrachtung, zu überwinden, macht zweierlei deutlich.

Erstens müssen bürgerliche Ökonomen, wenn sie Grundfragen einer bedingt möglichen Existenzverlängerung und Reformierbarkeit des heutigen Kapitalismus untersuchen, auf das Markt-, Preis- und damit auf das Wertproblem stoßen. Unabhängig von den zahlreichen Bestrebungen, das Wertproblem in der bürgerlichen Literatur nicht mehr zur Sprache zu bringen, meldet sich doch dieses immer wieder selbst zu Wort. Weder Recktenwalds und Marian Bowleys überholte grenznutzentheoretische Umdeutung noch Hollanders Abschwächung der klassischen Arbeitswerttheorie können also erwirken, daß die bürgerliche Wertdiskussion nur noch in den Fußnoten stattfindet.

Zweitens beantwortet, wie Napoleoni nachweist, eine Rückkehr zur klassischen, besonders ricardianischen Arbeitswerttheorie keine theoretische Frage, wenn

nicht die historisch-dialektische Vertiefung und Weiterentwicklung zur marxistischen Werttheorie berücksichtigt wird. Werttheoretische Untersuchungen sind daher heute nur noch vom Standpunkt einer vollständig begriffenen und angeeigneten marxistischen politischen Ökonomie möglich. Die bürgerliche politische Ökonomie steht also vor dem Dilemma, Fragestellungen aufgreifen zu müssen, für die sie als nichtmarxistische Theorie keine Antworten finden kann.

ALTINDISCHE "REPUBLIKEN" UND CEYLONESISCHER "KLOSTERKAPITALISMUS" ?

J. P. Sharma, *Republics in Ancient India c. 1500 B. C. - 500 B. C.*

E. J. Brill, Leiden 1968, 278 Seiten

Hans-Dieter Evers, *Monks, Priests and Peasants. A Study of Buddhism and Social Structure in Central Ceylon = Monographs in Social Anthropology and Theoretical Studies in Honour of Nels Anderson, General Editor K. Ishwaran, Publication 1*

E. J. Brill, Leiden 1972, 136 Seiten

von Marlene Njammasch

J. P. Sharma widmete seine Monographie einem Thema, das auch nach Erscheinen des Buches einer gründlichen Erforschung harret, den sogenannten altindischen "Republiken". Die Rezension soll wenigstens einige der offenen Probleme umreißen und einen Lösungsweg andeuten.

Sharma selbst unterscheidet zwei Arten von "Republiken":

1. die vedischen Aristokratien mit ihren "republikanischen" Institutionen (S. 4)¹, die er von 1500 bis 1000 v. u. Z. datiert und deren Quellengrundlagen der Rig Veda, Atharva Veda, einige Brāhmaṇas und Upaniṣaden sind,
2. die nordöstlichen "Republiken" der postvedischen Periode (600 bis 480 v. u. Z.), deren Quellen der Pālikanon der südlichen Buddhisten, buddhistische Sanskrittexte aus den ersten Jahrhunderten u. Z., die Jātakas und die Kommentare des Buddhaghoṣa zum Tipiṭaka aus dem 5. Jahrhundert u. Z. sind, dazu die Literatur der Jainas, das Mahābhārata, einige weltliche Werke wie das Arthaśāstra des Kauṭilya, Pāṇini, ein paar archäologische Berichte, Inschriften und Siegel (S. 5).

Auf die zeitlichen Unterschiede der Quellen wird noch eingegangen. Zum Vergleich hat Sharma "andere republikanische Völker der alten Welt" (S. 7) herangezogen, die Griechen, Römer, Germanen, Isländer und urgesellschaftliche Stämme.

Zunächst wäre die Frage zu stellen, was Sharma unter Republik versteht. Er fordert, daß man antike Institutionen und Begriffe nicht mit modernem Inhalt füllen solle. Er wirft indischen Historikern, wie K. P. Jayaswal, D. R. Bhandarkar, R.

¹ Alle in Klammern gesetzten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das jeweils besprochene Buch.

C, Majumdar und anderen, vor, sie hätten demokratische Ideen und Institutionen des 20. Jahrhunderts (womit er bürgerlich-demokratische Vorstellungen meint) auf altindische Verhältnisse übertragen (S. 11). Der Freiheitskampf gegen die Engländer und der daraus resultierende Patriotismus und Nationalismus hätten die Ansichten der meisten indischen Historiker des 19. und 20. Jahrhunderts beeinflusst, wenn sie das Problem der altindischen "Republiken" behandelten. Daher resultiere auch bei vielen der Vergleich mit athenischen und römischen Demokratien (S. 11). Einen solchen Vergleich lehnt Sharma ab, da zwischen den indischen "Republiken" und Athen im 5. Jahrhundert v. u. Z. zahlreiche Unterschiede bestünden (S. 12).

Es ist unverständlich, daß sich Sharma im Text keineswegs an diese seine eigene Maxime hält. Unter "Republik" - damit übersetzt Sharma die altindischen Begriffe gana und saṅgha - versteht er folgendes: "... gana oder saṅgha war eine republikanische oder quasirepublikanische Staatsform, in der die oberste Staatsmacht in beträchtlichem Maße der Bevölkerung übertragen war, die dafür nur durch Geburt, Besitz oder Verdienst bestimmt war. Die oberste Macht wurde von einigen wenigen dieser rājās ausgeübt, die sie unter sich auswählten und die mehr oder weniger der dafür bestimmten Körperschaft verantwortlich war, Beschlüsse betrieb und faßte, in Beratung mit der Körperschaft und bindend für die gesamte Bevölkerung ihres Territoriums" (S. 12).

Die altindischen "Republiken" waren also nach Sharma nur eine Staatsform, das heißt, er geht an das ganze Problem von einem formalrechtlichen Standpunkt heran und läßt die sozialökonomischen Grundlagen völlig außer acht. Mehr noch, obwohl Sharma andere indische Historiker kritisiert, liegt auch seinen ganās die Auffassung von einer bürgerlichen Republik und bürgerlichen Demokratie zugrunde. Daß Sharma für die politischen Institutionen dieser altindischen Staaten die alten Begriffe beibehält, ist unerheblich. Bei seiner theoretischen Ausgangsposition könnte er die Versammlung der 7707 Licchavis (S. 110) auch als Parlament bezeichnen. Seine theoretische Position bringt es mit sich, daß er zu einer Reihe von falschen Schlüssen und Ungereimtheiten kommt. Ihm bleiben die Zusammenhänge zwischen den vedischen und den nordöstlichen "Republiken" unklar (S. 14). Nach Sharmas Version verschwanden die vedischen "Republiken" um 1000 v. u. Z., sie wurden von den vedischen erblichen Monarchien verdrängt, der einzigen Staatsform, die die Brāhmaṇaperiode überliefert habe (S. 15). Aber Sharma sieht durchaus noch eine andere Möglichkeit. Die nordöstlichen "Republiken" könnten Ableger der frühen vedischen gewesen sein, einige der letzteren seien vielleicht entlang der Himalajavorberge nach Osten gewandert (S. 237). Ein ständiger Kampf zwischen Anhängern der Republik und denen der Monarchie habe nun stattgefunden (S. 14). Die "Republikaner" seien unterlegen, denn "der Trend der Zeit war für die stärkeren Monarchien", fügt Sharma bedauernd hinzu (S. 242). Dies wäre seiner Ansicht nach aber vermeidbar gewesen, "wenn alle Republiken der Zeit ihre Streitkräfte hätten sammeln können gegen Magadha und Kosala" (ebenda), dann nämlich "hätten die Monarchien keine Chance gehabt, die Oberhand über die republikanische Föderation zu gewinnen" (ebenda).

Es ist geschichtliche Tatsache, daß die nordöstlichen "Republiken" (außer den Licchavis) verschwanden. Damit sei jedoch - so beruhigt Sharma den Leser - keineswegs das Republikanertum aus dem alten Indien verschwunden (S. 238); denn im Nordwesten Indiens hätten im 4. Jahrhundert v. u. Z. "Republiken" bestanden, bis 385 u. Z. Samudragupta die letzten dieser Staatengebilde eroberte (S. 240). Für diese "erstaunliche" Tatsache gibt es nach Sharma zwei Erklärungen: "Es ist möglich, daß der demokratische Geist der älteren vedischen Aristo-

kratien des Nordwestens nicht völlig unter den Monarchien der brahmanischen Periode verschwand." (S. 242) Als die großen Monarchien, das Reich von Magadha und das der Mauryas, niedersanken, habe der Geist - so Sharma - wieder konkrete Formen angenommen, denn vielleicht seien die nordwestlichen vedischen Aristokraten nicht so abenteuer- und freiheitsliebend wie ihre nordöstlichen Pendants gewesen, hätten nicht "Heim und Herd" verlassen, sondern sich einer Königsherrschaft unterworfen (S. 239). Später - stellt Sharma erfreut fest - erhoben sie ihre Häupter wieder, und der Panjab und Sindh hatten erneut republikanische Staaten. Man fragt sich, was es ihnen geholfen hat, daß sie besonnener als ihre nordöstlichen Pendants waren, denn in der Guptazeit gingen sie - sic transit gloria mundi - unter. Nach Sharmas Überzeugung geschah das teils aus einer dem indischen Republikanismus anhaftenden "Schwäche", zum anderen hatten die Hunnen-Hephthaliten daran schuld (S. 13). Wenn der Leser Sharmas "Logik" folgen würde, hätten die nordwestlichen Republiken aus der Geschichte Lehren ziehen können, denn schon den nordöstlichen Republiken war um 480 v. u. Z. Gleiches geschehen, dieselbe "Schwäche des Republikanismus" war aufgetreten, nur statt der Hunnen standen sie den Angriffen der großen Monarchien Magadha, Kosala und Kāśi gegenüber. Die "Schwäche des Republikanismus" war nach Sharma in der "Uneinigkeit unter den Administratoren der Republiken" begründet (S. 240). Außerdem, findet Sharma, habe es auch viel zu lange gedauert, bis Entscheidungen getroffen und in Kraft gesetzt wurden (ebenda). Es ist wohl des Verfassers Mißbehagen über die moderne bürgerliche Republik, das er hier in altindische Verhältnisse hineinprojiziert, sowie seine Huldigung der These "Männer machen Geschichte".

Sharma offeriert noch einen erstaunlichen Grund für den Untergang der "Republiken". Die meisten antiken Staaten hätten in ungünstigem geographischem Terrain gelegen, in Gebirgsregionen, Sumpfland und Wäldern. Athen sei auf einem Hügel gebaut worden, Rom gar auf sieben. Ebenso hätten Sakyas, Licchavis und Mallas schwieriges Gelände bewohnt. Das gelte auch für die viel weiter westlich beheimateten germanischen "Stammesrepubliken" der Chatten, die in einer bewaldeten, bergigen Region existiert hätten, ähnlich wie die Konföderation der Chauken und Sueben, die sich mit dem sumpfigen, bewaldeten und bergigen Suebenland begnügen mußten (S. 241).

Die Rolle des geographischen Faktors wird von Sharma in völlig unzulässiger, unwissenschaftlicher Weise verabsolutiert. Nach Sharma brachten es das ungünstige Gelände und das rauhe Klima sogar mit sich, daß diese Völker "kriegerischen Eifer und demokratischen Geist" entwickelten und damit die "lenksamen Untertanen der Monarchien" moralisch weit übertrafen. Geographie und Klima hätten sie also abenteuerliebend und kampferprobt gemacht. Gleichzeitig sei jedoch in den republikanischen Bürgern und ihren Führern leider ein "falscher Stolz auf ihre individuelle Bedeutung" entstanden, der von Nachbarstämmen gegen die Interessen der "Republikaner" hätte ausgenutzt werden können. Jeder habe selbst kleiner König sein wollen, einige ihrer Führer hätten gar nach Alleinherrschaft getrachtet (!), und das sei zur inneren Schwäche der Republiken geworden, denn "persönliche Ambitionen und Parteienpolitik" hätten auch beim "Niedergang der römischen und athenischen Republiken" eine Rolle gespielt (S. 241). Schließlich sei auch der gelegentlich auftretende "Feudalismus" ein Grund für den Zusammenbruch der "Republiken" gewesen. Sharma mißt dem "Feudalismus" zwar keine große Bedeutung bei, doch habe er die republikanischen Positionen aufgeweicht (S. 242).

Man kann Sharma getrost zustimmen, wenn er in der Zusammenfassung bekennt: "Große Lücken und ernsthafte Ungewissheiten bleiben ... Viele Feststellungen sind hypothetisch." (S. 237) Viele sind nicht nur hypothetisch, sie sind falsch. Dort, wo Sharma theoretisiert, ist er ganz und gar undiskutabel. Das betrifft vor allem die Einleitung und die Zusammenfassung. In den Kapiteln 2 bis 10 beschränkt er sich auf Fakten, von denen viele - bedingt durch Sharmas idealistische Position - historisch falsch eingeordnet werden. Auch seine Quellengrundlage, die vom Rig Veda bis zu Buddhaghosa fast über anderthalb Jahrtausende reicht, bringt ihn in Schwierigkeiten.

Die Bedeutung der vedischen Stammesorganisationen viś, sabhā, samiti und vidatha kann hier nicht erörtert werden. Über die letztgenannten gibt es unterschiedliche Ansichten.² Keinesfalls kann man, wie Sharma dies tut, auf der Basis dieser Stammesorganisationen vier aristokratische Regierungsformen in der älteren vedischen Periode konstruieren. Sharma nennt (S. 437)

1. den von viś regierten Staat,
2. den von sabhā regierten Staat. In diesem Aristokratietyp hält Sharma sabhā für die einzige politische Institution.
3. die sabhā-samiti-Staaten, die "demokratischsten" von allen Staatsformen,
4. den vom Adel zusammen mit samiti regierten Staat.

Diese Konzeption ist wissenschaftlich ganz unhaltbar. Die arischen Einwanderer in Indien befanden sich in einem Entwicklungsstadium, das alle alten Völker durchmachte und das Engels als "militärische Demokratie" bezeichnete.³ Dies ist die letzte Phase der Gentilgesellschaft, in der die gentildemokratischen Organe Volksversammlung, Rat und Heerführer bestanden.⁴ Im Verlauf der Staatsentstehung wurden die Organe der Gentilgesellschaft umgebildet. Bei manchen Völkern blieben die Namen gentilgesellschaftlicher Institutionen erhalten, dienten aber zur Bezeichnung rein klassengesellschaftlicher Institutionen des Unterdrückungsapparates, zum Beispiel die gerousia der Spartaner⁵ oder der römische Senat. So

- 2 Vgl. Bongard-Levin, G. M. / Il'in, G. F., Drevnjaja Indija. Istoričeskij očerk, Moskau 1969, S. 152. - Samiti und vidatha werden hier als Volksversammlungen bezeichnet, wobei in vidatha die älteste Form der Volksversammlung vermutet wird. Ähnliche Standpunkte vertreten Sharma, Ram Sharan, Aspects of the Political Ideas and Institutions of Ancient India, Delhi 1968, und Basham, A. L., The Wonder that was India, Bombay 1954, S. 33; vgl. aber auch Rau, Wilhelm, Staat und Gesellschaft im alten Indien, Wiesbaden 1957; Ghoshal, Upendra Nath, Studies in Indian History and Culture, Kalkutta 1957; u. a. - Sabhā wird bei Bongard-Levin, G. M. / Il'in, G. F., a. a. O., S. 153, als Gerichtsversammlung ähnlich dem athenischen Areopag bezeichnet; vgl. auch Ruben, Walter, Die gesellschaftliche Entwicklung im alten Indien, Bd. 2: Die Entwicklung von Staat und Recht im alten Indien, Berlin 1968, S. 38 = Veröffentlichungen des Instituts für Orientforschung, 67.
- 3 Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 159.
- 4 Ruben, Walter, a. a. O., S. 16, setzt die Phase von 1200 - 900 v. u. Z. an.
- 5 Die gerousia der Spartaner bestand aus 30 Mitgliedern (28 und 2 Könige), sie war zu einem rein klassengesellschaftlichen, nur der spartanischen Oberschicht dienenden Organ geworden. (Plutarchs ausgewählte Biographien, Vitae parallelae, dt. v. Eduard Eyth [Bd. 1 - 30, Stuttgart 1854 - 1871], 6: Lykurg. Solon, Stuttgart 1857.)

gab es zum Beispiel im indischen Mauryareich eine rājasabhā und eine pariṣad, erstere eine Versammlung der höchsten Beamten des Staatsapparates und der Ratgeber des Königs, letztere ein Rat der königlichen Minister. Sie hatten also nichts mehr gemein mit den alten vedischen gentildemokratischen Organen.⁶ Engels schreibt dazu: "So reißen sich die Organe der Gentilverfassung allmählich los von ihrer Wurzel im Volk, in Gens, Phratric, Stamm, und die ganze Gentilverfassung verkehrt sich in ihr Gegenteil: Aus einer Organisation von Stämmen zur freien Ordnung ihrer eignen Angelegenheiten wird sie eine Organisation zur Plünderung und Bedrückung der Nachbarn, und dementsprechend werden ihre Organe aus Werkzeugen des Volkswillens zu selbständigen Organen der Herrschaft und Bedrückung gegenüber dem eignen Volk."⁷ Auch Sharmas Problem, ob die "vedische Monarchie" (S. 14) wählbar gewesen sei oder nicht, ist vom marxistischen Standpunkt sehr wohl lösbar. Schon im Stadium der militärischen Demokratie wird der "Heerführer des Volks - rex, basileus, thiudans - ... unentbehrlicher, ständiger Beamter."⁸ Mit dem weiteren Zerfall der Gentilgesellschaft wächst die Bedeutung der gesellschaftlichen Funktion dieses Heerführers: "Die Raubkriege erhöhen die Macht des obersten Heerführers wie die der Unterführer; die gewohnheitsmäßige Wahl der Nachfolger in denselben Familien geht, namentlich seit Einführung des Vaterrechts, allmählich über in erst geduldete, dann beanspruchte, endlich usurpierte Erbllichkeit; die Grundlage des Erbkönigtums und des Erbadels ist gelegt."⁹ Es ist unzulässig, frühvedische Institutionen wie sabhā und samiti mit dem Senat und den comitia der Römischen Republik oder der boulé der griechischen Stadtstaaten zu vergleichen, wie Sharma dies tut, da es sich bei ersteren um Organe handelt, die der zerfallenden militärischen Demokratie und der frühesten Staatsentstehung entsprechen, im zweiten Fall aber um Organe voll ausgebildeter Klassengesellschaften. Zu solchen Standpunkten, zu denen Sharma gelangt, kommt, wer die sozialökonomische Basis dieser Gesellschaften ignoriert bzw. aufgrund einer bürgerlich-idealistischen Konzeption diese Basis gar nicht erkennen kann. Wie seltsam dann historische Vergleiche ausfallen, beweist Sharmas Bemerkung, daß die sabhā der athenischen boulé speziell wohl doch nicht ähnele, da letztere ihre Mitglieder jährlich, die sabhā aber lebenslänglich gewählt habe (S. 48).

Mit der Wanderung der Indoarier ins mittlere und untere Gangestal scheint es zu einer Spaltung der arischen Stämme gekommen zu sein. Die im Nordwesten gebliebenen Stämme waren hinter der sozialökonomischen Entwicklung der östlichen zurück. Letztere überwandern verhältnismäßig schnell die Überreste der Gentilgesellschaft, und es kam dort zur Bildung entwickelter Klassengesellschaften. Im Rig Veda sind die gaṇas Stammeskollektive mit deutlich kriegerischem Charakter¹⁰ beim Übergang zur Staatsentstehung. Aus diesen militärischen Demokratien entstanden die ersten kleinen Staaten des mittleren Gangestales. Inwieweit die vedischen gaṇas mit den sogenannten republikanischen Staatengebilden des Nordens und Nordostens verbunden waren, ist eine nicht völlig geklärte Frage. Bongard-Levin unterscheidet die gaṇas und saṅghas in der vedischen Periode scharf von

6 Vgl. Bongard-Levin, G. M., Drevneindijskie rāja-sabhā i pariṣad v Indike Me-gasfena, in: Problemy vostokovedenija, Nr. 2/1959, S. 159.

7 Engels, Friedrich, a. a. O., S. 160.

8 Ebenda, S. 159.

9 Ebenda, S. 160.

10 Vgl. Bongard-Levin, G. M., Respubliki v drevnej Indii (problematika i osnovnye materialy), in: Vestnik drevnej istorii, Nr. 3/1966, S. 10.

den "republikanischen Staaten im 5. Jahrhundert v. u. Z." Dennoch muß er zugeben, daß sie Ähnlichkeit in ihrer politischen Organisation hatten.¹¹ Die vedischen ganas müssen aber nicht unbedingt Vorläufer der "Republiken" des 5. Jahrhunderts v. u. Z. gewesen sein. Es ist nicht auszuschließen, daß ein Teil der vedischen Stämme, die ins Gangestal einwanderten, in ihrer Entwicklung von anderen Stämmen überholt wurde. Ebenso ist denkbar, daß bis in die Mitte des I. Jahrtausends u. Z. hinein immer wieder bei Stämmen und Völkerschaften von ethnisch ganz verschiedener Herkunft unter dem Einfluß der hochentwickelten indischen Klassengesellschaften ebenfalls Staaten entstanden.

Die Ungleichmäßigkeit der historischen Entwicklung war in den Territorien alter Gesellschaften besonders groß. In einem vergleichsweise sehr kleinen Gebiet, dem antiken Griechenland, gab es im 5. Jahrhundert v. u. Z. auf dem Höhepunkt der Polisentwicklung neben Athen und Korinth eben auch das weniger entwickelte Sparta oder Thessalien und Makedonien. Ob die Griechen im 4. Jahrhundert v. u. Z. im Nordwesten Indiens unter den autónomoi póleis¹² nun wirklich Stadtstaaten nach griechischem Muster verstanden, ist sehr zu bezweifeln.¹³ Sie unterscheiden lediglich nach der Staatsform Monarchien und sich selbstverwaltende unabhängige Städte und Gebiete. Die Autonomie der Oxydrakai und Malloi¹⁴ braucht nichts anderes zu bedeuten als Unabhängigkeit und das Fehlen einer monarchischen Spitze. Zu einer Polis aber gehören einige Kriterien mehr, zum Beispiel eine hochentwickelte Form des Privateigentums, antike Sklaverei, eine tiefgehende Klassenteilung, die einer starren ständischen Teilung der Gesellschaft entgegenwirkt, sowie hochentwickelte Ware-Geld-Beziehungen. Wenn man historische Vergleiche zieht, muß man vor allem die inhaltliche Seite beachten. Vergleicht man nach den obengenannten Kriterien eine Polis, sei sie aristokratisch, oligarchisch oder demokratisch regiert, mit den sogenannten "Republiken" des alten Indiens, so kann es eigentlich nur die eine Schlußfolgerung geben, daß es sich um sehr unterschiedliche Staatengebilde handelte.

Bongard-Levin hat (nach Analyse des griechischen und indischen Quellenmaterials) einige Merkmale aufgestellt, die mehr oder weniger für alle diese "republikanischen" Staaten gelten:

1. Fehlen eines erblichen Königtums
2. Wahl des Vorstehers und der Oberhäupter
3. Vorhandensein verschiedener Regierungsformen (demokratisch und oligarchisch)
4. bei einigen Staaten Beibehaltung der großen Rolle des Adelsrates und bedeutender Einfluß des Ältestenrates.¹⁵

11 Vgl. ebenda, S. 34.

12 Autonome Stadtstaaten.

13 Diodor, Bibliothékē historikē, hg. v. Ludwig Dindorf, Bd. 1, Leipzig 1866, S. 199: I, 39: hýsteron dé pollois étesí tás pleístas men tōn póleon demokratē thēnai; S. 202: II, 41: hē pólis abasfleutos; Arrian, Werke, hg. v. A. G. Roos, Leipzig 1910, Ind. 11. Vgl. dazu auch Mc Crindle, J. W., The Invasion of India by Alexander the Great, as Described by Arrian, Qu. Curtius, Diodorus, Plutarch and Justin, Westminster 1896, S. 347 - 352.

14 Maller, Oxydraker, Sanskrit Kṣudraka, Mālava. Vgl. auch Justinus 12, 9, (Justini Historiae ex Trogo Pompeio, Leipzig 1843); Curtius Rufus 9, 16 (hg. v. Theodor Vogel, 3. u. 4. Aufl. Leipzig 1903 - 1906); Arrian, Ind. 4, läßt die Kṣudraka um Hydaspes siedeln, die Mālavas im Doab zwischen Akesines und Hydrates.

15 Vgl. Bongard-Levin, G. M., Respubliki v drevnej Indii, a. a. O., S. 14.

Zählt man dazu noch das Vorhandensein von gotras, Endogamie, Reste von Matriarchat¹⁶ (besonders im Nordwesten bei einer Reihe von Völkern)¹⁷ und bedeutende Reste von Gemeineigentum, so kommt man zu folgender Auffassung: Die nordwestlichen Völker und die Aristokratien des Ostens (dies wäre eine Bezeichnung, die dem Wesen der Staaten am ehesten gerecht würde) in älterer buddhistischer Zeit waren frühe Staatengebilde mit mehr oder minder starken gentilgesellschaftlichen Überresten, die in ihrer Entwicklung gegenüber solchen Klassengesellschaften wie denjenigen in Magadha oder Kosala mit einer viel tiefergehenden, komplizierteren Klassenteilung und höher entwickelten Produktionsverhältnissen zurückgeblieben waren und folgerichtig von den letzteren erobert und in die historisch fortgeschrittenere Entwicklung einbezogen wurden. Der Hinweis bei Diodor (II, 39), daß die meisten indischen Staaten zunächst ein Königtum hatten, dann aber demokratische Verfassungen angenommen hätten, wird wohl oft falsch interpretiert. Es gibt auch in anderen Gebieten, zum Beispiel in Griechenland und Rom, Beispiele, daß der Heerkönig der Übergangszeit von einer Adelherrschaft abgelöst wird (römische Königszeit zum Beispiel). Der Begriff "Aristokratien" dürfte aber eher für diejenigen Staaten passen, in denen sich so viele Überreste gentilgesellschaftlicher Verhältnisse erhielten wie in den sogenannten indischen Republiken. Wenn man diese altindischen Staaten des Nordwestens überhaupt mit griechischen Staaten vergleichen will, so bietet sich am ehesten Sparta an. Strabo (der Onesikritos folgt) berichtet zum Beispiel vom Land des Musikanus, daß es dort den lakedämonischen ähnliche Speisegesellschaften gäbe, bei denen die Männer öffentlich zusammen speisten, das Fleisch dazu aber durch Jagd beschafften, Gold und Silber nicht gebrauchten und die kräftigen Jünglinge als Sklaven benutzten, dagegen Wissenschaften, außer der Heilkunst, nicht betrieben (XV, 34). Zum Vergleich der gesellschaftlichen Zustände in den östlichen Aristokratien könnte man etwa die athenische Gesellschaft vor Solon und die frühe römische Republik des 5. Jahrhunderts v. u. Z. heranziehen. Diese aristokratischen Staaten hatten eine sehr starke ständische Gliederung der Gesellschaft. Vielleicht gehen die Vorstellungen vieler Historiker über die Varnateilung der indischen Gesellschaft auf die Zustände in diesen Staaten zurück.¹⁸ Die Aristokratien des 5. bis 3. Jahrhunderts v. u. Z. scheinen in sozialer Hinsicht einige Ähnlichkeit mit dem frühen athenischen Staat gehabt zu haben. Engels beschreibt die frühe Einteilung des Volkes in drei Klassen so: "Eupatriden oder Adlige, Geomoren oder Ackerbauer und Demiurgen oder Handwerker, und die Überweisung des ausschließlichen Rechts der Ämterbesetzung an die Adligen."¹⁹ Vaiśālī, die Hauptstadt der Licchavis, war territorial in drei Teile eingeteilt, die als höchster, mittlerer und niedrigster Teil bezeichnet wurden.²⁰ Das entsprach offenbar der Ständeeinteilung.

16 Vgl. ebenda, S. 34; Vigasin, A. A., O razvitii éndog amii drevneindijskich varn, in: Indijskaja kul'tura i buddizm. Sbornik statej, Moskau 1972, S. 101.

17 Vgl. Bongard-Levin, G. M., Nekotorye čerty soslovnoj organizacii v ganach i sangchach drevnej Indii, in: Kasty v Indii. Sbornik statej, Moskau 1965, S. 120, 125; vgl. auch Bongard-Levin, G. M. / Il'in, G. F., Drevnjaja Indija, a. a. O., S. 407.

18 Es ist noch wenig untersucht, ob die brahmanischen Rechtslehrer ihre Vorstellungen nur aus den Veden und Brāhmaṇas bezogen oder ob sie nicht immer wieder Beispiele für ihre Sozialtheorien aus den bis ins 5. Jahrhundert u. Z. existierenden aristokratischen Staaten nahmen, selbst wenn sie gegen die politischen Institutionen der letzteren zu Felde zogen.

19 Engels, Friedrich, a. a. O., S. 108.

20 Vgl. Bongard-Levin, G. M., Respubliki v drevnej Indii, a. a. O., S. 21; vgl.

Die khattiyas waren der höchste Stand (Adel); sie lebten im allgemeinen von den Einkünften aus der Landwirtschaft (die Eigentumsform am Land ist unklar). Die veśas waren Handwerker, Händler und Bauern, die unterste Schicht bildeten die dāsas (Skaven) und karmakaras (Leute ohne Produktionsmittel, wohl Mietarbeiter). Die khattiyas hoben sich scharf von der übrigen Bevölkerung ab, sie hatten die meisten politischen Rechte. Bei den Mālavas und Kṣudrakas wurden nur die khattiyas als Mālavas und Kṣudrakas bezeichnet, niedere Schichten, zum Beispiel die dāsas und karmakaras, nicht.²¹ Die soziale Gliederung dieser Staaten interessiert Sharma überhaupt nicht, obgleich er in den älteren buddhistischen Quellen darüber einiges Material hätte finden können.

Hier soll keineswegs die Existenz nichtmonarchischer Staaten im Alten Orient gelehnet werden, sie sind zum Beispiel von D'jakonov nachgewiesen worden.²² Sicher waren auch die großen Monarchien Höhepunkt der politischen Entwicklung im Alten Orient. Unter demokratischer (Sklavenhalter-)Republik ist aber ein sozial-ökonomisch hochentwickeltes Staatesgebilde zu verstehen, das sich qualitativ von den orientalischen Monarchien bis zur ersten Hälfte des I. Jahrtausends v. u. Z. unterscheidet (in der Weise, wie bei der Polis charakterisiert). Jedes Staatswesen mit mehr oder weniger starken Überresten gentildemokratischer Verhältnisse als Republik zu bezeichnen, hieße den Inhalt des Begriffes zu entleeren.

Die Behandlung des Themas altindische Aristokratien krankt übrigens auch daran, daß eine Fülle schwer datierbarer Quellen benutzt wird bzw. ein Großteil des Quellenmaterials Sammlungen sind, die über ein Jahrtausend hinwegreichen, zum Beispiel bei Y. Mishra, T. W. Rhys Davids, K. P. Jayaswal, aber auch bei Bongard-Levin.²³ Für Sharma trifft dies in besonderem Maße zu. Quellen aus dem 6./5. Jahrhundert v. u. Z. werden zusammen mit solchen aus dem 4./5. Jahrhundert u. Z. verwandt. Das muß das Gesamtbild der altindischen nichtmonarchischen Staaten verzerren. Die Völker dieser östlichen Aristokratien waren auch keineswegs mit Notwendigkeit indoarischen Ursprungs, wie Sharma glaubt (S. 88). Andere bürgerliche Historiker bestreiten dies zum Beispiel für die Licchavis.²⁴ Sharmas Argumentation kann man übergehen, sie ist historisch nicht stichhaltig (S. 89 ff.). Die Tatsache, daß es noch unter den Guptas solche aristokratischen Staaten gab, ist in einem Subkontinent wie Indien gar nicht erstaunlich. Samudragupta spricht in seiner Allahābad-Inschrift von den Stämmen, Grenzstaaten und Waldreichen, die er erobert hatte oder die ihm tributpflichtig waren.²⁵ Noch in der Neuzeit gab es

auch The Vinaya Piṭakam, hg. v. Hermann Oldenberg, Bd. 1: The Mahāvagga, London 1879, S. 286: Mv 8, 1, 1.

21 Vgl. Bongard-Levin, G. M., Respubliki v drevnej Indii, a. a. O., S. 16.

22 Vgl. D'jakonov, I. M., Obščina na drevnem vostokey, in: Vestnik drevnej istorii, Nr. 1/1963, S. 16 ff.

23 Vgl. Mishra, Y., An Early History of Vaiśālī, Delhi 1962; Rhys Davids, Thomas W., Buddhist India, London 1903; Jayaswal, Kashi Prasad, Hindu Polity, Lucknow 1953; Bongard-Levin, G. M., Respubliki v drevnej Indii, a. a. O., S. 15, ist sich dieser Problematik auch bewußt. Man kann Ruben zustimmen, wenn er in bezug auf das Quellenmaterial sagt: "Eine umfassende systematische Darstellung der Aristokratien ist nach diesem Material noch nicht möglich." (Ruben, Walter, a. a. O., S. 84.)

24 Smith, Vincent A., Tibetan Affinities of the Licchavis, in: Indian antiquary, Bd. 33/1903, S. 233 ff.; Raychaudhuri, Hemachandra, Political History of Ancient India, 6. Aufl. Kalkutta 1953, S. 123.

25 Fleet, John F., Inscriptions of the Early Gupta Kings and their Successors =

(und gibt es zum Teil heute noch) in Indien fast alle Stadien gesellschaftlicher Entwicklung, von primitiven Dschungelstämmen über spätf feudale Fürstentümer (ihre politische Abschaffung bedeutete keineswegs die Liquidierung aller feudalen Überreste im ökonomischen und sozialen Bereich) bis zum kapitalistischen Großstaat.

Nach dem Mahāvastu lassen sich für die ersten Jahrhunderte u. Z. bedeutende sozialökonomische Weiterentwicklungen in den nichtmonarchischen Staaten verfolgen: der Abbau gentiler Überreste bis hin zur Entstehung von Geldsystemen, einer weitgehenden Spezialisierung im Handwerk, Klassendifferenzierung und stärkere Herausbildung von Privateigentum.²⁶ Dann verwandeln sich diese Staaten eher in Oligarchien. Dieser Prozeß ist jedoch noch viel weniger erforscht. Mit dem Wachstum der Produktivkräfte, dem Entstehen feudaler Beziehungen wurden weite Gebiete Indiens jetzt nicht mehr nur politisch (wie noch unter den Mauryas), sondern auch sozialökonomisch in eine relativ einheitliche Entwicklung einbezogen. Außer primitiven Stämmen gerieten am Ende der Guptazeit auch die aristokratischen Staaten in diese Entwicklung hinein, ihre endgültige Einbeziehung muß die Besonderheiten der indischen Feudalentwicklung geprägt haben, vielleicht hat sie sogar die Herausbildung feudaler Verhältnisse verzögert. Möglicherweise ist auch die Entwicklung des Kastensystems im indischen Feudalismus unter dem Aspekt zu betrachten (unter anderen), daß nicht nur zahlreiche Primitivstämme, sondern auch viele solcher frühen Staatengebilde, wie die indischen Aristokratien, in den Feudalismus einbezogen wurden.

Auch in vielen Details ist Sharmas Monographie anfechtbar. Sein Buch ist voller solcher Bemerkungen, wie zum Beispiel, daß in Griechenland die Monarchien des Heroischen Zeitalters von aristokratischen Republiken abgelöst worden seien. Hier legt er seine bürgerliche Vorstellung von Monarchie zugrunde, wie ihm überhaupt stets die Form einer historischen Erscheinung wichtiger ist als ihr Inhalt. Ganz und gar komisch wird er dort, wo er die Psychoanalyse bemüht. Nach Sharma hatte Ajātaśatru von Magadhas Krieg gegen die Vajjis seinen Grund in der psychologischen Situation dieses Herrschers. Er sei erstens frustriert gewesen durch seine eigenen militärischen Fehlschläge bis dahin, zweitens lasse sich sein Haß gegen die Vajjis bis in seine Jugend zurückverfolgen. Sein Vater sei durch die Vajjis fortwährend schwer beleidigt worden (S. 132). Großzügig räumt Sharma jedoch ein, daß ein Teil von Ajātaśatrus Haß pure Eifersucht gewesen sein könnte, denn die "liberale" und starke "republikanische" Konföderation der Vajjis sei ein großes Hindernis für "seine Ambitionen der Großreichbildung" gewesen (S. 133). Sharma ist überzeugt, daß der Ruin der Vajjis, der durch Ajātaśatru herbeigeführt wurde, tiefe psychologische und philosophische Gründe hatte, neben der von ihm postulierten "Schwäche" der indischen "Republiken" (S. 133). Selbst die Kriege Philipp von Makedoniens gegen Theben und Athen hält Sharma für einen Kampf zwischen zwei politischen Philosophien (S. 132). Philipp sei nun mal überzeugter Monarchist gewesen.

Psychische Depressionen und persönliche Überzeugungen als Triebkräfte der Geschichte - das kann nur bürgerliche Historiographie hervorbringen.

Sharma hat zwar eine Menge brauchbares Material zusammengetragen, aber auf der Grundlage zeitlich sehr unterschiedlicher Quellen. Eine Geschichte der indi-

Corpus Inscriptionum Indicarum, Bd. 3, Kalkutta 1888, Nr. 1, S. 7 āṭavika; Ruben meint ebenfalls: "... neue Aristokratien lebten immer wieder hier und da auf." (Ruben, Walter, a. a. O., S. 89.)

²⁶ Bongard-Levin, G. M. / П'ин, G. F., Drevnjaja Indija, a. a. O., S. 412.

schen Aristokratien und ihrer Beziehungen zu den ökonomisch, politisch und sozial weiterentwickelten großen Staaten des Gangestals muß noch geschrieben werden.

Das zweite zu besprechende Buch ist anderen, gegenwärtigen gesellschaftlichen Problemen in einem mit Indien immer eng verbundenen Gebiet, Ceylon, dem heutigen Sri Lanka, gewidmet. Es befaßt sich aber eigentlich auch mit historischen Überbleibseln einer längst vergangenen Epoche, der des Feudalismus.

Evers schrieb über die soziale Organisation der ceylonesischen Klöster und Tempel des 20. Jahrhunderts. Sein Buch ist Feldforschung mit einer Fülle von brauchbaren Fakten und Daten, die auch für marxistische Historiker sehr nützlich sein können, Evers' bürgerliche Geschichtsauffassung und seine Befangenheit in modernen bürgerlichen Sozialtheorien hindern ihn jedoch bei vielen Gelegenheiten an historisch begründeten, wissenschaftlichen Einsichten. Er verfällt in Pseudotheorien, erkennt infolgedessen Besonderheiten der ceylonesischen Sozialstruktur nicht und steht deshalb oft recht hilflos vor Problemen, die er nicht lösen kann. An sein Thema ging er mit wissenschaftlicher Akribie heran, aber er berichtet nur, was er erforschte, er wertet kaum, ordnet nicht historisch ein. Eigentlich sind große Teile seines Buches selbst historische Quelle, Vorform für eine wirkliche marxistische Analyse ceylonesischer Sozialstrukturen des 20. Jahrhunderts bis zum Anfang der siebziger Jahre.

Evers untersuchte die ceylonesischen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse am Beispiel der Provinz Kandy. Die drei Säulen politischer und wirtschaftlicher Geschichte Ceylons sind für Evers das Vihāra-, das Devale- und das Palastsystem. Darunter versteht er die großen Wirtschafts- und Kultzentren sowie die politischen Einheiten der buddhistischen Tempel und Klöster (vihāraya), die Göttertempel (devālaya) und im 19. Jahrhundert die königliche Palastwirtschaft in der Hauptstadt (māligāva) bzw. im 20. Jahrhundert die großen Güter der Aristokratie von Kandy (S. 102). Diese Tempel und Klöster waren sowohl Großgrundbesitzer - die Landgüter wurden entsprechend dem Besitzer vihāragam, devālagam und nindagam²⁷ oder gabādagam genannt - als auch Zentren des Buddha-, Götter- und Königskults (S. 103). Der ausgedehnte Landbesitz wird im wesentlichen auf dreierlei Art bewirtschaftet: Ein Teil wird von Pächtern gegen Abgabe eines Ernteanteils bestellt, ein anderer an Gesellschaften verliehen (Tee-, Kautschuk- und Kokosnußplantagen), ein letzter Teil in erblicher Pacht vergeben, für die dem Tempel oder dem Kloster Dienste geleistet werden müssen (rājakāriya²⁸) (S. 8). Auf diese Weise verfügen Klöster und Tempel über ganz beträchtliche Einkommen, die der Hauptpriester oder Kloostervorsteher kontrolliert und verwaltet. Im Jahre 1961/1962 betrug im Lankātilaka Vihāras, das vom Mahānāyaka Thera des Malvatta Vihāras kontrolliert wird, allein die Geldeinnahmen, die ja nur einen Teil der Einkünfte ausmachen, 22 478 Rupien (S. 8; Tab. 16 S. 79). Das war

27 Nindagam war weltlicher Großgrundbesitz, der aber mit dem geistlichen eng verflochten war. Das Nindagamssystem wurde 1970 offiziell abgeschafft.

28 Rājakāriya als Leistung für den Staat wurde 1833 abgeschafft. Die Engländer sahen sich dazu nicht nur durch die sich entwickelnden kapitalistischen Beziehungen gezwungen, sondern vielmehr noch durch den Kampf der ceylonesischen Bauern dagegen, die auf den Plantagen der Engländer nicht arbeiten wollten. Vgl. dazu Kočnev, V. I., Naselenie Cejlona. Istoriko-ětnografičeskij očerk, Moskau 1965, S. 86.

wiederum nur ein Teil des gesamten Geldeinkommens dieses Thera, unter dessen Herrschaft eine ganze Anzahl von Klöstern stehen. Das Malvatta Vihāra ist Hauptkloster einer Gruppe von Klöstern (zu der 22 pansalas gehören), wie das große Asgiriya Vihāra Hauptkloster einer anderen Gruppe ist. Daneben gibt es eine Reihe kleinerer buddhistischer Tempelgruppen mit eigenen Zentren, die alle mehr oder weniger von den großen Klöstern und Tempeln abhängig sind. Auf dieselbe Weise ist das Devalesystem organisiert. Der Unterschied zum Klostersystem ist nur quantitativer Natur; die Tempelgruppen sind kleiner und besitzen oft kein Tempelland. Das Zentrum des Devalesystems ist der Tempel des heiligen Zahns in Kandy und die Tempel der vier Gottheiten Viṣṇu, Nātha, Kataragama und Pattini. Hinter Evers' "Palastsystem" verbirgt sich die ehemalige feudale königliche Palastwirtschaft (1815 wurde das ceylonische Königtum von Kandy durch die Engländer abgeschafft), die weltliche feudale Organisation, die mit dem Tempel- und Kloster großgrundbesitz eng verknüpft war.

Im Staat von Kandy, zu Ende des 16. Jahrhunderts gegründet²⁹, existierte ein System der Landvergabe gegen Dienste, das auf dem staatlichen Bodeneigentum des Königs als oberstem Feldherrn beruhte.³⁰ Der größte Teil des Landes galt als Domäne des Herrschers (gabādagam), ein anderer Teil wurde an singhalesische Feudalherren für Krieger- und Zivildienste vergeben (nindagam).³¹ Theoretisch konnte dieser Teil zu jedem beliebigen Zeitpunkt vom Herrscher zurückgenommen werden, praktisch war aber die Tendenz zur Erblichkeit des nindagam vorhanden, und das führte im Laufe der Zeit zur Stärkung der Rolle der Feudalherrenklasse. Sie schuf durch Weiterverleihung von Landstücken eine feudale Hierarchie.³²

Die These vom Anspruch des Königs auf das gesamte Land, die wir auch in den indischen Feudalgesellschaften finden, beruhte ideologisch auf der Theorie vom Herrscher als Stellvertreter Gottes (oder der Götter) auf Erden.³³ Für Evers ist diese feudale Ideologie, die sich mit der Durchsetzung feudaler Produktionsverhältnisse herausgebildet hat, Voraussetzung für die Entstehung des Palastsystems und die des feudalen königlichen Landeigentums (S. 13). Die buddhistische Kirche war schon mit dem beginnenden Feudalismus zum größten Grundbesitzer auf Ceylon geworden³⁴, Steuerfreiheit gab ihr besondere wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit³⁵. Die singhalesischen Herrscher benutzten die buddhistische Kirche zur Festigung ihrer Macht bzw. kamen überhaupt erst durch sie an die Macht. Die feudalen Hauptlasten hatten die ceylonischen Bauern zu tragen, daneben die Handwerker, die staatlichen und die Gemeindebediensteten. Besonders rājakāriya, die Erfüllung verschiedener Verpflichtungen zugunsten des Herrschers, zum Beispiel die Zahlung der Steuern, Arbeiten an staatlichen Bewässerungsanlagen, Wegen und vieles andere mehr, bedrückten die Volksmassen.³⁶

29 Gründer der Dynastie von Kandy war Sūrya I. (1591 - 1603).

30 Vgl. Kočnev, V. I., a. a. O., S. 75.

31 Ebenda.

32 Ebenda, S. 76.

33 Ebenda, S. 79.

34 Semeka, E. S., *Istorija Buddizma na Cejlone (sangha v drevnosti i v srednie veka)*, Moskau 1969.

35 Dies bewog die Engländer zu Beginn ihrer Herrschaft auf Ceylon hauptsächlich, das Landeigentum der buddhistischen Kirche einzuschränken. So wurde dem Lankātilaka Vihāra und Lankātilaka Devale in den Jahren 1857 und 1858 über die Hälfte des von ihm beanspruchten Landes durch den Tempelbevollmächtigten nicht registriert (S. 76).

36 Vgl. dazu Kočnev, V. I., a. a. O., S. 80. - Schon vor der englischen Eroberung

Der Staat von Kandy war noch an der Grenze vom 18. zum 19. Jahrhundert ein typischer Feudalstaat.³⁷

Auf diese historischen Voraussetzungen geht Evers nicht ein. Ohne die sozialökonomische Geschichte des Kandystaates wenigstens kurz zu skizzieren, ist aber die ökonomische und auch die politische Situation des ceylonesischen Staates in den sechziger Jahren gar nicht zu verstehen. Sicher ist es kein Zufall, daß Evers nicht auf die Geschichte eingeht. Sein Feudalbegriff ist bürgerlich und erschöpft sich im wesentlichen in politischer Hierarchie und Bürokratie. Evers versteht daher auch hauptsächlich die politische Hierarchie der Aristokratie von Kandy als feudal und spricht von feudaler Administration im Kandystaat des 18. Jahrhunderts.³⁸ Zur Kennzeichnung der sozialökonomischen Verhältnisse folgt Evers Max Webers Begriff des "monastic landlordism" (der Klostergrundherrschaft),³⁹ Für die ältere Periode (Ende der Anuradhapuraperiode im 10. Jahrhundert und Anfänge des Kandy systems) scheint ihm dieser Terminus jedoch nicht passend, und deshalb führt er einen "monastic capitalism" ein (S. 16), und zwar aus zwei Gründen: Erstens seien viele Beamte und Klosterbedienstete nicht in Naturalien, sondern in Geld entlohnt worden, und zweitens seien viele Mönche und Klöster durch Gelddeposita unterhalten worden, Dinge also, die nicht das Feudalverhältnis prägen.

Evers stellt hier Tatsachen einfach auf den Kopf. Es ist nicht zu übersehen, daß gerade der mit feudalen Resten beladene buddhistische Großgrundbesitz längst von kapitalistischer Wirtschaftsweise und kapitalistischen Ausbeutungsmethoden durchdrungen ist - man denke an die Formen kapitalistischer Pacht, die die alten feudalen Pachtformen fast verdrängt haben; an die Plantagenwirtschaft auch auf Kirchenländereien, die zudem oft mit ausländischem Kapital oder ganz von ausländischen Gesellschaften betrieben wird; an die auf Erlangung von Profit gerichtete, mit modernsten Methoden des Managements betriebene Wirtschaft und Verwaltung der großen buddhistischen Klosterkomplexe. Für Evers aber ist die heutige soziale Organisation des Lankātilakaklosters noch rein feudal, lediglich "modifiziert durch koloniale Gesetzgebung und 'moderne Trends'", über die er sich nicht näher ausläßt (S. 35). Die Widersprüche der ceylonesischen Gesellschaft sind gerade dadurch so verschärft worden, weil die kapitalistische Produktionsweise mit sehr vielen feudalen Überresten belastet ist. Widersprüche im Gesellschaftsgefüge muß auch Evers zugeben, wenn er es auch nur beiläufig tut: Obwohl die Erträge in den letzten zwei Jahrzehnten gestiegen und mehr technische Kulturen angebaut worden seien und den Bauern zusätzliche Beschäftigung auf Teeplantagen oder in den Städten Kandy und Gampola geboten worden sei, sei der Lebensstandard der einfachen Bauern in der Provinz Kandy ständig gesunken (S. 92), eine rätselhafte Sache für Evers. Tatsächlich machten nur die Großgrundbesitzer unter diesen Umständen Profit, nicht zuletzt die des Lankātilaka Vihāras.

Hauptkennzeichen der ceylonesischen Wirtschaft sind auf der einen Seite große kapitalistische Plantagen, auf der anderen kleine bäuerliche Natural- oder Halbnaturalwirtschaften, die unrentabel sind,⁴⁰ Landlosigkeit herrscht. Ein Drittel al-

zung war rājakāriya mit der Festigung des feudalen weltlichen und geistlichen Grundbesitzes zuungunsten des Königs auf die großen Feudalherren übergegangen, auf die Tempel, Klöster usw.

37 Vgl. ebenda, S. 82.

38 Evers gibt zu, daß Teile dieser politischen Hierarchie und Bürokratie heute noch vorhanden sind (S. 17), das gilt besonders für die Klöster und Tempel.

39 Weber, Max, *The Religion of India*, New York 1958, S. 257.

40 Vgl. Kočnev, V. I., a. a. O., S. 186.

ler Familien besitzt kein Land (S. 94). Obwohl das Existenzminimum für eine Familie zirka 1 Acre (0,40467 Hektar) Reisland und ein Stück Garten beträgt, haben 53 Prozent aller Familien des Dorfes Hiyarapitiya, 58 Prozent des Dorfes Arawwawala, 68 Prozent in Hiddaulla und 76 Prozent in Rabbegamuva weniger als 1 Acre Land oder gar keins⁴¹ (S. 94). Evers muß denn auch zugeben, daß die Unzufriedenheit der Bauern mit diesen Zuständen groß ist. In einem der Tempeldorfer führte Evers Gespräche mit allen Bauern. Die meisten erklärten ihm, daß sie rājakāriya nicht mehr ausführen möchten, aber aus Furcht vor ökonomischen Repressalien, zum Beispiel der Verjagung von ihrem Land, wagen sie es nicht zu opponieren (S. 94). Das Eindringen des Kapitalismus in Ceylon sieht Evers nicht, denn seiner Meinung nach waren die "radikalsten Veränderungen" in der ceylonesischen Geschichte seit dem Mittelalter bis heute nur "politische Veränderungen" (S. 106), womit er vor allem die englische koloniale Eroberung von 1802 und 1815 meint. Daß die Kolonialmacht tunlichst die feudalen Grundlagen der Gesellschaft bestehen ließ und sich ihrer nach dem Prinzip *divide et impera* bediente, entgeht Evers.

Die zunehmende Privatisierung von Klosterland, das heißt die private, oft erbliche Nutzung von Land (durch die sogenannte Schülernachfolge⁴²), die bis zu einem eigentumsähnlichen Status gehen kann, hängt eng mit dem Eindringen des kapitalistischen Privateigentums zusammen und wurde nicht, wie Evers meint, durch ein "Fehlen staatlicher Kontrolle und dadurch verbreiteter Korruption" (S. 17) hervorgerufen. Wie hilflos Evers dieser Feudalismusproblematik gegenübersteht, mag die Tatsache erhellen, daß er die historische Entwicklung des feudalen Tempellandes auf den "Wunsch buddhistischer Laien" zurückführt, durch Landschenkungen an den buddhistischen Orden himmlischen "Verdienst" zu erlangen (S. 16). Diese Entwicklung wird nach Evers forciert durch die "wachsende Macht des buddhistischen Gottkönigs" in einer "hydraulischen Gesellschaft" (S. 16). Die alte Wittfogel-Theorie⁴³ findet immer wieder ihre Anhänger, so unhaltbar sie auch ist.

Feudalgesellschaft und kapitalistische Gesellschaft müssen für Evers uninteressante Begriffe bleiben, denn sein Credo heißt "parallele oder duale Organisation" und sein Meister Lévy-Strauss⁴⁴, "... duale oder parallele Organisationen regulieren Konflikte in einer Gesellschaft" (S. 101), beileibe nicht Klassenkampf. Damit sich der geneigte Leser unter parallelen und nicht parallelen Organisationen etwas vorstellen kann, bringt Evers ein Beispiel (S. 101): Hippyorganisationen und die organisierte Einheit der US-Army seien nicht parallel, sondern stünden in Opposition, daher gebe es zwischen ihnen laufend Konflikte, Armeeführung und Organisation der Arbeiterklasse (respektive Gewerkschaften) seien parallele Organisationen, daher habe es in Amerikas jüngster Geschichte auch nur minimale Konflikte zwischen ihnen gegeben. Entsprechend dieser kindlich-naiven Geschichtsauffassung erweitert Evers die Lévy-Strauss'sche Dualorganisation für Ceylon "schöpferisch" auf drei parallele Systeme: Vihāra-, Devale- und Palastsystem. Zwischen diesen wirken nun die Prinzipien des "Parallelismus" und der "Opposi-

41 Vgl. auch ebenda, S. 207. - 85,3 % der bäuerlichen Wirtschaften hatten bis 0,8 ha, 31,4 % besaßen weniger als 0,2 ha, 32,9 % von 0,2 - 0,4 ha und 21 % von 0,4 - 0,8 ha; das Mittel betrug 0,3 ha.

42 Sie führte zur Einsetzung von Blutsverwandten in die Amtsnachfolge hoher buddhistischer Würdenträger.

43 Vgl. Wittfogel, Karl-August, Feng Hsia-sheng. *History of Chinese Society* Liao (907 - 1125), New York 1949, S. 547.

44 Lévy-Strauss, Claude, *Structural Anthropology*, New York/London 1963.

tion". Max Webers "Wettbewerb" ist die treibende Kraft in Evers Gesellschaftssystem. Er vermerkt "eine gewisse Balance zwischen den drei Systemen" durch die ceylonische Geschichte hindurch (S. 107) mit leichtem Übergewicht des Vihārasystems. Nach dem Verschwinden des Palastsystems seien die beiden anderen jedoch als "nichtausgeglichene Teile" übriggeblieben. Den politischen Kampf der fünfziger Jahre müsse man unter eben diesem Aspekt betrachten (S. 15), soziale Kämpfe gab es nach Evers ohnehin nicht. "Politische Forderungen nach einer Restauration des Buddhismus 'an seinen rechtmäßigen Platz' ebenso wie nach der Singhalisierung der Regierung sind alles Bestrebungen, die Balance wiederherzustellen, um eine neue soziale und politische Variation über ein altes kulturelles Thema zu finden." (S. 15)

So einfach ist das also! Man braucht nur die drei Systeme wieder in die Balance zu bringen und schon floriert die ceylonische Gesellschaft wieder! Wer das tun soll, verschweigt Evers, aber vielleicht ließe sich einiges mit dem guten Willen der "Sozialpartner" machen. Auf diese These läuft Evers' Konzeption hinaus, wenn er dies auch nicht ausdrücklich sagt. Die Forderungen der buddhistischen geistlichen Oberschicht sind nichts anderes als Versuche, die ökonomischen und politischen Positionen des buddhistischen Großgrundbesitzes zu erhalten und wenn möglich auszubauen sowie überlebte Sozialstrukturen zu zementieren. Evers kann nicht verschweigen, daß die buddhistischen Klöster zu den reichsten Landeigentümern Zentralceylons zählen. Er muß zugeben, daß Landreformen zwar dringend notwendig sind, daß aber gerade die buddhistischen Großgrundbesitzer selbst zaghafte Versuche von Landreformen hintertreiben⁴⁵ (S. 22).

Evers' bürgerliche Konzeption hindert ihn auch, Erscheinungen im ideologischen Bereich zu erklären. Er zeigt sich besorgt um die wachsende Macht des Devaleystems, das heißt um die Ausbreitung von Zauberei und Exorzismus, die für ihn ein Subsystem des Devale sind (S. 107). Das Wachsen der Anhängerschaft von Zaubern und Exorzisten erklärt Evers mit der "größeren Unsicherheit dieser Welt und ihrer Probleme" (S. 107).

Die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, verschärft durch die feudalen Überreste, die Zerstörung der alten Dorfgemeinschaften, die Auflösungserscheinungen der traditionellen Familienbeziehungen, sind es, die diese "Unsicherheit" hervorrufen. Die alten Religionen haben sich in den Augen vieler Ceylonesen als unfähig erwiesen, die sozialen Probleme zu lösen. Ceylons Sozialprobleme können nur auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg gelöst werden. Das erfordert im ideologischen Bereich eine Überwindung des Analphabetismus und überhaupt eine entscheidende Erhöhung des Bildungsstandes der Arbeiterklasse wie der Bauernschaft. In dem Maße, wie die Zahl der Arbeiterklasse wächst und sich ihr politisches Bewußtsein wie auch das der breiten Volksmassen erhöht, werden Zauberei und Exorzismus verschwinden, wie übrigens auch das Kastensystem. Nicht die "Balance von drei Systemen" löst die Widersprüche der ceylonischen Gesellschaft, sondern nur gründliche Veränderungen im ökonomischen Bereich: Beseitigung des halbfeudalen Großgrundbesitzes, Landreformen, weiterer Aufbau der nationalen Industrie unter Zurückdrängung des privaten Sektors.

Die beiden Autoren, die sich in den vorliegenden Monographien so verschiedenen Themen widmeten, haben eines gemeinsam: Sie scheitern im Grunde am gleichen

45 Die Vergabe von Land aus dem staatlichen Bodenfonds an die Bauern verbesserte deren Lage nicht, sondern vergrößerte nur die Zahl der uneffektiven kleinen Wirtschaften. (Kōcnev, V. I., a. a. O., S. 207.)

Problem, an der Verkenning der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zustände der Gesellschaften - sei es im alten Indien, sei es im modernen Ceylon -, die sie untersuchen, Ihre bürgerlich-idealistischen Geschichtskonzeptionen hindern sie daran, zu einer wissenschaftlichen Analyse der von ihnen beschriebenen gesellschaftlichen Zustände zu kommen, Beide enden in Pseudotheorien und Subjektivismus. Es gibt nur graduelle Unterschiede zwischen ihnen: Sharma biegt sich die Fakten für seine Theorien mit Eleganz zurecht, Evers steht manchmal ziemlich hilflos vor den seinen.

Sharma versucht, den sogenannten altindischen "Republiken" auf die Spur zu kommen - von einer theoretischen Position aus, die sein Unternehmen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Sein Herangehen an die Problematik ist formal-rechtlich, im Hintergrund geistert eine idealisierte bürgerliche Republik; im Detail ist er oft jenseits aller wissenschaftlichen Interpretation, wirkt aber desto erheiternder.

Evers betrieb Feldforschung im positiven Sinne, mit gründlicher Sorgfalt. Die Auswertung und historische Einordnung seiner Fakten bleibt der marxistischen Geschichtswissenschaft vorbehalten.

Die Integration der Mitgliedstaaten des RGW eine für die einzelnen Staaten und ihre Volkswirtschaft wie für die gesamte Gemeinschaft der RGW-Staaten von außerordentlich politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Die dynamische Entwicklung der Volkswirtschaft in den Mitgliedstaaten des RGW, die Erhöhung ihrer Effektivität sowie die rasche technische Entwicklung werden durch die organische Verbindung innerer und äußerer Faktoren des Reproduktionsprozesses in der Ökonomie der Mitgliedstaaten des RGW - die Harmonisierung ihrer Bedürfnisse mit den allgemeinen Erfordernissen der sozialistischen Weltwirtschaft sowie die profunde Anwendung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung garantiert bedingt.

Der XIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, auf dem die Konzeption der Wirtschaftspolitik und der Entwicklung der Volkswirtschaft der CSSR in der gegenwärtigen Etappe des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft beschlossen wurde, bezeichnete gemäß als eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung der Ziele unserer ökonomischen Entwicklung: die Beschleunigung und vielfachbereinigte Eingliederung der tschechoslowakischen Wirtschaft in die internationale sozialistische Arbeitsteilung sowie die Entwicklung höherer Perioden, die auch ein beständiger Ausdruck des proletarischen Internationalismus, der Einheit und der Annäherung der Ökonomie der tschechoslowakischen Slawen mit der anderen sozialistischen Länder, vor allem der Sowjetunion, ist. Diese Prinzipien der Wirtschaftspolitik der CSSR wurden von den Plenartagungen der Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei im Februar 1972, im November 1973 und im November 1974 ausdrücklich unterstrichen.

In dem letzten Jahr sind wieder an die Arbeitsteilung der politischen und der wirtschaftsleitenden Organe, der wissenschaftlichen Forschungsinstitute und der Öffentlichkeit der CSSR verdrängte Fragen der Ökonomie und der wissenschaftlich-ökonomischen Zusammenarbeit sowie der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedstaaten des RGW zu. Dieses Interesse wurde in der Tschechoslowakei vor allem dadurch hervorgerufen, weil in der wirtschaftspolitischen Praxis allmählich neue Ziele der Wirtschaftspolitik und der Entwicklung der Volkswirtschaft der CSSR realisiert werden, die auf dem XIV. Parteitag der KP Tschech und dem XXV. Tagung des RGW aufgelegt worden sind. Auf dieser RGW-Tagung wurde bekanntlich unter Teilnahme von Repräsentanten der kommunistischen und Arbeiterparteien sowie der Regierungen der Mitgliedstaaten des RGW das "Kommunismus-

FORSCHUNGSBERICHTE

INTEGRATIONSPROZESSE UND ÖKONOMISCHE ZUSAMMENARBEIT DER MITGLIEDSSTAATEN DES RGW

Ausgewählte Publikationen aus der ČSSR 1971 bis 1974

von Bohumil Lehár

Die ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie die Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsstaaten des RGW sind für die einzelnen Staaten und ihre Volkswirtschaft wie für die ganze Gemeinschaft der RGW-Staaten von außerordentlicher politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Die dynamische Entwicklung der Volkswirtschaft in den Mitgliedsstaaten des RGW, die Erhöhung ihrer Effektivität sowie die rasche technische Entwicklung werden durch die organische Verbindung innerer und äußerer Faktoren des Reproduktionsprozesses in der Ökonomik der Mitgliedsstaaten des RGW, die Harmonisierung ihrer Bedürfnisse mit den allgemeinen Erfordernissen der sozialistischen Gemeinschaft sowie die rationelle Anwendung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung geradezu bedingt.

Der XIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, auf dem die Konzeption der Wirtschaftspolitik und der Entwicklung der Volkswirtschaft der ČSSR in der gegenwärtigen Etappe des Aufbaues der entwickelten sozialistischen Gesellschaft beschlossen wurde, bezeichnete deshalb "als eine wichtige Voraussetzung für die Erhöhung der Effektivität unserer ökonomischen Entwicklung die beschleunigte und zielbewußtere Eingliederung der tschechoslowakischen Wirtschaft in die internationale sozialistische Arbeitsteilung sowie die Entwicklung höherer Formen, die auch ein bedeutender Ausdruck des proletarischen Internationalismus, der Einheit und der Annäherung der Ökonomik des tschechoslowakischen Staates an die der anderen sozialistischen Länder, vor allem der Sowjetunion, ist". Diese Prinzipien der Wirtschaftspolitik der ČSSR wurden von den Plenartagungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei im Februar 1972, im November 1973 und im November 1974 neuerlich unterstrichen.

In den letzten Jahren wendet sich die Aufmerksamkeit der politischen und der wirtschaftsleitenden Organe, der wissenschaftlichen Forschungsinstitute und der Öffentlichkeit der ČSSR verstärkt Fragen der ökonomischen und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit sowie der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsstaaten des RGW zu. Dieses Interesse wurde in der Tschechoslowakei vor allem dadurch hervorgerufen, weil in der wirtschaftspolitischen Praxis allmählich jene Ziele der Wirtschaftspolitik und der Entwicklung der Volkswirtschaft der ČSSR realisiert werden, die auf dem XIV. Parteitag der KPTsch und der XXV. Tagung des RGW aufgezeigt worden sind. Auf dieser RGW-Tagung wurde bekanntlich unter Teilnahme von Repräsentanten der kommunistischen und Arbeiterparteien sowie der Regierungen der Mitgliedsstaaten des RGW das "Komplexprogramm

für die weitere Vertiefung und Verbesserung der Zusammenarbeit sowie der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration" beschlossen.

Ausarbeitung und Annahme des Komplexprogramms, das den Beginn einer wichtigen qualitativen Veränderung des gesamten Systems der ökonomischen und der politischen Beziehungen der RGW-Staaten und einer neuen Etappe in der Entwicklung des RGW darstellt, regen auch in der ČSSR die Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie im Bereich der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und besonders der sozialistischen ökonomischen Integration an und führten zur Ausarbeitung von Richtlinien und Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW.

Ein weiterer Anlaß für die Einschätzung der bisherigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW und für die Ausarbeitung von Perspektiv- und Maßnahmeplänen zur Entfaltung der sozialistischen ökonomischen Integration war der 25. Jahrestag der Gründung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Das Vierteljahrhundert des Bestehens des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe bedeutet in der Entwicklung der sozialistischen Staaten und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft eine historisch äußerst bedeutungsvolle Periode. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wurde zum wichtigsten und universalsten zwischenstaatlichen ökonomischen Organ der sozialistischen Staaten, das ihre Zusammenarbeit im gesamten Bereich von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik koordiniert. Dank den sich intensiv entfaltenden wirtschaftlichen und politischen Wechselbeziehungen neuen Typus auf der Basis der objektiven Prozesse der Internationalisierung des wirtschaftlichen und des politischen Lebens der sozialistischen Staaten und getreu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus bildet sich allmählich immer stärker eine sowohl in ökonomischer als auch in politischer Hinsicht feste Gemeinschaft der Mitgliedsstaaten des RGW heraus.

Aus dieser objektiven Lage erwachsen auch die anspruchsvollen Aufgaben des staatlichen Plans für die ökonomische Forschung in der ČSSR sowohl bei der Entwicklung der ökonomischen und der politischen Theorie im Bereich der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, namentlich der sozialistischen ökonomischen Integration, als auch bei der Analyse der Entwicklung der Volkswirtschaft sowie der ökonomischen und der wissenschaftlich-technischen Wechselbeziehungen der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft. Diese Probleme sind Teil einer der wichtigsten wissenschaftlichen Forschungsaufgaben des Staatsplans für die ökonomische Forschung - "Integrationsprozesse innerhalb der Gemeinschaft der sozialistischen Länder, Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft und auswärtige ökonomische Beziehungen der ČSSR" -, die vom Rat für ökonomische Forschung bei der Föderalen Regierung der ČSSR koordiniert wird, sowie des Staatsplans für die Grundlagenforschung, für dessen Erfüllung die damit beauftragten Organe der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften als Leitinstitution tätig sind. Neben der wichtigsten Arbeitsstätte, dem Kabinett für internationale Arbeitsteilung und sozialistische Integration (Kabinet mezinárodní dělby práce a socialistické integrace) am Ökonomischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (Ekonomický ústav ČSAV), das an der Untersuchung der angeführten Problematik in der Grundlagenforschung beteiligt ist und zugleich die Zusammenarbeit zwischen den tschechoslowakischen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und dem Internationalen Institut für die Erforschung ökonomischer Probleme des sozialistischen Weltsystems beim RGW koordiniert, ist eine Reihe weiterer wissenschaftlicher Institute und Institutionen in der ČSSR an der Erfüllung dieser wissenschaftlichen Forschungsaufgabe beteiligt, so das Ökonomische Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften (Ekonomický

ústav SAV), das Forschungsinstitut für Planung und Leitung der Volkswirtschaft bei der Staatlichen Plankommission (Výzkumný ústav plánování a řízení národního hospodářství při SPK), das Forschungsinstitut für Außenhandel beim Föderalen Ministerium für Außenhandel (Výzkumný ústav pro zahraniční obchod při FMZO), das Kabinett für Wirtschaftsgeschichte an der Ökonomischen Hochschule in Prag (Kabinet hospodářských dějin při Vysoké škole ekonomické v Praze), das Institut für Philosophie und Soziologie an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (Ústav pro filosofii a sociologii ČSAV), die Tschechoslowakische Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (Československá akademie zemědělská), das Forschungsinstitut für das Finanz- und Kreditsystem beim Föderalen Ministerium der Finanzen (Výzkumný ústav finanční a úvěrové soustavy při FMF) sowie Mitarbeiter weiterer Institutionen.

Die genannten wissenschaftlichen Forschungsprogramme in der ČSSR (Plan für die Grundlagenforschung und Plan für die ökonomische Forschung) sehen folgende Aufgaben vor: Beitrag zur Klärung theoretischer Fragen der sozialistischen ökonomischen Integration und der Entwicklung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung im Hinblick auf die perspektivische Entwicklung der Tätigkeit des RGW und die Wirtschaftspolitik der ČSSR; Analyse der Entwicklung der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Mitgliedsstaaten des RGW; Erforschung der Methoden, der Formen und der Voraussetzungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der CSSR mit der UdSSR und den anderen Mitgliedsstaaten des RGW; Untersuchung der Stellung der Wirtschaft der ČSSR im Rahmen der Gemeinschaft der RGW-Staaten und innerhalb der Weltwirtschaft; Klärung theoretischer und methodologischer Fragen der Zusammenarbeit im Bereich der Planungstätigkeit; Behandlung von Problemen der komplexen Regelung der internationalen Spezialisierung und der Kooperation in der Produktion; Studium der ökonomischen Probleme der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit; Lösung von Problemen der Außenhandelsbeziehungen der ČSSR, vor allem hinsichtlich der strukturellen Bindungen der tschechoslowakischen Wirtschaft an die Wirtschaften der RGW-Staaten im Prozeß der Integration; Untersuchung der Stellung der tschechoslowakischen Währung im internationalen Währungs- und Kreditsystem der RGW-Staaten; Behandlung ökonomischer Probleme der Bildung und der Tätigkeit der internationalen ökonomischen Organisationen und ihre Aufgaben bei der weiteren Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und bei der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration usw.

In diesem Beitrag wollen wir einen knappen Überblick über die wichtigsten erzielten Erfolge bei der erwähnten ökonomischen Forschung geben und über einige ausgewählte Bücher, Sammelbände, Studien und Artikel zu dieser Problematik aus der ČSSR-Produktion in den Jahren 1971 bis 1974 informieren. In Anbetracht der großen Zahl der Spezial- und Detailarbeiten zu dieser Thematik ist es nicht möglich, in diesen Überblick auch Arbeiten aufzunehmen, die die Entwicklung der Ökonomik und der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen sozialistischen Staaten sowie in einzelnen Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft behandeln, abgesehen von einigen wenigen Arbeiten über die Rolle der UdSSR, der DDR und der ČSSR bei der Entfaltung der wirtschaftlichen und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der RGW-Staaten. Die bibliographischen Angaben über Publikationen, die die weitere Problematik der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, weiterer ökonomischer Probleme der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, der sozialistischen ökonomischen Integration sowie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW betreffen, wer-

den in speziellen bibliographischen Handbüchern erfaßt (15, 19, 20, 21, 22, 50, 51, 73, 90, 94).¹ Zusammenfassendes Material über die wichtigsten erzielten Ergebnisse der ökonomischen Forschung zu Fragen der theoretischen Grundlagen der internationalen sozialistischen Integration und der auswärtigen ökonomischen Beziehungen, die sich aus dem Komplexprogramm ergeben, über Fragen der Zusammenarbeit im Bereich der Planungstätigkeit, der Wissenschaft und der Technik, der Devisen-Finanzbeziehungen usw. sowie der Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft und der Eingliederung der ČSSR in die sozialistische ökonomische Integration der RGW-Staaten bieten Studien, die von einem Autorenkollektiv des Rates für ökonomische Forschung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (Rada ekonomického výzkumu ČSSR) ausgearbeitet worden sind (75, 76).

Grundlegendes Quellenmaterial über die internationale sozialistische Arbeitsteilung und die sozialistische ökonomische Integration der Mitgliedsstaaten des RGW für die Bedürfnisse der ökonomischen Forschung, der wirtschaftlichen Praxis und des Hochschulunterrichts bieten die Ausgaben von Dokumenten über den RGW, an deren Edition eine Reihe wissenschaftlicher Forschungsinstitute, wirtschaftsleitender Institutionen und Verlage in der ČSSR beteiligt ist. Ein Band mit Auszügen aus den Dokumenten der Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien der Mitgliedsstaaten des RGW zur Problematik der sozialistischen Integration, der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems und der Entfaltung der Volkswirtschaften dieser Staaten wurde von dem bereits erwähnten Kabinett für internationale Arbeitsteilung und sozialistische Integration am Ökonomischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften herausgegeben (80). Ausgewählte Dokumente des RGW erschienen ferner in der Sammlung der grundlegenden Vereinbarungen des sozialistischen Weltsystems (120). Der Verlag Svoboda gab eine Sammlung von Dokumenten zur Entwicklung und Tätigkeit des RGW in den Jahren 1949 bis 1973 mit einer einleitenden Studie "25 Jahre RGW" vom Verfasser dieses Beitrages heraus. In diesen Sammelband wurden die Kommunikés über die Beratungen der Repräsentanten der kommunistischen und Arbeiterparteien und Vorsitzenden der Regierungen der Mitgliedsstaaten des RGW, die Kommunikés über die Tagungen des Rates und des Exekutivkomitees des RGW seit ihrer Gründung, grundlegende Dokumente rechtlichen Charakters sowie programmatische Dokumente des RGW, denen prinzipielle Bedeutung zukommt, aufgenommen (53). Die Zentralstelle für wissenschaftliche, technische und ökonomische Informationen (Ústředí vědeckých, technických a ekonomických informací) bereitete eine Sammlung grundlegender Informationen über die Dokumente und die Institutionen des RGW mit einer Charakteristik ihrer institutionellen Grundlagen, obersten Organe, Kommissionen und Beiräte, des Sekretariats und der Fachinstitute des RGW sowie über die Dokumente der internationalen Wirtschafts-, Außenhandels- und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW vor (11). In der Reihe "Quellen zum RGW" gab die Tschechoslowakische Handelskommer (Československá obchodní komora) in russischer und tschechischer Sprache die grundlegenden rechtlichen Dokumente des RGW sowie das "Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Verbesserung der Zusammenarbeit sowie der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsstaaten des RGW" heraus (119), ferner eine Sammlung grundlegender Dokumente, die die bilateralen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-techni-

¹ Die in Klammern stehenden Zahlen beziehen sich auf die im Anhang gebotene Bibliographie.

schen Beziehungen zwischen der ČSSR und den anderen Mitgliedsstaaten des RGW sowie die multilateralen Vereinbarungen zwischen den RGW-Staaten über die Erleichterung spezialisierter Wirtschaftsorganisationen auf dem Gebiet der Produktion, des Transports und des Bankwesens regeln (118). Ausgewählte grundlegende Dokumente des RGW erschienen auch im Staatlichen Pädagogischen Verlag (Státní pedagogické nakladatelství) für den Unterricht an Hochschulen (121) und, für die Mitarbeiter des Außenhandels bestimmt, als Anlage zu einer Publikation O. Hlaváček's über die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Integration der Mitgliedsstaaten des RGW (23). Außerdem wurden die Communiqués über die einzelnen Tagungen des Rates und des Exekutivkomitees des RGW in den periodisch erscheinenden Quellenwerken über die Außenpolitik der ČSSR (12) sowie der anderen europäischen sozialistischen Staaten (38) veröffentlicht.

Eines der wichtigsten Gebiete der erwähnten Hauptaufgabe des Staatsplans für die Grundlagenforschung ist eine unter der Leitung von Václav Průcha von einem Autorenkollektiv, bestehend aus Mitarbeitern des Kabinetts für Wirtschaftsgeschichte an der Ökonomischen Hochschule in Prag, des Kabinetts für internationale Arbeitsteilung und sozialistische Integration am Ökonomischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, des Tschechoslowakisch-Sowjetischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, des Instituts für Marxismus-Leninismus an der Prager Karls-Universität, des Instituts für politische Wissenschaften an der Warschauer Universität und der Hochschule für Planung und Statistik in Warschau, erarbeitete Analyse der ökonomischen Entwicklung der europäischen sozialistischen Länder. Ziel dieses Werkes, das gleichzeitig in Prag und in Warschau erscheint, ist eine Analyse der Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung der europäischen sozialistischen Länder seit dem zweiten Weltkrieg mit besonderer Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Kooperation, der strukturellen Umwandlung ihrer Wirtschaft, der Dynamik der Entwicklung, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Integrationsprozesse. Das Werk stellt eine in sich geschlossene historisch-ökonomische Retrospektive dar, die auch die wichtigsten Seiten der politischen und der sozialökonomischen Entwicklung umfaßt. Bei der Bearbeitung dieser Thematik findet die komparativistische Methode der historischen Erläuterung der Probleme Anwendung. Abgesehen von der UdSSR, die in der Ökonomik der sozialistischen Gemeinschaft eine Schlüsselstellung einnimmt, wird in diesem Werk die Entwicklung der einzelnen Volkswirtschaften nicht eingehender analysiert, doch wird auf ihre wechselseitigen Verbindungen, die allgemeinen und die spezifischen Züge sowie die langfristigen Trends ihrer wirtschaftlichen Entwicklung in breitem Umfang eingegangen.

Während der Ausarbeitung dieser Analyse der ökonomischen Entwicklung der europäischen sozialistischen Länder veröffentlichten die Mitglieder des Autorenkollektivs eine Reihe wissenschaftlicher Mitteilungen. Dazu gehören die Studien von V. Novotný über einige Tendenzen in der Entwicklung des gesellschaftlichen Produkts, des Nationaleinkommens und des Außenhandels (69, 70), von L. Kalinová über die Entwicklung des Beschäftigungsgrades (31) und von M. Brdek über die Entwicklung des Fonds des persönlichen Konsums in den Mitgliedsstaaten des RGW in den Jahren 1950 bis 1970 (2, 3, 4), die unter der Redaktion von V. Novotný zusammen mit anderen Studien in einem selbständigen Sammelband (68) publiziert wurden. In der Reihe von Forschungsarbeiten und Informationen des Kabinetts für Wirtschaftsgeschichte an der Ökonomischen Hochschule in Prag kam eine Reihe weiterer wissenschaftlicher Mitteilungen dieses Autorenkollektivs heraus: eine Abhandlung des Verfassers dieses Beitrages über die Hauptetappen der Entwicklung des RGW und über die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammen-

arbeit der Mitgliedsstaaten des RGW in den Jahren 1949 bis 1972 (52, 54) sowie Arbeiten von L. Kalinová über die Lohnentwicklung (30), von J. Koubek über die Bevölkerungsentwicklung in den europäischen sozialistischen Staaten (40, 41) und von J. Stehlik über die Natur-Ressourcen der Weltwirtschaft (96). In dieser Reihe erschien auch ein dreibändiges statistisches Quellenwerk über die ökonomische Entwicklung der europäischen sozialistischen Länder seit dem zweiten Weltkrieg mit Angaben über die Bevölkerungsentwicklung, den Beschäftigungsgrad, das gesellschaftliche Produkt, das Nationaleinkommen, die Investitionen, die Grundmittel und die Industrie (Bd. 1), über die landwirtschaftliche Produktion und den Außenhandel (Bd. 2) sowie über die Geldeinnahmen der Bevölkerung, den Binnenhandel, den Konsum und sonstige Bestandteile des Lebensniveaus (Bd. 3). Außerhalb dieser Reihe erschien eine selbständige Studie von J. Štěpánek, in der der Autor die ökonomische Entwicklung der Mitgliedsstaaten des RGW aufgrund der wichtigsten Kennziffern der Entwicklung ihrer Volkswirtschaften analysiert und ihre ökonomischen Perspektiven unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration skizziert (102).

Eine ganze Reihe von Arbeiten ist der Schlüsselrolle gewidmet, die die Sowjetunion im System der ökonomischen und der wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten des RGW und bei der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration spielt, und zwar im Hinblick auf ihr außerordentliches Produktions- und Forschungspotential, die gewaltige, ständig wachsende Kapazität ihres Marktes und angesichts ihrer riesigen Rohstoff- und Energiequellen, die sie in den Dienst der Zusammenarbeit der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft stellt. Die bisherigen Ergebnisse und die Grundtendenzen der Entwicklung der Ökonomik der Gemeinschaft der RGW-Staaten sowie die Rolle der Sowjetunion behandelt eine Forschungsarbeit des Kabinetts für internationale Arbeitsteilung und sozialistische Integration am Ökonomischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (86). In dieser Arbeitsstelle entstand auch eine Arbeit von V. Svačina über die Funktion, die die Wirtschaft der UdSSR als des politischen und ökonomischen Zentrums der sozialistischen Integrationsprozesse für die anderen RGW-Staaten erfüllt (99), sowie eine Arbeit von M. Čížkovský über die Bedeutung der Sowjetunion für die Entwicklung der ökonomischen Struktur der Gemeinschaft der RGW-Staaten (10).

Gegenstand einer systematischen Untersuchung sind ferner Fragen der Entwicklung der wirtschaftlichen und der wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen der ČSSR und der UdSSR, eine Einschätzung der Methoden und der Formen der Zusammenarbeit der beiden Länder in den einzelnen Etappen sowie der Grundrichtungen und Konzeptionen der Entwicklung dieser Zusammenarbeit unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration im Rahmen des RGW. Dieser Problematik waren auch zwei tschechoslowakisch-sowjetische Symposien gewidmet. Das I. Tschechoslowakisch-Sowjetische Symposium in Plzeň im Mai 1972 diente der Klärung theoretischer und methodologischer Grundfragen der langfristigen Entwicklung der wirtschaftlichen und der wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der ČSSR. Auf dem II. Tschechoslowakisch-Sowjetischen Symposium in Moskau im September 1973 wurden drei grundlegende Themenkreise behandelt: a) allgemeine Tendenzen der Entwicklung der sowjetisch-tschechoslowakischen ökonomischen Beziehungen bei der langfristigen Perspektive unter Berücksichtigung der objektiven Bedürfnisse und Interessen der beiden Länder; b) Fragen der Zusammenarbeit in einzelnen Industriezweigen (Spezialisierung und Kooperation), so auf dem Gebiet der Brennstoffe, der Rohstoffe, des Maschinenbaues, der chemischen Industrie, der Landwirtschaft und des Transports, sowie der Zusammenarbeit im Bereich von Wissenschaft und Technik;

c) Grundrichtungen für eine Verbesserung der Formen und der Methoden der sowjetisch-tschechoslowakischen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Der Problematik des Mechanismus der Zusammenarbeit und der inneren ökonomischen Hebel, die eine weitere Entfaltung der tschechoslowakisch-sowjetischen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bewirken, ist auch eine Forschungsarbeit von V. Příbyl / Z. Chalupský / M. Čížkovský gewidmet (79). Die Entwicklung der tschechoslowakisch-sowjetischen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit seit dem zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart behandelt eine Reihe selbständiger Studien (46, 82, 114).

Die Analyse der äußeren Bedingungen für die Entwicklung der Volkswirtschaft der ČSSR und der Rolle der tschechoslowakischen Ökonomik beim Integrationsprozeß der Gemeinschaft der RGW-Staaten ist eine weitere wichtige Aufgabe der ökonomischen Grundlagenforschung in der ČSSR. Die Bedeutung des RGW für die Entwicklung der Wirtschaft der ČSSR findet eine eingehende Würdigung in einer Studie des Stellvertreters des Ministers und Sekretärs des Rates für internationale wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der ČSSR S. Vlna (115). Grundproblemen der Entwicklung der Gemeinschaft der RGW-Staaten (Wirtschaftspolitik, Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich der Planungstätigkeit sowie von Wissenschaft und Technik) und den Außenhandels- und Devisen-Finanzbeziehungen der Mitgliedsstaaten unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration mit besonderer Berücksichtigung der Rolle der tschechoslowakischen Ökonomik im Integrationsprozeß der Gemeinschaft der RGW-Staaten ist ein Sammelband mit Aufsätzen von V. Wacker und seinem Kollektiv (117) gewidmet. Die Bedeutung des RGW für die wirtschaftliche Entwicklung der ČSSR und den tschechoslowakischen Beitrag zur Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedsstaaten des RGW beleuchten in ihren Arbeiten J. Štěpánek (100, 101, 103, 104) und V. Kvěš (45, 48, 49). Das neueste Werk von V. Kvěš über den RGW und die ČSSR enthält auch einen Überblick über die zwischen den Mitgliedsstaaten des RGW getroffenen Vereinbarungen im Bereich der Planungstätigkeit, der Verträge über die multilaterale internationale Spezialisierung und Kooperation der Produktion im Maschinenbau, der Vereinbarungen und Verträge über Spezialisierung und Kooperation bei der Produktion, wie sie zwischen der ČSSR und den anderen Mitgliedsstaaten des RGW geschlossen wurden, sowie der multilateralen Vereinbarungen der Mitgliedsstaaten des RGW über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (47). Die Studie von S. Kecová behandelt den Anteil der ČSSR an der Entwicklung der internationalen Spezialisierung und an der Kooperation bei der Produktion im Rahmen des RGW (32).

Ein besonderer Platz unter den untersuchten Problemen gebührt der Behandlung einiger theoretischer und methodischer Fragen des internationalen Vergleichs der Komplexkennziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft, der eine komplexere Betrachtung der Schlüsselprobleme der wirtschaftlichen Entwicklung der ČSSR im Vergleich mit den anderen Mitgliedsstaaten des RGW ermöglicht. Die methodische Abgrenzung der Grundkennziffern und die Vereinheitlichung der Methodik sowie die praktische Realisierung internationaler Vergleiche legen den Grund zur Gewinnung wichtiger komplexer Kennziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft, die eine komplexere Betrachtung der Schlüsselprobleme der wirtschaftlichen Entwicklung der ČSSR im Vergleich mit den anderen RGW-Staaten und die Behandlung theoretischer Grundfragen für den Ausgleich des ökonomischen Niveaus der einzelnen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft ermöglichen. Zu den Arbeiten dieser Art gehört eine Studie von K. Zeman, in der die Ent-

wicklung der materiellen Stellung der Ökonomik der ČSSR im Hinblick auf das ökonomische Industrialisierungsniveau (gemessen mit der absoluten Größe der Pro-Kopf-Produktion an gesellschaftlichen Produkten) untersucht wird, und zwar sowohl im Vergleich mit ausgewählten kapitalistischen Ländern als auch innerhalb des Komplexes des RGW (123).

Die neuen, in der internationalen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW auf dem Gebiete der Planungstätigkeit in Übereinstimmung mit dem Komplexprogramm angewandten Methoden wurden in der ČSSR Gegenstand einer systematischen Untersuchung. Von Charakteristiken der Systeme von Planung und Leitung der Volkswirtschaft in den einzelnen sozialistischen Ländern und ihrem Vergleich ging man allmählich zu einer komplexeren Erforschung der Bedingungen für eine internationale Planung sowie der einzelnen Formen und Methoden der Zusammenarbeit im Bereich der Planungstätigkeit, insbesondere bei der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der Mitgliedsstaaten des RGW, über. Eine systematische Darstellung der Entwicklung der Systeme für Planung und Leitung der äußeren ökonomischen Beziehungen der Mitgliedsstaaten des RGW während der einzelnen Etappen in den Jahren 1950 bis 1971 und nach den einzelnen Ländern sowie eine vergleichende Analyse dieser Systeme bietet V. Příbyl in seiner Forschungsarbeit (78). Einige Probleme der Systeme der planmäßigen Leitung der Ökonomik in den einzelnen sozialistischen Ländern (Probleme der Planung des Investitionsbaues, des Preissystems, der kollektiven und der persönlichen materiellen Interessiertheit, der organisatorischen Veränderungen und der zwischenstaatlichen ökonomischen Beziehungen) bearbeitete ein Autorenkollektiv unter Leitung von A. Kotulan (39).

Große Bedeutung hat die Untersuchung des Systems der Formen und Elemente der Anwendung der internationalen Planung unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration, deren Ziel es ist, die Erfahrungen aus der bisherigen Anwendung der Planung im Rahmen des RGW einer Einschätzung zu unterziehen und durch theoretische Schlußfolgerungen zur Verbesserung des Systems der internationalen Planung als Grundlage des Integrationsprozesses in der Gemeinschaft des RGW beizutragen. Zu den bedeutendsten Werken dieser Art gehört eine Kollektivarbeit tschechoslowakischer und sowjetischer Autoren über die Zusammenarbeit der RGW-Staaten im Bereich der Planungstätigkeit. Diese Arbeit, die gleichzeitig in tschechischer und russischer Sprache erschien, bietet eine Analyse der theoretischen Grundlagen, der Formen, der Organisationsordnung und der Anwendung ökonomischer Hebel bei der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW im Bereich der Planungstätigkeit (124). Mit der Problematik der internationalen sozialistischen Planung im Rahmen des RGW beschäftigt sich in seinen Arbeiten systematisch M. Čížkovský. In seinen neuesten Studien unterzieht er die bisherige Entwicklung und Tätigkeit des RGW als Planungszentrum einer Einschätzung, überprüft die Möglichkeit einer Verbesserung der internationalen sozialistischen Planung (6, 7, 8) und analysiert den Mechanismus der planmäßigen Leitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration (9). L. Stránská charakterisiert in einer Studie die spezifischen Züge der internationalen analytischen und prognostischen Tätigkeit und deren Funktion im Rahmen der Zusammenarbeit der RGW-Staaten im Bereich der Planungstätigkeit (97).

Bei der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration wird die internationale Spezialisierung und Kooperation immer mehr zum bestimmenden Element der zwischenstaatlichen ökonomischen Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten des RGW und zum entscheidenden Weg, um bei einer insgesamt wachsen-

den Diversifikation der Produktion eine optimale Produktionsstruktur im nationalen Maßstab unter Respektierung der gemeinsamen Interessen der Gemeinschaft des RGW zu gewährleisten. Diese Problematik der internationalen Spezialisierung und Kooperation der Produktion und der Spezialisierung der volkswirtschaftlichen Komplexe im Rahmen des RGW gehört zu den weiteren wichtigen Aufgaben der ökonomischen Forschung in der ČSSR. Die Entwicklung der Spezialisierung der Volkswirtschaften im Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration, ihre ökonomischen Grundlagen, die Kriterien ihrer Effektivität, Probleme ihrer planmäßigen Entwicklung, Probleme der Spezialisierung innerhalb der Wirtschaftszweige und der internationalen Kooperation untersucht in seiner Arbeit B. Malý (56). Grundfragen der Entwicklung der internationalen Spezialisierung und Kooperation in der Produktion sowie die Problematik bilateraler und multilateraler Spezialisierungs- und Kooperationsvereinbarungen zwischen den Mitgliedsstaaten des RGW werden in einer Arbeit von E. Konopík (37) behandelt. Das Wesen und die Hauptzüge der internationalen industriellen Kooperation, einerseits zwischen den Mitgliedsstaaten des RGW und den sozialistischen Ländern überhaupt, andererseits auch zwischen den kapitalistischen Ländern bzw. zwischen Betrieben in kapitalistischen und in sozialistischen Ländern, beleuchtet in seiner Arbeit J. Nykryn (71). J. Tauchman beschäftigt sich in seinen Studien mit Fragen der Stellung und der Spezialisierung des volkswirtschaftlichen Komplexes der ČSSR in den internationalen ökonomischen Beziehungen, namentlich im Verhältnis zur Gemeinschaft des RGW (107, 108, 110, 111).

Einen selbständigen Themenkreis bilden die ökonomischen Probleme der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und Fragen der internationalen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW in Wissenschaft und Technik unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration. Eine Charakteristik der wichtigsten Entwicklungsetappen und Formen der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW im Bereich von Wissenschaft und Technik sowie der wissenschaftlichen und technischen Informationen, ihrer ökonomischen und rechtlichen Prinzipien und Organisationsformen bieten in ihren Arbeiten K. Matějka (59, 60), L. Říha (88, 89) und V. Mokošín (63). Mit Fragen der Arbeitsteilung, der Kooperation und der Integration im Bereich der wissenschaftlich-technischen Forschung in den Mitgliedsstaaten des RGW befassen sich Aufsätze von K. Müller (64) und B. Rosický (85). Der Problematik der Integration im Bereich der Technik und der technischen Entwicklung ist ein Sammelband mit Referaten gewidmet, die im Rahmen eines von der Sozialistischen Akademie der ČSSR (Socialistická akademie ČSR) veranstalteten Seminars gehalten wurden (29).

Ein weiterer Komplex von Forschungsarbeiten bezieht sich auf die Problematik des sozialistischen Weltmarktes und der Entwicklung der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW auf dem Gebiet des Außenhandels. Mit der Rolle des sozialistischen Weltmarktes im System und im Mechanismus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der sozialistischen ökonomischen Integration sowie einer Charakteristik des Verhältnisses zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weltmarkt befaßt sich eine Forschungsarbeit eines unter der Leitung von A. Neustadt stehenden Autorenkollektivs (67). J. Furmanová bietet in ihrer Studie eine Analyse des internationalen Handels der Mitgliedsstaaten des RGW im Zusammenhang mit den Grundkennziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaften, ihrer territorialen und warenmäßigen Struktur sowie der Höhe des Warenumschlages auf dem internationalen RGW-Markt (18). Der Problematik der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Außenhandels einschließlich des Preissystems, der Preisbildung und der Marktmechanismen auf dem sozialistischen Weltmarkt und der Funktion der Preise im Integrationsprozeß ist ein Sammelband mit Referaten gewid-

met, die auf einer wissenschaftlichen Konferenz über das Thema "Charakter und Probleme des RGW-Marktes" gehalten wurden, ferner Arbeiten von A. Neustadt (65, 66) und J. Sereghyová (91, 92, 93). Mit Fragen der Formierung des sozialistischen Weltmarktes, seiner Funktion im Warenaustausch zwischen den RGW-Staaten und seinem Verhältnis zur Produktion und zum Reproduktionsprozeß befaßt sich ein im *Ekonomický časopis* veröffentlichter Aufsatz (42). Z. Orlíček und I. Angelis charakterisieren in einer gemeinsamen Studie die Hauptzüge und Fragen des tschechoslowakischen Außenhandels im Rahmen des sozialistischen Weltmarktes (72).

In engem Zusammenhang mit der Untersuchung von Fragen des sozialistischen Weltmarktes steht das Studium von Problemen der Devisen-Finanzbeziehungen der Mitgliedsstaaten des RGW. Fragen der Zusammenarbeit der Staaten des RGW auf dem Gebiet der Währung wendet sich ein vom Forschungsinstitut für das Finanz- und Kreditsystem herausgegebener Sammelband (34) zu. L. Rusmisch untersucht in einer Studie die Funktion der Internationalen Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Internationalen Investitionsbank im Mechanismus der Leitung des Prozesses der sozialistischen ökonomischen Integration (87). In einer gemeinsamen Publikation analysieren J. Brada und Z. Kruliš den Einfluß des internationalen sozialistischen Kredits auf die Entwicklung des RGW-Marktes (1). In einer weiteren Studie charakterisiert Z. Kruliš das Wesen des internationalen sozialistischen Kredits sowie seinen Platz und seine Funktion im Mechanismus der Beziehungen der ökonomischen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder (43). Die Investitionen als Faktor des ökonomischen Wachstums der industriellen Produktion in der ČSSR und in den Mitgliedsstaaten des RGW behandelt eine Forschungsarbeit von K. Zeman (122). Die Problematik der Verbesserung der Devisen-Finanzbeziehungen innerhalb des RGW beleuchtet auch ein weiterer, im *Ekonomický časopis* veröffentlichter Artikel (77).

Mit Spezialfragen der Devisen-Finanzbeziehungen in der Sphäre des Aufbaus internationaler Wirtschaftsorganisationen befaßt sich V. Válek in einer Forschungsarbeit (113). In einer Studie von M. Klang / A. Kohout und in einer Reihe weiterer Aufsätze werden Funktion und Tätigkeit der internationalen Wirtschaftsorganisationen im Zusammenhang mit der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsstaaten des RGW analysiert (33).

In den vorstehenden Ausführungen haben wir einen knappen Überblick über die in den Jahren 1971 bis 1974 in der Tschechoslowakei veröffentlichten Arbeiten gegeben, die die wichtigsten Ergebnisse der ökonomischen Forschung in der ČSSR zu Fragen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, vor allem der sozialistischen ökonomischen Integration, der Entwicklung der Volkswirtschaft sowie der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen der Mitgliedsstaaten des RGW enthalten. Es muß gesagt werden, daß neben den erwähnten Forschungsarbeiten und Studien in der ČSSR in diesen Jahren - vor allem im Zusammenhang mit dem 25. Jahrestag der Gründung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe - eine Reihe weiterer bedeutender Publikationen und Abhandlungen veröffentlicht worden ist, die die bisherige Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW einer Einschätzung unterziehen. Wir führen sie im bibliographischen Anhang dieses Beitrages ebenfalls an. Schon dieser knappe Überblick zeugt davon, daß die grundlegende und die angewandte ökonomische Forschung auf diesem Gebiet im untersuchten Zeitraum einen beträchtlichen Aufschwung erfahren hat, wie das der Konzeption der Wirtschaftspolitik und den wachsenden Bedürfnissen der wirtschaftspolitischen Praxis in der ČSSR bei der Entwicklung der Integrationsprozesse auf der Grundlage des "Komplexprogramms für die weitere Vertiefung und Verbesserung der Zusammenarbeit sowie der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsstaaten des RGW" entspricht.

- 1 Brada, Jaroslav / Kruliš, Zdeněk, Analýza vlivu mezinárodního úvěru na rozvoj trhu RVHP (Analyse des Einflusses des internationalen Kredits auf die Entwicklung des RGW-Marktes), hg. v. Kab. MDPSI am EÚ ČSAV, Prag 1973, 75 S.
- 2 Brdek, Miroslav, Analýza vývoje fondu osobní spotřeby v členských zemích RVHP v letech 1950 - 1970 (Analyse der Entwicklung des Fonds des persönlichen Konsums in den Mitgliedsstaaten des RGW 1950 - 1970), in: Novotný, Václav, u. a., K problematice hospodářského vývoje evropských socialistických zemí (Zur Problematik der ökonomischen Entwicklung der sozialistischen Länder Europas), Prag 1973, SPN, S. 172 - 201.
- 3 Derselbe, Vyrovnávání rozdílů v životní úrovni v rámci RVHP (Ausgleich der Unterschiede im Lebensniveau im Rahmen des RGW), in: Politická ekonomie, Nr. 8/1972, S. 705 - 724.
- 4 Derselbe, Vývoj osobní spotřeby v členských zemích RVHP z hlediska vyrovnání životní úrovně v těchto zemích (Die Entwicklung des persönlichen Konsums in den Mitgliedsstaaten des RGW im Hinblick auf den Ausgleich des Lebensniveaus in diesen Ländern), hg. v. ÚVTEI, Prag 1972, 66 S.
- 5 Cikánková, Marie, Dvacet pět let Rady vzájemné hospodářské pomoci (25 Jahre RGW), hg. v. ZK der KPTsch, Prag 1973, 50 S.
- 6 Čižkovský, Milan, Koordinace národohospodářských plánů jako výchozí forma mezinárodního plánování (Die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne als Ausgangsform der internationalen Planung), hg. v. Kab. MDPSI am EÚ ČSAV, Prag 1972, 93 S.
- 7 Derselbe, Mezinárodní plánování v socialistické soustavě, úloha RVHP jako plánovací centra (Die internationale Planung im System des Sozialismus, die Rolle des RGW als Planungszentrum), hg. v. ÚSE ČSAV, Prag 1970, 335 S.
- 8 Derselbe, Mezinárodní plánování, zkušenosti a možnosti RVHP (Internationale Planung, Erfahrungen und Möglichkeiten des RGW), Prag 1971, Academia, 192 S.
- 9 Derselbe, Spolupráce v oblasti plánování v procesu mezinárodní socialistické ekonomické integrace (Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Planung im Prozeß der internationalen sozialistischen ökonomischen Integration), in: Politická ekonomie, Nr. 8/1974, S. 736 - 745.
- 10 Derselbe, Význam Sovětského svazu v rozvoji ekonomické struktury celku RVHP, některé stránky problému (Die Bedeutung der Sowjetunion bei der Entwicklung der ökonomischen Struktur der Gesamtheit der RGW-Staaten, einige Seiten des Problems), in: Politická ekonomie, Nr. 11/1972, S. 971 - 982.
- 11 Dokumenty a instituce hospodářské spolupráce RVHP (Dokumente und Institutionen der ökonomischen Zusammenarbeit im RGW), hg. v. ÚVTEI, Prag 1953, 354 S.
- 12 Dokumenty k československé zahraniční politice (Dokumente zur tschechoslowakischen Außenpolitik), hg. v. FMZV, Prag 1971 - 1974.
- 13 Dvacet pět let činnosti Rady vzájemné hospodářské pomoci států RVHP (25 Jahre Arbeit des RGW), in: Revue průmyslu a obchodu, Nr. 6/1974, 106 S.
- 14 Dvacet pět let Rady vzájemné hospodářské pomoci (25 Jahre RGW), Prag 1974, Horizont, 111 S.

+ Zu den Abkürzungen (Bezeichnungen von Instituten, Verlagen usw.) vgl. das "Verzeichnis der tschechischen und slowakischen Abkürzungen" am Ende dieses Beitrages.

- 15 Ekonomická integrace socialistických a kapitalistických zemí; Knihy, časopisecké a novinové články o RVHP a EHS, výběrová bibliografie (Die ökonomische Integration der sozialistischen und der kapitalistischen Länder; Bücher, Zeitschriften- und Zeitungsartikel über RGW und EWG, Auswahlbibliographie), hg. v. der Staatsbibliothek der CSSR, Abt. Ökonomische Zentralbibliothek (Ústřední ekonomická knihovna), Prag, erscheint vierteljährlich.
- 16 Fingerland, Jaroslav, Ekonomický rozměr a ekonomický komplex (Ökonomische Größe und ökonomischer Komplex), hg. v. Kab. MDPSI am EÚ ČSAV, Prag 1974, 60 S.
- 17 Fojtík, František, K plánovitému řízení dopravní infrastruktury v podmínkách mezinárodní socialistické ekonomické integrace (Zur planmäßigen Leitung der Verkehrs-Infrastruktur unter den Bedingungen der internationalen sozialistischen ökonomischen Integration), in: Zahraniční obchod, Nr. 4/1974, S. 1 - 3.
- 18 Furmanová, Jana, Analýza mezinárodního obchodu členských zemí RVHP (Analyse des internationalen Handels der Mitgliedsstaaten des RGW), hg. v. Kab. MDPSI am EÚ ČSAV, Prag 1974, 97 S.
- 19 Hábová, Vlasta, Funkční mechanismus spolupráce členských zemí RVHP (Der Funktionsmechanismus der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW), hg. v. EÚ ČSAV, Prag 1972, 135 S.
- 20 Dieselbe, Hospodářská spolupráce ve světové socialistické soustavě (Die ökonomische Zusammenarbeit im sozialistischen Weltsystem), hg. v. EÚ ČSAV, Prag 1972, 117 S.
- 21 Dieselbe, Mezinárodní obchod socialistických zemí (Der internationale Handel der sozialistischen Länder), hg. v. EÚ ČSAV, Prag 1972, 77 S.
- 22 Herman, Karel, u. a., Bibliografie prací k dějinám socialistické soustavy, evropská část (Bibliographie von Arbeiten zur Geschichte des europäischen Teils des sozialistischen Weltsystems) 1949 - 1970, hg. v. ČSI ČSAV, Prag 1972, T. 1: 373 S., T. 2: S. 374 - 616.
- 23 Hlaváček, Oto, Hospodářská spolupráce a integrace členských států RVHP (Die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Integration der Mitgliedsstaaten des RGW), hg. v. IZO, Prag 1972, 182 S. u. 63 S. Anlagen.
- 24 Hospodářský vývoj evropských socialistických zemí po druhé světové válce, Statistický přehled (Die ökonomische Entwicklung der europäischen sozialistischen Länder nach dem zweiten Weltkrieg, Statistische Übersicht), hg. v. VŠE, Kab. HD, T. 1: Prag 1971, 96 S., T. 2: Prag 1972, 64 S., T. 3: Prag 1973, 58 S.
- 25 Hůla, Václav, Dvacet pět let RVHP (25 Jahre RGW), in: Nová mysl, Nr. 1/1974, S. 29 - 36.
- 26 Chalupský, Zdeněk / Čížkovský, Milan / Přibyl, Václav, Předpoklady společné plánovité součinnosti z hlediska vzájemného vztahu rozvoje vnitřních soustav řízení a mechanismu mezinárodní spolupráce v podmínkách socialistické ekonomické integrace členských států RVHP (Die Voraussetzungen für eine gemeinsame Planungstätigkeit im Hinblick auf die Wechselbeziehung der Entwicklung der inneren Systeme der Leitung und des Mechanismus der internationalen Zusammenarbeit unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsstaaten des RGW), in: Politická ekonomie, Nr. 2/1972, S. 105 - 112.
- 27 Chalupský, Zdeněk / Čížkovský, Milan / Tauchman, Josef, Aktuální otázky socialistické ekonomické integrace zemí RVHP (Aktuelle Fragen der sozialistischen ökonomischen Integration der RGW-Staaten), in: Průmyslová politika, ÚVTEI, Nr. 9/1972, 88 S.
- 28 Charakter a problémy trhu RVHP (Charakter und Probleme des RGW-Marktes), hg. v. ÚSE, Prag 1971, 100 S.

- 29 Integrace v oblasti techniky a technického rozvoje členských zemí RVHP (Die Integration im Bereich von Technik und technischer Entwicklung der Mitgliedsstaaten des RGW), hg. v. Socialistická akademie ČSR, Prag 1974, 148 S.
- 30 Kalinová, Lenka, Mzdový vývoj v evropských socialistických zemích po druhé světové válce (Die Lohnentwicklung in den sozialistischen Ländern Europas nach dem zweiten Weltkrieg), hg. v. VŠE, Kab. HD, Prag 1973, 56 S.
- 31 Dieselbe, Vývoj zaměstnanosti v evropských socialistických zemích po druhé světové válce (Die Entwicklung des Beschäftigungsgrades in den sozialistischen Ländern Europas nach dem zweiten Weltkrieg), in: Novotný, Václav, u. a., K problematice hospodářského vývoje evropských socialistických zemí (Zur Problematik der ökonomischen Entwicklung der sozialistischen Länder Europas), Prag 1973, SPN, S. 87 - 130.
- 32 Kecová, Sylvie, Československá hospodářská a průmyslová spolupráce v rámci RVHP (Wirtschaftliche und industrielle Mitarbeit der CSSR im Rahmen des RGW), hg. v. ÚVTEI, Prag 1973, 86 S.
- 33 Klang, Miloš / Kohout, Alexej, Zřizování a činnost mezinárodních hospodářských organizací členských států RVHP (Errichtung und Tätigkeit der internationalen Wirtschaftsorganisationen der Mitgliedsstaaten des RGW), in: Obchodně politické zpravodajství, Nr. 9/1971, S. 5 - 55.
- 34 K některým otázkám měnové spolupráce států RVHP (Zu einigen Fragen der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW auf dem Gebiet der Währung), hg. v. VÚFÚS, Prag 1973, 246 S.
- 35 Kohout, Alexej, K některým otázkám politického a institucionálního vývoje RVHP (Zu einigen Fragen der politischen und institutionellen Entwicklung des RGW), in: Mezinárodní vztahy, Nr. 1/1974, S. 15 - 23.
- 36 Konečný, Čestmír, K pojetí ekonomické integrace mezi státy RVHP (Zur Konzeption der ökonomischen Integration der Mitgliedsstaaten des RGW), in: Mezinárodní vztahy, Nr. 1/1971, S. 3 - 11.
- 37 Konopík, Emil, Kooperace a specializace v členských státech RVHP (Kooperation und Spezialisierung in den Mitgliedsstaaten des RGW), hg. v. IZO, Prag 1972, 38 S.
- 38 K otázkám evropské části socialistické soustavy (Zu Fragen des europäischen Teils der sozialistischen Staatengemeinschaft), Informationsbulletin, hg. v. ČSI ČSAV, Prag 1971 - 1974.
- 39 Kotulan, Antonín, u. a., Vybrané problémy soustav plánovitého řízení ekonomiky v jednotlivých socialistických zemích (Ausgewählte Probleme der Systeme der planmäßigen Leitung der Ökonomik in den einzelnen sozialistischen Ländern), hg. v. EÚ ČSAV, Prag 1973, 230 S.
- 40 Koubek, Josef, Populační politika evropských socialistických států v letech 1945 - 1972 (Die Bevölkerungspolitik der europäischen sozialistischen Staaten 1945 - 1972), hg. v. VŠE, Kab. HD, Prag 1974, 110 S.
- 41 Derselbe, Populační vývoj evropských socialistických států po druhé světové válce, Statistické údaje (Die Bevölkerungsentwicklung in den europäischen sozialistischen Staaten seit dem zweiten Weltkrieg, Statistische Angaben), hg. v. VŠE, Kab. HD, Prag 1972, 37 S.
- 42 K problémem formovania svetového socialistického trhu (Zu Problemen der Formierung des sozialistischen Weltmarktes), in: Ekonomický časopis, Nr. 3/1974, S. 187 - 198.
- 43 Kruliš, Zdeněk, Mezinárodní socialistický úvěr (Der internationale sozialistische Kredit), hg. v. Kab. MDPSI am EÚ ČSAV, Prag 1973, 91 S.
- 44 Kučera, Bohuslav, Mezinárodní socialistická děba práce a spolupráce zemí RVHP (Die internationale sozialistische Arbeitsteilung und die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW), Prag 1973, SPN, 91 S.

- 45 Kvěš, Václav, Československá ekonomika a RVHP (Die tschechoslowakische Wirtschaft und der RGW), Prag 1972, Práce, 131 S.
- 46 Derselbe, Československo-sovětská hospodářská a vědecko-technická spolupráce, její výsledky a perspektivy (Die tschechoslowakisch-sowjetische wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, ihre Ergebnisse und Perspektiven, hg. v. ZK der KPTsch, Prag 1972, 53 S.
- 47 Derselbe, RVHP a ČSSR (RGW und ČSSR), Prag 1974, Svoboda, 295 S.
- 48 Derselbe, Výsledky XXVII. zasedání RVHP a ekonomické integrační procesy v socialistických zemích (Die Ergebnisse der 27. Tagung des RGW und die ökonomischen Integrationsprozesse in den sozialistischen Ländern), hg. v. ZK der KPTsch, Prag 1973, 51 S.
- 49 Derselbe, Vývoj úkolů a funkcí RVHP 1949 - 1974 (Die Entwicklung der Aufgaben und der Funktionen des RGW 1949 - 1974), in: Nová mysl, Nr. 1/1974, S. 46 - 54.
- 50 Langová, Anna, u. a., Rešerše o socialistické ekonomické integraci. Záznamy o časopiseckých článcích a knihách věnovaných teoretickým problémům a obecným otázkám socialistické ekonomické integrace, ve vývoji integračního procesu a formách jeho realizace (Recherchen zur sozialistischen ökonomischen Integration. Bibliographie von Zeitschriftenartikeln und Büchern über theoretische Probleme und allgemeine Fragen der sozialistischen ökonomischen Integration bei der Entwicklung des Integrationsprozesses und über die Formen ihrer Realisierung), hg. v. VÚZO, Prag 1972, 82 S.
- 51 Dieselben, Rešerše o zahraničním obchodě zemí socialistického tábora (Recherchen zum Außenhandel der Länder des sozialistischen Lagers), hg. v. VÚZO, Prag 1971, 205 S.
- 52 Lehár, Bohumil, Hlavní etapy vývoje RVHP a hospodářské spolupráce členských zemí 1949 - 1972 (Die Hauptetappen der Entwicklung des RGW und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit seiner Mitgliedsstaaten 1949 - 1972), hg. v. VŠE, Kab. HD, Prag 1973, 66 S.
- 53 Derselbe, Rada vzájemné hospodářské pomoci, Sborník dokumentů o vývoji a činnosti RVHP 1949 - 1973 (Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Sammlung von Dokumenten über Entwicklung und Tätigkeit des RGW 1949 - 1973), Prag 1973, Svoboda, 369 S.
- 54 Derselbe, Společenství členských států RVHP na cestě k integrovanému socialistickému hospodářství (Die Gemeinschaft der Mitgliedsstaaten des RGW auf dem Wege zu einer integrierten sozialistischen Wirtschaft), in: Slovanský přehled, Nr. 6/1973, S. 480 - 490.
- 55 Derselbe, Hospodářská spolupráce NDR a ČSSR (Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen DDR und ČSSR), in: Slovanský přehled, Nr. 5/1974, S. 382 - 391; Nr. 3/1975, S. 191 - 198.
- 56 Malý, Bohuslav, Nástin problematiky mezinárodní specializace a kooperace v rámci RVHP (Abriß der Problematik der internationalen Spezialisierung und Kooperation im Rahmen des RGW), hg. v. Kab. MDPSI am EÚ ČSAV, Prag 1972, 140 S.
- 57 Derselbe, Socialistická ekonomická integrace (Die sozialistische ökonomische Integration), in: Politická ekonomie, Nr. 7/1974, S. 645 - 654.
- 58 Malý, Bohuslav/Chalupský, Zdeněk, Teoretické otázky socialistické ekonomické integrace (Theoretische Fragen der sozialistischen ökonomischen Integration), in: Nová mysl, Nr. 11/1971, S. 1560 - 1569.
- 59 Matějka, Karel, Od spolupráce k integraci ve vědě a technice (Von der Zusammenarbeit zur Integration in Wissenschaft und Technik), hg. v. ÚVTR, Prag 1972, 93 S.

- 60 Derselbe, Nové formy a metody vědeckotechnické spolupráce členských států RVHP (Neue Formen und Methoden der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW), in: Předpoklady rozvoje vědy a techniky, Nr. 1/1973, S. 3 - 14.
- 61 Mezinárodní ekonomické organizace RVHP (Die internationalen ökonomischen Organisationen des RGW), in: Průmyslová politika, Nr. 17/1973, S. 7 - 14.
- 62 Mezinárodní hospodářská organizace v socialistických zemích (Die internationale wirtschaftliche Organisation in den sozialistischen Ländern), in: Průmyslová politika, Nr. 11/1972, S. 85 - 114.
- 63 Mokošín, Vladislav, Vývoj vědeckotechnické spolupráce členských zemí RVHP (Die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW), in: Oeconomica, Nr. 2/1971, S. 35 - 46.
- 64 Müller, Karel, Dělbá, kooperace a integrace ve vědě a technice (Arbeitsteilung, Kooperation und Integration in Wissenschaft und Technik), hg. v. ÚFS ČSAV, Prag 1972, 128 S.
- 65 Neustadt, Alois, Faktory tvorby cen na světových zbožových trzích (Faktoren der Preisbildung auf den Warenmärkten des Welthandels), hg. v. Kab. MDPSI am EÚ ČSAV, Prag 1972, 353 S.
- 66 Derselbe, u. a., Faktory tvorby cen materiálů a výrobků s vyšším stupněm finality na světovém socialistickém trhu (Faktoren der Preisbildung für Materialien und Produkte mit höherer Finalstufe auf dem sozialistischen Weltmarkt), hg. v. Kab. MDPSI am EÚ ČSAV, Prag 1973, 325 S.
- 67 Derselbe u. a., Světový socialistický trh v podmínkách socialistické ekonomické integrace (Der sozialistische Weltmarkt unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration), hg. v. Kab. MDPSI am EÚ ČSAV, Prag 1974, 269 S.
- 68 Novotný, Václav, u. a., K problematice hospodářského vývoje evropských socialistických zemí. Sborník statí (Zur Problematik der ökonomischen Entwicklung der europäischen sozialistischen Länder. Sammelband), Prag 1973, SPN, 273 S.
- 69 Derselbe, Stručný nástin vývoje zahraničního obchodu evropských socialistických zemí do roku 1960 (Kurzer Abriss der Entwicklung des Außenhandels der europäischen sozialistischen Länder bis 1960), in: ebenda, S. 202 - 236.
- 70 Derselbe, Některé tendence ve vývoji společenského produktu a národního důchodu evropských socialistických zemí po druhé světové válce (Einige Tendenzen in der Entwicklung des gesellschaftlichen Produkts und des National-einkommens in den europäischen sozialistischen Ländern seit dem zweiten Weltkrieg), in: ebenda, S. 131 - 171.
- 71 Nykryn, Jaroslav, Mezinárodní průmyslová kooperace (Internationale industrielle Kooperation), Prag 1973, SNTL/Alfa, 128 S.
- 72 Orlíček, Zdeněk / Angelis, Ivan, Československý zahraniční obchod (Der tschechoslowakische Außenhandel), hg. v. IZO, Prag 1971, 103 S.
- 73 Pleskot, Jozef, Ekonomická integrácia v socialistických krajinách (Die ökonomische Integration in den sozialistischen Ländern), Bratislava 1971, Ústredná ekonomická knižnica, 123 S.
- 74 Politická a hospodářská spolupráce Československa a Sovětského svazu (Die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen ČSSR und UdSSR), Prag 1973, SPN, 84 S.
- 75 Poznatky o souhrnných problémech dlouhodobého rozvoje národního hospodářství ČSSR. Souborný materiál o hlavních dosavadních výsledcích ekonomického výzkumu (Erkenntnisse über allgemeine Probleme der langfristigen Entwicklung der Volkswirtschaft der ČSSR. Zusammenfassendes Material über die wichtigsten bisherigen Ergebnisse der ökonomischen Forschung), hg. v.

- 76 Poznatty o zapojení ČSSR v socialistické ekonomické integraci zemí RVHP, Souborný materiál o hlavních dosavadních výsledcích ekonomického výzkumu (Erkenntnis über die Einbindung der CSSR in die sozialistische ökonomische Integration der RGW-Länder, Zusammenfassendes Material über die wichtigsten bisherigen Ergebnisse der ökonomischen Forschung), hg. v. REV ČSSR, Reihe F, Nr. 4/1973, 77 S.
- 77 Problematika zdokonalovania devízovo-finančných vzťahov v RVHP (Die Problematik der Verbesserung der Devisen-Finanzbeziehungen innerhalb des RGW), in: Ekonomické časopis, Nr. 3/1974, S. 199 - 210.
- 78 Příbýl, Václav, Charakteristika vývoje soustav plánování a řízení vnějších ekonomických vztahů členských států RVHP v letech 1950 - 1971 (Charakteristik der Entwicklung der Systeme von Planung und Leitung der zwischenstaatlichen ökonomischen Beziehungen der Mitgliedsstaaten des RGW in den Jahren 1950 - 1971), hg. v. Kab. MDPSI am EÜ ČSAV, Prag 1972, 245 S.
- 79 Příbýl, Václav / Chalupský, Zdeněk / Čížkovský, Milan, Problematika mechanismu vzájemné spolupráce a vnitřních ekonomických nástrojů vedoucích k dalšímu rozvoji československo-sovětské hospodářské a vědeckotechnické spolupráce (Problematik des Mechanismus der Zusammenarbeit und der inneren ökonomischen Hebel, die zu einer weiteren Entfaltung der tschechoslowakisch-sowjetischen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit führen), hg. v. VÚPŘ, Prag 1972, 120 S.
- 80 Příbýl, Václav / Stránská, Ludmila / Čížkovský, Milan, Socialistická integrace, rozvoj socialistické soustavy a vývoj národních hospodářství v dokumentech sjezdů komunistických a dělnických stran členských zemí RVHP (Die sozialistische Integration, die Entwicklung des Systems des Sozialismus und die Entfaltung der Volkswirtschaften in den Dokumenten der Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien der Mitgliedsstaaten des RGW), hg. v. Kab. MDPDI am EÜ ČSAV, Prag 1972, 107 S.
- 81 Příbýl, Václav / Štouračová, Judita, Řízení vnějších ekonomických vztahů v zemích RVHP (Die Leitung der zwischenstaatlichen ökonomischen Beziehungen in den RGW-Staaten), in: Politická ekonomie, Nr. 1/1974, S. 37 - 49.
- 82 Raček, Pavol, Obchodná spolupráca ČSSR so Zväzom sovietských socialistických republík (Die Zusammenarbeit zwischen ČSSR und UdSSR auf dem Gebiet des Handels), in: Ekonomické rozhl'ady, Nr. 6/1972, S. 16 - 59.
- 83 Rada vzájemné hospodářské pomoci - organizátorka rozvoje socialistické hospodářské integrace členských států RVHP (Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Organisator der Entfaltung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsstaaten des RGW), in: Revue průmyslu a obchodu, Nr. 6/1973, S. 10 - 123.
- 84 Rajchart, Miroslav, Spolupráce členských států RVHP v zemědělství (Die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten des RGW in der Landwirtschaft), hg. v. ZK der KPTsch, Prag 1974, 40 S.
- 85 Rosický, Bohumír, Vědecká spolupráce a koordinace vědeckovýzkumných prací zemí RVHP (Die wissenschaftliche Zusammenarbeit und die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten der Mitgliedsstaaten des RGW), in: Nová mysl, Nr. 11/1972, S. 1453 - 1462.
- 86 Rozvoj ekonomiky společenství RVHP a úloha Sovětského svazu (Die Entfaltung der Wirtschaft der Gemeinschaft des RGW und die Rolle der Sowjetunion), in: Politická ekonomie, Nr. 1/1974, S. 51 - 67.
- 87 Rusmich, Ladislav, Funkce Mezinárodní banky hospodářské spolupráce a Mezinárodní investiční banky v mechanismu řízení procesu socialistické ekonomické integrace (Die Funktion der Internationalen Bank für wirtschaftliche Zu-

- sammenarbeit und der Internationalen Investitionsbank im Mechanismus der Leitung des Prozesses der sozialistischen ökonomischen Integration), hg. v. Kab. MDPSI am EÚ ČSAV, Prag 1973, S. 77 - 121.
- 88 Ríha, Ladislav, Mezinárodní vědeckotechnická integrace (Die internationale wissenschaftlich-technische Integration), in: Nová mysl, Nr. 1/1971, S. 53 - 60.
- 89 Derselbe, Vědeckotechnická integrace (Die wissenschaftlich-technische Integration), in: Nová mysl, Nr. 2/1972, S. 246 - 256.
- 90 Serbusová, Miroslava, Komplexní socialistická ekonomická integrace. Výběrová bibliografie (Die komplexe sozialistische ökonomische Integration. Auswahlbibliographie), hg. v. d. Staatlichen wissenschaftlichen Bibliothek Hradec Králové, Hradec Králové 1972, 78 S.
- 91 Sereghyová, Jana, Informace o vybraných problémech plánování vnějších ekonomických vztahů (Informationen über ausgewählte Probleme der Planung der zwischenstaatlichen ökonomischen Beziehungen), hg. v. EÚ ČSAV, Prag 1972, 48 S.
- 92 Dieselbe, Institucionální a smluvní podmínky obchodu s vybranými socialistickými státy (Institutionelle und vertragliche Voraussetzungen für den Handel mit ausgewählten sozialistischen Staaten), hg. v. IZO, T. 1: Prag 1972, 102 S; T. 2: Prag 1972, S. 103 - 187.
- 93 Dieselbe, Smluvní základy výměny zboží mezi socialistickými státy a jejich vazba na plán zahraničního obchodu (Die vertraglichen Grundlagen für den Warenaustausch zwischen den sozialistischen Staaten und ihre Bindung an den Plan für den Außenhandel), hg. v. EÚ ČSAV, Prag 1972, 29 S.
- 94 Socialistická ekonomická integrace. Bibliografická rešerše (Die sozialistische ökonomische Integration. Bibliographische Recherchen), in: Politická ekonomie, Nr. 1/1974, S. 76 - 88.
- 95 Socialistická ekonomická integrace členských států RVHP (Die sozialistische ökonomische Integration der Mitgliedsstaaten des RGW), in: Revue průmyslu a obchodu, Nr. 2/1972, S. 8 - 90.
- 96 Stehlík, Jiří, Přírodní zdroje světového hospodářství (Die Natur-Ressourcen der Weltwirtschaft), hg. v. VŠE, Kab. HD, Prag 1972, 69 S.
- 97 Stránská, Ludmila, Specifické rysy mezinárodní analytické a prognostické činnosti a její funkce v rámci spolupráce zemí RVHP v oblasti plánovací činnosti (Spezifische Züge der internationalen analytischen und prognostischen Tätigkeit und ihre Funktion im Rahmen der Zusammenarbeit der RGW-Staaten auf dem Gebiet der Planungstätigkeit), hg. v. EÚ ČSAV, Prag 1974, 80 S.
- 98 Dieselbe, Vývoj názorů sovětských ekonomů na otázky hospodářské spolupráce a ekonomické integrace socialistických zemí (Die Entwicklung der Anschauungen sowjetischer Ökonomen zu den Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit und der ökonomischen Integration der sozialistischen Staaten), hg. v. Kab. MDPSI am EÚ ČSAV, Prag 1972, 124 S.
- 99 Svačina, Vladislav, Analýza stavu a vývoje ekonomiky SSSR jako součásti vnějších podmínek ekonomického rozvoje ostatních členských zemí RVHP (Analyse des Standes und der Entwicklung der Wirtschaft der UdSSR als Teils der äußeren Bedingungen für die ökonomische Entwicklung der anderen Mitgliedsstaaten des RGW), hg. v. Kab. MDPSI am EÚ ČSAV, Prag 1973, 94 S.
- 100 Štěpánek, Jiří, Československo a hospodářská spolupráce se socialistickými zeměmi (Die Tschechoslowakei und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern), Prag 1970, Svoboda, 211 S.
- 101 Derselbe, Dvacet pět let RVHP (25 Jahre RGW), in: Mezinárodní vztahy, Nr. 1/1974, S. 3 - 15.

- 102 Derselbe, Ekonomický vývoj členských států RVHP a jeho perspektivy (Die ökonomische Entwicklung der Mitgliedsstaaten des RGW und ihre Perspektiven), in: Obchodně politické zpravodajství, Nr. 7/1972, S. 3 - 28.
- 103 Derselbe, Integrace EHS a RVHP (Die Integration in der EWG und im RGW), in: Mezinárodní vztahy, Nr. 1/1973, S. 70 - 78.
- 104 Derselbe, RVHP a socialistická integrace (Der RGW und die sozialistische Integration), Prag 1974, Horizont, 275 S.
- 105 Štolba, Antonín, Socialistická mezinárodní dělba práce v podmínkách ekonomické integrace členských států RVHP (Die sozialistische internationale Arbeitsteilung unter den Bedingungen der ökonomischen Integration der Mitgliedsstaaten des RGW), Prag/Vyšehrad 1972, 58 S.
- 106 Tauchman, Josef, K problému optimalizace národohospodářských struktur v podmínkách socialistické ekonomické integrace (Zum Problem der Optimierung der volkswirtschaftlichen Strukturen unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration), in: Politická ekonomie, Nr. 2/1972, S. 97 - 103.
- 107 Derselbe, K teorii specializace národohospodářského komplexu (Zur Theorie der Spezialisierung des volkswirtschaftlichen Komplexes), in: Politická ekonomie, Nr. 1/1974, S. 29 - 36.
- 108 Derselbe, Nástin teorie ekonomického komplexu ve světové ekonomice (Abriß einer Theorie des ökonomischen Komplexes innerhalb der Weltwirtschaft), Prag 1971, Academia, 300 S.
- 109 Derselbe, Podstata a cíle socialistické ekonomické integrace ve světle pražského zasedání RVHP (Wesen und Ziele der sozialistischen ökonomischen Integration im Lichte der Prager Tagung des RGW), in: Zahraniční obchod, Nr. 1/1974, S. 5 - 7.
- 110 Derselbe, Specializace a postavení národního hospodářství v mezinárodním ekonomickém vztahu s ilustrací na příkladu ČSSR (Spezialisierung und Stellung der Volkswirtschaft in den internationalen ökonomischen Beziehungen mit Illustration am Beispiel der ČSSR), hg. v. Kab. MDPSI am EÜ ČSAV, Prag 1973, 53 S.
- 111 Derselbe, Specializace národního hospodářství jako specifického subjektu ve světové ekonomice (Die Spezialisierung der Volkswirtschaft als spezifisches Subjekt in der Weltwirtschaft), hg. v. EÜ ČSAV, Prag 1973, 148 S.
- 112 Vachel, Jan, Cesty a výsledky hospodářské spolupráce a socialistické ekonomické integrace členských států RVHP (Wege und Ergebnisse der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsstaaten des RGW), Prag 1973, Svoboda, 55 S.
- 113 Válek, Vratislav, Finančně devizové vztahy a budování mezinárodních hospodářských organizací v rámci RVHP (Devisen-Finanzbeziehungen und der Aufbau internationaler Wirtschaftsorganisationen im Rahmen des RGW), hg. v. VÚFÚS, Prag 1973, 97 S.
- 114 Vědeckotechnická spolupráce mezi ČSSR a SSSR (Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen ČSSR und UdSSR), in: Obchodně politické zpravodajství, Nr. 10/1973, S. 3 - 29.
- 115 Vlna, Stanislav, Význam Rady vzájemné hospodářské pomoci pro rozvoj ekonomiky Československé socialistické republiky (Die Bedeutung des RGW für die Entwicklung der Wirtschaft der ČSSR), hg. v. ZK der KPTsch, Prag 1974, 62 S.
- 116 Derselbe, Zásady a metody činnosti RVHP (Grundsätze und Methoden der Tätigkeit des RGW), in: Nová mysl, Nr. 1/1974, S. 37 - 45.

- 117 Wacker, Vladimír, u. a., Rozvoj socialistické ekonomické integrace (Die Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration), Prag 1972, Horizont, 96 S.
- 118 Základní dohody o dvoustranné hospodářské a vědeckotechnické spolupráci, Dohody o zřízení mezinárodních hospodářských organizací (Grundlegende Vereinbarungen über bilaterale wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Vereinbarungen über die Einrichtung zwischenstaatlicher Wirtschaftsorganisationen), hg. v. ČSOK, Prag 1973, 198 S.
- 119 Základní dokumenty RVHP. Komplexní program dalšího prohlubování a zdokonalování spolupráce a rozvoje socialistické ekonomické integrace členských států RVHP (Grundlegende Dokumente des RGW. Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Verbesserung der Zusammenarbeit sowie der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsstaaten des RGW), hg. v. ČSOK, Prag 1973, 184 S.
- 120 Základní smlouvy světové socialistické soustavy, evropská část (Grundlegende Vereinbarungen des sozialistischen Weltsystems, europäischer Teil), hg. v. Jitka Lukešová u. Karel Herman, Prag 1972, Horizont, 289 S.
- 121 Základní vybrané dokumenty RVHP (Ausgewählte grundlegende Dokumente des RGW), Prag 1973, SPN, T. 1: 177 S.; T. 2: 265 S.
- 122 Zeman, Karel, Investice jako faktor ekonomického růstu průmyslové produkce v ČSSR a členských zemích RVHP (Die Investitionen als Faktor des ökonomischen Wachstums der industriellen Produktion in der ČSSR und in den Mitgliedsstaaten des RGW), hg. v. VÚPŘ, Prag 1973, 211 S.
- 123 Derselbe, Porovnání veličin společenského produktu ČSSR a vybraných zemí a mezinárodních společenství (Vergleich der Größe des gesellschaftlichen Produkts der ČSSR und ausgewählter Länder sowie der internationalen Gemeinschaften), hg. v. Kab. MDPSI am EÜ ČSAV, Prag 1973, 101 S.
- 124 Spolupráce států RVHP v oblasti plánovací činnosti (Teoretické základy). Československo-sovětský kolektiv za redakce J. S. Širjajeva, J. Tauchmana, N. V. Bautiny, Z. Chalupského, S. M. Jovčuga (Die Zusammenarbeit der Staaten des RGW auf dem Gebiet der Planungstätigkeit [Theoretische Grundlagen], tschechoslowakisch-sowjetisches Kollektiv u. d. Redaktion v. J. S. Širjajev, J. Tauchman, N. V. Bautina, Z. Chalupský, S. M. Jovčug, Prag 1975, Academia, 226 S.

Verzeichnis der tschechischen und slowakischen
Abkürzungen

ČSAV	- Československá akademie ved (Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften)
ČSI	- Československo-sovětský institut (Tschechoslowakisch-sowjetisches Institut)
ČSOK	- Československá obchodní komora (Tschechoslowakische Handelskammer)
ČTK	- Československá tisková kancelář (Tschechoslowakischer Pressedienst)
EÜ	- Ekonomický ústav (Ökonomisches Institut)
FMF	- Federální ministerstvo financí (Föderales Ministerium der Finanzen)
FMZO	- Federální ministerstvo zahraničního obchodu (Föderales Ministerium für Außenhandel)
FMZV	- Federální ministerstvo zahraničních věcí (Föderales Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten)
IZO	- Institut zahraničního obchodu (Institut für Außenhandel)
Kab. HD	- Kabinet hospodářských dějin (Kabinett für Wirtschaftsgeschichte)
Kab. MDPSI	- Kabinet mezinárodní dělby práce a socialistické integrace (Kabinett für internationale Arbeitsteilung und sozialistische Integration)
REV	- Rada ekonomického výzkumu ČSSR (Rat für ökonomische Forschung der ČSSR)
RVHP	- Rada vzájemné hospodářské pomoci (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe)
SAV	- Slovenská akadémia vied (Slowakische Akademie der Wissenschaften)
SNTL	- Státní nakladatelství technické literatury (Staatsverlag für technische Literatur)
SPK	- Státní plánovací komise (Staatliche Plankommission)
SPN	- Státní pedagogické nakladatelství (Staatlicher Pädagogischer Verlag)
ÚFS	- Ústav pro filosofii a sociologii (Institut für Philosophie und Soziologie)
ÚSE	- Ústav světové ekonomiky (Institut für Weltwirtschaft)
UVTEI	- Ústředí vědeckých, technických a ekonomických informací (Zentralstelle für wissenschaftliche, technische und ökonomische Informationen)

- ÚVTR - Ústav pro ekonomiku a řízení vědockotechnického rozvoje při federálním ministerstvu pro technický a investiční rozvoj (Institut für Ökonomik und Leitung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung beim Föderalen Ministerium für technische und Investitionsentwicklung)
- VŠE - Vysoká škola ekonomická (Hochschule für Ökonomie)
- VÚPŘ - Výzkumný ústav plánování a řízení národního hospodářství (Forschungsinstitut für Planung und Leitung der Volkswirtschaft)
- VÚZO - Výzkumný ústav pro zahraniční obchod (Forschungsinstitut für Außenhandel)
- VÚFÚS - Výzkumný ústav finanční a úvěrové soustavy (Forschungsinstitut für das Finanz- und Kreditsystem)

(Übersetzt von Günther Jarosch)

Beitrag zur Geschichte der

ZUR VORBEREITUNG UND AUSWERTUNG DES VI. PARTEITAGES DER SED DURCH DIE MAGDEBURGER MASCHINENBAUER

von Hans Otto Gericke

Zu Beginn der sechziger Jahre waren in der DDR die Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus im wesentlichen gelöst. Die Partei der Arbeiterklasse mußte daher die strategische Linie der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR erarbeiten. Sie löste diese Aufgabe nach dem 13. August 1961 mit der Erarbeitung des Entwurfs eines neuen Parteiprogramms, der von der 17. Tagung des ZK der SED (Oktober 1962) zur öffentlichen Diskussion vorgelegt wurde. Nach gründlicher Beratung wurde das neue Parteiprogramm durch den VI. Parteitag (Januar 1963) angenommen. Das Programm stellte weitreichende Aufgaben. "Die zentrale Aufgabe auf ökonomischem Gebiet bestand darin", wie es im 1974 erschienenen Grundriß heißt, "von den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus ausgehend, die Wirtschaft der DDR auf der Grundlage des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik zu gestalten und zu einem immer festeren Glied des sozialistischen Weltwirtschaftssystems zu entwickeln."¹

Damit wurde begonnen, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß in den sechziger Jahren die Intensivierung der Produktion in allen sozialistischen Staaten immer mehr für den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung ausschlaggebend geworden war.²

Nachdem sich das sozialistische Weltsystem zum entscheidenden Faktor in der Welt entwickelt hatte und auch in der DDR die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt hatten, ging es vorrangig darum, die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung zum Nutzen aller Werktätigen allseitig auszubauen. Das erforderte unter den neuen Bedingungen mehr und mehr die konsequente Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, die verstärkte Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie die systematische Beachtung von hoher Qualität und niedrigen Kosten der Produktion.

- 1 Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, Berlin 1974, S. 696; vgl. auch Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (im folgenden: Dokumente), Bd. 9, Berlin 1965, S. 171 ff.
- 2 Vgl. u. a. Glesermann, G. J., Der historische Materialismus und die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, 2. Aufl. Berlin 1973, S. 233 ff.; Probleme der Intensivierung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, Berlin 1974 = Forschungsberichte des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR, Nr. 6, S. 10 f., 18. f., 148; Kanzig, Helga / Reißig, Karl, Zur Geschichte der DDR vom Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bis zum VIII. Parteitag der SED, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, Nr. 9/1974, S. 772.

Der spezifische Beitrag des Maschinenbaues zu dieser wirtschaftspolitischen Orientierung bestand in der Bereitstellung hochleistungsfähiger Maschinen und Ausrüstungen, die entscheidend dazu beitragen konnten, in allen Bereichen der Volkswirtschaft die vom Parteitag geforderte Steigerung der Arbeitsproduktivität durchzusetzen. Insbesondere kam es auf leistungsstarke, weltmarktfähige Erzeugnisse mit günstigen Kostensätzen an, die zugleich den Bedürfnissen der RGW-Partner entsprachen und darüber hinaus geeignet waren, in kapitalistischen Staaten devisengünstig abgesetzt zu werden.³

Zu Beginn der sechziger Jahre wurde fast ein Viertel der Erzeugnisse des Schwermaschinenbaues der DDR im Bezirk Magdeburg produziert, wobei einige Großbetriebe in der Bezirkshauptstadt davon den entscheidenden Anteil lieferten. Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich auf die VEB Schwermaschinenbau "Ernst Thälmann" (ETW), Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht" (SKL), Schwermaschinenbau "Georgi Dimitroff" (GDW), Förderanlagen "7. Oktober", sowie Meßgeräte- und Armaturenwerk "Karl Marx" (MAW). (Siehe Tabelle 1.)

Wie die Übersicht zeigt, hatten diese fünf Betriebe entscheidenden Einfluß auf die Durchsetzung der vom VI. Parteitag der SED gestellten wirtschaftlichen Aufgaben. Ihr Beitrag bestand vor allem in der Bereitstellung von Ausrüstungen für die damaligen Schwerpunkte des sozialistischen Aufbaues, nämlich Ausrüstungen für die Großbaustellen der Chemie in Schwedt, Leuna II, Lützkendorf und andere, für den Ausbau der Energiebasis im Lausitzer Raum (Lübbenau, Vetschau, Schwarze Pumpe), den Ausbau der zweiten Verarbeitungsstufe der metallurgischen Industrie in Finow, Riesa, Hettstedt und im Eisenhüttenkombinat Ost, sowie in einer entscheidenden Vertiefung der Zusammenarbeit und sozialistischen Arbeitsteilung mit den Handelspartnern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Im Jahre 1963 waren 41 Prozent der Exportleistungen des Bezirkes Erzeugnisse des Schwermaschinenbaues. Besonders das Ernst-Thälmann-Werk hatte mit zirka 80 Prozent seiner Erzeugnisse einen sehr hohen Exportanteil. Davon gingen zeitweise bis zu 90 Prozent auf die Großbaustellen des Kommunismus in der UdSSR. Einige Betriebe begannen in jenen Jahren innerhalb des RGW die Leitfunktion für die Herstellung bestimmter Erzeugnisse auszuüben, die der DDR im Rahmen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung übertragen worden war. Vor allem das Ernst-Thälmann-Werk ist hier als Leitbetrieb für die Walzwerkserzeugnisse zu nennen.

Damit stellten die fünf Magdeburger Großbetriebe des Maschinenbaues mit ihrer vielseitigen volkswirtschaftlichen Bedeutung sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht den entscheidenden industriellen Schwerpunkt des Bezirkes dar. Die Bezeichnung "Magdeburg - Stadt des Schwermaschinenbaues" hat so ihre volle Berechtigung.

Mit dieser Konzentration des Maschinenbaues, insbesondere des Schwermaschinenbaues, wurde die Stadt gleichzeitig zu einem ausgesprochenen Konzentrationspunkt der Arbeiterklasse. Das zeigen die Beschäftigtenzahlen vom Beginn der sechziger Jahre. (Siehe Tabelle 2.)

Allein in den fünf führenden Großbetrieben, darunter dem größten Maschinenbaubetrieb der Republik überhaupt, arbeiteten mehr als 33 000 Arbeitskräfte. Diese gewaltigen Potenzen schöpferischer menschlicher Produktionskraft mußten auf die entscheidenden Aufgaben gelenkt werden. Berücksichtigt man, daß durch-

3 Vgl. Dokumente, a. a. O., S. 287 f.

Tabelle 1

Übersicht über die volkswirtschaftliche Bedeutung der fünf Magdeburger Großbetriebe des Maschinenbaues um 1963/64

Betrieb	Haupterzeugnisse	Volkswirtschaftliche Bedeutung
<u>Schwermaschinenbau:</u>		
ETW	Walzwerksausrüstungen, Kabel- u. Verseilmaschinen, Brech- u. Kassieranlagen, metallurgische Krane, Ölpresen, Zementanlagen (auslauf.)	- Beitrag zur Vertiefung der Arbeitsteilung des RGW (Leitbetrieb für Walzwerke) - Ausbau der zweiten Verarbeitungsstufe der metall. Industrie der DDR - Ausbau der Kabel- u. Reifenindustrie - weitere Exporte
SKL	Schiffsdieselmotoren, Elektrostationen mit Dieselantrieb, Chemieanlagen	- Beitrag zur Vertiefung der Arbeitsteilung des RGW - Schiffsdieselmotoren für die Werften der DDR - Ausrüstung von Großbaustellen der Chemie (Schwedt, Leuna II u. a.) - weitere Exporte
GDW	Abraumgroßbagger für Tagebaue, Druckgasgeneratoren, Torfbrikettfabriken	- Ausrüstungen neuer Tagebaue, vor allem in der Lausitz - Ausrüstungen für Schwarze Pumpe - Export
"7. Oktober"	Gurtbandförderer, Schwingförderer, dieselelekt. Raupendrehkrane	- Mechanisierungsmittel für Kraftwerke, Kali- und Zementindustrie - Export
<u>Allgemeiner Maschinenbau:</u>		
MAW	Armaturen, Meß- und Regelgeräte.	- Ausrüstungen für Großbaustellen der Chemie (Schwedt, Leuna II u. a.) - Ausrüstungen neuer Großkraftwerke - Export

Tabelle 2

Durchschnittliche Beschäftigungszahlen der Großbetriebe des Magdeburger Maschinenbaues

Betrieb	Arbeitskräfte
VEB Schwermaschinenbau "Ernst Thälmann"	11 800
VEB Meßgeräte- u. Armaturenwerk "Karl Marx"	9 100
VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht"	7 700
VEB Schwermaschinenbau "Georgi Dimitroff"	3 000
VEB Förderanlagen "7. Oktober"	1 500

schnittlich jeder vierte Werk tätige dieser fünf Großbetriebe Kandidat bzw. Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war, gewinnt man eine erste Vorstellung von den Möglichkeiten der Betriebsparteiorganisationen zur Mobilisierung aller Werk tätigen in den industriellen Schwerpunktbetrieben. Mit welcher Zielstrebigkeit und Konsequenz die von der Parteiführung gestellten neuen Aufgaben in den Betrieben verwirklicht wurden, hing entscheidend davon ab, in welchem Umfang und mit welchem Nachdruck die Betriebsparteiorganisationen ihrer Führungsrolle gerecht wurden. Das war zugleich der entscheidende Grund dafür, daß sich die Kraft der Bezirksparteiorganisation bei der Anleitung der Parteiarbeit besonders auf diese Großbetriebe richtete.

Wie die Wirtschaftspolitik der Partei in den fünf Magdeburger Großbetrieben von den mehr als 33 000 Werk tätigen unter Führung der Partei durchgesetzt wurde, wie sich also in der Führungsarbeit der Parteiorgane die Einheit von Politik, Ökonomie und Ideologie konkret-historisch verwirklichte, soll in den folgenden Ausführungen für die Zeit der Vorbereitung und Auswertung des VI. Parteitag es der SED dargelegt werden.

Der Kampf um die Durchsetzung der neuen Aufgabenstellungen begann bereits, als die 17. Tagung des Zentralkomitees der SED im Oktober 1962 den Entwurf des neuen Parteiprogrammes zur Diskussion gestellt hatte und die Büromaschinenbauer von Sömmerda alle Werk tätigen der Republik aufriefen, sich zu Ehren des Parteitages im Wettbewerb auf die neuen Schwerpunkte zu orientieren. Die Bezirksleitung Magdeburg beriet die neuen Aufgaben auf ihrer 3. Sitzung am 16. Oktober 1962. Sie gab allen Parteiorganisationen der Industriebetriebe den Auftrag, ihre Arbeit sofort auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität mit Hilfe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, auf die Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse sowie auf die Senkung der Kosten zu konzentrieren.⁴ Die Großbetriebe des Maschinenbaues erhielten den Hinweis, den Wettbewerb nach dem Beispiel von Sömmerda, auf den für sie entscheidenden Schwerpunkt gerichtet, zu organisieren. Die Parteileitungen sollten in allen Industriezweigen Beispiele schaffen, die auf den ganzen Zweig übertragen werden konnten. Die Bezirksleitung der SED bildete eine Arbeitsgruppe für die Anleitung der Betriebsparteiorganisation des Ernst-Thälmann-Werkes. Zur Verwirklichung der Gedanken des 17. Plenums des ZK der SED waren drei Schwerpunkte für ihre Arbeit fixiert worden:

⁴ Bezirksparteiarchiv der Bezirksleitung Magdeburg der SED (im folgenden: BPAM), IV/2/1/42.

- die schon auf der 9. Tagung des ZK der SED (Juli 1960) erhobene Forderung zu realisieren, die Walzgeschwindigkeit der in Entwicklung begriffenen Walzwerkstypen so zu erhöhen, daß sie die bisher führenden Erzeugnisse übertreffen;
- für das zweite Haupterzeugnis des Werkes, die Schnellverseilmaschinen, 1963 das Gütezeichen "Q" zu erlangen;
- bis zum Jahresende die allseitige Planerfüllung des Betriebes zu sichern.

Bei der Lösung ähnlicher Aufgaben in den übrigen Schwermaschinenbaubetrieben sollte die Stadtleitung der SED Magdeburg anleiten. Zum Beispiel ging es um die Sicherung der Importunabhängigkeit bei speziellen Armaturen für die Chemie- und Energiegroßbauten durch das Karl-Marx-Werk, um verbesserte Eigenschaften einiger Dieselmotorentypen des Karl-Liebknecht-Werkes und um die Standardisierung von Baugruppen bei Eimerkettenbaggern des Georgi-Dimitroff-Werkes.

Stadt- und Bezirksleitung der SED setzten so erste Maßstäbe, wie die Beschlüsse der 17. Tagung des ZK der SED in den Maschinenbaubetrieben umzusetzen waren. Die Verwirklichung dieser Ziele machte zunächst eine umfangreiche ökonomische Propaganda erforderlich. Das Ernst-Thälmann-Werk wirkte hier wie bei der Lösung vieler anderer Aufgaben als Vorbild. In einigen fortgeschrittenen Kollektiven des Werkes hatte der Aufruf der Büromaschinenbauer dank der Aktivität verantwortungsbewußter Mitglieder der SED bereits unmittelbar Impulse zu neuen Wettbewerbsverpflichtungen gegeben, über die in der Betriebszeitung "Aktivist" im Oktober ausführlich berichtet wurde. Sie schufen für das Werk die Beispiele, auf deren Grundlage am 7. November 1962 die "Antwort der Thälmannwerker ..." auf den Aufruf der Sömmerdaer entstand.⁵ Der Aufruf an alle Betriebsangehörigen ging von der Erläuterung ihrer Verantwortung für die gesamte Volkswirtschaft und die sozialistische Zusammenarbeit aus. Es gelang der Betriebsparteiorganisation, die von der 3. Bezirksleitungssitzung gestellten Aufgaben zum entscheidenden Inhalt der neuen Wettbewerbsbeschlüsse zu machen. Bedeutsam war die Orientierung, durch die zügige Erfüllung des Planes Neue Technik die Voraussetzungen zu schaffen, damit das Jahr 1962 planschuldenfrei abgeschlossen werden konnte. Den Exportverpflichtungen gegenüber den sozialistischen Staaten wurde dabei als Ausdruck des proletarischen Internationalismus besondere Aufmerksamkeit beigemessen.⁶

Der Aufruf der Thälmann-Werker wurde durch eine detaillierte Konzeption zur Führung des Wettbewerbs ergänzt, in der unter anderem alle vorgesehenen technischen, technologischen und arbeitsorganisatorischen Aufgaben der nächsten Monate genau ausgewiesen waren. Damit war es unter Führung der Parteiorganisation gelungen, die von der Parteiführung gewiesene Linie für dieses Werk vorbildlich zu konkretisieren. Der Arbeitskreis Maschinenbau der Stadtleitung der SED beschloß in Zusammenarbeit mit der Bezirksleitung Mitte November, den Aufruf als Beispiel für andere Maschinenbaubetriebe des Bezirks zu betrachten.

Die Parteileitung des Ernst-Thälmann-Werkes erkannte, daß mit der Bestimmung und Formulierung der Aufgaben und den entsprechenden staatlichen Maßnahmen allein noch kein Durchbruch erzielt werden konnte. Sie veranlaßte daher die genaue Aufschlüsselung des Planes bis zum Jahresende auf alle Brigaden und Meisterbereiche und die Durchführung täglicher Plankontrollen. Ihre Hauptaufgabe sah sie

⁵ Aktivist, 16. 11. 1962; vgl. auch BPAM, IV/A-2/6/362.

⁶ Ebenda.

jedoch in der Leitung der ideologischen Arbeit zur Mobilisierung der Menschen für diese Ziele sowie in der Auseinandersetzung mit Unklarheiten.⁷

Partei- und Gewerkschaftsversammlungen im November und Dezember widmeten sich der Beratung der neuen Aufgaben nach dem 17. Plenum. Es kam darauf an, daß jeder Werktätige erfuhr, welche konkreten Aufgaben an seinem Arbeitsplatz für 1963 zu lösen waren, insbesondere bei der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Besonders vorbildlich geschah das in der Meisterschaft des Genossen S. Landa (Karusselldreherei des Betriebsteiles 13), die bereits 1961/1962 während des Produktionsaufgebotes den Durchbruch in der Mehrmaschinenbedienung für das Ernst-Thälmann-Werk erzielt hatte.⁸ Nachdem zuerst die Parteigruppe ihre Vorstellungen erarbeitet hatte, wurden diese in einer Gewerkschaftsversammlung mit allen Kollegen beraten. Mit der weiteren Durchsetzung der Mehrmaschinenbedienung in der Karusselldreherei wurde die Arbeit im November so organisiert, daß der Plan erfüllt wurde und noch drei Kollegen einer Engpaßabteilung zur Verfügung gestellt werden konnten. Jeder Kollege erfuhr, was an seinem Arbeitsplatz bis zum Jahresende noch zu fertigen war, was also von seiner täglichen Arbeit abhing. Für entscheidende Positionen erfolgte eine tägliche Plankontrolle. Natürlich gab es zunächst Bedenken und Vorbehalte. Auch in diesem fortgeschrittenen Kollektiv waren zahlreiche Aussprachen notwendig, um einigen Kollegen klarzumachen, daß die kontinuierliche Steigerung der Arbeitsproduktivität eine unerläßliche Voraussetzung zur ständigen Verbesserung der Lebensverhältnisse ist. Die letzten Zweifel über die technisch-organisatorische Realisierbarkeit der Pläne zerstoßen, als schließlich die ersten Erfolge sichtbar wurden.

Statt der für November im Betriebsteil geplanten Warenproduktion von 5,1 Millionen Mark wurden 6 Millionen Mark erreicht. So widerlegten die Werktätigen überzeugend die Meinung mancher Wirtschaftsfunktionäre, der Plan sei zu hoch angelegt gewesen. Dabei hatten einige Umstände die ideologische Arbeit der Parteigruppe unter den Kollegen sehr belastet und erschwert. Es gab damals außerordentliche Schwierigkeiten bei der termin- und qualitätsgerechten Zulieferung von Getrieben aus Leipzig. Das führte unter anderem dazu, daß fast fertige Maschinen nicht ausgeliefert werden konnten. Eine sofortige Abhilfe war nicht möglich. Dennoch unternahmen die Kollegen der Meisterschaft alles in ihren Kräften Stehende für die volle Planerfüllung der Eigenleistungen.

Bei dem Bemühen der Betriebsparteiorganisationen, alle Werktätigen für die Durchführung der neuen Wettbewerbsbeschlüsse zu gewinnen, tauchten überall viele Fragen und ideologische Probleme auf, die einer allseitigen Mobilisierung der Kräfte zunächst im Wege standen. Im Ernst-Thälmann-Werk mußte sich die Partei zum Beispiel mit dem Standpunkt vieler Kollektive auseinandersetzen, daß der Weltstand der Erzeugnisse mit den technischen Möglichkeiten des Werkes nicht zu erreichen sei, dazu wären zunächst umfangreiche Investitionen erforderlich; oder die Erreichung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sei allein eine Angelegenheit der Intelligenz.⁹ Ähnliche Fragen und Unklarheiten gab es auch in den anderen Magdeburger Großbetrieben.

7 BPAM, IV/A-2/6/362.

8 Aktivist, 18. 1. 1963, S. 3; BPAM, IV/1/14.

9 BPAM, IV/A-2/6/362.

In der ideologischen Arbeit kam es darauf an, nicht nur schlechthin Klarheit über die Perspektiven des Sozialismus in der Welt und in der DDR zu schaffen, sondern über die Wege, auf denen die einmal gewonnene Bereitschaft der Werktätigen zur Stärkung der Republik optimal wirksam werden konnte.

Die wichtigste Aufgabe der ökonomischen Propaganda bestand damals in der Verbreitung der Erkenntnisse unter den Massen der Werktätigen, welche große Bedeutung die Weltmarktfähigkeit unserer Erzeugnisse sowohl für die Stärkung des ökonomischen Potentials der sozialistischen Staatengemeinschaft als auch für die beabsichtigten Exporte in kapitalistische Staaten hat. Gerade im Kampf um eine höhere Qualität der Erzeugnisse galt es, viele ideologische Fragen zu klären.¹⁰ Einige resultierten aus Selbstzufriedenheit mit dem erreichten Stand, solange der Absatz gesichert schien. So berichtete ein Genosse aus dem Karl-Liebknecht-Werk auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der SED im Dezember 1962, daß nicht wenige Werktätige seines Betriebes unzureichend den Kampf um hohe Qualität und wissenschaftlich-technischen Fortschritt führten, weil der langjährig gesicherte Absatz ihrer Erzeugnisse in die UdSSR sie zu falschen Schlußfolgerungen verleitet hatte. Es kam aber gerade darauf an, das Verantwortungsbewußtsein jedes Werktätigen im Sinne des proletarischen Internationalismus zu entwickeln, für die sozialistischen Handelspartner stets Erzeugnisse in bester Qualität zu liefern, die den neuesten Erkenntnissen entsprechen.¹¹

Auch im Karl-Marx-Werk hatte es in den Parteiversammlungen Diskussionen über diese Fragen gegeben. Allerdings hatten die Genossen dieses Werkes zu diesem Zeitpunkt bereits selbst erkennen müssen, daß sie ihren internationalistischen Verpflichtungen eben nicht voll gerecht wurden, wenn sie ihren sozialistischen Handelspartnern nach wie vor zwei Jahrzehnte alte Konstruktionen anboten, ohne dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt Rechnung getragen zu haben.¹²

Der Kampf um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt war also nicht nur eine technisch-organisatorische Frage. Dazu gehörte gleichermaßen eine umfassende ideologische Arbeit, die von den Betriebsparteiorganisationen geleitet wurde. Besonders kam es auf die Propagierung des Neuen im Wettbewerb an, denn das Erfassen der neuen Schwerpunkte bereitete teilweise Schwierigkeiten. So berichtete ein Delegierter des Karl-Marx-Werkes auf der bereits genannten Bezirksdelegiertenkonferenz über Genossen, die sich immer noch auf Verpflichtungen beschränkten, gut und pünktlich zu arbeiten, monatlich Solidaritätsmarken zu kleben, Arbeitsstunden im Nationalen Aufbauwerk zu leisten, Mitglieder für die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft zu werben und ähnliches, und die davon überzeugt waren, ihrer Rolle als Vorbild damit gerecht zu werden. So gut und nützlich diese Aufgabenstellungen im einzelnen sein mochten, entsprachen sie dennoch nicht den vom 17. Plenum gewiesenen neuen Schwerpunkten der wirtschaftspolitischen Arbeit.¹³ Darum war es von großer Bedeutung, daß sich die Genossen in den Parteiversammlungen im November damit beschäftigten, die entscheidenden Schwerpunkte der einzelnen Kollektive zu fixieren.

Die Diskussion dieser und weiterer ideologischer Probleme durch die Parteileitungen war die Voraussetzung für eine zielstrebige Arbeit zur Überwindung hem-

10 Vgl. Tiedke, K., Wissenschaftlich-technischer Höchststand erfordert zielstrebige ideologische Arbeit, in: Neuer Weg, Nr. 1/1963, S. 3 f.

11 BPAM, IV/1/14.

12 Ebenda, IV/1/15.

13 Ebenda.

mender ideologischer Positionen. Die Klärung mancher Fragen war nur in einem langwierigen Prozeß möglich, der die Aufmerksamkeit der Partei Monate oder gar Jahre in Anspruch nahm.

Die ersten Ergebnisse der Wettbewerbsinitiativen konnten auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der SED im Dezember 1962 ausgewertet werden.¹⁴ Seit der ersten Tagung im Juni 1962 gab es viele Fortschritte zu verzeichnen. Dazu gehörte vor allem die anhaltend schnelle Steigerung der Arbeitsproduktivität um 10 Prozent gegenüber 1961 bei nur 0,8 Prozent Erhöhung des Durchschnittslohnes, also hervorragende Ergebnisse in der letzten Phase des Produktionsaufgebotes und im neuen Wettbewerb. Aber im Kampf um die volle Planerfüllung gab es weiterhin Schwierigkeiten, obwohl der Exportplanrückstand im November um 7 Millionen Mark verringert werden konnte. Wenn sich 93 Prozent der Exportrückstände des Bezirkes auf den Stadtbezirk Magdeburg-Südost konzentrierten, so lag das fast ausnahmslos an den Großbetrieben des Maschinenbaues. Allein die Thälmann-Werker hatten noch einen Rückstand von 13,2 Millionen Mark bis zum Jahresende abzubauen. Kritische Worte fielen aber auch über die Rückstände bei der Gewinnabführung an den Staatshaushalt sowie über die unbefriedigende Anzahl von Erzeugnissen mit dem Gütezeichen "Q".

Im Maschinenbau des Bezirkes gab es seinerzeit erst 13 Erzeugnisse mit dem "Q" und 243 mit dem Gütezeichen "1". Wettbewerbsfähige Erzeugnisse und Devisenrentabilität waren also die entscheidenden Aufgaben der Industrie. Die damit verbundene ideologische Aufgabe für alle Parteiorganisationen formulierte die Konferenz in ihrem Beschluß wie folgt: "Alle Werktätigen sind davon zu überzeugen: So wie wir heute arbeiten und die Arbeitsproduktivität steigern, so wie wir heute akkumulieren, investieren, modernisieren und die neue Technik durchsetzen, so werden wir morgen leben."¹⁵

Diese Dialektik verständlich zu machen, war in jenen Monaten besonders wichtig, weil die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Molkereiprodukten zeitweise nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte. Die schlechte Ernte des Jahres 1961, eine grassierende Maul- und Klauenseuche sowie Entwicklungsprobleme vieler junger landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften waren die Ursache dafür. Die Bezirksdelegiertenkonferenz widmete diesen Fragen große Aufmerksamkeit, weil ein enger Zusammenhang zwischen den Versorgungsproblemen und den Wettbewerbsaufgaben in der Industrie bestand: Sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft konnte nur das verbraucht werden, was wirklich produziert worden war.

Der Leiter der ZK-Delegation, Bruno Leuschner, erklärte deutlich, daß auch die Industrie auf die schnelle Verbesserung der Versorgung Einfluß nehmen könne, wenn sie viele exportfähige Erzeugnisse in hochwertiger Qualität termingerecht bereitstelle, zumal ihr Kampf um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt nicht einmal von den Ungewißheiten des Wetters abhängen. Diese Problematik müsse der Kern der kommenden ideologischen Arbeit in der Industrie sein. Bruno Leuschner demonstrierte damit, daß alle wichtigen Fragen erst verständlich werden, wenn sie im größeren Zusammenhang vieler Entwicklungslinien gesehen werden.¹⁶

¹⁴ Ebenda, IV/1/14.

¹⁵ Volksstimme, 11. 12. 1962, S. 3.

¹⁶ BPAM, IV/1/14.

Der entscheidende Beitrag dieser Tagung der Bezirksdelegiertenkonferenz bestand in der eindringlichen Forderung nach einer Orientierung auf die Lösung der neuen ökonomischen Aufgaben als Hauptkettenglied, die bisher noch nicht in der erforderlichen Breite erreicht worden war, wie der Erste Sekretär der Bezirksleitung, Alois Pisnik, in seinem Schlußwort hervorhob.

Einen wichtigen Beitrag zur ökonomischen Propaganda in den Großbetrieben leisteten damals die Lektorate, die von den Parteileitungen ins Leben gerufen worden waren. Im Bericht des ZK an den VI. Parteitag wurden sie als die gegenwärtig beste Form und Methode der betrieblichen Propagandaarbeit eingeschätzt. Es zeugt daher von einer zielstrebigem Arbeit der Parteileitung des Ernst-Thälmann-Werkes, wenn sie am 14. Dezember 1962 über die Lektorate im Werk beriet. Sie faßte einen Beschluß zur Verbesserung der Arbeit, der mit geringfügigen redaktionellen Änderungen kurze Zeit darauf in der Betriebszeitung erschien und so allen Betriebsangehörigen schnell bekannt wurde.¹⁷ Das Hauptanliegen bestand in der aktiven Einbeziehung aller Werktätigen in den Wettbewerb. Nach dem Grundsatz "Studieren - propagieren - verändern" sollten Kurzlektionen, bezogen auf spezifische ökonomische Aufgaben einzelner Betriebsteile, erarbeitet werden, die als Grundlage für Gespräche mit den Werktätigen dienen und damit Ausgangspunkt von Veränderungen im Produktionsgeschehen sein sollten. Im Ernst-Thälmann-Werk wurden drei Lektorate gebildet: für die Warmbetriebe, für die mechanischen Betriebe und für die technischen Abteilungen, die jeweils auf bestimmte Schwerpunkte gelenkt wurden. In den Warmbetrieben sollten beispielsweise Lektionen zu folgenden Problemen erarbeitet werden:

- Qualität der Erzeugnisse - Ehrensache der Arbeiterklasse,
- Kampf um die Sparsamkeit und die Senkung der Selbstkosten dient uns allen,
- Möglichkeiten für die Anwendung der Mitrofanow-Methode in den Warmbetrieben,

Aus Veröffentlichungen in der Betriebszeitung des folgenden Jahres geht hervor, daß die gebildeten Lektorate einen spürbaren Einfluß auf die ökonomische Propaganda im Werk nahmen.

Eine andere Form, die Werktätigen an die selbständige Lösung der komplizierter werdenden Aufgaben heranzuführen, stellten die Produktionsgrundschulen dar. Im Ernst-Thälmann-Werk waren sie im Ergebnis einer Parteiaktivtagung vom Oktober 1962 ins Leben gerufen worden. Nach der Einschätzung des Leiters der Betriebsakademie sollten sie den Kollegen die Möglichkeit geben, sich Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen, die eine größere Arbeitssicherheit geben und die Qualität der Arbeit verbessern. Die Kollegen sollten die Zusammenhänge bei der Fertigung der von ihnen bearbeiteten Erzeugnisse kennenlernen und sich mit den Erfahrungen der Besten vertraut machen.¹⁸ In der bereits erwähnten Meisterschaft Landa, die zu den fortgeschrittenen Kollektiven des Werkes gehörte, gelang es beispielsweise, alle Kollegen zu befähigen, Winkelfunktionsberechnungen selbst durchzuführen. Im Falle fehlender Zeichnungsmaße konnten sich die Karussellendreher bestimmte Werte errechnen und damit die Stillstandszeiten senken.¹⁹ Insgesamt sollte mit der Themenauswahl erreicht werden, daß die Werktätigen

¹⁷ Studieren - propagieren - verändern, in: *Aktivist*, 2. 1. 1963; vgl. auch Betriebsarchiv des VEB Schwermaschinenbau-Kombinat Ernst Thälmann Magdeburg, Sekr. des Werkleiters 1963.

¹⁸ 14 neue Produktionsschulen, in: *Aktivist*, 1. 3. 1963, S. 4.

¹⁹ Neue Technik verlangt Qualifizierung, in: *Aktivist*, 31. 5. 1963, S. 5.

mehr mit Neuerervorschlägen, auch mit sowjetischen Erfahrungen bekannt wurden, damit sie bewußter an die Veränderung traditioneller Arbeitsmethoden herangehen konnten. Die Produktionsgrundschulen waren eine sehr nützliche Einrichtung. Dennoch gelang es in der Vorbereitung auf den VI. Parteitag noch nicht, sie zu einem breitenwirksamen Bestandteil der ökonomischen Propaganda zu machen. So gab es im Ernst-Thälmann-Werk im Februar 1963 erst 14 Zirkel mit 230 Teilnehmern.

Insgesamt hatte sich die Aktivität der Werktätigen im Jahr 1962 aber positiv entwickelt, was die Grundlage dafür bot, daß der Plan in den meisten Betrieben des Magdeburger Maschinenbaues zum Jahresende noch mit guten Ergebnissen abgeschlossen werden konnte. Im Ernst-Thälmann-Werk hatte beispielsweise die Neuererbewegung gegenüber dem Vorjahr einen erheblichen Aufschwung genommen.

Tabelle 3

Verbesserungsvorschläge im Ernst-Thälmann-Werk⁺

Jahr	Eingereicht	Realisiert	Anteil in %	Erzielter betrieblicher Nutzen in Mill. Mark
1961	2 178	1 536	70	ca. 5, 8
1962	2 864	1 989	69	ca. 7, 35

+ 7, 3 Millionen DM - ein Treffer, in: Aktivist, 18. 1. 1963.

An diesem Ergebnis hatten die Mitglieder der SED großen Anteil. So hieß es im "Neuen Weg": "Es gibt bereits viele Beispiele dafür, wie Parteimitglieder im Sinne des Programmentwurfs und der Bestimmung im Entwurf des neuen Statuts handeln. Ein solcher Neuerer ist Genosse Neuperdt, Meister in der Revolverdreherei des VEB Schwermaschinenbau Ernst Thälmann in Magdeburg. Zusammen mit einigen Kollegen hat er die Schneidkeramik an Revolvermaschinen erstmalig für Bohrarbeiten angewandt, dadurch die Arbeitsproduktivität wesentlich gesteigert und für den Betrieb einen großen ökonomischen Nutzen erzielt. So wie er kämpfen bereits viele Genossen vorbildlich für die Durchsetzung des Neuen, für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, für die Rationalisierung und Kleinmechanisierung."²⁰

Auf der Grundlage dieser Aktivitäten war es im Ernst-Thälmann-Werk gelungen, den Plan 1962 trotz vieler Schwierigkeiten in wesentlichen Positionen zu erfüllen; allerdings konnten vier von fünfzehn Staatsplanpositionen nicht mehr restlos abgedeckt werden.

Mitte Januar 1963 beschloß der VI. Parteitag der SED das Programm zum umfassenden Aufbau des Sozialismus, mit dem in der DDR faktisch die Schaffung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft begann. Zahlreiche Aufgaben, die bei der Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und der Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution in den nächsten Jahren eine Rolle spielen sollten, fanden ihren Niederschlag im "Beschuß ... über die Aufgaben in der Industrie ..." ²¹ Zu ihnen gehörten vor allem die Orientierung

²⁰ Warum muß ein Parteimitglied für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt kämpfen?, in: Neuer Weg, Nr. 23/1962.

²¹ Dokumente, a. a. O., S. 275 ff.

auf die rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Abkehr von der ausschließlichen Orientierung auf die Bruttoproduktion, die grundlegende Berücksichtigung des ökonomischen Nutzeffektes in Gestalt qualitativer Kennziffern, die Orientierung auf den wissenschaftlich-technischen Höchststand, die verstärkte Anwendung der materiellen Interessiertheit sowie die planmäßige Entwicklung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung. Vor dem Maschinenbau stand die spezielle Aufgabe, die anderen Industriezweige sowie die sozialistischen Handelspartner termingemäß mit hochleistungsfähigen Ausrüstungen zu beliefern.

In der gesellschaftlichen Produktion ändert sich jedoch allein durch das Fassen von Beschlüssen kaum etwas. Im Selbstlauf steigt weder die Arbeitsproduktivität noch sinken die Selbstkosten oder bestimmt der wissenschaftlich-technische Fortschritt die Qualität der Erzeugnisse bzw. die Technologie der Produktion. Um die Durchsetzung der Beschlüsse zum Anliegen der Werktätigen zu machen, von deren Initiative die schnelle Verwirklichung entscheidend abhängt, bedarf es einer umfassenden ideologischen Arbeit aller gesellschaftlichen Organe unter Führung der Partei, angefangen von den Parteiversammlungen über Gewerkschafts- und FDJ-Versammlungen bis hin zum Wirken der sozialistischen Presse.

Die ideologische Arbeit begann damit, die gefaßten Beschlüsse zu erläutern, die betrieblichen Aufgaben in die allgemeine Zielstellung einzuordnen, Wege der Realisierung zu weisen sowie die Erfahrungen guter Kollektive zu propagieren. Außerordentlich zielstrebig geschah das im Ernst-Thälmann-Werk, wo die Parteileitung bereits am 23. Januar in Anwesenheit der Delegierten geschloß, in allen Kollektiven und im Parteilehrjahr die Aufgabenstellungen des Parteitages zu erörtern und dabei die Beziehungen zu den betrieblichen Aufgabenstellungen herzustellen.²²

Als Kernfragen wurden die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Orientierung auf das Weltniveau der Erzeugnisse genannt. Im Ernst-Thälmann-Werk war die Arbeitsproduktivität in den einzelnen Teilbetrieben um 2 bis 16 Prozent zu steigern. Das bedeutete insgesamt, 1 300 000 Normstunden mit Hilfe technischer oder arbeitsorganisatorischer Veränderungen einzusparen. Vor ähnlichen Aufgaben standen die anderen Magdeburger Maschinenbaubetriebe.

Unter den Arbeitern und der Intelligenz warf das viele Probleme auf. Sie drehten sich vorwiegend um folgende Fragen²³:

- Wann kann die Steigerung der Arbeitsproduktivität endlich aufhören?
- Was haben die Gewerkschaften mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu tun?
- Geht die Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht "auf unsere Knochen"?

Die Betriebsparteiorganisationen leisteten in den folgenden Wochen eine geduldige ideologische Arbeit, um den Werktätigen die gesetzmäßigen Zusammenhänge zwischen der ständig wachsenden Arbeitsproduktivität und dem Lebensniveau verständlich zu machen. Eine gute Unterstützung gaben dabei besonders die Betriebszeitungen "Aktivist" (ETW), "Motor" (SKL) und "sprachrohr" (MAW). Hier kamen im Februar und März 1963 viele Arbeiter mit Stellungnahmen zur notwendigen Steigerung der Arbeitsproduktivität zu Wort. Wenn ein älterer Arbeiter im Ernst-Thälmann-Werk dabei den Satz formulierte: "Meine Rente wird so hoch sein, wie ich es heute verstehe, meine Arbeitsproduktivität zu steigern", zeigte er damit, daß er das Grundproblem verstanden hatte und jetzt dazu beitrug, diese Erkenntnis

22 BPAM, IV/7/96/27.

23 Vgl. verschiedene Ausgaben des Aktivist; BPAM, IV/7/96/10; IV/A-2/901/569.

auch seinen Kollegen zu vermitteln. Natürlich waren viele Stellungnahmen auch mit kritischen Äußerungen zur Arbeitsorganisation verbunden, denn in den Augen der Arbeiter war der unrhythmische Produktionsablauf im Betrieb, wie sie ihn seit langem kannten, eins der entscheidenden Hindernisse bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Bei der Suche nach konkreten Wegen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität fielen mitunter auch falsche Entscheidungen, weil bei manchem Leiter noch Unklarheiten bestanden, die in einzelnen Kollektiven zu entstellenden Praktiken führten. Der VI. Parteitag hatte jedoch ganz eindeutig auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität vermittlems des wissenschaftlich-technischen Fortschritts verwiesen, weshalb die getroffenen Fehlentscheidungen in einzelnen Betriebsteilen sofort korrigiert wurden, sowie sie den übergeordneten Leitungen bekannt wurden.

Die Frage, was die Gewerkschaften mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu tun hätten, erwuchs aus einem noch ungenügend entwickelten Verständnis für den neuen Inhalt der Arbeiterbewegung. Besonders älteren Arbeitern fiel es zunächst schwer einzusehen, daß der FDGB für die Steigerung der Arbeitsproduktivität eintrat, nachdem die Arbeiter früher jahrzehntelang in den Gewerkschaften gegen die Erhöhung der Arbeitsproduktivität gekämpft hatten, wenn sie mit höherer Intensität der Arbeit oder Verlust von Arbeitsplätzen verbunden gewesen war. Die Auseinandersetzung mit derartigen Auffassungen begann im Ernst-Thälmann-Werk auf der Vertrauensleutenvollversammlung Anfang Februar, und die Diskussion auf der Grundlage des offenen Briefes des FDGB-Bundesvorstandes reichte bis in die Gewerkschaftswahlen im April/Mai 1963 hinein. Der scheinbare Widerspruch mußte in Verbindung mit dem Problem der Einheit von Politik und Ökonomie geklärt werden.

In zahlreichen Gewerkschaftsversammlungen wurde herausgearbeitet, daß die Gewerkschaften beim Aufbau des Sozialismus die Interessen der Arbeiter nicht nur hinsichtlich des Unfallschutzes, der Sozialmaßnahmen und der Versorgung mit Ferienplätzen wahrzunehmen haben, sondern zugleich die Interessen der gesamten Arbeiterklasse der DDR vertreten, die auf einen wachsenden Lebensstandard und die Festigung der sozialistischen Ordnung gerichtet sind.²⁴

Die Erfolge der ideologischen Arbeit im Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität wurden vielfach eingeschränkt durch Mängel in der Produktionsorganisation. Durch operative Maßnahmen wurden Aufträge auseinandergerissen, so daß mit der dann erforderlichen Einzelfertigung die Vorteile einer Kleinserienfertigung nicht genutzt werden konnten. Darüber hinaus verärgerte das häufige Umrüsten der Maschinen die betroffenen Werk tätigen. Ganz besondere Ausmaße nahmen derartige Erscheinungen seinerzeit im Karl-Marx-Werk an, weil die gleitende Projektierung auf einigen Chemie-Großbaustellen laufend zu neuen Eilaufträgen für Armaturen führte.

Eine allgemeine Erscheinung mußte die operative Produktionsorganisation jedoch vorübergehend werden, als die ungewöhnlichen Witterungsbedingungen des Winters 1962/1963 sich seit Mitte Januar verstärkt auswirkten. Von Mitte Dezember bis Anfang März erschwerten harte Fröste und große Schneemassen überall die Produktion. Die Energiekontingente der Betriebe mußten zeitweilig auf ein Minimum reduziert werden, um den Bevölkerungsbedarf annähernd decken zu können. Stilllegungen von Aggregaten sowie Arbeitszeitverlagerungen waren in jenen Monaten

²⁴ Diese Frage spielte auch auf dem VI. FDGB-Kongreß im November 1963 eine Rolle. Vgl. Dokumente, a. a. O., S. 727 f.

unvermeidbare Folgen. Dazu kamen bei anhaltendem Frost ein akuter Wassermangel sowie Schwierigkeiten, die zuweilen unter meterhohem Schnee lagernden Rohteile auf den Lagerplätzen der Betriebe aufzufinden. Wegen ähnlicher Probleme bei den Kooperationspartnern und infolge der angespannten Transportsituation blieben weiterhin viele Zulieferungen aus. Viele Werktätige erkannten die Notwendigkeit, die Bemühungen der Leitungen, die Produktion auch unter den ungewöhnlichen Arbeitsbedingungen aufrechtzuerhalten, zu unterstützen. Dennoch waren Rückstände zum Produktionsplan, die bis auf das Georgi-Dimitroff-Werk im I. Quartal alle großen Schwermaschinenbaubetriebe der Stadt betrafen, unausbleiblich.

Obwohl einzelne Kollektive von Werktätigen bereits kurz nach dem Parteitag dazu aufriefen, die Planrückstände des Monats Januar umgehend aufzuholen, wurde das bei dem anhaltenden Frost zunächst nicht erreicht. Andererseits mußte aber die Arbeitsgruppe Wettbewerb der Bezirksleitung der SED Mitte Februar feststellen, daß auch das Beispiel der Finower Walzwerker bis dahin in den Betrieben des Bezirkes noch keine Anwendung gefunden hatte²⁵: Die Finower wollten in der durch die Witterung erzwungenen Produktionspause Maßnahmen des Planes Neue Technik vorfristig realisieren, um dann mit gesteigerter Arbeitsproduktivität das Planminus schneller aufholen zu können. Sie hatten den Weg gewiesen, wie der Produktionsplan doch noch ohne Überstunden oder gesteigerte Intensität zu bewältigen war.

Tatsächlich bestand in der neuen Situation das Grundproblem darin, die Anstrengungen um das Aufholen der Planrückstände mit den vom VI. Parteitag auf die Tagesordnung gesetzten Bemühungen um die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu verbinden. Das war gleichermaßen ein ökonomisches wie ein ideologisches Problem. Darum gab die 5. Tagung der Bezirksleitung Anfang März den Hinweis, in der politischen Massenarbeit verstärkt die Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in die Diskussionen bei der Durchführung des Wettbewerbs einzubeziehen. Nach dem Vorbild der Finower sollten Aufholepläne organisiert werden, da angesichts der volkswirtschaftlichen Erfordernisse in den entscheidenden Industriezweigen an eine Herabsetzung der Planaufgaben nicht gedacht werden konnte.²⁶

Mit dieser Zielstellung begann Mitte März die Anleitung der Maschinenbaubetriebe durch das inzwischen eingerichtete Büro für Industrie und Bauwesen. Parteiaktivtagungen in den Großbetrieben leiteten die gründliche Auswertung des VI. Parteitages und die Überwindung der Winterfolgen ein. Bereits zu diesem Zeitpunkt regten Organe der Partei an, zum 30. Juni wieder die Plangleichheit herzustellen. Im Ernst-Thälmann-Werk wurden richtige Akzente gesetzt, wenn sowohl der Parteisekretär als auch der Werkleiter auf den technischen Höchststand der Erzeugnisse als Schwerpunkt der Wettbewerbsbewegung hinwiesen. Wie schwer manche neue Aufgabe jedoch in der Praxis zu realisieren war, zeigten viele kritische Bemerkungen in den folgenden Wochen darüber, daß noch zu viel mit Überstunden und "Hau-ruck-Arbeit" am Monatsende gearbeitet würde.

Große Leistungen vollbrachten in jenen Wochen Montagekollektive des Georgi-Dimitroff-Werkes im Tagebau Harbke.²⁷ Mitarbeiter der Bezirksleitung setzten

25 BPAM, IV/A-2/6/362.

26 Ebenda, IV/A-2/6/337.

27 GDW - Geschichte Deines Werkes. Betriebsgeschichtliches aus dem VEB Schwermaschinenbau "Georgi Dimitroff" in den Jahren 1963 - 1967, o. O. 1974, S. 16 ff. (Ms. vervielf.)

nach einem operativen Einsatz auf der Baustelle alles daran, über die Betriebsparteiorganisation des Werkes die entscheidenden Kollektive des Betriebes von der politischen und ökonomischen Bedeutung zu überzeugen, die der schnellstmöglichen Montage des vorgesehenen Raupenschwenkbaggers RS 560 zukam, die infolge des Winters viel später begonnen hatte als geplant war. Nun stand unter anderem zu befürchten, daß bei einem nicht fristgemäßen Einsatz des Baggers 20 000 Tonnen Rohbraunkohle wieder mit Abraum hätten zugeschüttet werden müssen. Im Werk wurde daraufhin die schnellstmögliche Fertigung aller Teilaggregate Hauptinhalt des Wettbewerbs. Mit Hilfe von Neuerermethoden gelang es, den Bagger statt wie geplant in fünf in drei Monaten zu montieren (1953 brauchte man zu einer solchen Montage noch 13 Monate!). Die erhebliche Verkürzung der Montagezeit wurde erreicht, weil die Ideen der Werkstätigen den technologischen Prozeß völlig veränderten. So schlug der Genosse Fritz Ahrend, ein Brigadier, auf dem zweiten Tag des Neuerers im März 1963 auf der Baustelle Welzow vor, verschiedene Bauteile eines dortigen Baggers bereits zu ebener Erde zu einem Stück zu verbinden und per Kran komplett einzusetzen. Das Risiko bestand darin, ob die erforderliche Millimetergenauigkeit erreicht würde, aber es konnten Wochen an Montagezeit eingespart werden. Die Methode wurde probiert und bewährte sich in Welzow. Derartige Initiativen der Werkstätigen des Georgi-Dimitroff-Werkes waren eine entscheidende Grundlage dafür, daß es dem Werkkollektiv gerade in diesem I. Quartal 1963 gelang, nach Jahren erstmalig wieder den Plan der Warenproduktion zu erfüllen.

Der weitere Kampf um die Aufholung der Planrückstände, der überall durch die Betriebsparteiorganisationen geleitet und kontrolliert wurde, erfuhr nach der Veröffentlichung des Briefes des ZK der SED zur Durchführung der Plandiskussion sowie nach dem Aufruf der Marzahner Maschinenbauer einen Aufschwung.²⁸ Die entscheidenden politisch-ideologischen Auseinandersetzungen erfolgten im April und Mai während der Gewerkschaftswahlen und erfaßten im wesentlichen alle Werkstätigen der Großbetriebe. Im Ernst-Thälmann-Werk war die Meisterschaft Landa bereits in der Vorbereitung der Parteiaktivtagung mit der Verpflichtung, ihren Planrückstand von acht Tagen bis zum 31. Mai aufzuholen, indem sie die für 1963 vorgesehene Steigerung der Arbeitsproduktivität in Maßnahmen umsetzte, als Vorbild auftraten.

Die Betriebszeitung popularisierte das Beispiel, weil es nicht nur auf einzelne herausragende Spitzenkollektive ankam, sondern auf die Organisierung einer breiten wirksamen Bewegung.²⁹

Das Büro für Industrie und Bauwesen der Bezirksleitung, dem die Großbetriebe des Maschinenbaues direkt unterstellt wurden, analysierte regelmäßig die Wettbewerbsentwicklung im Bezirk zur Aufholung der Planrückstände. Im Mittelpunkt standen die Exportplanerfüllung und die Sicherung der Zulieferungen für die Großbaustellen in Schwedt, Lübbenau, Leuna II und anderen Orten. Mit Befriedigung konnte das Büro feststellen, daß in der Mehrzahl der Betriebe zum 30. Juni wieder die Plangleichheit erreicht werden würde. Bei den Rechenschaftslegungen der Parteileitungen vor den übergeordneten Organen wurden gründliche Auseinandersetzungen mit den Betrieben geführt, in denen es wegen Mängeln in der Leitungs-

²⁸ Vgl. Dokumente, a. a. O., S. 366 ff.; Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, a. a. O., S. 689 f.

²⁹ Ist das klar, Kollegen - Gedanken zu einer Gewerkschaftsgruppenversammlung der Meisterschaft Landa, in: Aktivist, 15. 3. 1963.

tätigkeit zu einem geringeren Optimismus keinen Anlaß gab, während denen sozialistische Hilfe vermittelt wurde, in denen es objektive Schwierigkeiten gab.

Trotz der insgesamt befriedigenden Entwicklung kritisierte das Büro für Industrie und Bauwesen die Tendenz, mit Hilfe von Überstunden, erhöhter Intensität in den letzten Tagen des Monats die in seiner ersten Hälfte verlorene Zeit wieder einholen zu wollen, um auf diese Weise die Planziele in der Produktion zu erreichen.³⁰ Das widersprach dem Anliegen des Parteitages. Deshalb sollten alle Parteiorganisationen der Industrie im Juli gründlich die Möglichkeiten für eine verstärkte Durchsetzung der neuen Technik beraten, worauf sich die Parteileitungen sorgfältig vorbereiten mußten.

Im Karl-Marx-Werk bildete der Kampf um die Sicherung der Qualität, über die es auf einigen Großbaustellen der Republik erhebliche Beanstandungen gegeben hatte, einen zusätzlichen Schwerpunkt für die gesamte ideologische Arbeit. Einigen Armaturentypen hatten die Gütezeichen aberkannt werden müssen, weil sie den hohen Temperaturen und Druckverhältnissen in den modernen Großkraftwerken nicht standhielten. In der Rechenschaftslegung vor den Organen der Bezirksleitung führte die Parteileitung Ende April 1963 das Zurückbleiben in der Qualitätsfrage unter anderem darauf zurück, daß einige Zeit nur ökonomisch-technische Gesichtspunkte beachtet worden seien und die Arbeit weniger zur Klärung politisch-ideologischer Grundfragen genutzt worden war.³¹ In Auswertung des ZK-Briefes an alle Grundorganisationen hatte die Parteileitung inzwischen die Einrichtung von Qualitätsecken angeregt, um durch den Vergleich guter Erzeugnisse mit Ausschuß die politische Massenarbeit zu verstärken, die persönliche Verantwortung zu erhöhen und gegen Gleichgültigkeit vorzugehen. Dabei mußte die Parteileitung anfangs sogar Diskussionen darüber führen, ob die Kollegen, die den Ausschuß verursacht hatten, in den Qualitätsecken namentlich genannt werden dürften. Ideologische Schwächen, wie das Vertuschen von Mängeln und das Ausweichen vor der Kritik, mußten erst beseitigt werden, bevor um die Verbesserung der Qualität mit größerem Effekt gekämpft werden konnte. In den folgenden Monaten wurde durch die Qualitätssteckbriefe viel Aufklärung geleistet. Allmählich entstand ein Arbeitsklima, das der Durchsetzung der Qualitätsnormen bei der Fertigung dienlich war. Einige Armaturen erhielten ihre Gütezeichen zurück. Allerdings waren darunter zu wenige der volkswirtschaftlich wichtigen Typen, weil deren Konstruktionen aufgrund des moralischen Verschleißes überholt waren.

Zum Abschluß des ersten Halbjahres konnten in mehreren Großbetrieben der Stadt Magdeburg hervorragende Ergebnisse im Kampf gegen die Planrückstände gemeldet werden. Nur im Karl-Marx-Werk und im Karl-Liebknecht-Werk war das nicht möglich gewesen. Wenn in den übrigen Betrieben die vorgesehene Warenproduktion erreicht werden konnte, so blieben diese jedoch bei den qualitativen Kennziffern und dem Betriebsergebnis zumeist unter den Planwerten. Es war also bei weitem noch nicht gelungen, die Grundidee des VI. Parteitages zu verwirklichen. Die Fakten zeigen, daß noch sehr oft im Denken und Handeln die Ökonomie der Produktion hinter der Bruttoproduktion zurückstand.

Es war daher von großer Bedeutung, wenn im Juni 1963 eine Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees und des Ministerrates für die Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Konzeption des VI. Parteitages Grundsätze und Maßnahmen erarbeitete, die unter der Bezeichnung "Neues ökonomisches System der Planung und Leitung

30 BPAM, IV/A-2/6/338.

31 Ebenda, IV/A-2/6/337; IV/A-2/1/7.

der Volkswirtschaft" mit großer Öffentlichkeitswirksamkeit Gegenstand der ökonomischen Propaganda wurden, 32

Das entscheidende Anliegen der vorgesehenen Veränderungen bestand darin, Bedingungen zu schaffen, um die Werktätigen stärker zur bewußten Teilnahme an der Leitung und Planung heranzuziehen und insgesamt die ökonomischen Gesetze des Sozialismus wirkungsvoller auszunutzen.

Wenige Tage nach der Wirtschaftskonferenz leiteten die Organe der Bezirksleitung eine gründliche Auswertung ein. Um das Studium der Materialien mit den ersten praktischen Erfahrungen zu verbinden, fand ein Seminar für leitende Wirtschaftskader des Maschinenbaues im Karl-Liebknecht-Werk statt, wo bereits seit Mai 1963 eine Arbeitsgruppe der Bezirksleitung zusammen mit Mitarbeitern des Volkswirtschaftsrates den Auftrag hatte, Beispiele für die politische Führungsarbeit der Parteiorganisation entsprechend den neuen Aufgaben zu schaffen. Das Ergebnis ihrer Arbeit wurde dann auch die Grundlage für die Vorbereitung einer Parteiaktivtagung des Industriezweiges Maschinenbau. 33

Nicht alle auf der Wirtschaftskonferenz genannten Aufgaben waren sofort lösbar; sie hatte ein Arbeitsprogramm fixiert, das in mehreren Etappen bewältigt werden mußte. Für die zweite Hälfte des Jahres 1963 ging es zunächst darum, einige Voraussetzungen zu schaffen, wozu auch eine breite ideologische Vorarbeit gehörte, die das Wirken der ökonomischen Gesetze im Sozialismus vielen Werktätigen verständlicher machen sollte. 34

Ein Beschluß des Büros für Industrie und Bauwesen sah beispielsweise vor, für die Einhaltung strenger Sparsamkeit und die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Parteiarbeit vorrangig auf die Überwindung ideologischer Hemmnisse zu konzentrieren. Lektorate und Betriebszeitungen sollten darin einbezogen werden. Die Notwendigkeit, die Durchsetzung des Planes Neue Technik in den Mittelpunkt der Bemühungen zu stellen, war auch dadurch begründet, daß ein Drittel aller Maschinenbaubetriebe des Bezirkes im ersten Halbjahr zirka 100 000 Stunden Arbeitszeiteinsparung, die im Plan Neue Technik vorgesehen waren, nicht erreicht hatte, weil sie sich - ohne den Finower Aufruf zu beachten - einseitig auf die Aufholung der Rückstände in der Warenproduktion orientiert und das nur mit Überstunden und hohen Kosten erreicht hatten. Der Erste Sekretär der Bezirksleitung der SED Magdeburg, Alois Pisnik, wies deshalb auf der 7. Bezirksleitungssitzung im August 1963 auf den Widerspruch hin, daß Leiter zwar belangt werden, wenn der Produktionsplan nicht erfüllt wurde, während es bei Kostenüberschreitungen oder Nichterfüllung des Planes Neue Technik bisher kaum ernste Auseinandersetzungen gegeben habe. Aber gerade das stand der vollen Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus im Wege. 35

Ein wichtiges Problem war die Sicherung der Qualifizierung vieler Werktätiger. Von großer Bedeutung für die folgenden Jahre wurde die Einleitung umfangreicher Maßnahmen, die einem großen Teil der Parteikader ein Direkt- oder Fernstudium zur Aneignung ingenieurtechnischen Wissens ihrer Branche ermöglichten. Damit wurden weitsichtig die Grundlagen für eine Verbesserung der politischen Führungs-

32 Vgl. DDR - Werden und Wachsen. Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974, S. 420.

33 BPAM, IV/A-2/6/333; IV/A-2/6/338.

34 Vgl. außer den Materialien der Konferenz Dokumente, a. a. O., S. 626.

35 BPAM, IV/A-2/1/7.

arbeit der Partei gelegt, weil die Parteifunktionäre in zunehmendem Maße betriebliche Entscheidungen aus der Sicht des Fachmannes selbst beurteilen konnten.

Die Vorbereitung und Durchführung der Parteiaktivtagungen stand im Zeichen der Wettbewerbsinitiative für das zweite Halbjahr, die erneut von den Marzählern ausgegangen war.³⁶ Im Mittelpunkt ihrer Diskussionen standen die Fragen, wie die vom Parteitag genannten zentralen wirtschaftlichen Aufgaben gelöst werden können. In den folgenden Wochen erzielten die Maschinenbaugroßbetriebe des Bezirkes große Fortschritte. Aber es blieben immer noch genug ungelöste Probleme übrig. Immer wieder drängten daher die Organe der Bezirksleitung die Betriebsparteiorganisationen darauf, den Werktätigen die neuen Aufgaben noch verständlicher zu erläutern, die neuen Probleme mit den betrieblichen Aufgaben und dem Wettbewerb zu verbinden.

Diese Diskussionen waren auch eins der wichtigsten Anliegen der ideologischen Arbeit im Rahmen der Vorbereitungen der Wahlen zu den Bezirkstagen und der Volkskammer am 20. Oktober 1963. Das 3. Plenum des ZK der SED beauftragte Ende Juli alle Genossen, die massenpolitische Arbeit der Wahlvorbereitung dazu zu nutzen, das Verständnis für die neuen ökonomischen Schwerpunkte zu vertiefen. In den Großbetrieben entfalteten die Parteiorganisationen entsprechend einem Beschluß des Politbüros eine breite ökonomische Propaganda, die bis in die benachbarten Wohngebiete hineinreichte. Eine große Rolle in der Wahlvorbereitung spielten im August und September die vielseitigen Bemühungen, allen Werktätigen die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte, die bis in ihr persönliches Leben hineinreichten, bewußt zu machen. Besonders die "Volksstimme", das Organ der Bezirksleitung der SED, und die Betriebszeitungen entwickelten dazu große Aktivität. Sie veröffentlichten Berichte, Zahlenmaterial und Bilder, die Stolz auf die gestiegene Produktion, die gewachsene Arbeitsproduktivität, neue Maschinen oder hochwertige Erzeugnisse hervorriefen. Artikelserien über "Familienbilanzen", wie sie zum Beispiel im Ernst-Thälmann-Werk der "Aktivist" veröffentlichte, machten überzeugend deutlich, wie in den zurückliegenden Jahren auch die gewachsenen Ansprüche an das Lebensniveau besser befriedigt worden waren. Erstmals konnten in großer Zahl Neubauwohnungen übergeben werden, Fernsehgeräte gehörten in wachsendem Maße zur Ausstattung einer Wohnung und die Haushaltstechnik, wie Waschmaschinen und Kühlschränke, erleichterten die Arbeit im Haushalt. Die Parteiorganisationen hatten also handfeste Argumente für ihre massenpolitische Arbeit, um allen verständlich zu machen, daß sich gute Taten in der Produktion für jeden auszahlen.

In der ersten Septemberhälfte lenkte das Büro für Industrie und Bauwesen die Aufmerksamkeit auf ein neues ideologisches Problem. Inzwischen war nämlich die Tendenz aufgetreten, die von der Parteiführung gegebene betonte Orientierung auf ökonomische Aufgaben so aufzufassen, als ob man sie einseitig ökonomisch-technisch lösen könnte, ohne den beteiligten Werktätigen die Zusammenhänge allseitig zu erläutern, sie als Teil der Gesamtpolitik der Partei bei der Stärkung des Sozialismus im Weltmaßstab zu verstehen.³⁷

Das Büro beschloß, alle Parteileitungen dahin zu lenken, die politisch-ideologische Arbeit gegen die nur technisch-ökonomischen bzw. nur organisatorischen Aspekte als Gegenstand der Überzeugungsarbeit zu führen. Eine große Rolle

³⁶ Vgl. DDR - Werden und Wachsen, a. a. O., S. 422.

³⁷ BPAM, IV/A-2/6/339.

spielten die Betriebszeitungen dabei. Sie erschienen regelmäßig und erreichten fast jeden Werktätigen der Großbetriebe. Eine der besten Betriebszeitungen im Bezirk war der "Aktivist", das Organ der Betriebsparteiorganisation des Ernst-Thälmann-Werkes, das gerade die entscheidenden Probleme des Betriebes in hervorragender Weise propagandistisch aufgriff und damit große Resonanz bei den Werktätigen fand.

Für die Entwicklung des ökonomischen Denkens im Sinne der Aufgaben des VI. Parteitages und die politische Erziehung der Parteimitglieder stellte neben den Mitgliederversammlungen das Parteilehrjahr ein wichtiges Instrument dar. Im Jahre 1963/1964 nahmen im Ernst-Thälmann-Werk zirka 2 400 Mitglieder und Kandidaten sowie 300 parteilose Kollegen daran teil. Allein 66 Zirkel waren dem Studium der ökonomischen Politik gewidmet, 33 Zirkel anderen Themenkomplexen (Geschichte der Arbeiterbewegung, dialektischer und historischer Materialismus, Studium des neuen Parteiprogramms).³⁸ Die Parteileitung orientierte besonders darauf, zu den Grundfragen vorzudringen, damit alle Werktätigen den Zusammenhang zwischen Politik und Ökonomie beim Aufbau des Sozialismus besser verstehen. Einerseits sollte die ökonomische Theorie stärker zur Basis des ökonomischen Denkens werden und gleichzeitig der verbreiteten Tendenz entgegen gewirkt werden, den Zirkeln den Charakter von Produktionsberatungen zu verleihen. Im Georgi-Dimitroff-Werk und anderen Betrieben gelang es, das Niveau des Parteilehrjahres unter anderem dadurch zu verbessern, daß führende Wirtschaftsfunktionäre des Werkes als Zirkelleiter eingesetzt wurden.

Diese vielseitigen Bemühungen der Partei zur ökonomischen Propaganda im Rahmen der Wahlvorbereitungen trugen dazu bei, daß der Massenwettbewerb zur Erfüllung der Planaufgaben einen spürbaren Aufschwung erfuhr. Im Ernst-Thälmann-Werk und im Karl-Liebknecht-Werk fanden zum Abschluß der Wettbewerbsstufe ausgezeichnete Planappelle statt, wobei zugleich die Aufgaben für den Rest des Jahres umrissen werden konnten. Im Karl-Liebknecht-Werk ging es dabei um eine zusätzliche Warenproduktion von 3, 15 Millionen Mark für die termingemäße Inbetriebnahme des Erdölverarbeitungswerkes in Schwedt. Im Ernst-Thälmann-Werk war es durch die Einsatzbereitschaft der Bauschaffenden gelungen, die neue Produktionshalle für Walzwerksausrüstungen 85 Tage früher als geplant zur Innenausrüstung an das Werk zu übergeben. Die Erfüllung von 75 Prozent des Jahresplanes zum 30. September war ein Novum seit Bestehen dieses volkseigenen Betriebes, wenn es auch mit einigen Nomenklaturposten noch Sorgen gab. Dennoch muß die Tatsache, daß wenige Monate nach den im Winter erlittenen Rückständen Plan gleichheit erreicht und gehalten wurde, als besonderer Erfolg aller daran beteiligten Werktätigen gewürdigt werden. So gab es im Herbst 1963 eine Vielzahl vorwärtsweisender Impulse, die in den entscheidenden Großbetrieben des Magdeburger Maschinenbaues unter Führung der Betriebsparteiorganisationen bei der Verwirklichung der vom VI. Parteitag gewiesenen Linie entstanden waren.

Die Organe der Bezirksleitung werteten die Wettbewerbsergebnisse gründlich aus und gaben unter anderem der Kammer der Technik die Empfehlung, in zwei Maschinenbaubetrieben den Vergleich der Erzeugnisse, der Produktionsorganisation sowie der Fertigungstechnologie zu organisieren. Das waren Vorhaben, die genau dem von der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED erneut geforderten Kampf um die ökonomischen Schwerpunkte entsprachen. Sowohl die 8. Bezirksleitungssitzung als auch das Büro für Industrie und Bauwesen beschäftigten sich

³⁸ Ebenda, IV/A-2/6/340.

im November mit der entsprechenden Situation im Bezirk,³⁹ Sie stellten in den Betrieben die Tendenz fest, daß die Arbeit allein auf einzelne gute Beispiele konzentriert und dabei eine breitenwirksame Massenarbeit vernachlässigt wurde. Große Anerkennung fand die Initiative der Brigade Liesicke vom Karl-Liebnecht-Werk, die im August dazu aufgerufen hatte, den Plan Neue Technik 1963 vorfristig zu realisieren. Das entsprach weitgehend dem Anliegen der Wolfener Brigade "August Bebel" und hatte allein im Karl-Liebnecht-Werk bei hundert Kollektiven Resonanz gefunden, so daß die im Plan Neue Technik vorgesehene Selbstkostensenkung zum 30. September 1963 bereits mit 84,9 Prozent erfüllt werden konnte. Die geplanten Kostensenkungen konnten aber nicht überall erreicht werden. Alle Parteileitungen wurden daher aufgefordert, auch diese Fragen zum Gegenstand ihrer politischen Arbeit zu machen, um damit das Betriebsergebnis positiv zu beeinflussen.

Eines der Hauptanliegen des Büros für Industrie und Bauwesen bestand darin, den Erfahrungsaustausch über die politische Arbeit zu organisieren. Um die Parteiarbeit auch um die Erfahrungen der Bruderparteien in den sozialistischen Staaten zu bereichern, schlug das Büro Ende 1963 vor, im folgenden Jahr mehrere Delegationen zum Studium der Arbeitsweise leitender Parteiorgane in Zentren des Maschinenbaues der UdSSR (Donezk) und der ČSSR (Prag, Brno und Pizeň) zu entsenden.⁴⁰

Die Anstrengungen aller Werktätigen der großen Maschinenbaubetriebe bei der Umsetzung der von VI. Parteitag gestellten Aufgaben brachten bereits im Jahr 1963 spürbare Fortschritte, wie ein Vergleich der Planerfüllung mit dem Vorjahr ausweist. Den Werktätigen des Ernst-Thälmann-Werkes, des Karl-Liebnecht-Werkes, des Georgi-Dimitroff-Werkes sowie des VEB Förderanlagenbau "7. Oktober" gelang es, die hohen Planziele zu erfüllen. Die Leitung des Karl-Marx-Werkes hatte dagegen keinen kontinuierlichen Produktionsfluß sichern können, zumal für einen hohen Prozentsatz der Planaufgabe das Sortiment wegen der gleitenden Projektierung auf den Großbaustellen verändert worden war. Aus diesen und anderen Gründen konnte der Betrieb die grundlegenden Planpositionen 1963 nicht erfüllen.

Vier der fünf Großbetriebe war also eine volle Planerfüllung in dem Jahr gelungen, dessen erste Monate gar nicht so verheißungsvoll begonnen hatten. Selbst das Georgi-Dimitroff-Werk, das jahrelang ein Planschuldner gewesen war, hatte den Sprung geschafft und die entscheidenden quantitativen und qualitativen Kennziffern erfüllt. Das war für den plangemäßen Aufbau zentraler Investitionsvorhaben der DDR, der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten von größter Bedeutung.

Im Ernst-Thälmann-Werk konnte die Werkleitung feststellen, daß es dem Werk erstmalig seit seiner Umwandlung in einen volkseigenen Betrieb gelungen war, die Exportrückstände abzubauen, ohne die Nomenklatur zu verändern, was bei dem hohen Anteil der Exportlieferungen an der Gesamtproduktion dieses Betriebes große politische Bedeutung besaß.

³⁹ Ebenda; vgl. ferner ebenda, IV/A-2/1/8; Der Kampf der Werktätigen des SKL unter Führung der Betriebsparteiorganisation im Zeitraum 1963 - 1967 um die Entwicklung des Schwermaschinenbaues der Stadt Magdeburg, o. O. 1974 = Motor, Betriebszeitung des Karl-Liebnecht-Werkes, Sondernr. September 1974, S. 4 f.

⁴⁰ BPAM, IV/A-2/6/340.

Eine gute Grundlage dazu hatte auch die Erfüllung des Planes Neue Technik mit 119,7 Prozent gegeben. Es war 1963 gelungen, etwa 25 Prozent der Belegschaft in die Neuererbewegung einzubeziehen, so daß die Mehrheit der Werktätigen sich bewußt war, daß die erzielten Erfolge das Produkt ihrer Einsatzbereitschaft waren. An diesen Stolz knüpfte die Betriebsparteileitung des Ernst-Thälmann-Werkes an, als sie zum Jahresbeginn 1964 alle Betriebsangehörigen in der Betriebszeitung dazu aufrief, neue Erfolge zur Stärkung der Republik zu erringen.

Das Jahr 1963 hatte demnach erste greifbare Erfolge bei der Verwirklichung der vom VI. Parteitag der SED gestellten wirtschaftspolitischen Aufgaben gebracht. Darüber hinaus war im Hinblick auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und eine höhere Qualität der Erzeugnisse auch umfangreiche ideologische und praktische Arbeit unter Führung der Betriebsparteiorganisationen geleistet worden. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse wurden zum Ausgangspunkt für die Lösung der weiteren ökonomischen Aufgaben, die sich zum Beispiel aus der 5. Tagung des ZK der SED oder dem Freundschaftsvertrag mit der UdSSR vom Juni 1964 ergaben. Alle weiteren Fortschritte auf ökonomischem Gebiet konnten auf diesen Erfolgen aufbauen, weil die Maschinenbauer der Stadt Magdeburg mit dazu beigetragen hatten, daß die Jahre 1962/1963 erfolgreiche Jahre wurden, nämlich Jahre, in denen die ökonomische Position der DDR gestärkt worden war. Die erzielten Fortschritte und Erfolge waren die Startpositionen für die Verwirklichung der uns seit dem VIII. Parteitag der SED gestellten Aufgaben bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

SOMMERUNIVERSITÄT FÜR ÖKONOMIE

(4. bis 15. August 1975 in Budapest)

Zum vierten Mal hatten die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse Ungarns und die Karl-Marx-Universität für Ökonomie in Budapest zur Sommeruniversität für ungarische Wirtschaftswissenschaftler eingeladen.

Der Teilnehmerkreis hat sich von Jahr zu Jahr vergrößert und war 1975 mit 72 Gästen von 20 Ländern fast doppelt so groß wie im Vorjahr. Besonders stark waren mit 16 Teilnehmern die DDR sowie mit jeweils 11 Teilnehmern Polen und Italien vertreten. Viele waren von Betrieben oder wissenschaftlichen Instituten delegiert worden, einige nahmen auch aus ganz privatem Interesse teil. Trotz unterschiedlichen Ausbildungsgrades und unterschiedlich großer Kenntnisse der Teilnehmer über die sozialistische Wirtschaft im allgemeinen und über die ungarische Wirtschaftspolitik im besonderen gelang es den ungarischen Organisatoren des Kurses, ihn für alle Beteiligten interessant und anregend zu gestalten.

Die Themen waren zunächst allgemeinen Problemen der Ökonomie gewidmet und gingen dann zu spezifischen Fragen der ungarischen Wirtschaft über. Den einzelnen Vorlesungen schlossen sich fast immer Konsultationen und Besuche in den dem Thema entsprechenden Institutionen oder Betrieben an, wo die Kursteilnehmer sachkundige Antworten auf offengebliebene Fragen erhielten.

Die Referenten, leitende Mitarbeiter der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, der Regierung oder aus Institutionen und Betrieben, gewährleisteten schon von ihrer Funktion her höchste Sachkenntnis der Thematik.

István Hetényi, Staatssekretär in der Staatlichen Plankommission, sprach über "Entwicklung, Lage und Entwicklungstrend der ungarischen Volkswirtschaft". Bela Szikszai, Mitarbeiter der ökonomischen Abteilung des ZK der USAP, behandelte "Lenkungssystem, Planung - Regulierung - Organisation"; dem Vortrag schloß sich ein Besuch bei der Staatlichen Plankommission an. Jozsef Rozsa, Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Arbeit, referierte über "Beschäftigungs- und Lebensstandardpolitik in Ungarn". "Die ökonomischen Probleme der Budapester Agglomeration" legte László Bekesi, Gastdozent an der Karl-Marx-Universität für Ökonomie und Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Hauptstadt, dar. Ein Besuch in dem Budapester Vorort Erd, der typische Probleme der Budapester Agglomeration aufweist, illustrierte seine Ausführungen. Attila Madarasi, Staatssekretär im Ministerium für Finanzen, erläuterte "Die aktuellen Fragen der Preis- und Unternehmereinkommensregelung"; anschließend besuchten die Teilnehmer das Institut für Wirtschaftswissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Lajos Osvath, Leiter der ökonomischen Hauptabteilung im Außenhandelsministerium, informierte über "Die Außenwirtschaftspolitik Ungarns". Ein anschließender Besuch der Ungarischen Handelskammer rundete die Informationen ab. István Dancs, Geschäftsführender Direktor der Ungarischen Nationalbank, legte Grundzüge der "Kredit- und Investitionspolitik in Ungarn" dar. Tamás Poros, Direktor der Chemiewerke in Budapest, sprach über "Die ungarische Praxis der modernen Leitungsmethoden des sozialistischen Großbetriebes; Pla-

nung, Investitionen, Organisation". Sandor Fülöp, Direktor eines Betriebes für Baumwollwaren, sprach über "Das operative Wirtschaften des Unternehmens - die Organisierung der Produktion, der Finanzen und des Handels"; dem Referat folgte ein Besuch der Textilfärberei des Betriebes.

Alles in allem kann man sagen, daß die Sommeruniversität für Ökonomie ein gelungener Kurs war, der allen Teilnehmern einen umfassenden Einblick in die ungarische Wirtschaft und den Gästen aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern, nicht zuletzt durch die zahlreichen und lebhaften Diskussionen, viele Denkanstöße geben konnte.

Veronika Kunow

AGRARGESCHICHTE DES FEUDALISMUS UND KAPITALISMUS

(17./18. September 1975 in Rostock)

Veranstalter des Symposiums, das im Rahmen der Rostocker Universitätstage 1975 stattfand, war die Sektion Geschichte der Universität Rostock. Teilnehmer aus der DDR und dem sozialistischen Ausland hörten sechs Vorträge und hatten Gelegenheit für Anfragen und zu Diskussionen.

Die Veranstaltung knüpfte thematisch an die Ergebnisse der 1974 in Erfurt durchgeführten Tagung über den deutschen Bauernkrieg¹ und des Kolloquiums in Berlin über das Bürgertum in der Feudalgesellschaft² an.

Mit einem Rahmenvortrag von Gerhard Heitz und Helga Schultz (beide Rostock) zum Thema "Volksbewegungen und Klassenkämpfe in den Territorien des Heiligen Römischen Reiches zwischen Fröhbürgerlicher und Französischer Revolution (1526 - 1789)" wurde die Tagung eröffnet. Die Verfasser resümierten die Forschungsergebnisse der letzten zwei Jahrzehnte und betrachteten Klassenkampfaktionen und Volksbewegungen in Stadt und Land nach zum Teil neuen methodologischen Gesichtspunkten. Sie stellten insbesondere fest, daß erstens die Ursachen und Anlässe für bäuerlichen Klassenkampf zwar stets neu aus Widersprüchen zwischen den beiden Grundklassen der Feudalordnung, also aus den Produktionsverhältnissen, erwachsen, Formen und Verlauf der Klassenkonflikte aber in entscheidendem Maße von der bürgerlichen Entwicklung abhängen und daß zweitens Leibeigenschaft nicht bzw. nicht in erster Linie durch ökonomische Faktoren im Sinne "schlechter Lage" der Bauern gekennzeichnet sei, sondern daß damit das System der Feudalherrschaft unter den Bedingungen des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus charakterisiert werde und darin die persönliche Bindung des unmittelbaren Produzenten an den Grundeigentümer zum Ausdruck komme, die unabhängig von der jeweiligen Rechtsform der persönlichen Abhängigkeit oder von der Schärfe der Wahrnehmung zu analysieren und einzuschätzen sei.

Der Vortrag war chronologisch in zwei Abschnitte gegliedert. Für den Zeitraum von 1526 bis 1648 wurde zunächst die bäuerliche und darauf die städtische Komponente des Klassenkampfes, für den von 1648 - 1789 wurden umgekehrt zuerst nichtagrарische Verhältnisse und Volksbewegungen und dann Klassenkampfaktionen auf dem Lande untersucht: Refeudalisierung, Stagnation und Rückbildung frühkapitalistischer Produktionsverhältnisse verursacht seit dem Ende des Bauernkrieges die Schwächung des Bürgertums und bestimmten Zielrichtung, Forderungen und Verlauf der bäuerlichen Klassenkonflikte, Aufstände und Aktionen unter-

1 Harnisch, Hartmut / Müller, Hans-Heinrich / Schiller, Klaus J. / Straube, Manfred, Der deutsche Bauernkrieg 1524/25. Geschichte - Traditionen - Lehren, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 4, S. 189 - 200.

2 Eichler, Helga, Die Stellung des Bürgertums in der deutschen Feudalgesellschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 10/1974, S. 1109 - 1111.

schiedlichen Ausmaßes traten seit der Mitte des 16. Jahrhunderts auf, wobei mehrere kleinere Städte partiell und zeitweilig auf seiten der Bauern kämpften. Österreich war in dieser Zeit das Hauptgebiet großer Bauernaufstände. Träger der städtischen Bewegung, die sich gegen Verfassungsänderungen und patrizische Vorherrschaft richtete, waren Handwerker und Plebejer, Nutznießer nicht-patrizischer Kaufleute. Nach 1648 basierten die städtischen Klassenwidersprüche mehr und mehr auf der kapitalistischen Ausbeutung. Die Auseinandersetzungen waren durch Kämpfe der kleinen Warenproduzenten, Handwerker und Gesellen und seit Mitte des 18. Jahrhunderts in zunehmendem Maße durch Manufakturarbeiterunruhen gekennzeichnet. In der Hauptperiode von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis zur Französischen Revolution bestimmten die niederen Formen des Klassenkampfes eindeutig das Bild der Auseinandersetzungen auf dem Lande.

Die Vortragenden stellten der weiteren Forschung anheim, die verschiedenen Etappen des Revolutionszyklus konkreter zu fassen, der bäuerlichen Komponente darin größere Beachtung zu schenken und eine Symbiose zwischen theoretischen Erkenntnissen und historischen Fakten zu erreichen, ferner intensiv die Rolle der Gemeinden, der Landschaften und der zünftigen Verbände zu untersuchen und bei der Erforschung der Klassenkämpfe über das Jahr 1789 hinaus einerseits die Forcierung des Klassenkampfes durch die revolutionären Vorgänge in Frankreich zu beachten, andererseits die revolutionären Ereignisse in den deutschen Territorialstaaten am Beispiel Frankreichs zu messen.

S. Cackowski (Toruń) sprach über die "Grundzüge der Agrarverhältnisse in Königspreußen (Prusy Królewskie) vom 15. bis 18. Jahrhundert". Im Unterschied zur Agrarstruktur anderer Gebiete Polens bestand das Vorwerkssystem in Königspreußen nur relativ kurze Zeit, von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts. Ursachen für diese kurze Dauer sah der Vortragende in der frühen Herausbildung der Ware-Geld-Beziehungen infolge der Nähe großer Absatzmärkte. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hätten Geldrente und Lohnarbeit in den Gütern und großen Bauernwirtschaften überwogen, deren große Anzahl für Königspreußen typisch sei.

Ingrid Mittenzwei (Berlin) referierte über das Thema "Kameralismus und Agrarfrage in Preußen" und erörterte die Frage, ob und inwieweit deutsche Kameralisten bürgerliche Interessen in ihren "Agrarprogrammen" zum Ausdruck brachten. Sie erläuterte insbesondere die Meinungen von Süßmilch, Justi und Wöllner und arbeitete die Unterschiede zu den Auffassungen der französischen und deutschen Physiokraten heraus. Die genannten Kameralisten traten in ihren Schriften und Äußerungen für eine Reform der bestehenden Besitzverhältnisse, eine Aufteilung der Domänen, die Parzellierung der Güter in Klein- und Mittelbesitz und für eine Aufhebung der Leibeigenschaft ein, ohne jedoch einen generellen Angriff gegen das Feudaleigentum zu führen.

"Die Rolle der Landwirtschaft in der Politik des aufgeklärten Absolutismus" behandelte J. Barta (Debrecen). Aus einer stark auf die Verhältnisse im Habsburger Reich konzentrierten Sicht gelangte der Referent zu einer positiven Einschätzung der Reformtätigkeit und der Bauernpolitik absolutistischer Staaten, die für andere Staaten jedoch stärker differenziert werden mußte.

K.-H. Jügel (Rostock) beschrieb die Lage der ungarischen Bauern und der ungarischen Landwirtschaft anhand der Rezensionen der Jenenser "Allgemeinen Literatur Zeitung" (1785 bis 1803) und erschloß der Wirtschafts- und Sozialforschung damit eine neue Quelle. Diese Zeitung enthält eine kontinuierliche Berichterstattung über Ungarn und Siebenbürgen in der Zeit der Aufklärung. Die Verhält-

nisse in der ungarischen Landwirtschaft, gekennzeichnet durch eine starke Konzentration des Bodens in adliger Hand, durch Rückständigkeit und Unterdrückung der Bauern, wurden von den zeitgenössischen Rezensenten geschildert, die Reformpolitik eingeschätzt und ihr Fehlschlagen bedauert.

Hans-Heinrich Müller (Berlin) äußerte sich über "Auseinandersetzungen um die Entwicklung der Produktivkräfte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts", an denen, wie er feststellte, alle Klassen und Schichten unterschiedlich beteiligt waren. Der Referent bedauerte die bisher nicht ausreichende Erforschung der Produktivkräfte und der Agrarentwicklung in der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus, verwies auf die schwierige Quellensituation und das Fehlen einer umfassenden Politischen Ökonomie des Feudalismus. Wechselwirkungen zwischen Klassenkampf und Traditionsbewußtsein demonstrierte der Referent unter anderem anhand der um die Einführung der Koppelwirtschaft geführten Polemik in den Antwortschreiben auf eine Preisfrage der Berliner Akademie der Wissenschaften vom Jahr 1792.

Die Diskussion konzentrierte sich neben kurzen Anfragen zu einzelnen Vorträgen vornehmlich auf zwei Fragenkomplexe:

- Absolutismus und Agrarfrage
- Verhältnis von Reform und Revolution.

Anknüpfend an den Vortrag von Barta, forderten Günter Vogler (Berlin) und Ingrid Mittenzwei, den aufgeklärten Absolutismus nicht einseitig nach seinen Postulaten zu beurteilen, sondern Wollen und praktische Wirkung im Zusammenhang zu sehen und die Diskrepanz zwischen Theorie und Wirklichkeit herauszuarbeiten. Eine stärkere Beachtung gehöre den Fragen, ob die Politik des aufgeklärten Absolutismus den Bedürfnissen der sich entwickelnden Manufaktur- und Handelsbourgeoisie entsprach und welche Kritik an seiner Agrar- und Wirtschaftspolitik sowohl von reaktionären, aber auch von fortgeschritteneren Positionen geübt worden ist. Erst eine komparative Betrachtung aller europäischen Absolutismen werde es ermöglichen, die Gesamtproblematik besser zu verstehen (Mittenzwei). Ebenso notwendig sei ein Vergleich zwischen den absolutistischen und nichtabsolutistischen Ländern und die Erforschung der Wirkung der absolutistischen Politik auf Ständestaaten (Heitz).

Die Frage nach der gewandelten Gestalt des Feudalismus in seiner Spätzeit (Herbert Langer, Greifswald; Hans-Heinrich Müller) führte zu einem zweiten Problemkreis: dem Verhältnis von Reform und Revolution in der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus. Überlegenswert erschien Langer in diesem Zusammenhang die Einordnung von Bewegungen kultureller, politischer und anderer Natur, die nicht die Revolution zum Ziel hatten, und die Frage, inwiefern etwa der Übergang von der Arbeits- zur Geldrente eine Möglichkeit darstellte, die Herrschaft der Feudalklasse modifiziert weiterzuführen und die Revolution zu umgehen (Hannelore Lehmann, Berlin). Vogler verlangte die Herausarbeitung der Wirkungen, die die Reformen der Aufklärungszeit für die Reformbewegung des 19. Jahrhunderts hatten. Ferner gab er bei der Einschätzung des Kampfes der einfachen Warenproduzenten im 18. Jahrhundert eine zweifache Stoßrichtung zu beachten und machte (zusammen mit Helga Schultz) auf die Widersprüche in der ökonomischen und politischen Bewegung des 18. Jahrhunderts aufmerksam, die einerseits von konservativ-zünftlerischen Elementen getragen wurde, andererseits durch Kräfte repräsentiert wurde, von denen demokratische Impulse für die bürgerliche Revolution ausgingen.

Die wichtige Frage des Noch-nicht-Kapitalistischen und Nicht-mehr-Feudalen im philosophischen und ökonomischen Denken des 18. Jahrhunderts warf Lothar Elsner (Rostock) auf und gab damit Anstoß, dieses Problem über den Bereich der Ideologie hinaus zu verfolgen. In diesem Zusammenhang diskutierten Lehmann und Heitz die Frage, ob Forderungen nach Abschaffung der Leibeigenschaft ein Angriff auf die Grundlagen der Feudalordnung waren oder nur eine Modifizierung feudaler Abhängigkeiten anvisierten. Zum erstgenannten Problem äußerte sich Mittenzwei mit Zweifeln daran, ob klassenmäßig ganz klar abzugrenzende Ideologie in der Zeit der Übergangsperiode möglich sei, da die Ideologie verschiedene klassenmäßige Elemente habe und nicht einheitlich bourgeois gewesen sei. Hinter den zeitgenössischen Forderungen nach Aufhebung der Leibeigenschaft und Auflösung des Fronhofsystems standen nach Meinung Bartas in erster Linie ökonomische Beweggründe, die Erzielung höherer landwirtschaftlicher Erträge. Vogler vertrat die Auffassung, daß mit der Kritik an der Leibeigenschaft die Wurzeln des Systems angegriffen worden seien.

In abschließenden Bemerkungen würdigte Heitz die Tagung als einen erfolgreichen Schritt auf dem Wege der Erforschung der Agrargeschichte des Feudalismus und Kapitalismus und setzte große Erwartungen in eine weitere gedeihliche internationale Zusammenarbeit. Für die künftige Arbeit stellte er ein jährliches wissenschaftliches Kolloquium im Rahmen der Fachkommission Agrargeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR in Aussicht.

Helga Eichler

AGRARVERHÄLTNISSE IM OSTSEERAUM BEIM ÜBERGANG VOM FEUDALISMUS ZUM KAPITALISMUS

20. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft der Historiker-Gesellschaft der DDR (13. bis 15. Oktober 1975 in Mühlhausen)

Der Eröffnung der Tagung, die dem 450. Jahrestag des deutschen Bauernkrieges gewidmet war, durch den Vorsitzenden der Hansischen Arbeitsgemeinschaft, Eckhard Müller-Mertens (Berlin), schlossen sich herzliche Begrüßungsworte des stellvertretenden Bürgermeisters der 1200jährigen Gastgeberstadt und eine von Teodor Zaidis (Lettische SSR) verlesene Grußadresse an.

Gerhard Günther (Mühlhausen) leitete das wissenschaftliche Tagungsprogramm mit dem Vortrag "Mühlhausen im Bauernkrieg" ein und verwies auf die Stellung der Reichsstadt in Thüringen als eines der bedeutendsten Zentren im deutschen Bauernkrieg 1525. Er ging dabei von der wichtigen Rolle aus, die das stark befestigte Mühlhausen im strategischen Plan des großen Revolutionärs Thomas Müntzer spielte: Mühlhausen sollte das Zentrum eines neuen staatlichen Gebildes der sozialen Gerechtigkeit werden, das neben Hessen das gesamte Thüringer Land umfaßt hätte. Günther referierte weiter über die sozialökonomische und gesellschaftliche Situation der Stadt am Vorabend des Bauernkrieges, die Zuspitzung der Klassenkampfsituation und die chronologische Abfolge der revolutionären Ereignisse, die im März 1525 in der Errichtung des "Ewigen Rates" gipfelten.

Im Anschluß an Günther hielt Gerhard Heitz (Rostock) sein Grundsatzreferat "Die Entwicklung der Agrarstruktur vom 16. bis zum 18. Jahrhundert" und zog damit den Bogen von den Klassenkämpfen der frühbürgerlichen Revolution zu wichtigen theoretischen Problemen der marxistischen Agrargeschichte bei der Erforschung der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus. Im Hinblick auf den engen Rahmen eines Vortrages wollte Heitz einleitend den Terminus Agrarstruktur als sozialökonomische Struktur unter Beschränkung auf den agrarischen Bereich verstanden wissen und wies in diesem Zusammenhang auf die Vorträge und Kommunikationen anderer Kollegen über agrarisch gebundenen Handel, Handwerk und Sozialstruktur hin.

In den Mittelpunkt seiner Ausführungen über die Agrarstruktur stellte der Referent ausdrücklich die Frage nach den Eigentumsverhältnissen. Er charakterisierte nach Marx das agrarische Haupteigentum als "Grundeigentum mit daran geketteter Leibeigenenarbeit". In diesem Zusammenhang kam er auf die ausgeprägte Differenzierung der Agrarverfassung in Grundherrschaft und Gutsherrschaft als einem fundamentalen Tatbestand der allgemeinen und deutschen Geschichte zu sprechen und verwies die Konferenzteilnehmer darauf, daß die neuere agrargeschichtliche Forschung dabei sei, das einseitige Bild zweier sich starr gegenüberstehender Typen der Agrarverfassung aufzulockern. Während die bürgerliche Agrargeschichtsforschung mit eindeutig politischem Hintergrund eine Affinität des ostelbischen bzw. osteuropäischen Raums für den landwirtschaftlichen Großbetrieb deklariert, hat die marxistisch-leninistische Historiographie in erster Linie den übereinstimmenden Charakter beider Typen der Agrarverfassung

herausgearbeitet und in den Unterschieden der feudalen Rentenform die wesentliche Grundlage für die Differenzierung der Agrarstruktur erkannt. Dabei lenkte Heitz die Aufmerksamkeit auf die innerhalb der marxistischen Agrargeschichte geführte Diskussion über verschiedene Typen der Gutsherrschaft und kam zu dem Schluß, daß bei der Analyse dieses Problems der Frage nach der mehr binnenwirtschaftlich oder mehr exportorientierten Produktion weitere Fragen nach dem Marktanteil sowie nach den spezifischen betriebswirtschaftlichen Bedingungen der Produktion folgen werden müssen. Ausgehend von der fortschreitenden Differenzierung der Bauernschaft, einem nicht vom Agrardualismus zu trennenden Vorgang, kam er auf die Rolle von Gemeinde und Landarmut zu sprechen und definierte die letztere als eine noch nicht geschlossene gesellschaftliche Kraft, die sich aus sehr heterogenen Elementen zusammensetzt, sich erst im Prozeß der Herausbildung des Kapitalismus zu freien Lohnarbeitern entwickelt, aber schon gegen Ende der Übergangsepoche eine verstärkte Aktivität im Klassenkampf aufweisen kann. Die Existenz einer wachsenden Schicht landarmer und landloser Dorfbewohner, die ohne Besitz vollberechtigter Hofstellen und damit auch ohne Anteil an der Allmende blieben, mußte zwangsläufig zu weiteren Differenzierungen und Spannungen innerhalb von Dorf und Gemeinde führen.

Im letzten Teil seiner Ausführungen beschäftigte sich Heitz mit dem wichtigen Platz, den in den feudalen Produktionsverhältnissen die persönliche Unfreiheit einnimmt, und befaßte sich mit dem unterschiedlichen Ausbau und der landesgesetzlichen Fixierung des Fronwirtschaftlichen Systems und der zweiten Leibeigenschaft in Mecklenburg, Schwedisch-Pommern, Schleswig-Holstein und den ostbaltischen Gebieten.

J. A. Faber (Niederlande) sprach anschließend über die "Oligarchisierung in der niederländischen Provinz Friesland während der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts". Als Ausgangspunkt nahm er die Tatsache, daß sich die Vereinigten Niederlande weitgehend aus ziemlich autonomen Provinzen zusammensetzten, an deren Spitze sich eine Oligarchie von Regentengeschlechtern gesetzt hatte. In Friesland wurde dieser Prozeß auf eine ganz bestimmte Art und Weise vorangetrieben, durch raffinierte Ausnutzung eines von altersher mit bestimmten Bauernhöfen verbundenen Wahlrechtes. Faber schilderte in eindringlicher Weise und anhand von überzeugendem statistischem Quellenmaterial, wie es einer kleinen Gruppe von Regentenfamilien gelang, durch Stimmenankauf und andere undemokratische Mittel die ganze Macht in die Hände zu bekommen und sie unter sich zu verteilen. Die ökonomische Ursache dieser Entwicklung lag nach seiner Meinung in der wirtschaftlichen Stagnation, die den Griff der grundbesitzenden Aristokratie nach den Ämtern als einer sicheren Einnahmequelle gefördert hätte. Aktionen der Volksmassen gegen den Mißbrauch der Gewalt durch die Regenten registrierte der Referent nur in geringerem Maße; durchgreifende revolutionäre Veränderungen waren erst mit dem unmittelbaren Eingreifen der Französischen Revolution in die Niederlande nach 1798 vor sich gegangen. Allerdings erwähnte er auch, daß bereits 1748 Forderungen nach dem allgemeinen demokratischen Wahlrecht auftraten.

Juhan Kahk (Tallinn) ging in seinem Referat "Die Agrargeschichte Estlands in vergleichender Sicht und die Entwicklung des Klassenkampfes" von dem komplizierten und interessanten Bild des antifeudalen Kampfes der Bauernschaft Nordeuropas aus, das viele gemeinsame Züge besitze. In diesem Zusammenhang zog er Parallelen zum deutschen Bauernkrieg und zu revolutionären Bewegungen der polnischen, russischen und lettischen Bauern. Er begründete sein Interesse für den deutschen Bauernkrieg unter anderem damit, daß die marxistischen Klassiker

grundlegende Konzeptionen zur Agrargeschichte, unter anderem den besonderen Entwicklungsweg der ostelbischen Agrarverhältnisse, anhand dieses Beispiels erarbeitet hätten.

Im weiteren wies Kahk nach, daß der Prozeß der feudalen Knechtung im Baltikum parallel zu anderen osteuropäischen Regionen verlief - Rußland ausgenommen - und daß es überall zu einem Anwachsen der feudalen Exploitation kam.

Im einzelnen zählte der Referent dann die Entwicklungsstufen der Frondiensterhöhung in Estland auf, machte detaillierte Angaben zur demographischen Entwicklung und zum Stand der Produktionsmittel-Nutzung, das heißt zu den angewandten landwirtschaftlichen Produktionsverfahren und -geräten. Im Schlußteil seiner Ausführungen warf Kahk die Frage nach dem gegenseitigen Verhältnis von allgemeinen nationalen Aufständen und lokalen Insurrektionen der unterdrückten Klasse der feudalabhängigen Bauern nach der Niederlage des deutschen Bauernkrieges und im Zeitalter des Feudalabsolutismus auf. Auf Estland und Lettland bezogen, schätzte er ein, daß es dort im 17./18. Jahrhundert nur noch zu lokalen Insurrektionen kam, während der gleichzeitig verlaufende Pugatschow-Aufstand nicht nur im Interesse der russischen Bauern lag, sondern auch weitgehend das Schicksal der Agrarverhältnisse im Baltikum beeinflusste.

"Die zweite Leibeigenschaft in Litauen" hatte sich J. Jurginis (Vilnius) zum Thema seines Vortrages gewählt. Er sprach über die Erweiterung der Domänenwirtschaft der litauischen Großfürsten und die damit in Zusammenhang stehende Erweiterung der Ackerflächen und der Arbeitspflichtleistungen der in der Nähe wohnenden abhängigen Bauern. Ausführlich und genau ging er darauf ein, wie sich aus dem ursprünglichen bäuerlichen Hilfsdienst auf Einladung die Fronarbeit auf Befehl entwickelte und wie damit begonnen wurde, die Bauern nicht mehr nach Rauchstellen, sondern nach Diensten einzuteilen, und dies nicht nur auf Großfürstengütern, sondern auch auf privaten und kirchlichen Gütern. Der Referent schloß mit der Feststellung, daß sich die zweite Leibeigenschaft in Litauen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts voll durchgesetzt hat.

Der inzwischen verstorbene Karl-Friedrich Olechnowitz (Rostock) setzte sich in seinem Referat "Landstädte und landstädtisches Bürgertum in Mecklenburg im 17. und 18. Jahrhundert" das Ziel, theoretische Ansätze für eine breitere und intensivere Erforschung der Problematik der kleinen Landstädte und ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur zu entwickeln. Regional beschränkte er sich auf die mecklenburgischen Kleinstädte Lübz, Parchim, Neustadt, Grabow, Hagenow, Gadebusch und Wittenburg. Dabei betonte er einleitend, daß die wirtschaftliche Grundlage der mecklenburgischen Landstädte der der großen Seestädte, wie Rostock und Wismar, ähnelte, wenn auch die agrarische Komponente viel stärker ausgeprägt war.

Olechnowitz forderte, eine erhebliche Forschungslücke zu füllen, denn trotz verdienstvoller Einzelarbeiten (zum Beispiel von Helga Schultz und Klaus Vetter) sah er sich veranlaßt, die Erforschung der Landstädte und des landstädtischen Bürgertums sowie ihrer Stellung im spätfudalen Gesellschaftssystem ein fast vergessenes Problem zu nennen. Ungeachtet großer Fortschritte, die innerhalb der DDR-Historiographie zur Rolle des Städtebürgertums in der Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus gemacht worden seien, fehlten in der Erforschung der Genesis des Kapitalismus und der Bourgeoisie die Kleinstädte und das kleinstädtische Bürgertum. Dabei wies er darauf hin, daß quantitativ die überwiegende Masse des Bürgertums in kleinen Städten lebte, produzierte und konsumierte. Zur Entwicklung der gesellschaftlichen Situation in und um die Klein-

Die letzte legte er dar, daß die kleinstädtische Ökonomie der Manufakturperiode mehr oder weniger in das System der spätfudalen Gesellschaft integriert bleibt und daß das kleinstädtische Bürgertum aufgrund seiner geringen Differenzierung kaum ein Reservoir für progressive politische Bewegungen darstellte.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages machte er anhand seiner analytischen Arbeiten über die genannten mecklenburgischen Kleinstädte klar, wie wichtig für die weitere Forschung auf diesem Gebiet die Analyse von Land- und Brückenzöllen, von Zollregistern und Märkten ist, um die wichtige Rolle der Kleinstädte im stadtlandverbindenden Handel sowie als Verteiler des überseeischen Imports herauszuarbeiten. Abschließend betonte Olechnowitz nochmals, daß die Erforschung der Kleinstädte und des kleinstädtischen Bürgertums auf breiter Grundlage eine lohnende Aufgabe für die DDR-Historiographie sei, gerade im Zusammenhang mit der laufenden "Bürgertumsdiskussion".

Am Ende des ersten Konferenztages stand die Kommunikation von I. Kiss (Ungarn) über "Komponenten des ungarischen Außenhandels". Anhand außerordentlich umfangreichen statistischen Zahlenmaterials verdeutlichte er die hervorragende Stellung, die der Ochsenexport innerhalb des ungarischen Agrarhandels vom 16. bis 18. Jahrhundert spielte. Für die weitere wissenschaftliche Forschung auf diesem Terrain wäre es bestimmt von Bedeutung, wenn dieser Beitrag mit seinen detailliert aufbereiteten Statistiken auch gedruckt vorläge.

Der zweite Konferenztag wurde mit dem Vortrag "Landhandwerk im Ostseeraum" von Helga Schultz (Rostock) eingeleitet. Genauso wie vorher Olechnowitz ging sie von dem viel zitierten Marx-Zitat aus, daß die Manufaktur nur ein Kunstwerk auf der Grundlage der einfachen Warenproduktion darstellt, und wies darauf hin, daß das platte Land beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus den Bereich darstellt, in dem das Wachstum der kleinen Warenproduktion vor allem stattfindet. Sie sprach weiter über die soziale Funktion, die Landhandwerk und Landgewerbe im Spätfudalismus innehaben, da aus ihnen die große Masse von der Landwirtschaft letztlich gelöster Produzenten hervorgeht, die während der industriellen Revolution schnell ins Proletariat finden. Gleichzeitig betonte sie den inneren Zusammenhang von spätfudaler Agrarstruktur und ländlichem Handwerk, der zu Unterschieden in der Dichte des ländlichen Handwerks führte. Auf statistisches Material gestützt, machte sie im folgenden detaillierte Ausführungen über die unterschiedliche Dichte und die Differenzierung des ländlichen Handwerks in Mecklenburg, vor allem auch im Vergleich zur Entwicklung in Schleswig-Holstein. Sie kam dabei zu der Schlußfolgerung, daß um 1800 alle wichtige Gewerbeproduktion zur Versorgung der ländlichen Bevölkerung auf dem Lande selbst geschaffen wurde und daß dieser Trend zu einer negativen Rückwirkung auf die kleinstädtischen Nahmarktfunktionen führte, denn die Verbindung von Landhandwerk und feudaler Gutswirtschaft hielt die Masse der ländlichen Produzenten von den größeren Märkten fern.

Die Kommunikation von Manfred Straube (Leipzig) über "Agrarprodukte im binenländischen Handel" schloß die Serie vorbereiteter wissenschaftlicher Konferenzbeiträge ab. Detailliert sprach er über die große ökonomische Rolle des Großviehhandels und des Handels mit anderen damals wichtigen Agrarprodukten, wie Wolle, Felle, Häute, Waid, Holz und Salz, im thüringisch-sächsischen Raum während der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus.

Die anschließende Diskussion grupperte sich um wichtige Probleme der vorangegangenen Vorträge und Kommunikationen.

Während Hartmut Harnisch (Berlin) akzentuiert auf die positive Rolle der Gemeinde im bäuerlichen Klassenkampf hinwies, forderte Günter Vogler (Berlin) eine differenzierte und dialektische Betrachtung der Rolle der Gemeinde bei bäuerlichen Widerstandsaktionen.

Walter Stark (Greifswald) nahm Stellung zu dem Bündnisproblem Bauernschaft-Bürgertum und verwies auf Gegensätze zwischen beiden Klassen, wobei er sich auf den Grundbesitz der Städte und auf die Tatsache bezog, daß die städtischen plebejischen Schichten in Unruhen teilweise gegen die Bauern auftraten. Gerhard Heitz machte dagegen geltend, daß die weitere Forschung vom Suchen nach subjektiven und objektiven Formen des Zusammengehens von Bauern und Bürgertum bestimmt sein müsse. Gleichzeitig wies er auf das Zusammengehen von Bürgern und Bauern im ideologischen Kampf gegen die Leibeigenschaft hin.

T. Zaidis ging auf die Bedeutung des Landhandwerks und dessen Verhältnis zum städtischen Handwerk ein und legte dar, daß gerade die Landhandwerker oft die Träger progressiver und revolutionärer Ideen waren.

Helga Schultz stimmte ihm zu, daß die Rolle des Landhandwerks im Klassenkampf künftig noch größere Beachtung verdiene.

Peter Hoffmann (Berlin) äußerte sich über die Situation des Handels in Kriegszeiten, während Rudolf Berthold (Berlin) verlangte, die qualitative und quantitative Seite der Eigentumsstruktur gleichgewichtig in der weiteren Forschung zu behandeln. Dabei gelte es, die Entwicklung der Rolle der Produktionsstruktur innerhalb der Agrarstruktur zu beachten.

In seiner Erwiderung sprach Eckhard Müller-Mertens über die Wichtigkeit gerade der qualitativen Seite der Eigentumsstruktur. Er warf dabei das Problem der Pacht auf und stellte eine Definition des Terminus "Feudalbauer" zur Diskussion.

Am 15. Oktober wurde die Jubiläumstagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft mit einer Exkursion zu den Bauernkriegsstätten in Frankenhausen, Heldringen und Allstedt beendet. Die in sehr kurzer Zeit durchgeführten Renovierungsarbeiten und die von großer wissenschaftlicher Qualität getragenen Bauernkriegsausstellungen im Frankenhäuser Schloß, in der Wasserburg zu Heldringen und im Allstedter Schloß zeigten den in- und ausländischen Teilnehmern mit aller Eindringlichkeit die Mühe und Sorgfalt, die unser Staat daransetzt, das revolutionäre Vermächtnis der kämpfenden Volksmassen von 1525 würdig zu bewahren.

Monika Harbauer

Quellen
und Materialien

VERÄNDERUNGEN DER SOZIAL- UND BESITZSTRUKTUR IN OSTTHÜRIN- GISCHEN ÄMTERN UND STÄDTEN AM VORABEND DES BAUERNKRIEGES

von Elisabeth Schwarze

Häufig wurde von der Geschichtsforschung auf mögliche Zusammenhänge zwischen den durch einen allgemeinen Bevölkerungsanstieg im 15./16. Jahrhundert bewirkten Verschiebungen innerhalb der Sozial- und Vermögensstruktur und den revolutionären Bewegungen hingewiesen, ohne jedoch in allen Fällen konkret nachzuweisen, wie diese Veränderungen aussahen, welchergestalt sie sich vollzogen, welche Bevölkerungsschichten davon betroffen wurden, und welchen Einfluß sie auf die bäuerlichen Bewegungen und Forschungen ausübten. Die Herstellung einer lückenlosen Beweiskette ist allerdings bisher noch keinem Historiker gelungen, da unsere Kenntnis von der wirtschaftlichen Lage der Bauern im Spätfeudalismus noch immer viele unbekannte Größen enthält. Die Gründe dafür liegen im Fehlen geeigneter Überlieferungen bzw. in der besonderen Beschaffenheit der spätfеudalen Quellen, aber auch in der noch immer nicht vollständigen methodischen Ausschöpfung der vorhandenen sozialgeschichtlichen Quellen durch die Historiker. Es fehlen auch noch Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und den Veränderungen innerhalb der Sozial- und Besitzstruktur auf dem Hintergrund einer bestimmten Gesellschaftsformation herstellen. Auf die Tatsache, daß Bevölkerungsentwicklung, Produktionsverhältnisse und Gesellschaftsordnung einander bedingen, weist bereits Marx hin, wenn er feststellt, daß "jede besondere historische Produktionsweise ihre besonderen, historisch gültigen Populationsgesetze hat."¹ In den letzten Jahrzehnten sind wichtige Untersuchungen zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte des Feudalismus vorgelegt worden², teilweise wird aber nur die eine oder die andere Seite dieses Komplexes

1 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 660.

2 Aus der Fülle der in den letzten Jahrzehnten zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte des Spätfeudalismus erschienenen, zum Teil auch regional begrenzten Literatur seien nur die nachfolgenden Titel genannt. Im übrigen wird auf die Literaturzusammenstellungen verwiesen in Historische Forschungen in der DDR, Analysen und Berichte. Zum XI. Historikerkongreß in Stockholm, August 1960, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Sonderheft 1960; Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß, Moskau 1970, in: ZfG, Sonderheft 1970; Franz, Günther, Literaturbericht zur Bevölkerungsgeschichte, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 104. Jg. 1968, S. 218 ff.; Koerner, Fritz, Die Bevölkerungsverteilung in Thüringen am Ausgang des 16. Jahrhunderts, in: Wissenschaftliche Veröffentlichungen des deutschen Instituts für Länderkunde, NF, Nr. 15 - 16/1958, S. 178 - 315; derselbe, Die Bevölkerungszahl und -dichte in Mitteleuropa zu Beginn der Neuzeit, in: Forschungen

berührt; auch fällt auf, daß sich die Forschung wesentlich stärker auf das 18. Jahrhundert konzentriert als auf das bevölkerungs- und sozialgeschichtlich ebenso interessante 15./16. Jahrhundert. Das liegt daran, daß für das 18. Jahrhundert bevölkerungsgeschichtlich auswertbares statistisches Material in weitaus größerer Fülle und Geschlossenheit vorliegt als für das 15./16. Jahrhundert. Für diese Zeit sind Quellen, die sich sowohl zur Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung als auch der Sozialstruktur auswerten lassen, sehr lückenhaft überliefert, fehlen auch für eine ganze Reihe von Territorien und über größere Zeiträume ganz. Die Steuerregister, die für die vorliegenden Untersuchungen die Quellengrundlage bilden, setzen bereits einen relativ hohen Stand des Kanzleiwesens und der Verwaltungsorganisation voraus, der im 15./16. Jahrhundert keineswegs in allen deutschen Territorialstaaten erreicht war. Weitere Schwierigkeiten bei der Interpretation und Aufbereitung der Quellen ergeben sich aus der ungeheueren Vielgestaltigkeit, ja Inkonsequenz feudaler Rechts-, Besitz- und Abhängigkeitsverhältnisse, die teilweise von Dorf zu Dorf variieren, so daß man in der Tat, wie es bereits Haun getan hat, von dem "Proteus" sprechen kann, der sich "in immer neuer Gestalt den Händen dessen entwindet, der ihn zu bannen unternimmt"³.

Jeder Historiker, der sich mit feudalen Besitzverhältnissen beschäftigt hat, wird die Erfahrung gemacht haben, daß, je weiter er sich der Basis, das heißt der Frage nach den bäuerlichen Besitzgrößen, nähert, die Probleme nicht weniger werden, sondern daß sich neue Fragestellungen auftun, da die mittelalterlichen Quellen keine feststehenden und allgemein gültigen Größenangaben für die Bauerngüter kennen. Der in den Urkunden und Steuerregistern des sächsisch-thüringischen Gebiets regelmäßig angewandte Begriff der Hufe bzw. des Hufenguts war eine wandelbare, keine feststehende Größe.

und Fortschritte, 1959, S. 335 - 351; Pannach, Heinz, Das Amt Meißen vom Anfang des 14. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts. Studien zur Sozialstruktur, Verfassung und Verwaltung, Berlin 1960; Lösche, Dietrich, Die Lage der Bauern im Gebiet der freien Reichsstadt Mühlhausen im 15. und 16. Jahrhundert, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1961; Eberhardt, Hans, Die Bevölkerungsgeschichte der schwarzburgischen Städte im 15. und 16. Jahrhundert, in: Rudolstädter Heimathefte, 8 - 9/1961; derselbe, Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichte des Amtes Schwarzburg im 16. Jahrhundert, in: ebenda, 1 - 2/1965 u. 3 - 4/1965; Hartmann, Josef, Die kurmainzischen Ämter des mittleren und oberen Eichsfelds. Untersuchungen zur Verwaltung, Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur eines geistlichen Fürstentums, phil. Diss. Halle 1962; Blaschke, Karlheinz, Bevölkerungsgeschichte von Sachsen bis zur industriellen Revolution, Weimar 1967. - Vgl. dazu die Besprechung von Harnisch, Hartmut, Über die Bedeutung der Bevölkerungsgeschichte als Teil der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 4, S. 205 - 220; Sabeau, D. W., Landbesitz und Gesellschaft am Vorabend des Bauernkrieges, Stuttgart 1972; Harnisch, Hartmut, Bevölkerung und Wirtschaft, Über die Zusammenhänge zwischen sozialökonomischer und demographischer Entwicklung im Spätfudalismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 2, S. 57 - 87; Schwarze, Elisabeth, Soziale Struktur und Besitzverhältnisse der ländlichen Bevölkerung Ostthüringens im 16. Jahrhundert. Mit einer Einführung von Hans Eberhardt, Die Land- und Türkensteuerregister des 16. Jahrhunderts und die Möglichkeiten ihrer Auswertung, Weimar 1975.

³ Haun, Friedrich Johannes, Bauer und Gutsherr in Kursachsen, Straßburg 1892, S. 21.

Ich habe für meine Untersuchungen Steuerregister der Ämter Leuchtenburg, Orlamünde und Roda von 1496⁴ und 1542⁵, des Amtes Saalfeld von 1531⁶ und 1547⁷, der Städte Saalfeld und Neustadt an der Orla von 1496 und 1542⁸ und der Stadt Ziegenrück von 1531 und 1542⁹ ausgewertet. Das Untersuchungsgebiet umfaßt das Saaletal südlich von Jena bis Ziegenrück mit einem Teil der angrenzenden Mittelgebirgs- und Tallandschaften. Obwohl dieses Gebiet nicht unmittelbar zum Zentrum des Bauernkrieges gehörte, haben auch hier zahlreiche größere und kleinere Einzelaktionen der Bauern unter starker Beteiligung der städtischen Bevölkerung gegen feudale Rittersitze, Pfarrer und Klöster stattgefunden und sind hart bestraft worden. Die Städte Neustadt und Ziegenrück sind sogar mit eigenen Artikeln hervorgetreten.¹⁰

Als Steuerpflichtiger tritt uns in den Registern der "besessene Mann" bzw. der "behauste Bürger" entgegen, der zumindest ein Haus, in der Regel aber auch Grund und Boden versteuerte. Hinter ihm haben wir uns eine mehr oder minder große Anzahl ungenannter wirtschaftlich abhängiger Familienangehöriger zu denken. Ein unschätzbare Vorzug der Steuerregister ist es, daß sie auch die besitzlosen dörflichen und städtischen Unterschichten, wie Hausgenossen, Tagelöhner, ledige Gesellen, Pfahlbürger und das Gesinde, aufführen, da diese mit einer geringen Kopfsteuer belegt waren bzw. ihren Jahrlohn versteuern mußten.

Zunächst möchte ich die Bevölkerungsentwicklung in den Ämtern Leuchtenburg, Orlamünde und Roda untersuchen (vgl. Tabellen 1, 2 und 3), für die gleichartige und gleichzeitige Register vorliegen. Die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen in diesen Ämtern ist von 1496 bis 1542 von 763 auf 1 231, also um 468 Personen angestiegen. Es erhebt sich die Frage, von welchen sozialen Schichten dieser Bevölkerungszuwachs aufgefangen worden ist. Zunächst bestand die Möglichkeit des Abwanderns in die Städte, auf die aber an dieser Stelle nicht eingegangen werden soll. Für diejenigen, die "im Lande und auf dem Lande" blieben, gab es im wesentlichen folgende Existenzmöglichkeiten: 1. Schaffung neuer Bauernstellen, 2. Ausweichen in landarme und landlose dörfliche Schichten, wie Gärtner, Hintersiedler, Häusler und Hausgenossen, und 3. das Verdingen als Dienstbote.

Dem Anwachsen der Zahl der Steuerpflichtigen um insgesamt 468 Personen steht eine Vermehrung der Bauernstellen von 670 auf 784, also um 114, gegenüber. Die Zuwachsrate ist bei den Ämtern Leuchtenburg und Orlamünde gleich, nämlich 42, im Amt Roda liegt sie bei 30. Ihre unterschiedliche Höhe ist durch zwei Faktoren bedingt: durch die günstige geographische und klimatische Lage eines Teiles der leuchtenburgischen und orlamündischen Amtsdörfer, die den Anbau von Wein, Obst und anderen Spezialkulturen ermöglichte und somit auch kleinen Landbesitzern Existenzmöglichkeiten bot, sowie durch die von der Obrigkeit unerwünschte, nichtsdestotrotz im mittleren Saalegebiet häufig geübte Teilung und Zerschlagung von Bauerngütern. Im Amt Roda, dessen Orte zum großen Teil im waldreichen, klimatisch ungünstigen und wenig fruchtbaren Gebiet der rechts-

4 Staatsarchiv (im folgenden: StA) Weimar, Reg. Pp 167, 1.

5 Historisches StA Altenburg, Landesregierung 2904; Obersteuer 97.

6 StA Weimar, Reg. Pp 256 a.

7 Ebenda, Reg. Pp 256.

8 Ebenda, Reg. Pp 257/2; 257/15; 202/2; 202/9.

9 Ebenda, Reg. Pp 368.

10 Akten zur Geschichte des Bauernkrieges in Mitteldeutschland, Bd. 2, hg. v. Walter Peter Fuchs, Jena 1942, Nr. 1228, 1501.

saalischen Buntsandsteinplatte liegen, ist in den meisten Orten der Bestand an Bauerngütern gleichbleibend oder nur geringfügig um eine oder zwei Wirtschaften erweitert worden. In einigen Walddörfern ist sogar eine Abnahme zu verzeichnen. Auffallend groß ist der Zuwachs an Landbesitzern in dem rodaischen Amtsdorf Großlöbichau bei Jena, bezeichnenderweise einem Weinbauerdorf mit zusätzlichen Existenzmöglichkeiten. Wir stellen fest, daß rund ein Viertel des Bevölkerungszuwachses durch Schaffung neuer Bauernstellen abgefangen wurde, die in der Regel durch Teilung von Hufengütern, durch Wiederbesetzung wüster Hufen, kaum jedoch durch Neugewinnung landwirtschaftlicher Nutzflächen entstanden sein dürften. Wie sehr die ländliche Bevölkerung unter feudalen Produktionsbedingungen von der landwirtschaftlichen Bodennutzung abhängig war, mochte der Landanteil auch noch so klein sein, zeigt die Tatsache, daß die landlosen Häusler im Untersuchungsgebiet wenig ins Gewicht fallen und sich zahlenmäßig kaum entwickelt haben, während die landarmen Schichten eine auffallende Vermehrung erfahren haben.

Die wichtigsten Auffangbecken für den Bevölkerungszuwachs waren im Spätféudalismus neben der Schicht der kleinen Landbesitzer eindeutig die Schichten der besitzlosen Hausgenossen, unter denen wir uns vornehmlich Tagelöhner, Dorfhandwerker, Gemeindegirten, ledige Gesellen, aber auch alte und erwerbsunfähige Personen vorzustellen haben, die keine Behausung besaßen, sondern bei einem Hausbesitzer zur Miete wohnten, sowie das Gesinde, das in einem persönlichen und wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zum Dienstherrn stand. Hausgenossen sind bereits in den Steuerregistern von 1496 vereinzelt nachweisbar. 1542 werden in den Ämtern Leuchtenburg, Orlamünde und Roda insgesamt 115 Hausgenossen gezählt. Das Gesinde wächst im gleichen Zeitraum von 58 auf 249 Personen. Auffallend ist die Fluktuation innerhalb der besitzlosen Schichten; dies zeigt ein Vergleich mit dem Amt Saalfeld (vgl. Tabelle 4), wo die Anzahl der Hausgenossen und des Gesindes im Zeitraum von 1531 bis 1547 von 41 auf 10, bzw. von 76 auf 66 Personen sinkt.

Unter feudalen Produktionsverhältnissen schuf das Bevölkerungswachstum für viele Menschen eine Zwangslage und förderte Armut und wirtschaftliche Abhängigkeit, die stets mit Rechtlosigkeit gepaart waren. Es drückte auf die festgefügtén feudalen Besitzverhältnisse und führte im Untersuchungsgebiet zu einer weitgehenden Besitzersplitterung, die viele bäuerliche Existenzen gefährdete. Neuerdings hat Sabean¹¹ in seinen Untersuchungen über die Lage der Bauern in Oberschwaben darauf hingewiesen, daß sich neben dem Kampf der Bauern gegen die Eingriffe der Feudalherren und des Territorialstaates in althergebrachte bäuerliche Rechtsverhältnisse eine Abgrenzung der Nachbarschaftsgemeinde gegen die wirtschaftlich schwachen ländlichen Schichten vollzog. Auch nach dem im mitteldeutschen Bereich gültigen Dorf- und Bauernrecht¹² war die Zahl der in die Dorfgemeinde neu aufzunehmenden Hausgenossen beschränkt und richtete sich im wesentlichen nach den vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten.

Auch in den Städten und Kleinstädten des Untersuchungsgebietes verlief die Bevölkerungsentwicklung in aufsteigender Linie, wobei, genau wie auf dem Lande, ein deutliches Anwachsen unterprivilegierter Schichten zu beobachten ist. Meine Untersuchungen konzentrierten sich auf Neustadt/Orla, Saalfeld und Ziegenrück, wo-

¹¹ Sabean, D. W., a. a. O.

¹² Gabcken, Ludwig Friedrich, Grundsätze des Dorf- und Bauernrechts, Halle 1780, S. 61.

bei bewußt Städte ausgewählt wurden, deren Einwohner aktiv in die bäuerlichen Aktionen eingegriffen haben und die jeweils einen bestimmten Stadttypus verkörpern: Neustadt, die Gerber- und Tuchmacherstadt mit weitreichendem Absatz, Saalfeld, die Bergbau- und Gewerbestadt mit ausgedehnten Handelsbeziehungen, besonders im Saigerhandel; und Ziegenrück, die Ackerbürgerstadt ohne wirtschaftliche Ausstrahlungskraft (vgl. Tabellen 5, 6, 7, 8).

Die steuerpflichtige städtische Bevölkerung wird in den Registern in der Regel nach folgenden Gruppen aufgeführt: 1. behaute Bürger innerhalb der Ringmauern, 2. Einwohner der Vorstädte, 3. Mitwohner, Mitbürger oder Pfahlbürger, wobei die letztere Gruppe mit den Vorstädtern in älteren Registern zuweilen zusammengezählt wird, 4. Gesinde. Die Mitbürger waren teils besitzlos und zahlen die Kopfsteuer, teils versteuerten sie auch Grundbesitz oder Geldkapitalien und besaßen das Bürgerrecht. Die Bewohner der Vorstädte versteuerten Haus, Vieh und einzelne Grundstücke, oft auch nur die Behausung. Im Jahre 1496 gab es in Neustadt 210 behaute Bürger sowie 99 Vorstädter und Mitwohner, die Bürgerrecht und Besitz hatten. Leider fehlen Angaben über die besitzlosen Hausgenossen und das Gesinde, die sicher, wenn auch in geringem Maße, bereits vorhanden waren. 1542 wird die Zahl der behauten Bürger innerhalb der Ringmauer mit 204 angegeben. Ferner werden 153 Vorstadtbewohner, 25 unbehaute Bürger mit Besitz, 115 besitzlose Mitwohner, darunter ein Brauer, ein Maurer, ein Tuchmacher und ein Büttner, sowie 97 Dienstboten gezählt. Während sich die Zahl der städtischen Bürgerhäuser um 6 verringert hat, ist ein sprunghafter Anstieg der vorstädtischen Behausungen und besitzlosen Schichten zu beobachten.

Auch in Saalfeld ist eine relativ schnelle Bevölkerungsentwicklung festzustellen, die sich jedoch nicht wie in Neustadt ausschließlich auf die Vorstädte konzentrierte, sondern auch zu einer Erweiterung des eigentlichen Stadtgebietes führte. Wie groß die Anziehungskraft Saalfelds war, zeigt die Tatsache, daß mehrere vor den Toren der Stadt gelegene Dorfsiedlungen bereits im 15. Jahrhundert ausgesprochen vorstädtischen Charakter besaßen und die für Stadtrandsiedlungen typischen Besitzformen aufwiesen, obwohl sie noch unter der Oberherrschaft des Amtes Saalfeld standen. 1496 beherbergte Saalfeld in seinen Mauern 281 behaute Bürger, 32 unbehaute Bürger und unmündige Kinder mit Besitz und 103 Dienstboten, besitzlose Mitwohner wurden nicht aufgeführt. 1547 zählte die Stadt 333 behaute Bürger, 50 Mitwohner und unmündige Kinder mit Besitz, 53 besitzlose Mitwohner und 180 Dienstboten. Während die städtische Bevölkerung eine deutliche Aufwärtsentwicklung zeigte, ging die Zahl der Steuerpflichtigen in den vorstädtischen Siedlungen Altenmark, Altensaalfeld, Köditz und Graba zurück, wobei der Rückgang eindeutig zu Lasten der Hausbesitzer ohne Landanteil und der Hausgenossen ging. Die größeren Chancen, die die Stadt mit ihrem besseren Recht, Handel und Gewerbetätigkeit, Bodenschätzen, günstigen geographischen und klimatischen Voraussetzungen bot, begünstigten die Fluktuation der ökonomisch schwachen Bevölkerungsteile und ermöglichten ein Ausweichen vor wirtschaftlichen Zwangssituationen.

Aufschlußreich ist ein Vergleich der Bevölkerungsentwicklung der Städte Saalfeld und Neustadt mit der des Ackerbürgerstädtchens Ziegenrück. 1531 beherbergte Ziegenrück 74 und 1542 85 seßhafte Bürger, die Zahl der Mitwohner sank von 17 auf 14, während sich die besitzlosen Tagelöhner, Hausgenossen und Dienstboten von 29 auf 39 vermehrten. Diese geringe Bevölkerungsentwicklung kann als typisch für eine wirtschaftlich stagnierende Ackerbürgerstadt angesehen werden, deren Bewohner sich in ihren Lebensbedingungen kaum von den Dorfbewohnern unterschieden.

Die Entwicklung der Vermögensverhältnisse im Untersuchungsgebiet reflektiert wie ein Spiegelbild die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur. Der Begriff "Vermögen" bedeutet in diesem Zusammenhang den in Gulden oder alten Schocken angegebenen Wert der steuerpflichtigen Güter, das heißt der Wohnhäuser und anderen Gebäude, der land-, forst- und gartenwirtschaftlichen Grundstücke und der gelegentlich versteuerten Hauptsummen. Viehbesitz, Bargeld und Wertgegenstände wurden erst später bzw. gar nicht versteuert, so daß für eine vergleichende Untersuchung nur die vorgenannten Vermögensarten in Frage kommen. Um eine Klassifikation der Vermögen zu ermöglichen, ist eine Einteilung der Steuerpflichtigen in Vermögensgruppen erforderlich. Für die ländlichen Besitzer genügte die Einteilung in fünf Vermögensgruppen von 1 bis 25, 26 bis 50, 51 bis 100, 101 bis 200 und über 200 Gulden, bei den städtischen Steuerzahlern wurde die Einteilung um die Vermögensgruppen 201 bis 500, 501 bis 1 000, 1 001 bis 10 000 und über 10 000 Gulden erweitert. Die Gruppe von Steuerpflichtigen in den Amtsdörfern, deren Vermögen auf 1 - 25 Gulden geschätzt wird, besteht aus Häuslern und landarmen Bauern bzw. Lohnarbeitern mit Landanteil, auch in der Vermögensgruppe zwischen 26 und 50 Gulden finden wir die vollwertigen Bauerngüter noch nicht, sondern ebenfalls landwirtschaftlichen Kleinbesitz, geteilte Hufengüter, vor allem die Viertelhüfner. In der Gruppe, die 51 bis 100 Gulden versteuert, finden wir mittlere oder auch geteilte Bauerngüter, vor allem Halbhüfner, sowie die Höfe mit geringwertigem Ackerland. Die vollwertigen und wirklich leistungsfähigen, meist ungeteilten Bauerngüter finden sich erst in den Vermögensgruppen über 100 Gulden, wobei die Besitzer, die auf 200 Gulden Wert und mehr eingeschätzt werden, schon zu den wohlhabenden Bauern gerechnet werden können. Dieser Versuch einer Klassifikation ist nur grob und die Grenzen sind fließend (vgl. Tabellen 5 bis 12).

Ein Vergleich der in den Steuerregistern von 1496 und 1542 fixierten Vermögenswerte zeigt, daß 1542 die Bauerngüter und Grundstücke im allgemeinen wesentlich höher eingeschätzt werden als 1496. Die Ursachen dafür liegen nicht so sehr in einer Vergrößerung des bäuerlichen Besitzes als vielmehr in einer höheren Bewertung der Bauerngüter als Folge des Anstiegs der Bodenpreise.

Hinsichtlich ihrer Vermögensstruktur können drei dörfliche Typen unterschieden werden: 1. Dörfer mit einem großen Anteil an landwirtschaftlichem Kleinbesitz bzw. an geringwertigem Ackerland; dieser Dorftypus ist oft in Gebieten mit ungünstigen geographischen und klimatischen Bedingungen, vornehmlich in abgelegenen Wald- und Gebirgsgegenden, in denen es wenig Möglichkeiten für einen einträglichen Nebenerwerb gab, anzutreffen. 2. Dörfer mit großen Vermögens- und sozialen Unterschieden, das heißt einer breiten Schicht landarmer und einer kleinen Gruppe wohlhabender Bauern. Dieser Typus findet sich besonders in den Obst- und Weinbauerdörfern des Saaletals und seiner linken Nebentäler. Charakteristisch für solche Dörfer ist die weit fortgeschrittene Besitzzersplitterung. 3. Dörfer mit einer gleichmäßigen Vermögensverteilung, vor allem innerhalb der mittleren Vermögensgruppen. Sie sind vorzugsweise in landwirtschaftlich günstigen Gebieten, in denen Ackerbau und Viehzucht die einzige Existenzgrundlage bildeten, vertreten. Oft handelt es sich dabei um Ortschaften abseits der großen Verkehrswege. Verkehrsoffenheit begünstigte die Entstehung von Besitz- und sozialen Unterschieden. Zahlenmäßig dominieren in den untersuchten Ämtern die Dörfer mit einem großen Anteil an landwirtschaftlichem Kleinbesitz, ja teilweise auch an nackter Armut, worauf gelegentliche Bemerkungen der Schösser über die elende Situation in den Walddörfern der Ämter Leuchtenburg und Roda schließen lassen. Während die beiden oberen Vermögensgruppen über 100 Gulden in einer ganzen Reihe von Dörfern fehlen, sind die beiden unteren stets vertreten.

Die Vermögensentwicklung in den Städten ist gekennzeichnet durch erhebliche Besitzunterschiede innerhalb der Stadtbürger, die sich besonders in Saalfeld äußern, wo einem großen Prozentsatz städtischer Armut die bedeutenden Kapitalvermögen und Grundbesitzungen einiger am Saigerhandel beteiligten Familien gegenüberstehen, sowie durch klaffende Vermögensunterschiede zwischen den Stadtbürgern einerseits und den Bewohnern der Vorstädte andererseits. Während bei den Stadtbürgern von Saalfeld und Neustadt eine relativ gleichmäßige Verteilung der Vermögensgruppen bis 500 Gulden festzustellen ist und auch die höheren Vermögen mit 6 bis 12 Prozent der Steuerpflichtigen vertreten sind, versteuern in den Vorstädten von Neustadt und Saalfeld zirka 70 Prozent aller Besitzer Vermögen unter 26 Gulden und gehören damit der geringsten Vermögensgruppe an. Die Ansiedlungen vor den Toren der Städte waren im Spätfeudalismus noch der Sammelpunkt für die wirtschaftlich Schwachen, doch zeichneten sich durch die bereits bestehende Anwesenheit einiger weniger größerer Vermögen in den Vorstädten sowie durch ihre rasch wachsende Einwohnerzahl und Gewerbstätigkeit Linien ab, die auf eine eigenständige Entwicklung der Vorstädte neben der mittelalterlichen Stadt schließen lassen.

In Ziegenrück verteilen sich rund 75 Prozent der Steuerpflichtigen auf die Vermögensgruppen bis 100 aß, der Rest versteuerte Vermögen bis zu 500 aß; höhere Vermögen waren nicht vorhanden. Mit dieser Vermögensstruktur unterschied sich Ziegenrück nicht wesentlich von einem durchschnittlichen Bauerndorf.

Kehren wir zum Ausgangspunkt unserer Untersuchungen zurück. Wir konnten feststellen, daß im Berichtsgebiet im 15./16. Jahrhundert ein Bevölkerungsanstieg zu konstatieren ist und daß dieser neben anderen Faktoren die Ursache für tiefgreifende Veränderungen der Sozial- und Besitzstruktur war. Diese führten zu gesellschaftlichen Widersprüchen, die unter feudalistischen Produktionsbedingungen unlösbar schienen. Die Frage nach der Beteiligung besitzloser dörflicher und städtischer Schichten an den revolutionären Aktionen des Bauernkrieges liegt nahe. Im Gegensatz zu einigen erzgebirgischen Ämtern, wo die zahlenmäßig bereits stark vertretenen, meist im Bergbau beschäftigten Hausgenossen direkt als Anstifter der Erhebungen bezeichnet wurden¹³, und im Amt Allstedt, wo alle Hausgenossen ohne Ansehen der Person in die Buße einbezogen wurden¹⁴, ergeben die Quellen für das sächsisch-thüringische Gebiet kaum Anhaltspunkte für eine Beteiligung besitzloser Schichten am Bauernkrieg. Obwohl Forderungen nirgendwo artikuliert worden sind, werden sich aber doch viele der Armen und Allerärmsten den Bauernhaufen angeschlossen haben. Die Nichteinbeziehung der Hausgenossen und Pfahlbürger in die Strafgeder spricht nicht so sehr für eine Nichtbeteiligung dieser Schichten am Bauernkrieg, sondern eher für ihre absolute Zahlungsunfähigkeit. Träger der revolutionären Bewegung war auch in Thüringen der besitzende Bauer bzw. die Dorfgemeinde im Bündnis mit breiten städtischen Schichten, wobei den Vorstädten eine Vermittlerrolle zukam, die sicher noch einer weiteren Aufklärung durch die marxistische Geschichtsforschung bedürfte.¹⁵

13 Akten zur Geschichte des Bauernkrieges in Mitteldeutschland, a. a. O., Nr. 1693.

14 Falk, Gebhard, Die Folgen des Bauernkrieges nach den Strafregistern im nord-östlichen Thüringen, Staatsexamensarbeit Jena 1951, S. 22 [Ms].

15 Czok, Karl, Zur sozialökonomischen Struktur und politischen Rolle der Vorstädte in Sachsen und Thüringen im Zeitalter der deutschen frühbürgerlichen Revolution, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 1/1975, S. 67.

Sozialstruktur der Steuerpflichtigen im Amt Leuchtenburg

Orte	Steuerpflichtige insgesamt		Bauernstellen		Gärtner		Häusler		Hausgenossen		Gesinde		Landbesitz ohne Haus	
	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542
Großpürschütz	13	22	12	13	1				1			6		2
Hummelshain	12	26	11	17			1	1		3		5		
Jägersdorf	14	12	12	11					2			1		
Kleinpürschütz	7	7	5	6			2					1		
Löbschütz	16	25	13	12	1		2	6		6	1			
Magersdorf	9	13	7	11			2			2				
Oberbodnitz	16	23	15	17			1			2		4		
Obergneus	10	17	9	13			1			2		1		1
Oelknitz	26	48	24	29	1		2	5		5		2		6
Schmölln ⁺	9	14	9	9	1					2		2		
Trockenborn und Wolfersdorf	22	42	17	24			5	1		11		6		
Unterbodnitz	14	29	14	16						6		6		1
Untergneus	10	16	10	11	1			1		1		2		
Zimmritz ⁺	8	27	8	19				2		2		4		
Insgesamt	186	321	166	208	5		16	16	3	42	1	40		10

+ 1496 zum Amt Orlamünde gehörig.

Sozialstruktur der Steuerpflichtigen im Amt Orlamünde

Orte	Steuerpflichtige insgesamt		Bauernstellen		Gärtner		Häusler		Hausgenossen		Gesinde		Landbesitz ohne Haus	
	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542
Beutelsdorf	14	32	12	19		1	2			5		5		2
Bibra	7	18	7	15						3				
Dorndorf	23	38	19	23						2	4	12		1
Engerda	44	73	36	43				2		5	8	22		1
Freienorla	32	46	24	26				1		3	8	14		2
Friedebach ⁺														
Geunitz	22	39	19	21		4				4	3	6		4
Großeutersdorf ⁺														
Heilingen	40	53	32	31		5				3	8	12		2
Keßlar ⁺														
Kleineutersdorf	36	50	31	32		2		1		3	5	11		1
Kleinkochberg ⁺														
Neusitz	19	30	14	16						1	5	13		
Oberhasel	17	28	14	15				1		1	3	11		
Röbschütz	7	12	7	8						2		2		
Zeusch	22	44	21	23				2	1	8		10		1
Zweifelbach	9	19	8	14		1					1	4		
Insgesamt	292	482	244	286		13	2	7	1	40	45	122		14

+ Nicht bearbeitet, da das Register nicht vollständig überliefert ist.

Tabelle 3

Sozialstruktur der Steuerpflichtigen im Amt Roda

Orte	Steuerpflichtige insgesamt		Bauernstellen		Gärtner		Häusler		Hausgenossen		Gesinde		Landbesitz ohne Haus	
	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542
Bremsnitz	22	26	22	20				3		1		2		
Ebersdorf	17	27	16	17			1			4		6		
Geisenhain	16	19	11	14			2			3	3	2		
Gröben	22	38	21	23			1			4		9		2
Großlöbichau	26	59	25	30			1	7		3		19		
Hellborn	20	27	20	19				1		1		6		
Lippersdorf	22	21	17	17			2	2			3	2		
Lotschen	6	8	6	6								2		
Möckern	8	15	6	11			2					4		
Ottendorf	18	28	18	18						2		8		
Podelsatz	7	15	7	7						6		2		
Rattelsdorf	13	15	11	12			2	1				2		
Ruttersdorf	11	23	9	17			2			3		3		
Scheiditz	10	17	10	12						1		4		
Tissa	10	13	10	9		1				2		1		
Trockhausen	9	13	9	9						1		3		
Tröbnitz	6	12	6	9		1				2				
Ulrichswalde	6	7	6	6								1		
Waltersdorf	13	12	10	10							3	2		
Weißbach	17	17	14	14							3	3		
Zöttnitz	6	16	6	10								6		
Insgesamt	285	428	260	290		2	13	14		33	12	87		2

Tabelle 4

Sozialstruktur der Steuerpflichtigen im Amt Saalfeld

Orte	Steuerpflichtige insgesamt		Bauernstellen		Hinter-sattel		Gärtner		Häusler		Haus-genossen		Gesinde		Landbesitz ohne Haus		Handwerker	
	1531	1547	1531	1547	1531	1547	1531	1547	1531	1547	1531	1547	1531	1547	1531	1547	1531	1547
Aue	16	16	14	14								1	2	1				
Beulwitz	20	16	8	9	2	1						1	7	2	3	3		
Crösten	14	14	10	11									4	3				
Graba	12	9	6	9			3				3							
Gorndorf	56	61	38	36			3	5					15	19		1		
Köditz	25	19	16	16							6	1	3	2				
Oberwellenborn	47	52	34	37			1				4	5	8	10				
Reichmannsdorf	24	22	16	16		1			1	5	6		1					
Remschütz	24	35	14	14							4	1	6	10				
Unterwellenborn	60	45	34	35			1		3	3	11		11	6		1		
Willersdorf	18	14	7	8									11	6				
Wittmannsgereuth	32	25	16	16							7	1	8	7			1	1
Insgesamt	348	328	213	221	2	2	8	5	4	8	41	10	76	66	3	5	1	1

Sozial- und Besitzstruktur sowie Vermögensgruppen in Neustadt/Orla 1496

a) Sozial- und Besitzstruktur

Behauste Bürger	210	
Vorstädter und Mitwohner	99	
 Gesamtvermögen der behausten Bürger	50 536	fl.
Maximal	2 270	"
Minimal	10	"
Durchschnittsvermögen	240,65	"
 Gesamtvermögen der Vorstädter und Mitwohner	3 102	fl.
Maximal	400	"
Minimal	0,50	"
Durchschnittsvermögen	31,33	"

b) Vermögensgruppen

(in %)

Vermögen	<u>Behauste Bürger</u>	<u>Vorstädter und Mitwohner</u>
1 - 25 fl.	9,05	77,56
26 - 50 "	9,53	13,26
51 - 100 "	25,23	4,08
101 - 200 "	28,57	3,06
201 - 500 "	20,96	1,02
501 - 1000 "	3,33	1,02
über 1000 "	3,33	-

Sozial- und Besitzstruktur sowie Vermögensgruppen in Neustadt/Orla 1542a) Sozial- und Besitzstruktur

Behauste Bürger insgesamt	357
Davon: Stadtbürger	204
Vorstädter	153
Unbehauste Bürger mit Besitz	25
Besitzlose Hausgenossen	115
Knechte	24
Mägde	73
Gesamtvermögen der Stadtbürger	41 604 fl.
Maximal	1 483 "
Minimal	5 "
Durchschnittsvermögen	204 "
Gesamtvermögen der Vorstädter	5 680 fl.
Maximal	362 "
Minimal	5 "
Durchschnittsvermögen	37 "

b) Vermögensgruppen

(in %)

<u>Vermögen</u>	<u>Stadtbürger</u>	<u>Vorstädter</u>
1 - 25 fl.	5, 51	69, 95
26 - 50 "	15, 22	15, 68
51 - 100 "	25, 12	5, 82
101 - 200 "	20, 68	4, 60
201 - 500 "	20, 65	3, 95
501 - 1000 "	12, 32	-
über 1000 "	0, 50	-

Tabelle 7

Sozial- und Besitzstruktur sowie Vermögensgruppen in der Stadt Saalfeld

a) Sozial- und Besitzstruktur

	1496	1546
Behauste Bürger	281	333
Unbehauste Bürger, Mitbürger und unmündige Kinder	32	50
Hausgenossen ohne Besitz	-	53
Dienstboten und Handwerksgelesen	103	180
Gesamtvermögen der Bürger ⁺	41 835, 50 fl.	131 830 fl.
Maximal	1 340 "	19 380 "
Minimal	4 "	10 "
Durchschnittliches Vermögen	148, 87 "	345 "
Gesamtvermögen der Mitbürger	752 fl.	5 724 fl.
Maximal	110 "	600 "
Minimal	5 "	10 "
Durchschnittliches Vermögen	23, 50 "	114, 50 "

b) Vermögensgruppen
(in %)

	Behauste Bürger		Mitbürger und Hausgenossen	
	1496	1546	1496	1546
1 - 25 fl.	18, 55	19, 52	68, 75	*24, 00
26 - 50 "	19, 25	16, 82	21, 87	26, 00
51 - 100 "	21, 80	17, 42	6, 25	14, 00
101 - 200 "	18, 55	16, 82	3, 13	16, 00
201 - 500 "	15, 92	16, 82	-	18, 00
501 - 1000 "	4, 08	6, 00	-	2, 00
1001 - 10000 "	1, 85	6, 00	-	-
über 10000 "	-	0, 60	-	-

+ Die Angaben des Steuerregisters von 1496 sind durch Wasserschäden teilweise nicht lesbar. Von den Bewohnern des 3. Viertels, die an ihren Häusern Brandschaden erlitten haben, sind nur die Feldgrundstücke versteuert worden.

Tabelle 8

Sozial- und Besitzstruktur sowie Vermögensgruppen in der Stadt Ziegenrück

a) Sozial- und Besitzstruktur

	1531		1542
Seßhafte Bürger	74		85
Mitbürger	17		14
Hausgenossen, Tagelöhner und Dienstboten	29		39
Gesamtvermögen der seßhaften Bürger (ohne Vieh)	5 555, 50	aß	6 337 aß
Maximal	250	"	490, 50 "
Minimal	8	"	7 "
Durchschnittsvermögen	75	"	74, 50 "
Gesamtvermögen der Mitbürger	262	aß	237, 50 aß
Maximal	60	"	58, 50 "
Minimal	5	"	2 "
Durchschnittsvermögen	16	"	17 "

b) Vermögensgruppen
(in %)

	Seßhafte Bürger		Mitbürger	
	1531	1542	1531	1542
1 - 25 aß	28, 59	29, 41	94, 50	71, 42
26 - 50 "	22, 97	18, 82	-	21, 42
51 - 100 "	27, 03	23, 53	5, 50	7, 16
101 - 200 "	17, 46	18, 82		
201 - 500 "	4, 05	9, 42		
501 - 1000 "	-	-		
über 1000 "	-	-		

Vermögensgruppen im Amt Leuchtenburg
 (in % ohne Viehbesitz)

Orte	1 - 25 fl.		26 - 50 fl.		51 - 100 fl.		101 - 200 fl.		Über 200 fl.	
	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542
Großpürschütz	15,39	6,25	15,38	25,00	53,85	43,75	15,38	25,00	-	-
Hummelshain	91,67	33,33	8,33	50,00	-	5,55	-	11,12	-	-
Jägersdorf	33,34	36,37	50,00	27,27	8,33	27,27	-	-	8,33	9,09
Kleinpürschütz	85,72	16,16	14,28	83,84	-	-	-	-	-	-
Löbschütz	25,00	52,63	25,00	21,05	25,00	10,54	18,75	10,52	6,25	5,26
Magersdorf	55,56	9,09	33,33	63,63	11,11	27,28	-	-	-	-
Oberbodnitz	68,75	6,25	25,00	75,00	6,25	12,50	-	-	-	6,25
Obergneus	50,00	-	30,00	78,57	20,00	21,43	-	-	-	-
Oelknitz	19,24	32,50	50,00	32,50	23,07	30,00	7,69	5,00	-	-
Schmölln	77,78	50,00	22,22	50,00	-	-	-	-	-	-
Trockenborn und Wolfersdorf	77,24	16,66	18,18	37,50	4,58	29,18	-	12,50	-	4,16
Unterbodnitz	21,50	15,79	57,15	21,05	14,20	36,84	7,15	26,32	-	-
Untergneus	20,00	15,38	50,00	46,15	20,00	30,77	10,00	7,70	-	-
Zimmritz	12,50	22,72	50,00	27,27	25,00	45,45	12,50	4,56	-	-

Tabelle 10

Vermögensgruppen im Amt Orlamünde
(in % ohne Viehbesitz)

Orte	1 - 25 fl.		26 - 50 fl.		51 - 100 fl.		101 - 200 fl.		Über 200 fl.	
	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542
Beutelsdorf	64,28	4,54	28,57	59,09		31,82	7,15	-	-	4,54
Bibra	-	6,66	42,86	33,33	57,14	6,66	-	26,69	-	26,66
Dorndorf	21,05	-	42,00	41,66	21,05	33,33	10,57	16,66	5,33	8,35
Engerda	25,00	20,00	13,89	42,24	44,45	20,00	13,89	8,88	2,77	8,88
Freienorla	8,35	6,89	33,33	13,79	29,16	31,04	25,00	41,39	4,16	6,89
Friedebach ⁺	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Geunitz	10,52	10,71	21,06	39,28	15,79	28,57	36,84	21,44	15,79	-
Großeutersdorf ⁺	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Heilingen	18,73	10,52	18,73	15,80	18,73	42,10	38,56	28,94	6,25	2,64
Keßlar ⁺	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kleineutersdorf	9,67	8,34	32,25	30,56	22,56	38,92	12,96	13,74	22,56	8,44
Kleinkochberg ⁺	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Neusitz	42,86	37,50	28,57	12,50	7,15	18,75	21,42	31,25	-	-
Oberhasel	14,28	6,25	57,14	37,50	14,28	50,00	7,15	6,25	7,15	-
Röbschütz	14,28	12,50	28,59	25,00	42,85	50,00	14,28	12,50	-	-
Zeutsch	31,82	7,70	41,02	27,00	4,44	38,45	22,72	23,00	-	3,85
Zweifelbach	25,00	33,34	62,50	40,00	-	26,66	12,50	-	-	-

+ Nicht bearbeitet, da das Register nicht vollständig überliefert ist.

Tabelle 11

 Vermögensgruppen im Amt Roda
 (in % ohne Viehbesitz)

Orte	1 - 25 fl.		26 - 50 fl.		51 - 100 fl.		101 - 200 fl.		Über 200 fl.	
	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542	1496	1542
Bremsnitz	36,37	30,43	45,45	56,52	18,18	13,05	-	-	-	-
Ebersdorf	17,66	5,88	29,41	58,82	41,17	29,42	11,76	5,88	-	-
Geisenhain	38,46	28,57	15,38	35,71	23,08	21,42	15,38	7,14	7,70	7,16
Gröben	36,37	24,00	31,81	24,00	18,18	28,00	9,10	20,00	4,54	4,00
Großlöbichau	36,46	27,02	5,85	24,32	19,23	32,43	38,46	10,83	-	5,40
Hellborn	30,00	10,00	40,00	55,00	25,00	30,00	5,00	5,00	-	-
Lippersdorf	52,65	15,80	36,82	57,90	10,53	21,05	-	5,25	-	-
Lotschen	-	-	80,00	-	20,00	40,00	-	40,00	-	20,00
Möckern	62,50	27,28	25,00	36,36	12,50	36,36	-	-	-	-
Ottendorf	61,13	38,88	27,77	44,44	5,55	11,11	5,55	5,57	-	-
Podelsatz	28,57	-	28,57	87,50	28,57	12,50	14,29	-	-	-
Rattelsdorf	77,00	23,07	23,00	38,46	-	38,47	-	-	-	-
Ruttersdorf	90,90	9,10	9,10	57,90	-	21,00	-	12,00	-	-
Scheiditz	50,00	16,66	10,00	33,33	40,00	41,66	-	8,35	-	-
Tissa	60,00	10,00	30,00	30,00	10,00	60,00	-	-	-	-
Trockhausen	33,34	-	33,33	33,33	22,22	44,44	11,11	11,11	-	11,12
Tröbnitz	83,34	60,00	16,66	20,00	-	10,00	-	-	-	10,00
Ulrichswalde	66,68	-	16,66	50,00	16,66	16,66	-	33,34	-	-
Waltersdorf	10,00	-	60,00	50,00	10,00	40,00	20,00	10,00	-	-
Weißbach	21,43	-	50,00	14,28	21,43	64,29	7,14	21,43	-	-
Zöttnitz	33,34	20,00	66,66	20,00	-	30,00	-	30,00	-	-

Tabelle 12

Vermögensgruppen im Amt Saalfeld
(in % ohne Viehbesitz)

Orte	1 - 25 fl.		26 - 50 fl.		51 - 100 fl.		101 - 200 fl.		Über 200 fl.	
	1531	1547	1531	1547	1531	1547	1531	1547	1531	1547
Aue am Berg	35,70	7,14	42,85	57,14	21,45	21,45	-	14,27	-	-
Beulwitz	14,28	14,28	14,28	14,28	42,85	28,57	21,45	28,59	7,14	14,28
Crösten	10,00	9,09	20,00	27,27	60,00	45,45	10,00	18,19	-	-
Gorndorf	36,60	19,04	24,40	30,93	21,95	19,04	17,05	19,04	-	11,95
Graba	66,67	40,00	33,33	50,00	-	10,00	-	-	-	-
Köditz	52,92	11,76	11,76	52,94	23,56	23,54	11,76	11,76	-	-
Oberwellenborn	24,34	11,11	37,83	50,00	32,43	33,33	5,40	5,56	-	-
Reichmannsdorf	47,07	25,00	47,05	25,00	5,88	40,00	-	10,00	-	-
Remschütz	-	-	42,86	28,57	42,85	50,00	14,29	7,14	-	14,29
Unterwellenborn	13,15	12,84	31,58	15,38	34,22	46,15	18,42	15,38	2,63	10,25
Willersdorf	14,28	12,50	28,67	12,50	14,28	37,50	42,85	12,50	-	25,00
Wittmannsgereuth	37,50	17,65	56,25	64,70	6,25	11,77	-	5,88	-	-

EINIGE ABKÜRZUNGEN UND ZEICHEN DES HISTORISCHEN MÜNZWESENS

von Kurt-R. Biermann

Bei der Arbeit an und mit Briefen von Mathematikern und Naturforschern des 18. und frühen 19. Jahrhunderts begegneten mir hin und wieder nicht ohne weiteres verständliche Abkürzungen und Zeichen aus dem Gebiet des Münzwesens. Bei der Suche nach einem erklärenden Verzeichnis solcher Abbreviaturen mußte ich zu meiner Verwunderung feststellen, daß es ein solches offenbar nicht gibt. Weder münzkundliche Nachschlagewerke noch Währungstabellen mit Wertrelationen oder die historische Lehrbuchliteratur für Kaufleute, die zu Rate gezogen wurde, gaben die gesuchte Auskunft¹; ersichtlich wurde bei den Lesern die Kenntnis von Zeichen wie etwa \rightarrow vorausgesetzt. Natürlich enthalten alte Konversationslexika, wie zum Beispiel der "Pierer", Abkürzungen, aber wo soll man dort Zeichen wie $\#$ suchen, die sich im Alphabet nicht unterbringen lassen? Zwar schien es mir höchst unwahrscheinlich, daß bisher weder von seiten der Archivare noch von Vertretern der historischen Hilfswissenschaften bzw. durch Numismatiker ein derartiges Hilfsmittel erarbeitet worden sei, aber da die angestellten Nachforschungen zu keinem Ergebnis führten und auch angesprochene Fachleute keinen Titel einer solchen Übersicht zu nennen wußten, mußte ich schließlich an ihr Fehlen glauben.

Um Kollegen, die als Editoren, Interpreten oder als Leser mit ähnlichen Dokumenten zu tun haben, eine Hilfe zu gewähren, habe ich die Zeichen und Abkürzungen, auf die ich in handschriftlichen und gedruckten Texten der erwähnten Art gestoßen bin, zusammengestellt und veröffentliche sie hier mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Zusammenstellung erklärlicher Weise keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Für Ergänzungen, Berichtigungen oder den Hinweis auf eine vielleicht doch an versteckter Stelle publizierte Aufstellung wäre ich jederzeit dankbar.

Die Auflösung der folgenden Abbreviaturen bzw. die Deutung der Zeichen beruht auf Textvergleichen mit Parallelstellen, an denen eine explizite Erklärung gegeben wird, auf Erklärungen, die gelegentlich von Herausgebern ihren Texten vorangestellt oder beigelegt wurden, und auf Vergleichsrechnungen. Schließlich sei noch vorab bemerkt, daß geringfügige Abweichungen, die sich aus dem Fehlen eines allgemein akzeptierten Usus ergeben (wie Fr. d'or und Frd'or, Thl. und Thlr., Verwendung von Punkten und Weglassung derselben am Ende der Abkürzung), ebenso unberücksichtigt bleiben wie Abkürzungen, die ohne weiteres verständlich sind (zum Beispiel Batz. für Batzen usw.). Weitergehende Erläuterungen

1 Für hilfreiche Unterstützung bei der Suche nach in Frage kommender Literatur und deren Durchsicht bin ich Herrn Dr. Bruno Gloger, Berlin, für den Nachweis einschlägiger Titel Herrn Prof. Dr. Hans Lülfiing, Berlin, zu herzlichem Dank verpflichtet.

gen, etwa der Verbreitungsgebiete und der Herstellungsländer (-orte) der aufgeführten Währungseinheiten, werden nicht gegeben, da es hierfür ausreichend Literatur gibt. Auch auf Besonderheiten, wie die Angabe von Münzstätten durch Buchstaben, wird in Anbetracht des Benutzerkreises, für den die Aufstellung vornehmlich bestimmt ist, verzichtet. Hingegen werden die Abkürzungen von Münzgewichts-Einheiten mit aufgeführt.

℔	Pfennig
ℒ	doppelt (ℒ Thl. = Doppeltaler, ℒ Ld'or = doppelter Louisdor)
#, +	Dukaten
D #	dänischer Dukaten
gh	Groschen
£	Pfund Sterling
lb	Pfund (Gewicht)
lb	" "
mf	Mark
mf	" "
mf	" "
△	" "
rp	Reichstaler
rp	" "
rp	" "
\$	Dollar
β	Schilling
ρ	" "
/	" "
Sgr	Silbergroschen
Ad'or	Augustdor
Alb.	Albus
Alb. Thl.	Albertstaler
Bco.	Banco (Bankvaluta)
Bo	" "
Car.	Karolin, "Karlin"
Cd'or	Kardor
Conv. M.	Konventionsmünze

Cor.	Kurant
Cour.	Kurant
Ct	Kurant
CvM	Konventionsmünze
D	Denari
d.	Pfennig, Pence
Duc.	Dukaten
Ec.	Écu
f.	Florin (Gulden), Zweidrittelstück
Fd'or	Friedrichsdor
Fl., fl.	Florin (Gulden), Zweidrittelstück
Fr. d'or	Friedrichsdor
fr. Laubthl.	französischer Laubtaler
Frs., frs.	Francs
G.	Geld
G.	Gold
g., G.	Groschen
Gd'or	Georgsdor
ggr., Ggr.	guter Groschen
gr., Gr.	Groschen
gr.	Grän
Kaisgr.	Kaisergroschen, Silbergroschen
Kr. Thl.	Kronentaler
L	Livre (Pfund)
Lbl.	Louisblanc-Taler
lbs.	lübisch (aus Lübeck)
Ld'or	Louisdor, "Louis"
Liv.	Livre (Pfund)
Lnf.	Louis neuf, "neuer Louis"
Lstr.	Pfund Sterling
Lt.	Lot
lüks.	lübisch (aus Lübeck)
Malth. +	Malteserkreuz
Mar. fl.	Mariengulden
Mar. gr.	Mariengroschen

Matt.	Mattier, Matthiasgroschen
Md'or	Maxdor
Mfl.	Mariengulden
Mgr.	Mariengroschen
Ɔ	pro (je)
p. C.	per Centum (Prozent)
Pf.	Pfund
Pf., pf.	Pfennig
Phl.	Polen, polnisch
Pist.	Pistole
Pohl.	Polen, polnisch
Pr.	Preußen, preußisch
qu.	Quent
rl.	in Editionen gelegentlich anzutreffende, irrtümliche Wiedergabe des Reichstaler bedeutenden Zeichens
Rthl.	Reichstaler
S.	Sol, Soldi
Sc.	Scudi
Schildd'or	Schildlouisdor
Sgr.	Silbergroschen
SonnenL.	Louis au soleil, "Sonnenlouis"
Souv.	Souverain
Sov.	Sovereign
Spec.	Spezies, "harter Taler"
St.	Stück (2/3 St. = Zweidrittelstück)
Stbr.	Stüber
Str.	Sterling
Stv.	Stüber
Thl.	Taler
tourn.	tournois (aus Tours)
vls.	flämisch
Xer	Kreuzer
Xr, xr.	"
XThl.	Kreuztaler

Bibliographie

BIBLIOGRAPHIE VON ARBEITEN ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIAL-
GESCHICHTE DES ALTERTUMS IN RUMÄNIEN (1949 bis 1970)

von Alexandru Suceveanu

Die vorliegende Bibliographie umfaßt die Hauptbeiträge der rumänischen Historiker und Archäologen in der Zeit von 1949 bis 1970 zu Problemen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens von den ältesten Zeiten bis zum entwickelten Feudalismus. Was den Endpunkt betrifft, so ist er nicht allzu fest fixiert. Aus den Beiträgen zur Periode des Feudalismus wurden die Arbeiten mit vorwiegend archäologischem Charakter ausgewählt. Übrigens gilt dieses Kriterium für die gesamte Arbeit. Mit Ausnahme einiger spezieller Studien zur griechisch-römischen Zeit gibt es in der rumänischen Literatur nur wenige Beiträge zu theoretischen sozialökonomischen Fragen. In dieser Situation fühlten wir uns verpflichtet, eine Reihe von Artikeln aufzunehmen, die nur in dem Maße Beziehung zum sozialökonomischen Leben haben, als sie archäologisches Material darbieten, das vom theoretischen Gesichtspunkt her interpretiert werden kann. Selbst wenn die Interpretation nicht immer vorhanden ist, erschien es uns nützlich, diese Beiträge hervorzuheben, die irgendwann zur Rekonstituierung des sozialökonomischen Gesamtbildes in Betracht gezogen werden müssen.

Was die Ordnung des Materials betrifft, so wurden die Beiträge in drei Abschnitte unterteilt:

- Vor- und Frühgeschichte
- griechisch-römische Periode
- Völkerwanderungszeit und Mittelalter.

Innerhalb dieser drei Kapitel sind die Beiträge alphabetisch nach Autoren geordnet. Mehrere Titel einunddesselben Autors folgen nach Erscheinungsjahren aufeinander.

Schließlich muß noch hinzugefügt werden, daß aus Gründen der Raumersparnis nur die jeweils letzten Beiträge der Autoren aufgeführt wurden, wenn es sich um einfache Neuauflagen handelt. Ebenso haben wir dort, wo frühere Einzelartikel später in einem Sammelband erschienen sind, nur die entsprechende Zusammenstellung aufgenommen.

Sicher enthält die Bibliographie einige Unvollkommenheiten, die besonders dem Auswahlcharakter geschuldet sind. Dennoch hoffen wir, daß ein nützliches Arbeitsinstrument entstanden ist und die intensive archäologische und publizistische Tätigkeit im sozialistischen Rumänien wiedergespiegelt wird.

Abkürzungen von Zeitschriften

- A. M. N. = Acta Musei Napocensis (Cluj)
 Apulum (Alba Iulia)
 B. Șt. Ac. = Buletinul Științific al Academiei R. P. R. (București)
 Cumidava (Brașov)
 Dacia N. S. = Dacia. Revue d'archeologie et d'histoire ancienne. Nouvelle serie (București)
 Danubius (Galați)
 Materiale = Materiale și Cercetări Arheologice (București)
 N. E. H. = Nouvelles Études d'Histoire (București)
 Pontica(e) (Constanța)
 Rev. Muz. = Revista Muzeelor (București)
 R. R. H. = Revue Roumaine d'Histoire (București)
 Sargetia (Deva)
 Studii (București)
 St. Cl. = Studii Clasice (București)
 S. C. I. V. = Studii și Cercetări de Istorie Veche (București)
 S. C. N. = Studii și Cercetări de Numismatică (București).
 S. R. I. R. = Studii și Referate privind istoria României (București).

Istoria României (Geschichte Rumäniens). - Bukarest: Editura Academiei R. P. R. 1960, 889 S.

Kollektivband (unter der Redaktion von Constantin Daicoviciu, Emil Condurachi, Ion Nestor, Gheorghe Ștefan, Mircea D. Matei), der die Geschichte Rumäniens vom Paläolithikum bis in das 10. Jahrhundert u. Z. umfaßt. Die sozialökonomischen Probleme haben in dieser Arbeit beträchtliches Gewicht.

I Vor- und Frühgeschichte

Alexandrescu, D. Alexandrina: Die Bronzeschwerter aus Rumänien, in: Dacia, 10, 1966, S. 117 - 189.
 Katalog der in Rumänien entdeckten mikenischen Schwerter.

Berciu, Dumitru: Depre apariția și dezvoltarea patriarhatului pe teritoriul Republicii Populare Române (Über die Erscheinung und Entwicklung des Patriarchats im Gebiet der Rumänischen Volksrepublik), in: S. C. I. V., 1, 1950, S. 52 - 82.

Berciu, Dumitru: Le casque gréco-illyrien de Gostavăț, in: Dacia, N. S., 2, 1958, S. 437 - 450.

Die Entdeckung stammt aus dem 5. Jahrhundert v. u. Z. und ist auf den Austausch zwischen den Stämmen zurückzuführen.

Berciu, Dumitru: Contribuții la problemele neoliticului în România în lumina noilor cercetări (Beiträge zu den Problemen des Neolithikums in Rumänien im Lichte der neuen Forschungen). - Bukarest: Editura Academiei R. P. R. 1960, 593 S.

Darlegung einiger Probleme des rumänischen Neololithikums einschließlich sozialökonomischer Fragen.

Berciu, Dumitru: Cultura Hamangia (Die Hamangia Kultur), Bd. I, Bukarest: Editura științifică 1966, 319 S.
 Darlegung sozialökonomischer Probleme, die sich bei den zur Hamangia-Kultur gehörenden Siedlungen ergeben.

Bujor, Exspectatus / Roșu, Lucian: Cuptoare primitive de redus minereul de fier din epoca geto-dacică descoperite la Cireșu (Primitive Öfen für die Reduktion von Eisenerz aus der dako-

getischen Epoche, entdeckt bei Cireşu), in: Rev. Muz. 5, 1968, S. 307 - 310.

Chişescu, Maria: Unele aspecte ale relațiilor dintre Dicoes și Marcus Antonius în lumina descoperirilor numismatice. O problemă de geografie istorică (Einige Aspekte der Beziehungen zwischen Dicoes und Marcus Antonius im Lichte der numismatischen Entdeckungen. Ein geographisch-historisches Problem), in: S. C. I. V., 19, 1968, S. 655 - 664.

Die in der Moldau gefundenen Münzen für die Legionen des Marcus Antonius beweisen, daß hier dessen Verbündeter, Dicoes, seinen Sitz hatte.

Comşa, Eugen: Stadiul crecătărilor despre viața oamenilor din faza Bolinteanu a culturii Boian (Das Stadium der Forschungen über das Leben der Menschen in der Phase Bolinteanu der Bojankultur), in: S. C. I. V., 6, 1955, S. 13 - 43.

Comşa, Eugen: Schimbul la comunitățile din epoca neolitică de pe teritoriul țării noastre (Der Tausch bei den Urgemeinden im Neolithikum in Rumänien), in: Rev. Muz., 3, 1966, S. 440 - 444.

Comşa, Eugen: Über die Verbreitung und Herkunft einiger von den jungsteinzeitlichen Menschen auf dem Gebiete Rumäniens verwendeten Werkstoffe, in: A Mora Ferenc Muzeum Ekvönyve, Szeged, 1968, 2, S. 25 - 33.

Comşa, Eugen: L' usage de l' obsidienne à l' époque néolithique dans le territoire de la Roumanie, in: Acta Archaeologica Carpathica (Krakow), 11, 1969, 1, S. 5 - 15.

Comşa, Eugen: Types de l' habitat sur le territoire de la R. S. R. à l' époque néolithique, in: VII^e Congrès International des sciences anthropologiques et ethnographiques, Bd. 5, Moskau: Izd. Nauka 1970, S. 221 - 224.

Condurachi, Emil: Problema aparției ceramicii Latène în regiunea Dunării de Jos (Das Problem der Erscheinung der Latènekeramik in der Region der unteren Donau), in: S. C. I. V., 16, 1965, S. 43 - 50.

Die als Rad gearbeitete Keramik aus dem 5. Jahrhundert v. u. Z. aus dem nördlichen Donaugebiet stellt Import aus dem Süden dar und ist keine einheimische Produktion.

Crășan, H. Ion: Un depozit de unelte descoperit la Lechința de Mureș (plu-gul la geto-daci) (Ein Werkzeuglager, gefunden bei Lechința de Mureș [Der Pflug bei den Geto-Dakern]), in: S. C. I. V., 11, 1960, S. 285 - 299.

Daicovicu, Constantin: Cetatea dacică de la Piatra Roșie (Die dakische Festung von Piatra Roșie). - Bukarest: Editura Academiei R. P. R. 1954, 152 S.

Monographie über eine dakische Festung mit wichtigen Schlußfolgerungen hinsichtlich der Aspekte des ökonomischen Lebens in der dakischen Gesellschaft vor der römischen Eroberung.

Daicovicu, Constantin: Noi contribuții la problema statului dac (Neue Beiträge zu dem Problem des dakischen Staates), in: S. C. I. V., 6, 1955, S. 47 - 60.

Die Entwicklung der Produktivkräfte in der dakischen Gesellschaft hatte zu einer auffallenden sozialen Differenzierung geführt, die die Existenz eines Staates erforderte.

Daicovicu, Hadrian: Dacii (Die Daker). - Bukarest: Editura științifică 1965, 262 S.

Zahlreiche Betrachtungen hinsichtlich der sozialökonomischen Aspekte in der geto-dakischen Gesellschaft.

Dumitrescu, Hortensia: Afinități între cultura "Trichterbecher" și cultura Cucuteni-Tripolie (Verwandtschaften zwischen Trichterbecher-Kultur und

Cucuteni-Tripolie-Kultur), in: S. C. I. V., 6, 1955, S. 913 - 922.

Dumitrescu, Hortensia: Connections between the Cucuteni Tripolie Cultural Complex and the Neighbouring Eneolithic Cultures in Light of the Utilization of Golden Pendants, in: Dacia, N. S., 5, 1961, S. 69 - 93.

Dumitrescu, Vladimir / Dumitrescu, Hortensia / Petrescu-Dîmbovița, Mircea / Gostar, Nicolae: Hăbășești. - Bukarest: Editura Academiei R. P. R. 1954, 605 S.

Monographie über eine äneolithische Niederlassung und alle sozialökonomischen Probleme, die sich aus dieser Grabung ergeben.

Dumitrescu, Vladimir: Le dépôt d'objets de parure de Hăbășești et le problème des rapports entre les tribus de la civilisation de Cucuteni et les tribus des steppes pontiques, in: Dacia, N. S., 1, 1957, S. 73 - 96.

Dumitrescu, Vladimir: Necropola de incinerare din epoca bronzului de la Cîrna (Die bronzezeitliche Einäscherungsstätte von Cîrna). - Bukarest: Editura Academiei R. P. R. 1961, 386 S.

Bestandsverzeichnis der 116 Grabstätten, mit Kommentaren versehen, unter anderem auch hinsichtlich sozialökonomischer Probleme.

Dumitrescu, Vladimir: La néocropole tumulaire de premier âge du fer de Basarabi, dép. de Dolj, Olténie, in: Dacia, N. S., 12, 1968, S. 177 - 260. Mächtige südwestliche (illyrische) Einflüsse auf die materielle Kultur in dieser Begräbnisstätte.

Dumitrescu, Vladimir: Betrachtungen zur chronologischen Ansetzung der Cucuteni-Kultur im Verhältnis zu den Nachbarkulturen, in: Študijné Zvesti (Nitra), 17, 1969, S. 87 - 103.

Florescu, Marilena: Cîteva observații privitoare la tipurile de așezare aparținînd culturii Monteoru, în lumina cercetărilor din zona sud-vestică a Moldovei (Einige Beobachtungen zu den Siedlungstypen der Monteoru-Kultur, im Lichte der Ausgrabungen im südwestlichen Moldaugebiet), in: Danubius, 4, 1970, S. 93 - 112.

Typologie der Siedlungen in der Bronzezeit im Südwesten der Moldau.

Gheție, Vasile / Mateescu, Corneliu: Observations sur le radium des bovins utilisés à la traction dans la phase Vadastra II (néolithique moyen), in: Proceedings of the VIIIth International Congress of Anthropological and Ethnological Sciences, Bd. 3. - Tokio: Science Council of Japan 1970, S. 152/153.

Glodariu, Ion: Importuri romane în cetățile dacice din Munții Orăștiei (Römische Importwaren in den dakischen Burgen von Orăștie), in: Apulum, 7, 1968, S. 353 - 367.

Das Eindringen römischer Waren in Dakien vor der Eroberung.

Horedt, Kurt: Siebenbürgen und Mykenen, in: N. E. H., 2, 1960, S. 31 - 44. Austausch zwischen den Stämmen dieser beiden Zonen in der Bronzezeit.

Irimia, Mihai: Das mykenische Bronzeschwert aus Medgidia, in: Dacia, N. S., 14, 1970, S. 389 - 395.

Lazin, Gheorghe: Un depozit de unelte dacice descoperit la Luncani, Munții Orăștiei (Ein Lager dakischer Werkzeuge, gefunden in Luncani, Orăștie-Gebirge), in: Sargetia, 7, 1970, S. 21 - 26.

Holz- und Eisenbearbeitungswerkzeuge.

Marinescu-Bîlcu, Silvia: Klad bronzových izdelij v Oinake, in: Dacia, N. S., 7, 1963, S. 517 - 526.

Marinescu-Bîlcu, Silvia: Un "atelier" néolithique pour la taille de haches en silex, in: Archeologické Rozhledy (Prag) 17, 1965, S. 48 - 53.

Eine Werkstatt für die Bearbeitung von Feuersteinsplintern in der äneolithischen Ausgrabung von Căscioarele

Marinescu-Bilcu, Silvia: Cîteva descoperiri geto-dacice de la Căscioarele (Einige geto-dakische Entdeckungen bei Căscioarele), in: S. C. I. V., 17, 1966, S. 113 - 123.

Mitrea, Bucur: Legături comerciale ale geto-dacilor din Muntenia cu Republica romană, reflectate în descoperiri monetare (Die Handelsverbindungen der Geto-Daker aus der Walachei mit der römischen Republik, im Lichte der numismatischen Entdeckungen), in: S. C. N., 2, 1958, S. 123 - 238.

Mitrea, Bucur: Monedele orașelor Dyrrachium și Apollonia în Moldova (Die Münzen der Städte Dyrrachium und Apollonia in der Moldau), in: S. C. N., 2, 1958, S. 27 - 93.

Nestor, Ion: Asupra începuturilor metalurgiei aramei și bronzului în R. P. R. (Über die Anfänge der Kupfer- und Bronzemetallurgie in der Rumänischen Volksrepublik), in: S. R. I. R., 1, 1954, S. 41 - 61.

Nestor, Ion: Les grands problèmes de l'héritage de l'époque des métaux, in: R. R. H., 8, 1969, S. 435 - 442.

Nicolaescu-Plopșor, S. Constantin: Le Paléolithique dans la République Populaire Roumaine à la lumière des dernières recherches, in: Dacia, N. S., 1, 1957, S. 41 - 60.

Überblick über die Hauptprobleme, einschließlich der ökonomischen, die mit dem Paläolithikum in Rumänien zusammenhängen:

Nicolaescu-Plopșor, S. Constantin / Nicolaescu-Plopșor, Dardu: Le prépa-

léolithique, la plus ancienne étape du processus de travail conscient de L'homme, in: VII^e Congrès international des sciences préhistoriques et protohistoriques, Bd. 1. - Prag: Éditions de l'Académie de Tchécoslovaquie 1970, S. 241 - 244.

Păunescu, Alexandru: Evoluția uneltelor și armelor de piatră cioplită descoperite pe teritoriul României (Die Entwicklung der in Rumänien entdeckten behauenen Steinwerkzeuge und -waffen). - Bukarest: Editura Academiei R. S. R. 1970, 360 S.

Petrescu-Dîmbovița, Mircea: Unele probleme privind legăturile culturii Cucuteni cu culturile neo-eneolitice din sud-estul Europei (Einige Probleme zu Verbindungen zwischen der Cucuteni-Kultur und den Neo-äneolithischen Kulturen Südost-Europas), in: Danubius, 2/3, 1969, S. 11 - 20. Beziehungen zu den Kulturen Sesklo, Starčevo-Criș, Dimini und Haçilar.

Popescu, Dorin: Exploatarea și prelucrarea metalelor în Transilvania până la cotoșirea romană (Die Gewinnung und Verarbeitung von Metallen in Transylvanien bis zur römischen Eroberung), in: S. C. I. V., 2, 1951, S. 27 - 44.

Popescu, Dorin: Prelucrarea aurului în Transilvania înainte de cucerirea romană (Die Verarbeitung des Goldes in Transylvanien vor der römischen Eroberung), in: Materiale, 2, 1956, S. 196 - 250.

Popescu, Dorin: Le trésor dace de Sîncrăeni, in: Dacia, N. S., 2, 1958, S. 157 - 206.

Analyse eines der reichsten Silberschätze in Dakien (1. Jahrhundert v. u. Z.).

Preda, Constantin: New Aspect of Early La Tène Epoch in Dacia discovered at Alexandria, in: Dacia, N. S.,

3, 1959, S. 179 - 194.

Probleme der Anfänge der geto-dakischen Latènekultur, die der Autor in das 5. - 4. Jahrhundert v. u. Z. datiert.

Preda, Constantin: Din nou despre cultura Alexandria (Noch einmal über die Alexandria-Kultur), in: S. C. I. V., 21, 1970, S. 571 - 578.

Die Alexandria-Kultur (5. - 4. Jahrhundert v. u. Z.) stellt den Beginn der geto-dakischen Latènekultur dar.

Russu, I. Ion: Comorile regelui Decebal (Die Schätze des Königs Decebal), in: Sargetia, 4, 1966, S. 97 - 107.

Vlassa, Nicolae: Kulturelle Beziehungen des Neolithikums Siebenbürgens zum Vorderen Orient, in: A. M. N., 7, 1970, S. 3 - 39.

Beziehungen zu der sumerischen und mesopotamischen Welt im III. Jahrtausend v. u. Z.

Vulpe, Radu: Izvoare. Săpăturile din 1936 - 1948 (Izvoare. Die Ausgrabungen von 1936 - 1948). - Bukarest: Editura Academiei R. P. R. 1957, 396 S. Monographie über eine Siedlung im Neolithikum und in anderen Perioden sowie über die daraus entstehenden sozialökonomischen Probleme.

Zirra, Vlad: Un cimitir celtic în nord-vestul României (Ein keltischer Friedhof im Nordwesten Rumäniens). - Baia-Mare 1967, 136 S.

Keltische Beiträge zur Herausbildung der geto-dakischen Latènekultur.

II Griechisch-römische Periode

Alexandrescu, Petre: Autour de la date de fondation d'Histria, in: St. Cl., 4, 1962, S. 49 - 69.

Verteidigung der frühen Datierung (657/6 v. u. Z.) der Gründung Histrias.

Alexandrescu, Petre: Grădiștea de la Roxolani (Die Siedlung bei den Roxolanen), in: St. Cl., 12, 1970, S. 149 - 156.

Das antike Niconium (am Dneestr) wäre eine Kolonie Histrias.

Barnea, Alexandru: Trei altare inedite de la Tropaeum Traiani (Drei unveröffentlichte Altäre von Tropaeum Traiani), in: S. C. I. V., 20, 1969, S. 595 - 608.

Bemerkungen über die Agrargemeinde bei der Stadt Tropaeum Traiani.

Berciu, Dumitru: Lupta băștinașilor din Dacia împotriva cotropitorilor romani (Der Kampf der dakischen Einwohner gegen die römischen Eroberer), in: S. C. I. V., 2, 1951, S. 73 - 94.

Bucovala, Mihai: Tradiții elenistice în materialele funerare de epoca romană timpurie de la Tomis (Hellenistische Traditionen in Grabbeigaben frühromischer Zeit in Tomis), in: Pontice, 2, 1969, S. 297 - 332.

In der frühromischen Periode ist die lokale Produktion noch von hellenistischer Art. Jetzt erscheinen die ersten italischen Importe.

Bucovala, Mihai: Vase antice de sticlă la Tomis (Antike Glasvasen in Tomis). - Constanța 1970, 174 S.

Die Eventualität der Existenz einer Werkstätte zur Glasherstellung in Tomis wird erörtert.

Bujor, Exspectatus: The amphora deposit of Islam-Geaferca, in: Dacia, N. S., 6, 1962, S. 457 - 487.

Ein Amphoren-Depot aus dem 1. Jahrhundert v. u. Z., das wahrscheinlich einem Kaufmann gehörte.

Canarache, Vasile: Unelte agricole pe teritoriul R. P. R. în epoca veche (Landwirtschaftliche Werkzeuge in der Rumänischen Volksrepublik im Altertum), in: S. C. I. V., 1, 1950, S. 83 - 109.

Canarache, Vasile: Importul amforelor stampilate la Histria (Der Import gestempelter Amphoren nach Histria). - Bukarest: Editura Academiei R. P. R. 1957, 446 S.

Canarache, Vasile: L'édifice avec mosaïque découvert devant le port de Tomis, in: St. Cl., 3, 1961, S. 227 - 240. Ein großer Handelskomplex aus dem 2. - 4. Jahrhundert u. Z.

Canarache, Vasile: Sistemul ponderal și tipologia drahmelor istriene de argint (Das Gewichtssystem und die Typologie der histrianischen Silberdrachmen), in: Pontice, 1, 1968, S. 107 - 192.

Die ersten Emissionen von Silberdrachmen Histrias datieren aus dem 6. Jahrhundert v. u. Z. und dauern bis in das 4. - 3. Jahrhundert v. u. Z.

Coja, Maria: L'artisanat à Histria du VI^e au I^{er} siècles av. n. è., in: Dacia, N. S., 6, 1962, S. 115 - 138.

Coja, Maria: La céramique grise d'Histria à l'époque grecque, in: Dacia, N. S., 12, 1968, S. 305 - 329. Ein Teil dieser Keramik war in Histria selbst produziert worden.

Coja, Maria: La céramique autochtone d'Histria aux V² - I^{er} siècles av. n. è., in: Actes du I^{er} Congrès International des Études balkaniques, Bd. 2. - Sofia: Editions de l'Académie Bulgare des Sciences 1969, S. 335 - 351. Das Vorhandensein einheimischer Keramik in Histria, betrachtet vom Gesichtspunkt ihres Beitrages zur Wirtschaft der Stadt.

Condurachi, Emil: Framântări politice și sociale la Istros în preajma anului 400 î. e. n. (Politische und soziale Unruhen in Istros ungefähr um 400 v. u. Z.), in: B. Șt. Ac., 1, 1949, S. 117 - 126.

Condurachi, Emil: Problèmes économiques et sociaux d'Histria à la lu-

mières des dernières recherches, in: N. E. H., 1955, S. 71 - 84.

Condurachi, Emil: Der Beitrag der Münzfunde von Istros zur Kenntnis des Waren- und Geldumlaufes an der unteren Donau im vorrömischen Zeitraum, in: Wissenschaftliche Annalen (Berlin), 6, 1957, S. 289 - 304. Die Anfänge der pontischen Münzprägung werden durch die engen Verbindungen der griechischen Städte mit den Einheimischen erklärt, in deren Folge sie zu Produktionszentren geworden seien.

Condurachi, Emil: Histria à l'époque du Bas-Empire d'après les dernières fouilles archéologiques, in: Dacia, N. S., 1, 1957, S. 245 - 263. Ausführlicher Überblick über die ökonomischen Probleme Histrias im 4. - 7. Jahrhundert u. Z.

Condurachi, Emil: La costituzione Antoniniana e la sua applicazione nel Impero Romano (Die Constitutio Antoniniana und ihre Anwendung im römischen Reich), in: Dacia, N. S., 2, 1958, S. 281 - 316.

Condurachi, Emil: Il periodo ellenistico in Dobrogea alla luce degli scavi archeologici di Histria (Die hellenistische Periode in der Dobrudscha im Lichte der archäologischen Ausgrabungen in Histria), in: ACME, 11, 1958, S. 7 - 28. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in der Dobrudscha im 3. - 1. Jahrhundert v. u. Z.

Condurachi, Emil: Relations entre les Grecs et la population autochtone du Bas-Danube à la Lumière des dernières découvertes archéologiques, in: Südosteuropa-Schriften, 6, 1964, S. 26 - 44.

Condurachi, Emil: Problemi della πόλις e della χώρα nelle città greche del Ponto Sinistro (Probleme der polis und der chora in den westgriechi-

schen Städten der Schwarzmeerküste), in: *Atti del settimo Convegno di studi sulla Magna Grecia*, Taranto, 8 - 12 Ottobre 1967. - Neapel: *L'Arte Tipografica* 1968, S. 143 - 163.

Condurachi, Emil: *Hotărnicii în provincia romană a Dalmației (Begrenzungen in der römischen Provinz Dalmatien)*, in: *S. C. I. V.*, 19, 1968, S. 587 - 595.

Condurachi, Emil: *Dunarea în orizontul geografic antic (Die Donau im antiken geographischen Horizont)*, in: *S. C. I. V.*, 20, 1969, S. 522 - 540.

Die Fortschritte in den antiken geographischen Kenntnissen über die Donau sind auf das wachsende wirtschaftliche Interesse zurückzuführen, das die an dem großen Fluß liegenden Regionen für Griechenland und dann Rom boten.

Daicovicu, Constantin: *Les "castella dalmatarum" de Dacie*, in: *Dacia*, N. S., 2, 1958, S. 259 - 266.

Die Ausbeutung der Goldminen in Dakien erfolgte durch Bergleute, die aus Dalmatien hergeholt worden waren.

Daicovicu, Constantin: *Severus Alexander și provincia Dacia (Severus Alexander und die Provinz Dazien)*, in: *A. M. N.*, 3, 1966, S. 153 - 170.

Die Fortschritte in der Romanisierung Dakiens - unter anderem auch vom ökonomischen Gesichtspunkt - während der Herrschaft des Severus Alexander.

Daicovicu, Constantin: *Romanizarea Daciei (Die Romanisierung Dakiens)*, in: *Apulum*, VII, 1968, S. 261 - 272. Die Romanisierung Dakiens auch vom ökonomischen Gesichtspunkt betrachtet.

Dimitriu, Suzana: *O moneda divizionara din Cyzic la Histria (Eine Münze aus Kyzikos in Histria)*, in: *S. C. I. V.*, 8, 1957, S. 103 - 111.

Dimitriu, Suzana/Coja, Maria: *La céramique archaïque et les débuts de la cité pontique d'Histria*, in: *Dacia*, N. S., 2, 1958, S. 69 - 92.

Die Gründung Histrias fand am Ende des 7. Jahrhunderts v. u. Z. statt.

Dimitriu, Suzana/Iliescu, Octavian: *About the Issues of the Apollo-Amphipolis Type and their Role in the Currency History of the Geto-Dacian*, in: *Dacia*, N. S., 3, 1959, S. 259 - 310. Die ältesten geto-dakischen Münzen stammen aus dem 4. Jahrhundert v. u. Z.

Dimitriu, Suzana/Alexandrescu, Petre/Preda, Constantin/Doicescu, Aurel: *Histria*, Bd. II (unter der Leitung von Condurachi, Emil). - Bukarest: Editura Academiei R. S. R. 1966, 549 S. Ein Teil der Schlußfolgerungen in den von Dimitriu und Alexandrescu verfaßten Artikeln betrifft das Wirtschaftsleben. Dabei geht es um die Importe aus Griechenland und Kleinasien in der archaischen und der klassischen Periode.

Eftimie, Victoria: *Imports of stamped amphorae in the lower Danubian regions and a draft Rumanian Corpus of amphora stamps*, in: *Dacia*, N. S., 3, 1959, S. 195 - 215.

Floca, Octavian/Valea, Mircea: *Villa rustica si necropola daco-romana de la Cinciș (Eine villa rustica und die dakisch-römische Begräbnisstätte bei Cinciș)*, in: *A. M. N.*, 2, 1965, S. 163 - 193.

Villa und Begräbnisstätte stammen aus dem 2. - 3. Jahrhundert u. Z.

Floca, Octavian/Ferenczi, Ștefan/Mărghitan, Liviu: *Micia. Grupul de cuptoare romane pentru ars ceramica (Micia. Die Gruppe der römischen Töpfer-Öfen)*. - Deva 1970, 112 S. Die Öfen stammen aus dem 2. - 3. Jahrhundert u. Z.

Florescu, Grigore/Florescu, Radu/Diaconu, Petre: *Capidava. Monografie arheologică (Capidava. Archäologische Monographie)*. - Bukarest: Editura Academiei R. P. R. 1958, 262 S. Verschiedene Probleme, einschließlich

sozialökonomischer, die sich bei der Erforschung des Ortes Capidava von der getisch-dakischen Zeit bis ins 10. - 12. Jahrhundert u. Z. ergeben.

Florescu, Radu: Agricultura în Dobrogea la începutul stăpînirii romane (Die Landwirtschaft in der Dobruedscha am Anfang der römischen Herrschaft), in: S. C. I. V., 7, 1956, S. 367 - 392; 8, 1957, S. 149 - 162.

Glodariu, Ion / Cîmpeanu, M.: Depozitul de unelte agricole de la Dedrad, r. Reghin (Das Lager landwirtschaftlicher Werkzeuge von Dedrad, Kr. Reghin), in: S. C. I. V., 17, 1966, S. 19 - 30. Das Lager stammt aus dem 2. - 3. Jahrhundert u. Z.

Glodariu, Ion / Zrinyi, Andrei / Gyulai, Paul: Le dépôt d'outils romains de Mărculeni, in: Dacia, N. S., 14, 1970, S. 207 - 231. Das Lager stammt aus dem 2. Jahrhundert u. Z.

Gramatopol, Mihai: Un port comercial la Callatis (Ein Handelshafen in Kallatis), in: Rev. Muz., 3, 1966, S. 333 - 336.

Gramatopol, Mihai / Poenaru-Bordea, Gheorghe: Amphora Stamps from Callatis and South Dobroudja, in: Dacia, 13, 1969, S. 127 - 282. 1106 Amphorenstempel von Callatis, die aus Rhodos, Thasos, Sinope, Cos usw. stammen.

Iconomu, Constantin: Opaițe greco-romane (Griechisch-römische Lampen). - Constanța 1967, 167 S. Die örtliche Lampenproduktion in Tomis in römischer Zeit.

Iiescu, Vladimir: Cu privire la coloniile grecești din Dobrogea și la data constituirii teritoriului rural (Zur griechischen Kolonisation in der Dobruedscha und zur Datierung der Bildung des städtischen Territoriums), in: Pontica, 3, 1970, S. 87 - 98.

Versuch zur Präzisierung der Chronologie der Gründung der westpontischen Städte und die Fixierung des Datums, zu dem sie sich das Recht auf das sie umgebende landwirtschaftliche Territorium verschafften (4. Jahrhundert v. u. Z.)

Irimia, Mihai: Cuptoarele romano-bizantine de ars ceramică de la Oltina, jud. Constanța (Die römisch-byzantinischen Ziegelöfen von Oltina, Bezirk Constanța), in: Pontice, 1, 1968, S. 379 - 408.

Macrea, Mihail: Viața în Dacia romană (Das Leben im römischen Dakien). - Bukarest: Editura științifică 1969, 523 S. Zusammenfassende Darstellung über das gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben des römischen Dakiens.

Mitrea, Bucur: Sur les monnaies des cités pontiques découvertes sur le territoire des populations locales, in: St. Cl., 3, 1961, S. 83 - 88.

Mitrea, Bucur: Descoperiri monetare și legăturile de schimb ale Histriei cu populațiile locale în secolele V - IV î. e. n. (Numismatische Entdeckungen und die Handelsverbindungen Histrias mit der örtlichen Bevölkerung im 5. - 4. Jahrhundert v. u. Z.), in: St. Cl., 7, S. 145 - 167.

Die Hauptabsatzmärkte Histriens waren die Dobruedscha, die südliche und mittlere Moldau sowie die nördliche Schwarzmeerküste bis zur Dnepr-Mündung.

Moisil, Constantin: Ponduri inedite sau puțin cunoscute din Histria, Callatis și Tomi (Unveröffentlichte oder wenig bekannte Gewichte aus Histria, Kallatis und Tomis), in: S. C. N., 1, 1957, S. 247 - 295.

Katalog aller Gewichte in den griechischen Städten Histria, Tomis und Callatis.

Nubar, Hamparțumian: Aspetti della circolazione monetaria di Histria nell' epoca romana (Aspekte der Geldzirkulation im römischen Histria), in: Dacia, N. S., 7, 1963, S. 241 - 266.

Petre, Gh. Ion: Cuptor de olar cu vase dacice și romane la Buridava (Töpferofen mit dakischen und römischen Vasen in Buridava), in: S. C. I. V., 19, 1968, S. 147 - 157.

Pippidi, M. Dionisie / Popescu, Emilian: Les relations d' Istros et d' Apollonia du Pont à l' époque hellénistique. A propos d' une inscription inédite, in: Dacia, N. S., 3, 1959, S. 235 - 258.

Pippidi, M. Dionisie / Berciu, Dumitru: Din istoria Dobrogei. Geți și Greci la Dunărea de Jos din cele mai vechi timpuri pînă la cucerirea romană (Aus der Geschichte der Dobrudscha. Geten und Griechen an der unteren Donau von den ältesten Zeiten bis zur römischen Eroberung), Bd. 1. - Bukarest: Editura Academiei R. P. R. 1965, 344 S. Zusammenfassende Darstellung der erwähnten Periode mit zahlreichen Bezügen zu sozialökonomischen Problemen.

Pippidi, M. Dionisie: Contribuții la istoria veche a României (Beiträge zur alten Geschichte Rumäniens), 2. Aufl. - Bukarest: Editura științifică 1967, 597 S.

Hierbei geht es um eine Reihe von Studien, die zunächst in der ersten Auflage dieser Arbeit zusammengefaßt worden waren (Bukarest 1958), dann in deutscher Sprache unter dem Titel Epigraphische Beiträge zur Geschichte Histrias in hellenistischer und römischer Zeit erschienen (Berlin 1962). Die neue Ausgabe umfaßt eine größere Zahl von Studien, unter denen die folgenden besonders hinsichtlich des Wirtschaftslebens interessieren:

- Histria și Callatis în secolele III - II î. e. n. (Histria und Callatis im 3. - 2. Jahrhundert v. u. Z.)
- In jurul relațiilor agrare din cetățile pontice înainte de cucerirea romană

(Zu den landwirtschaftlichen Verhältnissen in den Schwarzmeerstädten vor der römischen Eroberung)

- Știri noi despre legăturile Histriei cu geții în secolul al III-lea î. e. n. (Neue Erkenntnisse über die Beziehungen Histrias mit den Geten im 3. Jahrhundert v. u. Z.)
- Histria și geții în secolul al II-lea î. e. n. (Histria und die Geten im 2. Jahrhundert v. u. Z.)
- Observații asupra decretului în cinstea lui Agathocles, fiul lui Antiphilos (Bemerkungen über das Dekret zu Ehren des Agathocles, des Sohnes von Antiphilos)
- Tiberius Plautius Aelianus și frontiera Dunării de Jos în secolul I e. n. (Tiberius Plautius Aelianus und die Grenze der Niederdonau im 1. Jahrhundert u. Z.)
- Hoțărnicia consularului Laberius Maximus (Die Vermessung des Konsulars Laberius Maximus)
- În jurul sclavajului la daci (Zur Sklaverei bei den Dakern)
- Sclavi histrieni la Rheneia (Histriensche Sklaven in Rheneia).

Pippidi, M. Dionisie: Note de lectură. 15. Instalații portuare în Histria romană (Notizen beim Lesen. 15. Hafenanstaltungen im römischen Histria), in: St. Cl., 9, 1967, S. 223 - 235.

Pippidi, M. Dionisie: Problema sclavajului în Economicele Pseudo-Aristotelice (Das Sklavereiproblem in den Pseudo-Aristotelischen Economica), in: St. Cl., 12, 1970, S. 178 - 182.

Poenaru-Bordea, Gheorghe / Barbu, Vasile: Contributions à l' histoire du Bas-Empire romain à la lumière des deux trésors monétaires des IV^e - V^e siècles, découverts à Celeiu, in: Dacia, N. S., 14, 1970, S. 251 - 295. Umfassende Kommentare über die Münzzirkulation im 4. - 5. Jahrhundert u. Z. an der nördlichen Donau.

Popescu, Emilian: The Histrian Decree for Aba (2nd. Century of our era),

in: *Dacia*, N. S., 4, 1960, S. 273 - 296.
Eine Inschrift von besonderer Wichtigkeit für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben Histrias zur Zeit des Antonius Pius.

Popescu, Emilian: Aspecte ale colonizării și romanizării în Dacia și Scythia în lumina unor inscripții din muzee bucureștene (Aspekte der Kolonisierung und Romanisierung in Dakien und Scythia Minor im Lichte von Inschriften aus Bukarester Museen), in: *St. Cl.*, 9, 1967, S. 181 - 198.

Betrachtungen über die Permanenz der öffentlichen Organisationen in der römischen Zeit.

Popilian, Gheorghe: Doua cuptoare de ars țigle și cărămizi descoperite la Romula (Zwei Ziegelbrennöfen, entdeckt in Romula), in: *Rev. Muz.*, 6, 1969, S. 167 - 169.

Preda, Constantin: Contributions à l'étude du système pondéral d'Histria, in: *Dacia*, N. S., 2, 1958, S. 239 - 251.

Preda, Constantin: Monedele histriene cu roata și legenda IET (Die histrienschen Münzen mit dem Rad und die Legende IET), in: *S. C. N.*, 3, 1960, S. 21 - 38.

Die Verbreitung dieses Typs von Bronzemünzen schon im 5. - 4. Jahrhundert v. u. Z. zeigen die Handelsverbindungen Histrias.

Preda, Constantin: Date și concluzii preliminare asupra tezaurului descoperit la Mangalia în anul 1960 (Angaben und Schlußfolgerungen über den Schatz, der 1960 in Mangalia entdeckt wurde), in: *S. C. I. V.*, 12, 1961, S. 241 - 251.
Ein Schatz von 8000 Münzen, der zur Zeit des Philippus Arabs vergraben wurde.

Rădulescu, Adrian: Ateliere meșteșugărești pentru ars materiale de construcție din lut (Handwerkliche Werkstätten zum Brennen von Baumaterial aus Ton), in: *Pontice*, 2, 1969, S. 333 - 353.

Ziegelöfen aus der Dobrudscha (4. - 6. Jh. u. Z.).

Russu, I. Ion: Un litigiu de hotărnicie în Scythia Minor (Ein Grenzstreit in Scythia Minor), in: *S. C. I. V.*, 6, 1955, S. 75 - 86.

Russu, I. Ion: Le décret de Callatis en l'honneur d'Isagoras, in: *Dacia*, N. S., 1, 1957, S. 179 - 190.

Eine Inschrift vom Ende des 1. Jahrhunderts u. Z., die zahlreiche wirtschaftliche Informationen enthält.

Ștefan, Gheorghe: Două vase de terra sigillata descoperite la Bisericuța-Garvăn (Zwei Terrasigillata-Vasen, entdeckt in Bisericuța-Garvăn), in: *S. C. I. V.*, 9, 1958, S. 61 - 71.
Die Vasen kommen aus Lezoux (2. Jahrhundert u. Z.).

Ștoian, Iorgu: Ecouri ale luptei de clasă la Istros în a doua jumătate a sec. III și prima jumătate a sec. II î. e. n. (Der Widerhall des Klassenkampfes in Histria in der zweiten Hälfte des 3. und der ersten Hälfte des 2. Jahrhunderts v. u. Z.), in: *S. C. I. V.*, 4, 1953, S. 681 - 704.

Ștoian, Iorgu: In legătură cu vechimea teritoriului rural al Histriei (Zum Alter des landwirtschaftlichen Territoriums von Histria), in: *S. C. I. V.*, 8, 1957, S. 183 - 201.

Ștoian, Iorgu: Sur la plainte des paysans du territoire d'Histria, in: *Dacia*, N. S., 3, 1959, S. 369 - 390.
Die Inschrift stammt aus den Jahren 159 - 161 u. Z. und befaßt sich mit der Lage der durch die römischen Behörden zu übermäßigen Steuern verpflichteten Bauern.

Ștoian, Iorgu: Tomitana. Contribuții epigrafice la istoria cetății Tomis (Tomitana. Epigraphische Beiträge zur Geschichte der Stadt Tomis). - Bukarest: Editura Academiei R. P. R. 1962,

379 S.

Zusammenfassende Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Stadt Tomis, besonders im Hinblick auf die Frage der Sklaverei in der griechisch-römischen Dobrudscha.

Stoian, Iorgu: Le culte des Dioscures et les tribus tomitaines à la lumière d'un monument récemment publié, in: *Dacia*, N. S., 10, 1966, S. 347 - 356. Die Dioskuren sind die sagenhaften Begründer von Tomis in ihrer Eigenschaft als Protektoren der Schifffahrt.

Suceveanu, Alexandru: Un callatien dans l'armée d'Alexandre le Grand, in: *Dacia*, N. S., 10, 1966, S. 339 - 346.

Einige ökonomische Aspekte der makedonischen Herrschaft an der Westküste des Schwarzen Meeres.

Suceveanu, Alexandru: Depozitul de statuete romane de teracotă de la Histria (Das Lager römischer Terrakotten von Histria), in: *S. C. I. V.*, 18, 1967, S. 243 - 267.

200 Statuetten, die wahrscheinlich aus einer histrianischen Werkstatt stammen (2. Jahrhundert u. Z.).

Suceveanu, Alexandru: Două note privind istoria Moesiei în secolul I î. e. n. (Zwei Notizen über die Geschichte Moesiens im 1. Jh. v. u. Z.), in: *Pontice*, 2, 1969, S. 269 - 284.

Die Datierung des foedus aequum zwischen Rom und Callatis; die Balkanbevölkerung stellte ein Söldnerreservoir für Marcus Antonius dar.

Szekely, Zoltan: Villa rustica romană de la Ciunafaia (Die römische villa rustica von Ciunafaia), in: *Studii și Comunicări (Sibiu)*, 14, 1969, S. 155 - 184.

Die villa stammt aus dem 2. - 3. Jahrhundert u. Z.

Tudor, Dumitru: Răscoale și atacuri "barbare" în Dacia romană (Aufstände und "barbarische" Einfälle im römi-

schen Dakien). - Bukarest: Editura științifică 1957, 100 S.

Tudor, Dumitru: Istoria sclavajului în Dacia romană (Geschichte der Sklaverei im römischen Dakien). - Bukarest: Editura Academiei R. P. R. 1957, 311 S.

Tudor, Dumitru: Oltenia romană (Das römische Oltenien [Klein-Walachei]), 3. Aufl. - Bukarest: Editura științifică 1968, 604 S.

Zusammenfassende Darstellung des römischen Lebens im unteren Dakien, mit ausführlichen Bemerkungen über die wirtschaftliche Tätigkeit.

Tudor, Dumitru: Orașe, târguri și sate în Dacia romană (Städte, Marktstellen und Dörfer im römischen Dakien). - Bukarest: Editura științifică 1968, 430 S.

Definition der wirtschaftlichen Zellen des römischen Dakiens und der Beziehungen zwischen ihnen.

Tudor, Dumitru: Importul de vin și undelelemn în provincia Dacia (Der Wein- und Ölimport in der Provinz Dakien), in: *Apulum*, 7, 1968, S. 391 - 400.

Vulpe, Radu: La Valachie et la Basse-Moldavie sous le Romains, in: *Dacia*, N. S., 5, 1961, S. 365 - 393.

Das römische Eindringen in das nördliche Donaugebiet und dessen wirtschaftliche Ursachen.

Vulpe, Radu / Barnea, Ion: Din istoria Dobrogei. Romanii la Dunărea de Jos. Perioada Principatului. Perioada Dominatului (Aus der Geschichte der Dobrudscha. Die Römer an der unteren Donau. Die Zeit des Prinzipats. Die Zeit des Dominats), Bd. 2. - Bukarest: Editura Academiei R. S. R. 1968, 588 S.

Zusammenfassende Darstellung des römischen Lebens in der Dobrudscha mit ausführlichen Bemerkungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Tätigkeit insbesondere im 4. - 7. Jahrhundert u. Z.

Vulpe, Radu: Note de istorie tomitană (Notizen über die Geschichte der Stadt Tomis), in: Pontica, 2, 1969, S. 149 - 167.

Wirtschaftliche Aspekte der Entwicklung der Stadt Tomis von ihrer Gründung bis zur großen Metropole der römischen Epoche.

Winkler, Iuditha / Chitu, L.: Villa rustica de la Aiud. Cîteva observații privind villae-le rustice din Dacia Superior (Die villa rustica von Aiud. Einige Beobachtungen über die villae rusticae von Dacia Superior), in: Sargetia, 5, 1968, S. 59 - 85.

III Völkerwanderungszeit und Mittelalter

Bakó, Geza: Probleme privind unitatea economică și organizatorică de baza precum și formele de proprietate din țara noastră în secolul IV e. n. (Fragen zur Einheitlichkeit der wirtschaftlichen und organisatorischen Basis sowie die Eigentumsformen auf dem Territorium Rumäniens im 4. Jahrhundert u. Z.), in: Cumidava, 2, 1968, S. 27 - 42.

Bakó, Geza: Date privind structura socială și apartenența purtătorilor culturii Sîntana-Cerneahov din Transilvania (Daten über die Sozialstruktur und die Zugehörigkeit der Träger der Sîntana-Cerneahov-Kultur in Siebenbürgen), in: S. C. I. V., 19, 1968, S. 63 - 80.

Bakó, Geza: Despre structura socială a populației din epoca feudală timpurie de la Moldovenesti (Über die soziale Struktur der Bevölkerung von Moldovenesti im Frühfeudalismus), in: S. C. I. V., 20, 1969, S. 338 - 342.

Barnea, Ion: Amforele feudale de la Dinogetia (Die mittelalterlichen Amphoren von Dinogetia), in: S. C. I. V., 5, 1954, S. 513 - 527.
Die Beziehungen mit Byzanz im 10. - 12. Jahrhundert u. Z.

Barnea, Ion: Meșteșugurile în așezarea feudală de la Garvân (secolele X - XII) (Die Handwerke in der feudalen Siedlung von Garvân [10. - 12. Jahrhundert]), in: S. C. I. V., 6, 1955, S. 99 - 117.

Barnea, Ion: Sigilii bizantine inedite din Dobrogea (Unveröffentlichte byzantinische Siegel aus der Dobruudscha), in: S. C. N., 3, 1960, S. 323 - 332.
Die Stücke stammen aus dem 6. - 12. Jahrhundert u. Z.

Barnea, Ion: Noi contribuții la cunoașterea țesutului în așezarea de la Garvan (secolele X - XII) (Neue Beiträge zur Kenntnis des Webens in der Siedlung von Garvân [10. - 12. Jahrhundert]), in: S. C. I. V., 12, 1961, S. 307 - 312.

Bichir, Gheorghe: Contribuție la cunoașterea țesutului în așezarea de la Garvân (secolele X - XII) (Beitrag zur Kenntnis des Webens in der Siedlung von Garvân [10. - 12. Jahrhundert]), in: S. C. I. V., 9, 1958, S. 429 - 443.

Bichir, Gheorghe: Cuptoarele de ars ceramică din cadrul culturii Vîrteșcoiu-Poienești. Un atelier de olărie descoperit la Butnărești (Die Töpferöfen in der Vîrteșcoiu-Poienești-Kultur. Eine Töpferwerkstatt, entdeckt in Butnărești), in: S. C. I. V., 17, 1966, S. 489 - 509.

Chirila, Eugen: Frămîntări la Sarmati în secolul VI e. n. (Unruhen bei den Sarmaten im 4. Jahrhundert u. Z.), in: S. C. I. V., 2, 1951, S. 183 - 188.

Ciobanu, Radu: Aspecte ale civilizației portuare din Dobrogea la sfîrșitul secolului al XIII-lea și în secolul al XIV-lea (Aspecte der Hafenzivilisation in der Dobruudscha am Ende des 13. und im 14. Jahrhundert), in: Pontica, 3, 1970, S. 297 - 329.

Comsa, Maria: Cu privire la semnificația mărcilor de olar în epoca feudală timpurie (Zur Bedeutung der Töpfer-

marken in der frühfeudalen Epoche), in: S. C. I. V., 12, 1961, S. 291 - 303.

Comsa, Maria: Töpferöfen aus dem 9. - 10. Jahrhundert, freigelegt bei Dragosloveni (Kreis Vrancea), in: Slovenská Archaeológia (Bratislava), 18, 1, 1970, S. 119 - 127.

Diaconu, Gheorghe: Despre taifali în lumina cercetărilor arheologice (Über Taiphalen im Lichte der archäologischen Forschungen), in: S. C. I. V., 15, 1964, S. 467 - 483.

Diaconu, Petre / Zah, Emanoil: Despre carierele de piatră de lângă Păciul lui Soare (Über die Steinbrüche bei Păciul lui Soare), in: S. C. I. V., 19, 1968, S. 451 - 467.

Die Identifizierung von Steinbrüchen, in denen Steine für die Stadt des 10. Jahrhunderts u. Z. gebrochen wurden.

Dolinescu-Ferche, Suzana: Cuptor de ars oale din secolul al VI-lea e. n. la Dulceanta (Töpferofen aus dem 6. Jahrhundert u. Z. bei Dulceanta), in: S. C. I. V., 20, 1969, S. 117 - 124.

Horedt, Kurt: Contribuții la istoria Transilvaniei în secolele IV - XIII (Beiträge zur Geschichte Siebenbürgens im 4. - 13. Jahrhundert). - Bukarest: Editura științifică 1958, 180 S. Verschiedene sozialökonomische Aspekte (Geldzirkulation, Demographie usw.).

Martinovici, Trifu: Meșteșugul metalurgiei pe teritoriul Cetății de Scaun de la Suceava (Das Metall-Handwerk in der Hauptstadt Suceava), in: S. C. I. V., 12, 1961, S. 315 - 334.

Matei, D. Mircea: Probleme de cultură orășenească în Moldova medievală (Probleme der städtischen Kultur in der mittelalterlichen Moldau), in: S. C. I. V., 16, 1965, S. 533 - 544.

Matei, D. Mircea: Considerații pe marginea unor aspecte sociale ale istoriei orașelor medievale românești (Betrach-

tungen am Rande zu einigen sozialen Aspekten der Geschichte der mittelalterlichen rumänischen Städte), in: S. C. I. V., 18, 1967, S. 47 - 65.

Matei, Mircea / Olteanu, Ștefan: Noi date cu privire la dezvoltarea meșteșugurilor în Suceava medievală (Neue Angaben zur Entwicklung der Handwerke im mittelalterlichen Suceava), in: S. C. I. V., 12, 1961, S. 121 - 130.

Matei, D. Mircea: Studii de istorie orășenească medievală. Moldova secolilor XIV - XVI (Studien zur mittelalterlichen städtischen Geschichte. Die Moldau im 14. - 16. Jahrhundert. - Suceava: Staatliches Museum 1970, 203 S.

Sozialökonomische Probleme der Geschichte der Moldau in der Feudalzeit.

Nicorescu, Mara: Cuptoare de ars ceramică din secolele XIV - XV de la Suceava (Töpferöfen aus dem 14. - 15. Jahrhundert in Suceava), in: S. C. I. V., 16, 1965, S. 97 - 111.

Olteanu, Ștefan: Les métiers en Moldavie et en Valachie (X^e - XVII^e siècles), in: R. R. H., 7, 1968, S. 169 - 197.

Olteanu, Ștefan: Comerțul pe teritoriul Moldovei și Țării Românești în secolele X - XIV (Der Handel auf dem Gebiet der Moldau und der Walachei im 10. - 14. Jahrhundert), in: Studii, 22, 1969, S. 849 - 874.

Popa, Radu / Kovács, E.: Extragerea metalelor de la Baia Mare (sec. XVI) (Die Metallgewinnung von Baia Mare [16. Jahrhundert]), in: S. C. I. V., 16, 1965, S. 113 - 127.

Vîlceanu, Dumitru: Debarcaderul și problema poziției geografice a cetății bizantine de la Păciul lui Soare (Die Anlegestelle und die geographische Lage der byzantinischen Stadt von Păciul lui Soare), in: S. C. I. V., 18, 1967, S. 593 - 615.

Die Entdeckung der ersten Anlegestelle an der Niederdonau (10. Jahrh. u. Z.).

HOCHSCHULSCHRIFTEN ZUR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

von Renate Günther

Heinz Abend

DER ZUSAMMENHANG ZWISCHEN WERT, MEHRWERT UND DURCHSCHNITTSPROFIT IN DER HERAUSBILDUNG UND ENTWICKLUNG DER MARXISTISCHEN POLITISCHEN ÖKONOMIE (1844 - 1858)

Dissertation A (27. 11. 1972)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Marx' und Engels' erste Bekanntschaft mit dem Problem des Verhältnisses von Wert, Marktpreis und Durchschnittsprofit, Engels' "geniale Skizze" "Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie"; Die ersten ökonomischen Studien von Karl Marx und ihr Niederschlag in den "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten"; Die gemeinsame Arbeit von Karl Marx und Friedrich Engels: "Die heilige Familie"; Der Beitrag von Friedrich Engels: "Die Lage der arbeitenden Klasse in England"
2. Der Beginn der Ausarbeitung der Arbeitswerttheorie 1845 - 1848, Vertiefung der ökonomischen Studien; Karl Marx über Friedrich Lists Buch "Das nationale System der politischen Ökonomie"; Die "Deutsche Ideologie" von Karl Marx und Friedrich Engels (1845 - 1846); "Das Elend der Philosophie"; Die Entwicklung der ökonomischen Theorie von Marx und Engels am Vorabend der bürgerlichen Revolution von 1848/49
3. Die Wiederaufnahme der ökonomischen Studien in London 1850 - 1855
4. Die "Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf" 1857 - 1858. Eine neue Stufe in der Entwicklung der Marxschen politischen Ökonomie: Die weitere Entwicklung der Arbeitswerttheorie; Stellung und Rolle des Entfremdungsbegriffs; Die Entdeckung des Mehrwerts in seiner reinen Gestalt; Profit und Durchschnittsprofit; Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate

Herbert Ahner

ZUR FINANZIERUNG DER INVESTITIONEN AN KONSTANTEM FIXEM KAPITAL IM STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS - DARGESTELLT AM BEISPIEL DER EISEN- UND STAHLINDUSTRIE IN DER BRD

Dissertation A (14. 12. 1973)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Grundlagen der Reproduktion des konstanten Kapitals, Konzentration und Zentralisation des Monopolkapitals; Die Reproduktion des monopolistischen Kapi-

talverhältnisses; Die Widerspiegelung des kapitalistischen Charakters der Reproduktion des konstanten fixen Kapitals: Die Rolle der Arbeitskraft bei der Reproduktion des konstanten fixen Kapitals, Die Entwicklung der organischen Zusammensetzung des Kapitals in der Eisen- und Stahlindustrie (Technische, wertmäßige Zusammensetzung, Wechselbeziehungen)

2. Wechselbeziehungen und Widersprüche zwischen Verschleiß und Abschreibungen des konstanten fixen Kapitals in der Eisen- und Stahlindustrie der BRD. Die Wertübertragung des konstanten fixen Kapitals (physischer und moralischer Verschleiß); Das System der beschleunigten Abschreibung als eine Form der Selbstfinanzierung; Auswirkungen des Systems der beschleunigten Abschreibung auf den finanziellen Umschlag des konstanten fixen Kapitals; Der Reproduktionseffekt der Abschreibungen und seine Wirkungstendenz
3. Die Selbstfinanzierung der Investitionen an konstantem fixem Kapital über den Gewinn in der Eisen- und Stahlindustrie der BRD. Die Wirkung entsprechender steuerpolitischer Maßnahmen; Die bilanzmäßige sichtbare Akkumulation
4. Die Fremdfinanzierung der Investitionen an konstantem fixem Kapital der Eisen- und Stahlindustrie der BRD. Funktion und Wirkungstendenz langfristiger Kredite (staatliche, private); Funktionen und Wirkungstendenz staatlicher produktiver Subventionen

Reinhard Beutler

PROBLEME DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN MONOPOLISTISCHEN GROSS-UNTERNEHMEN UND DEN NICHTMONOPOLISTISCHEN UNTERNEHMEN IM STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS DER BRD - DARGESTELLT AM BEISPIEL DER INDUSTRIELLEN GEMEINSCHAFTSFORSCHUNG

Dissertation A (30. 11. 1973) Technische Universität Dresden

1. Der Einfluß der Monopolisierung von Forschung und Entwicklung auf die Stellung der kleinen und mittleren Bourgeoisie in der Industrie der BRD
2. Die industrielle Gemeinschaftsforschung in der BRD - Ausdruck der Unterordnung der kleinen und mittleren Kapitale im Interesse des Monopolprofits. Überblick zur industriellen Gemeinschaftsforschung (Begriffsinhalt, Umfang); Die AIF - ein praktisches Beispiel für die Unterordnung der kleinen und mittleren Betriebe unter die Herrschaft des Monopolkapitals (Aufgaben, Ziele und Realität; Forschungsergebnisse und Verwertungsmöglichkeiten durch die monopolistischen Großunternehmen; Funktion der Gemeinschaftsforschung im System der staatsmonopolistischen Wissenschaftspolitik am Beispiel der staatlichen Finanzierung innerhalb der AIF; Konsequenzen für die kleinen und mittleren Betriebe aus der staatsmonopolistischen Zentralisation aller Forschungskapazitäten); Notwendigkeit, Möglichkeit und Grenzen der Gemeinschaftsforschung unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems der BRD (Wesen des Kapitals - prinzipielle Schranke der Gemeinschaftsforschung; objektiv größere Möglichkeiten bei Verwertung der aus der Gemeinschaftsforschung erzielten Ergebnisse; objektive Interessen der Monopole an forschungsfähigen kleinen und mittleren Zulieferbetrieben; "Pionierunternehmen" des Monopolkapitals

Horst Denecke

DIE AGRARPOLITISCHEN KONZEPTIONEN DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS BEIM ÜBERGANG VOM BÜRGERLICH-PARLAMENTARISCHEN SYSTEM ZUR FASCHISTISCHEN DIKTATUR (FRÜHJAHR 1930 BIS HERBST 1934)

Dissertation A (23. 6. 1972)

Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Humboldt-Universität zu Berlin

1. Grundlagen und Grundzüge der deutschen Agrarpolitik in der Weimarer Republik (bis 1930)
2. Die deutsche Landwirtschaft während der Weltwirtschaftskrise und die agrarpolitischen Konzeptionen des deutschen Imperialismus (1930 bis 1932). Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die deutsche Monopolbourgeoisie und die Herausbildung unterschiedlicher Auffassungen in der Agrarpolitik; Die Auswirkungen der großen Krise auf die Landwirtschaft; Die Agrarpolitik der Brüning-Regierung; Die Rolle der NSDAP im Kampf um die Durchsetzung der agrarpolitischen Konzeptionen der führenden Gruppen der Monopolbourgeoisie; Die Agrarpolitik der Papen- und Schleicher-Regierung
3. Die Auseinandersetzungen um die Agrarpolitik während der Amtszeit des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Hugenberg, in der faschistischen Reichsregierung (30. Januar bis 27. Juli 1933). Ziele und Probleme der Agrarpolitik der Hitler-Regierung. Die Unterminierung des Hugenbergschen Einflusses bis zu seinem Sturz als Reichsminister
4. Die Verwirklichung der agrarpolitischen Konzeption der deutschen Monopolbourgeoisie durch die faschistische Diktatur (Juni 1933 bis Herbst 1934); Die Bedeutung der Ablösung Hugenbergs durch Darré und Schmitt; Die Reichsnährstandsorganisation - Voraussetzung für die völlige Unterordnung der Landwirtschaft unter das Kommando des Finanzkapitals; Die Bedeutung des Reichserbhofgesetzes für die Festigung der faschistischen Basis auf dem Dorfe und für die Politik der deutschen Monopolbourgeoisie; Darrés Kampf um die Ansiedlung der Junkergüter 1933/34; Die Agrarpolitik nach dem 30. Juni 1934; Ausblick auf den weiteren Verlauf der faschistischen Agrarpolitik

Hans Gottwald

DIE ENTMACHTUNG DER GROSSGRUNDBESITZER UND NAZIAKTIVISTEN UND DIE HERAUSBILDUNG NEUER PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE IN DER LANDWIRTSCHAFT WÄHREND DER ERSTEN ETAPPE DER DEMOKRATISCHEN BODENREFORM IM HERBST 1945 AUF DEM TERRITORIUM DES HEUTIGEN BEZIRKS ERFURT

Dissertation A (19. 12. 1974)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Kennzeichnung der thüringischen Agrarsituation zur Zeit der Weimarer Republik und des Hitlerfaschismus. Die sozialökonomischen Verhältnisse auf dem Lande; Zur räumlichen Abgrenzung Thüringens; Die Rolle und die Bedeutung des Großgrundbesitzes sowie der Großbauernschaft; Die Stellung der Mittel- und Kleinbauern; Zur Lage der proletarischen und halbproletarischen Schichten, Der Einfluß der politischen Hauptparteien sowie des Landbundes auf das Thüringer Dorf

2. Der Kampf der demokratischen Kräfte unter Führung der KPD um die Durchführung der demokratischen Bodenreform. Die führende Rolle der KPD bei der Vorbereitung der demokratischen Bodenreform: Zu den wissenschaftlichen Grundlagen der Agrarpolitik der KPD; Die Bedeutung der Landesbauernkonferenz vom 2. September 1945 in Weimar; Die Bildung und die Zusammensetzung der Bodenkommissionen. Der Prozeß der Enteignung der Junker und Naziaktivisten: Zur Arbeit der Bodenkommissionen; Die Hilfe der Arbeiterklasse und aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte; Zur Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht; Die Enteignung der Naziaktivisten
3. Die Zuspitzung des Klassenkampfes und die ersten Ergebnisse der demokratischen Bodenreform im Herbst 1945. Der Kampf der reaktionären Kräfte gegen die demokratische Bodenreform: Die Bemühungen der Großgrundbesitzer um die Rettung ihrer Besitzungen; Die Versuche ehemaliger Naziaktivisten, die demokratische Bodenreform zu verhindern. Die wichtigsten Resultate der ersten Etappe der demokratischen Bodenreform: Die Veränderung der sozialökonomischen Struktur auf dem Lande; Die Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft

Jürgen Kirchner

ZUR TEILNAHME DER FRAUEN AM SOZIALISTISCHEN AUFBAU UND AN DER VERWIRKLICHUNG IHRER GLEICHBERECHTIGUNG - EIN BEITRAG ZUR FRAUENPOLITIK IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK IN DEN JAHREN 1949 BIS 1955

Dissertation A (19. 1. 1974)

Pädagogische Hochschule "Clara Zetkin" Leipzig, Sektion Geschichte

2. Zur historischen Kategorie Frauenfrage (Herausbildung, vorkapitalistische Formationen, "moderne Frauenfrage", Zum Prozeß der endgültigen Lösung der Frauenfrage in der kommunistischen Gesellschaftsformation)
3. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau. Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der sowjetischen Besatzungszone; Die Gründung der DDR und die Gleichberechtigung der Frau; Das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau
4. Die Frauenpolitik in der DDR im Zeichen der Beschlüsse des III. Parteitag der SED; Der II. Bundeskongreß des Demokratischen Frauenbundes und die Berufsarbeit der Frau
5. Der Prozeß der Einbeziehung der Frauen in den planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR. Die 2. Parteikonferenz der SED und der Anteil der Frauen am Aufbau der Grundlagen des Sozialismus bis zum Abschluß des ersten Fünfjahresplans; Zur Rolle der Betriebsfrauenausschüsse in der sozialistischen Industrie; Zum Anteil der Frauen und der Frauenausschüsse an der sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft

Eike Kopf
REAKTIONEN BÜRGERLICHER IDEOLOGEN AUF DIE WIRKUNG DER ER-
KENNTNISSE AUS DEM "KAPITAL" VON KARL MARX IN DEUTSCHLAND
VON 1867 BIS 1895/97

Dissertation B (11. 4. 1974)
Pädagogische Hochschule Potsdam

2. Die sozialökonomische Entwicklung der herrschenden Klassen in Deutschland bis 1867 und deren Widerspiegelung in der Ideologie dieser Klassen. Zum Charakter der Entwicklung der Bourgeoisie in Deutschland bis 1867; Der ideologische Reflex der herrschenden Klassen, insbesondere der Bourgeoisie, vor 1867 (Philosophie, Politische Ökonomie, Geschichtsschreibung)
3. Das Erscheinen des "Kapitals" als Fundament des wissenschaftlichen Kommunismus und die herrschenden Klassen in Deutschland. "Das Kapital" (Gründe und Voraussetzungen der Arbeit, Darstellung der kapitalistischen Gesellschaftsformation, Marx' Methoden); Der Kampf gegen die bürgerliche "Verschwörung des Schweigens"; Wortmeldungen reaktionärer bürgerlicher Ideologen, Reaktionen von bis 1848/49 fortschrittlichen Vertretern der Bourgeoisie auf das "Kapital"
4. Die wachsende Stärke der Arbeiterbewegung von 1869/72 zwingt die Ausbeuterklasse und ihre Ideologen zur Stellungnahme zum "Kapital". Kritik durch die herrschenden Klassen: Bürgerliche Ökonomen (Freihandelsschule, Ältere historische Schule, Jüngere historische Schule, Grenznutzenschule); Bürgerliche Juristen, Historiker, Soziologen, Philosophen, Naturwissenschaftler, Reaktionen von Ideologen des Junkertums und der katholischen und evangelischen Kirche

Paul Möller
ZUR FRAGE DES VERHÄLTNISSES VON IDEOLOGIE UND FIRMEN-
GESCHICHTSSCHREIBUNG IN DER BRD - UNTER BESONDERER BERÜCK-
SICHTIGUNG DER ZEITSCHRIFT "TRADITION", ZEITSCHRIFT FÜR FIR-
MENGESCHICHTE UND UNTERNEHMERBIOGRAPHIE

Dissertation A (6. 8. 1974)
Bergakademie Freiberg

1. Die grundlegenden Gegensätze zwischen marxistisch-leninistischer und imperialistischer Geschichtsbetrachtung. Ziel und Inhalt der bürgerlichen Geschichtsschreibung unter den Bedingungen unserer Epoche. Verhältnis von Geschichtsbetrachtung und Ideologie in der bürgerlichen Historiographie; Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit in der Begründung des historischen Materialismus durch Marx und Engels; Geschichte und ideologischer Klassenkampf in der Gegenwart; Bemerkungen zur Theorie der "Industriegesellschaft" und zum "kritischen Realismus als theoretische Grundlagen des Sozialreformismus"
2. Die besondere Rolle der Firmengeschichtsschreibung für die Begründung eines imperialistischen Geschichtsbildes. Die Zeitschrift "Tradition, Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie" und ihre Aufgaben. Bemerkungen zum theoretischen Ausgangspunkt der Firmengeschichte; Zur Begründung der Notwendigkeit von Firmengeschichtsschreibung und Unternehmerbiographie; Die Rolle der Zeitschrift "Tradition" und die ideologische Grundhaltung

ihres verantwortlichen Herausgebers; Zur Charakterisierung der Position einiger Mitherausgeber der Zeitschrift "Tradition"

3. Die Durchsetzung der ideologischen und theoretischen Konzeption der Firmengeschichte und Unternehmerbiographie in der Zeitschrift "Tradition". Die Rolle der Unternehmertheoreme in der Firmengeschichte; Die Rolle des Unternehmers als Träger des wirtschaftlichen Fortschritts; Das Verhältnis von Unternehmern und Arbeitern. Die sozialen Leistungen der Unternehmer; Das Verhältnis von Unternehmern und Politik; Nationalismus und Antikommunismus in der Firmengeschichtsschreibung

Christa Naumann

DAS ARBEITSTEILIGE ZUSAMMENWIRKEN VON SS UND DEUTSCHEN RÜSTUNGSKONZERNEN 1942 - 1945, DARGESTELLT AM BEISPIEL DER AUSSENKOMMANDOS DES KONZENTRATIONSLAGERS BUCHENWALD

Dissertation A (4. 1. 1973)

Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die militärische und politische Situation des faschistischen Deutschlands im Jahre 1942
2. Die Beziehungen zwischen Rüstungskonzernen, SS und KZ-Zwangsarbeit nach 1942. Veränderungen im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des Faschismus; Die grundsätzliche Konzeption der Zwangsarbeit im Dienste der deutschen Bourgeoisie; Zweck, Ausmaß und organisatorische Grundlagen der KZ-Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion
3. Die Außenkommandos von Buchenwald als Beispiel faschistischer Zwangsarbeit im Dienste der Rüstungskonzerne. Der spezifische Charakter des KZ Buchenwald; Entwicklung und Umfang der Außenkommandos von Buchenwald; Die Organisation des Arbeitseinsatzes in den Außenkommandos; Die Klassifizierung der Außenkommandos; Die Außenkommandos des Junkers-Konzerns als typisches Beispiel für KZ-Zwangsarbeit in einem staatseigenen Rüstungskonzern (Bedeutung des Junkers-Konzerns für die faschistische Kriegsrüstung, Überblick über seine Außenkommandos, Verlagerungsobjekte, Mitbeteiligung privatkapitalistischer Unternehmen an der Häftlingsausbeutung des Junkers-Konzerns); Die Existenzbedingungen in den Außenkommandos und die Einflusnahme der Konzerne auf diese Existenzbedingungen; Der Widerstandskampf in den Außenkommandos; Die Effektivität der KZ-Zwangsarbeit
4. Die Verantwortung der Konzerne für die Häftlingsausbeutung

Ehrenfried Pößneck

DER SOZIALISTISCHE WETTBEWERB IM "JAHR DER GROSSEN INITIATIVE"

Dissertation A (23. 5. 1974)

Karl-Marx-Universität Leipzig, Franz-Mehring-Institut

1. Das Wesen des sozialistischen Wettbewerbs und seine Entwicklung in der Industrie der DDR bis zum Jahre 1953 (1. Halbjahr)
2. Die Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs in Vorbereitung des IV. Par-

teitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Masseninitiative und Arbeiterklasse in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus; Probleme der Klassenentwicklung der Arbeiterklasse und der Prozeß der Erarbeitung der Orientierung der Partei für die Entfaltung ihrer Initiative; Der Wettbewerb der Arbeiterklasse zur Vorbereitung des IV. Parteitag und seine Ergebnisse

3. Der Aufschwung des sozialistischen Wettbewerbs nach dem IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Inner- und überbetrieblicher Wettbewerb nach dem IV. Parteitag der SED; Die Entwicklung der Produktionsberatungen im Jahre 1954; Die Bedeutung der 21. Tagung des Zentralkomitees der SED für die Entfaltung der Masseninitiative; Ergebnisse des sozialistischen Wettbewerbs im "Jahr der großen Initiative"

Ursula Rehberg

CHARAKTER, MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DER IMPERIALISTISCHEN FORSCHUNGSINTEGRATION, DARGESTELLT AM BEISPIEL DER EUROPÄISCHEN ATOMGEMEINSCHAFT (EURATOM)

Dissertation A (6. 12. 1972)

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

1. Der Charakter der imperialistischen Forschungsintegration, Die ökonomischen Grundlagen der imperialistischen Forschungsintegration; Die Integration in Westeuropa als wichtigstes Instrument zur Durchsetzung imperialistischer Expansionsziele; Zum politischen und ökonomischen Stellenwert der Forschung und Entwicklung im Imperialismus der 3. Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus; Die Vergesellschaftung der Wissenschaft und Forschung im Kapitalismus und ihre Unterwerfung unter die Herrschaft des Monopolkapitals
2. Die EURATOM - ein typisches imperialistisches Integrationsobjekt der Gegenwart. Zu den Triebkräften der imperialistischen Forschungsintegration; Ziele im Bereich der EURATOM; Zur Rolle der Produktivkraft "Kernenergie" im modernen kapitalistischen Profitsystem; Der organisatorische Aufbau und die Struktur der Europäischen Atomgemeinschaft (Struktur der Forschungstätigkeit)
3. Die Entwicklung der Forschungsintegration in der EURATOM als Ausdruck sowohl der gemeinsamen Interessen als auch der wachsenden Widersprüche zwischen den imperialistischen Hauptländern Westeuropas. Die "Technologische Einigung Europas" als Ziel imperialistischer Integrationsstrategen; Die Rolle des USA-Kapitals in den Ländern der Europäischen Atomgemeinschaft; Die gemeinsamen Interessen und die Widersprüche zwischen den Mitgliedsstaaten der EURATOM (Großbritannien, Frankreich, Entwicklung in den 60er und 70er Jahren)
4. Die suprastaatlich organisierte Forschungsintegration im Bereich der EURATOM. Zur Problematik von Prognose und Programmierung; Der Programmierungsmechanismus der Europäischen Atomgemeinschaft; Die Gemeinschaftsaktionen der Europäischen Forschungsgemeinschaft; Zur Charakterisierung der neuen Forschungsbereiche; Die Aktionsformen der Forschung bei EURATOM; Die Forschungsfinanzierung - ein Mittel der Umverteilung der Nationaleinkommen der Mitgliedsländer im Interesse der führenden Finanzgruppen in der EURATOM

5. Die Möglichkeiten der staatsmonopolistisch organisierten supranationalen Forschungsintegration im Bereich der EURATOM. Die Nutzung der Ergebnisse gemeinsamer Forschung - ein Ausdruck der Begrenztheit der Entwicklung der Produktivkräfte im Imperialismus; Die Ursachen der Widersprüchlichkeit und Begrenztheit der imperialistischen Forschungsintegration; Die Problematik der Uranversorgung - ein Ausdruck der reaktionären und aggressiven Ziele der Kernforschung in den imperialistischen Hauptländern Westeuropas

Horst Reimann

DIE GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG UND BEDEUTUNG DER GETREIDE-PRODUKTION UND -VERARBEITUNG UNTER BESONDERER BEACHTUNG DER PRODUKTIVKRÄFTE

Dissertation A (15. 11. 1974)

Biowissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Humboldt-Universität zu Berlin

1. Von den Anfängen der Getreideproduktion und -verarbeitung und der Geschichte ihrer Produktivkräfte in der urgesellschaftlichen Produktionsweise. Die Menschwerdung und die Verwendung der ersten Produktionsinstrumente zum Nahrungserwerb; Die Entstehung der ersten Ackerbaukulturen im Mesolithikum und die Herkunft unserer Kulturgetreidearten; Die "neolithische Revolution" als Ergebnis des Überganges von der aneignenden zur wiedererzeugenden Wirtschaftsstufe; Die erste große gesellschaftliche Arbeitsteilung als Voraussetzung für die Entstehung der Klassengesellschaft; Die Entwicklung der Arbeitsmittel in der Bronzezeit; Die Fortschritte der Getreideproduktion und -verarbeitung in der vorrömischen Eisenzeit
2. Die Bedeutung der Getreideproduktion und -verarbeitung und die Entwicklung ihrer Technik und Technologie in der Sklavenhaltergesellschaft. Der ägyptische Sklavenhalterstaat; Der griechische Sklavenhalterstaat; Das Römische Reich
3. Die Bedeutung des Getreides und die Entwicklung der zu seiner Produktion und Verarbeitung verwendeten Arbeitsmittel im Feudalismus. Die Herausbildung der feudalistischen Produktionsverhältnisse im Bereich der Produktion von Nahrungsgütern und die ihnen entsprechenden Produktivkräfte; Die soziale Lage der Bauern in der mittelalterlichen Gesellschaft, ihre Auswirkung auf das Niveau der Arbeitsmittel und die Ernährungslage des Volkes; Die Bedeutung und Entwicklung der Müllerei im Feudalismus (Wasser- und Windantrieb, Mahlzwang und Bannmühle, Ausmahlgrad des Getreides); Die Bedeutung der Bäckerei im Feudalismus (Backwarenarten, Gärmittel, Backpfanne und Backofen); Die Bedeutung der Breinahrung im Mittelalter; Die verschiedenen Formen der Notnahrung und der Brotersatzstoffe in den durch Getreidemangel verursachten Hungersnöten
4. Die Bedeutung der Getreideproduktion und -verarbeitung und die Entwicklung ihrer Technik unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die Bedeutung der industriellen Revolution für die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise... Wichtige Neuerungen und wissenschaftliche Erkenntnisse als Voraussetzung für die Steigerung der Getreideproduktion; Die Entwicklung und Bedeutung der Müllerei unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen (Vermahlungstechnik und Hochmüllerei, Erfindung des Walzenstuhles, Fortschritte in der Mühlentechnik und unterschiedliche Wirtschaftslage der Betriebsfor-

men, Verschärfung des Konkurrenzkampfes); Die Entwicklung und Bedeutung der Bäckerei unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen (Brotnahrung und Mechanisierung der Backwarenherstellung)

5. Die Bedeutung der Getreideproduktion und -verarbeitung sowie die Entwicklung ihrer Technik unter sozialistischen Produktionsverhältnissen. Die Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft der DDR; Die industriemäßige Produktion von Getreide; Die Entwicklung der staatlichen Getreidelagerwirtschaft, ihre Aufgaben und ihre technische Ausrüstung; Mischfutterindustrie; Mühlenindustrie; Backwarenindustrie

Rolf Rodigast

DIE GREIFSWALDER STADTBAUERN IM SPÄTFEUDALISMUS. UNTERSUCHUNGEN ZUR ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN LAGE DER BÄUERLICHEN PRODUZENTEN IM BEREICH DER GREIFSWALDER GUTSHERRSCHAFT 1648 - 1806

Dissertation A (3. 12. 1974)

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

1. Die Entwicklung der sozialökonomischen Struktur im Bereich des Landbesitzes der Stadt Greifswald 1648 - 1806. Entwicklung der Bauernwirtschaften und gutsherrlichen Eigenbetriebe: Anzahl der Wirtschaften, Ackerflächenanteile und Bodennutzungssysteme, Aussaatanteile, Nutztviehhaltung; Die Entwicklung der Sozialstruktur
2. Die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bauern unter den Bedingungen des Dienstbauernsystems. Landanteile, Arbeitskräfte und Zugviehbestand der Bauernwirtschaften: Größe und Zugviehbesatz der Wirtschaften im Jahre 1670, Größe und Arbeitskräfte der Wirtschaften im Jahre 1701, Die Entwicklung der Bauernwirtschaften bis 1782; Die Arbeitsrente: Die regulären ("ordinären") Hofdienste, Die zusätzlichen ("extraordinären") Hofdienste und die Arbeitsverfassung der städtischen Eigenbetriebe, Die Fuhrdienste; Die Produktenrente; Die Geldrente; Das bäuerliche Einkommen; Besitzrecht und persönliche Rechtsstellung der Bauern; Der bäuerliche Widerstand und die Bestrebungen zur Reform der feudalen Arbeitsverfassung
3. Die Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bauern nach Ablösung der Hofdienste, Die Besitzrechte der Bauern; Die persönliche Rechtsstellung der Bauern; Die Arbeitsrente; Die Produktenrente; Geldrente und bäuerliches Einkommen; Zum sozialökonomischen Charakter der Greifswalder Gutsherrschaft am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts

Jörg Roesler

DIE HERAUSBILDUNG UND FESTIGUNG DER SOZIALISTISCHEN PLANWIRTSCHAFT IN DER INDUSTRIE DER DDR IN DEN JAHREN 1945 - 1955

Dissertation B (30. 10. 1975)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Methodologische Probleme der Darstellung der Entwicklung des Leitungs- und Planungssystems in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die wachsende Rolle des subjektiven Faktors im Sozialismus, die Bedeutung der Leitung und Planung für die sozialistische Wirtschaft, das Prinzip des demokratischen Zentralismus als Grundprinzip der Leitung und Planung der Volkswirtschaft im Sozialismus und der Zusammenhang zwischen den einzelnen Seiten der ökonomischen Entwicklung sowie die sich aus alledem ergebenden Schlußfolgerungen für die wirtschaftshistorische Darstellung

2. Allgemeines und Besonderes bei der Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der Industrie der DDR 1945 - 1950. Sowjetische Erfahrungen und sowjetische Hilfe; Entstehung der Planung in der DDR im Prozeß der Herausbildung der Planwirtschaft in den Ländern Mittel- und Südosteuropas; nationale Besonderheiten
3. Die Festigung und Weiterentwicklung der sozialistischen Planwirtschaft in den Jahren 1951 bis 1955. Ausgangsbedingungen und Zielstellungen für den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu Beginn der fünfziger Jahre (politische und ökonomische Ausgangsbedingungen, objektive Erfordernisse der Übergangsperiode und ihre Bedeutung für die Realisierung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus); Die Anforderungen an die Leitung und Planung der Industrie bei der Verwirklichung der sozialistischen Industrialisierung in der Übergangsperiode, ihre Widerspiegelung in den Beschlüssen von Partei und Regierung und ihre Realisierung in der Praxis (Demokratischer Zentralismus, Verteilung der Entscheidungsbefugnisse: Organisationsstruktur, Entscheidungsbefugnisse in der Produktionsplanung, in der Investitionsplanung, Grad der Erfassung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses durch die Volkswirtschaftsplanung, Entwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben - Kontrolle durch die Mark - materielle Interessiertheit - Kampf um Rentabilität, Grad der Abstimmung zwischen den verschiedenen Elementen des Leitungs- und Planungssystems, sozialistischer Wettbewerb und zentrale staatliche Leitung); Zur Effektivität des Leitungs- und Planungssystems der ersten Hälfte der fünfziger Jahre. Grundzüge der Verwirklichung der ökonomischen Zielstellung von Partei und Regierung: Entwicklung der Produktionsverhältnisse, Entwicklung der materiellen Produktivkräfte (Industrieproduktion, Industriezweigstruktur, Arbeitsproduktivität, technisches Niveau und Qualität), Entwicklung der Produktivkraft Mensch, materielle Lebensbedingungen; Der Einfluß des Leitungs- und Planungssystems auf die Realisierung der ökonomischen Zielstellungen der ersten Hälfte der fünfziger Jahre

Gabriele Saupe

ZUR TERRITORIALEN ORGANISATION DES SIEDLUNGSNETZES IN VORWIEGEND AGRARISCH-STRUKTURIERTEN RÄUMEN - UNTERSUCHT AM BEISPIEL DER KREISE WITTSTOCK, PRITZWALK, NEURUPPIN, KYRITZ, RATHENOW, NAUEN, BRANDENBURG-LAND, BELZIG UND JÜTERBOG DES BEZIRKES POTSDAM

Dissertation A 1972

Pädagogische Hochschule Potsdam

1. Aufgabenstellung, Literatureinschätzung, Einführung in das Untersuchungsgebiet
2. Der Einfluß natürlicher Bedingungen und historischer Prozesse auf die Herausbildung des gegenwärtigen Siedlungsnetzes

3. Die Stellung der Siedlungen und Siedlungssysteme im Reproduktionsprozeß im Territorium
4. Die Rolle funktionaler Gemeindetypen bei der Leistungskennzeichnung
5. Die Differenzierung der Gemeinden hinsichtlich ihrer Ausstattung an Reproduktionsbedingungen für die Bevölkerung aus den Bereichen der Versorgung und Dienstleistungen
6. Die Siedlungskleinsysteme im Untersuchungsgebiet

Kurt Werner

EINIGE ASPEKTE ZUR STRATEGIE DES WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN FORTSCHRITTS IM SOZIALISMUS

Dissertation A (18. 12. 1974)

Akademie der Wissenschaften der DDR

2. Einige Charakteristika des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im XX. Jahrhundert (Einseitige Bewertung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als Ausdruck des Profitstrebens, Ansätze zur Bewertung wichtiger Veränderungen im wissenschaftlich-technischen Fortschritt)
3. Die Herausbildung gesellschaftlicher Bedürfnisse und ihre Befriedigung
4. Rüstungsforschung und Militärtechnik als Deformationsfaktoren für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik
5. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und moralischer Verschleiß
6. Der Systemcharakter von Erfindungen und die Trägheit der Investitionen
7. Einige Ansätze für die Orientierung der physikalischen Forschung, abgeleitet aus Charakteristika des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (in ausgewählten kapitalistischen Ländern; in der DDR)

Günter Wetzel

DIE SCHÖNFELDER GRUPPE

Dissertation A (11. 12. 1974)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Zielstellung, Abgrenzung, Forschungsgeschichte
2. Die materielle Kultur: Keramik, Verzierung der Keramik, Produktionsinstrumente und Gebrauchsgegenstände: Feuersteingeräte, Feldgesteingeräte, Knochengenäte, Waffen, Schmuck, Plastische Darstellungen
3. Chronologie und Gruppengliederung
4. Siedlung, Wirtschaft und Gesellschaft. Die natürlichen Bedingungen im Siedlungsraum; Siedlungen und Siedlungsgebiete; Wirtschaft (Nahrungsmittelproduktion: Bodenbau, Viehhaltung, Jagd, Fischfang, Sammeln, Vorratswirtschaft; Hauswerk: Steinbearbeitung, Knochenverarbeitung, Holzbearbeitung, Herstellung der Keramik, Textiltechnik); Bewaffnung und Trachten; Geistige Kultur; Zur Anthropologie der Schönfelder; Gesellschaftliche Verhältnisse und die Frage der Deutung neolithischer Kulturgruppen

DIE MONOPOLISIERUNG DER COMPUTERPRODUKTION UND -ANWENDUNG
ZUR IMPERIALISTISCHEN BEHERRSCHUNG VON INFORMATIONEN, DAR-
GESTELLT AM BEISPIEL DER BRD

Dissertation A (8. 12. 1972)

Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Hum-
boldt-Universität zu Berlin

1. Die Förderungsprogramme EDV der Regierung der BRD als Grundlage für die Entwicklung der Computerproduktion und -anwendung in der BRD. Die Monopolisierung der Wissenschaft mit Hilfe des Staates; Das 1. Förderungsprogramm EDV der Bundesregierung (Vorgeschichte, Inhalt und Zielstellung, staatliche finanzielle Aufwendungen zur Verwirklichung, Aufbau von Rechenzentren und Organisationen zur Förderung der EDV-Entwicklung, Bildungspolitische Maßnahmen); Das 2. Förderungsprogramm EDV; Die Informationsverarbeitung mit Hilfe von Computern und die politökonomische Stellung der Informationen
2. Die Herstellung und der Einsatz der Computer als Voraussetzung und Ergebnis der Entwicklung des ökonomischen Monopols. Der Einfluß des Computereinsatzes auf die Monopolisierung und auf die Profitproduktion; Die Entwicklung der Computerindustrie und des Computermarktes (in den kapitalistischen Ländern, in der BRD, Einsatz von Computern in der BRD); Die Monopolisierung in der Computerindustrie der BRD: Die Deutsche Datel GmbH - Ausdruck staatsmonopolistischer Aktivitäten in der Computerindustrie und -anwendung, Die Bemühungen um eine Zentralisation der Computerproduktion mit Hilfe des Staates, Die Internationalisierung der Computerproduktion im Rahmen der EWG
3. Der Einsatz von Computern zur Vervollkommnung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Zur Verfügungsgewalt über die Informationen und die technischen Einrichtungen zu ihrer Verarbeitung; Die politische und ökonomische Stellung des EDV-Personals; Die Zentralisation des staatsmonopolistischen Machtapparates mit Hilfe der Computer

AUTORENVERZEICHNIS

- Biermann, Kurt-Reinhard, Prof. Dr. rer. nat. habil., Leiter der Alexander-von-Humboldt-Forschungsstelle der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Eichler, Helga, Dr. phil., Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Gericke, Hans Otto, Dr. phil., Sektionsdirektor, Sektion Marxismus-Leninismus / Geschichte, Pädagogische Hochschule "Erich Weinert", Magdeburg.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Harbauer, Monika, Diplomhistoriker, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kasper, Hanns-Heinz, Dr. sc. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Prorektorat für Gesellschaftswissenschaften, Bergakademie Freiberg (Sachs.).
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kunow, Veronika, Diplomwirtschafter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lehár, Bohumil, PhDr. CSc., Tschechoslowakisch-sowjetisches Institut, Akademie der Wissenschaften der ČSSR, Prag.
- Lehmann, Hermann, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Mägdefrau, Werner, Prof. Dr. sc. phil., Stellvertreter des Sektionsdirektors, Sektion Geschichte, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Neumann, Gerd, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Wirtschaftsgeschichte, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.
- Njamasch, Marlene, Dr. phil., Wissenschaftliche Assistentin, Bereich Alte Geschichte, Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Pittack, Herwart, Dr. oec., Wissenschaftlicher Assistent, Bereich Wirtschaftsgeschichte, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.

Puchert, Berthold; Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Rodigast, Rolf, Dr. phil., Stellvertreter des Direktors, Universitätsbibliothek, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

Roesler, Jörg, Dr. rer. oec. habil., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Schlicker, Wolfgang, Dr. phil., Diplomhistoriker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungsstelle für Akademiegeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Schwarze, Elisabeth, Dr. phil., Diplomarchivarin, Historische Abteilung II, Zentrales Staatsarchiv.

Sușeveau, Alexandru, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Archäologisches Institut, Akademie der Wissenschaften der SR Rumänien, Bukarest.

Wilke, Jürgen, Dr. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

СОДЕРЖАНИЕ

- Герд Нойманн, Развитие торговли между Востоком и Западом с 1947 по 1949 год. К предистории Совета Экономической Взаимопомощи (СЭВ). Йорг Рёслер, К характеристике экономических результатов в промышленности ГДР в первом пятилетнем плане (1951-1955)
- Ханнс-Хайнц Каспер, Нефть в хищнических планах немецкого фашизма при подготовке и проведении второй мировой войны
- Бертольд Пухерт, Некоторые соображения по поводу экспорта капитала с 1933 по 1939 год.
- Херварт Питтак, Исторические аспекты капиталистического валютного кризиса. Попытка восстановления золотого стандарта с 1919 по 1926 год.
- Рольф Родигаст, Доход грейфсвальдских городских крестьян во второй половине 18-ого столетия.
- Вернер Мэгдлефрау, К организации товарной торговли и ролекупеческого капитала во времена позднего средневековья. Прежде всего на основе тюрингских источников.
- Йорг Рёслер/Юрген Вилке, 55 лет Советской власти в цифрах. Замечания к двум статистическим справочникам экономического развития Советского Союза между 1917 и 1972 годом. Народное хозяйство СССР 1922 - 1972 гг. Юбилейный статистический ежегодник. Мы и планета. Цифры и факты
- Вольфганг Шликер, Эволюция и революция в развитии науки. Понятия и границы научно-исторических очерков. Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolution
- Юрген Кучинский, Размышления к изучению рабочего класса при чтении Workers in the Industrial Revolution. Recent studies of labour in the United States and Europe, изданной P. N. Stearns и D. I. Wal-kowitz; Allen Hutt, British Trade Unionism, with concluding chapter by John Gollan
- Германн Леманн, К современному буржуазному пониманию классической теории трудовой стоимости. Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen; Marian Bowley, Studies in the History of Economic Theory before 1870; Samuel Hollander, The economics of Adam Smith in classical political economy, I; Claudio Napoleoni, Ricardo und Marx. Studien über soziale Bedeutung und formale Probleme wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung, издано и написано вступление Cristina Pennavaja = edition suhrkamp 702
- Марлене Нямаш, Староиндийские "республики" и цейлонский "монашеский капитализм"? I. P. Sharma, Republics in Ancient India c. 1500 B.C. - 500 B.C.; Hanns-Dieter Evers, Monks, Priests and Peasants. A Study of Buddhism and Social Structure in Central Ceylon = Monographs in Social Anthropology and Theoretical Studies in Honour of Nels Anderson, General Editor K. Ishwaran, Publication 1
- Богумил Легар, Процессы интеграции и экономическое сотрудничество стран-членов СЭВ. Избранные публикации из ЧССР с 1971 по 1974 год.
- Ханс Отто Герике, К вопросу о подготовке к VI ому съезду СЕПГ и использованию его решений магдебургскими машиностроителями
- Вероника Кунов, Летний университет экономики (с 4 по 15 августа 1975 года в Будапеште)
- Хелга Айхлер, Аграрная история феодализма и капитализма (17/18 сентября 1975 г. в Ростке)

Моника Харбауер, Аграрные отношения в районе Балтийского моря при переходе от феодализма к капитализму. 20-е годовое совещание ханзенского трудового содружества общества историков ГДР (с 13 по 15 октября 1975 г. в Мюльхаузене)

Элизабет Шварце, Изменения в социальной структуре и в структуре владений в восточно-тирингских волостях и городах накануне крестьянской войны

Курт-Р. Бирманн, Некоторые сокращения и знаки исторического сменного дела

Александр Суцевяну, Библиография работ по экономической и социальной истории древности в Румынии (с 1949 по 1970 г.)

Рenate Гюнтер, Записки высших по истории экономики

- Gerd Neumann, The development of East-West trade 1947 to 1949. On the prehistory of the Council of Mutual Economic Assistance (III)
- Jörg Roesler, On the characteristic of the economic results in the industry of GDR during the first Five-year-plan (1951 - 1955)
- Hanns-Heinz Kasper, The mineral oil in the predatory plans of German fascism in preparation and accomplishment of World war II
- Berthold Puchert, Some considerations on German export of capital 1933 to 1939
- Herwart Pittack, Historical aspects of the capitalist currency crisis. The trial to restore the gold-standard in 1919 - 1926
- Rolf Rodigast, The income of the Greifswald townpeasants during the second half of the 18th century
- Werner Mägdefrau, On the organisation of commodities-trade and on the role of merchants' capital in the late medieval ages. Especially on basis of Thuringian sources
- Jörg Roesler / Jürgen Wilke, 55 years Soviet power in figures. Remarks on two statistical books of reference on the economic development of the Soviet Union between 1917 and 1972. Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922 - 1972 gg. Jubilejnyj statističeskij ežegodnik; My i planeta. Cifry, fakty
- Wolfgang Schlicker, Evolution and Revolution in the development of Science. Cognitions and limitations of science-historical essays. Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen
- Jürgen Kuczynski, Considerations on the study of the working class at the reading of: Workers in the Industrial Revolution. Recent studies of labor in the United States and Europe, edited by P. N. Stearns and D. J. Walkowitz; Allen Hutt, British Trade Unionism, with concluding chapter by John Gollan
- Hermann Lehmann, On modern bourgeois understanding of the classical labour theory of value, Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen; Marian Bowley, Studies in the History of Economic Theory before 1870; Samuel Hollander, The economics of Adam Smith = Studies in classical political economy, I; Claudio Napoleoni, Ricardo und Marx. Studien über soziale Bedeutung und formale Probleme wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung, edited and introduced by Cristina Pennavaja = edition suhrkamp 702
- Marlene Njammasch, Oldindian "republics" and ceylonese "monasterial capitalism"? J. P. Sharma, Republics in Ancient India c. 1500 B. C. - 500 B. C.; Hans-Dieter Evers, Monks, Priests and Peasants. A Study of Buddhism and Social Structure in Central Ceylon = Monographs in Social Anthropology and Theoretical Studies in Honour of Nels Anderson, General Editor K. Ishwaran, Publication 1
- Bohumil Lehár, Integration process and economic cooperation of the member states of the CMEA. Selected publications from the CSSR 1971 to 1974
- Hans Otto Gericke, On the preparation and utilisation of the VIth party congress of the SED by the Magdeburg mechanical engineers
- Veronika Kunow, Summer university course on economics. (August 4th to August 15th 1975 in Budapest)
- Helga Eichler, Agrarian history of feudalism and capitalism. (Sept. 17th to Sept. 18th 1975 at Rostock)
- Monika Harbauer, Agrarian relations in the Baltic sea area during transition from feudalism to capitalism. 20th annual meeting of the Hanse History group of the Historians' Society of GDR (Oct. 13th to Oct. 15th 1975 at Mühlhausen)

Elisabeth Schwarze, Changes of the social structure and the structure of possession in Eastern Thuringian domains of sovereign and township on the eve of the peasants war

Kurt-R. Biermann, Some abbreviations and symbols of the historical coinage Bibliography of works on economic and social history of the antiquity in Romania (1949 to 1970) (Alexander Suceveanu)

University publications on economic history (Renate Günther)

- Gerd Neumann, Le développement du trafic Est-Ouest de 1947 à 1949. Remarques sur les antécédents du Conseil d' Assistance mutuelle économique (III)
- Jörg Roesler, Remarques concernant la caractéristique des résultats économiques de l' industrie en R. D. A. au premier plan quinquennal (1951 - 1955)
- Hanns-Heinz Kasper, Le rôle du pétrole dans les plans rapaces du fascisme allemand en préparation et en exécution de la Deuxième Guerre Mondiale
- Berthold Puchert, Quelques réflexions sur l' exportation du capital allemand de 1933 à 1939
- Herwart Pittack, Aspects historiques de la crise monétaire capitaliste. La tentative de redressement de l' étalon d' or de 1919 à 1926
- Rolf Rodigast, Le revenu des paysans dans la ville de Greifswald pendant la deuxième moitié du 18^e siècle
- Werner Mägdefrau, Sur l' organisation du commerce de marchandises et sur le rôle du capital des commerçants au moyen-âge avancé, surtout en raison des sources thuringiennes
- Jörg Roesler/Jürgen Wilke, 55 années de la puissance soviétique exprimées en chiffres. Remarques sur deux ouvrages de références statistiques au sujet du développement économique de l' URSS entre 1917 et 1972. Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922 - 1972 gg. Jubilejnyj statističeskij ežegodnik; My i planeta. Cifry, fakty
- Wolfgang Schlicker, Évolution et révolution dans le développement des sciences. Connaissances et limites de l' essai scientifico-historique. Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen
- Jürgen Kuczynski, Réflexions sur l' étude de la classe ouvrière pendant la lecture de *Workers in the Industrial Revolution. Recent studies of labor in the United States and Europe*, édité par P. N. Stearns et D. J. Walkowitz; Allen Hutt, *British Trade Unionism, with concluding chapter by John Gollan*
- Hermann Lehmann, Remarques sur l' intelligence actuelle bourgeoisè de la théorie classique de la valeur formée par le travail Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*; Marian Bowley, *Studies in the History of Economic Theory before 1870*; Samuel Hollander, *The economics of Adam Smith = Studies in classical political economy, I*; Claudio Napoleoni, Ricardo und Marx. Studien über soziale Bedeutung und formale Probleme wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung, édité et préfacé par Cristina Pennavaja = edition suhrkamp 702
- Marlene Njammasch, Anciennes "républiques" indiennes et "capitalisme des monastères" cingalais? J. P. Sharma, *Republics in Ancient India c. 1500 B. C. - 500 B. C.*; Hans-Dieter Evers, *Monks, Priests and Peasants. A Study of Buddhism and Social Structure in Central Ceylon = Monographs in Social Anthropology and Theoretical Studies in Honour of Nels Anderson, General Editor K. Ishwaran, Publication 1*
- Bohumil Lehár, Procès d' intégration et coopération économique des pays membres du Conseil d' Assistance Mutuelle Économique. Publications choisies de la République Socialiste Tchéco-Slovaque de 1971 à 1974
- Hans Otto Gericke, Préparatifs et conclusions du sixième congrès du Parti socialiste unifié allemand par les constructeurs de machines de Magdebourg
- Veronika Kunow, Université d' été où l' on fait des cours d' économie (du 4 au 15 août 1975 à Budapest)
- Helga Eichler, Histoire agraire du féodalisme et du capitalisme (du 17 au 18 septembre 1975 à Rostock)

Monika Harbauer, Circonstances agraires dans la région baltique pendant la période de transition du féodalisme au capitalisme, 20^e congrès annuel du groupement d'études de la Hansa dans le cadre de la Société des historiens en R. D. A. (du 13 au 15 octobre 1975 à Mühlhausen)

Elisabeth Schwarze, Transformations de la structure sociale et de la structure de possession dans les domaines souveraines et villes en Thuringe orientale à la veille de la guerre des Paysans

Kurt-R. Biermann, Quelques abréviations et signes du monnayage historique Bibliographie d'études sur l'histoire économique et sociale de l'antiquité en Roumanie (1949 - 1970) (Alexandru Suceveanu)

Traité universitaires sur l'histoire économique (Renate Günther)

- Gerd Neumann, El desarrollo del comercio entre el Este y el Oeste desde 1947 hasta 1949. Acerca de los antecedentes del Consejo de Ayuda Mutua Económica (III)
- Jörg Roesler, Acerca de la característica de los resultados económicos de la industria en la R. D. A. durante el primer plan quinquenal (1951 hasta 1955)
- Hanns-Heinz Kasper, El petróleo dentro de los planes de conquista del fascismo alemán en preparación y durante de la realización de la Segunda Guerra Mundial
- Berthold Puchert, Algunas reflexiones acerca de la exportación de capitales procedente de Alemania (1933 hasta 1939)
- Herwart Pittack, Aspectos históricos de la crisis monetaria capitalista. El ensayo del restablecimiento de la moneda de oro desde 1919 hasta 1926
- Rolf Rodigast, Los ingresos de los campesinos de la ciudad Greifswald durante de la segunda mitad del siglo XVIII
- Werner Mägdefrau, Acerca de la organización del comercio a base de mercancías y el papel del capital comercial durante la Edad Media tardía. Basándose primeramente en fuentes turingenses
- Jörg Roesler/Jürgen Wilke, 55 años del poder soviético representados por cifras. Notas refiriéndose a dos enciclopedias estadísticas acerca del desarrollo de la Unión Soviética entre 1917 y 1972: Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922 - 1972 gg. Jubilejnyj statističeskij ežegodnik; My i planeta. Cifry, fakty
- Wolfgang Schlicker, Evolución y revolución en el desarrollo de la ciencia. Comprensiones y límites del ensayo sobre la historia de las ciencias. Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen
- Jürgen Kuczynski, Reflexiones acerca del estudio de la clase obrera durante la lectura Workers in the Industrial Revolution. Recent studies of labor in the United States and Europe, editado por P. N. Stearns y D. J. Walkowitz; Allan Hutt, British Trade Unionism, with concluding chapter by John Gollan
- Hermann Lehmann, Acerca de la interpretación actual de la teoría clásica del valor por el trabajo según las opiniones de la burguesía. Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen; Marian Bowley, Studies in the History of Economic Theory before 1870; Samuel Hollander, The economics of Adam Smith = Studies in classical political economy, I; Claudio Napoleoni, Ricardo und Marx, Studien über soziale Bedeutung und formale Probleme wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung, editado e introducido por Cristina Pennavaja = edition suhrkamp 702
- Marlene Njammasch, ¿ "Repúblicas" de la India Vieja y el "capitalismo monacal" del Ceilán? J. P. Sharma, Republics in Ancient India c. 1500 B. C. - 500 B. C.; Hans Dieter Evers, Monks, Priests and Peasants. A Study of Buddhism and Social Structure in Central Ceylon = Monographs in Social Anthropology and Theoretical Studies in Honour of Nels Anderson, General Editor K. Ishwaran, Publication 1
- Bohumil Lehár, Procesos de la integración y colaboración económica de los estados miembros del CAME. Publicaciones seleccionadas procedentes de la República Socialista Checoslovaca desde 1971 hasta 1974
- Hans Otto Gericke, Acerca de la preparación y el aprovechamiento del sexto Congreso del Partido del PSUA por los constructores de máquinas de Magdeburgo
- Veronika Kunow, Universidad veraniega para economía (desde el 4 hasta el 15 de agosto de 1975 en Budapest)

Helga Eichler, Historia agraria del feudalismo y del capitalismo. (Desde el 17 hasta el 18 de setiembre de 1975 en Rostock)

Monika Harbauer, Las relaciones agrarias en los territorios del Mar Báltico durante del tránsito del feudalismo al capitalismo. Vigésimo congreso anual del Círculo de Estudios Hanseáticos de la Sociedad de Historiadores de la R. D. A. (Desde el 13 hasta el 15 de octubre de 1975 en Mühlhausen)

Elisabeth Schwarze, Cambios de la estructura social y de propiedad en prebendas y ciudades turingense-orientales en la víspera de la Guerra Campesina

Kurt-R. Biermann, Algunas abreviaturas y símbolos del régimen monetario histórico

Alexandru Suceveanu, Bibliografía de estudios acerca de historia económica y social de la antigüedad en Rumania (desde 1949 hasta 1970)

Renate Günther, Tratados universitarios acerca de historia económica

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Jörg Roesler

Erfordernisse der Wirtschaftsentwicklung und Aufgaben der Wirtschaftsplanung. Zur Widerspiegelung neuer Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte in der Perspektivplanung 1956 bis 1959

Gerd Neumann

Ost-West-Handel oder Rüstungskonjunktur? Friedliche Koexistenz oder Eskalation? Zur wirtschaftlichen Lage der USA im Jahr 1949

Raimo Pullat

Einige aktuelle theoretische und historiographische Fragen der sowjetischen historischen Demographie

Roland Zeise

Zur Genesis und Funktion der deutschen Handelskammern und des Deutschen Handelstages bis zur Reichsgründung 1871

Rolf Rodigast

Die Entwicklung der feudalen Arbeitsrente in Schwedisch-Pommern während des 17. und 18. Jahrhunderts. Untersucht am Beispiel des feudalen Grundbesitzes der Stadt Greifswald

Marlene Njammasch

Einige Aspekte der sozialen Gliederung in den altindischen Staaten in der zweiten Hälfte des I. Jahrtausends v. u. Z.

Horst Handke/Karin Lehmann/Berthold Puchert

Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus in neueren sowjetischen Publikationen. Bemerkungen zu: *Ekonomika i politika stran sovremennogo kapitalizma*

Jörg Roesler

Sozialistische Wirklichkeit und antikommunistische Vorurteile. Bemerkungen zu einem widerspruchsvollen Buch: Joseph Wilczynski, *Das sozialistische Wirtschaftssystem. Grundsätze der zentralen Planwirtschaft in der UdSSR und in Osteuropa unter dem Neuen System*

Jürgen Kuczynski

Überlegungen über die Rolle der Werktätigen in der Geschichte. Anhand von *Die Rolle der Volksmassen in der Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen*

Thomas Kuczynski

Hennings Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Friedrich-Wilhelm Henning, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1 - 3

Renate Günther

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (11. Fortsetzung)

B. N. Mironov

Soziale Struktur und soziale Mobilität der russischen Bauernschaft vom 16. bis 19. Jahrhundert

Wilfried Strenz

Angaben über die regionale Verteilung der Bevölkerung auf dem Gebiet der heutigen DDR für die Jahre 1831, 1852 und 1871. Statistische Ausgangsdaten, Quellenbasis und neue Ermittlungen zu einer Materialstudie unter historisch-geographischem Aspekt

Marguerite Kuczynski

Ein Physiokrat zum "Reichtum der Nationen". Anlässlich des 200. Jahrestages der Veröffentlichung des Werkes. Anhand unveröffentlichter Briefe

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 9. Lieferung